

Ulrike Knobloch | Hildegard Theobald |
Corinna Dengler | Ann-Christin Kleinert |
Christopher Gnadt | Heidi Lehner (Hrsg.)

Caring Societies – Sorgende Gesellschaften

Neue Abhängigkeiten
oder mehr Gerechtigkeit?

Ulrike Knobloch | Hildegard Theobald | Corinna Dengler |
Ann-Christin Kleinert | Christopher Gnadt | Heidi Lehner (Hrsg.)
Caring Societies – Sorgende Gesellschaften

Arbeitsgesellschaft im Wandel

Herausgegeben von

Brigitte Aulenbacher | Birgit Riegraf | Karin Scherschel

Moderne Gesellschaften sind nach wie vor Arbeitsgesellschaften. Ihr tiefgreifender Wandel lässt sich daran ablesen, wie Arbeit organisiert und verteilt ist, welche Bedeutung sie hat, in welcher Weise sie mit Ungleichheiten einhergeht.

Die Buchreihe leistet eine kritische sozial- und zeitdiagnostische Betrachtung der „Arbeitsgesellschaft im Wandel“ und befasst sich mit • Theorien der Arbeit und der Arbeitsgesellschaft • Arbeit in und zwischen Markt, Staat, Drittem Sektor, Privathaushalt • Arbeit in Organisationen, Berufen, Professionen • Erwerbs-, Haus-, Eigen-, Subsistenz-, Freiwilligenarbeit in Alltag und Biografie • Arbeit in den Verhältnissen von Geschlecht, Ethnizität, Klasse.

Ulrike Knobloch | Hildegard Theobald |
Corinna Dengler | Ann-Christin Kleinert |
Christopher Gnadt | Heidi Lehner (Hrsg.)

Caring Societies – Sorgende Gesellschaften

Neue Abhängigkeiten
oder mehr Gerechtigkeit?

BELTZ JUVENTA

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz **Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0)** veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de>. Verwertung, die den Rahmen der **CC BY-NC-ND 4.0 Lizenz** überschreitet, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für die Bearbeitung und Übersetzungen des Werkes. Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Quellenangabe/ Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Dieses Buch ist erhältlich als:
ISBN 978-3-7799-7196-2 Print
ISBN 978-3-7799-7197-9 E-Book (PDF)

1. Auflage 2022

© 2022 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel
Werderstraße 10, 69469 Weinheim
Einige Rechte vorbehalten

Herstellung: Ulrike Poppel
Satz: Helmut Rohde, Euskirchen
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza
Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985-2104-100)
Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor:innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung: Perspektiven auf Caring Societies <i>Hildegard Theobald, Ulrike Knobloch, Corinna Dengler und Ann-Christin Kleinert</i>	9
Teil I	
Caring Policies – Sorgende Politiken	
Care-Politiken, soziale Risiken und Geschlechterungleichheit im internationalen Vergleich <i>Thurid Eggers, Christopher Grages und Birgit Pfau-Effinger</i>	38
„Habe ich mir noch nie Gedanken darüber gemacht“ – Interdependenz von Wohnen, Care und Geschlecht bei kommunalen Akteuren <i>Nina Vischer, Kyra Schneider und Sophia Dollsack</i>	66
Hochschulen als Teil von Caring Societies – Herausforderungen und Unterstützung von Studierenden mit Pflegeaufgaben <i>Lea Knopf, Karla Wazinski, Anna Wanka und Moritz Heß</i>	85
Ein intergenerationelles Umfeld für Menschen mit Demenz in Japan – Zusammenführende Tageseinrichtungen zur Förderung der sozialen Teilhabe <i>Samira-Salomé Hüsler</i>	97
Institutionelle Gefühlsregulation in der real existierenden stationären Altenhilfe <i>Andreas Albert und Ingo Bode</i>	110
Teil II	
Caring Economy – Sorgende Ökonomie	
Arbeit im Brennglas von Haushalt und Familie <i>Elisabeth Stiefel</i>	126
Was haben uns Friedrich Engels’ versorgungsökonomische Konzepte heute zu sagen? <i>Gisela Notz</i>	143

Emanzipatorische Beziehungsarbeit für die sozial-ökologische Transformation – Von der wachstumskritisch-androzentrischen Ökonomik zur feministischen Gesellschaftskritik <i>Lina Hansen</i>	155
Sorgende Zeiten: Ansätze feministisch-ökologischer Zeitökonomie <i>Hanna Völkle</i>	174
Vietnam im Wandel: Manifestation einer Sorgekrise <i>Christopher Gnadt</i>	185
Teil III	
Caring Commons – Kollektives Sorgen	
Praktiken kollektiven Sorgens. Perspektiven einer materiellen und materialistischen Gerontologie <i>Julia Hahmann</i>	208
Gutes Leben – gutes Care: Innovative Wohn-Care-Projekte zwischen utopischer Spinnerei und umsetzbarem Reallabor <i>Katrin Roller und Sandra Eck</i>	222
Mit Self-Care wider die Wachstumskrise? Ambivalenzen der Selbstsorge in der Postwachstumsbewegung <i>Anna Saave</i>	241
Mit Zeitpolster zurück in die Zukunft der Betreuung und Pflege? Ein Werkstattbericht <i>Gernot Jochum-Müller</i>	257
Sorgende Gemeinschaft als Beitrag zur Bewältigung der Sorgekrise: Ein Wolf im Schafspelz? <i>Anita Schürch und Karin van Holten</i>	264
Teil IV	
Sorge-Glossar	
Sorge-Glossar <i>Ulrike Knobloch und Ann-Christin Kleinert</i>	294
Herausgeber*innen und Autor*innen	329

Vorwort

Mit der Veröffentlichung des Sammelbandes „Caring Societies – Sorgende Gesellschaften: Neue Abhängigkeiten oder mehr Gerechtigkeit?“ findet ein langer und spannender Prozess seinen Abschluss, der vom Entstehen einer ersten Tagungs-idee und der Bildung unseres Teams bis hin zu den verschiedenen Feedbacks zu den einzelnen Buchbeiträgen und zum Sammelband als Ganzem reicht. Ein Meilenstein in diesem Prozess war die interdisziplinäre Caring Societies-Tagung, die vom 15. bis 17. September 2021 an der Universität Vechta wegen der Corona-Pandemie im Hybrid-Format mit ca. 30 Teilnehmenden vor Ort und ca. 100 digital Teilnehmenden stattgefunden hat.

Die Tagung zielte auf eine facettenreiche Diskussion der Sorgekrisen und Ansätze ihrer Bearbeitung und damit auf den Aufbau einer zukunftsfähigen Sorgestruktur. Den Begriff „Caring Societies“ haben wir gewählt, um den Beitrag aller Akteur*innen, also auch des Staates auf nationaler Ebene, der Familie oder dem Privathaushalt sowie der Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite, einzubeziehen und damit über den derzeit viel diskutierten Begriff „Caring Communities“ hinauszugehen. Eine vielfältige Diskussion entstand durch die Beteiligung nicht nur der wissenschaftlichen Community, sondern auch von Expert*innen aus der Care-Praxis, wie z. B. Care-Netzwerker*innen, Expert*innen von Wohlfahrtsverbänden und von Care-Projekten. Eine länderübergreifende Perspektive auf das Thema wurde dadurch erreicht, dass Teilnehmende und Beitragende aus Deutschland, Österreich und der Schweiz beteiligt waren.

Die hohe Qualität der Beiträge und die inspirierenden Diskussionen an der Tagung schufen die Grundlage für eine weitere integrierte und integrierende Bearbeitung der Facetten von Caring Societies, ihrer Voraussetzungen und ihre Herausforderungen, im Sammelband. Die Autor*innen wurden auf der Basis grundlegender Fragen gebeten, ihren Beitrag auf diese Thematik zuzuspitzen. Die inhaltliche Klammer liefert der konzeptionell orientierte Einführungsbeitrag, der sich mit der Bedeutung von Caring Policies, Caring Economy und Caring Commons in der Entwicklung von Caring Societies befasst. Der Sammelband richtet sich an Wissenschaftler*innen und Studierende ebenso wie an Care-Netzwerker*innen, Expert*innen der Wohlfahrtsverbände, (inter)nationale, regionale und kommunale Politiker*innen und die interessierte Öffentlichkeit.

Unser Dank gilt den vielen, die zum Gelingen des Prozesses beigetragen haben. Das sind zunächst die Autor*innen dieses Sammelbandes, denn ihre Beiträge beleuchten das Thema Caring Societies aus einer Varianz an Perspektiven.

Darüber hinaus möchten wir uns bei allen Vortragenden, Diskutant*innen und Workshop-Leiter*innen der Tagung bedanken, deren wichtige Beiträge nicht in diesem Sammelband vertreten sind: Ruth Abramowski, Karoline Adamski, Diana Auth, Adelheid Biesecker, Christian Bleck, Hermann Brandenburg, Daniel Holtermann, Maren A. Jochimsen, Cornelia Klinger, Simone Leiber, Sigrid Leitner, Herbert Macke, Sabine Plonz, Sigrun Preissing, Lisa Sander, Kirsten Scheiwe, Julia Schlicht, Cornelia Schmedes, Sabrina Schmitt, Gottfried Schubert, Manuela Zechner, Tomke zur Brügge und allen anderen Tagungsteilnehmenden.

Ein großer Dank gilt der Vizepräsidentin für Personal und Finanzen der Universität Vechta, Frau Dr. Marion Rieken, zum einen für ihr so engagiertes Grußwort an der Tagung und zum anderen ihr und der Universität für die große Unterstützung während des ganzen Prozesses. Unser Dank gilt auch den Menschen in den Bereichen der Universität, die für die Durchführung unserer Hybrid-Tagung unverzichtbar waren: dem IT-Support, der Mensa, den Hausmeister*innen, dem Marketing und der Verwaltung. Zudem bedanken wir uns bei den studentischen Hilfskräften Bianca Maria Mers, Danuta Kottusch und Paulina Essig, die uns während der Tagung vor Ort unterstützt haben.

Schließlich möchten wir uns bei Brigitte Aulenbacher bedanken zum einen für die Moderation der Theorie-Praxis-Politik-Dialoge zu den Facetten einer Caring Society an der Tagung und zum anderen für die Möglichkeit, diesen Sammelband in der von ihr, Birgit Riegraf und Karin Scherschel im Verlag Beltz Juventa herausgegebenen Reihe „Arbeitsgesellschaft im Wandel“ publizieren zu können, sowie für ihre hilfreichen Rückmeldungen auf dem Weg bis zu seiner Veröffentlichung. Und last, but not least bedanken wir uns bei der Sunflower Foundation in Zürich dafür, dass sie uns durch die Übernahme von Reise- und Cateringkosten unterstützt hat.

Vechta, Bremen, Wien, Bielefeld und Zürich im März 2022

Ulrike Knobloch
Hildegard Theobald
Corinna Dengler

Ann-Christin Kleinert
Christopher Gnadt
Heidi Lehner

Einleitung: Perspektiven auf Caring Societies

Hildegard Theobald, Ulrike Knobloch,
Corinna Dengler und Ann-Christin Kleinert

Ausgangspunkt für die verschiedenen Perspektiven auf Caring Societies sind die aktuellen Sorgekrisen in ihren Verflechtungen mit anderen Krisen (ökonomisch, ökologisch, sozial) und die gegenwärtigen Herausforderungen, Caring Societies im Sinne von sorgenden Gesellschaften zu gestalten und zu etablieren. In kritischen Problemanalysen werden dazu verschiedene Facetten der Sorgekrisen beleuchtet, insbesondere Ungleichheiten, die entlang intersektionaler Verschränkungen reproduziert werden. Die entwickelten Vorstellungen und Herangehensweisen zu Caring Societies werden daraufhin hinterfragt, ob und inwieweit diese neue Abhängigkeiten schaffen und die Sorgekrisen verstärken oder Wege in eine zukunftsfähige und gerechte Sorge ermöglichen, die auch verschiedene weitere Ungleichheitsdimensionen einschließt.

Als Titel haben wir den Begriff Caring Societies im Sinne von sorgenden Gesellschaften gewählt und nicht den Begriff Caring Communities, denn alle Akteur*innen auf den unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen, wie beispielsweise Staat auf der nationalen Ebene, Familie/Haushalt oder Zivilgesellschaft, sind in ihrer ganzen Bandbreite einzubeziehen. Caring Societies im Plural – und nicht Caring Society im Singular – bedeutet zudem, dass über unterschiedliche Ausformungen nachzudenken ist und nachgedacht wird. Dabei werden Caring Societies als ein Ideal oder eine Utopie angesehen, deren Ideen und Verwirklichung in verschiedenen, teilweise getrennten wissenschaftlichen, aktivistischen, politischen und praktischen Räumen diskutiert und erprobt werden. Das Ziel dieses Sammelbandes besteht darin, Ideen unterschiedlicher Disziplinen und Bereiche darzustellen, miteinander ins Gespräch zu bringen, weiterzuentwickeln und kritisch zu hinterfragen. Dabei bietet das Prinzip der wechselseitigen Sorge(verantwortung) in einem aufeinander bezogenen Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen, Bereiche und Akteur*innen eine Orientierung bei der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gestaltung.

Folgende Fragen zur Analyse der derzeitigen Situation und zu den Zukunftsperspektiven haben wir daraus abgeleitet und an die Teilnehmenden der Tagung und dann auch noch einmal an die Beitragenden des Sammelbandes gerichtet, wobei jeweils unterschiedliche, inspirierende Schwerpunkte gesetzt werden: Welche Perspektiven auf die Sorgekrise gibt es und in welche weiteren gesell-

schaftlichen Zusammenhänge ist diese eingebettet? Wie kann eine zukunftsfähige Versorgung aussehen und welche Elemente/Facetten sollte sie beinhalten? Welche Fragen von Ungleichheiten stellen sich in Bezug auf die Sorgekrise und zukunftsfähige Versorgung und wie kann diesen Ungleichheiten entgegengewirkt werden? Welche Abhängigkeiten entstehen in der Sorgekrise oder in Bezug auf die zukunftsfähige Versorgung, wie werden sie verursacht und wie kann ihnen entgegengewirkt werden? Welche Rollen kommen ausgewählten Sektoren und verschiedenen Akteur*innen bzw. deren Zusammenspiel für eine zukunftsfähige und geschlechtergerechte Versorgung zu?

Für die zukunftsfähige und (sorge)gerechte Gestaltung von Caring Societies sind drei Perspektiven zentral: Caring Policies, Caring Economy und Caring Commons, die auch als Grundstruktur des Sammelbandes dienen (Abschnitt 1–3). Darüber hinaus werden in dieser Einleitung auch einige Querschnittsperspektiven benannt, die mit Caring Sciences beschrieben werden können (Abschnitt 4). Im Anschluss an diese vier theoretisch-konzeptionellen Diskussionen werden die Beiträge zu den drei Teilen des Buches inhaltlich und in ihrer Bedeutung für die Thematik sowie das Sorge-Glossar im vierten Teil vorgestellt.

1 Caring Policies – Ansätze und Auswirkungen von Care-Politiken (Hildegard Theobald)

Care-Politiken oder Caring Policies bilden die erste Perspektive für die Analyse der Realitäten und Möglichkeiten einer Caring Society. Der Ansatz von Joan Tronto (2013) zur „Caring Democracy“ wird zum Ausgangspunkt genommen für eine grundlegende ethische Begründung von Caring Policies, der im Anschluss eine Auseinandersetzung mit etablierten Care-Politiken folgt. In einer kritischen Betrachtung der Ideologie des Neoliberalismus mit seiner Betonung auf Marktlogik, (Wahl-)Freiheit und Eigenverantwortung als grundlegende Prinzipien im Bereich der Sorge entwickelte Tronto (2013) ihren Ansatz einer Caring Democracy. In ihrem Ansatz fordert sie im Gegensatz zur neoliberalen Betonung der Eigenverantwortung, dass Bürger*innen eine gesellschaftliche Sorgeverantwortung übernehmen müssen, die deren persönliches Umfeld, Familie, Freund*innen und Nachbar*innen und auch entfernte Andere einschließt, zu denen keine persönliche Beziehung besteht. Auf der Basis des Prinzips des „Caring with“ beschreibt sie es als gesellschaftliche Verantwortung, dass sich die Bürger*innen mit der Ausformung vorhandener Sorgebedarfe in der Gesellschaft auseinandersetzen und eingebettet in die Wertvorstellung Solidarität im Rahmen eines Aushandlungsprozesses Verantwortung für die Definition und Realisierung übernehmen. Gesellschaftliche Sorgeverantwortung bedeutet für Tronto nicht, dass die Durchführung der Sorgeaufgaben gleich verteilt wird, aber dass es eine Verpflichtung für alle gibt, die Sorgeverantwortung so zu verteilen, dass

die demokratischen Grundwerte, wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit für jede*n Bürger*in – Sorgende und zu Versorgende – erfüllt werden.

Der Caring Democracy-Ansatz von Tronto bezieht sich auf ethische Grundlagen einer gesellschaftlichen Sorgeverantwortung und darauf aufbauend von ethisch begründeten Caring Policies im Sinne von „Sorgenden Politiken“ und nicht auf die Analyse von etablierten Care-Politiken. Definitionen der gesellschaftlichen Sorgeverantwortung eingebettet in Gerechtigkeitsvorstellungen bilden einen wichtigen Hintergrund der etablierten Care-Politiken, wobei die länderspezifischen Definitionen durch den Einfluss zentraler Akteur*innen im Prozess der Politikentwicklung bestimmt werden. Im Folgenden werden wissenschaftliche Debatten und Erkenntnisse zu Dimensionen von Care-Politiken, ihre Einbettung in Wertvorstellungen sowie ihre Auswirkungen auf der Makro-, Meso- und Mikroebene im Überblick dargestellt. Der Fokus liegt dabei auf der Entwicklung einer zukunftsfähigen, gerechten Versorgung aus der Perspektive der Sorgenden und der zu Versorgenden. Die Ausführungen liefern einen Hintergrund zu den Beiträgen im ersten Teil des Sammelbandes, die sich mit den Auswirkungen der Care-Politiken auf Fragen der (Geschlechter-)Gerechtigkeit auf einer Makro- und Mikroebene sowie auf der Mesoebene in Care-Organisationen befassen.

Care-Politiken: Dimensionen und Wertvorstellungen

Eingebettet in normative Vorstellungen von familiärer, individueller und staatlicher Sorgeverantwortung definieren international vergleichende Forschungen zu Care-Regimen zentrale Dimensionen von Care-Politiken auf der Makroebene (vgl. Anttonen/Sipilä 1993; Knijn/Kremer 1997; Bettio/Plantenga 2004). Als zentrale Dimensionen erweisen sich die Definition staatlicher Verantwortung und die Bedeutung, die der Versorgung im familiären Kontext und durch Dienstleistungen zugeschrieben wird (vgl. Leitner 2003; Pfau-Effinger 2005). Dies reflektiert sich in sozialen Rechten, wie der Definition von Zugangskriterien zu Sozialleistungen – universell, einkommensgeprüft oder familienorientiert –, ihrer Großzügigkeit oder ihrem Umfang, den angebotenen Leistungsformen – Dienst-, Geldleistungen und Freistellungen – und Formen der öffentlichen Finanzierung der Leistungen, wie beispielsweise Steuern oder Sozialversicherungen (vgl. Theobald 2014).

Die zunehmende Etablierung universeller Care-Politiken in westlichen Ländern gründen sich auf der Wertvorstellung, dass es eine gemeinsame, staatliche Verantwortung gibt, Personen mit umfassenden Sorgebedarfen zu unterstützen. Trotz dieser Übereinstimmung zeigen sich nach wie vor große, wertebasierte Länderunterschiede in der Definition der Schwelle des Zugangs zu Sozialleistungen, der Großzügigkeit der Unterstützung und der angebotenen Leistungsformen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung haben Anttonen

et al. (2012) zwischen Ausformungen des Universalismus unterschieden und den normativen Universalismus als am weitestgehende und gerechteste Form definiert. Das Prinzip des normativen Universalismus fordert, dass die Großzügigkeit der Absicherung, die Definition der Leistungen bzw. Leistungsformen und ihre Zugänglichkeit so gestaltet sind, dass tatsächlich die zu Versorgenden unabhängig von Geschlecht, sozioökonomischem Status, Ethnizität und Wohnort entsprechend ihrer Bedarfe und angepasst an ihre Wünsche versorgt werden können (vgl. z. B. Vabo/Szebehely 2012). Als Prinzip universalistischer Finanzierung gilt, dass alle Bewohner*innen auf der Basis einer gemeinsamen Finanzierungsgrundlage beteiligt werden. Diese Finanzierungsform schafft die Voraussetzungen dafür, dass alle sozialen Gruppen sich entsprechend ihrem Einkommen an der Finanzierung beteiligen und ermöglichen damit einen gesellschaftlichen Ausgleich, denn insbesondere umfassende Sorgebedarfe sind verbreiteter bei Frauen, aber auch Personen mit niedrigem sozioökonomischen Status, die gleichzeitig über geringere eigene finanzielle Mittel verfügen (vgl. Theobald 2011; Geyer et al. 2021).

Auswirkungen von Care-Politiken auf die Sorgenden

Ein zentrales Thema der international vergleichenden Forschung zu Care-Politiken ist die Frage der Auswirkungen der Politiken auf die Gestaltung der Sorgeinfrastruktur auf der Makroebene, auf die Situation der Sorgenden und zu Versorgenden auf der Mikroebene und der Pflegeeinrichtungen oder Care-Organisationen auf der Mesoebene. Zentral wird dabei eine ungleichheitsbezogene Betrachtung der Auswirkungen, die zunehmend in einer Intersektionalitätsperspektive neben Geschlecht den Einfluss der Dimensionen Migration und sozioökonomischen Status einbezieht. Mary Daly (2000) hat einen Ansatz entwickelt, der eine systematische Analyse des Zusammenhangs zwischen den Care-Politiken und der Sorgeinfrastruktur auf der Makroebene und der Situation der Sorgenden auf der Mikroebene gestattet, wobei sie berücksichtigt, dass neben Care-Politiken und Wertvorstellungen auch Sozialstrukturen in der Gesellschaft einen Einfluss ausüben. Sie unterscheidet dabei in ihrer Analyse von Care-Politiken grundlegend zwischen Strukturen, Prozessen und Ergebnissen. Unter Strukturen versteht sie Dimensionen der Care-Politiken und die ihnen zugrundeliegenden Wertvorstellungen. Als Prozess definiert sie die Zuordnung von Sorgetätigkeiten in den privaten Sektor der Familie und zu den verschiedenen öffentlichen Sektoren, wie Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Als Ergebnisse schließlich versteht sie die ungleichheitsrelevanten Konsequenzen für die formell und informell Sorgenden.

Neuere Forschungen beziehen zunehmend auch die Mesoebene der Einrichtungen oder der Care-Organisationen ein. Als ein Beispiel für die komplexe Analyse der Auswirkungen von Care-Politiken auf die Care-Organisationen soll die Etablierung von Pflegemärkten orientiert an den neoliberalen Prinzipien

des New Public Managements (NPM) gezeigt werden. Neoliberale Prinzipien betonen die Bedeutung des Wettbewerbs zwischen den Anbietern, den Transfer der als überlegen geltenden Organisations- und Rationalisierungsprinzipien des privaten in den öffentlich-finanzierten Dienstleistungssektor, gefolgt von einer ausgeprägten staatlichen Regulierung der Dienstleistungserbringung und zumeist eingebettet in Anstrengungen der Begrenzung der öffentlichen Finanzierung. Nationale und international vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung resultierte in einer sehr kritischen Bewertung dieser Herangehensweise. Aus der Perspektive der Pflegekräfte förderte die Etablierung der Pflegemärkte generell die Entwicklung prekärer Beschäftigungsformen, eine hohe Belastung, eine ausgeprägte Regulierung der Sorgearbeit und führte damit zu einer Begrenzung des Entscheidungsspielraums der Pflegekräfte, was in den Einrichtungen vorhandene und von Pflegekräften getragene Wertvorstellungen infrage gestellt hat (vgl. Meagher/Szebehely 2013; Dahl 2017; Schmedes 2021).

Auf der Ebene der Care-Organisationen werden die Entwicklungen auch als Prozesse der Deprofessionalisierung der alltäglichen, weiblich konnotierten Sorgearbeit bewertet. Im Prozess der Deprofessionalisierung der alltäglichen Sorgearbeit werden Pflegekräfte wieder vermehrt als „wenig qualifizierte Dienstleistungskräfte“ definiert, die vorgegebene Sorgeaufgaben ausführen und nicht mehr als professionelle Pflegekräfte, die als Expert*innen über Entscheidungsspielräume in der alltäglichen Sorgearbeit verfügen (vgl. Wrede 2008; Henriksson et al. 2006; Dahl 2017). Hanne Marlene Dahl (2017) definiert auf der Basis ihrer Forschungen drei dafür maßgebliche geschlechtsbezogene Prozesse: die Definition von Sorgearbeit als „wenig qualifizierte Hausarbeit“, die Erwartung traditionell weiblicher „Selbstaufopferung“ im Dienste der zu Versorgenden sowie die Forderung nach „Entgegenkommen oder Kulanz“, nach der sich die Pflegekräfte im Sinne des neoliberalen Modells den Wünschen der Kund*innen unterordnen.

Eine Betrachtung der Prozesse der (De)Professionalisierung der Sorgearbeit in den Einrichtungen erfordert jedoch eine differenzierte intersektionale Betrachtung, die die Entwicklung von Hierarchien auf der Basis des Ausbildungsniveaus in dem frauendominierten Feld erkennen lässt. Dabei können drei grundlegende Professionalisierungsstrategien unterschieden werden (vgl. Theobald 2021). Eingebettet in den Ansatz der „elitären Professionalisierung“, der die Professionalisierung medizinisch-pflegerischer Tätigkeiten betont und im Gegensatz dazu die quantitativ umfassende alltägliche Sorgearbeit als niedrig-qualifizierte Tätigkeit einstuft, wurde beispielsweise in England ein niedrig-qualifizierter Sektor etabliert, der Sorgearbeit auf der Basis des allgemeinen Mindestlohns bezahlt, wobei hier ein enger Zusammenhang zu einem hohen Grad der Vermarktlichung des pflegerischen Dienstleistungsbereichs besteht. Auf der Basis des Ansatzes der „gedeckelten Professionalisierung“ mit der Betonung auf dreijährigen Pflegeausbildungen hat sich in Deutschland ein

Pflegesektor entwickelt, der qualifizierter und auch weniger prekär ist als der Sektor in England, aber eine deutliche Hierarchisierung zwischen qualifizierten und weniger qualifizierten Pflegekräften erkennen lässt. Diese Hierarchisierung findet sich häufiger im privatwirtschaftlichen Sektor. Der Ansatz der „demokratischen Professionalisierung“ in den Nordischen Ländern betont die Bedeutung von Qualifikation, Gestaltungsspielräumen und einer angemessenen sicheren Beschäftigungssituation auf allen Ebenen von Sorgetätigkeiten. Diese Professionalisierungsstrategie ermöglicht am ehesten die Entwicklung hin zu einer Caring Organisation, die Verantwortung für die Situation der Pflegekräfte übernimmt. Die Etablierung von Pflegemärkten seit den 1990er Jahren erschwert die Realisierung dieser Strategie insbesondere im privatwirtschaftlichen Dienstleistungsbereich. Die sich zeigenden Hierarchien können sich für Migrant*innen verstärken, wobei sich komplexe Ausformungen abhängig vom Ausbildungsniveau ergeben (vgl. Theobald 2017).

Care-Politiken spiegeln in ihren Ausformungen gesellschaftliche Vorstellungen zur Verteilung von Sorgeverantwortung und -aufgaben zwischen Staat, Familie, Markt und zunehmend der Zivilgesellschaft, aber auch zwischen Männern und Frauen oder Angehörigen unterschiedlicher sozialer Gruppen. Zudem bestimmen sie die Wahrnehmung und Bewertung von Sorgetätigkeiten. Sie beeinflussen damit die Entwicklung und Gestaltung gerechter – aus der Perspektive verschiedener Ungleichheitsdimensionen – und zukunftsfähiger Versorgungsstrukturen auf der Makro-, Meso- und Mikroebene. Kulturelle Wertvorstellungen nehmen in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen in der Definition von Politiken eine zentrale Rolle ein, wobei entscheidend für den Einfluss der Zugang von bestimmten Akteur*innen und die Möglichkeit der Bildung von Koalitionen wird (vgl. Beland 2009; Pfau-Effinger 2005). Die Einbeziehung von Frauen oder Frauengruppen als Akteur*innen in die Ausgestaltung von Care-Politiken ist noch nicht umfassend erforscht. Für die Etablierung der Pflegeversicherung in Japan beispielsweise ist mittlerweile die Bedeutung von Frauenorganisationen, die in Koalition mit Wohlfahrtsbürgermeister*innen die Sozialisation von Sorgeaufgaben auf der Basis öffentlich finanzierter Dienstleistungen gefordert und mit durchgesetzt haben, sehr gut belegt (vgl. im Überblick Burau et al. 2007). Care-Politiken bilden nur eine der Grundlagen für die Etablierung einer Caring Society und damit eine von mehreren Analyseperspektiven. Eine weitere hohe Relevanz gewinnen ökonomische Strukturen sowie ökonomisches Denken und Handeln, auf die im nächsten Abschnitt eingegangen wird.

2 Caring Economy – zur Bedeutung der Ökonomie in Caring Societies (Ulrike Knobloch)

Die zweite Perspektive, die für die Auseinandersetzung mit Caring Societies herangezogen wird, ist die einer Caring Economy als Ökonomie des Sorgens und Versorgens. Dadurch rücken Zukunftsfähigkeit und Sorgegerechtigkeit des Wirtschaftens in den Vordergrund, und zwar beim wirtschaftlichen Handeln auf der individuellen und sozialen Ebene ebenso wie beim Gestalten von Wirtschafts- und Sorgesystemen. Im Folgenden werden das Entstehen des Konzeptes einer Caring Economy und das damit verbundene erweiterte Ökonomieverständnis skizziert sowie Ansatzpunkte einer Caring Economy formuliert.

Entstehen eines Konzeptes

Schon Anfang der 1990er Jahre wurde der Begriff „Caring Economy“ geprägt, um deutlich zu machen, dass jedes Wirtschaftssystem auf sorgende Tätigkeiten und ökologische Prozesse angewiesen ist (vgl. Knobloch/Jochimsen 1993; Jochimsen/Knobloch 1997). Rückblickend schreiben Maren Jochimsen und Ulrike Knobloch dazu: „Wir suchten damals nach einem Begriff, um unser beider Anliegen, nämlich die zum einen ökologische, zum anderen ethische Herangehensweise an ökonomische Fragestellungen aus feministischer Perspektive miteinander zu verbinden“ (Jochimsen/Knobloch 2000, S. 15 f.), also Überlegungen zur Ökologischen Ökonomie und Wirtschaftsethik aus Geschlechterperspektive sowie zur Feministischen Theorie und Sorgeethik zusammenzudenken.

In der Zwischenzeit sind zahlreiche Ansätze einer Ökonomie des Sorgens und Versorgens entstanden, wobei sich zwischen Caring Economy, also Sorgende Ökonomie, und Care Economics, also Sorgeökonomie, unterscheiden lässt. Der zentrale Unterschied besteht darin, dass Ansätze einer Caring Economy stärker in die Zukunft gerichtet sind und die Bedingungen für eine zukunftsfähige und sorgerechte Wirtschaftsweise formulieren (vgl. z. B. Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften¹ 2013; The Care Collective 2020, Kap. 5; WBG 2020, S. 15). Dagegen beschäftigen sich Ansätze einer Sorgeökonomie stärker mit den bestehenden individuellen, organisationalen und strukturellen Gegebenheiten der Sorgearbeit, machen die Bedeutung der unbezahlten Sorgearbeit für jedes Wirtschaftssystem sichtbar und analysieren die Sorgearbeit auf den verschiedenen Ebenen (vgl. z. B. Folbre 2001; Jochimsen 2003; Madörin 2006). Beide Vorgehensweise sind wichtig und weiterführend und ergänzen sich.

1 Aus Caring Economy wurde im Deutschen ebenfalls schon in den 1990er Jahren nicht Sorgende Ökonomie, sondern Vorsorgendes Wirtschaften – auch als Name des Netzwerkes, das bis heute besteht. Im Begriff „Vorsorgendes Wirtschaften“ klingt an, dass es auch um ökologische Fragen und eine Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Naturverständnis geht, wobei die Kategorie Geschlecht einbezogen wird.

Die dabei zugrunde liegenden zentralen Annahmen und Ausgangspunkte einer Ökonomie des Sorgens und Versorgens sind zwar mittlerweile bekannt, aber in den Wirtschaftswissenschaften immer noch nicht selbstverständlich. Das sind insbesondere folgende Punkte:

- Jeder Mensch ist von Sorge abhängig, zumindest zu bestimmten Zeiten im Leben, was auch als anthropologische Grundkonstante bezeichnet wird.
- Sorgebeziehungen sind von diesen Abhängigkeiten und sich daraus oft ergebenden Asymmetrien geprägt.
- Sorgetätigkeiten sind nur sehr begrenzt rationalisierbar und die Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung begrenzt.
- Sorge- und Versorgungsarbeit setzen eine andere Logik voraus und die Sorge- und Versorgungslogik steht der Markt- und Wettbewerbslogik oft diametral gegenüber.

Erweitern des Ökonomieverständnisses

Eine Markt- und Erwerbswirtschaft allein ist nicht überlebensfähig, sondern setzt das Funktionieren weiterer Wirtschaftssektoren und -bereiche für ihre Existenz ebenso voraus wie funktionierende ökologische Prozesse. Trotzdem werden bis heute unbezahlte Sorge- und Versorgungstätigkeiten sowie natürliche Ressourcen im hegemonialen ökonomischen Denken und Handeln selten angemessen berücksichtigt, sondern oft immer noch als frei verfügbare und beliebig vermehrbare Güter angesehen und ausgebeutet. Dem lässt sich nicht mit noch mehr Markt- und Wettbewerbslogik auch noch in den bisher davon verschonten Bereichen begegnen, sondern im Gegenteil: Es ist mehr Sorge- und Versorgungslogik in der Erwerbswirtschaft erforderlich, was zur Entstehungszeit des Caring Economy-Konzeptes auch schon klar formuliert worden ist:

Eine nach Prinzipien der Versorgungswirtschaft organisierte Ökonomie ist eine (vor-)sorgende – sich sorgende, Sorge tragende, fürsorgende – Ökonomie. In einer solchen Wirtschaft hat die Befriedigung von existierenden, materiellen und immateriellen Bedürfnissen Vorrang gegenüber der Produktion immer neuer materieller Güter. Eine solche Wirtschaft ist zukunftsfähig nicht nur durch die Art und Weise, wie sie mit natürlichen Ressourcen, sondern auch wie sie mit den sozialen Bedürfnissen der Menschen umgeht (Jochimsen/Knobloch 1994, S. 40).

Die Ansätze der Ökonomie des Sorgens und Versorgens in all ihren Facetten gehen daher von einem erweiterten Ökonomieverständnis aus, das neben der Marktökonomie auch das Wirtschaften in Haushalten, im Staat und in Non-Profit-Organisationen umfasst, was als Sorgediamant (vgl. z. B. Razavi 2007, S. 21) oder Vier-Sektoren-Modell (vgl. Knobloch 2016, S. 39) bezeichnet wird. Durch diese Erweiterung des Ökonomieverständnisses gelingt es, den gesamten Umfang

der bezahlten und unbezahlten Sorge- und Versorgungsarbeit in die Analysen einzubeziehen. Während bezahlte Sorge- und Versorgungsarbeit in Unternehmen und Non-Profit-Organisationen überwiegt, wird die meiste unbezahlte Sorge- und Versorgungsarbeit in privaten Haushalten geleistet, aber auch als Freiwilligenarbeit in Non-Profit-Organisationen oder in der Zivilgesellschaft. Mithilfe des Vier-Sektoren-Modells lassen sich zudem die verschiedenen Verlagerungsprozesse zwischen den einzelnen Sektoren verdeutlichen, von denen insbesondere die Monetarisierungs- und Entmonetarisierungsprozesse wichtig sind, also wenn für vorher unbezahlte Sorgearbeit bezahlt wird oder wenn vorher bezahlte Sorgearbeit (wieder) unbezahlt geleistet wird bzw. werden muss (vgl. Knobloch 2010, 2020).

Auch für die Perspektive der Caring Economy werden die drei schon bei der Caring Policies-Perspektive unterschiedenen Ebenen – Makro-, Meso- und Mikroebene – herangezogen. Auf der Makroebene geht es um die Strukturen, die Gestaltung eines Wirtschafts- und Sorgesystems, also um die Rahmenbedingungen einer Marktwirtschaft, um sozial-ökologische Transformationen, um die Institutionalisierung von Menschenrechten rund ums Sorgen und eines sorgsamen Rechts. An der Caring Societies-Tagung stand in Panel 2 diese Makroebene der Ökonomie des Sorgens und Versorgens sowie die Gestaltung zukunftsfähiger Strukturen des sorgenden Versorgens im Vordergrund. Aber auch die Meso- und Mikroebene sind für eine Caring Economy wichtig.

Auf der Mesoebene stehen die Organisationen innerhalb des Wirtschaftssystems im Fokus, wobei als Wirtschaftsorganisationen nicht nur private Unternehmen, sondern auch staatliche Unternehmen, Non-Profit-Organisationen und die privaten Haushalte verstanden werden. In der feministischen Organisationsforschung wird das Thema der Gendered Organisations, der vergeschlechtlichten Organisationen seit Langem diskutiert (vgl. z. B. Wilz 2010), doch es hat die Wirtschaftswissenschaften jenseits der feministischen Organisationslehre noch kaum erfasst. Dabei müssen wir uns mit der Vergeschlechtlichung von Organisationen und Institutionen in ihrer ganzen Bandbreite auseinandersetzen, also von Unternehmen und Haushalten ebenso wie z. B. von Hochschulen und Kirchen. Diese Überlegungen zu vergeschlechtlichten Organisationen gilt es in Richtung „Caring Organisations“ (Gössling/van Liedekerke 2014) weiterzudenken, um Organisationen sorgender zu machen und entsprechendes Handeln zu ermöglichen.

Auf der Mikroebene geht es um die Sorge- und Versorgungsarbeit leistenden und empfangenden Personen, um Emotionsarbeit, Selbstsorge, mentale Erschöpfung und vieles mehr. Auch wenn eine der Ebenen im Vordergrund steht, können die beiden anderen Ebenen nicht vernachlässigt werden. Denn es gibt keine sorgenden Strukturen ohne sorgende Organisationen und ohne sorgende Individuen. Wenn wir sorgende Strukturen schaffen wollen, müssen wir

uns auch mit der Schaffung von Caring Organisations und den Bedingungen des ver-, für- und vorsorgenden Handelns der Einzelnen befassen.

Ansatzpunkte einer Caring Economy

Ich habe mich gefragt, was das Gegenteil von „Caring“ ist und mir ist der Begriff „toxisch“ in den Sinn gekommen, der in der Geschlechterforschung vor allem in der Zusammensetzung von *toxic masculinities* bekannt ist. Aber nicht nur Beziehungen können toxisch sein, sondern auch Organisationen und Strukturen. Die Aufgabe, vor der wir stehen, lässt sich so formulieren: Es geht nicht darum neutrale Wirtschaftsstrukturen, Organisationen und Handlungsweisen in sorgende zu verwandeln, sondern wir müssen toxische Strukturen, Organisationen und Handlungsweisen erkennen und überwinden. Dafür wird ein Orientierungspunkt gebraucht und als ein solcher Orientierungspunkt erscheint mir die Ökonomie des Sorgens und Versorgens mit ihren Gestaltungskriterien Zukunftsfähigkeit und Geschlechtergerechtigkeit, Sorgegerechtigkeit und Versorgungssouveränität geeignet (vgl. Knobloch 2019).

Wie gezeigt, sind bezahlte und unbezahlte sorgende und versorgende Tätigkeiten für jedes Wirtschaftssystem grundlegend. Aber es ist eine offene Frage, ob eine Caring Economy innerhalb eines kapitalistischen Wirtschaftssystems, das auf Markt- und Wettbewerbslogik ausgerichtet ist, die Sorgearbeit ausbeutet und als frei verfügbare Ressource ansieht, überhaupt zu erreichen ist. Reicht es die Markt- und Wettbewerbslogik einzudämmen oder ist sie durch die Sorge- und Versorgungslogik zu ersetzen? Unterliegen nicht selbst die Haushalte heute der Markt- und Wettbewerbslogik? Zum einen bleiben private Haushalte vom marktökonomischen Denken und Handeln nicht verschont, zum anderen besteht in Sorgedebatten aber auch immer die Gefahr, an überkommenen Haushalts- und Familienstrukturen festzuhalten. Um dieser Gefahr zu entgehen, ist das zum (guten) Leben notwendige Gemeinsame in einer Vielfalt von Haushaltsformen zu untersuchen, was ich als „Haushalte queeren“ (vgl. Knobloch 2020, o. S.) bezeichnet habe.

Mit dem Queeren von Haushalten sind Erkenntnisprozesse wie der Folgende verbunden: Beim „Familienernährer“-Modell, das bis heute nachwirkt, ist zunächst einmal die Bezeichnung fehlerhaft bzw. der Familienernährer ist nur die eine Hälfte des Modells (und wird deshalb in der Modell-Bezeichnung auch in Anführungszeichen gesetzt). Denn bei jeder der vielfältigen realen Haushaltsformen gibt es zwei Seiten: Geld verdienen / Einkommen erwerben auf der einen Seite und Haushalt führen / Versorgung sichern auf der anderen, also sich selbst und die übrigen Haushaltsmitglieder mit dem zum (guten) Leben Notwendigen versorgen. Auch das „Familienernährer“-Modell hat also eine andere Seite: das Versorgerin-Modell – noch ganz zweigeschlechtlich formuliert. Das „Familienernährer“-Modell ist heute nicht mehr die Norm. Aber durch welches

Haushaltsmodell wurde es ersetzt bzw. sollte es ersetzt werden? Wir müssen uns klar darüber werden, welche Haushaltsmodelle als neue Norm taugen und welche nicht bzw. nicht mehr, wo längst überholte Haushaltsmodelle immer noch nachwirken, wie zukunftsfähig und sorgerecht die Nachfolgemodelle sind. Für ein zukunftsfähiges und sorgerechtes Haushaltsmodell halte ich das allgemeine Verdienner*innen- und Versorgungs-Modell, in dem es die Norm ist, „dass sich jeder Mensch in jedem Haushalt um bezahlte und unbezahlte Arbeit kümmern muss, dass beide Arbeitsformen gleichwertig sind und niemand automatisch das Privileg hat, dass jemand anders die Hausarbeit für ihn erledigt“ (Knobloch 2020, o. S.).

Ein ganz konkreter Ansatzpunkt für eine Caring Economy ist die (mindestens) jährliche Erhebung makroökonomischer Zahlen zur unbezahlten Arbeit. Während wir über die in der Erwerbswirtschaft geleisteten Arbeitsstunden ziemlich genau Bescheid wissen, weil diese regelmäßig von den Statistischen Ämtern erhoben werden, wissen wir (zu) wenig über die in der unbezahlten Versorgungswirtschaft geleisteten Arbeitsstunden, weil diese bisher in Deutschland nur alle 10 Jahre erhoben werden. So ist zwar in den offiziellen Zahlen leicht erkennbar, dass aufgrund der Corona-Pandemie viel weniger Erwerbsarbeitsstunden geleistet wurden. Aber wir können nur vermuten, wie viele unbezahlte Arbeitsstunden dadurch bedingt in den Haushalten mehr geleistet wurden und werden.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind demnach riesig und die Antworten auf viele Fragen unbequem. Die Gestaltung des Transformationsprozesses hin zu Caring Societies lässt sich nur bewältigen, indem die verschiedenen Ansatzpunkte, guten Ideen und neuen Initiativen der Perspektive einer Caring Economy aufgenommen und zusammengebracht werden. Dabei sollten uns Widersprüche nicht lähmen, sondern weiterbringen. Nur eines ist sicher: Es gibt keine einfachen und schnellen Lösungen, sonst hätten wir sie schon. Aber es gibt gute Lösungsansätze, wie im Folgenden gezeigt wird.

3 Caring Commons – zur kollektiven Erfüllung von Sorgeaufgaben jenseits von Markt und Staat (Corinna Dengler)

Neben Caring Policies und Caring Economy sind Caring Commons als dritter Grundpfeiler von Caring Societies zu verstehen. Unter dem Titel „Caring Commons für den sozial-ökologischen Wandel“ wurden in einem der Tagungspanels vor dem Hintergrund der Klimakrise und der notwendigen sozial-ökologischen Transformation die Potenziale und Hemmnisse einer kollektiven Erfüllung von Care jenseits von Markt, Staat, NGOs und heteronormativen Kleinfamilien diskutiert. Ergänzend dazu nahm das Panel „Praxisprojekte zu Caring Communities“, organisiert von Heidi Lehner, konkrete Umsetzungen von Caring Communities

in verschiedenen Ländern unter die Lupe und fragte: Lassen sich Versprechungen wie eine solidarische und gerechte Verteilung der Sorgeaufgaben einlösen – oder bleiben sie Utopie? (Re-)Produzieren sie gar Ungleichheiten? Und welches Potenzial bieten sie zur Lösung aktueller und erwarteter Sorgeskrisen?

Worum geht es eigentlich bei Commons?

Der Diskurs um Commons hat in den letzten Jahren an Fahrt aufgenommen. In ihrem Hauptwerk „Die Verfassung der Allmende: Jenseits von Markt und Staat“ (1999), das 2009 mit dem Alfred-Nobel Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet wurde, widerlegte Elinor Ostrom die in den 1960er Jahren formulierte (und immer noch in VWL-Lehrbüchern angeführte) „Tragödie der Allmende“ substantiell. In Beispielen aus der ganzen Welt zeigt Ostrom institutionenökonomisch auf, dass die Selbstverwaltung von endlichen Ressourcensystemen (*Common-Pool Resources*), aus denen potenzielle Nutzer*innen schwer ausgeschlossen werden können, durch Absprachen und Kooperation möglich ist und unter Einhaltung bestimmter gemeinschaftlich festgelegter Nutzungsregeln soziale Beziehungen und das Commons selbst zum Florieren bringt.

Parallel dazu hat sich in den letzten zwei Dekaden ein Diskurs um Commoning als soziale Praxis entwickelt, der Commons nicht etwa als Güter oder Ressourcen, sondern als soziale Beziehung zwischen an Commons beteiligten Menschen (*Commoners*) begreift (vgl. z. B. Bollier/Helfrich 2012; Habermann 2016; Federici 2019; Helfrich/Bollier 2019). Bei Commons geht es hierbei in erster Linie um Commonist*innen, die Gemeinschaftsgüter an den Bedürfnissen der Gruppe ausgerichtet kollektiv produzieren, verwalten, versorgen und nutzen, kurz: Commoning betreiben und in diesem Prozess des Commoning das Commons (z. B. Food-Coops, Urban Gardens, *open source* Software) erst erschaffen (vgl. Euler 2019). Friederike Habermann (2016) nennt als grundlegende Prinzipien für ein commonsbasiertes Wirtschaften, sie spricht von einer „Ecommony“, a) Besitz statt Eigentum, b) Teile, was du kannst und c) Beitragen statt Tauschen – Prinzipien, denen ohne Frage eine große Transformationskraft für eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise innewohnt. Dabei sind Commons darauf ausgelegt, das Gemeinschaftliche zu stärken und im Tun das Sozialgefüge nachhaltig und in Richtung Zukunftsfähigkeit zu verändern (vgl. Euler 2019). Im Zentrum steht eine Wirtschaftsweise, die nicht Profit, sondern Bedürfnisse und nicht Wirtschaftswachstum, sondern die Nachhaltigkeit des Lebens in den Mittelpunkt ihres Schaffens stellt.

Und was sind Caring Commons?

Commons und Care haben vieles gemeinsam, denn „[s]owohl Caring als auch Commoning sind von der ‚Sorge um‘ etwas getragen“ (Habermann 2016, S. 31). Als „Caring Commons“ – Silvia Federici (2019) spricht von „reproduktiven

Commons“ – verstehen Miriam Lang und Corinna Dengler (2022) dabei eine kollektive Erfüllung von Sorgearbeit jenseits des Vier-Sektoren-Modells (Staat, Markt, Haushalte, NGOs). In Abgrenzung zu affirmativen Sorgetätigkeiten, die möglicherweise zur neoliberalen Kooptation von Commons führen (vgl. van Dyk/Haubner 2021), sehen Dengler und Lang (2022) das Potenzial von transformativen Caring Commons, die heute von sozialen Bewegungen neu oder wieder kreiert werden und die viel von kommunitären Caring Commons in Ländern, denen das historische Privileg eines Wohlfahrtsstaates verwehrt geblieben ist, lernen können. An dieser Stelle seien drei Beispiele genannt, die ich als Caring Commons verstehe:

1. In ihrem Buch „Commoning Care & Collective Power“ (2021) beschreibt Manuela Zechner, die den Teil der Tagung zu Caring Commons mit einem Vortrag zur ökologischen Krise als Care-Sackgasse eröffnete, wie vor dem Hintergrund der Finanzkrise in Spanien und der daraus entstehenden 15-M-Bewegung Caring Commons kreiert wurden. Dabei geht sie insbesondere auf sogenannte Childcare Commons im Viertel Poble Sec in Barcelona ein, wo die gemeinschaftliche Selbstorganisation von Kinderbetreuung in Initiativen wie Babàlia (seit 2016: La Rimaieta) zur Schaffung von kollektiven Care-Infrastrukturen und zu einer Politisierung von reproduktiven Tätigkeiten beigetragen haben. In einer ausgewogenen Diskussion zeigt Zechner sowohl die Potenziale (z. B. Befriedigung von Sorgebedarfen in Krisenzeiten, Entstehen langfristiger sorgender Infrastrukturen), aber auch Hemmnisse (z. B. persistente Geschlechterverhältnisse, wenig Zeit neben der Lohnarbeit) auf und kommt zum Schluss, dass Caring Commons viel transformatives Potenzial bergen, das gerade auch in den kollektiven Aushandlungs- und Gestaltungsprozessen liegt.
2. Ein anderes Beispiel ist das von Jorge Rath (2022, im Druck) beschriebene „Centro Integral de Salud“ (CICS, dt.: integrales Gesundheitszentrum) der Kooperativen Cecosesola in Barquisimeto, Venezuela. Cecosesola wurde bereits 1967 gegründet und umfasst heute ca. 40 Kooperativen und 20.000 Mitglieder, zeigt also wiederum, dass Commoning nicht unbedingt nur im kleinen Rahmen funktioniert. Von Beginn an, so Rath, hat sich Cecosesola stets an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort ausgerichtet und betreibt heute vor allem Caring Commons in den Bereichen Ernährung und Gesundheit. 1995 wurde die erste Cecosesola Gesundheitskooperative gegründet, die mit dezentralen medizinischen Beratungsstellen startete und 2009 mit der Poliklinik CICS ein Zentrum bekommen hat. Das CICS ist nicht nur für Commonist*innen, sondern für alle Menschen zugänglich und hat mit bis zu 200.000 Patient*innen pro Jahr (eine Zahl, die während der Pandemie mit ca. 700 Menschen pro Tag noch deutlich angestiegen ist); für eine selbstorganisierte und selbst-

finanzierte Basisinitiative im krisengeschüttelten Venezuela eine geradezu beeindruckende Größe.

3. Das dritte Beispiel ist „Inseln mit Häfen“, ein Projekt in Süddeutschland, dessen Vorstellung bei der Tagung in einem Workshop vorgesehen war (aber wegen Krankheit abgesagt werden musste). Dabei handelt es sich um eine Tübinger Initiative in Gründung, die Wohn- und Lebensraum dem Kapitalmarkt entzieht und dezidiert Handlungsspielräume für kollektives (Ver-)Sorgen schafft (vgl. Preissing 2021). Dabei geht es den Commonist*innen der Initiative darum, u. a. durch ein commonsbasiertes Finanzierungskonzept der Geldlogik weniger Raum im Alltag zu geben. An den konkreten gemeinschaftlichen Arbeits- und Lebensorten („Inseln“) sollen durch das Bereitstellen von „Häfen“, z. B. Räume, für alle, die etwas beitragen wollen (Beitragsökonomie), Freiräume für ein Ins-Zentrum-Rücken von Care entstehen. Gleichzeitig werden dadurch Erfahrungsräume geschaffen, in denen die Entkopplung von Beitragen und Nehmen und von monetären Werten und sozialer Anerkennung erlebt und praktiziert werden können.

Caring Commons als Beitrag zu Caring Societies und sozial-ökologischer Transformation?

Nun lässt sich natürlich einwenden, dass Caring Commons schöne Initiativen sind, die allerdings auf Gemeinschaften und nicht auf Gesellschaften ausgelegt sind und deshalb auf der Suche nach Caring Societies nur eine Randerscheinung darstellen. Autor*innen, die sich seit Langem mit Commons beschäftigen, widersprechen diesem Einwand einhellig (vgl. z. B. Habermann 2016, S. 15; Federici 2019; S. 86 f.; Helfrich/Bollier 2019, S. 164). Sigrun Preissing (2021, S. 155) zum Beispiel schreibt: „Diejenigen, die Commons nur als ‚viele kleine Alternativen‘ wahrnehmen, verkennen die Tatsache, dass Commons eine grundlegend andere Perspektive auf das Leben, die Versorgung und das Miteinander bieten.“ Es geht um die Veränderung, die passiert, wenn Menschen zusammenkommen, um ein Commons (z. B. eine solidarische Landwirtschaft, eine Poliklinik, ein inklusives Wohnprojekt) bedürfnisorientiert und ohne Geld-, Wachstums- und Verwertungslogik zu gestalten (vgl. ebd.; Wichterich 2017). Sie schaffen damit ein Möglichkeitsfenster (das keinesfalls ein Automatismus ist) für eine nicht-patriarchale, egalitäre, demokratische und nachhaltige Organisation von Sorgearbeit „von unten“, die das „von oben“ schrittweise demokratisiert.

Es geht zudem um eine Entkoppelung von monetärer Bewertung und sozialer Anerkennung. Geldlogik schafft, wie Heidi Lehner (2021) schreibt, einen Nährboden, der Konkurrenz und quantitative Effizienz fördert und gleichzeitig Nähe, Empathie und Verständnis erschwert. Gerade vor dem Hintergrund ökologischer Krisen und der Frage nach der zukunftsfähigen Gestaltung von Caring Societies gilt es anzuerkennen, dass die Knappheit und der Mangel,

welche die Sorgekrise prägen, bereits in unserem Geld- und Wirtschaftssystem angelegt sind (vgl. ebd.; Winker 2015). Viel wichtiger als die Frage nach der Hochskalierbarkeit (*scaling up*) ist vor diesem Hintergrund die Frage, wie sich Commons in die Breite skalieren lassen (*scaling out*), ein Wachsen und Gedeihen von Commons, die sich horizontal miteinander vernetzen, solidarisch aufeinander beziehen und voneinander lernen – ein polyzentrisches Modell des guten und zukunftsfähigen Lebens für alle in Caring Societies sozusagen (vgl. Wichterich 2017). Und darin spielt im Hier und Heute der (Wohlfahrts-)Staat, der durch Care-Politiken auch langfristig zentrale Care-Infrastruktur bereitstellen wird (vgl. Eskelinen/Hirvilammi/Venäläinen 2020) und zudem durch revolutionäre Realpolitik (siehe Luxemburg 1903), wie z. B. einer allgemeinen Lohnarbeitszeitverkürzung oder der Entkoppelung von Lohnarbeit und Existenzsicherung, sorgende Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Caring Commons schaffen kann, eine wichtige Rolle.

Die Strategie von Caring Commons als Teil von Caring Societies muss sodann eine doppelte sein: Einerseits gilt es, derzeit wohlfahrtsstaatlich bereitgestellte Care-Arbeit vor Privatisierung (z. B. Verlagerung vom Staat zum Markt im Neoliberalismus oder – wie es im Falle von Covid-19 der Fall war – vom Staat zurück in die Familien) zu verteidigen und sich für bessere Entlohnung und Arbeitsbedingungen von bezahlter Sorgearbeit einzusetzen. Andererseits ist es, gerade auch vor dem Hintergrund der ökologischen Krise, wichtig, unbezahlte Care-Arbeit nicht immer weiter in die kapitalistische Verwertungslogik hinein zu verlagern, um ihr (vermeintlich) gesellschaftliche Wertschätzung zukommen zu lassen. Stattdessen gilt es das transformative Potenzial von Caring Commons zu nutzen um kollektive Strukturen „zukunftsfähigen sorgenden Versorgens“ (Knobloch/Kleinert/Dengler 2021, S. 40) zu schaffen, die es uns erlauben Care ganz anders zu denken und ins Zentrum dessen, was Wirtschaft ist und was Gesellschaft ausmacht, zu stellen.

4 Caring Sciences – weiterführende Reflexionen zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Care (Ann-Christin Kleinert)

Die drei bisher ausgeführten Perspektiven bilden den inhaltlich-konzeptionellen Rahmen für die Transformation hin zu Caring Societies, aber sie sind nicht die einzigen Perspektiven, die für die Analyse, Umsetzung und Gestaltung erforderlich sein werden. Deshalb wird im Folgenden zusätzlich eine Perspektive skizziert, die zum einen weitere für die Sorgedebatte essenzielle Beiträge aufgreift und die zum anderen inhaltlich wichtige Positionen aufnimmt, die auch an der Caring Societies-Tagung vertreten waren, aber nicht mit einem eigenen Beitrag im Sammelband enthalten sind. Das übergeordnete Anliegen dieser Perspektive ist es, die

wissenschaftliche Reflexivität der Scientific Community zu Care anzusprechen sowie die grundlegenden Bedingungen der Wissenschaft, die einer sorgsamem Praxis bislang entgegenstehen.

Männlichkeit(en) und Sorge: Caring Masculinities

Während die Sichtbarmachung der Geschlechterdimension des Sorgens in Bezug auf Frauen und Weiblichkeit(en) für die Sorge- und Geschlechterforschung quasi konstitutiv ist, steht die Berücksichtigung von Männern und Männlichkeit(en) in diesem Feld noch an den Anfängen. Die Relevanz der Geschlechterverhältnisse und der Vergeschlechtlichung von Sorgearbeiten ernstnehmend, ist festzustellen, dass die Ansätze der Caring Masculinities (vgl. Hanlon 2012; Elliott 2016) noch wenig rezipiert und weiterentwickelt werden. Die Ideale, Normen, Ansprüche und die Verantwortung von Männern und an Männlichkeit werden bislang weitestgehend ausgespart. Dabei kann eine geschlechtergerechte Umgestaltung der Sorgebeziehungen und Sorgestrukturen nur zukunftsfähig gelingen, wenn alle Geschlechter darin berücksichtigt und in ihrer Verantwortung auch herausgefordert werden. Schließlich sind auch die anderen zur Vielfachkrise (vgl. Demirović et al. 2011) zählenden Problemfelder von patriarchalen, androzentrischen und schädlichen Männlichkeitsvorstellungen durchzogen, die in Form von Wachstumsimperativen auch die Aneignung, Zerstörung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen mit sich bringen (vgl. Scholz/Heilmann 2019). Materielle ebenso wie immaterielle, physische und psychische Gewaltverhältnisse gegen alle Geschlechter und auch gegen nicht-hegemoniale Männer und Männlichkeiten sind das Ergebnis.

Im Ansatz der Caring Masculinities bzw. in praktischen Anwendungsprojekten geht es u. a. auch darum, Männer und Jungen in Bezug auf eine geschlechtsspezifische Berufswahl zu sensibilisieren und den Bereich der bezahlten Erziehungs-, Sorge- und Gesundheitsberufe als Möglichkeit zu eröffnen (vgl. Holtermann 2019; Gärtner/Scambor 2020, S. 24 ff.). Dabei spielen sowohl Reflexionen von Bewertungsmustern von Arbeit als auch vergeschlechtlichte Anforderungen an Arbeiten sowie Selbst- und Fremdbilder eine Rolle. Der Ansatz der Caring Masculinities ist dabei vielschichtig, weil er die Strukturen vergeschlechtlichter bezahlter und unbezahlter Sorgearbeiten hinterfragt, ebenso wie die vergeschlechtlichten Subjektivierungsweisen und wie diese zur Abwertung sowohl sorgender Arbeiten als auch sorgender Eigenschaften führen. Gleichzeitig bietet das Konzept auch einen Identifikations- und Transformationsansatz für Männer und Männlichkeiten jenseits patriarchaler Normen.

Intersektionalität ernst(er) nehmen

Es lohnt ein Blick sowohl auf die Verursacher*innen bzw. Verantwortlichen als auch die Betroffenen der Krisenkomplexe. Dabei wird sichtbar, dass die Las-

ten der Reproduktionskrisen nicht alle Menschen gleich treffen. Das wird nicht zuletzt durch das weltumspannende Phänomen der Coronavirus-Pandemie deutlich. Besonders betroffen waren und sind hier in globaler Perspektive diejenigen Gesellschaften und Communities, deren Gesundheits- und Versorgungssysteme sehr prekär ausgestattet und dabei enorm abhängig von Infrastrukturen des Globalen Nordens sind, etwa in der Frage der Zugänglichkeit und Verteilung von Impfstoffen und Schutzausrüstung (vgl. Lessenich 2020, o. S.). Gleichwohl wird mit einer intersektionalen Betrachtungsweise sichtbar, dass die binären Zuweisungen von Verursacher*innen und Betroffenen nicht umfassend erklärungskräftig sind. Das wird z. B. im Phänomen der globalen Sorgeketten deutlich. Wenn etwa in Deutschland Frauen zu einem Großteil die Sorgeverantwortung in Haushalten und Familien tragen und diese mit der Erwerbsarbeit vereinbaren müssen, so ist das für diejenigen wesentlich leichter möglich, die es sich leisten können, Dritte in Care-Arrangements zu integrieren. Dies geschieht dann häufig, indem die Sorgearbeit an andere – zumeist migrantisierte und rassifizierte – Frauen delegiert wird.

Die etwa von Arlie Russel Hochschild (2000) oder Helma Lutz (2007) in die Care-Forschung eingebrachten Erkenntnisse wie Sorgelücken durch Care-Migration behandelt werden können und wie sich darin die Bedingungen des Arbeitens, Lebens und der transnationalen Migrationsbewegungen gestalten, gelten heute als Common Sense in der Sorgeforschung. Wird die intersektionale Forschungsperspektive jedoch um die Ungleichheitsdimension der Klasse erweitert, stellt sich die Perspektive wiederum anders dar. Was ist mit jenen Personen(gruppen), die selbst migrantisiert sind und nicht die finanziellen Möglichkeiten haben ihre Sorgedefizite zu bearbeiten? „Die Gerechtigkeitsansprüche von prekär Beschäftigten, ihr Lebenszusammenhang und ihre Selbst- und Fürsorge-Arrangements sind hingegen noch weitgehend unerforscht.“ (Motakef/Bringmann/Wimbauer 2018, S. 104) Wird wiederum Rassismus als Herrschaftsstruktur ernsthaft berücksichtigt, so muss zukünftig viel stärker geschaut werden, welche rassistischen Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen Care-Migrant*innen machen und wie sie sich gegen diese auch wehren und organisieren.

Des Weiteren wird die Dimension der Behinderung bislang erstaunlich wenig in intersektionalen Care-Analysen bedacht, obgleich mit Care häufig Pflege gemeint ist. Insbesondere Sorge- und Pflegeverantwortliche für Menschen mit Behinderung(en) sind zeitlich und inhaltlich intensiv in diese Aufgabe involviert. Aufgrund der starken Erwerbsorientierung, der die Sorgeleistenden in vielen Fällen nicht oder nur begrenzt entsprechen können, sind sie einer ins Private verlagerten Care-Krise mit einer besonderen Qualität von Mehrfachbelastung ausgesetzt (vgl. z. B. Bohnert-Joschko 2020).

Zwar können das an dieser Stelle nur Blitzlichter auf ausgewählte Aspekte sein, aber anhand dieser Fragestellungen wird deutlich, dass zumindest für den

deutschsprachigen Kontext in den Forschungsannahmen zur Sorgearbeit diese Vielfalt noch nicht ausreichend wahrnehmbar abgebildet wird. Sondern häufig werden die normierten Bedingungen reproduziert und es wird mit Annahmen weitergearbeitet, die mitunter die Realitäten nur unzureichend berücksichtigen und abbilden. Daran anschließend gilt es auch die Dimensionen von Sexualität, Beziehungs- und Haushaltsformen in ihrer Vielfalt und Interdependenz stärker in die Sorgeforschung einzubeziehen.

Heteronormativitätskritik und Queering Care

Mit der Trennung des Wirtschaftens in eine öffentliche und eine private Sphäre mitsamt der geschlechtlichen Zuweisung von Aufgaben und Zuständigkeiten, ist auch Heteronormativität tief in die Geschlechter- und Care-Arrangements der Moderne eingelassen. Zu selten wird jedoch Heteronormativität als wesentlicher Aspekt der ungleichgewichteten Arbeitsteilungen und Sorgeverantwortung betrachtet und kritisiert (vgl. Seeck 2021, S. 16). Die in weiten Teilen lückenhafte Berücksichtigung von Elternschaft, Familie, Partner*innenschaft und Haushaltskonstellationen jenseits heterosexueller, weiß dominierter Zweigeschlechtlichkeit in Sorgearrangements ist heute somit noch weit entfernt von der während der feministischen Bewegungen ab den 1970er Jahren geprägten Deklaration „Das Private ist politisch“. Ebenso wenig liegen bislang Forschungsarbeiten vor, die Care-Arrangements, die außerhalb der heteronormativen Zweigeschlechtlichkeit und ihrer normativen Haushaltsarrangements liegen, betrachten (vgl. Seeck 2021). Zudem steht die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit feministischer Elternschaft erst am Anfang (vgl. Haller/Schlender 2021).

[D]er Anspruch auf eine nicht oder weniger geschlechterdifferent strukturierte Aufgabenteilung [kann] vor allem da umgesetzt werden, wo entsprechende Anstrengungen nicht auf der Ebene normativ vorgetragener Idealvorstellungen verbleiben, sondern durch beziehungsstrukturelle Maßnahmen und modifizierte Selbstverständnisse ergänzt werden. (Raab 2020, S. 168)

Das spricht dafür, dass für Analysen und Praktiken zur Umgestaltung der Sorgeverhältnisse im Großen sowie der Sorgebeziehungen im Kleinen, stärker die Vermittlung der strukturellen und subjektiven Sorgebedingungen berücksichtigt werden sollte.

Damit verbunden und darüber hinausweisend, werden die Möglichkeiten von Care nicht nur durch die Institutionen von Markt, Staat, Familie/Haushalt oder Non-Profit-Organisationen sowie der Zivilgesellschaft gestaltet, ermöglicht oder verhindert. Sondern auch das Recht, die Rechtsprechung und nicht zuletzt das Rechtssystem tragen zur Regulierung von Care-Möglichkeiten und zu den Bedingungen von Care-Arbeit grundlegend bei (vgl. Scheiwe, Beitrag zu Panel 2 der Tagung). Es ist eine quer zu den Sektoren liegende Struktur, die

die Care-Organisationen, Sorgesysteme und Care-Politiken (de)reguliert und damit maßgeblich die Ausgestaltung von Sorgearrangements beeinflusst. Dies schließt also u. a. auch an die Thematik der in den heteronormativen Familien- und Haushaltskonstellationen heute noch bedingten ungleichen Arbeitsverteilungen an. Das betrifft steuerliche Aspekte, die Anerkennung oder Aberkennung von Elternschaften sowie die Ermöglichung oder Verhinderung von regulären Arbeitsverhältnissen in privaten Haushalten, um hier nur einige Beispiele zu nennen.

Care zusammen transformieren

Was insbesondere im Abschnitt zu Caring Commons bereits angesprochen ist, kann zukünftig noch tiefergehend analysiert und begleitet werden: die Sorgebewegungen. In dieser bislang zum Teil lose verbundenen sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegung sind sowohl Initiativen vertreten, die aufgrund der eigenen Betroffenheit als Pflegende oder Gepflegte die prekären Bedingungen kritisieren und öffentlich Verbesserungen fordern, ebenso wie bezahlte Care-Arbeiter*innen, die für eine bessere Personalausstattung in ihrem Feld gewerkschaftlich und zivilgesellschaftlich solidarisch unterstützte Arbeitskämpfe führen (vgl. Artus et al. 2017). In vielen gesellschaftlichen Bereichen gibt es somit Ansätze zur Infragestellung und Übertretung derjenigen Grenzziehungen und ihrer Werte, unter denen es zur Care-Krise gekommen ist.

Sowohl die ursprünglichen Tagungsbeiträge als auch die nun hier in mehreren Begutachtungstufen weiter bearbeiteten und veröffentlichten Texte sowie viele weitere richtungsweisende Beiträge zur dringenden Debatte um Caring Societies, zeugen von vielfältigen Wissensbeständen in diesem Feld. Diese können auch im Sinne der von Vrinda Dalmiya (2016) eingebrachten sorgebasierten Epistemologie verstanden werden, in der persönliche Sorge- und Fürsorgeerfahrungen die erkenntnistheoretischen Grundlagen bilden und das Verständnis von Wissen um konkrete und subjektive Elemente erweitert wird, die androzentrisches Denken und Wissen reflektieren. Zukünftig geht es angesichts der drängenden Aufgaben der Krisenbewältigung sowie der Entwicklung und Umsetzung transformatorischer und an Geschlechter- und Generationengerechtigkeit orientierter Perspektiven darum, dass es noch stärkere Vernetzungen in diesem Feld gibt, wie etwa Maren A. Jochimsen, Ann-Christin Kleinert und Ulrike Knobloch mit ihrem Tagungsposter zur Vernetzung sorgeökonomischer Netzwerke angeregt haben (siehe auch Knobloch/Kleinert/Jochimsen 2022).

Zudem waren sich an der Caring Societies-Tagung die Diskutant*innen und Beitragenden einig, dass wirkmächtige Lobbies vonnöten sind, um die vielfältigen analysierten Anliegen sowohl zunächst artikulieren als auch transformativ bearbeiten zu können. Im Sinne einer involvierten oder engagierten Wis-

senschaft kann es somit sinnvoll sein sich selbst zur Interessenvertretung zu machen und damit die Grenzziehungen, Ausschlüsse und Auslassungen aufzuwerfen und sich diesbezüglich zu verbinden. Sorge ist in einem weiterführenden Verständnis nicht nur dort, aber auch in der eigenen wissenschaftlichen Praxis übergeordnet als Solidarität einzubeziehen (vgl. Neumann/Winker 2019).

Caring Sciences wird hier somit in zwei Richtungen gedacht: Erstens geht es darum mit den bereits bekannten Theorien und Konzepten zu Sorge, Reproduktion und Care-Arbeit fortwährend auch die Grundlagen zu reflektieren und auf ihre Gültigkeit für bestimmte Kontexte zu prüfen, um eine kritische und dem gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Wandel bezüglich der Sorgeverhältnisse angemessene wissenschaftliche Auseinandersetzung zu erreichen. Zweitens erfordert das aber auch eine weitgehende Veränderung der heute vorfindbaren Forschungsbedingungen, die nur selten als *caring* bezeichnet werden können.

5 Aufbau und Beiträge des Sammelbandes

Drei der voranstehenden Perspektiven – Caring Policies, Caring Economy und Caring Commons – strukturieren als drei grundlegende Perspektiven auf Caring Societies den Sammelband. In den jeweiligen Buchbeiträgen zu diesen Teilen werden die drei Perspektiven sehr differenziert bearbeitet und Elemente der Ausführungen zur vierten Perspektive Caring Sciences einbezogen. In den Ausführungen werden entscheidende Facetten für die Realisierung einer Caring Society ebenso wie die Hürden, die der Etablierung von Caring Societies entgegenstehen, deutlich sichtbar. Der vierte Teil enthält ein Sorge-Glossar mit Erklärungen der für Caring Societies zentralen Begriffe.

Die fünf Beiträge des *ersten* Teils zu Caring Policies analysieren etablierte Care-Politiken und deren Auswirkungen und fragen, wie Caring Policies im Sinne von Sorgenden Politiken aussehen könnten. Die ersten beiden Beiträge befassen sich mit nationalen und kommunalen Care-Politiken und ihren Konsequenzen für eine geschlechtergerechte Versorgung. In ihrem Ländervergleich von nationalen Care-Politiken analysieren *Thurid Eggers*, *Christopher Grages* und *Birgit Pfau-Effinger* die geschlechterbezogenen Auswirkungen von Care-Politiken. Sie stellen dabei fest, dass die beiden grundlegenden Ziele – die Unterstützung der Inanspruchnahme von Dienstleistungen und der familiären Versorgung – in den Länderpolitiken verschieden kombiniert werden, wobei die großzügige Unterstützung beider am besten soziale Risiken der familiären Versorgung absichern und damit zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen kann. Die Frage zum Zusammenhang von Politiken auf kommunaler Ebene und Geschlecht steht im Fokus des Beitrags von *Nina Vischer*, *Kyra Schneider* und *Sophia Dollsack*. Ausgehend

von der Analyse der Care-Krise ergründen die Autor*innen in ihrem Beitrag die bisher in der Debatte noch weitgehend unberücksichtigten Zusammenhänge von Wohnen, Care und Geschlecht. Mit dem Fokus auf alternativen, kollektiven Wohnformen präsentieren sie erste empirische Befunde zur Bedeutung des Wohnens in einer geschlechtergerechten Care-Versorgung.

Im Fokus der verbleibenden drei Beiträge steht das Zusammenspiel von Organisationen und Care-Politiken. In ihrem Beitrag setzen sich *Lea Knopf*, *Karla Wazinski*, *Anna Wanka* und *Moritz Heß* mit der bisher kaum wissenschaftlich untersuchten Situation von Studierenden mit Care-Aufgaben auseinander. Vor dem Hintergrund ihrer empirischen Ergebnisse analysieren sie nationale und internationale Ansätze der Unterstützung an Universitäten und fordern die Entwicklung einer University Care Culture. *Samira-Salomé Hüsler* stellt in ihrem Beitrag die Herangehensweise von ganzheitlich zusammenführenden Einrichtungen der Tagespflege in Japan vor, die auf lokaler Ebene vor dem Hintergrund von Care-Politiken entstanden sind. Ihre empirischen Ergebnisse zeigen, dass diese Einrichtungen insbesondere Autonomie und soziale Teilhabe der Nutzer*innen fördern und sich als ein besonders zukunftsweisender Ansatz zur Betreuung von Menschen mit demenziellen Erkrankungen erweisen. In ihrem Beitrag befassen sich *Andreas Albert* und *Ingo Bode* mit dem Einfluss von in Care-Politiken definierten und sich daran anschließenden organisationalen Regulierungen in der stationären Altenhilfe auf die Gefühlsregulation der Pflegenden und den sich ergebenden emotionalen Spannungen im Sorge-Alltag. In ihrem empirischen Vergleich der Situation in stationären Pflegeeinrichtungen mit der Situation in Hospizen stellen sie fest, dass der Sorge-Alltag in Hospizen „entspannter“ ist und weit weniger durch die Regulierungen bestimmt wird.

Der Perspektive Caring Economy im zweiten Teil sind fünf Beiträge zugeordnet, die sich von verschiedenen Seiten einer sorgende(re)n Ökonomie und Wirtschaftsweise nähern. *Elisabeth Stiefel* macht in ihrem Beitrag deutlich, dass die ökonomische Wissenschaft bis heute Haus- und Sorgearbeit vernachlässigt, obwohl es schon früh andere, wenn auch wenig gehörte Stimmen gegeben hat. Zu diesen anderen Stimmen gehören neben den vielen Feministischen Ökonom*innen auch einzelne bekannte Ökonomen und aktuell eine Reihe neuer Initiativen, die sich dafür einsetzen, dass Haus- und Sorgearbeit endlich einen angemessenen Raum in Wirtschaft und Gesellschaft erhält. *Gisela Notz* analysiert das Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ von Friedrich Engels auf seine Aussagekraft für das 21. Jahrhundert und zeigt, dass seine Überlegungen zu den ökonomischen Grundlagen geschlechtsspezifischer Ungleichheit noch immer aktuell sind. Insbesondere die aus diesem Werk herauslesbare Forderung, Kleinfamilie, kapitalistische Produktion und die dadurch geschaffenen Eigentumsverhältnisse zu überwinden, bietet Raum für das Nachdenken über alternative versorgungsökonomische Konzepte.

Daran anschließend stellt sich *Lina Hansen* der Herausforderung, die Vielfalt partieller Ansatzpunkte und Vorgehensweisen, die für eine sozialökologische Transformation hin zu einer Caring Economy erforderlich sind, zusammenzudenken und zieht dafür das ganze Spektrum der intersektionalen, materialistisch-feministischen, queer- und ökofeministischen Theorien heran. *Hanna Völkle* zeigt die Probleme auf, die das vorherrschende Zeitverständnis für die Sorgeökonomie mit sich bringt und formuliert mit den „sorgenden Zeiten“ ein neues Zeitkonzept, das sich am Kriterium der Zeitsouveränität orientiert. *Christopher Gnad*t untersucht, welche Auswirkungen die Wirtschaftsreformen, Modernisierungs- und Urbanisierungsprozesse in Vietnam auf die Sorgearbeit in der Altenpflege im Allgemeinen und auf die Pflege der eigenen Eltern im Besonderen haben. Die traditionellen Familienstrukturen, in der die Pflegeverantwortung für die eigenen Eltern klar geregelt war, sind brüchig geworden und Alternativen dazu noch selten.

Die Beiträge im *dritten* Teil des Buches setzen sich im weitesten Sinne mit Caring Commons und Praxisprojekten auseinander.² Dabei befasst *Julia Hahmann* sich mit Praktiken kollektiven (Ver-)Sorgens im Alter. Sie reflektiert aus der Perspektive einer materialistischen Gerontologie kritisch sowohl die Potenziale (z. B. kollektives Sorgen als widerständige Praxis) als auch die Hemmnisse (z. B. ist es voraussetzungsvoll, tragfähige Kollektivbeziehungen zu etablieren) von kollektiven Sorgearrangements und untermauert ihre Argumente mit empirischem Material aus den USA und Deutschland. *Katrin Roller* und *Sandra Eck* bearbeiten in ihrem Beitrag aus einer feministischen Care- und Wohlfahrtsforschungsperspektive die Frage der Re-Organisation von Care und einer geschlechtergerechten Verteilung von Care-Aufgaben. Am Beispiel alternativer Wohn- und Lebensformen kommen sie zu dem Schluss, dass diese das Potenzial und zum Teil auch den Anspruch haben, Care zu verändern. Dies ist jedoch nicht selbstverständlich, sondern auch in nicht-normativen Konstellationen weiterhin ein Aushandlungsprozess.

Aushandlungsprozesse finden jedoch nicht nur auf der kollektiven, sondern auch auf der individuellen Ebene statt. *Anna Saave* geht in ihrem Beitrag der Frage nach, welche Bedeutung Selbstsorge (*Self-Care*) für Postwachstumsaktivist*innen hat. Ausgehend von den vielen systemischen Widersprüchen, mit denen sich Forschende und Aktivist*innen in diesem Bereich konfrontiert sehen, berichtet sie aus der Praxis des internationalen Kollektivs *Ambivalent Degrowers*. Dabei zeigt sie auf, wie eine kollektive Selbstsorgepraxis nicht nur ein sorgsames Miteinander, sondern auch langfristige und damit nachhaltige Handlungsfähigkeit befördern kann. *Gernot Jochum-Müller* stellt in seinem

2 Die sozial-ökologische Dimension, die auf der Tagung im gleichnamigen Panel sehr stark war, ist im Buch in mehreren Teilen zu finden, da z. B. die Beiträge von Lina Hansen und Hanna Völkle dem Teil Caring Economy – Sorgende Ökonomie zugeordnet wurden.

Werkstattbericht zum Zeitpolster das von ihm zunächst für Österreich entwickelte Zeitvorsorge-Modell vor. Dabei geht es um eine Form des Tausches von Dienstleistungen, in welchem Geld durch Zeit ersetzt wird, was Auswirkungen sowohl auf das Miteinander der Beteiligten als auch auf die Wertung der erbrachten Leistungen hat. Schließlich zeigen *Anita Schürch* und *Karin van Holten* mit ihrem Schweizer Forschungsprojekt CareComLabs auf, wie es gelingen kann, innerhalb der von Geldlogik geprägten Strukturen zusammen mit unterschiedlichen Akteur*innen neue Sorgepraktiken zu etablieren, diese mit bestehenden zu vernetzen, eine gerechtere Verteilung von Sorgetätigkeiten zu verstetigen und damit durch sorgende Gemeinschaften zur Bewältigung der Sorgekrise beizutragen.

Der *vierte* Teil enthält ein Sorge-Glossar, in dem die für Caring Societies zentralen Begriffe aufgeführt und erklärt werden. *Ulrike Knobloch* und *Ann-Christin Kleinert* haben dieses Sorge-Glossar erstellt, um zu dokumentieren, dass rund um das Thema „sorgende Gesellschaften“ viele neue Begriffe entstehen, fast ließe sich von einer eigenen Sprache sprechen, auf jeden Fall aber von der Notwendigkeit einer anderen, weil sorgsamen Ausrichtung von Politik, Wirtschaft, Gemeinschaft, Wissenschaft und den Gesellschaften im Ganzen, wofür neue Begriffe und Kategorien geprägt wurden und weiter werden.

Literatur

- Addis, Elisabetta (2003): Unpaid and Paid Caring Work in the Reform of Welfare States, in: Antonella Picchio (Hrsg.): Unpaid Work and the Economy. A Gender Analysis of the Standard of Living, New York: Routledge, S. 189–223.
- Anttonen, Anneli/Häikiö, Liisa/Kolbeinn, Stefansson (Hrsg.) (2012): Welfare State, Universalism, and Diversity. Cheltenham: Edward Elgar.
- Anttonen, Anneli/Sipilä, Jorma (1996): European Social Care Services: is it possible to identify models? In: Journal of European Social Policy 6, H. 2, S. 87–100.
- Artus, Ingrid/Birke, Peter/Kerber-Clasen, Stefan/Menz, Wolfgang (Hrsg.) (2017): Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen. Hamburg: VSA.
- Beland, Daniel (2009): Ideas, Institutions and Policy Change. In: Journal of European Public Policy 16, H. 5, S. 701–718.
- Bettio, Francesca/Plantenga, Janneke (2004): Comparing Care Regimes in Europe. In: Feminist Economics 10, H. 1, S. 85–113.
- Bohnert-Joschko, Sabine (Hrsg.) (2020): Zielgruppenspezifische Unterstützung für pflegende Angehörige. Bericht. Witten: Universität Witten-Herdecke. www.angehoerigenpflege.info/bericht/ (Abfrage: 25.03.2022).
- Bollier, David/Helfrich, Silke (Hrsg.) (2012): The Wealth of the Commons. A World Beyond Market and State. Amherst: Levellers Press.
- Bureau, Viola/Theobald, Hildegard/Blank, Robert H. (2007): Governing Home Care. A Cross-national Comparison. Cheltenham: Edward Elgar.
- Daly, Mary (2000): The Gender Division of Welfare. Cambridge: University Press.

- Dahl, Hanne Marlene (2017): *Struggles in (Elderly) Care. A Feminist View*. London: Palgrave Macmillan.
- Demirovic, Alex/Dücker, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA.
- Dengler, Corinna/Lang, Miriam (2022): *Commoning Care: Feminist Degrowth Visions for a Socio-Ecological Transformation*. In: *Feminist Economics* 28, H. 1, S. 1–28.
- Dalmiya, Vrinda (2016): *Caring to Know – Comparative Care Ethics, Feminist Epistemology, and the Mahabharata*. Oxford: Oxford University Press.
- Elliott, Karla (2016): *Caring Masculinities: Theorizing an Emerging Concept*. In: *Men and Masculinities*, 19 (3), S. 240–259.
- Engster, Daniel (2007): *The Heart of Justice: Care Ethics and Political Theory*. Oxford: Oxford University Press.
- Eskelinen, Teppo/Hirvilammi, Tuuli/Venäläinen, Juhana (2020): *Enacting Community Economies Within a Welfare State*. Colchester UK: Mayfly Books.
- Euler, Johannes (2019): *The Commons: A Social Form that Allows for Degrowth and Sustainability*. In: *Capitalism Nature Socialism* 30, H. 2, S. 158–175.
- Federici, Silvia (2019): *Re-Enchanting the World. Feminism and the Politics of the Commons*. Oakland: PM.
- Folbre, Nancy (2001): *The Invisible Heart: Economics and Family Values*. New York: The New Press.
- Gärtner, Marc/Scambor, Elli (2020): *Caring Masculinities. Über Männlichkeit und Sorgearbeit*. In: *APuZ* 45, S. 22–27.
- Gerhard, Ute (2008): *Gesellschaftliche Rahmenbedingungen für Care*. In: Senghaas-Knobloch, Eva/Kumbruck, Christel (Hrsg.): *Vom Liebesdienst zur liebevollen Pflege*. Rehbürg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum, S. 13–30.
- Geyer, Johannes/Haan, Peter/Kröger, Hannes/Schaller, Maximilian (2021): *Pflegebedürftigkeit hängt von der sozialen Stellung ab*. In: *DIW Wochenbericht* 44, S. 727–734.
- Gössling, Tobias/van Liedekerke, Luc (2014): *Editorial: The Caring Organisation*. In: *Journal of Business Ethics* 120, S. 437–440.
- Habermann, Friederike (2016): *Ecommony – UmCARE zum Miteinander*. Sulzbach am Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- Haller, Lisa Yashodhara/Schlender, Alicia (Hrsg.) (2021): *Handbuch feministische Perspektiven auf Elternschaft*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Hanlon, Niall (2012): *Masculinities, Care and Equality: Identity and Nurture in Men's Lives*, London 2012.
- Helfrich, Silke/Bollier, David (2019): *Frei, Fair und Lebendig: Die Macht der Commons*. Bielefeld: transcript.
- Henriksson, Lea/Wrede, Sirpa/Bureau, Viola (2006): *Understanding Professional Projects in Welfare Service Work. Revival of Old Professionalism?* In: *Gender, Work, Organization* 13, H. 2, S. 175–192.
- Hochschild, Arlie Russell (2000): *Global Care Chains and Emotional Surplus Value*. In: Giddens, Anthony/Hutton, Will (Hrsg.): *On the Edge: Living with Global Capitalism*. London: Jonathan Cape, S. 130–146.
- Holtermann, Daniel (Hrsg.) (2019): *Boys in Care – Jungen stärken bei der Wahl eines sozialen, erzieherischen oder pflegerischen Berufs*. Handbuch für pädagogische Fachkräfte, die mit Jungen* arbeiten, und Multiplikator*innen für geschlechterreflektierte Berufsorientierung. Dissens – Institut für Bildung und Forschung e.V.: Berlin. www.boys-in-care.eu/fileadmin/BIC/Germany/Dissens_Boys_in_Care_-_Jungen_staerken_bei_der_Wahl_eines_sozialen__erzieherischen_oder_pflegerischen_Berufs.pdf (Abfrage: 26.03.2022).
- Jochimsen, Maren A. (2003): *Careful Economics: Integrating Caring Activities and Economic Science*. Dordrecht u. a.: Kluwer.

- Jochimsen, Maren A./Knobloch, Ulrike (1994): Auf dem Weg zu einer vorsorgenden Wirtschaftsweise: Ansatzpunkte einer ethischen Erweiterung der ökonomischen Methode. In: Bernhard Filli, Heidi/Günter, Andrea/Jochimsen, Maren A./Knobloch, Ulrike/Praetorius, Ina/Schmuckli, Lisa/Vock, Ursula: *Weiberwirtschaft: Frauen – Ökonomie – Ethik*. Edition Exodus: Luzern. S. 29–40.
- Jochimsen, Maren A./Knobloch, Ulrike (1997): Making the Hidden Visible: The Importance of Caring Activities and their Principles for any Economy. In: *Ecological Economics* 20, H. 2, S. 107–112.
- Jochimsen, Maren A./Knobloch, Ulrike (2000): Eine Idee wächst. In: Biesecker, Adelheid/Mathes, Maite/Schön, Susanne/Scurrrell, Babette (Hrsg.): *Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens*. Bielefeld: Kleine Verlag. S. 15–16.
- Knijn, Trudie/Kremer, Monique (1997): Gender and the Caring Dimension of Welfare States: Towards Inclusive Citizenship. In: *Social Politics* 4, H. 3, S. 328–361.
- Knobloch, Ulrike (2010): Prozesse der Verlagerung sozialer Dienstleistungen zwischen Markt, Staat, Non-Profit-Sektor und privaten Haushalten. In: *Widersprüche*, Nr. 117, S. 147–163.
- Knobloch, Ulrike (2016): Jonglieren mit Zeiten: Wirtschaftstheorie der bezahlten und unbezahlten Arbeit. In: Budowski, Monica/Knobloch, Ulrike/Nollert, Michael (Hrsg.): *Unbezahlt und dennoch Arbeit*. Zürich: Seismo Verlag, S. 25–54.
- Knobloch, Ulrike (Hrsg.) (2019): *Ökonomie des Vorsorgens: Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Knobloch, Ulrike (2020): Zukunftsfähiges Versorgen – oder vom Privileg, sich nicht um Hausarbeit kümmern zu müssen. In: *Makronom – Online-Magazin für Wirtschaftspolitik*. www.exploring-economics.org/de/entdecken/zukunftsfahiges-versorgen-oder-vom-privileg/ (Abfrage: 10.03.2022).
- Knobloch, Ulrike/Jochimsen, Maren A. (1993): Towards a Caring Economy: Broadening the Economic Method from an Ethical Perspective. Paper presentation at the conference „Out of the Margin: Feminist Perspective on Economic Theory“, University of Amsterdam, 02.–05.06.1993.
- Knobloch, Ulrike/Kleinert, Ann-Christin/Dengler, Corinna (2021): Gestaltungs- und Transformationsprozesse zukunftsfähigen sorgenden Vorsorgens. In: Preissing, Sigrun/Schubert, Gottfried/Lehner, Heidi (Hrsg.): *In Zukunft ohne Geld? Theoretische Zugänge und gelebte Alternativen*. Wien: Mandelbaum, S. 35–49.
- Knobloch, Ulrike//Kleinert, Ann-Christin/Jochimsen, Maren A. (2022): Sorgeökonomische Netzwerke vernetzen und dadurch ihr transformatives Potenzial stärken. In: *aep informationen. Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* 48, H. 1, S. 42–44.
- Lehner, Heidi (2021): Wie könnte eine Welt ohne Geld aussehen? Oder besser: Wie kommen wir zum guten Leben? In: Preissing, Sigrun/Schubert, Gottfried/Lehner, Heidi (Hrsg.): *In Zukunft ohne Geld? Theoretische Zugänge und gelebte Alternativen*. Wien: Mandelbaum, S. 75–84.
- Leitner, Sigrid (2003): Varieties of Familialism: The Caring Function of the Family in Comparative Perspective. In: *European Societies* 5, H. 4, S. 353–375.
- Lessenich, Stephan (2020): Grenzen der Solidarität. COVID-19 und die Strukturen globaler sozialer Ungleichheit. www.wsi.de/de/blog-17857-grenzen-der-solidaritaet-covid-19-und-die-strukturen-globaler-sozialer-ungleichheit-28154.htm (Abfrage: 25.03.2022).
- Lutz, Helma (2007): *Vom Weltmarkt in den Privathaushalt – Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Luxemburg, Rosa (1903): Karl Marx. In: *Vorwärts*, Nr. 62, 14.03.1903. www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1903/03/marx1.htm (Abfrage: 29.03.2022).
- Madörin, Mascha (2006): Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Niechoj, Torsten/Tullney, Marco (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie*. Marburg: Metropolis Verlag. S. 277–297.

- Meagher, Gabriella/Szebehely, Marta (2013) (Hrsg.): *Marketisation in Nordic eldercare. A Research Report on Legislation, Oversight, Extent and Consequences*. Department of Social Work. Stockholm: Stockholms University.
- Motakef, Mona/Bringmann, Julia/Wimbauer, Christine (2018): *Gerechtigkeitsvorstellungen im Lebenszusammenhang – eine geschlechtersoziologische Perspektivenerweiterung am Beispiel von Für- und Selbstorgearrangements prekär Beschäftigter*. In: *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*. H. 3, S. 101–117.
- Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hrsg.) (2013): *Wege Vorsorgenden Wirtschaftens*. Marburg: Metropolis.
- Neumann, Matthias/Winker, Gabriele (2019): *Sorge und Solidarität. Von verbindender Care-Politik zur solidarischen Gesellschaft*. care-revolution.org/wp-content/uploads/2019/09/09-Sorge_und_Solidarit%C3%A4t.pdf (Abfrage: 25.03.2022).
- Ostrom, Elinor (1999): *Die Verfassung der Allmende: Jenseits von Staat und Markt*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Pfau-Effinger, Birgit (2005): *Culture and Welfare State Policies: Reflections on a Complex Interaction*. In: *Journal of Social Policy* 34, H. 1, S. 1–18.
- Preissing, Sigrun/Schubert, Gottfried/Lehner, Heidi (Hrsg.) (2020): *In Zukunft ohne Geld? Theoretische Zugänge und gelebte Alternativen*. Wien: Mandelbaum.
- Preissing, Sigrun (2021): *Geld auf dem Abstellgleis: Wie wir uns mit Commons von der Geldlogik abkoppeln können*. In: Preissing, Sigrun/Schubert, Gottfried/Lehner, Heidi (Hrsg.): *In Zukunft ohne Geld? Theoretische Zugänge und gelebte Alternativen*. Wien: Mandelbaum, S. 151–173.
- Raab, Michael (2020): *Elterliche Care-Arrangements in konsensuellen nichtmonogamen Beziehungen*. In: Peukert, Almut/Teschlade, Julia/Wimbauer, Christine/Motakef, Mona/Holzleitner, Elisabeth (Hrsg.): *Elternschaft und Familie jenseits von Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 156–171.
- Rath, Georg (2022, im Druck): *Our Integral Health Centre Cecosesola*. In: Barlow, Nathan/Regen, Livia/Cadiou, Noémie/Chertkovskaya, Ekaterina/Hollweg, Maximilian/Plank, Christina/Schulken, Merle/Wolf, Verena (Hrsg.): *Degrowth & Strategy: How to bring about Social-Ecological Transformation*. Colchester UK: Mayfly Books.
- Razavi, Shahra (2007): *The Political and Social Economy of Care in a Development Context. Conceptual Issues, Research Questions and Policy Options*, Gender and Development Programme Paper. Number 3. Geneva: UNRISD.
- Scheiwe, Kirsten (2021): *Das Recht und die Sorgetätigkeiten (Caring) – ein Plädoyer für sorgsames Recht*. Panelbeitrag zur Caring Societies-Tagung an der Universität Vechta, 15.–17.09.2021. www.uni-vechta.de/tagung-caring-societies (Abfrage: 16.02.2022).
- Schmedes, Cornelia (2021): *Emotionsarbeit in der Pflege*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Scholz, Sylka/Heilmann, Andreas (Hrsg.) (2019): *Caring Masculinities? Männlichkeiten in der Transformation kapitalistischer Wachstumsgesellschaften*. München: oekom.
- Seeck, Francis (2021): *Care trans_formieren. Eine ethnographische Studie zu trans und nicht-binärer Sorgearbeit*. Bielefeld: transcript.
- Stone, Deborah (2000): *Why We Need a Care Movement*. In: *The Nation*, 23.02.2000, S. 13–15.
- The Care Collective (2020): *The Care Manifesto: The Politics of Interdependence*. New York: Verso Books.
- Theobald, Hildegard (2011): *Long-term Care Insurance in Germany: Assessments, Benefits, Care Arrangements and funding*. Working paper. Institute for Future Studies. Stockholm.
- Theobald, Hildegard (2014): *Care Policies and the Intersection of Inequalities in Care Work*. In: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (Hrsg.): *Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Care: Work, Relations, Regimes*. Soziale Welt, Sonderband 20. Baden-Baden: Nomos. S. 345–378.

- Theobald, Hildegard (2017): Care Workers with Migrant Backgrounds in Formal Care Services in Germany: A multi-level intersectional analysis. In: *International Journal of Care and Caring* 1, H. 2, S. 209–226.
- Theobald, Hildegard (2021): Gute Arbeit in der Pflege? Staatliche Steuerungsversuche im internationalen Vergleich. In: Emunds, Bernhard/Degan, Julian/Habel, Simone/Hagedorn, Jonas (Hrsg.): *Freiheit – Gleichheit – Selbstausbeutung. Zur Zukunft der Demokratie und des Sozialstaats in der Dienstleistungsgesellschaft. Jahrbuch „Die Wirtschaft der Gesellschaft“*. Band 6. Marburg: Metropolis. S. 391–417.
- Tronto, Joan (2013): *Caring Democracy. Markets, Equality, and Justice*. New York: New York University Press.
- Vabo, Mia/Szebehely, Marta (2012): A Caring State for All Older People? In: Anttonen, Anneli/Häikiö, Lissa/Kolhbeinn, Stefansson (Hrsg.): *Welfare State, Universalism, and Diversity*. Cheltenham: Edward Elgar. S. 121–143.
- van Dyk, Silke/Haubner, Tine (2021): *Community-Kapitalismus*. Hamburg: Hamburger Edition HIS.
- WBG (2020): *Creating a Caring Economy: A Call to Action*. Final report of the Commission on a Gender-Equal Economy: UK Women’s Budget Group. wbg.org.uk/analysis/creating-a-caring-economy-a-call-to-action-2/ (Abfrage: 10.03.2022).
- Wichterich, Christa (2017): Viele Orte überall: Care-Logik in Alternativen Projekten und Potentiale von Gegenmacht. In: *Feministische Studien* 35, H. 2, S. 259–275.
- Wilz, Sylvia M. (2010): Organisation – Die Debatte um ‚Gendered Organizations‘. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methoden, Empirie*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 513–519.
- Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Wrede, Sirpa (2008): Educating Generalists: Flexibility and Identity in Auxiliary Nursing in Finland. In: Kuhlmann, Ellen/Saks, Mike (Hrsg.): *Rethinking Professional Governance*. Bristol: Policy Press. S. 127–140.
- Zechner, Manuela (2021): *Commoning Care & Collective Power*. Wien: Transversal.

Teil I

Caring Policies – Sorgende Politiken

Care-Politiken, soziale Risiken und Geschlechterungleichheit im internationalen Vergleich

Thurid Eggers, Christopher Grages und Birgit Pfau-Effinger

1 Einleitung

Traditionell galt die Care-Arbeit in den entwickelten Industriegesellschaften als Aufgabe der Frauen, die diese im privaten Haushalt erbrachten. Dabei waren an die familiäre Pflege hohe soziale Risiken geknüpft, da sie eine tägliche Verfügbarkeit der pflegenden Familienangehörigen für die Care-Arbeit verlangte, die diese daran hinderte, ein Einkommen auf der Basis einer Vollzeit-Erwerbstätigkeit zu erzielen. In dem Rahmen wurde die Pflege – zumeist von Frauen – unbezahlt und informell erbracht und bot keine finanzielle Grundlage für die Existenzsicherung der pflegenden Familienangehörigen. Diese basierte stattdessen zumeist auf dem Erwerbseinkommen des „männlichen Familiernährers“ und einem finanziellen Transfer in der Ehe, der mit einer finanziellen Abhängigkeit im Rahmen der Familie verbunden war. Auf dieser Grundlage war die Übernahme der familialen Care-Arbeit strukturell mit der Ausgrenzung aus der (vollzeiti- gen) Erwerbsarbeit und hohen finanziellen Risiken verbunden. In der feministischen Theoriebildung gilt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen dem erwerbstätigen „männlichen Familiernährer“ und der Hausfrau, die die informelle unbezahlte Care-Arbeit im privaten Haushalt ausübt, deshalb auch als eine wesentliche Grundlage der Geschlechterungleichheit und der Marginalisierung von Frauen in der Gesellschaft (vgl. Orloff 1993; Fraser 1994; Tronto 1994).

In Bezug auf das Verhältnis zwischen familialer Care-Arbeit und extra-familialer Pflege waren die Reformen in den staatlichen Politiken zur Pflege älterer Menschen in Europa in den letzten Jahrzehnten durch eine „duale“ Entwicklung gekennzeichnet (vgl. Eggers et al. 2020): Einerseits haben die staatlichen Care-Politiken vielfach die extra-familiale Pflege für ältere Menschen durch ambulante Pflegedienste oder in Heimen gefördert (vgl. Aulenbacher/Riegraf/Theobald 2014; Ranci/Pavolini 2015). Andererseits wurde aber auch die familiäre Care-Arbeit durch die Care-Politiken unterstützt, indem Elemente der

Bezahlung und der sozialen Sicherung sowie Möglichkeiten zur Freistellung aus der Erwerbsarbeit eingeführt wurden (vgl. Frericks/Jensen/Pfau-Effinger 2014; Le Bihan/Da Roit/Sopadzhiyan 2019).

Auf der Grundlage dieses Wandels, in dessen Verlauf die familiäre Care-Arbeit ihren unbezahlten Charakter teilweise verloren hat, geht der vorliegende Beitrag der Frage nach: Inwieweit unterscheiden sich das Ausmaß und die Art der sozialen Risiken, die im Kontext unterschiedlicher Typen der Care-Politiken an die familiäre Pflege für ältere Menschen geknüpft sind? Dabei wird auch diskutiert, welche die Konsequenzen für die Geschlechterungleichheit sind. Der Beitrag fragt weiter danach, wie sich internationale Differenzen in den Care-Politiken im Hinblick auf die politische Rahmung der familialen Care-Arbeit erklären lassen. Es soll insbesondere überprüft werden, inwieweit der Typ des Wohlfahrtsregimes zur Erklärung der Differenzen in den Politiken beiträgt.

Zur Beantwortung der Forschungsfragen stellt der Beitrag theoretische Reflexionen darüber an, welcher Zusammenhang zwischen dem Grad der Extensivität der Care-Politiken und der Art der sozialen Risiken besteht, die mit der familialen Pflege im Kontext verschiedener Typen von Care-Politiken verbunden sind. Er argumentiert, dass es für die Ermittlung der sozialen Risiken nicht ausreicht, die Politiken zur familialen Care-Arbeit zu analysieren. Die sozialen Risiken sind vielmehr auch davon abhängig, inwieweit die Care-Politik es Familienangehörigen ermöglicht, die familiäre Pflege nicht zu übernehmen, indem die Politiken auch die extra-familiäre Pflege extensiv unterstützen. Der Beitrag stellt eine Typologie von Idealtypen der Care-Politik vor, die an den Ansatz von Leitner (2003) anknüpft und diesen für die Analyse des Zusammenhangs von Care-Politiken und sozialen Risiken weiterentwickelt. Auf der Grundlage werden in diesem Beitrag theoretische Annahmen darüber aufgestellt, mit welchen sozialen Risiken verschiedene Kombinationen von Politiken zur extra-familialen und Politiken zur familialen Pflege verbunden sind. Weiter wird diskutiert, welche Konsequenzen die Differenzen in den sozialen Risiken für die Geschlechterungleichheit haben. Der Beitrag präsentiert weiter auch die Ergebnisse einer international vergleichenden Studie, in der analysiert wurde, inwieweit der Typ des Wohlfahrtsregimes einen Beitrag zur Erklärung der Differenzen in der politischen Rahmung der familialen Pflege leistet.¹

Der Beitrag ist innovativ, da er systematisch die mit der familialen Care-Arbeit verbundenen sozialen Risiken analysiert, die an verschiedene Typen von Care-Politiken geknüpft sind, indem er die Politiken zur familialen und extra-familialen Pflege gleichermaßen berücksichtigt und den Einfluss des Typs

1 Die Forschung, die dem Beitrag zugrunde liegt, wurde durch die Europäische Union im Rahmen des EU-Horizon-2020-Projektes „EUROSHIP – Closing gaps in social citizenship. New tools to foster social resilience in Europe“ gefördert.

der Wohlfahrtsregime auf den Typ der Care-Politiken unter dem Gesichtspunkt ihrer Wirkungen auf die sozialen Risiken in der familialen Pflege untersucht.

2 Stand der Forschung

2.1 Theoretische Annahmen zu Care-Arbeit und Gender

Das Konzept der „Care-Arbeit“ wurde in der feministischen Theoriebildung entwickelt und bezieht sich auf die bezahlte und unbezahlte Arbeit, die Menschen – zumeist Frauen – zur Unterstützung anderer in ihrem täglichen Leben ausüben (vgl. Daly/Lewis 2000; Leira/Saraceno 2002; Anttonen/Sipilä 2005). Dabei beruht das Konzept auf der theoretisch begründeten idealtypischen Gegenüberstellung der familialen Care-Arbeit und der formellen Erwerbsarbeit. Demnach ist die familiale Care-Arbeit davon geprägt, dass sie informell und unbezahlt von den – zumeist weiblichen – Angehörigen für Kinder und pflegebedürftige ältere Menschen im privaten Haushalt erbracht wird, während die formelle Erwerbsarbeit überwiegend von männlichen Familiernährern im formellen Beschäftigungssystem erbracht wird. Es wird argumentiert, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Bezug auf die bezahlte formelle Erwerbsarbeit und die informelle und unbezahlte familiale Care-Arbeit eine wesentliche Grundlage für die Geschlechterungleichheit darstellt (vgl. Lewis 1992; Orloff 1993; Fraser 1994).

Da die unbezahlte informelle Care-Arbeit gesellschaftlich abgewertet wird, kann – dem Mainstream der klassischen feministischen Theorieansätze zufolge – eine Gleichstellung der Geschlechter am ehesten durch Politiken erreicht werden, die eine volle Erwerbstätigkeit beider Geschlechter auf der Basis der Auslagerung der Pflege auf Dienstleistungsanbieter fördert, welche öffentlich finanzierte extra-familiale Pflegeleistungen in privaten Haushalten oder in Pflegeheimen erbringen. Es wird argumentiert, dass dadurch die Gleichstellung in Bezug auf die Arbeitsmarktintegration, die Einkommenschancen und die Machtstrukturen innerhalb der Familien zugunsten der Frauen gefördert wird (vgl. Orloff 1993; Lister 1994; Esping-Andersen 1999; Lewis 2001; Anttonen/Sipilä 2005). Diese Annahme wurde allerdings wegen ihrer einseitig produktivistischen Ausrichtung kritisiert, mit dem Argument, dass durch die einseitige Fokussierung auf die Erwerbsarbeit die Bedeutung der Geschlechterungleichheit in der familialen Care-Arbeit ausgeblendet und deren gesellschaftliche Abwertung fortgesetzt werde (vgl. Daly 2002; Fraser 1994). Eine Gleichstellung der Geschlechter sei nur dann möglich, wenn die Care-Arbeit in der Familie gesellschaftlich aufgewertet würde (vgl. Fraser 1994; Knijn/Kremer 1997; Ostner 2008).

Daher sieht ein weiterer Ansatz zur Geschlechtergleichstellung vor, die Gleichstellung auf der Basis der finanziellen Förderung der Care-Arbeit durch

den Staat und der Schaffung von Freistellungsmöglichkeiten für pflegende Familienangehörige zu fördern und aufzuwerten (vgl. Orloff 1993; Fraser 1994; Knijn/Kremer 1997). Ein weiterreichender Ansatz beruht demgegenüber auf dem Argument, dass die Gleichstellung erst dann erreicht sei, wenn Frauen und Männer gleichermaßen in die Erwerbsarbeit und in die familiäre Care-Arbeit einbezogen sind. Es ist in dem Zusammenhang – insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung – ein gängiges Argument, dass eine finanzielle Besserstellung derjenigen, die familiäre Care-Arbeit leisten, durch eine staatliche Unterstützung dazu beitragen kann, dass sich Männer stärker an der familialen Care-Arbeit beteiligen (vgl. Gornick/Meyers 2008).

2.2 Reformen in den europäischen Care-Politiken

In der wohlfahrtsstaatlichen Forschung wurde gezeigt, dass größere Teile der Care-Arbeit im Zuge des Übergangs von der Industriegesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft aus den Familienhaushalten ausgelagert und auf Dienstleistungsunternehmen verlagert wurde, in denen sie in der Form formeller, bezahlter Erwerbstätigkeit und teilweise auf der Basis einer professionellen Ausbildung erbracht wird (vgl. Anttonen/Sipilä 2005; Burau/Theobald/Blank 2007; Ranci/Pavolini 2013). Dies ist das Ergebnis von Reformen in den Care-Politiken, die in den 1990er Jahren einsetzten und die Ausweitung der extra-familialen Pflegeinfrastruktur gefördert und soziale Rechte auf extra-familiale Pflege für ältere Menschen eingeführt haben. Dabei lassen sich im Hinblick auf den Zugang und den Umfang der staatlichen Unterstützung für extra-familiale Pflegedienstleistungen deutliche Differenzen zwischen europäischen Wohlfahrtsstaaten feststellen. In der wohlfahrtsstaatlichen Forschung werden verschiedene Faktoren für die Erklärung der Unterschiede in den Care-Politiken diskutiert, wie der Grad der demographischen Alterung, das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung von Frauen, Differenzen in den jeweiligen politischen Akteurskonstellationen (vgl. Leitner 2013; Ranci/Pavolini 2013) oder der Typ des Wohlfahrtsregimes.

Darüber hinaus haben viele Wohlfahrtsstaaten aber auch die familiäre Care-Arbeit gefördert, indem sie eine finanzielle Unterstützung und teilweise auch Elemente der sozialen Sicherung für die pflegenden Familienangehörigen eingeführt haben (vgl. Ungerson/Yeandle 2007; Frericks/Jensen/Pfau-Effinger 2014; Da Roit/Le Bihan 2019). Birgit Geissler und Birgit Pfau-Effinger (2005) haben diesen Prozess als eine „Semi-Formalisierung“ der familialen Care-Arbeit bezeichnet. Allerdings weisen die europäischen Wohlfahrtsstaaten deutliche Unterschiede in der Art und Weise auf, in der sie die familiäre Care-Arbeit fördern. Die öffentliche Unterstützung kann auf finanziellen Leistungen beruhen, die an die pflegebedürftige Person ausgezahlt und an die pflegenden Familienangehörigen weitergeleitet werden soll, wie in Österreich und Deutsch-

land; sie kann aber auch auf einem formellen Arbeitsverhältnis mit der Kommune beruhen, wie in Dänemark. In einigen Ländern wurden alternativ oder zusätzlich Möglichkeiten zur bezahlten Freistellung eingeführt, die es erwerbstätigen Familienangehörigen ermöglichen sollten, die familiäre Care-Arbeit zu übernehmen (vgl. Da Roit/Le Bihan/Österle 2016; Eggers/Grages/Pfau-Effinger 2021).

2.3 Soziale Risiken der familialen Pflege

In der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung wird der Anstieg des Pflegebedarfs im Zusammenhang mit der demografischen Alterung als ein „neues soziales Risiko“ bezeichnet (vgl. Taylor-Gooby 2004; Bonoli 2005). Dies bezieht sich darauf, dass mit dem demografischen Wandel der Anteil an älteren Menschen steigt, die den sozialen Risiken ausgesetzt sind, die sich aus dem Pflegebedarf ergeben. Für die Analyse der sozialen Risiken, die an die Pflege geknüpft sind, hat Teppo Kröger (2022) das Konzept der „Care-Armut“ entwickelt. Dabei geht es vor allem um die sozialen Risiken, die mit der Unterversorgung pflegebedürftiger Menschen mit Pflege verbunden sind. Diese kann darin begründet sein, dass kein ausreichendes Angebot an bezahlbarer Pflege vorhanden ist oder dass es hohe Barrieren beim Zugang zu bezahlbarer Pflege gibt.

In der feministischen Forschung zu Care-Politiken stehen demgegenüber die sozialen Risiken im Vordergrund, die an die familiäre Care-Arbeit und die Vereinbarkeit von Care-Arbeit und Erwerbsarbeit geknüpft sind. In der feministischen Diskussion geht es dabei oftmals um die sozialen Risiken, die für weibliche Familienangehörige an die traditionelle Form der unbezahlten, informellen Care-Arbeit geknüpft sind (vgl. Ostner 1995; Geissler 2002; Morgan 2018). Zu den sozialen Risiken zählen insbesondere das Risiko finanzieller Einbußen, das Risiko der mangelnden sozialen Absicherung, das Risiko der finanziellen Abhängigkeit in der Ehe sowie das Risiko der Aussteuerung aus den beruflichen Aufstiegswegen.

Dabei wurde der Einfluss der Care-Politiken auf das Ausmaß und die Art der sozialen Risiken, die an die familiäre Pflege geknüpft sind, bisher erst wenig erforscht. In Bezug auf die neuen Formen der bezahlten familialen Pflege haben Patricia Frericks, Per H. Jensen und Birgit Pfau-Effinger (2014) auf der Basis der Differenzierung zwischen verschiedenen „Family Care Regimen“ untersucht, mit welchen sozialen Risiken die familiäre Pflege in verschiedenen politischen Kontexten jeweils verbunden ist. Dabei unterstützten die Ergebnisse die theoretische Annahme der Studie, dass das Ausmaß der sozialen Risiken mit dem Grad der Formalisierung der familialen Pflege als Arbeitsform sinkt. Allerdings beschränkte sich der Vergleich auf drei Wohlfahrtsstaaten, und es wurde keine

Typologie von Care-Politiken entwickelt, die die extra-familiale Pflege differenziert einbezieht.

Sigrid Leitner (2003) hat ein gender-sensitives theoretisches Konzept des Familialismus und eine Typologie der real existierenden Varianten von Familialismus entwickelt, die sich auf die Wirkungen wohlfahrtsstaatlicher Politiken auf die familiäre Care-Arbeit und deren Bedeutung für die Gleichstellung der Geschlechter beziehen. Die Typologie differenziert zwischen vier Idealtypen des Familialismus. Sie beruht auf dem Zusammenspiel von zwei Variablen, der De-Familisierung und der Familisierung, und unterscheidet dabei jeweils zwischen einer stärkeren und schwächeren Ausprägung der jeweiligen Politik-Richtung. Dabei liegt der Schwerpunkt auf dem Zusammenhang zwischen den Typen des Familialismus und der Art und dem Ausmaß der damit verknüpften Geschlechterungleichheit.

Der vorliegende Beitrag knüpft an dem theoretischen Ansatz von Leitner an und entwickelt ihn weiter. Dabei geht es, anders als bei Leitner, nicht primär um die potenziellen Auswirkungen auf die Geschlechterungleichheit. Vielmehr stehen Art und Ausmaß der sozialen Risiken im Zentrum, die jeweils an die verschiedenen Politiktypen geknüpft sind. Weiter füllt der Beitrag auch eine Forschungslücke dadurch, dass er den Einfluss des Typs des Wohlfahrtsregimes auf die institutionelle Konstellation der Pflegepolitik zur extra-familialen und familialen Pflege unter dem Gesichtspunkt der daran geknüpften sozialen Risiken untersucht.

3 Theoretischer Ansatz

3.1 Theoretische Annahmen zum Einfluss von Care-Politiken auf die sozialen Risiken

Die staatliche Förderung der extra-familialen Pflege stellt ohne Zweifel eine wichtige Grundlage dafür dar, dass Familienangehörige von pflegebedürftigen älteren Menschen ihre Erwerbstätigkeit fortsetzen können und damit ganz oder zumindest teilweise vor den sozialen Risiken geschützt sind, die an die familiäre Pflege geknüpft sind. Allerdings führt eine einseitige Begrenzung der Care-Politiken auf die Förderung der extra-familialen Pflege dazu, dass diejenigen, die die Pflege für ihre älteren Familienangehörigen dennoch selbst ausüben, erhebliche soziale Risiken in Bezug auf ihr Einkommen, ihre längerfristige soziale Sicherung und ihre beruflichen Möglichkeiten akzeptieren müssen, die strukturell mit der Familienpflege verbunden sind.

Dabei ist nicht davon auszugehen, dass eine großzügige Care-Politik zur extra-familialen Pflege zu einem Verschwinden der familialen Pflege führen würde. Denn in allen Gesellschaften gibt es kleinere oder größere Teile der älte-

ren Bevölkerung, die die familiäre Care-Arbeit (ausschließlich, oder in Kombination mit extra-familialer Pflege) wählen, soweit diese verfügbar ist, weil diese eher ihren kulturellen Werten entspricht, oder weil eine extra-familiale Pflege nur in unzureichender Qualität angeboten wird, nicht ausreichend oder zu teuer ist (vgl. Eichler/Pfau-Effinger 2009; Naldini/Pavolini/Solera 2016).

Dieser Beitrag argumentiert deshalb, dass es nur dann möglich ist, die mit der Care-Arbeit verknüpften sozialen Risiken zu reduzieren, wenn die Care-Politik zusätzlich zur extra-familialen Pflege auch die familiäre Pflege extensiv fördert (vgl. Eggers et al. 2020). Eine grundlegende Voraussetzung dafür ist, dass die Care-Politik die familiäre Care-Arbeit mit Ansprüchen auf Bezahlung und soziale Sicherung ausstattet und weiter auch Möglichkeiten der Freistellung von der Erwerbsarbeit für die familiäre Pflege vorsieht. Wird diese Politik mit einer extensiven politischen Förderung der extra-familialen Pflege verbunden, bedeutet das auch, dass die Angehörigen pflegebedürftiger älterer Menschen wählen können, ob sie selbst die Pflege übernehmen oder ob sie diese an extra-familiale Anbieter delegieren, um weiter voll am Erwerbsleben teilzunehmen. Dabei gehen wir davon aus, dass Wohlfahrtsstaaten unterschiedliche Typen von Care-Politiken hinsichtlich der Kombination ihrer Politiken zur familialen und extra-familialen Pflege aufweisen können. Dies ist darin begründet, dass Wohlfahrtsstaaten mit unterschiedlichen Arten der Kombination beider Politiken jeweils auch unterschiedliche Ziele verfolgen können (vgl. Leitner 2003; Eggers et al. 2020).

Wir bezeichnen den Grad der Extensität der staatlichen Unterstützung der extra-familialen Pflege dann als hoch, wenn die Zugangsbarrieren für ältere pflegebedürftige Menschen zu öffentlich bezahlter extra-familialer Pflege niedrig sind und der Staat den größten Teil der Pflege finanziert. Der Grad der Extensität der Care-Politik zur familialen Care-Arbeit ist dann hoch, wenn diese im gleichen Umfang mit sozialer Sicherung und Bezahlung abgesichert wird wie die formelle extra-familiale Pflege im Erwerbssektor.

Tabelle 1 stellt eine idealtypische theoretische Typologie in Bezug darauf vor, in welcher Weise die familiäre Pflege und ihr Verhältnis zur extra-familialen Pflege jeweils ausgestaltet sein können. Wir knüpfen damit an Leitners (2003, 2013) Ansatz der vier „Idealtypen des Familialismus“ an und entwickeln ihn weiter. Dabei stehen in dem hier vorgelegten Ansatz die institutionellen Regelungen zur wohlfahrtsstaatlichen Unterstützung der Care-Arbeit im Zentrum, indem wir eine theoretischen „Typologie der institutionellen Konstellationen von Care-Politiken“ (Grages/Eggers/Pfau-Effinger 2021) vorstellen. Unter einer „Institution“ verstehen wir dabei mit Bezug auf die neo-institutionalistische Theoriebildung ein Set von Regelungen, die das Handeln der sozialen Akteure auf der Grundlage von Anreizen und Restriktionen rahmen (vgl. Hall/Taylor 1996). Anhand der Typologie lassen sich die Konsequenzen verschiedener Typen der Care-Politik in Bezug auf die sozialen Risiken abschätzen, die

jeweils an die familiäre Care-Arbeit geknüpft sind. Auf dieser Grundlage ist es zudem auch möglich, differenzierte theoretische Annahmen darüber aufzustellen, welche Folgen für die Geschlechterungleichheit sich aus den Wirkungen der Care-Politiken auf die sozialen Risiken theoretisch ableiten lassen.

Die Typologie beruht auf der Differenzierung zwischen vier verschiedenen Idealtypen der institutionellen Konstellation der Care-Politik in Bezug auf die Förderung der extra-familialen und der familialen Pflege. Dabei beruht jeder dieser Typen auf einer spezifischen Logik, die der jeweiligen institutionellen Konstellation zugrunde liegt.

Tabelle 1: Typologie der institutionellen Konstellationen von Care-Politiken

Grad der staatlichen Unterstützung von Pflege in Bezug auf	Extra-familiale Pflege	
	Familiale Care-Arbeit Hoch	Niedrig
Hoch	Typ 1: Generell höhere staatliche Unterstützung von Pflege Logik der institutionellen Konstellation: Wahlmöglichkeit älterer Menschen zwischen verschiedenen Formen der Pflege, Förderung der Geschlechtergleichstellung	Typ 3: Höhere staatliche Unterstützung der familialen Care-Arbeit Logik der institutionellen Konstellation: Förderung der familialen Care-Arbeit als kostengünstige Alternative zu extra-familialen Pflegeversorgung
Niedrig	Typ 2: Höhere staatliche Unterstützung der extra-familialen Pflege Logik der institutionellen Konstellation: Entlastung der Familie von Pflegeaufgaben, Förderung der Frauenerwerbstätigkeit	Typ 4: Geringere staatliche Unterstützung von Pflege Logik der institutionellen Konstellation: Verlagerung der Pflegeaufgaben und aller daran geknüpften finanziellen Risiken auf die Familien, dabei tendenziell auf die weiblichen Familienangehörigen

Im folgenden Teil werden die vier Typen vorgestellt und die theoretischen Annahmen zum Zusammenhang zwischen den vier Typen von Care-Politiken und den sozialen Risiken, die an die familiäre Care-Arbeit geknüpft sind, erläutert. Weiter werden auch die Konsequenzen für die Geschlechterungleichheit diskutiert. Der Beitrag behandelt dabei nicht die Frage danach, welchen Beitrag die Care-Politiken zur Erklärung der tatsächlichen Strukturen in Bezug auf soziale Ungleichheit, Armut und Geschlecht im Zusammenhang mit der Pflege leisten. Es sollte beachtet werden, dass die Beziehungen zwischen Care-Politiken und ihren tatsächlichen sozialen Wirkungen sehr komplex sind. Die Wirkungen können

durch Faktoren wie kulturelle Ideen in Bezug auf die Pflege von Familienangehörigen (vgl. Eichler/Pfau-Effinger 2009; Pfau-Effinger 2005a), sozioökonomische Faktoren wie den Gender-Pay-Gap und die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen modifiziert werden (vgl. Schäfer/Gottschall 2015).

Typ 1: Generell höhere staatliche Unterstützung von Pflege

Bei diesem Typ der Care-Politik wird eine eher extensive Unterstützung der extra-familialen Pflege mit einer eher extensiven Unterstützung der familialen Care-Arbeit kombiniert. Dabei liegt der institutionellen Konstellation der Care-Politik die Logik zugrunde, dass pflegebedürftige Personen und ihre Angehörigen eine Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Formen von Pflege erhalten und eine geschlechteregale Arbeitsteilung unterstützt wird.

Diejenigen Familienmitglieder, die sich für die familiäre Care-Arbeit entscheiden, müssen dabei relativ wenige soziale Risiken in Bezug auf ihr Einkommen in Kauf nehmen. Dabei ist anzunehmen, dass bei einer hohen Extensität der Bezahlung der familialen Care-Arbeit auch der Anteil der männlichen Familienangehörigen steigt, die die familiäre Pflege übernehmen (vgl. Eggers/Grages/Pfau-Effinger 2021). Da die Politik auch die extra-familiale Pflege generös unterstützt, haben die Familienangehörigen von pflegebedürftigen älteren Menschen aber auch die Möglichkeit, sich statt für die Pflegeübernahme für die Fortsetzung ihrer Erwerbsarbeit zu entscheiden. Auf dieser Basis werden soziale Risiken für – zumeist weibliche – Angehörige von pflegebedürftigen Personen minimiert, und der Abbau von Geschlechterungleichheit wird gefördert.

Typ 2: Höhere staatliche Unterstützung der extra-familialen Pflege

Dieser Typ der Care-Politik kombiniert eine eher extensive Förderung der extra-familialen Pflege mit einer weniger extensiven Unterstützung der familialen Care-Arbeit. Dabei beruht diese institutionelle Konstellation auf der Logik, der zufolge die Familie von Pflegeaufgaben entlastet wird und die Erwerbstätigkeit derjenigen gefördert wird, die ältere Verwandte mit Pflegebedarf haben. Auf diese Weise fördert diese Politik tendenziell die Gleichstellung der Geschlechter im Hinblick auf die Integration in das Erwerbssystem. In dem Fall, dass Familienangehörige die Care-Arbeit dennoch übernehmen, sind allerdings die daran geknüpften sozialen Risiken tendenziell hoch. Dies betrifft die Einkommensrisiken, Risiken in Bezug auf die längerfristige soziale Sicherung und Risiken des Verlustes an beruflichen Möglichkeiten. Auf der Basis ist anzunehmen, dass die geschlechtsspezifische Ungleichheit in der Familie auf Dauer gestellt wird, da es nach wie vor eher Frauen sein werden, welche die Erwerbsunterbrechungen und daran geknüpften Einkommenseinbußen für die Übernahme der Care-Arbeit in Kauf nehmen.

Typ 3: Höhere staatliche Unterstützung der familialen Care-Arbeit

Dieser Typ der Care-Politik basiert auf einer Kombination zwischen einer eher weniger extensiven Unterstützung der extra-familialen Pflege und einer eher extensiven Unterstützung der familialen Care-Arbeit. Diese institutionelle Konstellation beruht tendenziell auf der Logik, dass die familiäre Care-Arbeit als eine kostengünstige Alternative zur extra-familialen Pflege gefördert wird. Im Kontext dieser Care-Politik bleibt der gesellschaftliche und moralische Druck auf die Familie, insbesondere auf weibliche Familienmitglieder, bestehen, die familiäre Care-Arbeit zu übernehmen. Allerdings wird die finanzielle Autonomie der pflegenden Angehörigen durch die Bezahlung der familialen Care-Arbeit gefördert, wodurch sich die sozialen Risiken, die sich aus der Unterbrechung der Erwerbsarbeit ergeben, verringern. Die geschlechtsspezifische Ungleichheit in Bezug auf die Aufteilung von Erwerbsarbeit und familialer Care-Arbeit bleibt zwar tendenziell erhalten, aber die Einkommensungleichheit wird durch die finanzielle Förderung der familialen Care-Arbeit teilweise reduziert.

Typ 4: Geringere staatliche Unterstützung von Pflege

Im Kontext dieser Care-Politik wird weder die extra-familiale Pflegeversorgung noch die familiäre Care-Arbeit extensiv gefördert. Dieser institutionellen Konstellation liegt die Logik zugrunde, dass die Pflege eine private Angelegenheit der Familien ist, die diese mithilfe der unbezahlten familialen Pflege oder des Marktes abdecken muss. Dabei ist es in den postindustriellen westlichen Gesellschaften eher nur den wohlhabenden Familien möglich, ihren Bedarf an Pflege über den Markt abzudecken, selbst dann, wenn dafür Migrant*innen als gering verdienende Arbeitskräfte im Haushalt beschäftigt werden (vgl. Lutz/Platen-ga-Möllenbeck 2014; Theobald/Luppi 2018). Für den Großteil der Familien, insbesondere für die Frauen, bleibt aber der gesellschaftliche und moralische Druck bestehen, die familiäre Care-Arbeit zu übernehmen. Dabei tragen die – zumeist weiblichen – pflegenden Familienangehörigen hohe soziale Risiken, da ihr Einkommen während der Zeit der Care-Arbeit nicht gesichert ist und sie, soweit sie nicht einkommenssichernde Renten beziehen, von der finanziellen Unterstützung durch einen männlichen Familienernährer oder von der sozialen Mindestsicherung abhängig sind. Dadurch werden die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Geschlechterungleichheit tendenziell auf Dauer gestellt.

3.2 Theoretische Annahmen zur Erklärung internationaler Differenzen in den Care-Politiken mit dem Typ des Wohlfahrtsregimes

In Bezug auf die Frage, wie sich die Differenzen in den Care-Politiken der Wohlfahrtsstaaten erklären lassen, überprüfen wir den Beitrag der Wohlfahrtsregime-Typologie von Gøsta Esping-Andersen (1999) für die Erklärung der Differenzen in den Care-Politiken und damit auch für die sozialen Risiken, die an die familiäre Pflege geknüpft sind.

In seiner Typologie wohlfahrtstaatlicher Regime (1990) unterscheidet Esping-Andersen zwischen verschiedenen Typen von Wohlfahrtsstaaten unter dem Gesichtspunkt, welche Grundprinzipien sie jeweils der institutionellen Ausgestaltung der sozialen Integration und der solidarischen Umverteilung zugrunde legen. Eine wesentliche Annahme der Regimetynologie besteht darin, dass sich die verschiedenen Regimetypen nicht nur im Hinblick auf die Extensität ihrer sozialen Rechte und das in den Politiken angelegte Ausmaß an sozialer Ungleichheit unterscheiden, sondern dass mit diesen Merkmalen auch Differenzen im Hinblick darauf verknüpft sind, inwieweit in den Gesellschaften jeweils in erster Linie der Staat, die Familie oder der Markt als wesentlicher gesellschaftlicher Bereich für die Finanzierung und Erbringung von Care-Arbeit angesehen wird.

Dabei wird in unserem Beitrag hinsichtlich der Zuordnung konkreter Wohlfahrtsstaaten zu bestimmten Regimetypen auch berücksichtigt, dass die feministische Diskussion auf die Bedeutung des Einbezugs von familialer Care-Arbeit bei der Typisierung von Wohlfahrtsstaaten hingewiesen hat (vgl. O'Connor 1993; Orloff 1993; Ostner/Lewis 1995). Es wird weiter auch die neuere Diskussion berücksichtigt, die sich mit der Frage befasst, inwieweit die den Wohlfahrtsregimen zugeordneten europäischen Länder den Kriterien, auf deren Grundlage die „Idealtypen“ gebildet wurden, noch entsprechen. Dabei wurden Veränderungen konstatiert, die dazu geführt haben, dass sich einige Wohlfahrtsstaaten von dem jeweiligen Idealtyp, dem sie zugeordnet wurden, inzwischen tendenziell weiter entfernt haben (vgl. Gilbert 2002; Ferragina/Seeleib-Kaiser 2011; van Kersbergen/Hemerijk 2012); eine solche „Hybridisierung“ hat etwa der deutsche Wohlfahrtsstaat erfahren. Grundsätzlich hat sich aber an der Zuordnung der Wohlfahrtsstaaten in der Regimetynologie bisher wenig geändert (vgl. Seeleib-Kaiser 2016; Eggers/Grages/Pfau-Effinger 2019).

Tabelle 2 zeigt auf, welcher Typ der Care-Politik jeweils zu erwarten wäre, wenn sich die Differenzen zwischen den Care-Politiken wesentlich durch den Typ des Wohlfahrtsregimes nach Esping-Andersen (1990, 1999) erklären ließen. Für den sozialdemokratischen Typ des Wohlfahrtsregimes wäre eine Care-Politik charakteristisch, die entsprechend Typ 2 in unserer Typologie vor allem die extra-familiale Pflege fördern würde. Denn für diesen Typ des Wohlfahrtsregimes ist es bezeichnend, dass der Staat extensive soziale Rechte verleiht, die

dadurch möglich sind, dass er auf eine umfassende Arbeitsmarktintegration der Sozialbürger*innen durch Bereitstellung öffentlich finanzierter extra-familialer Pflegedienstleistungen setzt. Für den konservativen Typ des Wohlfahrtsregimes wäre eine Care-Politik mit dem Schwerpunkt auf der familialen Care-Arbeit typisch (Typ 3), da dieser Regimetyp die sozialen Rechte idealtypisch an die Erwerbsarbeit knüpft und andererseits auf die Familie setzt, um den Pflegebedarf abzudecken. Das liberale Wohlfahrtsregime gewährt idealtypisch nur schwache soziale Rechte und setzt auf die Eigenverantwortung der Sozialbürger*innen, weshalb erwartet wird, dass sie ihre soziale Sicherung und ihren Pflegebedarf tendenziell über den Markt abdecken. Dabei hat die feministische Forschung gezeigt, dass in diesem Typ des Wohlfahrtsregimes faktisch meist die Familie, und darin die Frauen, die Care-Arbeit im Wesentlichen erbringen (vgl. Lewis 1992). In dem Sinne wäre eine Care-Politik charakteristisch, die insgesamt wenig extensiv ist (Typ 4). Das gilt theoretisch auch für das mediterrane (vgl. Ferrera 1996) und das postsozialistische Wohlfahrtsregime (vgl. Fenger 2007), die idealtypisch ebenfalls nur schwache soziale Rechte verleihen und die bei der sozialen Sicherung und Care-Arbeit tendenziell auf die unbezahlte Care-Arbeit in der erweiterten Familie setzen (vgl. Flaquer/Escobedo 2009).

Tabelle 2: Annahmen zum Zusammenhang zwischen dem Typ des Wohlfahrtsregimes und dem Typ der institutionellen Konstellation der Care-Politik

Typ des Wohlfahrtsregimes nach Esping-Andersen (1990), Ferrera (1996) und Fenger (2007)	Theoretische Annahme in den Ansätzen in Bezug darauf, ob im Wesentlichen der Staat, der Markt oder die Familie für Care-Aufgaben zuständig ist	Theoretische Annahme dieses Beitrags zum Typ der Care-Politik
Sozialdemokratisch	Staat	Typ 2: Höhere staatliche Unterstützung der extra-familialen Pflege
Konservativ	Familie, mit gewisser staatlicher Förderung	Typ 3: Höhere staatliche Unterstützung der familialen Care-Arbeit
Liberal	Markt	Typ 4: Geringere staatliche Unterstützung von Pflege
Mediterran	Familie	Typ 4: Geringere staatliche Unterstützung von Pflege
Postsozialistisch	Familie	Typ 4: Geringere staatliche Unterstützung von Pflege

4 Methodologischer Ansatz

Im folgenden Teil werden die Ergebnisse einer international vergleichenden Studie dargestellt, in der wir untersucht haben, wie die verschiedenen Typen der Care-Politiken gegenüber der familialen Pflege älterer Menschen und damit auch die Differenzen in den sozialen Risiken, die an die familiäre Pflege geknüpft sind, zwischen verschiedenen Typen von Wohlfahrtsregimen (vgl. Esping-Andersen 1990; Ferrera 1996; Fenger 2007) differieren. Die Untersuchung basiert auf einer international vergleichenden Analyse von Care-Politiken für ältere Menschen in zehn europäischen Wohlfahrtsstaaten und entstand im Kontext des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Forschungsprojektes FAMICAP „Institutionelle Rahmung familialer Pflege zwischen Marktlogik und Familiensolidarität“ und des EU-Horizon-2020 Projektes „EUROSHIP – Closing gaps in social citizenship. New tools to foster social resilience in Europe“. Die Länderauswahl umfasst die wichtigsten Regionen Europas und verschiedene Typen an Wohlfahrtsstaaten in der Typologie der Wohlfahrtsregime (vgl. Esping-Andersen 1999; Fenger 2007; Ranci/Pavolini 2013): Norwegen und Dänemark repräsentieren den sozialdemokratischen Regimetyyp, Deutschland und Österreich den konservativen Regimetyyp, England und Irland den liberalen Regimetyyp, Italien und Spanien den mediterranen Regimetyyp, Estland und Ungarn den postsozialistischen Regimetyyp.

Die Untersuchung basiert auf Dokumentenanalysen von Gesetzen und standardisierten EUROSHIP-Länderberichten zu nationalen Systemen der sozialen Sicherung; Daten aus den vergleichenden europäischen Datenbanken MISSOC (vgl. Mutual Information System on Social Protection) und EUROCARERS sowie Sekundärliteratur. Die empirische Analyse beschränkt sich im Wesentlichen auf die Analyse sozialer Rechte und rechtlicher Regelungen der jeweiligen nationalen Wohlfahrtsstaatspolitik. Die konkreten Strukturen der Familienpflege oder der Arbeitsbedingungen pflegender Angehöriger in ihrem Alltag werden nicht untersucht.

4.1 Messung der Care-Politiken

Auf der Grundlage der oben vorgestellten theoretischen Typologie analysiert die vergleichende Studie die institutionelle Regulierung von Care-Politiken für die extra-familiale Pflege und für die familiäre Care-Arbeit getrennt hinsichtlich der Extensität der jeweiligen Unterstützung. Für beide Arten von Care-Politik wird systematisch der Grad der Extensität ihrer Unterstützung im Hinblick auf den Zugang und den Umfang der Pflegeleistungen gemessen. Es werden für jeden Indikator vier Grade der Extensität der Unterstützung (hoch, hoch-medium,

medium-niedrig und niedrig) auf einer Ordinalskala unterschieden, wobei die Endpunkte der Skalen klar definierte Idealtypen darstellen (vgl. Frericks 2021).

Dabei ist davon auszugehen, dass Einschränkungen im Zugang zur Pflege dazu führen, dass die öffentliche Unterstützung für Pflege nur für eine bestimmte Gruppe von Personen gewährt wird und somit ein erheblicher Personenkreis keinerlei oder unzureichende Möglichkeiten zur öffentlichen Finanzierung der Pflege erhält. Einschränkungen im Umfang der öffentlichen Förderung der Pflege sind mit dem sozialen Risiko verbunden, dass es für einen Teil der Pflegebedürftigen keine oder nur begrenzte Möglichkeiten gibt, extra-familiale Pflege in Anspruch zu nehmen, und dass andererseits pflegende Familienangehörige vielfach keine oder nur eine geringe finanzielle Unterstützung vom Staat erhalten.

4.2 Messung der Extensität der Care-Politiken zur extra-familialen Pflege

Die Messung der Care-Politik im Hinblick auf die Extensität der Unterstützung bezüglich des Zugangs zur extra-familialen Pflege berücksichtigt zwei Arten von Zugangsbeschränkungen. Der Zugang zu Pflegeleistungen kann einerseits dadurch begrenzt sein, dass die Pflege nur für ein bestimmtes Ausmaß des Pflegebedarfs öffentlich unterstützt wird. Um zu ermitteln, inwieweit ein solcher Anspruch auf Pflege besteht, wird in dem Fall oftmals ein ärztlicher Gesundheitstest zugrunde gelegt. Der Zugang zur Pflege kann auch dadurch begrenzt sein, dass der Staat die Unterstützung für die Pflege nur für ältere Menschen bis zu einer bestimmten Einkommenshöhe anbietet; in dem Fall wird das Einkommen der Pflegebedürftigen als Grundlage für den Zugang herangezogen. Die Messung des Grades der Extensität bezüglich des Umfangs der Unterstützung bei der extra-familialen Pflege basiert auf der durchschnittlichen Höhe der persönlichen Zuzahlung für eine umfassende Pflege (0–100%), definiert als eine Kombination aus a) medizinischer Versorgung, b) personenbezogener Pflege (ADL) und c) Assistenzdiensten (IADL).

4.3 Messung der Extensität der Care-Politiken zur familialen Pflege

Die Messung des Grades der Extensität der staatlichen Unterstützung für die familiäre Pflege berücksichtigt ebenfalls das Ausmaß bestehender Zugangsbeschränkungen. Diese können, wie im Fall der extra-familialen Pflege, darin begründet sein, dass nur bestimmte Typen oder ein bestimmter Umfang des Pflegebedarfs als förderungswürdig gilt, oder dass eine staatliche Förderung nur bis zu einer bestimmten Einkommenshöhe geleistet wird. Darüber hinaus

kann sich die Einschränkung der Anspruchsberechtigung auch darauf beziehen, dass die familiäre Pflege nur dann staatlich unterstützt wird, wenn bestimmte Bedingungen hinsichtlich der Eigenschaften der Familienangehörigen erfüllt sind, etwa hinsichtlich des Wohnortes, der Art des Verwandtschaftsverhältnisses, hinsichtlich ihres Einkommens oder in Bezug auf ihre Arbeitssituation. Hinsichtlich des Umfangs der Unterstützung für familiäre Care-Arbeit wird die geschätzte Differenz zwischen öffentlicher finanzieller Unterstützung und dem länderspezifischen durchschnittlichen Nettoentgelt für Pflegekräfte mit Grundqualifikation inklusive des Umfangs sozialrechtlicher Absicherung berücksichtigt. Die Daten zum durchschnittlichen Entgelt für Vollzeitpflege mit Grundqualifikation (Nettolohn für 160 Std./Monat) basieren hierbei auf Angaben von Bettio und Verashchagina (2012). Die Berechnungen zum Nettolohn beruhen auf Daten zum länderspezifischen Anteil von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen an den Gesamtarbeitskosten für Durchschnittsverdienende (vgl. OECD 2019).

Die Extensität der staatlichen Unterstützung wird grundsätzlich als niedrig eingestuft, wenn keine national definierten Mindeststandards zu sozialen Rechten vorliegen und die Regulierung lokale Unterschiede aufweist.²

5 Ergebnisse der komparativen Analyse von Care-Politiken

Im Folgenden werden die Ergebnisse der empirischen Studie präsentiert. Zunächst werden die Care-Politiken der einbezogenen Wohlfahrtsstaaten anhand ihrer Politiken gegenüber der extra-familialen und familialen Pflege und der damit verknüpften sozialen Risiken analysiert und in der Typologie der institutionellen Konstellationen der Care-Politiken eingeordnet. Anschließend werden die forschungsleitenden Annahmen der Studie anhand der Ergebnisse überprüft. Weiter wird auch diskutiert, welches die potenziellen Wirkungen der Politiken auf die Geschlechterungleichheit sind.

5.1 Vergleichende Analyse und Typisierung der Care-Politiken

Die Ergebnisse der vergleichenden Analyse zeigen, dass vier Wohlfahrtsstaaten, Dänemark, Norwegen, Deutschland und Spanien, eine Care-Politik des „Typ 1: Generell höhere staatliche Unterstützung von Pflege“ eingeführt haben. Demgegenüber verfügen mit Ungarn, Estland, Irland und England vier weitere Wohlfahrtsstaaten über eine Care-Politik, die auf „Typ 4: Geringere staatliche

2 Für weitere Informationen zu den Details des methodologischen Ansatzes der Messung der Extensität der staatlichen Unterstützung der Pflege in den Care-Politiken siehe Grages, Eggers und Pfau-Effinger (2021).

Unterstützung von Pflege“ basiert. Nur zwei Wohlfahrtsstaaten haben eine Care-Politik, die familiäre Care-Arbeit im höheren Maße staatlich unterstützt (Typ 3), während keiner der untersuchten Wohlfahrtsstaaten eine Care-Politik des „Typ 2: Höhere staatliche Unterstützung der extra-familialen Pflege“ aufweist.

Tabelle 3: Ergebnisse zu den Typen der institutionellen Konstellationen von Care-Politiken in europäischen Wohlfahrtsstaaten (Quelle: Eggers et al. 2020; Grages/Eggers/Pfau-Effinger 2021; sowie Daten aus dem DFG-Projekt FAMICAP und dem EU-Projekt EUROSHIP)

Arten von Pflege und Care-Arbeit, die in der institutionellen Konstellation der Care-Politiken jeweils primär unterstützt werden		Extensität der Förderung der extra-familialen Pflege			
		Hoch	Hoch-Medium	Medium-Niedrig	Niedrig
Extensität der Förderung der familialen Care-Arbeit	Hoch	Dänemark			
		Typ 1: Generell höhere staatliche Unterstützung von Pflege		Typ 3: Höhere staatliche Unterstützung der familialen Care-Arbeit	
	Hoch-Medium	Norwegen	Deutschland Spanien	Italien Österreich	
				Ungarn England	Irland
	Medium-Niedrig	Typ 2: Höhere staatliche Unterstützung der extra-familialen Pflege		Typ 4: Geringere staatliche Unterstützung von Pflege	
				Estland	
Niedrig					

An den Ergebnissen der Vergleichsstudie wird deutlich, dass die Zuordnung der Care-Politiken zu den verschiedenen Typen von Wohlfahrtsregimen zum Teil nicht den theoretischen Annahmen entspricht (Tabelle 4). Die Ergebnisse für die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten Dänemark und Norwegen weichen von den Erwartungen ab, indem nicht, wie angenommen, primär die extra-familiale Pflege vom Staat extensiv unterstützt wird, sondern ebenso auch die familiäre Pflege. Im Fall des konservativen Typs des Wohlfahrtsregimes entspricht nur die Care-Politik des österreichischen Wohlfahrtsstaates der theoretischen Annahme, dass die Pflegepolitik hier primär die familiäre Pflege unterstützt, während die deutsche Care-Politik davon abweicht, indem sie ebenso auch die extra-familiale Pflege fördert. Auch im Fall des mediterranen Wohlfahrtsregimes gibt es Abweichungen von den Erwartungen, indem sowohl die spanische als auch die italienische Care-Politik großzügiger sind, als es unseren theoretischen Annahmen entspricht; die spanische Care-Politik unterstützt die Pflegeversorgung in

beiden untersuchten Dimensionen, bezüglich der extra-familialen Pflege und der familialen Care-Arbeit, und die italienische Care-Politik unterstützt zumindest die familiale Pflege extensiv. Im Folgenden werden die Ergebnisse vertiefend dargestellt (Tabelle 4).

Tabelle 4: Überprüfung der theoretischen Annahmen zum Zusammenhang zwischen dem Typ des Wohlfahrtsregimes und dem Typ der Care-Politik (Quelle: Eggers et al. 2020; Grages/Eggers/Pfau-Effinger 2021; sowie Daten aus dem DFG-Projekt FAMICAP und dem EU-Projekt EUROSHIP)

Theoretische Annahmen zum Zusammenhang von Wohlfahrtsregimetyyp und Typ der Care-Politik (siehe Tabelle 2)		Tatsächlicher Typ der Care-Politik
Typ des Wohlfahrtsregimes	Typ der Care-Politik	
Sozialdemokratisch	Typ 2: Höhere staatliche Unterstützung der extra-familialen Pflege	Typ 1: Generell höhere staatliche Unterstützung der Pflege (Dänemark, Norwegen)
Konservativ	Typ 3: Höhere staatliche Unterstützung der familialen Care-Arbeit	Typ 1: Generell höhere staatliche Unterstützung von Pflege (Deutschland) Typ 3: Höhere staatliche Unterstützung der familialen Care-Arbeit (Österreich)
Liberal	Typ 4: Geringere staatliche Unterstützung von Pflege	Typ 4: Geringere staatliche Unterstützung von Pflege (England und Irland)
Mediterran	Typ 4: Geringere staatliche Unterstützung von Pflege	Typ 1: Generell höhere staatliche Unterstützung von Pflege (Spanien) Typ 3: Höhere staatliche Unterstützung der familialen Care-Arbeit (Italien)
Postsozialistisch	Typ 4: Geringere staatliche Unterstützung von Pflege	Typ 4: Geringere staatliche Unterstützung von Pflege (Estland und Ungarn)

5.2 Ergebnisse zu den Care-Politiken der sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten

Der dänische und der norwegische Wohlfahrtsstaat kombinieren eine extensive Unterstützung der extra-familialen Pflege mit einer extensiven Unterstützung der familialen Pflege. Dementsprechend lassen sich beide Wohlfahrtsstaaten dem „Typ 1: Generell höhere staatliche Unterstützung von Pflege“ zuordnen, welcher eine faktische Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Formen von Pflege offeriert (vgl. Tabelle 3). Dies deckt sich nicht mit der theoretischen Erwartung

auf Basis der Zuordnung beider Wohlfahrtsstaaten zum sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime, welche eine einseitige Fokussierung auf die politische Förderung der extra-familialen Pflege („Typ 2: Höhere staatliche Unterstützung der extra-familialen Pflege“) nahegelegt hätte (Tabelle 2). Allerdings zeigt sich auch in der spezifischen Ausgestaltung der tatsächlichen Care-Politik, welche beide Pflegeformen gleichermaßen fördert, deutlich der für sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten typische Fokus auf ein hohes Maß an sozialer Absicherung und Geschlechtergleichstellung (vgl. Tabelle 4). Tatsächlich sieht die institutionelle Rahmung der familialen Care-Arbeit in diesen Ländern sogar deren Gleichstellung mit der Erwerbsarbeit vor, da die familiäre Care-Arbeit im Rahmen eines sozial- und arbeitsrechtlich abgesicherten Arbeitsverhältnisses (Vollzeit oder Teilzeit) mit der Kommune ausgeübt werden kann. Damit werden die traditionell mit der familialen Care-Arbeit verbundenen sozialen Risiken weitgehend minimiert (vgl. Frericks/Jensen/Pfau-Effinger 2014; Grages/Eggers/Pfau-Effinger 2021). Allerdings bleibt zu bedenken, dass Erwerbstätige mit einem Verdienst über dem der professionellen Pflegekräfte, gewisse Einbußen in ihrem Einkommen akzeptieren müssen (vgl. Eggers/Grages/Pfau-Effinger 2021). Da die Pflegepolitik auch die extra-familiale Pflege extensiv unterstützt, ist es den Familienangehörigen von pflegebedürftigen älteren Menschen aber auch ohne weiteres möglich, sich gegen die Übernahme der Pflege zu entscheiden.

5.3 Ergebnisse zu den Care-Politiken der konservativen Wohlfahrtsstaaten

Für die beiden konservativen Wohlfahrtsstaaten Deutschlands und Österreichs hatten wir erwartet, dass die Care-Politiken dem „Typ 3: Höhere staatliche Unterstützung der familialen Care-Arbeit“ entsprechen. Dem entspricht das Ergebnis für die österreichische Pflegepolitik, die tatsächlich die familiäre Care-Arbeit extensiver fördert. Das Profil der Care-Politik des deutschen Wohlfahrtsstaates weicht aber davon ab, da sie eher beide Formen der Pflege, die extra-familiale und die familiäre, stärker fördert und deshalb dem „Typ 1: Generell höhere staatliche Unterstützung von Pflege“ entspricht. Eggers, Grages und Pfau-Effinger (2019) sprechen in dem Zusammenhang von einer „Hybridisierung“ des deutschen Wohlfahrtsstaates. Die sozialen Risiken in Verbindung mit familialer Pflege sind im Rahmen der deutschen Care-Politik (Typ 1) ähnlich wie in den nordischen Wohlfahrtsstaaten vergleichsweise gering. Die Kompensation familialer Care-Arbeit ist hier allerdings auf der Basis semi-formeller Arrangements ausgestaltet, was bedeutet, dass die finanzielle Unterstützung und sozialrechtliche Absicherung nicht vollumfänglich den Standards formeller Erwerbstätigkeit entsprechen. Die familiäre Care-Arbeit ist deshalb mit nicht unerheblichen sozialen Risiken verknüpft. Da die deutsche Care-Politik auch die extra-familiale Pflege

relativ extensiv unterstützt, besteht auch hier für Angehörige pflegebedürftiger älterer Menschen in einem gewissen Rahmen die Möglichkeit, sich gegen die Übernahme der Pflege und stattdessen für eine kontinuierliche Partizipation auf dem Arbeitsmarkt zu entscheiden (vgl. Grages/Eggers/Pfau-Effinger 2021).

Die Care-Politik in Österreich, die dem Typ 3 entspricht, fördert stärker die familiäre Pflege. Dies geschieht über das Angebot eines „Pflegegeldes“, das Pflegebedürftige in Anspruch nehmen und damit wahlweise extra-familiäre Pflegeleistungen oder die familiäre Pflege bezahlen können. Darüber hinaus besteht für erwerbstätige Familienangehörige auch die Möglichkeit, eine bezahlte Freistellung mit Arbeitsplatzgarantie für die familiäre Pflege in Anspruch zu nehmen und damit die Kontinuität ihres Arbeitsverhältnisses zu sichern (vgl. Fink/Valovka 2018). Auf diese Weise reduziert die Care-Politik die an die familiäre Pflege geknüpften sozialen Risiken deutlich. Das Niveau der Kompensation für die familiäre Pflege entspricht allerdings nicht dem durchschnittlichen Entgelt für professionelle Vollzeitpflege mit Grundqualifikation. Da die Unterstützung für die extra-familiäre Pflege eher weniger extensiv ist, besteht aber das Risiko, dass sich die Familienangehörigen pflegebedürftiger älterer Menschen oftmals dazu moralisch verpflichtet fühlen, die Pflege zu übernehmen, selbst wenn sie der Erwerbsarbeit aufgrund der damit verbundenen finanziellen und sozialen Sicherungen und Karrieremöglichkeiten den Vorzug geben würden.

5.4 Ergebnisse zu den Care-Politiken der mediterranen Wohlfahrtsstaaten

Auch die Ergebnisse für die mediterranen Wohlfahrtsstaaten Spanien und Italien entsprechen nicht den theoretischen Annahmen, dass die Care-Politiken auf dem „Typ 4: Geringere staatliche Unterstützung von Pflege“ basieren. Die spanische Pflegepolitik entspricht eher dem „Typ 1: Generell höhere staatliche Unterstützung von Pflege“, da sie die extra-familiäre Pflege wie auch die familiäre Care-Arbeit eher stärker fördert (vgl. Tabelle 3). Auch wenn sich die spanische Care-Politik Typ 1 zuordnen lässt, ist davon auszugehen, dass die sozialen Risiken für pflegende Familienangehörige hier höher als in Deutschland sind, da die Politiken nur bedingt implementiert wurden. So haben organisatorische Hürden die faktische Umsetzung der ehrgeizigen Ziele der spanischen Reform der Care-Politik von 2006 aufgrund strenger Budgetbeschränkungen nach der Wirtschaftskrise von 2008 eingeschränkt (vgl. Deusdad/Pace/Antonon 2016; Ibáñez/León/Soler 2021). Demgegenüber fördert die italienische Pflegepolitik die familiäre Pflege auf der Basis der finanziellen Unterstützung der familialen Pflege und der Möglichkeit für pflegende Familienangehörige, eine Freistellung auf der Basis ihres bestehenden Arbeitsplatzes in Anspruch zu nehmen. Dementsprechend ist sie dem Typ 3 der Care-Politiken zuzuordnen. Auf dieser Grundlage sind

die sozialen Risiken, die für Familienmitglieder pflegebedürftiger Angehöriger an die familiäre Pflege geknüpft sind, deutlich eingeschränkt.

5.5 Ergebnisse zu den Care-Politiken der liberalen und postsozialistischen Wohlfahrtsstaaten

Sowohl in den beiden liberalen Wohlfahrtsstaaten England und Irland als auch in den beiden postsozialistischen Wohlfahrtsstaaten Estland und Ungarn entspricht die tatsächliche Ausgestaltung der Care-Politiken den auf dem Regimeansatz beruhenden theoretischen Annahmen, wonach Pflegepolitiken in diesen Typen von Wohlfahrtsregimen dem „Typ 4: Geringere staatliche Unterstützung von Pflege“ entsprechen (vgl. Tabelle 4). Tatsächlich unterstützen alle vier Wohlfahrtsstaaten aus beiden Regimetypen die familiäre wie auch die extra-familiäre Pflege eher nur in einem geringen Maß, sodass die theoretische Zuordnung zum Typ 4 der Care-Politiken zutrifft. Infolge der geringen staatlichen Unterstützung der Pflege forcieren diese Wohlfahrtsstaaten Lösungen über den Markt oder mittels der unbezahlten Familienpflege, wie sie für die beiden Regimetypen charakteristisch sind. Damit verlagern sie die Kosten und Risiken, die im Zusammenhang mit Pflegebedürftigkeit entstehen – implizit oder explizit – auf die individuellen Sozialbürger*innen; die sozialen Risiken sind dementsprechend hoch. Es muss allerdings hervorgehoben werden, dass der Grad der Extensität der Unterstützung der Pflege im ungarischen und englischen Wohlfahrtsstaat in beiden Bereichen der Care-Politik zumindest in Bezug auf den institutionellen Rahmen zwischen einem geringen und mittleren Niveau liegt (vgl. Tabelle 3). Vor diesem Hintergrund bieten der ungarische und englische Wohlfahrtsstaat immerhin eine begrenzte Absicherung gegen soziale Risiken, indem ein Teil der pflegenden Familienangehörigen eine – wenn auch eher geringfügige – finanzielle Kompensation für die familiäre Pflege erhält. Darüber hinaus gibt es ein begrenztes Maß an Unterstützung für extra-familiäre Pflege, was aber in den meisten Fällen ein erhebliches Maß an individueller Kostenübernahme impliziert. Somit bleibt die Option, extra-familiäre Pflegeleistungen in Anspruch zu nehmen, einkommensstärkeren Haushalten vorbehalten, welche die Pflegeversorgung aus privaten Mitteln über den Markt organisieren können. Demgegenüber offeriert die Care-Politik des estnischen und irischen Wohlfahrtsstaates weder Wahloptionen, noch schützen sie die pflegenden Familienangehörigen vor den traditionell mit der familialen Care-Arbeit verbundenen sozialen Risiken und den entsprechenden finanziellen Abhängigkeiten.

Es gilt zudem zu bedenken, dass sich die öffentliche Unterstützung für Pflege in den beiden liberalen Wohlfahrtsstaaten im Allgemeinen primär an Personen mit geringem Einkommen richtet und somit zwar einen gewissen Schutz vor Armutrisiken für einkommensschwache pflegende Familienangehörige bietet,

einen erheblichen Teil der (potenziell) pflegenden Familienangehörigen aber per se nicht adressiert (vgl. Daly 2018; Glendinning 2018). Im Kontext der beiden postsozialistischen Wohlfahrtsstaaten besteht überdies ein hohes soziales Risiko dafür, dass diejenigen Pflegebedürftigen, die nicht auf pflegende Angehörige zugreifen können, ihren Pflegebedarf nicht abdecken können. Dies ist darin begründet, dass die Versorgung mit extra-familialer Pflege durch Pflegedienste und Heime in einem Teil der Regionen besonders niedrig ist und dass der Umfang der Angebote zudem auch durch starke Schwankungen in den Budgets der lokalen Regierungen beeinflusst wird (vgl. Gal 2018; Paat-Ahi/Masso 2018).

5.6 Diskussion der Bedeutung der verschiedenen Typen von Care-Politiken für die Geschlechterungleichheit

Das Potenzial, Geschlechterungleichheit zu reduzieren, unterscheidet sich erheblich zwischen den Wohlfahrtsstaaten. Auf der Grundlage ihrer extensiven Unterstützung der extra-familialen und familialen Pflege (Typ 1) bieten die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten Dänemarks und Norwegens, aber auch der konservative deutsche Wohlfahrtsstaat sowie – zumindest auf der institutionellen Ebene – der mediterrane spanische Wohlfahrtsstaat – eine Pflegepolitik, die die Ungleichheit im Geschlechterverhältnis, die traditionell an die Verantwortung für pflegebedürftige ältere Familienangehörige geknüpft ist, deutlich reduzieren können. Die Grundlage wird dadurch geschaffen, dass die Pflege aus der Familie ausgelagert werden kann, und dass außerdem auch eine extensive finanzielle Unterstützung, soziale Sicherungen und Freistellungsmöglichkeiten für pflegende Familienangehörige angeboten werden.

Im Rahmen dieses Typs der Pflegepolitik haben die Familienangehörigen pflegebedürftiger älterer Menschen relativ große Chancen auf die finanzielle Selbstbestimmung und die Wahl zwischen der Erwerbstätigkeit und familialer Care-Arbeit. Auf dieser Grundlage verliert die familiäre Pflege teilweise ihren traditionellen Charakter einer obligatorischen und im Vergleich zur Erwerbsarbeit schlechter gestellten und weniger anerkannten Form der Arbeit. In den beiden sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten Dänemarks und Norwegens wird die Geschlechtergleichstellung besonders weitgehend gefördert, indem eine Form der familialen Pflege angeboten wird, die der formellen Erwerbsarbeit gleichgestellt ist.

Die Care-Politiken der Wohlfahrtsstaaten Italiens und Österreichs lassen sich demgegenüber dem „Typ 3: Höhere staatliche Unterstützung der familialen Care-Arbeit“ zuordnen; der Schwerpunkt der Förderung der Pflege liegt hier auf der familialen Pflege. In Bezug auf das Geschlechterverhältnis bedeutet das, dass für Familienangehörige die Wahlmöglichkeit zwischen der eigenen

Erwerbstätigkeit auf der Basis der Auslagerung der Pflege auf externe Dienstleister und der familialen Pflege oftmals stark eingeschränkt ist. Es ist davon auszugehen, dass in dem Fall die Pflegearbeit tendenziell eher im traditionellen Sinne von weiblichen Familienmitgliedern übernommen wird und damit die bestehenden Strukturen der Geschlechterungleichheit bezüglich der Aufteilung der Zuständigkeit für die Erwerbs- und Care-Arbeit tradiert werden. Allerdings werden die traditionelle finanzielle Ungleichheit zwischen der unbezahlten familialen Pflege und der Erwerbsarbeit, und die damit verbundene finanzielle Abhängigkeit von Frauen in der Ehe, auf der Grundlage der Bezahlung und sozialen Sicherung für die familiäre Pflege deutlich reduziert. Auch werden auf der Grundlage dieser Förderung Anreize für Männer geschaffen, sich an der Pflege zu beteiligen. Vor dem Hintergrund des relativ geringen Ausmaßes der Unterstützung der Pflege durch die Care-Politik bieten alle vier Wohlfahrtsstaaten des „Typs 4: Geringere staatliche Unterstützung von Pflege“ keine oder nur sehr begrenzte Potenziale zur Reduzierung von Geschlechterungleichheit. Da die extra-familiale Pflege kaum gefördert wird, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Familie die Pflege übernimmt, und die Pflege dabei im Sinne der traditionellen Arbeitsteilung vor allem von weiblichen Familienangehörigen durchgeführt wird. Ihnen entgeht damit die Möglichkeit, ein existenzsicherndes Erwerbseinkommen zu generieren. Andererseits wird die familiäre Pflegetätigkeit nur in begrenztem Maß monetär honoriert, was eine finanzielle Autonomie verhindert bzw. innerfamiliäre Abhängigkeit fördert und gleichsam dazu führt, dass vor dem Hintergrund ohnehin geschlechtsspezifisch ungleicher Einkommen keine monetären Anreize für eine stärkere Einbindung von Männern in die familiäre Pflege gesetzt werden. Im Fall des estnischen Wohlfahrtsstaats ist es sogar gesetzlich vorgesehen, dass (weibliche) Familienmitglieder unbezahlte Pflege leisten (vgl. Taru/Unt/Täht 2021). Durch die Care-Politik werden in diesen Wohlfahrtsstaaten somit die bestehende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sowie eine partielle oder vollständige finanzielle Abhängigkeit der pflegenden Frauen vom männlichen Familienernährer tradiert.

Insgesamt gilt es allerdings zu bedenken, dass auch vergleichsweise starke finanzielle Anreize seitens der wohlfahrtsstaatlichen Politiken nicht per se zur Geschlechtergleichstellung führen müssen. Solche Politiken stellen lediglich indirekte Anreize dar, wobei ihre Wirkung auch maßgeblich von kulturellen und strukturellen Faktoren abhängt, die das tatsächliche Verhalten der Pflegebedürftigen und ihrer Familien beeinflussen (vgl. Pfau-Effinger 2005b). So steht der Realisierung der Gleichstellung im Rahmen einer extensiven politischen Unterstützung der familialen Pflege (Typ 1 und 3) beispielsweise entgegen, dass die Möglichkeiten für eine grundsätzliche Verhaltensänderung von Männern, welche die Voraussetzung für die Übernahme von familialer Care-Arbeit durch Männer bildet, angesichts verfestigter Strukturen im Geschlechterverhältnis in vielen postindustriellen Gesellschaften sehr begrenzt sind. Dies betrifft

vor allem die Unternehmenskultur, die insbesondere in männlich geprägten Beschäftigungsbereichen noch immer zumeist auf der kontinuierlichen und zeitlich umfassenden Verfügbarkeit der Arbeitskräfte beruht, und kulturelle Werte, in denen Männern noch immer die Rolle der Familienernährer zugeschrieben wird (vgl. Eggers/Grages/Pfau-Effinger 2021).

6 Fazit

In dem Beitrag ging es um die Frage, welchen Einfluss Care-Politiken auf die sozialen Risiken haben, die an die familiäre Pflege geknüpft sind. Dazu wurde eine Typologie der Care-Politiken vorgestellt, die eine Weiterentwicklung des theoretischen Ansatzes von Leitner (2003) darstellt. Der Beitrag argumentiert, dass Wohlfahrtsstaaten mit einer Politik, die die extra-familiäre wie die familiäre Pflege extensiv unterstützt, die sozialen Risiken verringern können, die traditionell an die familiäre Pflege geknüpft sind. Dies schließt die besonderen finanziellen Risiken mit ein, die oft mit dem Risiko fehlender Selbstbestimmung verbunden sind, sowie die Risiken in Bezug auf die soziale Sicherung und in Bezug auf die Arbeitsmarktpartizipation. Wir argumentieren, dass Care-Politiken, die beide Typen der Pflege, die familiäre Pflege wie auch die extra-familiäre extensiv unterstützen, am ehesten die an die Pflege geknüpften sozialen Risiken für Familienangehörige verringern. Auf diese Weise können sie auch zu einer Verringerung der Geschlechterungleichheit beitragen.

Als Grundlage für die international vergleichende Analyse hat der Beitrag eine theoretische Typologie der institutionellen Konstellationen von Pflegepolitiken vorgestellt, die an eine frühere theoretische Typologie von Leitner (2003) anknüpft. Diese wurde einer international vergleichenden Analyse wohlfahrtsstaatlicher Care-Politiken zugrunde gelegt. Dabei ist der Beitrag der Frage nachgegangen, inwieweit die Wohlfahrtsregime-Typologie von Esping-Andersen (1990) und deren Weiterentwicklung eine geeignete Grundlage dafür bieten, internationale Differenzen zwischen Wohlfahrtsstaaten im Typ der Care-Politiken und in den daran geknüpften sozialen Risiken für pflegende Familienangehörige zu erklären.

Es zeigt sich, dass der Typ des Wohlfahrtsregimes keinen signifikanten Beitrag zur Erklärung von Differenzen im Typ der Care-Politik leistet, denn die Ergebnisse der Pflegepolitiken in den einbezogenen Ländern stimmen nur zum Teil mit den theoretischen Annahmen über den Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsregimety und Typ der Care-Politik überein, die wir auf der Basis des Theorieansatzes der Wohlfahrtsregime aufgestellt haben. Damit variieren auch die an die familiäre Pflege geknüpften sozialen Risiken nicht in der erwarteten Art und Weise. Der sozialdemokratische Typ des Wohlfahrtsregimes weist eine institutionelle Konstellation der Care-Politik auf, die beides stark unter-

stützt, die familiäre Care-Arbeit wie auch die Auslagerung von Care-Arbeit auf extra-familiäre Anbieter von Pflegedienstleistungen. Damit widerspricht das Ergebnis der vorliegenden Studie gängigen Annahmen, denen zufolge der sozialdemokratische Typ des Wohlfahrtsstaates einseitig die Frauenerwerbsarbeit, nicht aber die Erbringung von familiärer Care-Arbeit fördert. Auf Basis unserer Ergebnisse zeigt sich hingegen, dass die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten in der Care-Politik einen dualen Ansatz zur Förderung der Pflege verfolgen, der nicht auf einen produktivistischen Ansatz beschränkt ist. In Bezug auf die Geschlechtergleichstellung bedeutet dies, dass die Gleichstellung in der Erwerbsarbeit ebenso wie in der familiären Care-Arbeit gefördert wird.

Ansatzweise gilt das ebenso für den konservativen deutschen Wohlfahrtsstaat, der offensichtlich von seiner ursprünglichen Ausrichtung auf die familiäre Care-Arbeit, die ihn Esping-Andersens Ansatz (1999) wie auch feministischen Ansätzen zufolge kennzeichnet, abgerückt ist und stattdessen nun die familiäre Care-Arbeit wie auch die extra-familiäre Pflege relativ stark unterstützt. Das gilt allerdings nicht für den konservativen Typ des Wohlfahrtsregimes generell, wie das Beispiel Österreichs zeigt, das mit seiner Care-Politik weit eher dem konservativen, familienbezogenen Idealtyp des Wohlfahrtsregimes entspricht.

Die Ergebnisse für die beiden liberalen Wohlfahrtsstaaten von England und Irland und für die beiden postsozialistischen Wohlfahrtsstaaten Estland und Ungarn entsprechen der theoretischen Annahme, wonach sie insgesamt auf einer weniger starken Unterstützung der Pflege beruhen. Dementsprechend werden hier die traditionellen sozialen Risiken, die an die familiäre Pflege geknüpft sind, fortgeschrieben. Demgegenüber überraschen die Ergebnisse zum mediterranen Typ des Wohlfahrtsregimes: Entgegen der Erwartung, dass die Care-Politiken auch hier die Pflege insgesamt wenig unterstützen, findet sich in Spanien eine Pflegepolitik, die die Pflege insgesamt stark unterstützt – auch wenn diese Politik teilweise unzureichend implementiert worden ist –, und in Italien wird zumindest die familiäre Pflege vom Staat relativ stark unterstützt.

Der Ansatz der Wohlfahrtsregime bietet demnach keine ausreichende Basis, um internationale Differenzen in den Typen von Care-Politiken und damit auch die Differenzen in den sozialen Risiken, die für pflegende Familienangehörige jeweils an die Care-Politik geknüpft sind, zu erklären. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass es ein Desiderat an die zukünftige Forschung ist, einen komplexeren Ansatz zur Erklärung internationaler Differenzen in den Care-Politiken zur familiären und extra-familiären Pflege zu entwickeln und weitergehende Analysen zu den damit verbundenen sozialen Risiken und ihrer Bedeutung für die Geschlechterungleichheit durchzuführen.

Literatur

- Anttonen, Anneli/Sipilä, Jorma (2005): Comparative approaches to social care – diversity in care production modes. In: Pfau-Effinger, Birgit/Geissler, Birgit (Hrsg.): Care and social integration in European societies. Bristol: Policy Press. S. 115–135.
- Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (2014): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Care: Work, Relations, Regimes. In: Soziale Welt, Sonderband 20. Baden Baden: Nomos.
- Bettio, Francesca/Verashchagina, Alina (2012): Long-Term Care for the Elderly. Provision and providers in 33 European countries. Luxemburg: Publications Office of the European Union.
- Bonoli, Giuliano (2005): The politics of the new social policies: providing coverage against new social risks in mature welfare states. In: Policy & Politics 33, H. 3, S. 431–449.
- Bureau, Viola/Theobald, Hildegard/Blank, Robert H. (2007): Governing Home Care. A Cross-national Comparison. Cheltenham u. a.: Edward Elgar.
- Da Roit, Barbara/Le Bihan, Blanche/Österle, August (2016): Cash-for-Care Benefits – An International Perspective. In: Gori, Cristiano/Fernandez, José-Luis/Wittenberg, Raphael (Hrsg.): Long-Term Care Reforms in OECD Countries. Bristol: Policy Press. S. 143–165.
- Da Roit, Barbara/Le Bihan, Blanche (2019): Cash for long-term care: Policy debates, visions, and designs on the move. In: Social Policy & Administration 53, H. 4, S. 519–536.
- Daly, Mary (2002): Care as a Good for Social Policy. In: Journal of Social Policy 31, H. 2, S. 251–270.
- Daly, Mary (2018): ESPN Thematic Report on Challenges in Long-term Care. Ireland. Brussels: European Commission.
- Daly, Mary/Lewis, Jane (2000): The concept of social care and the analysis of contemporary welfare states. In: British Journal of Sociology 51, H. 2, S. 281–298.
- Deusdad, Blanca A./Pace, Charles/Anttonen, Anneli (2016): Facing the Challenges in the Development of Long-Term Care for Older People in Europe in the Context of an Economic Crisis. In: Journal of Social Service Research 42, H. 2, S. 144–150.
- Eggers, Thuriid/Grages, Christopher/Pfau-Effinger, Birgit (2019): Self-Responsibility of the “Active Social Citizen”: Different Types of the Policy Concept of “Active Social Citizenship” in Different Types of Welfare States. In: American Behavioral Scientist 63, H. 1, S. 43–64.
- Eggers, Thuriid/Grages, Christopher/Pfau-Effinger, Birgit/Och, Ralf (2020): Re-conceptualising the relationship between de-familialisation and familialisation and the implications for gender equality – the case of long-term care policies for older people. In: Ageing and Society 40, H. 4, S. 869–895.
- Eggers, Thuriid/Grages, Christopher/Pfau-Effinger, Birgit (2021): Politiken zur familialen Care-Arbeit und Gleichstellung der Geschlechter – eine theoretische Diskussion. In: Scherger, Simone/Abramowski, Ruth/Dingeldey, Irene/Hokema, Anna/Schäfer, Andrea (Hrsg.): Geschlechterungleichheiten in Arbeit, Wohlfahrtsstaat und Familie. Frankfurt am Main: Campus. S. 165–191.
- Eichler, Melanie/Pfau-Effinger, Birgit (2009): The ‘Consumer Principle’ in the Care of Elderly People: Free Choice and Actual Choice in the German Welfare State. In: Social Policy & Administration 43, H. 6, S. 617–633.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: Polity Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (1999): Social Foundations of Postindustrial Economies. Oxford: Oxford University Press.
- Fenger, Menno (2007): Welfare regimes in central and eastern Europe: Incorporating post-communist countries in a welfare regime typology. In: Journal of contemporary issues in social science 3, H. 2, S. 1–30.

- Ferragina, Emanuele/Seeleib-Kaiser, Martin (2011): Thematic Review. Welfare regime debate: past, present, futures? In: *Policy & Politics* 39, H. 4, S. 583–611.
- Ferrera, Maurizio (1996): The ‚Southern Model‘ of Welfare in Social Europe. In: *Journal of European Social Policy* 6, H. 1, S. 17–37.
- Fink, Marcel/Valovka, Katarina (2018): ESPN thematic report on challenges in long-term care – Austria. Brussels: European Commission.
- Flaquer, Lluís/Escobedo, Anna (2009): Formal and informal work in the ‚Latin Rim‘: The case of Spain. In: Pfau-Effinger, Birgit/Flaquer, Lluís/Jensen, Per H. (Hrsg.): *Formal and Informal Work in Europe. The Hidden Work Regime*. New York: Routledge. S. 127–145.
- Fraser, Nancy (1994): After the Family Wage. Gender Equity and the Welfare State. In: *Political Theory* 22, H. 4, S. 591–618.
- Frericks, Patricia (2021): How to quantify qualitative characteristics of societal differences: a method for systematic comparison of qualitative data (SCQual). In: *International Journal of Social Research Methodology*, First View, S. 1–12. DOI: 10.1080/13645579.2021.1883537.
- Frericks, Patricia/Jensen, Per H./Pfau-Effinger, Birgit (2014): Social rights and employment rights related to family care: Family care regimes in Europe. In: *Journal of Aging Studies* 29, S. 66–77.
- Gal, Robert I. (2018): ESPN Thematic Report on Challenges in long-term care – Hungary. Brussels: European Commission.
- Geissler, Birgit (2002): Die (Un-)Abhängigkeit in der Ehe und das Bürgerrecht auf Care. In: Gottschall, Karin/Pfau-Effinger, Birgit (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit und Geschlecht*, Wiesbaden: Springer, S. 183–206.
- Geissler, Birgit/Pfau-Effinger, Birgit (2005): Change in European Care Arrangements. In: Pfau-Effinger, Birgit/Geissler, Birgit (Eds.): *Care and Social Integration in Europe – Variations and Change*, Bristol: Policy Press. S. 3–19.
- Gilbert, Neil (2002): *A mother’s work: how feminism, the market, and policy shape family life*. Yale: Yale University Press.
- Glendinning, Caroline (2018): ESPN Thematic Report on Challenges in long-term care. United Kingdom. Brussels: European Commission.
- Gornick, Janet C./Meyers, Marcia K. (2008): Creating Gender Egalitarian Societies: An Agenda for Reform. In: *Politics & Society* 36, H. 3, S. 313–349.
- Grages, Christopher/Eggers, Thuriid/Pfau-Effinger, Birgit (2021): Long-term care regimes in Europe. EUROSHIP Working Paper, 6. Oslo: Oslo Metropolitan University.
- Hall, Peter A./Taylor, Rosemary C. R. (1996): Political Science and the Three New Institutionalisms. In: *Political Studies* 44, H. 5, S. 936–957.
- Ibáñez, Ziyab/León, Margarita/Soler, Llorenç (2021): Report on the social protection system in Spain. EUROSHIP country report on national social protection systems.
- Jessoula, Matteo/Pavolini, Emmanuele/Raitano, Michele/Natili, Marcello (2018): ESPN Thematic Report on Challenges in long-term care – Italy. Brussels: European Commission.
- Knijn, Trudie/Kremer, Monique (1997): Gender and the Caring Dimension of Welfare States. Toward Inclusive Citizenship. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 4, H. 3, S. 328–362.
- Kröger, Teppo (2022): *Care poverty: When older people’s needs remain unmet*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Le Bihan, Blanche/Da Roit, Barbara/Sopadzhyan, Alis (2019): The turn to optional familialism through the market: Long-term care, cash-for-care, and caregiving policies in Europe. In: *Social Policy & Administration* 53, H. 4, S. 579–595.
- Leira, Arnlaug/Saraceno, Chiara (2002): Care: Actors, Relationships and Contexts. In: Hobson, Barbara/Lewis, Jane/Siim, Birte (Hrsg.): *Contested Concepts in Gender*. Cheltenham u. a.: Edward Elgar, S. 55–70.
- Leitner, Sigrid (2003): Varieties of familialism: The caring function of the family in comparative perspective. In: *European Societies* 5, H. 4, S. 353–375.
- Leitner, Sigrid (2013): *Varianten des Familialismus*. Berlin: Duncker & Humblot.

- Lewis, Jane (1992): Gender and the Development of Welfare Regimes. In: *Journal of European Social Policy* 2, H. 3, S. 159–173.
- Lewis, Jane (2001): The Decline of the Male Breadwinner Model: Implications for Work and Care. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 8, H. 2, S. 152–169.
- Lister, Ruth (1994): “She has other duties” – Women, citizenship and social security. In: Baldwin, Sally/Falkingham, Jane (Hrsg.): *Social security and social change. New challenges to the Beveridge model*. New York/London: Harvester Wheatsheaf. S. 31–44.
- Lutz, Helma/Platenga-Möllenbeck, Ewa (2014): Care-Migrantinnen im geteilten Europa – Verbindungen und Widersprüche in einem transnationalen Raum. In: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (2014): *Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Care: Work, Relations, Regimes* In: *Soziale Welt, Sonderband 20*. Baden Baden: Nomos. S. 217–231.
- Morgan, Fiona (2018): The Treatment of Informal Care-Related Risks as Social Risks: An Analysis of the English Care Policy System. In: *Journal of Social Policy* 47, H. 1, S. 179–196.
- Naldini, Manuela/Pavolini, Emmanuele/Solera, Cristina (2016): Female employment and elderly care: the role of care policies and culture in 21 European countries. In: *Work, Employment and Society* 30, H. 4, S. 607–630.
- O’Connor, Julia S. (1993): Gender, class and citizenship in the comparative analysis of welfare state regimes. In: *British Journal for Sociology* 44, H. 3, S. 501–518.
- OECD (2019): *Health at a Glance 2019. OECD Indicators*. Paris: OECD Publishing.
- Orloff, Ann Shola (1993): Gender and the Social Rights of Citizenship. The Comparative Analysis of Gender Relations and Welfare States. In: *American Sociological Review* 58, H. 3, S. 303–328.
- Ostner, Ilona (1995): Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. In: *Aus Politik und Zeitgeschehen* 36–37, S. 3–12.
- Ostner, Ilona (2008): Ökonomisierung der Lebenswelt durch aktivierende Familienpolitik? In: Evers, Adalbert/Heinze, Rolf G. (Hrsg.): *Sozialpolitik – Ökonomisierung und Entgrenzung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 49–67.
- Ostner, Ilona/Lewis, Jane (1995): Gender and the Evolution of European social policies. In: Leibfried, Stephan/Pierson, Paul (Hrsg.): *European Social Policy: Between Fragmentation and Integration*. Washington: The Brookings Institution. S. 159–193.
- Paat-Ahi, Gerli/Masso, Märt (2018): *ESPN Thematic Report on Challenges in long-term care – Estonia*. Brussels: European Commission.
- Pfau-Effinger, Birgit (2005a): Culture and Welfare State Policies: Reflections on a Complex Interrelation. *Journal of Social Policy* 34, H. 1, S. 1–18.
- Pfau-Effinger, Birgit (2005b): Welfare State Policies and the development of care arrangements. *European Societies* 7, H. 2, S. 321–347.
- Ranci, Constanzo/Pavolini, Emmanuele (Hrsg.) (2013): *Reforms in Long-Term Care Policies in Europe*. New York u. a.: Springer.
- Ranci, Constanzo/Pavolini, Emmanuele (2015): Not all that glitters is gold – Long-term care reforms in the last two decades in Europe. In: *Journal of European Social Policy* 25, H. 3, S. 270–285.
- Schäfer, Andrea/Gottschall, Karin (2015): From wage regulation to wage gap. How wage-setting institutions and structures shape the gender wage gap across three industries in 24 European countries and Germany. In: *Cambridge Journal of Economics* 39, H. 2, S. 467–496.
- Seeleib-Kaiser, Martin (2016): The End of the Conservative German Welfare State Model. In: *Social Policy & Administration* 50, H. 2, S. 219–240.
- Taru, Marti/Unt, Marge/Täht, Kadri (2021): *Report on the social protection system in Estonia. EUROSHIP country report on national social protection systems*.
- Taylor-Gooby, Peter (2004): *New Risks, New Welfare*. Oxford: Oxford University Press.

- Theobald, Hildegard/Luppi, Matteo (2018): Elderly care in changing societies: Concurrences in divergent care regimes – a comparison of Germany, Sweden and Italy. In: *Current Sociology* 66, H. 4, S. 629–642.
- Tronto, Joan (1994): *Moral Boundaries. A Political Argument for an Ethic of Care*. London: Routledge.
- Ungerson, Clare/Yeandle, Sue (Hrsg.) (2007): *Cash for Care in Developed Welfare States*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- van Kersbergen, Kees/Hemerijck, Anton (2012): Two Decades of Change in Europe: The Emergence of the social investment state. In: *Journal of Social Policy* 41, S. 475–492.

„Habe ich mir noch nie Gedanken darüber gemacht“ – Interdependenz von Wohnen, Care und Geschlecht bei kommunalen Akteuren

Nina Vischer, Kyra Schneider und Sophia Dollsack

1 Einleitung

Die menschliche Existenz ist ohne Care, ohne Sorgearbeit, nicht denkbar. Care umfasst dabei „unverzichtbare Tätigkeiten wie Fürsorge, Erziehung, Pflege und Unterstützung, bezahlt und unbezahlt, in Einrichtungen und in privaten Lebenszusammenhängen, bezogen auf Gesundheit, Erziehung, Betreuung u.v.m. – kurz: die Sorge für andere, für das Gemeinwohl und als Basis die Sorge für sich selbst, Tag für Tag und in den Wechselfällen des Lebens“ (Thiessen et al. 2020, S. 1). Seit Jahren befinden wir uns in einer Sorge- beziehungsweise Care-Krise (vgl. Knobloch 2013; Winker 2011; Villa 2020): So erhalten Menschen, die auf Fürsorge und Zuwendung Anderer angewiesen sind, durch ein zu geringes Angebot an sowohl bezahlter als auch unbezahlter, privater Sorgearbeit, diese Fürsorge nicht mehr (ausreichend). Aus Perspektive der Sorgeleistenden findet die erbrachte Care-Arbeit wiederum (häufig) unter prekären Bedingungen statt (vgl. Knobloch 2013, S. 25). Gründe für die Care-Krise sind unter anderem nicht nur gestiegene Bedarfe durch den demografischen Wandel und die Beschäftigungssituation, sondern auch die modernen Lebens- und Wohnformen – zum Beispiel Single-Haushalte, multilokale Familienstrukturen etc. – welche die Übernahme der notwendigen unbezahlten Sorgearbeit erschweren (vgl. Knobloch 2013, S. 27). Um die Care-Krise zu bewältigen, braucht es also neue Formen der Care-Versorgung. Dabei ist es zum einen notwendig, in den Debatten um eine zukunftsfähige geschlechtergerechte Care-Versorgung, das Thema Wohnen stärker in den Blick zu nehmen, da Fürsorgearbeit zum Großteil auch als (unbezahlte) Sorgearbeit im privaten Nahraum stattfindet. Zum anderen muss diese Diskussion vor dem Hintergrund einer Auseinandersetzung um Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellungspo-

litik¹ geführt werden, da Care und Wohnen für sich genommen sowie in ihrer Interdependenz stark vergeschlechtlicht sind. Diese Interdependenz wird in der bisherigen Forschung wenig bedacht. An dieser Leerstelle knüpfen wir mit unserem Beitrag an, in dem wir erste Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „WellCare – Gutes Leben, gutes Care“ vorstellen.

Ausgangspunkt ist hierbei, in gemeinschaftlichen Wohnformen ein Potenzial für neue Formen der Organisation von Care² jenseits von kleinfamilialen Strukturen zu sehen. In diesem Sinne verstehen wir gemeinschaftliche Wohnformen als Form einer „Caring Community“³, einer „Sorgenden Gemeinschaft“. Dieser Begriff, der in den Debatten zur Lösung der Care-Krise Konjunktur hat, basiert auf der Idee der geteilten Verantwortungsübernahme und Unterstützung für sich und andere (vgl. Zängl 2020, o. S.) und wird im Sinne neuer wohlfahrtsstaatlicher Arrangements als verstärkte Verknüpfung zwischen professionellen Dienstleistungen und freiwilligen Unterstützungsangeboten in einem sozialräumlich abgrenzbaren Kontext diskutiert (vgl. Klein 2014, S. 26). Caring Community (und so wird es in vorliegendem Beitrag aufgefasst) steht aber auch für alternative Wohnkonzepte (vgl. Klie 2020, S. 26), da in diesen häufig der Gemeinwohl-Gedanke im Sinne einer geteilten Verantwortung im Mittelpunkt steht. Die Hoffnung auf eine (geschlechter)gerechtere Verteilung von Care wird mit der Idee der „Sorgenden Gemeinschaft“ (vgl. Klie 2014, S. 17) ebenso verbunden wie gemeinschaftlichen Wohnformen das Potenzial zur Kollektivierung von Care zugeschrieben wird (vgl. Leitner et al. 2015; Power/Mee 2020; Dürr

1 Für eine zukunftsfähige Versorgung halten wir geschlechtergerechtes Care für unabdingbar. Was die Begriffe Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung(-spolitik) angeht, orientieren wir uns an den Ausführungen von Irene Pimminger (2014) und verstehen Geschlechtergerechtigkeit in diesem Sinne als die „Freiheit zu unterschiedlichen Seins- und Lebensweisen unabhängig von Geschlecht, die auf Gleichheit in der Verteilung von Ressourcen und Wertschätzung beruht“ (Pimminger 2014, S. 55). Während Geschlechtergerechtigkeit immer ein normatives Ziel darstellt, das sich nicht allein an Zahlen festmachen lässt, kann Gleichstellung als Strategie auf einen rechtlichen Rahmen zurückgreifen und ist – zumindest bis zu einem gewissen Grad – messbar (vgl. Klammer 2019, S. 988 f.). Zugleich besteht dabei auch immer die Gefahr, dass dadurch gesellschaftliche beziehungsweise geschlechtsspezifische Macht-, Hierarchie- und Ungleichheitsverhältnisse nicht in ihrem Kern angegriffen werden, sondern verdeckt bleiben (Cordes 2004; Klammer 2019; Pimminger 2014).

2 In diesem Beitrag verfolgen wir einen engeren Care-Begriff, der sich direkt auf Menschen bezogene Care-Tätigkeiten bezieht, und fokussieren uns auf (informelle) Care-Tätigkeiten, die im privaten Nahraum stattfinden.

3 Mit dem Konzept der Sorgenden Gemeinschaft/Caring Community verbinden sich einerseits Hoffnungen auf eine menschlichere, gerechtere und bedarfsorientiertere Care-Versorgung; andererseits wird es auch sehr kritisch diskutiert, siehe zum Beispiel Haubner (2017), Nadler (2017), Rubin (2018), Hülsken-Giesler/Schnabel (2018), van Dyk (2017). Wir sind uns der Ambivalenz dieses Ansatzes bewusst und versuchen mit der Fokussierung auf den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit einen konstruktiven Beitrag in der Debatte um eine Caring Community zu leisten.

et al. 2021). „Alternative“, „gemeinschaftliche“ Wohnprojekte verstehen wir in einem umfassenden Sinn als Wohnformen⁴, die über die klassische Wohnform der heteronormativen Kleinfamilie hinausgehen.

Nach einem modernisierten Verständnis von Subsidiarität ist in Sorgenden Gemeinschaften – und damit auch bei der Care-Versorgung in neuen Wohnformen – vor allem die Rolle und Mitverantwortung der Kommune zentral (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017). Deshalb gehen wir im Teilprojekt der OTH Regensburg im Forschungsverbund „WellCare – Gutes Leben, gutes Care“⁵ der Frage nach, ob die Interdependenz von Wohnen, Care und Geschlecht auch in der kommunalen Wohnungspolitik relevant ist und als Grundlage kommunaler Wohnungsversorgung dient. So fragen wir, ob und inwiefern „alternative“ Wohnkonzepte im Hinblick auf die (Neu)Organisation von Care für kommunale Akteure in ausgewählten Fallkommunen⁶ im städtischen und ländlichen Raum eine Rolle spielen und vor allem – geraten dabei auch Geschlechterfragen in den Blick? In diesem Beitrag werden wir erste Erkenntnisse zu folgenden Fragen diskutieren: Wie positionieren sich kommunale Akteure zum Ansatz, durch „andere“ Wohnformen Sorgeaufgaben zu kollektivieren und damit auch die Geschlechterverhältnisse neu zu ordnen? Sehen sie darin eine Möglichkeit, Care (geschlechter)gerechter zu organisieren? Spielt die Geschlechterperspektive für kommunale Akteure beim Thema Wohnen eine Rolle? Und wie wird Geschlecht hierbei thematisiert? Diesen Fragen gehen wir anhand von Interviews und Gruppendiskussionen mit Expert*innen aus Politik und Verwaltung, Wohnprojekten, Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften, Wohlfahrtsverbänden und Zivilgesellschaft in den jeweiligen Kommunen nach. Bevor wir erste empirische Erkenntnisse und Interpretationsansätze dazu skizzieren, werden wir zunächst einen Exkurs in die Geschichte des Wohnens machen, um den Zusammenhang zwischen Wohnen, Care und Geschlecht theoretisch zu untermauern.

4 Konkret umfassen diese Wohnformen sowohl Haushalte wie WGs oder Hausprojekte als auch gemeinschaftliches Wohnen in einem Gebäude/-komplex wie in Beginenhöfen oder Generationenprojekten.

5 Das Verbundprojekt besteht aus der OTH Regensburg und der FAM München. Das dieser Veröffentlichung zugrundeliegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 01UG2021B gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen. Die Projektleitung an der OTH Regensburg liegt bei Prof. Dr. Clarissa Rudolph.

6 Mit dem Begriff Kommune beziehen wir uns in diesem Beitrag auf Städte, Gemeinden und Kreise als politische Verwaltungseinheiten. Als kommunale Akteure begreifen wir in der Kommune tätige Akteure aus Politik und Verwaltung, Wohnprojekten, Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften, Wohlfahrtsverbänden und Zivilgesellschaft.

2 Geschichte des Wohnens und seine Interdependenz mit Care und Geschlecht

Wohnen als gesellschaftliche Praxis ist immer auch in zeitliche und kulturelle Kontexte eingebettet und somit historischem Wandel unterworfen: „Jede gesellschaftliche Epoche schafft sich ihre besondere Wohnweise als wechselseitigen Zusammenhang von Lebensweise und Gehäuse“ (Häußermann/Siebel 2000, S. 13). „Wohnen“⁷, wie wir es heutzutage kennen, hat sich als Norm und Normalität erst mit der Entfaltung der bürgerlichen, modernen Gesellschaft entwickelt und ist in ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen verortet: Die mittelalterliche Wohnkultur basierte auf dem „Ganzen Haus“, dem Oikos, in dem (subsistent) gewirtschaftet und gewohnt wurde und in dem über die Familie hinaus auch das Gesinde lebte (vgl. Hannemann 2014, o. S.). Die moderne Wohnform hingegen, die sich als Norm nach Ende des Zweiten Weltkrieges herauskristallisierte, fußt auf einer familienzentrierten Wohnweise mit dem Ideal der Kleinfamilie (vgl. Knabe 2019, S. 639 f.). Die Struktur der Räume ist funktional differenziert: So gibt es Räume des Kochens, der Körperpflege, der Freizeit, des Schlafens etc. Diese moderne Wohnweise zeichnet sich dadurch aus, dass der Ort des Wohnens als Ort der „Nicht-Arbeit“, der Regeneration, der Privatheit und Intimität gilt und unterschieden wird von der Sphäre des Öffentlichen und der (Erwerbs-)Arbeit (vgl. Hannemann 2014, o. S.). Zugleich ist der Ort des Wohnens aber eben doch Ort eines Großteils der Care-Arbeit: So werden beispielsweise 70% der (älteren) Pflegebedürftigen nach wie vor im eigenen Wohnraum, zum Teil von pflegenden Angehörigen, versorgt, von denen wiederum 76,1% weiblich sind (vgl. Beckmann 2016, S. 28), denn Care ist weiblich vergeschlechtlicht.

Betrachtet man also die Geschichte des Wohnens, so zeigt sich, dass diese immer auch eine von Care und Geschlecht ist. Raum, und folglich auch die Praxis des Wohnens, ist geprägt von gesellschaftlichen Macht- und Ungleichheitsverhältnissen (vgl. Manderscheid 2008, S. 168) und damit auch von Geschlecht(-er)verhältnissen, die es in den Blick zu nehmen gilt. So schlagen sich einerseits gesellschaftliche und damit vergeschlechtlichte Normativitäts- und Normalitätsvorstellungen in der Architektur des Wohnens und der Stadtplanung nie-

7 In diesem Beitrag betrachten wir Wohnen als soziale Praxis, die sich durch eine „Verhältnissetzung von spezifischen Lebens/Handlungsweisen über Orte(n)“ (Beck 2021, S. 39) auszeichnet. Die Art und Weise des Wohnens hängt nicht nur von räumlichen Gegebenheiten ab, sondern ist geprägt durch gesellschaftliche Ordnungssysteme und damit nicht nur „Abbild einer Lebensform [...], die sich wiederum in einer Haushaltsform und einer bestimmten Art und Weise, den Lebensalltag zu organisieren, ausdrückt“ (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 2012, S. 15), sondern bewegt sich als soziale Praxis immer zwischen Reproduktion und Transformation, zwischen Routine und Aushandlung und „im Zusammenwirken der sie bedingenden Elemente“ (Beck 2021, S. 49). Damit ist Wohnen auch Gegenstand politischer Gestaltungs- und Steuerungspraktiken, die wir mit Blick auf die Rolle von Care und Geschlecht auf kommunaler Ebene untersuchen.

der, andererseits prägen physische Räume auch soziale Beziehungen als Orte, an denen „Geschlechterbeziehungen ausgehandelt werden“ (Frank 2019, S. 1348). Zudem ist die Praxis des Wohnens von Care-Praktiken durchzogen, die ihrerseits wiederum vergeschlechtlicht sind, denn „Vorstellungen und Praktiken der Fürsorge [stehen] im Kern der Konstruktion von Weiblichkeit in der modernen Geschlechterordnung“ (Speck 2019, S. 35) und basieren auf normativen „Geschlechtscharakteren“ (Hausen 1976). So verläuft die traditionelle Grenzziehung zwischen den (binären, heteronormativen) Geschlechtskonstruktionen entlang der Zuordnung der privaten Sphäre und damit einhergehenden, zugeschriebenen Eigenschaften wie Empathie, Einfühlungsvermögen, Zuwendung oder Emotionalität zur Weiblichkeit; Männlichkeit hingegen wird in Abgrenzung dazu mit der öffentlichen Sphäre und Attribuierungen wie Rationalität, Konkurrenz, Funktionalität und Egoismus in Zusammenhang gebracht (vgl. Reimer/Riegraf 2015, S. 58). Über naturalisierende Zuschreibungen wird eine direkte Verbindung zwischen Weiblichkeit, Wohnen und Care hergestellt, gilt der Ort des Wohnens doch als Ort der Reproduktion, folglich also als Ort der Care-Arbeit⁸: „So wie die reproduktiven Tätigkeiten wie Mütterlichkeit zu ihrer ‚Natur‘ gehören, ist das Haus, die Wohnung der natürliche Ort der Frauen“ (Terlinden 2010, S. 20 f.). In dem gängigen Verständnis von Wohnen als „Nest“ (vgl. Terlinden 2010, S. 18) wird dieses naturalisiert und eng mit der Sozialform der (heteronormativen) Familie als der metaphorischen Keimzelle der Gesellschaft verknüpft (vgl. Terlinden 2010, S. 18). Es besteht ein enger Zuschreibungszusammenhang zwischen Wohnen, Reproduktion beziehungsweise Fürsorge und heteronormativen und hierarchischen Geschlechterverhältnissen. Ohne naturalisierende Weiblichkeitsvorstellungen, die Care nach wie vor zu einem großen Teil als „Arbeit aus Liebe“ (Bock/Duden 1977) deklarieren, wäre Fürsorge, wie sie aktuell gesellschaftlich organisiert ist, nicht denkbar.

Die gesellschaftlichen Vorstellungen über die „männliche“ und „weibliche“ Normalbiografie, die sich am bürgerlichen Kleinfamilienmodell mit männlichem Ernährer und Hausfrau orientiert(e), prägt auch die Architektur des Wohnens: So schlug sich die androzentrische Sicht, in der Wohnen als Ort der Freizeit und Erholung, nicht aber als Ort der Arbeit (vor allem für die dort tätige Hausfrau) galt, in der Gestaltung von Wohnraum und -umgebung nieder (vgl. Dörhöfer 2010, S. 37). Die moderne Wohnarchitektur zeichnete sich seit dem 20. Jahrhundert durch eine funktionale Raumordnung aus, die sich an den alltäglichen, häuslichen Routinen des erwerbstätigen Mannes orientierte (vgl. Terlinden 2010, S. 24). (Wohn-)Räume prägen damit auch Care-Praktiken,

8 Zur Unterscheidung von Care(-Arbeit) als auf den Inhalt lebensnotwendiger, das Leben erhaltende, (Sorge-)Tätigkeiten abzielender Begriff und den Terminus der Reproduktionsarbeit als kapitalismuskritisches Pendant zum Begriff der Lohnarbeit, das auf die ökonomische Bedeutung der Sorgearbeit im Kapitalismus verweist, siehe Winker (2015).

indem bestimmte Tätigkeiten „unsichtbar“ gemacht werden – zum Beispiel in abgeschlossenen kleinen Küchen – andererseits schlagen sich gesellschaftliche Normen bezüglich der Organisation und Wertung von Care-Tätigkeiten in der Struktur der Räume nieder: So wird zum Beispiel nur einer Person – im bürgerlichen kleinfamilialen Ideal, der Hausfrau und Mutter – die Zubereitung der (Familien-)Mahlzeiten zugewiesen, statt dies als kooperative Aufgabe zu sehen. Raum ist damit nicht nur der Container, in dem bestimmte Tätigkeiten ausgeführt werden: Raum ist auch Ermöglicher und Begrenzer von sozialen Interaktionen. Die grundlegende Gestaltung von Wohnraum als an der isoliert von Anderen lebenden Kleinfamilie steht der Kollektivierung von Sorgetätigkeiten jenseits dieser Kleinfamilie zunächst einmal im Wege: In den üblichen Miethäusern oder in „Einfamilienhäusern“ gibt es keine bis kaum gemeinschaftliche Funktionsräume und nur wenige Räume für Begegnung. Doch Gemeinschaft ist die Voraussetzung für geteilte (Sorge-)Verantwortung (vgl. Klie 2014, S. 15).

Wie deutlich wurde, beziehen sich Wohnen, Care und Geschlecht also reziprok aufeinander: Raum prägt Care und Geschlechterbilder sowie -verhältnisse ebenso wie Vorstellungen über diese sich in der Architektur des Raumes und der Praxis des Wohnens niederschlagen. Eine Möglichkeit, diese vergeschlechtlichten Zuschreibungen aufzubrechen und mehr Gerechtigkeit in Care- und Geschlechterverhältnissen durchzusetzen, könnte also in der Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Wohnen und – wie wir im Folgenden zeigen werden – speziell mit neuen gemeinschaftlichen Wohnformen als Möglichkeit zur Re-Organisation von Care liegen.

3 Alternative Wohnformen als Möglichkeit zur Re-Organisation von Care?

Die Idee, über Wohnpraxis⁹ und -architektur die Organisation von Care und damit auch die Geschlechterverhältnisse zu verändern, ist nicht neu, wie ein Blick in die Geschichte der Frauenbewegung zeigt. Das Reformmodell der sogenannten „Einküchenhäuser“ von Lily Braun um 1900 (vgl. Schmidt-Waldherr 1999, o. S.), in denen Küchenarbeit und Kinderbetreuung genossenschaftlich organisiert

9 Konkrete Beispiele für Wohn- und Care-Praxis auf Mikro-Ebene in neuen Wohnformen lassen sich bei Eck/Roller in diesem Sammelband finden.

werden sollten, ist wohl eines der prominentesten Beispiele in Europa.¹⁰ Ab den 1970er Jahren richtete sich die feministische Kritik über die jeweilige Wohnweise hinausgehend verstärkt auch auf die Raum- und Stadtplanung, die auf einer Funktionstrennung von „Wohnen“, „Arbeiten“, „Erholung“ und „Verkehr“ basierte und oftmals noch immer basiert, ohne zu berücksichtigen, dass „Wohnen“ wie beschrieben – vor allem für Frauen – auch Arbeit bedeutet, da dort Care-Tätigkeiten stattfinden (vgl. Becker 2004, S. 654; siehe zudem Hausen 1976; Reuschke 2010; Strüver 2020).¹¹ Damit ist es laut Becker wenig verwunderlich, dass unter den Interessent*innen für neue Wohnformen oftmals mehr Frauen als Männer sind. In der Emanzipationsgeschichte haben Frauen „[...] in verschiedenen Epochen unterschiedliche Alternativen zu den jeweils herrschenden Wohnformen entwickelt [...], die ihnen mehr Unabhängigkeit und Selbstbestimmung ermöglichen“ (Becker 2009, S. 12). So kann das Wohnen ohne Mann – wenn auch teilweise als sich zufällig ergebende Wohnform – als (individuelle) Befreiung aus patriarchalen Wohn- und Versorgungsverhältnissen verstanden werden. Die Beginenhöfe, die vor allem Anfang der 2000er Jahre einen Aufschwung erlebten (vgl. Fedrowitz 2016, S. 10) und an die mittelalterliche Form des Wohnens von Frauen anknüpften, legen davon Zeugnis ab. Darüber hinaus verstanden sich die Frauenwohnprojekte der 1970er/80er Jahre oft als ein Versuch der Politisierung des Privaten, indem sie (privates) Wohnen mit öffentlichen Räumen für politisches und kulturelles Engagement verbanden (vgl. Becker 2009, 21 f.).

Mit der Pluralisierung der Lebensstile, insbesondere seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, ging auch eine Diversifizierung der Wohnweisen – nicht nur für Frauen – einher: ausgehend von emanzipatorischen, politischen Ansätzen seit den 1960er und 80er Jahren erproben „alternative“, „neue“ oder „gemeinschaftliche“ Wohnformen neue Formen des gemeinschaftlichen Lebens und Wohnens (vgl. Fedrowitz 2016, S. 10). Die unterschiedlichen Ausprägungen dieser Wohnformen lassen sich nur schwer systematisieren und folgen verschiedenen Kombinationen und Ausgestaltungen an Eigentumsverhältnissen, Organisation von Partizipationsformen, Raumaufteilung, dem Austarieren von Privatsphäre versus Gemeinschaftlichkeit, der Offenheit zur Nachbarschaft, weltanschaulicher und/oder politischer Ausrichtung und vieles mehr. Gemein-

10 Ein anderes Beispiel der Kollektivierung von Haushaltstätigkeiten über architektonische und stadtplanerische Gestaltung ist die Stadt Llano del Rio der Architektin, Feministin und Sozialistin Alice Constance Austin von 1914 in der Wüste Kaliforniens, in der Häuser ohne Küchen gebaut wurden. Verschiedene Ansätze dieser „cooperative housekeeping“-Bewegung waren jedoch nicht nur sozialistisch motiviert, sondern hatten ihren Ursprung in anderen Modellen, Motiven und Zielen zum Teil auch aus dem religiös-konservativ-bürgerlichen Lager (siehe hierzu Businger 2010).

11 Trotzdem ist das Thema Wohnen in feministischen Kreisen im Kontext von Gleichstellungsfragen eher weniger relevant, vor allem im Vergleich zu Diskussionen um die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt (vgl. Becker 2009, S. 15).

schaftliche oder alternative Wohnformen sind geprägt durch über die Kleinfamilie hinausgehende Formen des Zusammenlebens, in denen eine freiwillige und intentionale Gemeinschaftsbildung der Wohn- und Lebensformen sowie Solidaritätsbeziehungen stattfinden. Damit können diese Wohn- und Lebensformen – unter Umständen – eine Kollektivierung von Care ermöglichen. Häufig liegt die Motivation für neue Wohnformen im „Wunsch nach einer weniger belastenden respektive einer geteilten Form der Haushaltsführung und der Kindererziehung“ (Schmid 2019, S. 20). Auch wenn der Idealtypus des individuellen, kleinfamilienbasierten Wohnens heute immer noch als Norm gilt, lässt sich doch zunehmend eine Tendenz zur Vergemeinschaftung von Ressourcen – auch von Wohnraum – und ein gesteigertes Interesse an kollektiven (Wohn-)Modellen feststellen (vgl. Knabe 2019, S. 641). Die wachsende Bedeutung von alternativen Wohnformen ist demnach Ausdruck von und Antwort auf gesellschaftliche Verhältnisse und inzwischen auch auf politischer Ebene sichtbar. So werden vor dem Hintergrund der allgemein attestierten Care-Krise neue Wohnformen als eine Lösung diskutiert: Im Bundesmodellprogramm „Gemeinschaftlich wohnen, selbstbestimmt leben“ wurde beispielsweise die Sicherung der Selbstständigkeit und Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben auch im Fall von Pflegebedürftigkeit oder bei Unterstützungsbedarf, wie etwa bei Behinderung oder im hohen Alter, fokussiert (vgl. Reimer/Röder/Kaiser 2020, S. 6). Es scheint sich also bereits ein Paradigmenwechsel im Zusammenleben und Füreinander-Sorgen anzudeuten: „Die Schnittstelle zwischen Gemeinschaft und Individuum wird derzeit neu verhandelt, und zwar auf politischer, sozialer, ökonomischer und räumlicher Ebene. Alternative Modelle des Zusammenlebens durch integrierte Raumsysteme und nutzergetragene Nachbarschaften werden zukünftig an Bedeutung gewinnen [...]“ (Finkenberger/Schlaich 2014, o. S.).

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wandeln sich gemeinschaftliche Wohnprojekte „zunehmend vom Nischenprodukt zum anerkannten Segment des Wohnungsmarktes“ (Berding/Klehn 2020, S. 141) und werden von vielen Kommunen unterstützt, zum Beispiel durch Beratungsangebote oder die Grundstücksausschreibung speziell für zivilgesellschaftliche Wohnprojektinitiativen (vgl. ebd.). Gerade auch im Kontext von Debatten um Caring Communities erscheinen gemeinschaftliche Wohnprojekte als vielversprechende „Kristallisationspunkte für mehr“ (Berding/Klehn 2020, S. 141) – für mehr Zusammenhalt und Solidarität in der Nachbarschaft, für lebendigere Quartiere.

Wie oben bereits skizziert, verbindet sich mit der Idee, in gemeinschaftlichen Wohnformen und sorgenden Gemeinschaften Sorgearbeit zu kollektivieren, auch die Chance zu einer faireren Verteilung von Fürsorgeaufgaben jenseits kleinfamilialer Strukturen und damit auch zu einer geschlechtergerechteren Fürsorge. Reagierend auf veränderte Geschlechterverhältnisse, Familienmodelle und Arbeitsformen und damit verbundenen wachsenden Care-Bedarfen könnten neue Wohnformen eine Möglichkeit bieten, durch Kollektivierung von

informellem und privatem Care einen Schritt in Richtung Geschlechtergerechtigkeit zu gehen.

4 Die kommunale Rolle im Feld Wohnen, Care und Geschlecht

In unserem Forschungsprojekt betrachten wir die politische Ebene der Kommunen, da diese dem Subsidiaritätsprinzip nach als niedrigste Einheit am nächsten an den Bürger*innen und ihren Sozialräumen sind. Im Bereich der Wohnungspolitik hat sich der Stellenwert und die Verantwortung seit der Föderalismusreform 2006 auf die Länder und damit auf die Kommunen immer weiter verstärkt, sodass Schönig et al. von einer „Kommunalisierung der Wohnungspolitik“ (Schönig et al. 2017, S. 34) sprechen. Die Thematik von Wohnen und Geschlecht etwa im Rahmen des Gender Mainstreamings im Städtebau und der Stadtentwicklung scheint einerseits ein bereits strategisch entwickeltes Verfahren zu sein, andererseits wird ihm aber in vielen Kommunen eine nachrangige Bedeutung zuteil. Es scheitert an Herausforderungen und Stolperfallen wie einer ressortübergreifenden Bearbeitung (vgl. Bauer/Frölich v. Bodelschwingh 2017, S. 70). Des Weiteren lassen sich auch im Bereich der Sozialpolitik seit längerem Dezentralisierungs- und Kommunalisierungsprozesse feststellen (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2010, S. 26 ff.), wodurch sich die Steuerungsverantwortung letztendlich auf die kommunalpolitische Ebene verschiebt. Auf dieser Ebene lassen sich aus politikwissenschaftlicher Governance-Perspektive insbesondere folgende kollektive, kommunale Akteure identifizieren, die sich mit Wohnen, Care und Geschlecht befassen: Politik (Stadtparlamente, Bürgermeister*innen, Parteien), Kommunalverwaltung (insbesondere Wohn- und Sozialverwaltung, Gleichstellung), Wohnprojekte (Organisator*innen und Bewohner*innen), Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften sowie Wohlfahrtsverbände und zivilgesellschaftliche Akteure, die sich vor allem im Feld von Care/Pflege positionieren beziehungsweise Wohnprojekte umsetzen.

Die Rolle der Kommune als Akteurin im Feld des Dreiklangs von Wohnen, Care und Geschlecht wird nun anhand folgender Fragen untersucht: Wie sehen die kommunalen Akteure die Interdependenz von Wohnen, Care und Geschlecht? Wie positionieren sie sich zur These Care- und Geschlechterverhältnisse über Wohnformen neu zu organisieren?

5 Erste empirische Ergebnisse

Im Folgenden werden erste empirische Erkenntnisse im Feld Wohnen – Care – Geschlecht aus Interviews und Gruppendiskussionen mit kommunalen Akteuren hinsichtlich oben genannter Fragestellungen analysiert¹². Wir fokussieren uns in diesem Beitrag auf die Thematisierung von Geschlecht im Zusammenhang mit Wohnen und Care. Zunächst stellen wir die Reaktionen der befragten Expert*innen auf unsere Ausgangshypothese dar. Die Legitimierungsstrategien für diese Reaktionen werden in einem zweiten Schritt analysiert und als Ausdruck von rhetorischer Modernisierung, einem Verschieben anderer Ungleichheitsdimensionen, eines Theorie-Praxis-Gaps und einer Ressortlogik interpretiert.

5.1 Wahrnehmung der Interdependenz von Wohnen, Care, Geschlecht durch kommunale Akteure

Obwohl die Interdependenz zwischen Wohnform, der Organisation von Care-Aufgaben und damit wiederum den Geschlechterverhältnissen, wie gezeigt, theoretisch gut begründbar ist, scheint es sich in der Praxis um einen „weißen Fleck“ zu handeln, den die von uns befragten Personen – sowohl aus Politik, Verwaltung als auch aus Wohnungswirtschaft und Zivilgesellschaft – nicht oder nur punktuell „auf dem Schirm“ hatten. So stößt unsere Frage, ob sie einen Zusammenhang zwischen Wohnen, Care und Geschlecht sehen, und ob dieser Dreiklang eine Rolle in ihrer Arbeit spielt, zumeist auf Unverständnis und Irritation. Es handelt sich offensichtlich um ein Thema, über das sich die kommunalen Akteure zum Großteil „noch nie Gedanken gemacht“ (Interview 348495, Expert*in Wohnungsgesellschaft) und womit sie sich „noch nicht intensiv auseinandergesetzt“ (Interview 244764, Expert*in Zivilgesellschaft) haben. Es wird mit Rückfragen wie „Würden Sie der Frage nochmal irgendwie eine Richtung geben?“ (Interview 826852, Expert*in Zivilgesellschaft), längerem Nachdenken und offener Reflexion reagiert. Insbesondere der Brückenschlag zum Thema Geschlechterverhältnisse und Geschlechtergerechtigkeit, mit welchem wir uns in diesem Beitrag fokussiert beschäftigen, erscheint vielen Akteuren nicht sehr naheliegend:

12 Im Rahmen des Projektes haben wir bisher über 30 Expert*innen-Interviews sowie zwei Gruppendiskussionen mit den genannten Akteursgruppen durchgeführt. Die Fallstudien fanden in Dresden (Großstadt, Ostdeutschland) sowie im Landkreis Unna (ländlicher Raum, Westdeutschland) statt. Da die Datenerhebung zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Beitrags erst zum Teil abgeschlossen war, werden nachfolgend erste empirische Erkenntnisse skizziert, die noch keine abschließende Analyse darstellen können. 2022 werden wir eine weitere Gruppendiskussion in einer dritten Fallstudie durchführen. Wir danken den Befragten herzlich für ihre Bereitschaft, Auskunft zu geben und unser Forschungsanliegen zu unterstützen.

Habe ich mir noch keine Gedanken darüber gemacht, [...] aber was macht ein Haus speziell für Männer oder Frauen? [...]. (Interview 348495, Expert*in Wohnungsgesellschaft)

Zugleich kann auch zögerliche Zustimmung und Offenheit bezüglich eines Zusammenhangs mit Geschlechterverhältnissen rekonstruiert werden. Hier folgt die Argumentation der Begründung, dass das Zusammenleben mit anderen Menschen in neuen Wohnformen und die Auseinandersetzung mit verschiedenen Lebensformen einen „Resonanzraum“ (Gruppendiskussion 2, Expert*in Wohnprojekt) eröffnen könne. Wie in Kapitel drei beschrieben, sind mit herkömmlichen Wohnformen einhergehende Geschlechterverhältnisse und die damit zusammenhängende Care-Verantwortung für Frauen oft eine zentrale Motivation, eine neue Wohnform ins Auge zu fassen und damit etwas an ihrer aktuellen Lebens- und Care-Situation zu verändern. Das lässt sich auch in unseren Interviews nachvollziehen:

Aber trotzdem gibt es überhaupt erst mal in unserer Gruppe die Möglichkeit, patriarchale Muster überhaupt zu reflektieren. Und in wie vielen Kleinfamilien gibt es denn diese Möglichkeiten [...] über Machtverhältnisse, über das Patriarchat [zu debattieren]. Und ich glaube, ja, dass so eine Gemeinschaft ja auch erst mal so ein Resonanzraum ist, in dem es Frauen beispielsweise gibt, die auch sagen können, hier, das Verhalten war nicht gut oder, ne, die Aufgabenteilung ist jetzt nicht gut. Und das ist ja ein viel größerer Resonanzraum als eine kleine Familie. (Gruppendiskussion 2, Expert*in Wohnprojekt)

Gleichzeitig wird unserer Ausgangshypothese aber auch skeptisch gegenüber getreten mit der Begründung, dass in neue Wohnformen immer auch die bestehende Sozialisation hineingetragen werde und sich in diesen deshalb nicht per se etwas an den Geschlechterverhältnissen ändern würde:

Und deswegen glaube ich, dass die alternative Wohnform, selbst wenn fünf oder zehn Prozent [...] so leben [würden] [...]. Dann trägt man ja da auch wieder die Sozialisation rein. Da sind ja auch wieder eher, dass Männer dann eher was bestimmen und sich da Geschlechterrollen dann ja auch manifestieren. Also das wird ja nicht aufgelöst. Also eine Geschlechtergerechtigkeit wird damit nicht sozusagen auf den Weg gebracht. (Interview 479446, Expert*in Zivilgesellschaft)

Insgesamt können wir feststellen, dass die Irritation über unsere Forschungshypothese und den Forschungsansatz überwiegt. Jenseits dessen, dass es auch immer wieder notwendig ist, die eigenen Hypothesen kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls zu modifizieren oder auch zu verwerfen, kann dieser Befund auch gut mit Erkenntnissen aus der Geschlechterforschung analysiert und interpretiert werden. Gleichwohl begreifen wir die Irritationen auch als Auftrag an

unsere weitere Arbeit im Projekt, das eigene Konzept und theoretische Gerüst weiterzuentwickeln.

5.2 Interpretation der empirischen Befunde

Die Schwierigkeit der Akteure, Wohnen, Care und Geschlecht zusammenzudenken, kann mit verschiedenen Interpretationsansätzen analysiert und diskutiert werden. Dass kein Zusammenhang mit Geschlecht gesehen wird, lässt sich unter anderem als Ausdruck rhetorischer Modernisierung sehen und interpretieren. Mit dem Begriff beschreibt die Soziologin und Geschlechterforscherin Angelika Wetterer die Entwicklung einer Kluft zwischen den kulturellen Deutungsmustern, Geschlechterdiskursen und Selbstkonzepten einerseits, die geschlechtshierarchische Asymmetrien begründungsdürftig machen (vgl. Wetterer 2003, S. 289), und dem Fortbestehen geschlechtshierarchischer Ungleichheiten andererseits. Während sich das Alltagswissen an Egalität, Gleichheit und Partnerschaftlichkeit orientiert, sind die Individuen weiterhin in strukturelle Ungleichheitsverhältnisse eingebunden. Diese werden jedoch von der Rhetorik einer längst erreichten Gleichstellung der Geschlechter verdeckt. In unseren Interviews wird das zum Beispiel folgendermaßen sichtbar:

[Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung] [...] haben wir schon immer gelebt. [...] das sind Dinge, die bei uns nicht besonders diskutiert werden. [...]. Der Respekt ist für jeden da. Und das haben wir auch immer gelebt und das leben wir auch vor als Mitarbeiter und das erwarten wir auch von jedem. Also darauf muss man bei uns nicht separat eingehen oder das ist keine Diskussion wert, na. (Interview 463877, Expert*in Wohnungsgenossenschaft)

Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung werden hier als gelebte Selbstverständlichkeit dargestellt, über die man nicht sprechen muss. Bestehende, in der Praxis wirksam werdende Ungleichheitsverhältnisse werden nicht gesehen beziehungsweise aufgrund der angenommenen Gleichbehandlung sind diese nicht thematisierbar. Mit der rhetorischen Modernisierung geht damit das Schweigen über bestehende Ungleichheitsverhältnisse einher: Sie funktioniert in diesem Sinne gewissermaßen „als Regulativ des Redens, das die thematisierbaren von den nicht oder nur auf Umwegen thematisierbaren Beständen des alltagsweltlichen Geschlechterwissen trennt“ (Klinger 2014, S. 335).

Gemäß der Egalitäts- und Individualitätsprämisse wird eigene Verantwortung und Wahlfreiheit bei der Übernahme von Care-Aufgaben in der Haushaltsführung, also zum Beispiel abzuspülen und zu putzen, betont. Diese werden nicht als Produkt „weiblicher/männlicher“ Sozialisation und auf verge-

schlechtlichem Wissen beruhendem Alltagshandeln gesehen, sondern als individualisierte Entscheidungsmöglichkeit dargestellt:

Es gibt eher so persönliche Präferenzen von Menschen. Und es gibt auch einfach nur, manchmal ist es einfach nur unordentlich. Die Person ist halt, egal ob die männlich oder weiblich ist, ist einfach nur, die fühlt sich halt mit einem anderen Drecklevel wohl. (Interview 546482, Expert*in Wohnprojekt/Zivilgesellschaft)

Diese Individualisierung führt zu einer De-Thematisierung von Geschlecht und damit zu einer Verdeckung bestehender struktureller, vergeschlechtlicher Ungleichheiten und Arbeitsteilung und lässt vergeschlechtlichte Entscheidungen und Handeln als persönliche Präferenzen erscheinen. Dies „nährt auch immer neu die Illusion, wir seien eigentlich schon weiter als wir sind“ (Wetterer 2003, S. 315).

Geschlecht als Ungleichheitskategorie wird zudem auch durch den Verweis auf andere Differenzkategorien relativiert: So werden zwar andere strukturelle Marginalisierungs- und Diskriminierungsdimensionen, wie zum Beispiel Einkommen oder Alter, im Zusammenhang mit Wohnen thematisiert – Geschlecht wird interessanterweise jedoch nicht als eine solche Dimension gesehen und bleibt somit weiterhin unsichtbar. Damit wird es auch aus dem eigenen Einfluss- und damit Verantwortungsbereich geschoben:

Also eine Kommune unterscheidet ja erst mal nicht zwischen Mann und Frau, sondern die Angebote, die wir gemacht haben [...], die beziehen sich auf beide Geschlechter, auf Menschen mit niedrigem Einkommen, insbesondere auch Menschen mit mittlerem Einkommen, auf Männer und Frauen, auf Alte, auf Junge, insofern ja auch das Thema Generationenwohnen. Deswegen komme ich also mit diesem Begriff geschlechtergerechtes Sorgen in Bezug auf das Wohnen nicht ganz klar. Das sind ja alles Angebote, die gemacht werden, die angenommen werden können oder auch nicht. Und insofern haben wir, glaube ich, wenig Einfluss darauf. (Gruppendiskussion 1, Expert*in Verwaltung)

Aus Sicht dieser*s Diskussionsteilnehmerin*s, aber auch einiger anderer, besteht die Aufgabe von kommunaler Wohnungspolitik darin, Wohnangebote zu schaffen. Hierbei werden zwar unterschiedliche Ungleichheitsdimensionen thematisiert und anvisiert, aber nicht in ihrer Verwobenheit mit Geschlecht wahrgenommen. Indem andere Ungleichheitsdimensionen vorgeschoben werden, verschwindet Geschlecht gerade auch in seinem strukturellen Zusammenhang mit weiteren Diskriminierungsdimensionen aus der Debatte.

Hervorzuheben ist damit, dass es im kommunalen Diskurs zwar Ansätze der Thematisierung von Ungleichheitsdimensionen gibt – jedoch werden diese nicht ausreichend in einer intersektionalen Perspektive miteinander verknüpft, sondern stehen unverbunden nebeneinander. Der Verweis auf andere margi-

nalisierte Gruppen integriert hier nicht – wie in einem intersektionalen Ansatz (vgl. Winker/Degele 2007) – unterschiedliche Diskriminierungsdimensionen in einer macht- und herrschaftskritischen Perspektive miteinander, sondern hat den gegenteiligen Effekt: Das reine Aufzählen führt zu einer Distanzierung von Geschlecht als einer relevanten Ungleichheitskategorie. Vergeschlechtlichte Macht- und Herrschaftsverhältnisse werden somit verdeckt. Dies führt bei den von uns Befragten zu Unverständnis bezüglich der Thematisierung von Geschlecht im Care-Wohnen-Feld als auch zu fehlendem kommunalem Handeln:

Und die Bedürfnisse an Wohnen, die sind auch aus unserer Sicht nicht überwiegend geschlechtsspezifisch orientiert. [...] Und wer finanziell etwas bessergestellt ist, der hat Zugang zu modernerem und neuerem Wohnraum. [...] Und das hat auch nichts Geschlechterspezifisches mehr aus unserer Sicht. (Gruppendiskussion 1, Expert*in Zivilgesellschaft)

Somit bleibt beispielsweise der Zusammenhang von Geschlecht und Armut, die wesentlich häufiger Frauen betrifft, weiterhin unsichtbar. Dieser Brückenschlag wäre jedoch gerade auch über die Integration einer Care-Perspektive möglich, sind doch vor allem Frauen durch die Übernahme von privater, unbezahlter Sorge-Verantwortung und dadurch unterbrochenen Erwerbsbiografien einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt (vgl. Dackweiler/Rau/Schäfer 2020, S. 10 f.).

Zudem ist ein Theorie-Praxis-Gap zu beobachten: Selbst, wenn ein Zusammenhang zwischen Geschlecht, Care und Wohnformen gesehen wurde, zeigt sich eine Kluft zwischen theoretischem Wissen und praktischen Angriffspunkten, diese vergeschlechtlichen Strukturen und Verhaltensweisen zu verändern.

Und da gibt es auf jeden Fall eine sehr eindeutige Tendenz [bei der Arbeitsteilung] und da sind wir auch gerade eigentlich sehr dabei, zu versuchen das aufzubrechen [...] Aber ich würde trotzdem sagen, dass [...] wie so oft bei so geschlechtlicher Zurichtung, oft auch ein Problembewusstsein nicht zwangsläufig dazu führt, dass es aufgebrochen wird, sondern dass das irgendwie sehr viel aktives daran Arbeiten bedarf. (Interview 468752, Expert*in Wohnprojekt)

Dies betrifft nicht nur den Alltag in Wohnprojekten, sondern auch die Kommunalpolitik und -verwaltung: So ist die Vergeschlechtlichung von Care und deren strukturelle Folgen zwar im öffentlichen Diskurs angekommen, aber es gibt kaum Lösungsansätze oder Ideen im Handeln der Akteure. Es ist schon fast common sense, dass „Wir [...] kein Erkenntnisproblem [haben], wir haben ein Umsetzungsproblem“ (Meier-Gräwe 2020, o. S.).

Die Irritation und das bisher fehlende Zusammendenken des Dreiklangs scheint darüber hinaus mit der Organisation der Verwaltungsstrukturen, wel-

che einer gewissen „Ressortlogik“ unterliegen, verknüpft zu sein. Dass ressortübergreifendes Handeln und Denken zwar „in aller Munde“, aber oftmals noch immer eher die Ausnahme denn die Regel ist, ist in vielen Kommunen der Fall (vgl. Bauer/Frölich v. Bodelschwingh 2017, S. 70). Damit spielt auch in den von uns befragten Kommunen die Integration von Geschlecht in das Themenfeld Wohnen nur eine untergeordnete Rolle im Alltag des kommunalen Handelns. Dies zeigt sich auch durch die Zuweisung von Gleichstellungsfragen zentral an eine Person: die Gleichstellungs-/Frauenbeauftragte, die dann aber nicht oder nur teilweise in wohnungspolitische Prozesse wie etwa der Erarbeitung wohnungspolitischer Instrumente oder bei Wohnprojekten eingebunden ist. Umgekehrt sehen sich dann zum Beispiel wohnungspolitische Akteure nicht unbedingt in der Verantwortung, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen: „Ich bin jetzt nicht die Gleichstellungsbeauftragte. Also in meinem Geschäftsbereich nicht zentral.“ (Interview 672658, Expert*in Politik)

Auf der einen Seite ist Gleichstellung also eine Querschnittsaufgabe, in der Wohnen (bisher) kein systematisch verankerter Gegenstand gleichstellungspolitischer Maßnahmen ist, sondern auf (persönliches) Interesse an einzelnen Themenfeldern angewiesen ist. Dies deckt sich mit der Feststellung von Ruth Becker (2009), dass Wohnen wenig Beachtung in feministischen Kreisen erhält. Auf der anderen Seite zeigt sich hier, was in der Literatur zu gleichstellungspolitischen Strategien diskutiert – und kritisiert – wird: Dass nämlich die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit zwar als Gemeinschaftsaufgabe postuliert ist, letzten Endes die Verantwortung dann doch der Gleichstellungs-/Frauenbeauftragten zugewiesen wird (vgl. Cordes 2004; Klammer 2019).

6 Fazit

Als Beispiel einer Caring Community könnten neue Wohnformen einen Beitrag zu alternativen Wegen „sorgenden Versorgens“ (Knobloch 2019) leisten. Da ein Großteil der erbrachten Sorgearbeit in stark vergeschlechtlichter Arbeitsteilung im sozialen Nahraum stattfindet, ist hierbei Wohnen als soziale Praxis eng verwoben mit der Organisation von Care sowie mit Geschlechterverhältnissen. Daraus folgern wir, dass die Interdependenz von Wohnen, Care und Geschlecht auf kommunaler Ebene im Sinne eines modernisierten Subsidiaritätsverständnisses stärker in den Fokus genommen werden sollte. Aus den bisherigen Ergebnissen im Rahmen unserer untersuchten Fallkommunen im Forschungsprojekt konnten wir jedoch feststellen, dass Wohnen, Care und Geschlecht(-erhältnisse) in ihren Wechselwirkungen kaum zusammengedacht werden, geschweige denn, dass es eine explizite Fragestellung für Kommunalverwaltung, -politik und Wohnungswirtschaft und nur zum Teil bei Wohnprojekt(initiativ)en ist.

Mithilfe verschiedener Interpretationsansätze wie der rhetorischen Modernisierung, einem Verschieben anderer Ungleichheitsdimensionen, der Feststellung eines Theorie-Praxis-Gaps im Erkennen und Handeln der Akteure sowie einer gewissen Ressortlogik in der Kommunalverwaltung konnten wir die Unsichtbarkeit von Geschlecht als De-Thematisierungsprozess interpretieren. Dadurch werden bestehende Geschlechterungleichheiten verdeckt. Auf dem Weg zu geschlechtergerechten Sorgestrukturen muss Geschlecht, seine Verstrickungen und Auswirkungen in Care- und Wohn-Diskursen und -praktiken für kommunalpolitisches Handeln sichtbar(-er) gemacht werden. Dazu braucht es einen öffentlichen Diskurs, in dem Wissenschaft und (kommunalpolitische) Praxis ineinandergreifen. In unserem Forschungsprojekt ist dies durch die Rückkoppelung unserer Ergebnisse in die Fallkommunen vorgesehen. Damit wollen wir alle relevanten Akteure für die Geschlechter- und Care-Dimension im Bereich Wohnen sensibilisieren. Zugleich wollen wir somit eine Vernetzung und einen Austausch der jeweils spezifischen Blickwinkel der Akteure aus den Bereichen Care, Geschlecht und Wohnen anregen.

Um Care, Wohnen und Geschlecht(-ergerechtigkeit) zusammenzudenken, gilt jedoch grundsätzlich die Erkenntnis: Die Thematisierung von Geschlecht bedeutet nicht per se auch eine kritische Reflexion von Geschlechterkonstruktionen und führt erst recht nicht automatisch zu einer Änderung des Alltagshandelns. So muss das Fortbestehen von Geschlechterbildern, -rollen und damit einhergehenden gesellschaftlichen Wertigkeiten und strukturellen Ungleichheiten aufgezeigt werden, ebenso wie die soziale Konstruiertheit – und damit potenzielle Gestaltbarkeit – einer solchen Gesellschaftsordnung. Dazu möchten wir einen Beitrag leisten sowie eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema geschlechtergerechter Sorge in und durch gemeinschaftliche Wohnformen anregen.

Literatur

- Bauer, Uta/Frölich v. Bodelschwingh, Franciska (2017): 30 Jahre Gender in der Stadt- und Regionalentwicklung. Erfahrungen und Perspektiven. Berlin: Deutsches Institut für Germanistik.
- Beck, Sylvia (2021): Wohnen als sozialräumliche Praxis. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Becker, Ruth (2004): Raum: Feministische Kritik an Stadt und Raum. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate/Budrich, Barbara/Lenz, Ilse (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 652–664.
- Becker, Ruth (2009): Frauenwohnprojekte – keine Utopie! Ein Leitfaden zur Entwicklung autonomer Frauen(wohn)räume mit einer Dokumentation realisierter Projekte in Deutschland Nr. 3, H. 3. Fachgebiet Frauenforschung und Wohnungswesen in der Raumplanung, Fakultät Raumplanung. Dortmund: Technische Universität Dortmund.

- Beckmann, Sabine (2016): *Sorgearbeit (Care) und Gender: Expertise zum Siebten Altenbericht der Bundesregierung*. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- Berding, Ulrich/Klehn, Kirsten (2020): Wohnprojekte als Kristallisationspunkt für „mehr“? Zivilgesellschaftliche Initiativen im Wohnbereich und ihre Bezüge zum Quartier – eine erste Erkundung. In: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung – Zeitschrift des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.* 3, S. 141–144.
- Bock, Gisela/Duden, Barbara (1977): *Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus*. In: *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen*, Juli 1976. 2. Auflage. Berlin: Courage-Verlag. S. 118–199.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): *Sorge und Mitverantwortung in der Kommunen. Erkenntnisse und Empfehlungen des Siebten Altenberichts*. Berlin.
- Businger, Susanne (2010): „Cooperative Housekeeping“: feministische Debatten zur Vergemeinschaftung der Hausarbeit um 1900 in den USA. In: *Traverse: Zeitschrift für Geschichte* 17, S. 140–152.
- Cordes, Mechthild (2004): Gleichstellungspolitiken: Von der Frauenförderung zum Gender Mainstreaming. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 712–720.
- Dackweiler, Regine-Maria/Rau, Alexandra/Schäfer, Reinhild (Hrsg.) (2020): *Frauen und Armut – Feministische Perspektiven*. Opladen: Barbara Budrich.
- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.) (2010): *Regiert das Lokale das Soziale? Die Kommunalisierung und Dezentralisierung sozialer Dienste als sozialpolitische Reformstrategie*. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.
- Dörhöfer, Kerstin (2010): Ein Dach über dem Kopf? Oder was ist Wohnen. In: Reuschke, Darja (Hrsg.): *Wohnen und Gender. Theoretische, politische, soziale und räumliche Aspekte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 27–46.
- Dürr, Susanne/Kuhn, Gerd/Abraham, Nanni/Heitkötter, Martina/Lien, Shih-Cheng (2021): *Familien in gemeinschaftlichen Wohnformen*. Unter Mitarbeit von Alexander Jungmann. Hrsg. v. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Bonn: BBSR-Online-Publikation, 05/2021.
- Fedrowitz, Micha (2016): Gemeinschaftliches Wohnen – Stand und Entwicklung in Deutschland. In: *Wohnprojekte – Von der Nische zum Trend? Nachrichten der ARL*, H. 01, S. 9–12.
- Finkenberger, Isabel/Schlaich, Christoph (2014): Mehr als Wohnen. Vom Leben in integrierten Nachbarschaften. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 64, H. 20–21, S. 46–52.
- Frank, Susanne (2019): Stadt-, Raum- und Geschlechterforschung: Theoretische Konzepte und empirische Befunde. In: Kortendiek, Beate/Riegraf, Birgit/Sabisch, Katja (Hrsg.): *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 1347–1357.
- Hannemann, Christine (2014): Zum Wandel des Wohnens. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 64, H. 20–21, S. 36–43.
- Haubner, Tine (2017): *Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft. Laienpflege in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus.
- Hausen, Karin (1976): Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Conze, Werner (Hrsg.): *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas*. 1. Auflage. Stuttgart: Klett. S. 363–393.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2000): *Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens*. 2., korrigierte Auflage. Weinheim: Juventa-Verlag.
- Hülken-Giesler, Manfred/Schnabel, Manfred (2018): Das Konzept der Sorgenden Gemeinschaften in pflegewissenschaftlicher Perspektive. In: *Pflege & Gesellschaft*, H. 01, S. 84–88.

- Klammer, Ute (2019): Gleichstellungspolitik: wo Geschlechterforschung ihre praktische Umsetzung erfährt. In: Kortendiek, Beate/Riegraf, Birgit/Sabisch, Katja (Hrsg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung, Bd. 65. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 983–992.
- Klein, Ludger (2014): „Sorgende Gemeinschaften“ – Erforderliche Aspekte für eine Operationalisierung. In: Klein, Ludger/Weigel, Hans-Georg (Hrsg.): Sorgende Gemeinschaften – vom Leitbild zu Handlungsansätzen. Dokumentation. Frankfurt am Main: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. S. 24–33.
- Klie, Thomas (2014): Caring Community – leitbildfähiger Begriff für eine generationenübergreifende Sorgeskultur? In: Klein, Ludger/Weigel, Hans-Georg (Hrsg.): Sorgende Gemeinschaften – vom Leitbild zu Handlungsansätzen. Dokumentation. Frankfurt am Main: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. S. 10–23.
- Klie, Thomas (2020): Caring Community. Beliebiger Dachbegriff oder tragfähiges Leitbild in der Langzeitpflege? In: Friedel, Anne-Sophie/Piepenbrink, Johannes/Schetter, Frederik/Seibring, Anne (Hrsg.): Pflege. Praxis – Geschichte – Politik. Bonn: bpb Bundeszentrale für Politische Bildung. S. 26–41.
- Klinger, Sabine (2014): (De-)Thematisierung von Geschlecht. Rekonstruktionen bei Studierenden der Erziehungs- und Bildungswissenschaften. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich UniPress Ltd.
- Knabe, Judith (2019): Wohnen und Wohnungspolitik als sozialraumbezogenes Handlungsfeld. In: Kessel, Fabian/Reutlinger, Christian (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS. S. 635–658.
- Knobloch, Ulrike (2013): Sorgekrise. Ein Handbuchartikel. In: Baumann, Hans/Bischel, Iris/Ringer, Beat/Knobloch, Ulrike/Schatz, Holger (Hrsg.): Denknetz Jahrbuch 2013: Care statt Crash. Sorgeökonomie und die Überwindung des Kapitalismus. Zürich: edition 8, S. 24–32.
- Knobloch, Ulrike (Hrsg.) (2019): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum. Weinheim: Beltz Juventa.
- Leitner, Michaela/Markut, Theresia/Mandl, Sylvia/Littig, Beate (2015): Nachhaltiges Wohnen und Arbeiten in einem Wohnprojekt. Eine komparative praxistheoretische Analyse. Endbericht. Wien: Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung.
- Manderscheid, Katharina (2008): Pierre Bourdieu – ein ungleichheitstheoretischer Zugang zur Sozialraumforschung. In: Kessel, Fabian/Reutlinger, Christian (Hrsg.): Schlüsselwerke der Sozialraumforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 155–171.
- Meier-Gräwe, Uta (2020): Sorgearbeit als Grundlage einer nachhaltigen Wirtschaft. Equal Care Day. 29.02.2020. Bonn. www.youtube.com/watch?v=v48816j59Jw (Abfrage: 14.12.2021).
- Nadler, Robert (2017): The Elephant in the Room. Über das Verhältnis von demographischem Wandel, Daseinsvorsorge und zivilgesellschaftlichem Engagement in Deutschland. In: Raumforschung und Raumordnung 75, H. 6, S. 499–512.
- Pimminger, Irene (2014): Geschlechtergerechtigkeit. Ein Orientierungsrahmen für emanzipatorische Geschlechterpolitik. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Politik und Gesellschaft.
- Power, Emma R./Mee, Kathleen J. (2020): Housing: an infrastructure of care. In: Housing Studies 35, H. 3, S. 484–505.
- Reimer, Romy/Riegraf, Birgit (2015): Geschlechtergerechte Care-Arrangements in Wohn-Pflege-Gemeinschaften? Studie zur Neuverteilung formeller, informeller, professioneller und semiprofessioneller Pflegeaufgaben. Paderborn: Digitale Sammlung der Universitätsbibliothek Paderborn.
- Reimer, Romy/Röder, Stefanie/Kaiser, Maren (2020): „Potenziale gemeinschaftlicher Wohnformen – eine Bilanz“. Hannover: Geschäftsstelle Modellprogramm Gemeinschaftlich wohnen, selbstbestimmt leben.

- Reuschke, Darja (Hrsg.) (2010): Wohnen und Gender. Theoretische, politische, soziale und räumliche Aspekte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen (2012): Studie Besondere Wohnformen. IBA Berlin 2020. Kurzüberblick/Projektrecherche „Besondere Wohnformen“. Aachen.
- Rubin, Yvonne (2018): Freiwilliges Engagement in „sorgenden Gemeinschaften“. Eine geschlechterkritische Analyse ehrenamtlicher Care-Arbeit für ältere Menschen. Dissertation. Opladen: Barbara Budrich.
- Schmid, Susanne (2019): Eine Geschichte des gemeinschaftlichen Wohnens. Modelle des Zusammenlebens. 1. Auflage. Basel: Birkhäuser Verlag GmbH.
- Schmidt-Waldherr, Hiltraud (1999): Emanzipation durch Küchenreform. Einküchenhaus versus Küchenlabor. In: L'Homme. Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft, S. 57–76.
- Schönig, Barbara/Rink, Dieter/Gardemin, Daniel/Holm, Andrej (2017): Paradigmenwechsel in der kommunalen Wohnungspolitik? Variationen kommunalisierter Wohnungspolitik im transformierten Wohlfahrtsstaat. In: Barbehön, Marlon/Münch, Sybille (Hrsg.): Variationen des Städtischen – Variationen lokaler Politik. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 25–62.
- Speck, Sarah (2019): „Wir machen was, was ihr nicht seht.“ Zur Politisierung von Sorge in feministischen und anderen Bewegungen. In: Binder, Beate/Bischoff, Christine/Endter, Cordula (Hrsg.): Care: Praktiken und Politiken der Fürsorge. Ethnographische und geschlechtertheoretische Perspektiven. Opladen: Barbara Budrich. S. 35–54.
- Strüver, Anke (2020): Geschlechterordnung des Wohnens. In: Eckardt, Frank/Meier, Sabine (Hrsg.): Handbuch Wohnsoziologie. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 1–17.
- Terlinden, Ulla (2010): Naturalisierung und Ordnung. Theoretische Überlegungen zum Wohnen und zu den Geschlechtern. In: Reuschke, Darja (Hrsg.): Wohnen und Gender. Theoretische, politische, soziale und räumliche Aspekte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 15–26.
- Thiessen, Barbara/Weicht, Bernhard/Rerrich, Maria S./Luck, Frank/Jurczyk, Karin/Gather, Claudia/Fleischer, Eva/Brückner, Margrit (2020): Großputz! Care nach Corona neu gestalten. Ein Positionspapier zur Care-Krise aus Deutschland, Österreich, Schweiz. www.caremacht-mehr.com/ (Abfrage: 12.08.2021).
- van Dyk, Silke (2017): Community-Kapitalismus oder Alternativökonomie? Kritische Anmerkungen zur Wiederentdeckung des Gemeinsinns. In: Geschlossene Gesellschaften, H. 38. publikationen.soziologie.de/index.php/kongressband_2016/article/download/648/pdf_261 (Abfrage: 12.01.2022).
- Villa, Paula-Irene (2020): Corona-Krise meets Care-Krise – Ist das systemrelevant? In: Leviathan 48, H. 3, S. 433–450.
- Wetterer, Angelika (2003): Rhetorische Modernisierung: das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössischen Differenzwissen. In: Knapp, Gudrun-Axeli (Hrsg.): Achsen der Differenz. 1. Auflage. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 286–319.
- Winker, Gabriele (2011): Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive. In: Das Argument 53, H. 3, Nr. 292, S. 333–344.
- Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Winker, Gabriele/Degele, Nina (2007): Intersektionalität als Mehrebenenanalyse. tore.tuhh.de/bitstream/11420/384/1/Intersektionalitaet_Mehrebenen.pdf (Abfrage: 03.03.2020).
- Zängl, Peter (2020): „Caring Community – eine begriffliche Annäherung an ein (noch) unbestimmtes Phänomen“. www.caringcommunities.ch/caring-community-begriff/ (Abfrage: 21.12.2021).

Hochschulen als Teil von Caring Societies – Herausforderungen und Unterstützung von Studierenden mit Pflegeaufgaben

Lea Knopf, Karla Wazinski, Anna Wanka und Moritz Heß

1 Einleitung

Studierende, die die Pflege von An- und Zugehörigen übernehmen, passen nicht in das typische Bild familialer Pflege in Deutschland, in dem insbesondere weibliche Familienmitglieder in einem späteren Lebensabschnitt pflegen (vgl. Grunow 2013; Haubner 2017; Rogge 2020). Dabei gibt es tatsächlich einen nicht zu gering einzuschätzenden Anteil von Studierenden, die eine ältere Person – häufig Angehörige wie die eigenen Eltern, Schwiegereltern oder Großeltern – pflegen, betreuen oder unterstützen (vgl. Mindermann/Schattschneider/Busch 2020). Wissenschaftlich umfangreich beforscht sind die Vereinbarkeit von Studium und Lohnarbeit bzw. Kindererziehung (vgl. Home 1998; Bozick 2007). Eine ähnliche, aber bisher wenig betrachtete Herausforderung ist die Vereinbarkeit von Studium und An- bzw. Zugehörigenpflege¹. Der Forschungsstand zu diesem Thema weist große Lücken auf, obwohl davon auszugehen ist, dass die Anzahl an pflegenden Studierenden in den nächsten Jahren steigen wird. Ein Grund hierfür ist die Diversifizierung der Studierendenpopulation; so steigt unter anderem das Durchschnittsalter von Studierenden (vgl. Chen 2015). Ältere Studierende wiederum haben eher (ältere) Angehörige, die Pflegebedarfe haben. Darüber hinaus resultiert die demografische Alterung der Gesellschaft in steigenden Zahlen von Hochaltrigen, was wiederum die Wahrscheinlichkeit eines Pflegebedarfs erhöht (vgl. Harper 2015). Der Großteil der Pflege wird in Deutschland durch Familienangehörige erbracht – insbesondere Partner*innen, Kinder und Enkelkinder (vgl. Rothgang/Müller 2018; Statistisches Bundesamt 2020) – pflegende Angehörige, auch als „Deutschlands größter Pflegedienst“ (Wetzstein/Rommel/Lange 2015, S. 1) bezeichnet, sind derzeit der zentrale Baustein, um die Langzeitpflege in Deutschland sicherzustellen. Es wird davon ausgegangen, dass die Nachfrage

1 Angehörige bezeichnet dabei Familienverwandte, Zugehörige nicht verwandte, aber nahestehende Personen.

nach Pflegeleistungen – die bereits jetzt schon einem Mangel an Angeboten gegenübersteht – durch die Zunahme an Hochaltrigen in der Gesellschaft und die Erwerbstätigkeit von Frauen weiter steigen wird (vgl. Reichert 2020). Als spezifische Gruppe der pflegenden Angehörigen stehen pflegende Studierende aber, so soll in diesem Beitrag aufgezeigt werden, vor besonderen Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund ist es umso erstaunlicher, dass diese Gruppe ein Nischendasein in der Forschung fristet. Die wenigen aussagekräftigen Publikationen zu pflegenden Studierenden zeigen auf, dass vor allem Zeitprobleme (vgl. Kettel 2020) und ein Gefühl, nicht richtig zur Studierendenschaft zu gehören, große Herausforderungen darstellen. Studierende befinden sich zudem oftmals im Spannungsfeld sozialer Verpflichtungen, die sie gegeneinander abwägen müssen: Verpflichtungen gegenüber Lehrenden und Kommiliton*innen im Studium und gegenüber der pflegebedürftigen Person. Oftmals verbergen Studierende ihre Pflegeaufgaben vor Lehrenden und Kommiliton*innen, ein Phänomen, das von Kirton et al. (2012, S. 644) „hidden lives“ genannt wird. Dass viele Lehrende keine Vorstellung von den Herausforderungen pflegender Studierender haben und somit auch nicht auf deren spezifische Bedarfe eingehen (können), führt dazu, dass Studierende die Kursanforderungen – beispielsweise das Einhalten von Fristen und die Teilnahme an Veranstaltungen – mitunter nicht erfüllen können.

In ihrer Beziehung zu der pflegebedürftigen Person kommt es oftmals zu Prozessen der sogenannten „parentification“ (Boumans/Dorant 2018, S. 1410), d. h. dass Personen gegenüber ihren pflegebedürftigen Geschwistern, Freunden oder (Groß-)Eltern selbst eine Elternrolle annehmen. In familiären Pflegearrangements spielen darüber hinaus Erwartungen seitens involvierter Familienmitglieder eine Rolle. Pflegende Studierende sind dem Risiko finanzieller Schwierigkeiten in besonderem Maße ausgesetzt, da neben Pflege- und Studienverpflichtungen oftmals keine Zeit für eine entlohnte Tätigkeit bleibt (vgl. Kirton et al. 2012). Insgesamt führt die Vereinbarung von Pflege und Studium oftmals zu physischer und psychischer Beeinträchtigung und zu einer geringeren Lebensqualität der Betroffenen gegenüber Studierenden ohne Pflegeaufgaben (vgl. Haugland/Hysing/Sivertsen 2020). Als Bezugsort spielen Hochschulen für die Unterstützung von pflegenden Studierenden eine zentrale Rolle. Darüber hinaus ist sie als Institution Teil von Strukturen, deren Vernetzung für eine Caring Society relevant ist.

Dieser Beitrag spannt einen Bogen von den Herausforderungen und Bedarfen von pflegenden Studierenden zu Unterstützungsangeboten seitens der Hochschulen, und verknüpft die Erkenntnisse in einem zweiten Schritt mit Überlegungen zu einer Caring Society. Es sollen weitere Forschungsfragen identifiziert und erste Ansätze für den Aufbau einer umfassenden Unterstützungsstruktur für pflegende Studierende skizziert werden. Vor dem Hintergrund eines steigenden gesellschaftlichen Bedarfs an pflegerischer Versorgung leistet die Diskus-

sion einer University Care Culture einen Beitrag in der Debatte zur Gestaltung von Caring Societies.

Grundlage dieses Artikels sind die Ergebnisse des Projekts „Pflegernde Studierende – Problemlagen und Unterstützungsmöglichkeiten für Studierende mit Pflegeverpflichtungen“, welches zwischen März 2020 und Juni 2021 von den Autor*innen durchgeführt wurde. Gefördert wurde das Projekt durch den Fachbereich Erziehungswissenschaft und das Gleichstellungsbüro der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Im Projekt wurden acht qualitative Interviews mit pflegenden Studierenden zu Vereinbarkeitsproblematiken von Studium und Pflege durchgeführt. Die Interviewten wurden via E-Mail-Verbreitung der Anfrage über Verteiler von Hochschulen und Bewerbung seitens Dozierender rekrutiert. Sie waren zum Zeitpunkt der Erhebung an Universitäten bzw. Hochschulen in Deutschland eingeschrieben und aktuell oder bis kurz zuvor in die An- bzw. Zugehörigenpflege eingebunden. Zusätzlich zu den Interviews wurde eine Sammlung von Good-Practice-Beispielen zu Unterstützungsangeboten für pflegende Studierende an Hochschulen in Deutschland und dem europäischen Raum erstellt. Die Ergebnisse einer einfachen Internetrecherche wurden von den betreffenden Hochschulen bestätigt und um eigene Anmerkungen zu den Angeboten ergänzt.

2 Herausforderungen von pflegenden Studierenden – Befunde aus qualitativen Interviews

Pflege neben dem Studium zu leisten, hat verschiedene, meist negative Einflüsse auf die physische und psychische Gesundheit. Genannt wurden in Interviews mit pflegenden Studierenden Erschöpfung und Stress, aber auch Zukunftsängste, Schamgefühle und eine insgesamt große emotionale Belastung. In sozialen Nahbeziehungen, insbesondere denen zu Freund*innen und Familienmitgliedern, kommt es mitunter zu Spannungen und Beziehungen können nicht immer aufrechterhalten werden. Aus einem Mangel an Kapazitäten für eine entlohnte Nebentätigkeit können finanzielle Notlagen bei pflegenden Studierenden erwachsen. Insgesamt sind Ferien und Freizeit stark eingeschränkt.

Auch die Studiensituation ist von Herausforderungen gekennzeichnet. Zeitmangel und Erschöpfung bedingen, dass pflegende Studierende Kurstermine nicht immer wahrnehmen, sich nicht an Gruppenarbeiten beteiligen und Abgabefristen nicht einhalten können. Das Risiko, Prüfungen zu verschieben oder sie nicht zu bestehen, stellt eine große Belastung für pflegende Studierende dar. Viele Betroffene sehen sich gezwungen, ihr Studium um die Pflegeaufgabe zu planen und mitunter das Studium zu verlängern. Auch die Sorge, das Studium überhaupt nicht abschließen zu können, beschäftigt Studierende mit Pflegeverpflichtung. Kurse und Prüfungsformen werden von Seiten der pflegenden

Studierenden oftmals danach ausgewählt, was am besten mit der Pflege vereinbar ist. Einen Auslandsaufenthalt oder Praktika können pflegende Studierende oftmals nicht absolvieren.

Durch ein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl beiden Aufgaben gegenüber, ist die Priorisierung der einen Aufgabe (Pflege oder Studium) stets mit einem schlechten Gewissen der anderen Aufgabe gegenüber verbunden. Pflegende Studierende berichteten, dass sie ihre eigenen Leistungsansprüche und die Erwartung, dass ein Vollzeitstudium jederzeit möglich ist, nicht erfüllen können. Hinsichtlich flexibler Lösungen für Studienherausforderungen fühlen sich pflegende Studierende abhängig von dem guten Willen ihrer Dozierenden. Befragte sagten, dass sie Hemmungen hätten, mit Universitätsangehörigen über ihre Pflegeverpflichtung zu sprechen. Dementsprechend gäbe es wenig Bewusstsein und Verständnis für die besondere Situation von pflegenden Studierenden.

Das fehlende Bewusstsein für die Belange von pflegenden Studierenden fördert bzw. verstärkt, dass Studierende Pflegeaufgaben verheimlichen und „hidden lives“ führen. Ein Grund für Betroffene, nicht offen über ihre Belastungen zu sprechen, ist die Angst vor dem Konfrontiertwerden mit dem Stereotyp, als Pflegende*r weniger produktiv zu sein. Die Tabuisierung widerspricht Wünschen von Betroffenen nach einem offenen Umgang mit der Situation von pflegenden Studierenden an Hochschulen. Maßnahmen zur Förderung eines kollektiven Bewusstseins für Pflege-Herausforderungen, beispielsweise eine Woche der Pflegenden oder Vorträge, werden von pflegenden Studierenden als sinnvoll erachtet. Studierende berichteten, dass an ihrer Hochschule insgesamt wenig Verständnis für jegliche Form von Verpflichtungen neben dem Studium bestehe.

Ein Mangel an Kapazitäten kann für pflegende Studierende zusätzlich zu sozialer Exklusion führen. Ein Engagement in außerfachlichen Gremien oder Gruppen lässt sich oftmals nicht realisieren. Den Kontakt zu Mitstudierenden nicht aufrechterhalten zu können, kann eine Entfremdung von der eigenen Studierendenkohorte zuzufolge haben.

3 Unterstützung für pflegende Studierende

Im Folgenden wird zunächst beschrieben, auf welche Art von Unterstützung pflegende Studierende bisher zurückgreifen. Anschließend werden Angebote von Hochschulen dargestellt, die im Rahmen einer Good-Practice-Recherche in Deutschland und dem europäischen Ausland identifiziert werden konnten. Die Recherche beinhaltete eine Internetsuche und eine direkte Abfrage an Hochschulen.

3.1 Welche Unterstützung nutzen pflegende Studierende?

Unterstützungsressourcen für pflegende Studierende gibt es im privaten/familiären Umfeld, im Rahmen professioneller Pflegedienstleistungen und vereinzelt von Hochschulen selbst. Diese Ressourcen werden – auch abhängig vom Angebot – unterschiedlich genutzt.

Die Einbindung weiterer Familienmitglieder in die Pfl egetätigkeit beeinflusst maßgeblich das Ausmaß der Belastung von pflegenden Studierenden. Auf Ressourcen im persönlichen Umfeld können jedoch nicht alle pflegenden Studierenden zurückgreifen. Dabei sind familiäre Unterstützung und außeruniversitäre Pflege und Beratung nicht zuletzt deshalb wichtig, da Angebote seitens der Hochschulen bislang kaum vorhanden sind oder kaum genutzt werden. Oftmals fehlen Handlungsleitlinien für pflegende Studierende, was den Zugang zu Entlastung (z. B. finanzielle Unterstützung, Stipendien) erschwert, und/oder dem Hochschulpersonal fehlt ein Bewusstsein für Studierende mit Pflegeaufgaben. Gleichstellungs- und Familienbüros legen ihren Fokus zumeist auf Studierende mit Kind(-ern). Pflegende Studierende fühlen sich oftmals unsichtbar, da es keine speziell auf sie zugeschnittenen Angebote zu geben scheint. Neben generellen Unterstützungsangeboten verhandeln sie teilweise individuelle Lösungen mit ihren Dozierenden und der Verwaltung, z. B. eine Verlängerung von Fristen oder alternative Prüfungsformen.

Bisher, so ging aus den in unserem Projekt durchgeführten Interviews hervor, nutzen pflegende Studierende insbesondere Unterstützungsressourcen im privaten Umfeld, sofern es nahe Familienangehörige gibt und diese verfügbar sind. Dass externe Pflegedienstleistungen nicht in Anspruch genommen werden, hat verschiedene Gründe: Angebote sind nicht bekannt oder nicht verfügbar, Betroffene haben keine Zeit, professionelle Pflege zu organisieren, oder Pflege von „Fremden“ wird seitens der Pflegebedürftigen abgelehnt. Fehlende Unterstützung für pflegende Studierende festigt Geschlechterungleichheiten, denn familiäre Pflege wird überwiegend von Frauen übernommen (vgl. Gräßel/Behrnt 2016). Darüber hinaus beeinflusst auch der sozioökonomische Status die Wahrscheinlichkeit, dass Studierende Pflegeaufgaben übernehmen. Bisherige Arbeiten zum Thema lassen darauf schließen, dass Studierende mit einer schlechteren sozioökonomischen Position eher familiäre Pflege leisten (vgl. Boumans/Dorant 2018).

Vor dem Hintergrund des Bestrebens, die Gleichstellung von Studierenden zu fördern, zeigt sich die Relevanz, auch pflegende Studierende in den Fokus zu stellen. Hochschulen, die die Bedarfe von pflegenden Studierenden in spezifische Angebote umsetzen, sind Ausnahmen, sie können allerdings als Orientierung dienen. Die nachfolgend dargestellten Good-Practice-Beispiele sind die Grundlage für Überlegungen einer Unterstützungsstruktur für pflegende Studierende.

3.2 Allgemeine Befunde

Ein allgemeines Beratungsangebot zur Studiensituation und studien-/alltagsbedingten Herausforderungen gibt es für pflegende Studierende an den meisten Hochschulen. Die Anlaufstelle dafür ist in der Regel ein Familien- oder Gleichstellungsbüro. Während es spezifische Angebote für Studierende mit Kindern an den meisten Hochschulen gibt, sind diese für pflegende Studierende selten.

Vor allem in Wales und England gibt es Hochschulen, die Konzepte zum Umgang mit Herausforderungen von pflegenden Studierenden entwickelt haben. Die Angebote sind dabei Teil einer nationalen Strategie, um pflegende Angehörige zu unterstützen. Auch in Deutschland und Österreich lassen sich vereinzelt Unterstützungskonzepte finden. Es kann angenommen werden, dass das Bereitstellen von Unterstützungsangeboten seitens der Hochschulen mit der Struktur des jeweiligen Wohlfahrtsstaats zusammenhängt (vgl. Theobald/Luppi 2018). Genauere Aussagen dazu bedürfen jedoch einer umfassenden Analyse.

3.3 Spezifische Angebote

a) Unterstützungsstrukturen zum Austausch pflegender Studierender

Es gibt verschiedene Formate, die als Möglichkeit des Austauschs zwischen pflegenden Studierenden, aber auch zwischen Hochschulen und pflegenden Studierenden etabliert wurden. Dazu gehören beispielsweise Online-Foren, Selbsthilfegruppen und sogenannte Pflegestammtische. Neben regelmäßigen Angeboten gibt es auch Hochschulen, die in größeren zeitlichen Abständen Vernetzungstreffen ausrichten.

b) Unterstützung durch Beratung und Begleitung

Ein allgemeines Beratungsangebot an Hochschulen zu Herausforderungen im Studium besteht flächendeckend. Dieses wird vereinzelt durch spezifische Beratung und Sprechstunden, Einzelcoaching durch Fachkräfte (vgl. Technische Universität Wien o. J.) oder Mentoring-Programme, in denen ältere Studierende als Buddies agieren, ergänzt (vgl. Ludwig-Maximilians-Universität München o. J.). Die Recherche ergab darüber hinaus das Angebot von Kursen zu verschiedenen Themen der An- und Zugehörigenpflege, zumeist in Kooperation mit externen Anbietern.

c) Unterstützung durch Awareness und Information

Eine von pflegenden Studierenden gewünschte Form der Unterstützung ist die Förderung des Bewusstseins für Vereinbarkeitsprobleme bei Studium und Pflege und die Information zum Thema. Initiativen in diesem Bereich umfassen z. B. Themenwochen (Carers' & Family Week, vgl. Cardiff Students' Union 2021) oder einen Ausweis für pflegende Studierende, auf dem Bedarfe und ein individueller Hilfeplan vermerkt sind. Zu den Good Practices gehören außerdem eine hochschuleigene Facebook-Seite, die über das Studieren mit Pflegeaufgaben informiert, sowie gezielte Beratungsangebote für Studieninteressierte mit Pflegeverpflichtungen (vgl. Sheffield Hallam University o. J.). Öffentliche Vorträge für pflegende Studierende und Interessierte adressieren nicht nur aktuelle, sondern auch potenzielle pflegende Studierende und Universitätsangestellte und zeigen Schnittstellen von universitären Unterstützungsmöglichkeiten und anderen Angeboten vor Ort auf (vgl. Hochschule Kempten 2021).

d) Unterstützungsnetzwerke und Kooperationen

Durch das Arbeiten in Netzwerken können Wissen geteilt und Schnittstellenprobleme bewältigt werden. Es gibt Hochschulen, die sich untereinander vernetzen und ihre Erfahrungen und Unterstützungskonzepte austauschen. Davon profitieren auch pflegende Studierende, da sie z. B. besser über hochschulexterne Angebote informiert werden. Um Schüler*innen mit Pflegeaufgaben eine Studienperspektive zu bieten, betreiben einige Hochschulen (vor allem im Vereinigten Königreich), Kooperationen mit Schulen. Einzelne Hochschulen haben Verträge mit öffentlichen oder privaten Dienstleistern, die eine stundenweise Notfallbetreuung für Pflegebedürftige übernehmen (vgl. Medizinische Hochschule Hannover o. J.; Fachhochschule Münster o. J.). Teilweise sind universitäre Anlaufstellen mit anderen lokalen Angeboten (z. B. dem Pflegestützpunkt, vgl. Universität Bremen o. J.) vernetzt.

e) Unterstützung durch finanzielle Hilfen

Zwar sind finanzielle Leistungen für pflegende Studierende die Ausnahme, es gibt jedoch Beispiele dafür, dass pflegende Studierende aus einem Unterstützungsfonds von hochschulzugehörigen Einrichtungen oder Vereinen ein spezifisches Stipendium oder Mittel bekommen. Zumeist sind Zuwendungen allerdings an bestimmte Umstände gekoppelt. Finanzielle Unterstützung kann beispielsweise dann gewährt werden, wenn eine Tagespflegeeinrichtung (zeitweilig) geschlossen wird, oder Pflege-/Betreuungsaufgaben nicht aus der Pflegeversicherung finanziert werden (vgl. Universität Köln o. J.). Finanzielle Hilfe kann auch durch den Erlass von Studienbeiträgen erfolgen (vgl. Universität Wien o. J.). Spezielle Fonds, die unabhängig von anderen finanziellen Unterstützungsleistungen

genutzt werden können, gibt es vereinzelt im europäischen Ausland (vgl. Cardiff University o. J.).

f) Infrastruktur für flexibles Lernen

Lerninfrastruktur, insbesondere für längerfristiges ortsfernes Studieren gibt es kaum. Eine britische Hochschule, die über die Recherche ermittelt wurde, bietet eine besondere Art der Fernleihe mit Zustellservice nach Hause an (vgl. Bristol University o. J.). Inwiefern die Covid-19-Pandemie zum Ausbau von für pflegende Studierende relevanter Infrastruktur geführt hat, konnte im Rahmen dieses Beitrags nicht untersucht werden.

4 Diskussion

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Herausforderungen von pflegenden Studierenden stellt sich die Frage, welchen Beitrag Hochschulen zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Pflege und Studium und damit zu Caring Societies leisten können.

Als spezifische Gruppe der pflegenden Angehörigen stehen pflegende Studierende vor besonderen Herausforderungen. Ihre Situation widerspricht dem noch immer bestehenden typischen Bild vom Studium als Phase der Freiheit, des Entdeckens und des Ausprobierens (vgl. Stauber/Walther 2016). Elizabeth Freeman (2010) nennt solche Alters- bzw. lebensphasenspezifischen Normen eine „Chrononormativität“, die im Fall von pflegenden Studierenden durch ihre Eingebundenheit in die Angehörigenpflege verletzt wird. Darüber hinaus sind pflegende Studierende einer Diskriminierung aufgrund des Geschlechts (die Mehrheit der familial Pflegenden definiert sich als weiblich) und des sozioökonomischen Status (es wird angenommen, dass sozioökonomisch Schlechtgestellte eher die An-/Zugehörigenpflege übernehmen) ausgesetzt. Ziel von Unterstützungsangeboten muss demzufolge auch die Schaffung eines Bewusstseins für die Diversität der Studierendenschaft und ihrer vielfältigen (Sorge-) Aufgaben sein.

Der Hochschule kommt in der Unterstützung von pflegenden Studierenden als wichtiger sozialer Bezugspunkt eine besondere Rolle zu. Der mit der Einführung der Pflegeversicherung Mitte der 1990er Jahre eingeleitete Abbau kommunaler Pflegeversorgungsstrukturen hat dazu geführt, dass wichtige Strukturen für pflegende An- und Zugehörige weggefallen sind. Dabei gelten gerade die Kommunen als gute Steuerungspunkte für die Planung und den Auf-/Ausbau von Pflegestrukturen und lokalen Versorgungsnetzwerken (vgl. Brettschneider 2020). Institutionelle Bezugseinrichtungen (Betriebe, staatliche Einrichtungen, aber auch Schulen und Hochschulen) müssen als Teil einer Caring Society

mitgedacht werden. Eine Unterstützungsstruktur von Seiten der Hochschulen erfordert ein Bewusstsein für die Übernahme von Pflegeaufgaben während der Studienzeit. Eine sogenannte „University Care Culture“ (Alsop/Gonzales-Arnal/Kilkey 2008, S. 634), die nicht nur pflegende Angestellte, sondern auch Studierende berücksichtigt, sollte in die Neugestaltung von Sorgestrukturen einfließen. Die Vernetzung von wohnortnahen Hochschul-Angeboten würde zu einer breiten Unterstützungsbasis für pflegende Studierende als notwendige Voraussetzung der Vereinbarkeit von Studium und Pflege beitragen.

Aus unseren Recherchen und Befragungen geht hervor, dass Unterstützungsangebote für pflegende Studierende an deutschen Hochschulen kaum vorhanden sind. Vereinzelt kooperieren Hochschulen mit örtlichen Dienstleistern und versuchen, pflegende Studierende mit lokalen Anlaufstellen in Kontakt zu bringen. Fraglich ist, ob diese Angebote die pflegenden Studierenden erreichen. Hochschulen werden von ihnen nicht als Ort wahrgenommen, an dem sie ihre Hilfebedarfe äußern können und Angebote ihren spezifischen Bedarfslagen gerecht werden. Dass pflegende Studierende Unterstützung durch die Hochschulen erhalten, ist zumeist abhängig vom Bemühen und der zufälligen Bereitschaft einzelner Angestellter. Bestehende Anlaufstellen sind den betroffenen Studierenden oftmals nicht bekannt, oder werden – wie im Fall eines Familienbüros oder einer Sozialberatungsstelle – nicht mit der Zuständigkeit für die Belange von pflegenden Studierenden verbunden. Tritt der Pflegefall spontan ein, haben die Studierenden zudem kaum Zeit, sich an der Hochschule nach Unterstützung umzusehen.

Es gibt, so zeigen die Good-Practice-Beispiele, vielversprechende Ansätze, wie Hochschulen die Herausforderungen der Vereinbarkeit von Studium und Pflege in den Mittelpunkt rücken können. Sowohl Maßnahmen, die das Bewusstsein für die Situation von pflegenden Studierenden fördern (z. B. Informationsveranstaltungen) als auch die Vernetzung von Betroffenen und Hilfe durch (finanzielle) Entlastung tragen zur Unterstützung von Studierenden mit Pflegeverpflichtungen bei. Zusätzlich zu aktuell pflegenden Studierenden ist eine bedarfsgerechte Unterstützungsstruktur auch für Studieninteressierte mit bestehenden oder absehbaren Pflegeverpflichtungen (z. B. chronische Erkrankung von Familienmitgliedern) relevant. Die Literatur zu sogenannten „Young Adult Carers“ sieht wesentliche Überschneidungen der Bedarfe von pflegenden Schüler*innen und pflegenden Studierenden (vgl. Joseph et al. 2020). In Wales und England bestehen Kooperationen von Universitäten mit Schulen, um Schüler*innen mit Pflegeaufgaben die Wege der Vereinbarkeit von Studium und Pflege aufzuzeigen und ein Studium bei bestehender Pflege Tätigkeit zu ermöglichen.

Das übergeordnete Ziel einer Caring Society setzt voraus, dass Hochschulen ihrer institutionellen Verantwortung entsprechend die Unterstützung für Pflegende auf- und ausbauen. Ein erster Schritt ist dabei die hochschulinterne

Sorgekultur, in die – das zeigt sich in Aussagen von pflegenden Studierenden – auch Hochschulangestellte als Kontaktpersonen von Pflegenden einbezogen werden müssen.

Eine University Care Culture umfasst neben der Unterstützung für Pflegende auch Handlungsleitlinien und Rahmenpläne für den Umgang mit pflegenden Studierenden, mögliche Zugeständnisse und Sonderregelungen im Studium und ein Bewusstsein unter Lehrenden, an wen sie gezielt für Unterstützung verweisen können. Hinsichtlich flexibler Studienbedingungen für pflegende Studierende müssen insbesondere Fragen zur Gestaltung ortsfernen Lernens, Prüfungsformen und Fristen thematisiert werden. Diese gelten im Allgemeinen nicht nur für pflegende Studierende, sondern auch für Studierende mit anderen Sorgeverpflichtungen, etwa Kinderbetreuungsaufgaben. Pflegende Studierende stellen damit nur eine, dabei aber eine spezifische, Gruppe dar, die von einer solchen universitären Sorgekultur profitieren würde. Mit der zunehmenden Diversifizierung der Studierendenschaft wird die Rolle der Universitäten als Sorgetragende in Caring Societies voraussichtlich zunehmen.

5 Fazit

Bisher stehen die Bedarfe von pflegenden Studierenden einem Mangel an passenden Unterstützungsangeboten – insbesondere an der Hochschule als einem wichtigen Bezugsort – entgegen. Vor dem Hintergrund der demografischen Alterung und der steigenden Anzahl Studierender wird das Thema zukünftig an Bedeutung gewinnen. Wenn weiterhin die informelle An- und Zugehörigenpflege den größten Beitrag in der Versorgung Pflegebedürftiger leisten soll, muss allen Pflegenden die Vereinbarkeit von (Aus-)Bildung mit Pflegeaufgaben ermöglicht werden. Good-Practice-Beispiele zeigen vielversprechende Ansätze, um seitens der Hochschulen die Herausforderungen pflegender Studierender anzuerkennen und bedarfsgerechte niedrigschwellige Angebote aufzubauen. Die Hochschule muss aus Verantwortung gegenüber ihren Zugehörigen – nicht nur Beschäftigten, sondern auch Studierenden – in das Versorgungsnetz einer Caring Society integriert werden.

Literatur

- Alsop, Rachel/Gonzalez-Arnal, Stella/Kilkey, Majella (2008): The widening participation agenda: the marginal place of care. In: *Gender and Education* 20, S. 623–637.
- Boumans, Nicolle P. G./Dorant, Elisabeth (2018): A cross-sectional study on experiences of young adult carers compared to young adult noncarers: parentification, coping and resilience. In: *Scandinavian journal of caring sciences* 32, H. 4, S. 1409–1417.

- Bozick, Robert (2007): Making it through the first year of college: The role of students' economic resources, employment, and living arrangements. In: *Sociology of Education* 80, H. 3, S. 261–285.
- Brettschneider Antonio (2020): Die Rolle der Kommunen: Ziele, Handlungsfelder und Gestaltungsmöglichkeiten kommunaler Pflegepolitik. In: Jacobs, Klaus/Kuhlmey, Adelheid/, Greß, Stefan/Klauber, Jürgen/Schwinger, Antje (Hrsg.): *Pflege-Report 2019*. Berlin/Heidelberg. Springer. S. 219–238.
- Bristol University (o. J.): Library Support. www.bristol.ac.uk/library/accessibility-support/library-support/ (Abfrage: 29.10.2021).
- Cardiff Students' Union (2021): Carers' & Family Week. www.cardiffstudents.com/your-voice/campaigns/carersandfamilyweek/ (Abfrage: 29.10.2021).
- Cardiff University (o. J.): Young Adult Carers Bursary. www.cardiff.ac.uk/study/undergraduate/funding/bursaries/carers-bursary (Abfrage: 14.12.2021).
- Chen, Marsha M. B. (2015): Returning to Learning: Conversations with Nontraditional Students. In: *International Journal of Adult Vocational Education and Technology* 6, H. 3, S. 45–60.
- Fachhochschule Münster (o. J.): Notfallbetreuung für zu pflegende Angehörige. www.fh-muenster.de/gleichstellung/familie/betreuung-pflegeverantwortung-n.php (Abfrage: 29.10.2021).
- Freeman, Elizabeth (2010): *Time Binds. Queer Temporalities, Queer Histories*. Durham. Duke University Press Books.
- Gräßel, Elmar/Behrndt, Elisa-Marie (2016): Belastungen und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige, in: Jacobs, Klaus/Kuhlmey, Adelheid/, Greß, Stefan/Klauber, Jürgen/Schwinger, Antje. (Hrsg.): *Pflegereport 2016. Die Pflegenden im Fokus*. Stuttgart: Schattauer. S. 169–187.
- Grunow, Daniela (2013): Zwei Schritte vor, eineinhalb Schritte zurück. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Sozialisation aus Perspektive des Lebensverlaufs. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 4, S. 384–398.
- Harper, Sarah (2015): The challenges of twenty-first-century demography. In: Torp, Cornelius (Hrsg.): *Challenges of Aging. Pensions, Retirement and Generational Justice*. London. Palgrave Macmillan, S. 17–29.
- Haubner, Tine (2017): *Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft. Laienpflege in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus.
- Haugland, Bente S. M./Hysing, Mari/Sivertsen, Børge (2020): The Burden of Care: A National Survey on the Prevalence, Demographic Characteristics and Health Problems Among Young Adult Carers Attending Higher Education in Norway. In: *Frontiers in Psychology* 10, S. 28–59.
- Hochschule Kempten (2021): „Pflegebedürftigkeit von Angehörigen – was nun?“ Vortrag mit Diskussion. www.hs-kempten.de/hochschule/aktuelles/veranstaltungen-terme/termin/pflegebeduerftigkeit-von-angehoerigen-was-nun-vortrag-mit-diskussion-622 (Abfrage: 29.10.2021).
- Home, Alice M. (1998): Predicting role conflict, overload and contagion in adult women university students with families and jobs. In: *Adult education quarterly* 48, H. 2, S. 85–97.
- Joseph, Stephen/Sempik, Joe/Leu, Agnes/Becker, Saul (2020): Young carers research, practice and policy: an overview and critical perspective on possible future directions. In: *Adolescent Research Review* 5, H. 1, S. 77–89.
- Kettell, Lynn (2018): Young adult carers in higher education: the motivations, barriers and challenges involved – a UK study. In: *Journal of Further and Higher Education* 44, H. 1, S. 100–112.
- Kirton, Jennifer A./Richardson, Kathleen/Jack, Barbara A./Jinks, Annette M. (2012): A study identifying the difficulties healthcare students have in their role as a healthcare student when they are also an informal carer. In: *Nurse Education Today* 32, H. 6, S. 641–646.

- Ludwig Maximilians Universität München (o. J.): tandemPLUS Mentoring. www.frauenbeauftragte.uni-muenchen.de/kindwiss/tandemplus/index.html (Abfrage: 29.10.2021).
- Medizinische Hochschule Hannover (o. J.): Pflege von Angehörigen. www.mhh.de/familien-service/pflege-von-angehoerigen (Abfrage: 29.10.2021).
- Mindermann, Nele/Schattschneider, Ralf/Busch, Susanne (2020): Studieren mit Pflegeverantwortung?. In: Prävention und Gesundheitsförderung 16, S. 225–233.
- Reichert, Monika (2020): Vereinbarkeit von beruflicher und häuslicher Pflege – „Double Duty Carers“ in Deutschland. In: Naegele, Gerd/Heß, Moritz (Hrsg.): Alte und neue soziale Ungleichheiten bei Berufsaufgabe und Rentenübergang. Dortmunder Beiträge zur Sozialforschung. Wiesbaden: Springer. S. 159–176.
- Rogge, Frederike (2020): Soziale Beziehungen im jungen Erwachsenenalter. In: Gesundheit und Wohlbefinden im Übergang ins Erwachsenenalter. Gesundheitspsychologie. Wiesbaden: Springer.
- Rothgang, Heinz/Müller, Rolf (2018): Pflegereport 2018. Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse. Berlin: Barmer GEK.
- Sheffield Hallam University (o. J.): SHU Progress. www.shu.ac.uk/study-here/how-to-apply/shu-progress (Abfrage: 29.10.2021).
- Statistisches Bundesamt (2020): Pflegestatistik 2019. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Stauber, Barbara/Walther, Andreas (2016): Junge Erwachsene. In: Schröer, Wolfgang/Struck, Norbert/Wolff, Mechthild (Hrsg.): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim: Beltz Juventa. S. 135–166.
- Technische Universität Wien (o. J.): Vereinbarkeit TU Care. www.tuwien.at/tu-wien/organisation/zentrale-bereiche/personalentwicklung/vereinbarkeit-tu-care (Abfrage: 29.10.2021).
- Theobald, Hildegard/Luppi, Matteo (2018): Elderly care in changing societies: Convergences in divergent care regimes – a comparison of Germany, Sweden and Italy. In: Current Sociology 66, H. 4, S. 629–642.
- Universität Bremen (o. J.): Pflegestammtisch mit dem Bremer Pflegestützpunkt. www.uni-bremen.de/familie/pflegende-angehoerige/pflegestammtisch-mit-dem-bremer-pflegestuetzpunkt (Abfrage: 29.10.2021).
- Universität Köln (o. J.): Betreuungsfonds Studierende – für Studierende mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen. verwaltung.uni-koeln.de/cfs/content/betreuungsfonds/betreuungsfonds_studierende___fuer_studierende_mit_kindern_oder_pflegebeduerftigen_angehoerigen/index_ger.html (Abfrage: 14.12.2021).
- Universität Wien (o. J.): Erlass des Studienbeitrags. studieren.univie.ac.at/studienbeitrag/erlass/ (Abfrage: 14.12.2021).
- Wetzstein, Matthias/Rommel, Alexander/Lange, Cornelia (2015): Pflegenden Angehörige – Deutschlands größter Pflegedienst. In: GBE kompakt 6, H. 3, S. 1–12.

Ein intergenerationelles Umfeld für Menschen mit Demenz in Japan – Zusammenführende Tageseinrichtungen zur Förderung der sozialen Teilhabe

Samira-Salomé Hüsler

1 Einleitung

Durch die anhaltend steigende Lebenserwartung und zeitgleich abnehmende bzw. stagnierende Geburtenrate tritt in vielen Industriestaaten eine Alterung der Bevölkerung ein. Dieser demographische Wandlungsprozess stellt die betroffenen Gesellschaften vor unterschiedliche Herausforderungen, wie z. B. die Gestaltung der sozialen Integration älterer Erwachsener. Die damit zusammenhängende Zunahme degenerativer und nicht-degenerativer Alterskrankheiten (z. B. demenzieller Erkrankungen) ist dabei eine zusätzliche Belastung. Mit einem Anteil von über 28% an über 65-Jährigen (vgl. Statista Research Department 2021) ist Japan ein ideales Lehrbeispiel für die Analyse dieser Herausforderungen und der Ansätze der Bewältigung, obwohl sich der demographische Wandel ökonomisch als auch sozial in jedem Land anders auswirkt.

Im Falle Japans etablierten sich staatliche Fürsorgemodelle für ältere Erwachsene hauptsächlich während und nach der Nachkriegszeit. Ausgelöst durch Urbanisierung sowie wirtschaftliche und soziale Neuausrichtungen, übernahm der Staat bestimmte Pflegeaufgaben, wobei das Pflegesystem in den folgenden Jahrzehnten kontinuierlich adaptiert und zeitgleich zu einem politischen Interessensfeld wurde (vgl. Campbell/Ikegami 2000). Im Jahr 2000 wurde schließlich die Langzeitpflegeversicherung (*kaigo hoken*) eingeführt, welche die finanzielle als auch rechtliche Situation lokaler Fürsorgeprogramme für Ältere erleichterte und dadurch indirekt ebenfalls kleine Tageseinrichtungen (*deisā-bisu*) im Bereich der Altenpflege förderte (vgl. Ueno 2011, S. 268).

Einige dieser Tagesstätten verfolgen einen integrativen als auch intergenerationellen Betreuungsansatz, der sich an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung orientiert und daher stark nachgefragt wird. Diese werden in den folgenden Ausführungen als zusammenführende Tagesstätten bezeich-

net (zu Begrifflichkeit und Ansatz siehe Kapitel 3). Personen mit demenziellen Erkrankungen machen in diesen Tagesstätten mehr als die Hälfte der älteren Tagesgäste aus (vgl. Hüsler 2020, S. 47). In diesem Beitrag wird diese Versorgungsform zusammenführende Tagesstätten dargestellt und analysiert. Dazu werden das Pflegeumfeld der Einrichtungen und darauf aufbauend die Ansätze und ihre Umsetzung vorgestellt. Im Fokus der Ausführungen stehen dabei folgende Fragen: Fördern zusammenführende Tagesstätten in Japan soziale Teilhabe insbesondere von Menschen mit Demenz? Leisten sie einen Beitrag zu einer zukunftsfähigen Versorgung? Bisher liegen noch kaum analytische oder deskriptive Daten über diese generationellen Programme bzw. Projekte in Japan vor. Zur Beantwortung der Fragen werden daher die Ergebnisse einer sechsmonatigen Feldstudie der Autorin in Japan herangezogen (zur Anlage der Untersuchung siehe Kapitel 3). Die Ergebnisse der Untersuchung gewinnen eine besondere Relevanz für die Diskussion der Herausforderungen und Chancen dieser Ansätze für die Versorgung von Menschen mit Demenz. International gewinnt die Sammlung und wissenschaftliche Analyse von möglichen Erfolgsmodellen innerhalb des Pflegebereichs für alle von demographischen Transitionen betroffenen Staaten an Bedeutung.

Um die Bedeutung zusammenführender Tagesstätten für eine auch soziale Facetten einschließende Versorgung zu verstehen, wird in einem ersten Schritt der Zusammenhang zwischen Demenz, sozialer Teilhabe und Autonomie erklärt (Kapitel 2). In einem zweiten Schritt folgt die detaillierte Beschreibung von unterschiedlichen Ansätzen zusammenführender Tagesstätten, deren Kategorisierungen und grundlegende Herangehensweisen der Förderung sozialer Teilhabe (Kapitel 3 und 4). Am Beispiel des Erfolgsmodells Konoyubi Tomare wird schließlich vertiefend aufgezeigt werden, wie die soziale Teilhabe von Menschen mit Demenz innerhalb dieser Institutionen gefördert wird (Kapitel 5). In einem abschließenden Fazit werden die grundlegenden Erkenntnisse resümierend dargestellt (Kapitel 6).

2 Soziale Teilhabe und demenzielle Erkrankungen

Demenz ist ein Oberbegriff für unterschiedliche Krankheiten (u. a. Alzheimer-Krankheit), welche kognitive Beeinträchtigungen zur Folge haben (vgl. Kurz et al. 2019, S. 6 ff.). Die Zunahme der Anzahl der Menschen mit Demenzerkrankungen korreliert mit dem Alter und nimmt parallel zur höheren Lebenserwartung zu (vgl. Tesch-Römer/Wurm 2009, S. 10). Menschen mit Demenz können am gemeinschaftlichen Leben aufgrund dieser kognitiven oder physischen Symptome nur erschwert teilnehmen und stoßen wegen ihrer Beschwerden teilweise auf Ablehnung. Dabei ist anzunehmen, dass gerade soziale Interaktionen bzw. Rol-

len- oder Aktivitätsübermittlungen zur Linderung der Krankheitsbeschwerden beitragen würden (vgl. Deutsches Ärzteblatt 2017a; Saito 2009, S. 22 ff.).

Die Aktivitätstheorie geht dementsprechend davon aus, dass ältere Menschen, die in Übereinstimmung mit ihren Wünschen und Bedürfnissen ein (sozial) aktives Leben führen bzw. sozial mitwirken (soziale Teilhabe) im Alter zufriedener sind. Soziale Teilhabe kann hier als „[...] Integration von älteren Menschen in sozialen Netzwerken von Familien und Freunden sowie Integration in die Gemeinschaft, in denen sie leben, und in die Gesellschaft als Ganzes“ beschrieben werden (vgl. UNECE 2010 in Schäffler et al. 2013, S. 14). Folgt man diesen Theorien, sollten Aktivitäts- sowie Interaktionsmöglichkeiten ebenfalls von Menschen mit Demenz weiterhin gefördert werden (vgl. Rupprecht et al. 2008, S. 9 f.).

Um soziale Teilhabe überhaupt erreichen zu können, wird ein gewisser Grad an Autonomie vorausgesetzt. Je nach Autonomiebegriff kann u. a. zwischen Durchführungs- und Entscheidungsautonomie unterschieden werden (vgl. Collopy 1988). Durchführungsautonomie beschreibt die Selbstständigkeit bei der Durchführung von Tätigkeiten, die Entscheidungsautonomie die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen. Nimmt die Durchführungsautonomie ab, sollte die Entscheidungsautonomie umso mehr gefördert werden (Brandenburg 2002). Diesem Argument folgend ist ein Mensch mit einer fortgeschrittenen demenziellen Erkrankung aufgrund seines Betreuungs- oder Pflegebedarfs zwar nicht in jedem Fall selbständig, jedoch je nach sorgender Pflegebeziehung durchaus selbstbestimmt, also autonom im Sinne von Entscheidungsautonomie.

Mit dem weit vorangeschrittenen demographischen Wandel ist Japan stark von diesen Krankheitsbildern und deren Folgen betroffen, wodurch dieses Thema an Bedeutung gewinnt. Gemäß des Deutschen Ärzteblattes litten bereits 2017 über fünf Millionen Japaner*innen (ca. 15% der über 65-Jährigen) an einer demenziellen Erkrankung, 2025 wird mit sieben Millionen gerechnet (vgl. Deutsches Ärzteblatt 2017b). Um u. a. die Integration und soziale Teilhabe von Menschen mit demenziellen Erkrankungen zu fördern, wurde in Japan 2015 der *New Orange Plan (shin orenji puran)* eingeführt. Ziel ist u. a., auf lokaler Ebene offene und unterstützende Gemeinschaften für die ältere Bevölkerung, in erster Linie für Menschen mit Demenz, zu schaffen (vgl. MHWL 2015). Zusammenführende Tagesstätten sind dabei ein Teil des Lösungsansatzes.

3 Zusammenführende Tagesstätten in Japan

Der japanische Staat unterstrich mit dem *New Orange Plan* abermals die Bedeutung lokaler Akteur*innen, wie etwa Nachbarschaftshilfen zur besseren Integration von Menschen mit Demenz oder zur Unterstützung von betreuenden Familienangehörigen. Japan verfolgt so weiterhin die Strategie der Betonung der

kommunalen Ebene in der Versorgung, welche bereits mit der Einführung der Langzeitpflegeversicherung¹ im Jahr 2000 eingeläutet worden war. Diese regelte die Finanzierung neu (vgl. ausführlicher Hüsler 2021, S. 162 ff.), wodurch gerade lokale Institutionen wie z. B. Tageseinrichtungen besser finanziell unterstützt werden konnten (vgl. Ueno 2011, S. 258).

Einige Tageseinrichtungen für ältere Erwachsene, die ebenfalls von den bisherigen Anpassungen profitierten und erst seit der Etablierung der Langzeitpflegeversicherung aufblühen konnten, verfolgen integrative oder/und intergenerationelle Ansätze. Einige dieser Organisationen beziehen dabei Kinder und/oder Erwachsene mit Beeinträchtigungen (*shōgaisha*) der Nachbarschaft sowie neuzugezogene bzw. Mütter nach der Entbindung ein. Durch den Einbezug unterschiedlicher Generationen, aber auch Lebenswelten schaffen sie ein familienähnliches Betreuungssetting (vgl. ausführlicher Hüsler 2020). Da die Konzepte der jeweiligen untersuchten Einrichtungen jedoch unabhängig voneinander entstanden bzw. entstehen und nicht etwa unter zentraler Leitung, variieren ihre Selbstbezeichnungen stark (z. B. „Synergie“, „Pflege wie zu Hause“, „mixed care“) (vgl. ebd., S. 46). Auch die gemeinsame Bezeichnung intergenerationelle Tageseinrichtung ist aufgrund der unklaren Definition von Intergenerationalität innerhalb des Pflegebereichs (vgl. Camargo 2017, S. 23) als auch der Tatsache, dass diese Tagesstätten nur ein Element der intergenerationellen Projekte in Japan darstellen, nicht optimal. Die Einrichtungen können aufgrund ihres umfassenden Integrationsansatzes weit besser als zusammenführende Tagesstätten bezeichnet werden. Im Abgleich mit unterschiedlichen Berichten kann davon ausgegangen werden, dass es in Japan mehr als 1.000 Einrichtungen gibt, die unter diese Definition fallen (vgl. Kukimoto 2021, S. 316).

Die folgenden Ergebnisse zu grundlegenden Ansätzen zusammenführender Tagesstätten und ihrer Umsetzung wurden im Rahmen der sechsmonatigen Feldforschung für meine Masterarbeit „Towards a society in which all elderly people shine“ in Form von einer teilnehmenden Beobachtung, informellen Gesprächen und Leitfadeninterviews erhoben (Hüsler 2020). Da sich die Tagesstätten untereinander nicht als eine Gemeinschaft verstehen, sind diese lokal zwar sehr engmaschig, national jedoch kaum vernetzt. Die Auswahl der Einrichtungen ergab sich daher zuerst aus zufälligen Gelegenheiten und im späteren Verlauf der Forschung anhand des Schneeballsystems. Schlussendlich wurden 14 Einrichtungen aus neun verschiedenen Präfekturen miteinbezogen.² Die

1 Obwohl die Einführung der Langzeitpflegeversicherung zu beachtlichen Verbesserungen im formellen Pflegesystem führte, bestehen nach wie vor Mängel (u. a. Personalmangel oder eine zu geringe Anzahl an Pflegeplätzen), die anhand regelmäßiger Revisionen behoben werden sollen (Shibata 2018, S. 264 ff.).

2 Die Namen der Pflegestätten sowie der Proband*innen sind, insofern diese nicht ohnehin öffentlich sind, aus Datenschutzgründen im Rahmen des Beitrags anonymisiert oder werden nicht erwähnt.

Auswertung der Daten erfolgte unter Zuhilfenahme von soziogerontologischen, soziologischen und entwicklungspsychologischen Erklärungsansätzen. Hierzu gehörten u. a. Konzepte von Erik H. Erikson, Karin Jurczyk, Lothar Krappmann und Jacob Levy Moreno (ebd.)³ – da hier nur bestimmte Aspekte der Beobachtungen im Feld aufgeführt werden, wird im weiteren Verlauf nicht genauer auf diese Analysen eingegangen.

Die Untersuchungen dieser zusammenführenden Pflegeeinrichtungen ergaben, dass die Tagesstätten stark auf die Bedürfnisse der jeweiligen lokalen Bevölkerung eingehen und versuchen, verschiedene Gesellschaftsgruppen miteinander in Kontakt zu bringen. Sie wirken daher innerhalb ihrer lokalen sorgenden Gemeinschaft als Verbindungsstück. Hier weichen ihre Vorgehensweisen, insbesondere um ein intergenerationelles Umfeld zu schaffen, teilweise voneinander ab. Als ein Ansatzpunkt dafür soll beispielhaft die Einbeziehung von Kindern gezeigt werden. Während einige Einrichtungen ihren Mitarbeiter*innen die Möglichkeit bieten, ihre Kinder mit zur Arbeit zu bringen, laden andere wiederum Mütter mit ihren Kleinkindern gezielt (*akachan borantia*-Programme, Babyfreiwilligen-Programme) in die Tagesstätte ein (vgl. Hüsler 2020, S. 85 ff.). Die weiteren Angebote der Tageseinrichtungen reichen von Tagesbetreuungen bis hin zu sonstigen alltäglichen Dienstleistungen (u. a. Alltagsunterstützungen wie Einkaufen, Hilfe bei medizinischer Versorgung, Fahrdienste). Häufig pflegen die Institutionen einen engen Kontakt mit lokalen Krankenhäusern oder klassischen Pflegeeinrichtungen der Gegend. Ein nationales Netzwerk über die jeweilige Präfektur hinaus, scheint es noch nicht zu geben (vgl. Hüsler 2020, S. 46).⁴

Eine zentrale Zielsetzung dieser Versorgungsform liegt in der Stärkung sozialer Teilhabe und Autonomie. Die Anordnung und Nutzung von Räumen gewinnen in allen Einrichtungen einen bedeutsamen Einfluss auf die Möglichkeit und Ausgestaltung autonomer sozialer Interaktionen. Dabei lassen sich drei verschiedene Konzepte der Raumanordnung bzw. -nutzung unterscheiden:

- (1) Die Nutzung nur eines Raumes für Nutzende⁵ und Kinder. Die Interaktionen zwischen den Personengruppen entstehen frei und nur mit minimaler Einmischung der Pflegenden.

3 Um dieses japanische Phänomen nicht nur aus einer westlichen Perspektive zu betrachten, wurden ebenfalls Arbeiten und Konzepte von japanischen Wissenschaftler*innen wie der Soziologin Chizuko Ueno, dem Soziologen Kyoshi Morioka und dem Ethnologen Tsuneichi Miyamoto herangezogen (siehe ausführlicher: Hüsler 2020).

4 Eine Ausnahme stellen zusammenführende Tagesstätten dar, die sich innerhalb eines definierten Umfeldes als einheitliches Pflegemodell verstehen (siehe 5. Kapitel Erfolgsmodell: Konoyubi Tomare).

5 Menschen, welche in Japan Altenpflege beanspruchen, werden *riyōsha* genannt, was mit dem Begriff Benutzende oder Nutzende übersetzt werden kann.

- (2) Betreuung von Nutzenden und Kindern in getrennten Zimmern/Gebäuden. Die Interaktionen entstehen täglich zu bestimmten Momenten, welche von den Pflegenden inszeniert und mitbestimmt werden.
- (3) Einrichtung nur für Nutzende mit Einbezug externer Kinder bei speziell geplanten Aktivitäten. Hier besteht ein enger Kontakt zu Bildungs- oder Betreuungseinrichtungen für Kinder, die regelmäßig in die Tagesstätte für ältere Erwachsene eingeladen werden.

Die erste Raumordnung wird als ganzheitlich zusammenführende Tagesstätte, die zweite als getrennte zusammenführende Tagesstätte und die dritte als teilweise zusammenführende Tagesstätte bezeichnet (vgl. Hüsler 2020, S. 61). Die weitere Analyse zur sozialen Teilhabe bezieht sich aus Platzgründen jedoch lediglich auf ganzheitlich zusammenführende Tagesstätten (N=8). Diese Raumanordnung erlaubt den Pflegenden einerseits, einen besseren Überblick zu behalten, andererseits Personen mit vorangeschrittenen demenziellen Erkrankungen so weit wie möglich selbstständig und vor allem selbstbestimmt handeln zu lassen. Es bildet sich auf diese Weise ein natürlicher Lebens- bzw. Wohnraum (vgl. Hüsler 2020, 2021). Ganzheitliche zusammenführende Pflegeeinrichtungen planen demnach die Interaktionen zwischen den verschiedenen Personengruppen nicht. Sie setzen auf Spontanität und aktive Mitgestaltung aller Akteur*innen (Nutzende, Kinder, Pflegenden etc.). Dies widerspricht wissenschaftlichen Annahmen, die davon ausgehen, dass Interaktionen in intergenerationellen Pflegeumfeldern geplant werden sollten (vgl. Galbraith et al. 2015; Holmes 2009; Lynott 2007; Schwalbach/Kiernan 2002).

4 Ganzheitlich zusammenführende Pflegeeinrichtungen als autonomieförderndes Umfeld

Ganzheitlich zusammenführende Pflegeeinrichtungen beziehen nicht nur eine breite Auswahl von unterschiedlichen Personengruppen ein, sondern sie fördern Autonomie und soziale Teilhabe der Nutzenden unabhängig von ihrem psychischen oder physischen Zustand. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Gestaltung des Alltags. Die Nutzenden können ihre Fähigkeiten einbringen und auch autonom über die Alltagsgestaltung und die Form ihrer Teilhabe entscheiden. So werden Nutzende beispielsweise gebeten, ihren Fähigkeiten entsprechende Aufgaben wie Tischdecken oder die Zubereitung des Tees für ihre Tagesgemeinschaft zu übernehmen. Einzig die Mahlzeiten und die kurzen Gymnastikübungen (*radio taisō*) sind feste vorgegebene Bestandteile der Tagesstruktur (vgl. Hüsler 2020).

Dabei kann die Verteilung der Aufgaben auch am Pflegebedarf orientiert sein. Die Nutzenden mit niedrigerer Pflegestufe übernehmen beispielsweise so die Rolle der „Katzenfütter*in“, kümmern sich um die Wäsche oder bringen

sich kurzzeitig in die Unterhaltung der Kleinkinder ein. Im Anfangsstadium einer demenziellen Erkrankung können Nutzende solche Aufgaben noch ohne Weisung von Pflegenden oder Betreuenden gestalten (vgl. Hüsler 2020, S. 77). Mit fortschreitender Krankheit wird eine selbstständige Findung neuer Rollen bzw. Aufgaben erschwert. Gemäß Shizuka Saito (2009) können danach jedoch immer noch Rollen mit Schwerpunkt auf verbleibende Fähigkeiten und Berücksichtigung individueller Lebensläufe durch Drittpersonen (Pflegende usw.) vermittelt werden. Wesentlich ist demnach nicht die Etablierung einer Standardlösung innerhalb der Aufgabenverteilung, sondern vielmehr eine Optimierung der Rollenangebote bzw. möglicher Aufgaben.

Kindern, je nach Einrichtung Schul- oder/und Kleinkinder, kommt eine ähnliche Behandlung zugute. Abgesehen von Eckpunkten wie Mahlzeiten oder kurzen sportlichen Aktivitäten sind lediglich Hausaufgaben ein weiterer Teil ihrer Pflichten. Ansonsten können sich die Kinder autonom im Alltag einbringen. Interaktionen zwischen beiden Personengruppen werden nur selten geplant⁶, ergeben sich aber täglich auf natürliche Weise durch die freie Alltagsgestaltung in Form von gemeinsamen Kartenspielen, der Zubereitung von Snacks etc. Sind ältere Erwachsene in einem höheren Pflegestadium (mit oder ohne Demenz) und deshalb nicht im Stande, Interaktionen oder Aktivitäten autonom einzugehen, fungieren Pflegende oder primäre Bezugspersonen der (Klein-)Kinder als Brückenbauer*innen. Solche Interaktionen helfen gerade Demenzkranken mit Interesse an der Kinderbetreuung, da sie teilweise miteinbezogen werden können (vgl. Hüsler 2020, S. 52). Diese Beobachtung gilt laut einem Leiter einer Tagesstätte ebenfalls für Tagesgäste in einem weit fortgeschrittenen Stadium:

Bei diesem Herrn ist die Demenz bereits weit fortgeschritten, dennoch spricht er liebevoll mit den Kindern und passt auf sie auf (Institutionsleiter in Hüsler 2020, S. 86).

Ein weiteres Potenzial von Demenzkranken innerhalb dieses Pflegeumfelds wurde von einem Pfleger in einer anderen Institution, welche ebenfalls viel mit Kindern mit Behinderungen arbeitet, bemerkt:

Sie [Erwachsene mit demenziellen Erkrankungen] denken nicht, dass es sich um ein Kind mit Behinderung handeln würde, was eine gute Sache ist. Normalerweise würden sie [die Betagten] Kinder ermahnen, ruhig zu sein. Ein Kind mit Behinderung ist aber genauso ein Kind und verbotene Sachen sollten für dieses genau gleich gehandhabt werden. (Pfleger in Hüsler 2020, S. 87)

6 Eine Ausnahme stellen des Öfteren traditionelle japanische Feste bzw. Bräuche dar (vgl. Hüsler 2020).

Die vorurteilslose Gleichbehandlung von Kindern mit und ohne Behinderung durch Demenzkranke trägt folglich zu einer Normalisierung im Umgang mit Kindern mit Behinderungen bei. Umgekehrt sind Kinder mit Behinderungen bei der Wahl ihrer Spielpartner*innen gemäß den Beobachtungen der Pflegenden offener und laden eher alle Anwesenden zum Kartenspielen ein (vgl. Hüsler 2020, S. 87 ff.).

Da die Pflegenden innerhalb dieses Pflegeumfelds nur am Rande für die Gestaltung des Alltags zuständig sind und in der Betreuung der Kinder und Erwachsenen mit einer höheren Pflegestufe durch die übrigen Nutzenden unterstützt werden, können diese während ihrer Arbeitszeit neben der Pflege und Betreuung ebenfalls anderen, beispielsweise administrativen Tätigkeiten, nachgehen. Die kleine offene Raumanordnung erlaubt ihnen bei Bedarf oder im Notfall jedoch, sofort zur Stelle zu sein.

Ganzheitliche zusammenführende Einrichtungen in Japan schaffen daher ein Pflegeumfeld, in welchem die Autonomie von Menschen mit Demenz so lange wie möglich aufrechterhalten werden kann und wo diese zudem reziproke Beziehungen aufbauen können. Als „Nebenprodukt“ entsteht ein inklusiver Umgang sowohl mit Menschen mit Demenz als auch anderen marginalisierten Personengruppen (z. B. Kindern mit Behinderungen). In Bezug auf Menschen mit Demenz ist mittels weiterer Studien zu prüfen, ob durch die erreichte soziale Teilhabe eine Milderung ihrer körperlichen und psychischen Symptome festzustellen ist.

Obwohl ganzheitlich zusammenführende Tagesstätten ein schönes Pflegeumfeld schaffen und durch ihre Vorgehensweise eine langanhaltende Selbstbestimmung von Menschen mit Demenz gefördert wird, können sie aufgrund ihrer geringen Aufnahmekapazität nicht als Universallösung dienen. Ein offenes und wenig überwacht Pflegeumfeld lässt sich nur mit kleinen Gruppen realisieren – tatsächlich waren nie mehr als 30 ältere Erwachsene gleichzeitig anwesend (vgl. Hüsler 2021, S. 171). Mit dieser Kapazitätsgrenze können ganzheitlich zusammenführende Tagesstätten ältere Erwachsene zwar in Einklang mit ihrer jeweiligen Pflegephilosophie betreuen, nicht aber jeder Nachfrage nachkommen. Die Beibehaltung einer niedrigen Personenanzahl ist bzw. war einigen der Tagesstätten zudem aufgrund des familienähnlichen Kontextes ein besonderes Anliegen.

5 Erfolgsmodell: Konoyubi Tomare

„Jeder, zu jeder Zeit: Konoyubi Tomare“ (Toyama no chikikyosei 2019).

Eine Tageseinrichtung, welche als Anschauungsbeispiel für ganzheitlich zusammenführende Tagesstätte gilt, ist die Pflegeinstitution Konoyubi Tomare. Diese entstand bereits vor der Einführung der Langzeitpflegeversicherung und ist innerhalb der japanischen Pflegelandschaft selbst über die Grenzen der eigenen Präfektur hinaus bekannt (vgl. Hüsler 2020, S. 46 ff.).

Mit der Eröffnung der Tageseinrichtung *Chaya* wurde das Projekt Konoyubi Tomare 1993 von den Pflegefachfrauen Kayoko Sōman, Nishimura und Ume-hara ins Leben gerufen. Mit der wachsenden Nachfrage vergrößerte sich Konoyubi Tomare um das direkt gegenüberliegende Gebäude *Mukai* als auch um eine Gemeinschaftswohnung für Menschen mit Demenz. Bei den jeweiligen Betreuungsorten handelt es sich um gewöhnliche Wohnhäuser, welche z. B. durch die barrierefreie Gestaltung der Badezimmer nur geringfügig angepasst worden sind. Sōman, welche als die eigentliche Gründerin von Konoyubi Tomare gilt, leitet die Tagesstätte nach einer Philosophie der völligen Inklusion – „niemand soll ausgeschlossen werden“ (ebd.). Betreut und integriert werden alle, die danach fragen, wobei Alter oder Art der Behinderung irrelevant sind. Jeder bzw. jede neue Nutzende wird als Bereicherung für die Gemeinschaft verstanden.

Ich bin der Meinung, dass Senioren und Seniorinnen viel beitragen können. Zum Beispiel Lebensweisheiten weitergeben, etwa den Kindern, die ich vorhin erwähnt habe. Vor allem die Frauen haben ja Erfahrung mit Kindern, da sie ihre eigenen großgezogen haben – dementsprechend finden sie die Kraft, es hier gleichzutun [...] (Nishimura in Hüsler 2020, S. 79).

Das Angebot umfasst bisher Langzeit- und Kurzzeitpflege, ambulante Pflege, Alltagsunterstützung, Betreuung von Klein- und Grundschulkindern als auch von Menschen mit Behinderungen⁷.

In Konoyubi Tomare findet sich in allen Gebäuden eine prinzipiell offene Raumanordnung, die nach eigenen Vorstellungen der Tagesgäste genutzt werden können. Diese Raumanordnung wird lediglich durch Ruhezimmer und Räume für den privaten Gebrauch (z. B. Bad) ergänzt. Die Nutzenden und übrigen Anwesenden verfügen folglich über eine erhöhte Möglichkeit zur Selbstgestaltung ihrer Freizeit, wodurch ein familienähnliches Setting entsteht (vgl.

⁷ Kinder mit Behinderungen sind in Konoyubi Tomare prozentual höher vertreten als in anderen zusammenführenden Tagesstätten und ebenfalls aktive Mitgestalter*innen des Alltags (Hüsler 2020, S. 52 f.).

Hüsler 2021). Im Alltag haben sich dabei verschiedene Aktivitäts- und Integrationsmuster entwickelt. Während morgens die Mehrheit der Nutzenden Basteleien oder anderen Hobbies nachgeht, folgen nachmittags nach der Ankunft der Schulkinder mit und ohne Beeinträchtigung mehr soziale Interaktionen in Form von gemeinsamen Kartenspielen, Spaziergängen oder Essen von Zwischenmahlzeiten.

So entsteht bei Konoyubi Tomare ein integrierender Lebensraum, in dem jeder so akzeptiert wird, wie er ist und Teil dieser kleinen Gemeinschaft werden kann. Die Inklusion endet auch im vorangeschrittenen Alter nicht, da der Sterbeprozess ebenfalls innerhalb der Tageseinrichtung begleitet werden kann. Konoyubi Tomare genießt aufgrund ihres integrativen Betreuungs- und Pflege-modells einen guten Ruf als „a community-based inclusive society“ (Kukimoto 2021, S. 316) und konnte bzw. kann sich durch das Toyama-Pflegedienstmodell (*toyamagata deisābisu*) bzw. das Toyama-Pflegenetzwerk (*toyama kea netowāku*) weiterverbreiten. Dieses Netzwerk wird ebenfalls durch Sōman geleitet und bietet den Mitgliedern die Möglichkeit, sich zu vernetzen, an Seminaren teilzunehmen oder sich auszutauschen. Des Weiteren unterstützen sie Individuen, welche eine eigene Tageseinrichtung eröffnen oder eine bereits bestehende Institution nach Vorbild von Konoyubi Tomare umstrukturieren wollen (vgl. Toyamagata Deisābisu 2009).

6 Fazit

Durch den Anstieg des Anteils Älterer in der Gesellschaft nahm bzw. nimmt die Pflegenachfrage in Japan zu. Die Pflegeverantwortung wurde im Zuge dieser Entwicklung immer mehr durch den Staat übernommen. Es folgten diverse Einführungen von staatlichen Hilfestellungen im Bereich der Altenfürsorge, so u. a. die Langzeitpflegeversicherung im Jahr 2000, durch deren Betonung der Rolle der Kommunen Ansätze einer dezentralen Pflegestrategie indirekt gefördert wurden und insbesondere lokale Pflegeprojekte einfacher finanziert werden konnten. Aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zur Lokalbevölkerung passen sich diese schnell und effektiv an deren Bedürfnisse an. Intergenerationelle Pflegeeinrichtungen in Form von zusammenführenden Tagesstätten verbreiteten sich daraufhin auf lokaler Ebene und weitgehend unkoordiniert landesweit. Obwohl deren Konzepte variieren, stimmen bestimmte maßgebende Faktoren dieser Institutionen, wie der gleichzeitigen Betreuung von Kindern und älteren Erwachsenen, überein.

Zusammenführende Tagesstätten können in unterschiedliche Kategorien eingeteilt werden. In den sogenannten ganzheitlich zusammenführenden Tagesstätten wird mit verschiedenen Alters- und gesellschaftlich marginalisierten Gruppen (wie z. B. Kindern mit Behinderungen) gearbeitet und eine offene

Raumanordnung gepflegt, welche insbesondere für die Selbstbestimmung der Nutzenden ausschlaggebend ist – so werden freigewählte Interaktionen zwischen den Personengruppen erst möglich. Vor dem Hintergrund des hohen Anteils von Älteren mit demenziellen Erkrankungen in den Einrichtungen und der Einbeziehung weiterer Gruppen liefern sie einen sinnvollen und auch erfolgreichen Ansatz der Förderung einer autonomen sozialen Teilhabe und damit der sozialen Integration in die Gemeinschaft gerade von demenziell erkrankten Älteren. Durch die Aufrechterhaltung der Autonomie als auch der sozialen Teilhabe werden zudem kognitive und physische Symptome von Menschen mit Demenz möglicherweise gemildert. Inwiefern körperliche und mentale Verbesserungen durch dieses Umfeld tatsächlich erreicht werden, müsste anhand weiterer Studien geprüft werden. Falls sich dies empirisch belegen lässt, wäre eine bessere Integration für Menschen mit Demenz im Rahmen solcher gemeinschaftsbasierenden Tagesstätten auch außerhalb Japans denkbar.

Zusammenführende Tagesstätten stellen, indem sie einen Ort schaffen, der sich an die Bedürfnisse und Fähigkeiten verschiedener Individuen anpasst und Menschen mit Demenz die Möglichkeit zur sozialen Teilhabe bietet, eine schöne Teillösung innerhalb der japanischen Fürsorgeprogramme zur Integration Älterer oder auch anderen marginalisierten Personengruppen dar. Anhand der anhaltenden Ausbreitung dieses und ähnlicher Konzepte ist zu erwarten, dass weiterhin Nachfrage besteht und das Modell zumindest in Japan zukunftsweisend ist.

Literatur

- Abe, Shinzō (2013): Speeches and Statements by the Prime Minister. japan.kantei.go.jp/96_abe/statement/201309/26generaldebate_e.html (Abfrage: 18.11.2019).
- Brandenburg, Hermann (2002): Autonomie im Alter. Eine ethische und praktische Herausforderung an die professionelle Pflege. In: Krankendienst 75, H. 12, S. 346–383.
- Camargo, Nathaly M. (2017): Human Relationships. A systematic Review of the Outcomes of Intergenerational Programs for Children, Adolescents, Young Adults, Middle Age Adults, and Older Adults. Bachelorarbeit. New Haven: Yale University.
- Campbell, Creighton/Ikegami, Naoki (2000): Long-term care insurance comes to Japan. In: Health Affairs 19, H. 3, S. 26–39.
- Collopy, Bart J. (1988): Autonomy in long term care: some crucial distinctions. In: Gerontologist, 10.1093/geront/28.suppl.10.
- Deutsches Ärzteblatt (2017a): Demenz: Schon eine Stunde soziale Interaktion pro Woche verbessert die Lebensqualität. www.aerzteblatt.de/nachrichten/77063/Demenz-Schon-eine-Stunde-soziale-Interaktion-pro-Woche-verbessert-die-Lebensqualitaet (Abfrage: 12.08.2021).
- Deutsches Ärzteblatt (2017b): Japan plant Datenzentrum zur Analyse von Demenz-Genomen. www.aerzteblatt.de/nachrichten/77783/Japan-plant-Datenzentrum-zur-Analyse-von-Demenz-Genomen (Abfrage: 12.08.2021).

- Galbraith, Bethany/Larkin, Hannah/Moorhouse, Aynsley/Oomen, Tamara (2015): Intergenerational programs for persons with dementia: A scoping review. In: *Journal Gerontological Social Work* 58, H. 4, S. 357–378.
- Holmes, Christine L. (2009): An intergenerational program with benefits. In: *Early Childhood Education Journal* 37, S. 113–119.
- Hüsler, Samira-Salomé (2020): Towards a society in which all elderly people shine, Zusammenführende Pflegeinstitutionen als neues Rollenmodell für Menschen im vierten Lebensalter in Japan. Masterarbeit, Zürich: Universität Zürich.
- Hüsler, Samira-Salomé (2021): Zusammenführende Tageseinrichtungen in Japan: Wie die demographische Transition neue Pflegeansätze fördert. In: Chiavacci, David/Wieczorek, Iris (Hrsg.): *Japan 2021, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. München: Iudicium Verlag. S. 162–186.
- Kukimoto, Mikoto (2021): Current Situation and Challenges of “Inclusive Care”: An Investigation of the “Community Based Inclusive Station Program” in Saga Prefecture. In Miyazawa, Hitoshi/Hatakeyama, Teruo (Hrsg.): *Community-Based Integrated Care and the Inclusive Society: Recent Social Security Reform in Japan*. Singapur: Springer Nature. S. 309–332.
- Kurz, Alexander/Freter, Hans-Jürgen/Saxl, Susanna/Nickel, Ellen (2019): *Demenz. Das Wichtigste. Ein kompakter Ratgeber*. Berlin: Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V.
- Lynott, Patricia. P. (2007): Improving the attitudes of 4th graders toward older people through a multidimensional intergenerational program. In: *Educational Gerontology* 33, S. 63–74.
- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare) (2015): *Ninichishō shisaku suishin sōgō senryaku. Ninichishō kōreisha nado ni yasashī chiki zukuri ni mukete (shin orenji puran) [Strategien zum einheitlichen Voranbringen von Maßnahmen zur Demenz. Für die Bildung einer freundlichen Gemeinschaft für Altersdemente und andere (Neuer Orange Plan)]*. www.mhlw.go.jp/file/04-Houdouhappyou-12304500-Roukenkyoku-Ninchishougyakutai-boushitaisakusuishinshitsu/02_1.pdf (Abfrage: 08.09.2019).
- Rupprecht, Ronald (2008): Psychologische Theorien zum Alternsprozess. In: Oswald, Wolf D./Gatterer, Gerald/Fleischmann, Ulrich (Hrsg.): *Gerontopsychologie: Grundlage und klinische Aspekte zur Psychologie des Alterns*. Wien, New York: Springer Verlag. S. 13–25.
- Saito, Shizuka (2009): *Ninshishō kōrei-sha no shakai-teki yakuwari to tekiō ni kansuru kenkyū. [Forschung über die soziale Rolle und die Anpassung von Demenzkranken]*. In: *Gendai Shakai Bunka Kenkyū* 44, S. 19–35.
- Schäffler, Hilde/Biedermann, Andreas/Gross, Corina (2013): *Soziale Teilhabe. Angebot gegen Vereinsamung und Einsamkeit im Alter. gesundheitsfoerderung.ch/assets/public/documents/de/5-grundlagen/publikationen/gfia/berichte/Via_-_Bericht_Soziale_Teilhalbe__Angebote_gegen_Vereinsamung_und_Einsamkeit_im_Alter.pdf* (Abfrage: 15.09.2019).
- Schwalbach, Eileen/Kiernan, Sharon (2002): Effects of an intergenerational friendly visit program on the attitudes of fourth graders toward elders. In: *Educational Gerontology* 28, H. 3, S. 175–187.
- Shibata, Fumio (2018): *Nihon no kaigo hōkenseido no shomondai: Hōkenseido no jizoku kanōsei to chiiki hōkatsu kea no shomondai (Kawakita Yasuyuki kyōju teinen o taishoku kinen-gō) [Japanese Long-Term Care Insurance Issues (The Insurance System’s Sustainability and Problems of Community-Based Integrated Care Systems)]*. In: *Sendai hōgaku* 51, H. 3–4, S. 261–280.
- Statista Research Department (28.05.2021): Percentage of population aged 65 years and above Japan 2010–2019. www.statista.com/statistics/1149301/japan-share-of-population-aged-65-and-above/ (Abfrage: 20.06.2021).
- Tesch-Römer, Clemens/Wurm, Susanne (2009): Theoretische Position zur Gesundheit und Alter. In: Böhm, Karin/Tesch-Römer, Clemens/Ziese, Thomas (Hrsg.): *Gesundheit und Krankheit im Alter*. Berlin: Robert-Koch-Institut. S. 7–21.

Toyama no chikikyosei (2019): Toyama-gata deisābisu no tanjō [Geburt des Toyama-Pflegermodells]. www.toyama-kyosei.jp/service/birth/ (Abfrage: 23.03.2019).

Toyamagata Deisābisu. (2009): Toyamagata Deisābisu. Motto hiromeyomaike [Toyama-Pflegermodell. Verbreiten wir es weiter]. toyamagata.com/motto/index.html (Abfrage: 12.12.2021).

Ueno, Chizuko (2011): Kea no shakaigaku [Soziologie der Pflege]. Tokyo: Oōta Shuppan.

Institutionelle Gefühlsregulation in der real existierenden stationären Altenhilfe

Andreas Albert und Ingo Bode

1 Einleitung

Die öffentliche und auch fachwissenschaftliche Diskussion zur Entwicklung von Arrangements, die die Begleitung und Versorgung des gebrechlichen Alters betreffen, deutet seit Längerem auf einen Zustand allgemeiner Ungewissheit. Das gilt insbesondere für jene Sorgeverhältnisse, die nicht privat bewerkstelligt werden (können), also die stationäre Altenhilfe. Diese unterliegt weitreichenden sozialpolitischen und organisationalen Vorgaben, die sich im Zeitverlauf verändern und an ihrerseits dynamischen gesellschaftlichen Erwartungen reiben. Zwar zeugen entsprechende Arrangements zunächst davon, dass im Zuge von Modernisierungsprozessen v. a. während des 20. Jahrhunderts das „Caring“ der Gesellschaft für Gebrechliche immer organisierter und teilweise auch inklusiver geworden ist. Das Leben im Heim verläuft nach allgemeinen Standards, es ist (sozialrechtlich gesehen) für alle zugänglich, und zumindest in der jüngeren Vergangenheit besteht der Anspruch, dort möglichst viel Lebensnormalität zu bewahren sowie den Bedürfnissen der letzten Lebensphase umfassend(er) gerecht zu werden. Insoweit mit solchen Arrangements die Sorge der Menschen vor dem Alter(n) entdramatisiert wird, signalisiert schon die schiere Existenz organisierter Altenhilfe das, was wir in diesem Beitrag institutionelle Gefühlsregulation nennen (dazu unten mehr).

Allerdings: Weil diese Arrangements den Charakter einer administrierten Lebenswelt annehmen, werden sie immer auch als – mitunter emotional unangenehme – Beschränkung erfahrbar. Zudem gelingt es dabei offenbar nicht, dem o. g. Anspruch vollends gerecht zu werden. Die Erfahrung der Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit bzw. die Aussicht darauf verleiht der organisierten Altenhilfe schon lange eine soziale Brisanz, die während der Corona-Pandemie nur besonders eindrücklich hervorgetreten ist. Diese Brisanz bezieht sich auch auf die gesellschaftlich immer „ernster“ genommene Norm eines würdigen Sterbens, welche sich v. a. in der Etablierung von Palliativprogrammen und gesonderter Einrichtungen, i.e. den Hospizen manifestiert. Gerade letztere

reflektieren den gesellschaftlichen „Inklusivitätsanspruch“ an Altenhilfe – und sie zeigen zugleich, wie voraussetzungsvoll seine Erfüllung ist.

Brisant sind die Leistungen der Altenhilfe auch deshalb, weil ihre Organisationswelt selbst mit Emotionalität durchsetzt ist – und zwar auch jenseits der Tatsache, dass hier tagtäglich Gefühlsarbeit „am Menschen“ verrichtet wird. Tatsächlich sind die die Praxis der Altenhilfe rahmenden sozialpolitischen wie betrieblichen Vorgaben ihrerseits Quellen einer institutionellen Gefühlsregulation. Sie prägen die Sorgearrangements und deren Leistungsfähigkeit auch dadurch, dass sie den Emotionshaushalt der Organisationen und der in ihnen Beschäftigten beeinflussen. Wer also der o. g. Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit und ihren aktuellen Folgen auf den Grund gehen will, sollte im Blick haben, wie diese Art von Gefühlsregulation in der „real“ existierenden Altenhilfe funktioniert und was sie mit den Sorgenden macht.

Wie der vorliegende Beitrag anhand einer Gegenüberstellung von klassischen Pflegeheimen und stationären Hospizen zeigen möchte, kommt es dabei auch auf übergeordnete Mandate (also: Funktionszuschreibungen) sowie die damit verknüpften Vorgaben an. Eine Zusammenschau diesbezüglich vorliegender Untersuchungen sowie Impressionen aus eigenen Feldstudien legen nahe, dass – wenngleich bestimmte Zwänge einer administrierten Lebenswelt ubiquitär sind – solche Vorgaben im Hinblick auf durch sie generierte emotionale Spannungen durchaus einen Unterschied machen können, was insbesondere vor dem Hintergrund der allgemeineren Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Altenhilfe in diesen Sektoren von Interesse ist. Der Beitrag startet mit einigen theoretischen Vorbemerkungen und beschreibt dann – für den deutschen Kontext – externe und interne Vorgaben an die „real existierende“ Altenhilfe mit Blick auf die Art dieser Spannungen. Abschließend folgen Überlegungen zur Rolle sozialpolitischer Rahmenbedingungen.

2 Institutionelle Gefühlsregulation und Altenhilfe

Dass Organisationen, die „am Menschen“ arbeiten oder zumindest menschliche Befindlichkeiten beeinflussen (sollen oder müssen), mit regulierten Gefühlen operieren, erscheint spätestens seit der viel beachteten Studie von Arlie Hochschild (1983) eine Selbstverständlichkeit. Gleiches gilt für die Einsicht, dass gerade im Bereich sozialer Dienste, Interaktionsarbeit vielfach Gefühlsarbeit ist (vgl. Böhle 2011). Das bedeutet, dass hier Tätige sowohl ihren eigenen Gefühlen als auch den Befindlichkeiten von Nutzer*innen Rechnung tragen bzw. auf letztere Einfluss nehmen (müssen), um „eine für das Gelingen der Dienstleistung förderliche emotionale Verfassung von Kunden und Klienten zu gewährleisten“ (ebd., S. 458). Gerade bezüglich dieser Herausforderung besteht schon lange eine ausgedehnte Diskussion zu deren pathologischen Formen (welche z. B. in den

„Burnout“ führen, vgl. für viele: Schmedes 2021). Die Organisationsforschung hat sich dem „Gefühlsthema“ aber auch mit weiteren Fragestellungen zugewendet und dabei u. a. die Rolle von Emotionen bei der Ordnung und Prozessierung kollektiven Handelns in den Blick genommen (vgl. Zietsma et al. 2019). Betrachtet wurde hier z. B. die Mobilisierung von Angst und Scham zur Erzeugung von Konformität, aber auch von „Wir-Gefühlen“ zum Zwecke der Identitätsbildung. Die Diskussion zeigt allgemein, dass die emotionalen Dimensionen organisationaler Praxis vielschichtig sind und es lohnenswert erscheint, auf dieser Ebene wirkende Regulationen zu rekonstruieren. Das gilt auch und besonders für jene Einrichtungen, die Erving Goffman (1972) einst als „totale Institutionen“ bezeichnet hat und die den Lebensalltag „kasernierter“ Bewohner*innen relativ weitreichend und in feldübergreifend ähnlicher Weise organisieren, z. B. was den Alltagsrhythmus oder die Formen des Zusammenseins betrifft. Diese Ordnungsprozesse wurden schon in den Studien Goffmans als auch emotional vermittelt herausgestellt. Auch weil solche Einrichtungen ein entsprechendes gesellschaftliches Mandat innehaben, verweisen sie auf eine institutionelle Gefühlsregulation im Innern ihrer selbst.

Die Rolle institutioneller Faktoren für die Gefühlsregulation in der Praxis sollte aber auch mit Blick auf regulatorische Vorgaben für die Altenhilfe als Sektor betrachtet werden, was im Schrifttum bislang weniger Beachtung gefunden hat. Institutionelle Gefühlsregulation erfolgt auf dieser Ebene durch Vorgaben, die den Organisationen extern auferlegt werden und häufig sozialpolitischer Natur sind (vgl. Betzelt/Bode 2020). Instruktiv erscheinen hier v. a. Arbeiten zum Bereich der Arbeitsverwaltung, welche zeigen, dass sozialrechtliche Normen mitunter stark beeinflussen, wie die Arbeit „am Menschen“ emotional gestaltet und wie sie von Involvierten gefühlsmäßig erlebt wird (vgl. Penz et al. 2017). Dabei sind regelförmige Einflüsse auf das Handeln von Organisationen allerdings nicht durchweg formalisiert. Manche manifestieren sich auch in kollektiven Erwartungen, die gemeinschaftliches Handeln antreiben, ohne direkt in rechtliche Reglements zu münden – auch im Falle von durch emotional bewegte Protagonist*innen lancierten Initiativen freiwilliger Vereinigungen (vgl. Flam 1990). Diese wirken zunächst nur „stilbildend“ und beeinflussen kulturelle Strukturen. Sobald allerdings ein spezifisches Feld von Organisationen – z. B. in Verbindung mit wohlfahrtsstaatlicher Finanzierung – nach gleichen Regeln ähnliche Leistungen anbietet, findet Institutionalisierung statt und macht aus (einem Teil der) gesellschaftlichen Erwartungen formale Vorgaben (vgl. Pfister 2019).

Was das Verhältnis zwischen externen und internen Vorgaben betrifft, so ist dabei innerhalb von Organisationen prozesstheoretisch von einer gebrochenen Übertragung äußerer in innere Impulse auszugehen: Arbeitsorganisationen entwickeln immer auch eigene Steuerungsansätze, weil sie auf street level pragmatische Lösungen finden müssen und vieles nicht abschließend regulierbar

ist (vgl. Lipsky 2010; Lorino 2018). Das gilt besonders für soziale Dienste. Dabei erzeugt der Umgang mit „schwierigen“ Vorgaben mitunter Spannungen, welche auch emotional vermittelt sind (vgl. Albert/Betzelt/Parschick 2022). Beschäftigte und andere Stakeholder wie etwa Nutzer*innen oder deren Angehörige erleben mitunter eine Kluft zwischen (formal oder informell) Erwartetem und (real) Möglichem als emotionale Belastung – z. B. wenn sie das Gefühl haben, dass Erwartungen verletzt werden, die z. B. im Hinblick auf einen Berufskodex oder für die Legimitation einer Einrichtung kritisch sind. Ein entsprechender „Kontrollverlust“ birgt Verunsicherungspotenzial und kann beängstigend wirken (vgl. Betzelt/Bode 2020). Bedrohlich wirkt dabei auch die Eventualität von Organisationsversagen für den Fall, dass extern auferlegte Normen nicht bzw. nur „auf dem Papier“ eingehalten werden. Diese Gemengelage zeigt sich u. a. bei formalisierten Verfahren der Qualitätssicherung.

Organisationen der Altenhilfe sind Paradebeispiele für solche Konstellationen. Wie vielfach argumentiert wurde, bilden sie nach wie vor Orte einer extern und intern „verwalteten“ Lebenswelt, an die freilich im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung zunehmend höhere Ansprüche gestellt werden (vgl. Hillebrecht 2020). Gefühlsarbeit als solche ist hier – nicht zuletzt bedingt durch die Personalstruktur – eher ein Begleitprogramm. Im Zentrum klassischer Pflegeheime steht betreutes Wohnen, es geht um Unterbringung, Tagesstrukturierung und physische Versorgung, wenngleich häufig der Anspruch besteht, auch Sterbeprozesse zu begleiten. Mit Einrichtungen wie den Hospizen (die sich auch an andere Altersgruppen richten), rückt diese Aufgabe allerdings – ähnlich wie etwa in der Psychiatrie oder in Heimen mit erzieherischen Aufgaben – stärker ins Zentrum des Organisationsauftrags, besteht doch hier die Hauptaufgabe darin, Menschen in einer gemeinhin extrem belastenden Phase intensiv zu betreuen.

In beiden Bereichen müssen Gefühle immer irgendwie in Form gebracht bzw. regelgebunden verarbeitet werden, und in beiden beeinflussen externe wie interne Vorgaben die emotionale Seite von Organisationsprozessen jenseits der Arbeit „am Menschen“. Bezüglich „normaler“ Pflegeheime ist dies bereits verschiedentlich näher beleuchtet worden (vgl. Kada/Lesnik 2019). Für Hospize scheinen besondere Verhältnisse zu gelten, betrachtet man die starke Beteiligung des Ehrenamts, den intensiven Rekurs auf Spiritualität sowie eine dezidierte, zeitlich befristete Fallzentrierung (vgl. Schneider/Stadelbacher 2020). Trotz dieser speziellen Ausrichtung fungieren sie heute als Bestandteil der organisierten Altenhilfe; sie unterliegen zunehmend detaillierten externen Vorgaben, sodass die Frage nach dem Einfluss institutioneller Gefühlsregulation im o. g. Sinne hier kaum weniger virulent erscheint.

3 Impressionen aus der real existierenden Altenhilfe

Nachfolgend untersuchen wir die heute in Deutschlands Altenhilfesystem bestehenden externen Vorgaben und ihre Implikationen mit Blick auf Dynamiken der institutionalisierten Gefühlsregulation, und zwar für Pflegeheime und Hospize. Die Analyse beleuchtet anschließend die Umsetzung der Vorgaben in den Einrichtungen und wendet sich dann dem zu, was wir Folgekomplikationen nennen und sich in emotionalen Spannungen manifestiert, die sich aus der o. g. Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit bzw. dem Erleben von Kontrollverlusten ergeben. Für den Bereich klassischer Pflegeheime bleibt die Darstellung stärker summarisch, weil hier auf einen breiten Fundus einschlägiger Befunde zurückgegriffen werden kann. Dem Bereich der Hospizarbeit widmen wir uns etwas ausführlicher und mit mehr empirischen Illustrationen.

3.1 Vorgaben von außen und ihre Implikationen

Pflegeheime unterliegen in Deutschland einer komplexen sozialrechtlichen Regulierung, welche hier nicht im Detail ausgebreitet werden muss und kann (vgl. Brandenburg et al. 2014, S. 51–71; Auth 2019). Es handelt sich bei ihnen um semi-totale Institutionen insofern, als sie nach wie vor den Lebensalltag der meist stark unterstützungsbedürftigen Bewohner*innen mit begrenzten Ressourcen hochgradig „durchorganisieren“, sich aber tendenziell nach außen öffnen, etwa indem sie Angehörige oder Ehrenamtliche gezielt miteinbeziehen oder auch diverse „Freizeitaktivitäten“ in den Organisationsalltag einbauen. Ihr Alltagsbetrieb unterliegt zahlreichen Vorgaben des Sozialrechts sowie Verträgen, die die Arbeit strukturieren und kontrollieren.

Das hat unter den heute gegebenen Rahmenbedingungen bestimmte Implikationen.¹ Der Umgang mit Fluktuation, Personalausfall und Neurekrutierungsbedarf gilt verbreitet als permanente Herausforderung. Es bestehen Personalmindestquoten, welche allerdings (bislang) als manipulationsanfällig gelten und „gesetzestreue“ Anbieter unter Umständen wirtschaftlich in die Enge treiben, etwa bei überdurchschnittlichen Personalausfällen oder weniger belastungsfähigen Belegschaften. Zeitknappheit ist gerade dann hochwahrscheinlich. Erschwert sind ferner Bemühungen, Systeme der – kontinuierliche, persönlichere Interaktion ermöglichenden – Bezugspflege aufrechtzuhalten und sog. Betreuungsleistungen, welche meist von speziellen (ungelernten) Arbeitskräften

1 Bei der Analyse der Situation in den Heimen greifen wir hier und im Weiteren auch auf Befunde qualitativer Feld- und Fallstudien zurück, die wir (zusammen mit Prof. Dr. Sigrid Betzelt und Sarina Parschick) im Rahmen eines von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekts (EMOSOL) erhoben haben.

oder auch informell Beteiligten erbracht werden, mit dieser zu koordinieren. Die regulatorischen Vorgaben (der Pflegeversicherung und aus der Sozialhilfe) begünstigen vielmehr die Fragmentierung des Personaleinsatzes: Pflegekräfte betreuen „nebenbei“, eigens eingesetzte Betreuungskräfte klammern pflegerische Leistungen aus.

Leistungsbewertungen beziehen sich v. a. auf geleistete Dokumentationen, körperliche Zustände von Bewohner*innen und Zufallsbefragungen und erfolgen regelmäßig im Rahmen externer Qualitätskontrollen (vgl. Brandenburg et al. 2014, S. 194 ff.). Da Heime sich als Marktakteure begreifen und die Pflegeversicherung nur eine Teilkaskofinanzierung bietet sowie Zuzahlungen beträchtlich sind, wird bei Bewohner*innen und v. a. ihren Angehörigen eine Kundenmentalität angereizt, die angesichts der o. g. Rahmenbedingungen empörungs- und enttäuschungsanfällig ist, v. a. wenn persönliche Bedarfe nicht wunschgemäß befriedigt werden und unterstellt wird, dass dies anderorts anders wäre.

Die Verhältnisse in den Hospizen weichen davon in Teilaspekten ab. Ihr primäres Ziel besteht darin, den Aufenthalt Sterbender zu gestalten, und zwar „so beschwerdearm wie möglich und entsprechend ihrer individuellen Wünsche und Fähigkeiten inhaltsvoll und sinnerfüllt“ (Müller 2007, S. 477). Historisch gesehen betont die (christlich-frühmittelalterliche) Hospizidee dabei weniger den Organisationscharakter dieser Aktivität als die „Haltung von sorgenden Personen“ bzw. „eine (Sorge-)Kultur der Gesellschaft“ (Fleckinger 2018, S. 31).² Triebkraft dieser Idee war vielfach eine Kritik an der Sterbewirklichkeit in Krankenhäusern, denen ein klinisch-kalter Umgang mit Betroffenen vorgehalten wurde. An dessen Stelle sollte eine an individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Humanisierung treten: „Aus bloßem Sterben“ sollte Sterbebegleitung werden“ (Schneider 2008, S. 14). Organisiertes Handeln erfolgte hier zunächst im Modus einer bürgerschaftlichen Bewegung und mit einer engagierten Anhängerschaft aus ehrenamtlichen Helfer*innen. Mit dem Hospiz als Bewegung war es jedoch spätestens seit dessen institutioneller Einbindung in das „normale“ Gesundheitswesen geschehen (vgl. Pfeffer 1998, S. 185 ff.). Nun führte kein Weg mehr an der Etablierung formaler Standards vorbei: Es waren Lizenzen nötig, um Patient*innen aus Krankenhäusern und Pflegeheimen aufnehmen zu dürfen, und es griffen nun Richtlinien zur Gewährleistung eines gewissen Qualitätsniveaus (vgl. ebd., S. 190). Schneider spricht diesbezüglich von der „Etablierung und Erstarrung der Hospizbewegung zur verfestigten Organisation“ (2017, S. 73).

2 Die entsprechende Bewegung wurde von der Engländerin Cicely Saunders in Gang gesetzt, welche Ende der 1960er Jahre das Londoner St. Christopher's Hospice gründete. Zwar existierten in England zuvor bereits Häuser wie das irische *Our Lady's Hospice for the Dying* oder später das *St. Luke's Hospital*, als Gründungseinrichtung gilt jedoch das St. Christopher's Hospice (Fleckinger 2018, S. 32 ff.).

In Deutschland vollzog sich diese Institutionalisierung v. a. nach Beginn der 2000er Jahre, nachdem schon vorher erste hauptamtlich koordinierte Vereine entstanden waren und eine allmähliche Professionalisierung der Betreuung sowie Schulung des Ehrenamtes eingesetzt hatte. Entsprechend wuchs die Anzahl stationärer Einrichtungen (vgl. Fleckinger 2018, S. 42 ff.). Gegenwärtig existieren neben rund 1.500 ambulanten Hospizdiensten ca. 250 stationäre Hospizeinrichtungen für Erwachsene (vgl. DHPV 2021). Deren Finanzierung erfolgt mittlerweile zum größten Teil aus Geldern der Krankenkassen, die 95% der zuschussfähigen Kosten übernehmen. Der Rest muss aus Spenden gedeckt werden. Freizeitangebote bzw. kulturelle Veranstaltungen gelten nicht als zuschussfähig, ebenso wenig wie Aktivitäten der Trauerarbeit, die sich über den Tod von Versicherten hinaus erstreckt (vgl. Rahmenvereinbarung³, DHPV 2017). Was die Personalstruktur angeht, so existieren zwar bundesweit einheitliche Orientierungsgrößen für festangestellte Kräfte, doch wird nach wie vor ein reges Engagement ehrenamtlicher Helfer*innen institutionell vorausgesetzt; diese gelten noch immer als „ein Kernelement der Hospizarbeit“ (RV, DHPV 2017). Darüber hinaus werden im Hospiz auch noch weitere, externe Praktiker*innen tätig, die ebenfalls meist aus Spendengeldern finanziert werden.⁴

Die Bedeutung äußerer Vorgaben manifestiert sich nicht zuletzt in den relativ strikten Aufnahmekriterien für Betroffene sowie in diversen, extern geprüften Dokumentations- und Qualitätsvorgaben. So wird die Aufnahme Sterbender nur bei Vorliegen ganz bestimmter, festgelegter Erkrankungen refinanziert und ist dabei zunächst auf vier Wochen befristet. Die Belegungspraxis wird von außen scharf beobachtet, die Arbeit ist zeitlich kontingentiert, und es besteht hoher Auslastungsdruck. Auch wegen der Eigenanteile steht und fällt dabei die Betreuungsleistung mit der „Qualität“ von Ehrenamtlichen. Das heute geltende Reglement macht aus Hospizen Organisationen mit festen Vorgaben von außen und begrenzten Ressourcen, was im Feld verbreitet als Herausforderung⁵ begriffen wird. Man spürt, dass das ideelle Versprechen einer ganzheitlich umsorgenden Sterbebegleitung unter den gegebenen institutionellen Rahmenbedingungen nur bedingt eingelöst werden kann.

3 Im Folgenden mit RV abgekürzt.

4 Dazu zählen z. B. Kunst-, Musik- oder Atemtherapeut*innen, um nur einige Beispiele zu nennen (vgl. Wenzel 2018, S. 80 für einen umfangreichen Überblick).

5 Dabei wird im Feld nicht selten auf die Notwendigkeit schwächer formalisierter Ressourcen verwiesen. So heißt es bei Mühlum und Student: „Hospizarbeit und Palliative Care wären gut beraten, die eigenen Strategien und Maßnahmen daraufhin zu überprüfen und wo nötig neu auszurichten, um die richtige Balance von Beruf und Ehrenamt, Fachlichkeit und Emotionalität, bürgerschaftlicher und sozialstaatlicher Verantwortung zurückzugewinnen, ja zu gewährleisten“ (Mühlum/Student 2016, S. 161).

3.2 Interne Vorgaben und „Folgekomplikationen“ im Organisationsalltag

Nicht alles, was in den beiden betrachteten Bereichen geschieht, ist von außen vorgegeben. Vieles kann oder muss intern entwickelt und durchgesetzt werden, wofür trotz der sozial-rechtlichen und vertraglichen Auflagen gewisse Spielräume bestehen (vgl. Hämel 2012; Bode 2017; Bleck et al. 2020; Brandenburg et al. 2021). Dessen ungeachtet kann oder will⁶ die Personalpolitik der meisten Heime diese Auflagen nicht durchbrechen: Die Arbeit ist meistens rigide durchgetaktet, das Qualitätsmanagement stark formalisiert, die funktionale Fragmentierung stark ausgeprägt (vgl. Hielscher et al. 2013; Nielbock 2017). Im Rahmen der gegebenen Ressourcenausstattung müssen Leitungskräfte einen „Spagat“ zwischen Mitarbeiterorientierung und Kundenorientierung (vgl. Hielscher et al. 2013, S. 70) vollziehen und jeweils prüfen, was ihnen situational risikoärmer erscheint. Teilhabeorientierte Angebote an die Bewohner*innen hängen vom Zugriff auf besonders engagierte Beschäftigte ab. Angehörigenarbeit muss häufig en passant erledigt werden und bringt ganz eigene Herausforderungen mit sich, wie Beschäftigte in Fallstudien darlegen: „Wir therapieren manche Angehörige regelrecht mit“ (ebd., S. 69; vgl. auch Grammer 2019). Eine verbreitete Erfahrung der Pflegekräfte ist überdies die Enttäuschung eigener Qualitätsmaßstäbe (vgl. Kada/Lesnik 2019; vgl. auch Albert/Betzelt/Parschick 2022). Hinzu kommen Irritationen auf Grund externer Qualitätskontrollen, welche oft als nicht sachgerecht beurteilt werden, aber wegen ihrer Unwägbarkeit notorisch verunsichernd wirken (vgl. Albert et al. 2022).

Erkennbar wird hier ein spezifischer Modus der institutionellen Gefühlsregulation: Externe Regelungen und ihre Übersetzung in organisierte Vorgaben provozieren emotionale Spannungen, die Folgekomplikationen zeitigen (können). Das betrifft zunächst die – in der Literatur breit dokumentierte – Einschränkung von Spielräumen für Gefühlsarbeit „am Menschen“ (Schmedes 2021), v. a. durch die zeitliche Organisation der Tätigkeiten bzw. den alltäglichen Verrichtungsdruck sowie wegen einer nur schwach (re)koordinierten Arbeitsteilung. Gerade unter den o. g. Bedingungen (Kundenmentalität; Fragmentierung der Aufgabenerledigung) wird auch die Auseinandersetzung mit Angehörigen zur ständigen Quelle der Verunsicherung. Gleiches gilt für die Logik der Qualitätsprüfungen, die bei Pflegekräften das Gefühl von „Kontrollverlust“ erzeugen, weil sie aus ihrer Sicht Leistungen falsch abbilden und das Risiko eines attestierten Organisationsversagens bergen, was wiederum einrichtungsintern Verantwortungszuweisungen nach sich zieht (vgl. Albert et al. 2022). Angesichts des Pflege(personal)notstands müssen Führungs- und Leitungskräfte, obwohl sie

6 Zu beachten ist, dass ein beachtlicher Teil des Sektors gewinnwirtschaftlich orientiert ist und Renditen auch durch Abstriche an der Qualität realisiert werden (Geraedts et al. 2016).

unter Druck stehen, dennoch vorsichtig hantieren: Viele Beschäftigte verfügen mittlerweile ihrerseits über Druckmittel und drohen, zu anderen Arbeitgebern abzuwandern und Engpässe so zu verstärken.

In all den genannten Dimensionen lauern mithin Potenziale der Verunsicherung bis hin zur Verängstigung. Zumindest belasten bestehende Risiken das Denken und Handeln von Leitungskräften und ausführendem Personal mitunter erheblich: Führungskräfte sind – z. B. in Reaktion auf auch durch solche Erfahrungen bedingte Krankmeldungen – versucht, den Druck von außen als Drohung nach innen weiterzugeben (z. B. als Ankündigung gekürzter Sonderzahlungen oder eines Einsatzes unbeliebter Zeitarbeit) und die externen Vorgaben (etwa bei der Qualitätssicherung) mit den typischen Werkzeugen hierarchischer Arbeitsorganisationen intern durchzusetzen, was angesichts von erhöhten Risiken der Personalabwanderung indes einen schwierigen Balanceakt erfordert (vgl. ebd.). Das Pflegepersonal wiederum stellt auch und gerade wegen der emotionalen „Extra-Anspannung“ die Sinnfrage, ganz unabhängig von der alltäglichen Gefühlsarbeit beim Umgang mit Bewohner*innen.

Was die Hospize betrifft, so scheinen die Effekte der institutionellen Gefühlsregulation zum Teil spezifischer Natur (vgl. Albert 2019).⁷ Die Fokussierung auf das Sterben bringt offenbar spezifische Organisationserfahrungen hervor und wird bei vielen Beteiligten auch so empfunden – insbesondere vor dem Hintergrund negativer Vergleichsfolien, was die Orte des Sterbens betrifft. Betrachtet man das Gefühlsleben der Beschäftigten jenseits einer etwaigen emotionalen Beanspruchung durch das eigentliche Kernprogramm der Sterbebegleitung⁸, wird deutlich, dass dabei dennoch externe Vorgaben intern Wirkung zeigen.

Zwar erscheint das Hospiz vielen Beschäftigten als „attraktiver“ Arbeitsort, gerade vor dem Hintergrund typischer Sorgearrangements anderorts: Im Hospiz, so erläutert eine Befragte, sei insgesamt „eine sehr große Leidenschaft für die Arbeit da“, die einem jedoch, wie sie zu verstehen gibt, „im Krankenhaus

7 Als Grundlage für das Weitere dienen v. a. Erkenntnisse aus einer Sekundäranalyse einer von Andreas Albert 2019 am Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie und Gesellschaftstheorie (Prof. Dr. Armin Nassehi, LMU München) eingereichten Masterarbeit. Diese basiert auf der Auswertung halbstandardisierter, qualitativer Interviews mit Hospizbeschäftigten, welche im Rahmen des DFG-Projekts *Vom „guten Sterben“. Akteurskonstellationen, normative Muster, Perspektivendifferenzen* erhoben wurden.

8 Wie z. B. durch die unmittelbare Konfrontation mit Tod und Sterben. Diese Belastung wurde bereits häufiger untersucht, so z. B. anhand der Analyse kollektiver Entscheidungsmuster als strategischem Instrument gegen eine individuelle Überforderung des Hospizpersonals in schwierigen Situationen (Walker/Breitsameter 2012). Thema dieser Forschung war ferner der Mehrwert „supervisorischer Praxis“ (Hermann 2020, S. 535), ausgehend von der Beobachtung, dass eben gerade „das häufige Erleben von Sterben und Tod auch eine Konfrontation mit der eigenen Endlichkeit, mit eigenen Ängsten dar[stellt]“ (ebd., S. 533). Auch zum Umgang mit sowie der Herstellung von Nähe und Distanz durch Pflegekräfte existieren anschauliche Analysen (vgl. z. B. Pfeffer 2005).

oder im Altenheim ... systematisch ausgetrieben“ werde, weil dort „die Systemzwänge so groß sind“ (I_MA_Pfleger*in 1).⁹ Man sieht sich „personell wahnsinnig gut aufgestellt“ und brauche eigentlich „nicht mehr Zeit“; es gebe „genügend Menschen..., die da einfach ohne Ziel reingehen“ (I_MA_Pfleger*in 2) – womit die Ressource ehrenamtlicher Helfer*innen und externer Praktiker*innen angesprochen wird.

Gleichwohl wird die (Gesamt-)Situation im Hospiz durchaus als ambivalent bewertet, was sich insbesondere bei denen zeigt, die institutionelle „Schnittstellenarbeit“ leisten bzw. sich um formal-organisatorische Belange kümmern müssen. Während Pflegekräfte im Hospiz ihre Aufmerksamkeit auf das Wohlergehen einiger weniger Bewohner*innen fokussieren können, scheint etwa die Aufnahmeleitung dieses (im Idealfall) „entspannte“ Setting nur durch schwierige Balanceakte absichern zu können. Man müsse hier häufig „sehr viel Druck und Angriff aushalten“ (I_MA_Aufnahmeleitung), denn es gelte, mit sozialpolitisch begrenzten Ressourcen einer großen Anzahl erwartungsvoller Stakeholder gerecht zu werden. So müsse man z. B. Ärzt*innen permanent unterbreiten, dass die Einrichtung keine Plätze „verkauft“. Intern gelte man stets als „schuld an den Herausforderungen, denen sich die Kollegen stellen müssen“ (ebd.). Es geht hier um die Handhabbarkeit von zunächst „unberechenbaren“ Fällen im Organisationsalltag: Eine der beiden befragten Leitungskräfte sieht das Aufnahmeteam gar als „kleine[n] Feind“ der Kolleg*innen am Bett: „Je nachdem welche Bewohner da sind, sind sie nicht gut mit uns“ (ebd.).

Hier zeigt sich ein schwieriger emotionaler Balanceakt mit latentem Angstpotenzial, welcher (auch) aus externen Vorgaben resultiert. Diese setzen angesichts voller Wartelisten harte Grenzen. Gleichzeitig fühlt man sich „den Menschen verpflichtet, dem es am dreckigsten geht, also am schlechtesten von der Symptomkontrolle, und wo auch das Familiensystem viel Unterstützung braucht“ (ebd.). Dilemmatische Situationen sind in den Entscheidungszwängen strukturell angelegt und können zur Enttäuschung kritischer Stakeholder führen – seien es anfragende Ärzt*innen, Betroffene in Not oder die eigene Belegschaft, z. B. wenn diese sich bereits ausgelastet fühlt. Wo regelmäßig um die Gunst der genannten Personenkreise „gebangt“ werden muss, kann man dem oben formulierten Anspruch realiter nur schwerlich gerecht werden.

Hinzu kommt, dass das Ehrenamt, von welchem die Hospizarbeit nach wie vor stark abhängig ist, immer anspruchsvoller wird und seine Arbeit vermehrt in einem „Spannungsfeld zwischen Geben und Nehmen“ (Fleckinger 2018, S. 138) verrichtet. Eine wichtige Ressource droht hier zu einem weiteren Unsicherheitsfaktor zu werden. Auch in dieser Hinsicht bestehen Anforderungen an eine emotional strapaziöse Organisationskommunikation. Im Vergleich

9 Das Zitat bezieht sich auf eine stationäre Einrichtung in Vereinsstruktur mit einer Kapazität von 16 Betten.

zu klassischen Pflegeheimen scheint der dezidierte Fokus auf Begleitung in einem zeitlich begrenzten Rahmen und einer emotional extrem belastenden Lebensphase zwar in organisationaler Hinsicht spannungsärmer, wohl auch, weil Extraressourcen und -motivationen verfügbar sind. Die Verallgemeinerung des Leistungsangebots freilich provoziert unter den gegenwärtigen (wohlfahrtsstaatlichen) Rahmenbedingungen ähnliche Verunsicherungs- und damit auch Verängstigungspotenziale.

4 Fazit

Unsere Ausführungen zeigen zunächst allgemein, dass administrierte Lebenswelten im Bereich der Altenhilfe Gefühlsarbeit „am Menschen“ ebenso ermöglichen wie limitieren. Moderne Gesellschaften schaffen gezielt Orte (bzw. speziell konstruierte Settings) für die Betreuung des hohen Alters, wodurch organisierte Altenhilfe überhaupt machbar wird. Das erscheint vielen bedrückend, entlastet indes – ungeachtet der Sorgebereitschaften im privaten Raum – einen Großteil der Bevölkerung auch in emotionaler Hinsicht. In der Gegenwart, mit einer eher wachsenden Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, scheint sich dieses Paradox noch zuzuspitzen – auch die entwickelten Gesellschaften des 21. Jahrhunderts müssen wohl mit ihm leben. Das gilt auch für die „natürlichen“ Belastungen von Gefühlsarbeit, etwa wenn es um das Verhältnis von Nähe und Distanz oder den Umgang mit Leiden und Sterben geht.

Die Kernbotschaft dieses Beitrags lautet jedoch, dass die gesellschaftliche Organisation der Altenhilfe, die sowohl durch sozialpolitische (regulatorische) Vorgaben als auch durch betriebliche (managerielle) Steuerungen ins Werk gesetzt wird, ganz eigene Formen der Emotionalisierung generiert. Das, was wir hier als institutionelle Gefühlsregulation begreifen, manifestiert sich in emotionalen Spannungen jenseits der o. g. „natürlichen“, in Prozessen der Interaktionsarbeit zu bewerkstelligenden Belastungen und resultiert aus externen und internen Vorgaben an die Leistungserbringung in den Einrichtungen. Diese Vorgaben können selbst im Kontext einer an administrierte Lebenswelten delegierten Sorgearbeit unterschiedlich ausgestaltet sein – was auch bedeutet, dass sie innerhalb dieses Kontexts gesellschaftlich bzw. politisch gestaltbar sind. Bestehende Unterschiede folgen zwar nicht zuletzt den je spezifischen Zweckbestimmungen. Aber wie das Beispiel der Hospizidee vor Augen führt, ergeben sich diese immer auch aus „sozial bewegtem“ kollektiven Handeln, welches kulturelle Standards und aus diesen erwachsene regulatorische Vorgaben beeinflussen kann. Wenngleich einsetzende Institutionalisierungsprozesse dieser Idee auch gewisse Grenzen setzen, hat letztere den gesellschaftlichen Umgang mit dem hohen Alter verändert.

Im gegebenen wohlfahrtsstaatlichen Rahmen funktioniert institutionelle Gefühlsregulation in den beiden hier betrachteten Settings durchaus ähnlich – aber es gibt eben auch Unterschiede. Ähnlich sind bestimmte administrative Mechanismen (Aufnahmeregeln; Zeitordnungen; Berufsrollen), durch die Gefühle gleichsam in Form gebracht werden. Differenzen zeigen sich im Hinblick auf die „Zurichtung“ von Arbeitsprozessen. Im Pflegeheim muss man, angesichts des bestehenden Reglements, Versorgung nachweisbar sicherstellen und Zuwendung gleichsam rationieren bzw. auf bestimmte Gelegenheiten konzentrieren. Diese Zurichtungslogik erscheint in Hospizen, auch wegen der ehrenamtlichen Ressourcen, weniger stark ausgeprägt. Wenngleich der starke Rekurs auf solche Ressourcen dabei ganz eigene Unabwägbarkeiten schafft, wirkt der organisationale Umgang mit bestehenden Vorgaben insgesamt entspannter – wohl auch, weil die bestehenden Vorgaben hier weniger invasiv wirken als im Falle klassischer Pflegeheime.

Dort sind die emotional vermittelten Folgekomplikationen der externen und internen Vorgaben durchaus gravierend: Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit wird von den Belegschaften tagtäglich ausagiert, die Eventualität, dass selbst basale Ansprüche an berufliche Sorgearbeit unter Umständen nicht realisierbar sind, wirkt bedrohlich. Gleiches gilt für das Risiko einer schlechten Bewertung von außen, deren Ursachen (wenigstens teilweise) jenseits der eigenen Kontrolle liegen und deren Ergebnis unabwägbar erscheint – zumal die bei externen Prüfungen verwendeten Qualitätsindikatoren bei Pflegekräften als wenig aussagekräftig gelten. Hinzu kommen schwierige Balanceakte auf Seiten des Managements, welches versucht ist, interne Reibungsverluste durch zumindest latente Drohungen zu minimieren – wobei es sich wegen drohender Personalabwanderungen auf dünnem Eis bewegt.

Die real existierende institutionelle Gefühlsregulation trägt somit einerseits zum Funktionieren der organisierten Altenhilfe bei, stiftet andererseits aber auch permanent Verunsicherung bis hin zur Verängstigung. Das verweist auf eine regulationsbedingte emotionale Anspannung, welche unter Umständen zu Leistungsabfall führt. Der Fall der Hospize zeigt dabei zweierlei: Mit anderen Vorgaben und Erwartungen (formaler und informeller Art) fällt diese Anspannung anders aus, aber gleichzeitig provoziert sozialpolitische Steuerung – jedenfalls unter den gegebenen wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen – hier teilweise ähnliche Dynamiken. Man kann sich gut vorstellen, dass Umstellungen in dieser Steuerung – wenngleich sie der Gefühlsarbeit „am Menschen“ ihre „natürlichen“ Lasten (Mitleiden, Hilfslosigkeit, Trauer, etc.) – kaum nehmen können – solche regulationsbedingten Spannungen entschärfen können. Allerdings setzt dies stärkere institutionelle Sorgebereitschaften in Staat und Gesellschaft voraus – und wohl auch neue Arrangements bei der Verteilung der (nicht zuletzt) finanziellen Sorgelasten.

Literatur

- Albert, Andreas (2019): Emotionen in Organisationen. Eine Untersuchung am Beispiel des Umgangs mit Trauer in Hospiz- und Palliativeinrichtungen. Masterthesis am Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie und Gesellschaftstheorie der LMU (Armin Nassehi). München.
- Albert, Andreas/Betzelt, Sigrid/Parschick, Sarina (2022): Soziale Dienstleistungen unter Druck: Ökonomisierungsgetriebene Handlungsdilemmata und ihre emotionalen Implikationen. In: Betzelt, Sigrid/Fehmel Thilo (Hrsg.): Deformation oder Transformation? Analysen zum wohlfahrtsstaatlichen Wandel im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: Springer VS.
- Albert, Andreas/Betzelt, Sigrid/Bode, Ingo/Parschick, Sarina (2022): Management mit Angst? Führungskräfte im Sozialwesen zwischen Kontrolldruck und Rettungsambitionen. In: Arbeit 30, H. 3, (im Erscheinen).
- Auth, Diana (2019): Politikfeld „Pfleger“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 33/34, S. 4–11.
- Betzelt, Sigrid/Bode, Ingo (2020): Entfremdung vom Sozialstaat? Angsterfahrungen in Arbeitskontexten der Daseinsvorsorge. In: Martin, Susanne/Linpinsel, Thomas (Hrsg.): Angst in Kultur und Politik der Gegenwart. Beiträge zu einer Gesellschaftswissenschaft der Angst. Wiesbaden: Springer VS. S. 141–158.
- Bode, Ingo (2017): Governance and performance in a „marketized“ nonprofit sector. The case of German care homes. In: Administration & Society 49, H. 2, S. 232–256.
- Böhle, Fritz (2011): Interaktionsarbeit als wichtige Arbeitstätigkeit im Dienstleistungssektor. In: WSI Mitteilungen 9, S. 456–461.
- Brandenburg, Hermann/Bode, Ingo/Werner, Burkhard (2014): Soziales Management in der stationären Altenhilfe. Kontexte und Gestaltungsspielräume. Bern: Huber.
- Brandenburg, Hermann/Lörsch, Martin/Bauer, Judith/Ohnesorge, Bernadette/Grebe, Christian (2021): Organisationskultur und Quartiersöffnung in der stationären Altenhilfe. Wiesbaden: Springer VS.
- Deutscher Hospiz- und Palliativverband e.V. (DHPV) (2021): „Zahlen, Daten und Fakten zur Hospiz- und Palliativarbeit“. www.dhvp.de/zahlen_daten_fakten.html (Abfrage: 11.08.2021).
- Flam, Helena (1990): Emotional man: A third perspective on collective and corporate action [I and II]. In: International Sociology 5, H. 1, S. 39–56 und H. 2, S. 225–234.
- Fleckinger, Susanne (2018): Hospizarbeit und Palliative Care. Zum wechselseitigen Arbeitsverhältnis von Haupt- und Ehrenamt. Wiesbaden: Springer VS.
- Geraedts, Max/Harrington, Charlene/Schumacher, Daniel/Kraska, Rike (2016): Verhältnis zwischen Qualität, Preis und Profitorientierung deutscher Pflegeheime. In: Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen 112, S. 3–10.
- Goffman, Erving (1972): Asyl. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Grammer, Ilona (2019): Angehörige im Altenpflegeheim: Eine empirische Analyse der Alltagsvorstellungen und -theorien bei Mitarbeitern. Dissertationsschrift: PTHV Vallendar.
- Hämel, Kerstin (2012): Öffnung und Engagement. Altenpflegeheime zwischen staatlicher Regulierung, Wettbewerb und zivilgesellschaftlicher Einbettung. Wiesbaden: Springer VS.
- Hermann, Ursula (2020): „Was macht ihr, der Patient stirbt sowieso!“ Forschungssupervision im Feld der Hospiz- und Palliativversorgung. In: Organisationsberatung, Supervision, Coaching 27, H. 4, S. 527–537.
- Hielscher, Volker/Nock, Lukas/Kirchen-Peters, Sabine/Blass, Kerstin (2013): Zwischen Kosten, Zeit und Anspruch. Das alltägliche Dilemma sozialer Dienstleistungsarbeit. Wiesbaden: Springer VS.

- Hillebrecht, Moritz (2020): Das Altenheim – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft einer sozialen Fürsorgeinstitution. In: Stadelbacher, Stephanie/Schneider, Werner (Hrsg.): Lebenswirklichkeiten des Alter(n)s. Vielfalt, Heterogenität, Ungleichheit. Wiesbaden: Springer VS. S. 293–322.
- Hochschild, Arlie (1983): *The managed heart. Commercialization of human feelings*. Berkeley: University of California Press.
- Kada, Olivia/Lesnik, Tanja (2019): Facetten von „moral distress“ im Pflegeheim. Eine qualitative Studie mit examinieren Pflegekräften. In: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 52, S. 743–750.
- Lipsky, Michael (2010): *Street-Level Bureaucracy. Dilemmas of the Individual in Public Services*. New York: Russel Sage Foundation.
- Lorino, Philippe (2018): *Pragmatism and Organization Studies*. Oxford: Oxford University Press.
- Müller, Monika (2007): Hospiz(-bewegung). In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): *Fachlexikon der sozialen Arbeit*. Baden-Baden: Nomos.
- Nielbock, Sonja (2017): Die Arbeitssituation in der Altenpflege – stark durch Genderaspekte geprägt. In: Braun, Angelika/Kutzner, Edelgard/Pieck, Nadine/Schröder, Christina (Hrsg.): *Gender in Arbeit und Gesundheit. Standortbestimmung & Perspektiven*. Augsburg & München: Werner Hampp, S. 86–105.
- Penz, Otto/Sauer, Birgit/Gaitsch, Myriam/Hofbauer, Johanna/Glinsner Barbara (2017): Post-bureaucratic Encounters: Affective Labour in Public Employment Services. In: *Critical Social Policy* 37, S. 540–561.
- Pfeffer, Christine (1998): *Brücken zwischen Leben und Tod: Eine empirische Untersuchung in einem Hospiz*. Köln: Köppe.
- Pfeffer, Christine (2005): „Ich hab’ gar nicht gemerkt, wie ich da reingezogen wurde“: Zur Dynamik von Individualisierung und Nähe in der Pflegearbeit stationärer Hospize“. In: Knoblauch, Hubert/Zingerle, Arnold (Hrsg.): *Thanatosoziologie. Tod, Hospiz und die Institutionalisierung des Sterbens*. Berlin: Duncker & Humblot. S. 103–124.
- Pfister, Jannik (2019): Institutionalisierung als soziale Bewegung. Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und Institutionen jenseits des politischen outcome. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 32, H. 2, S. 178–191.
- Rahmenvereinbarung nach § 39a Abs. 1 Satz 4 SGB V über Art und Umfang sowie Sicherung der Qualität der stationären Hospizversorgung vom 13.03.1998, i. d. F. vom 31.03.2017 (RV) (2017). www.dhpv.de/files/public/themen/2017_Rahmenvereinbarung_nach_§_39a_Abs_1_Satz_4_stationaere_Hospize.pdf (Abfrage: 11.08.2021).
- Schmedes, Cornelia (2021): *Emotionsarbeit in der Pflege. Beitrag zur Diskussion über die psychische Gesundheit Pflegenden in der stationären Altenpflege*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schneider, Alban (2008): „Spiritual Care“ am Lebensende: eine empirische Studie zu Formen des modernen Sterbens. Saarbrücken: VDM-Verlag.
- Schneider, Werner (2017): Bürgerbewegte Ehrenamtlichkeit in der Betreuung am Lebensende. Herausforderungen, Probleme, Perspektiven. In: *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz* 1, S. 69–75.
- Schneider, Werner/Stadelbacher, Stephanie (2020): Palliative Care und Hospiz. Versorgung und Begleitung am Lebensende. In: Kriwy, Peter/Jungbauer-Gans, Monika (Hrsg.): *Handbuch Gesundheitssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS. S. 481–510.
- Student, Johann-Christoph/Mühlum, Albert/Student, Ute (2016): *Soziale Arbeit in Hospiz und Palliative Care*. München: Reinhardt.
- Walker, Andreas/Breitsameter, Christoph (2012): Ethische Entscheidungen in Hospizen. In: *Ethik in der Medizin* 25, H. 4, S. 301–313.

- Wenzel, Claudia (2015): Heil sterben. Zur Bedeutung alternativer und komplementärer Ansätze für eine Versorgung Sterbender in Hospizarbeit und Palliative Care. In: Schnell, Martin W./Schulz, Christian/Heller, Andreas/Dunger, Christine (Hrsg.): Palliative Care und Hospiz. Eine Grounded Theory. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 75–174.
- Zietsma, Charlene/Toubiana, Madeline/Voronov, Maxim/Roberts, Anna (Hrsg.) (2019): Emotions in organization theory. Cambridge: Cambridge University Press.

Teil II

Caring Economy – Sorgende Ökonomie

Arbeit im Brennglas von Haushalt und Familie

Elisabeth Stiefel

1 Einleitung

Die Mainstream-Ökonomie betrachtet den (Familien-)Haushalt auch heute noch vorrangig als Verbrauchsgemeinschaft (consumption unit) für materielle Güter. Diese Interpretation geht zurück auf Adam Smith, den Gründervater der modernen Wirtschaftswissenschaften, der mit seinem 1776 erschienen Buch „The Wealth of Nations“ die Ertragssteigerung produktiver Arbeit zum Leitprinzip fortschrittlichen Wirtschaftens erhob. Unproduktive Tätigkeiten, wie z. B. Dienstleistungen für Personen, hielt er für fragwürdig. Mit ihrer Fokussierung auf die Produktion materieller Güter hat die Wirtschaftsweise des Industriezeitalters jedoch vielgestaltige Schäden verursacht und sozial-ökologische Aspekte des Wirtschaftens an den Rand gedrängt. Neben ganz wenigen prominenten Ökonomen wie erst spät Joseph Stiglitz haben sich von jeher vor allem Fraueninitiativen für eine andere, an menschlichem Wohlergehen orientierte Wirtschaftsweise eingesetzt. Die Corona-Pandemie vergrößert die Chance, auf der Grundlage einer Neubewertung von Care-Arbeit eine sozial-ökologische Transformation in Bewegung zu setzen.

2 Haushalt und Familie als blinder Fleck in der ökonomischen Theorie

Studien aus ganz unterschiedlichen Denkwerkstätten und Konzeptschmieden beschäftigen sich gegenwärtig mit neuen Formen des Wirtschaftens für eine bessere Welt. Aber darin bleiben Familie und Haushalt und damit auch das Geschlechterverhältnis meist ebenso ausgespart wie das Spannungsverhältnis zwischen materieller Produktion und Dienstleistung oder zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit.

Eine Erklärung für den blinden Fleck in den Entwürfen einer besseren Zukunft liegt nicht auf der Hand, obwohl kein Zweifel daran besteht, dass große

Gruppen der Bevölkerung, vor allem Frauen und Kinder, von der Krise besonders betroffen und in vielen Fällen von Armut bedroht sind. Der Verweis auf den hartnäckig fortbestehenden Gender Pay Gap oder die Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern verschafft keine tiefer gehende Einsicht. Dagegen verdienen diejenigen Stimmen größere Aufmerksamkeit, die sich für eine neue Sichtweise einsetzen.

Eine international beachtete Forschungsarbeit von Demos Helsinki, einem renommierten Institut ökonomischer Grundlagenforschung, hat Ende 2021 die Porträts von 128 über die EU verteilten Think Tanks zusammengestellt, die neue Denkansätze für zukunftsfähiges Wirtschaften entwickeln wollen (vgl. Demos Helsinki 2021). Nicht wenige der befragten Expert*innen sind der Ansicht, für die Beurteilung krisenhafter Fehlentwicklungen bedürfe es anderer Maßstäbe als die Betrachtung bestehender Besitz- und Einkommensverhältnisse. Man brauche andere Kategorien, um komplexe Strukturen zu entschlüsseln und Ansätze für eine grundlegende Neuorientierung aufzuspüren. Die Hoffnung auf tragfähige Indikatoren für ein Zeitalter jenseits der Verwerfungen industriellen Wirtschaftens wurde bislang jedoch nicht erfüllt. Feldversuche begnügten sich zumeist mit der Bearbeitung von Klimawandel und Umweltschäden.

Die ökonomischen Entwicklungslinien, wie sie von Adam Smith, David Ricardo, Karl Marx und anderen beschrieben worden sind, stützen sich auf einen Begriff des Wirtschaftens, der unverbrüchlich mit der Produktion von Wohlstandsgütern verbunden ist. Adam Smith assoziierte gesellschaftlichen Fortschritt mit einem wachsenden Volumen von materiell definiertem Reichtum und erwartete steigenden Lebensstandard für die ganze Bevölkerung vom Wettbewerb bei der Produktion von handelbaren Gütern. Obwohl ihm bewusst war, dass Lebensqualität und gesellschaftlicher Zusammenhalt von nicht produktiven Arbeitstätigkeiten geprägt sind, galten seine Überlegungen den Bedingungen für die Effizienzsteigerung der Produktion von Dingen, die in Besitz genommen werden konnten (tangibles).

Damit legte er den Grundstein für ein Verständnis von Wirtschaften und Haushalten, für das unproduktive Arbeit ökonomisch bedeutungslos, ja sogar schädlich ist. Die Bezahlung personenbezogener Dienste stand für ihn im Verdacht, vorhandene Ressourcen in falsche Kanäle zu lenken. Gesamtgesellschaftlich bilanzierte er sie als Kosten der Güterproduktion, denen kein Ertrag zugemessen werden konnte. Erst recht fehlte dem neu geschaffenen, auf produktiver Arbeit fußenden Theoriegebäude von Anfang an jegliche Aufmerksamkeit für den amorphen Bereich unbezahlt geleisteter Care-Arbeit.

Während Adam Smith und seine Nachfolger die Alltagsbedürfnisse der Lebenswelt im ökonomischen Niemandsland platzierten, erwarteten sie wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt von der Expansion der Güterproduktion. Gleichzeitig waren sie überzeugt, dass ihr vom Konstrukt des Homo oeconomicus geprägtes Menschenbild auch jenseits des Gütermarktes universelle Gül-

tigkeit besitzt. Die Entschärfung der Widersprüche, die sich daraus ergeben mussten, erwuchs aus der Beschaffenheit der bürgerlichen Gesellschaft selber. Arme und Reiche, Junge und Alte galten nur bedingt als Einzelpersonen, sondern definierten sich über ihre Zugehörigkeit zu einer Familie. In aller Regel lebten sie in Haushaltsgemeinschaften, deren männliches Oberhaupt für das wirtschaftliche Wohlergehen zuständig war und deshalb als Familienernährer galt. Das Haushaltsinnere war „privat“, es erschien ökonomisch als bedeutungslos und blieb deshalb ausgeblendet.

3 Radikaler Blickwechsel

Der Nobelpreisträger Josef Stiglitz ist einer der wortmächtigsten Befürworter*innen eines schon seit Langem von Feministischen Ökonom*innen¹ geforderten radikalen Blickwechsels auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP, engl.: GDP) als Bilanz der volkswirtschaftlichen Güterproduktion. Mit dem titelgebenden Schlagwort Beyond GDP (2019) mahnt er an, dass die der Reichtumsproduktion verhafteten Kategorien des BIP immer weniger in der Lage sind, Tendenzen realer Entwicklungen zu erkennen und einzuordnen. Themen wie Bildung, Gesundheit, Umwelt seien jenseits eines ökonomischen Modells angesiedelt, dessen Aufmerksamkeit vorrangig auf die Produktion materieller Güter gerichtet ist.

Stiglitz hält es für erforderlich, verstärkt den Konsumbereich in den Blick zu nehmen, dessen Konstellation für zukunftsorientiertes Wirtschaften immer wichtiger werde. Als wichtigsten Schritt in ein tragfähiges Modell von Wirtschafts- und Sozialpolitik betrachtet er die umfassende Suche nach den Bedingungen für ein gutes Leben in einer gesunden Umwelt. Wer anstelle von materiellem Wohlstand die Menschen in den Mittelpunkt stellen wolle, brauche ein anderes Instrumentarium für politisches Handeln (vgl. ebd.).

Stiglitz war Vorsitzender der Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, die 2009 mit ihrem Bericht die Fachwelt zu einem Perspektivwechsel aufrief. Sowohl auf der Ebene der OECD als auch in der EU arbeiten Statistiker*innen und andere Expert*innen seither an der Konkretisierung und Umsetzung der darin enthaltenen Empfehlungen. Ein wichtiger Schwerpunkt ist der Erkenntnisgewinn über die besondere Bedeutung der lokalen Ebene und der privaten Haushalte. Die Initiative fand in vielen Ländern breiten Widerhall, erregte jedoch heftigen Widerstand bei der internationalen Wirtschaftslobby.

1 Auch die Autorin dieses Beitrags hat seit Langem zu diesem Thema und den damit verbundenen Überlegungen immer wieder Texte geschrieben (siehe z. B. Stiefel 1990, 1998, 2002, 2019).

Zur Umsetzung der neuen Orientierung braucht die Politik Wegmarkierungen und Entscheidungshilfen. Im Sinne der Weiterarbeit am Projekt der Stiglitz-Kommission hat die OECD eine High Level Expert Group eingesetzt, die – sozusagen als Werkzeugkasten – einen Better Life Index erarbeitet hat. Indikatoren wie z. B. die Lebenszufriedenheit sollen helfen, die Eindimensionalität der dem BIP zugrunde liegenden Sichtweise zu überwinden (vgl. OECD 2020). Auf dem 6. Weltforum für Statistik 2018 wurden Projekte dazu vorgestellt und weiterführende Perspektiven erörtert.

Ungeachtet der Forderung, dass wirtschaftliches Handeln im 21. Jahrhundert eine andere Leitidee braucht als die Effizienzsteigerung produktiver Arbeit, hat jedoch auch dieser Diskurs die Orientierung der Fachdisziplin bisher wenig verändert. Zu sehr sind nicht nur gesellschaftliche Institutionen, sondern auch Forschung und Lehre den Maximen der industriellen, auf die Produktion von Wohlstand fokussierten Wirtschaftsweise verhaftet. Andererseits hat die Stiglitz-Kommission selbst zu dieser Stagnation nicht wenig beigetragen, indem sie das Haushaltsinnere und damit das Geschlechterverhältnis weitestgehend aus ihren Überlegungen aussparte (vgl. Stiglitz/Sen/Fitoussi 2009). Ohne Analyse der Binnenstruktur des (Familien-)Haushalts bleibt die Verknüpfung globaler Märkte mit kleinräumiger materieller und sozialer Versorgung unerreichbar.

4 Versorgungsarbeit und die Identität von Haushalt und Person

Schon in der Frühzeit der Industrialisierung haben Protagonist*innen weiblicher Eigenständigkeit insistiert, die unbezahlte Arbeit der Frauen für die Familie bleibe ökonomisch wertvoll und unverzichtbar, auch wenn sie mit der marktorientierten Güterproduktion der Männer nicht konkurrieren könne. Doch kein Vertreter der Politischen Ökonomie hatte je ein schlechtes Gewissen, wenn er es einem Mann als Haushaltsvorstand und Familienernährer überließ, auch seine Angehörigen und damit die Dienste seiner (Ehe-)Frau zu verkörpern.

John K. Galbraith, auch er ein prominenter Ökonom des 20. Jahrhunderts war einer der wenigen Theoretiker*innen, denen die Identität von Haushalt und Person im Modell industriellen, auf die Warenproduktion konzentrierten Wirtschaftens frühzeitig, d. h. bereits in der Mitte des 20. Jahrhunderts als antiquiert erschien. Das neoklassische Konzept der Darstellung der Wirtschaftseinheit Familie durch ein männliches Individuum hielt er für das Abbild einer vergangenen Gesellschaftsform, das hinter der wirtschaftlichen und sozialen Realität moderner Lebenswelten weit zurückbleibt. Es repräsentiere in erster Linie einen Deckmantel für männliche Autorität (vgl. Galbraith 1976, S. 36 und 44).

Ein Verständnis von Wirtschaften und Haushalten, dass der Hälfte der Menschheit Identität und Autonomie vorenthalte, widerspreche zutiefst dem Selbstverständnis demokratischer Gesellschaften, das jedem Individuum glei-

che Rechte zubilligt und soziale Gleichheit verspricht. Er bedauerte, dass die Fachwelt die Fragwürdigkeit der überkommenen Gleichsetzung von Haushalt und Person nicht wenigstens zur Kenntnis nehme oder sie vielleicht sogar als unzulässige Vereinfachung betrachte. Wo dies ausnahmsweise geschehe, kehre man alsbald zu traditionellen Denk- und Deutungsmustern zurück, ohne dass sich irgendetwas ändere (vgl. ebd., S. 299).

Er wunderte sich, dass Frauen sich nicht dagegen wehren, mit ihrer Fürsorge für Mann und Kinder ökonomisch als Konsumentin des Haushaltseinkommens angesehen und von der Warenproduktion vereinnahmt zu werden. Auch die Familie selber gerate dabei in ein falsches Licht. Sie sei mehr als eine Verbrauchsstelle von Kaufgütern. Die Fülle ihrer Aufgaben dürfe von der ökonomischen Fachwelt nicht kurzerhand als Konsumverwaltung interpretiert und in den Schatten der Güterproduktion abgedrängt werden. Eine Wende zum Besseren erhoffte er sich von der Revolte der Frauen und ihrer Skepsis gegenüber der traditionellen Ehe als Lebens- und Versorgungsgemeinschaft (vgl. ebd., S. 213 ff.).

Immer wieder betonte er, die Ausblendung der Familie aus dem Kanon des Ökonomischen unterlaufe neben dem Anspruch der Frauen auf Eigenheit auch die natürlichen Grenzen menschlicher Konsumfähigkeit. Ohne die Bereitschaft von (Ehe-)Frauen zur Fürsorge für ihre Lieben könne allein aus Zeitgründen der wachsende Aufwand für den Verbrauch der produzierten Waren nicht bewältigt werden. Die Indienstnahme familialer Versorgungsarbeit für die Konsumverwaltung öffne Tür und Tor für den hemmungslosen Expansionsdrang des Systems der industriellen Warenproduktion (vgl. ebd., S. 204 ff.).

Auch unter seinen jüngeren Kolleg*innen registrierte Galbraith wachsende Zweifel an der Zukunftstauglichkeit des neoklassischen Modells, das auf Eigennutz basiert und einer großen Zahl von Menschen adäquate Lebenschancen vorenthält. Mit Empathie berichtet er über das neuerwachte Interesse an den Theorien von Marx, der im 19. Jahrhundert eine echte Alternative zum klassischen Wirtschaftsdenken entwickelt habe. Doch Galbraith hielt auch Marx' Analyse der Entwicklungstendenzen industriellen Wirtschaftens für eine Perspektive vergangener Epochen. Inzwischen habe sich vieles geändert, und es wäre falsch, eine obsoleete Betrachtung der Wirtschaft durch eine andere, nicht weniger unzureichende Interpretation der Tendenzen ökonomischer Entwicklung zu ersetzen. Ökonomische Theorien brauchten einen möglichst präzisen Zuschnitt auf die Problemlagen einer sich wandelnden Welt (vgl. ebd., S. 37).

5 (K)ein Licht am Ende des Tunnels?

Birgt der von der Stiglitz-Kommission, in der 22 Männer und zwei Frauen saßen, empfohlene Perspektivwechsel des Wirtschaftens tatsächlich die Chance, aus dem von Adam Smith skizzierten System produktiver Arbeit auszubrechen und ein Modell des Wirtschaftens zu entwickeln, dessen Leitziel das Wohlergehen lebendiger Menschen ist? Bahnt der Vorbehalt einer Gruppe prominenter Ökonom*innen gegen die Logik von Warenproduktion und Wirtschaftswachstum endlich den Weg zur Transformation überholter Strukturen? Die Aussicht auf die Neuvermessung des Areals Beyond GDP weckte auch unter feministischen Ökonom*innen hohe Erwartungen.

Schon im Vorwort ihres Berichts distanziert sich die Kommission von den Myriaden von Untersuchungen, die sozialen Fortschritt mit der Mehrung materieller Güter verlinken. Man ging davon aus, dass das Terrain jenseits des abgeschotteten Systems produktiver Arbeit nicht auf denselben Pfaden erreichbar sein wird, die sich als Sackgasse erwiesen haben. Was aber sind die Bedingungen, unter denen die Erweiterung des Ökonomischen aus der Wohlstandsproduktion in die Sphäre von Haushalt und Familie sozialen Fortschritt anstoßen und sozialen Zusammenhalt befördern kann?

Anders als das neoklassische Modell betrachtet die Stiglitz-Kommission den (Familien-)Haushalt nicht als consumption unit, d. h. als Stätte des Verbrauchs von Marktgütern, sondern als Gemeinschaft von Menschen mit ganz unterschiedlichen, keineswegs nur materiell definierbaren Bedürfnissen. Der übliche Fokus auf die Mehrung materieller Güter lasse sich nur rechtfertigen, wenn deren Nutzen für lebendiges Leben sichtbar werde (vgl. Stiglitz/Sen/Fitoussi 2009, S. 5).

Die Kommission war überzeugt, dass als Vorbedingung einer nachhaltigen lebensdienlichen Wirtschaft der Vorrang materiell produktiver vor unproduktiv konsumierenden Arbeitstätigkeiten überwunden werden muss. Ohnehin habe der technische und soziale Wandel gezeigt, dass Arbeitsproduktivität als Alleinstellungsmerkmal sozialem Fortschritt nicht immer zuträglich ist. Vor allem personennahe Dienstleistungen, die einst generationsübergreifend in den Familien erbracht wurden, ließen sich in die Systematik des von hochproduktiver Arbeit geprägten Areals des BIP nicht nahtlos integrieren. Auch bedeute ihre Umwandlung in bezahlte Arbeit oft keinen Zuwachs an Lebensstandard oder Wellbeing (vgl. ebd., S. 36 ff.).

Die Ambivalenz der fortschreitenden Ökonomisierung der Lebenswelt verdeutlicht der Bericht am Beispiel des standardisierten Paarhaushalts mit Kindern. Eine*r der beiden Partner*innen verzichtet auf eigenes Erwerbseinkommen und widmet sich zur Gänze der Führung des gemeinsamen Haushalts. Während das BIP als Indikator wirtschaftlichen Fortschritts dessen Arbeit negiert, unterscheidet sich das Wohlstandsniveau dieser Familie recht wenig

von einem weiteren Elternpaar, dessen Partner*innen beide erwerbstätig sind. Das zusätzliche Einkommen wird für Güter und Dienstleistungen verbraucht, die gekauft werden müssen, weil Zeit, Lust und Kompetenzen fehlen, um sie in Eigenarbeit herzustellen (vgl. ebd., S. 35).

Wer an dieser Stelle Überlegungen zur Veränderung der Struktur privater Haushalte oder gar zum Wandel von Geschlechterverhältnissen erwartet hat, sieht sich enttäuscht. Die Gleichsetzung des Haushalts mit seinem Vorstand und damit die Rückbindung an den Ernährerhaushalt des Industriezeitalters haben die Erneuer*innen nicht angetastet. Unwillkürlich erinnert das angeführte Beispiel an die Alleinverdiener-Ehe vergangener Zeiten, auch wenn von Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern nicht die Rede ist.

Erwartungen, die Kommission werde Anschlussstellen für ein Projekt jenseits des neoklassischen Ökonomiemodells aufzeigen, haben sich nicht erfüllt. Doch auch wenn die Kommission den eingeschlagenen Weg nicht zu Ende gegangen ist, hat sie doch aufgezeigt, dass der Familienhaushalt etwas anderes ist als der Ort des (produktiven oder konsumtiven) Konsums der von produktiver Arbeit hergestellten Güter.

6 Im Labyrinth der Suchbewegungen

Auch wenn die Stiglitz-Kommission keinen Leitfaden zur Transformation der Industriegesellschaft hervorgebracht hat, befand sie sich mit ihrer Kritik am BIP mitten unter denen, die sich aufgemacht hatten, im Übergang zum 21. Jahrhundert Weichen zu stellen für eine postindustrielle Zukunft. Man war überzeugt, dass der theoretische Rahmen industriellen Wirtschaftens zu eng geworden war, um die Probleme einer sich wandelnden Welt zu erklären und politisch zu handhaben.

Es waren vor allem US-Amerikaner*innen, die sich im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts mit der Utopie einer Ökonomie der Dienstleistungen profilierten. Alan Gartner und Frank Riessman (1978) distanzieren sich von dem schmalspurigen Produktivismus des Industriezeitalters und rücken die Tätigkeiten der Konsumierenden in den Fokus eines erweiterten ökonomischen Horizonts. Als Ausweg aus den Zwängen der Sachgüterproduktion erschien ihnen der steigende Bedarf an personenbezogenen Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Betreuung und Versorgung, Unterhaltung und Kultur (vgl. Gartner/Riessman 1978, S. 60/61).

Ausgangspunkt ihrer Überlegungen war die Tatsache, dass sich nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend über Arbeitsplätze vollzog, die mit Industriearbeit wenig gemein hatten. Auch die Sozialstruktur der Beschäftigten wich von den Merkmalen der industriellen Arbeiterklasse ab. Frauen und ethnische Minderheiten drängten auf die

Arbeitsmärkte, Jugendliche verschoben Berufseintritt und Familiengründung immer weiter ins Erwachsenenalter.

Jenseits der Sachgüterproduktion entstand eine breite Bevölkerungsschicht mit differenzierten Ansprüchen an Lebensqualität, Bildung und Kultur. Vor allem im angelsächsischen Bereich rückten die Konsument*innen und ihre Bedürfnisse in den Fokus der Politischen Ökonomie. Von Anfang an war klar, dass ein*e Konsument*in nicht identisch war mit dem (Familien-)Haushalt des Industriezeitalters, dessen Mitglieder von einem männlichen ‚Haushälter‘ alimentiert und politisch vertreten wurden.

Das Forschungsinteresse der Sozialwissenschaften galt einer Entwicklung, die den Kategorien der industriellen Frühzeit immer weniger entsprach. Anstelle des Familiennährers alten Zuschnitts rückten die Belange der Einzelperson als Träger*in individueller Rechte und Pflichten in den Mittelpunkt der Überlegungen. Allen Bürger*innen waren gleiche Chancen in Aussicht gestellt, ganz unabhängig von Geschlecht, Alter, Hautfarbe, Herkunft und Familienstand.

Die Dynamik des Aufbruchs in ein neues Zeitalter entsprang dem Unbehagen derer, denen die soziale Organisation der industriellen Welt den vollen Genuss ihrer Bürgerrechte vorenthielt. Der Protest artikulierte vor allem das Aufbegehren der Frauen und anderer marginalisierter Gruppen, deren Teilhabe an steigendem Wohlstand nicht gewährleistet war. Das Anliegen der Frauen-, Schwarzen- und anderer Bürgerbewegungen war die Schaffung einer offenen Gesellschaft, die ihren Bürger*innen ohne Ansehen der Person Zugang zu ihren sozialen, kulturellen und ökonomischen Errungenschaften gewährt.

In der bunten Vielfalt der Unzufriedenen sahen Autor*innen wie Gartner und Riessman (1978), aber auch andere die Vorhut einer neuen Wirtschaftsweise, die nicht wachsenden Wohlstand für wenige, sondern Zufriedenheit, Entfaltungsmöglichkeit, persönliche Unabhängigkeit, Wellbeing für möglichst viele ermöglichen sollte. Sie erhofften sich sozialen Fortschritt von einer Entwicklung, in der die neuen, aus der Konsumierendenrolle hervorgegangenen Werte auch in traditionelle Arbeitsbereiche eindringen und neue Formen der Arbeit entstehen lassen würden.

Den Autor*innen war bewusst, dass die postulierte Gleichheit nicht umstandslos aus dem Bereich der Menschen- und Bürgerrechte in ein neues Ökonomiemodell übertragbar war, zumal die neuen Werte nicht aus dem Industriesystem selber stammten, sondern ihm von außen übergestülpt worden seien (vgl. Gartner/Riessman 1978, S. 309). Immer wieder beleuchteten sie die Frage, wie Systemgrenzen überwunden und Übergänge ermöglicht werden könnten. Man werde zentrale Begriffe wie Produktivität und Wachstum überdenken und gewachsene Institutionen und Verfahrensweisen umgestalten müssen, um einen Bewusstseinswandel in Gang zu setzen. Ohne Akzeptanz einer sozialen (neben ökonomischer und politischer) Rationalität werde sich das industrielle

System gegenüber tiefgreifenden sozialen Veränderungen abzuschotten versuchen (vgl. ebd., S. 308 ff.).

Reichte es aus, neue Lebensstile zu propagieren und auf Nachahmung zu hoffen? Welche organisatorischen Reformen waren nötig, um auch das Establishment von der Relevanz materiell unproduktiver Tätigkeiten zu überzeugen? Lassen sich personenbezogene Dienste in das System industrieller Arbeitsbeziehungen einbringen, und wenn ja, in welcher Weise? Die große Mehrheit der alten Arbeiterklasse war keineswegs unzufrieden mit dem kapitalistischen Industriesystem und durchaus geneigt, seine Prinzipien und Wertvorstellungen (einschließlich der Privilegierung erwachsener weißer Männer) gegenüber dem Ansturm der Dazugekommenen abzuschirmen.

Risiken erwachsen für Gartner und Riessman aus der unterschiedlichen Entwicklung der Produktivität von Arbeit. Anders als im Sektor der Herstellung von Sachgütern lässt sich die Arbeitsproduktivität von personenbezogenen Dienstleistungen nur bedingt definieren und nachweisen. Ohnehin entwickeln sich professionelle Dienste häufig aus unbezahlten Tätigkeiten und bleiben mit ihnen auf Dauer verzahnt (vgl. ebd., S. 308). Die beiden Forscher waren überzeugt, dass sich im Prozess der gegenseitigen Durchdringung der beiden Arbeitsbereiche Konflikte nicht vermeiden lassen und vielleicht sogar verschärfen werden.

Trotz zahlreicher Widersprüche haben Gartner und Riessman ihre Utopie eines humanistischen Sozialismus nicht aufgegeben. Ihr Anliegen war es, den im Konsumbereich geleisteten und auf das Wohlergehen von Personen ausgerichteten Dienstleistungen einen Rahmen zu geben, der jenseits spezifischer Interessen einzelner Gruppen eine gemeinsame Perspektive zum Vorschein brachte. Sie appellierten an die Zivilgesellschaft, vor allem aber an die Mitglieder alter und neuer sozialer Bewegungen, Zukunftsbilder zu entwickeln und sich mit radikalen Forderungen zu Wort zu melden. Angesichts der fortschreitenden Ökonomisierung hielten sie es für geboten, in Gesellschaft und Arbeitswelt neue, aus der Rolle der Konsumierenden entstandene Wertsysteme zur Geltung zu bringen und sie schrittweise zu institutionalisieren (vgl. ebd., 316).

7 Systemerweiterung oder Paradigmenwechsel?

Vor allem unter französischen und englischen Student*innen der Wirtschaftswissenschaften ist in den letzten Jahrzehnten die Ablehnung der eingleisigen Weltsicht ihres Fachs nicht zur Ruhe gekommen. Sie bezichtigten den ökonomischen Mainstream des Autismus und forderten die konkrete Bezugnahme von Forschung und Lehre auf die Probleme der Lebenswelt (vgl. Post-Autistic Economics Network o. J.).

Die Berufung der Stiglitz-Kommission durch Präsident Sarkozy 2008 war gleichwohl nicht nur ein Zugeständnis an die Aufmüpfigkeit des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Zeit war gekommen, auf höchster Ebene von Wissenschaft und Politik den Diskurs über Ziel und Inhalt des Ökonomischen neu zu beleben. Im Angesicht wachsender sozialer Ungleichheit und gravierender Umweltschäden waren die bereits 1987 von der Brundtland-Kommission formulierten Zweifel an der Zukunftstauglichkeit industriellen Wirtschaftens immer dichter geworden. Von der erweiterten Analyse des BIP als Inbegriff der Produktion von Sachgütern versprach man sich Erkenntnisse über Systemzusammenhänge zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung.

Propagiertes Leitziel der hochrangigen Expert*innen war die Entwicklung eines statistischen Systems, das marktorientierte (quantifizierbare) Daten mit Auskünften über das Wohlergehen der Menschen zusammenführen sollte (vgl. Stiglitz/Sen/Fitoussi 2009, S. 12). Die Recherche galt neben der Umwelt vor allem den großen Sektoren des Gesundheits- und des Erziehungswesens als den zentralen Bereichen sozialer Infrastruktur und wichtiger Ressource des sozialen Fortschritts.

Die Hoffnung, den Begriff des Haushalts der Definitionsmacht der Warenproduktion zu entziehen und den (Familien-)Haushalt umzuwidmen zur Wohnstätte lebendiger Menschen, hat sich dabei nicht realisieren lassen. Es bleibt unverständlich und gleichzeitig höchst bedauerlich, dass die im Binnenbereich der Haushalte und Familien traditionell von Frauen geleistete Care-Arbeit fast durchgängig ausgeblendet bleibt, obwohl die Überlegungen der Gruppe ausdrücklich auf die Inklusion von nichtmateriellen Tätigkeiten in den Kanon des Ökonomischen ausgerichtet waren (vgl. ebd., S. 4).

An keiner Stelle positioniert sich der Kommissionsbericht zu dem von Galbraith als prominentem Kritiker neoklassischer Weltsicht erhobenen Vorwurf, das Ökonomiemodell des Industriezeitalters unterlaufe das andere Verständnis der Frauen zum Thema Wirtschaften und Haushalten. Die Interpretation von Sorgearbeit als Konsumverwaltung entspringe zuallererst dem Interesse der Männer an der Verfügbarkeit von Frauen und Familien für die Warenproduktion (vgl. Galbraith 1976, S. 44).

Ein kritischer Blick auf unausgewogene Verhältnisse im Haushaltsinneren ist andererseits auch den Kommissionsmitgliedern nicht fremd: „[...] women provide household services but other members of the household benefit“ (Stiglitz/Sen/Fitoussi 2009, S. 128). In dürren Worten enthält dieser Satz eine Aussage zu Verteilung und Umverteilung der Arbeitserträge von Frauen unter den Haushaltsmitgliedern. Der Bericht enthält sich der Interpretation dieser Anmerkung, moniert jedoch, dass wichtige Details verloren gehen, wenn der Haushalt im Rahmen der Marktökonomie als wirtschaftliche Einheit betrachtet wird.

Zu allen Zeiten reichte die umfassende Versorgung und Betreuung der Mitglieder des (Familien-)Haushalts weit hinaus über die Verwendung materiell

definierbarer Güter. Es ist nicht denkbar, dass der Kommission die Bedeutung von Care-Arbeit für eine Wirtschaftsweise entging, die das Wohlergehen lebendiger Menschen im Auge hat. Kapitulierte die Vertreter*innen der Fachwissenschaft im Namen der Unumstößlichkeit des ökonomischen Paradigmas vor der Gestaltlosigkeit von Fürsorge, Empathie und interpersoneller Kommunikation?

Eingeschworen auf die Bilanz von Aufwand und Ertrag bietet das ökonomische Modell der Gegenwart wenig Spielraum für Arbeit, deren Output sich der Logik des Herstellens widersetzt. Insgeheim gilt auch heute noch, was Adam Smith seinen Nachfolgern zu bedenken gab: Weil Dienstleistungen für Personen flüchtig sind, sollten Überschüsse aus der Produktion von Dingen reinvestiert werden in den Güterkreislauf, anstatt sie dem Konsum von irgendwem zu überlassen.

Smiths Positionierung gegen die Bezahlung von Diensten für Personen hat die ökonomische Entwicklung nachhaltig beeinflusst. Kapitalgestützt begab sich die Sachgüterproduktion von Anfang an auf einen Wachstumspfad, der den Alltag der Familien und Haushalte auf sich selbst verwies. Als Person profitierte Smith von der zeitgenössischen Haushaltsform, die Frauen und ihre Dienste rückhaltlos für die Familie vereinnahmte. Ohne Verantwortung für einen eigenen Haushalt genoss er die umfassende Versorgung seiner Mutter, bis sie starb (vgl. Marçal 2016, S. 11 ff.).

Das Common Law, das in vielen englischsprachigen Ländern die Rechtsverhältnisse regelt, formulierte zu Lebzeiten von Adam Smith sehr eindeutig: „Husband and wife are one, and the husband is that one“. Mit der Familiengründung verlieren Frauen und Mütter vielerorts auch heute noch nicht nur ihren Namen, sondern den Anspruch auf ein eigenes Selbst. Auch wenn sie (mit)gemeint sind, werden sie nicht extra erwähnt. Die Gepflogenheit, in ökonomischen Zusammenhängen zwischen Haushalt und Familie zum einen und einem männlichen Haushälter zum anderen nicht zu unterscheiden, hat hier ihre Wurzeln. Die von Galbraith (1976, S. 3) und anderen vor einem halben Jahrhundert als nicht mehr zeitgemäß kritisierte Identifikation von Haushalt und Person bildet immer noch das Rückgrat wesentlicher Stränge von Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.

Ein plastisches Beispiel für die komplexen und irritierenden Folgen der industriellen Wirtschaftsweise zwischen Produktion und Konsum von tangibles verdanken wir dem neoliberalen Vordenker Milton Friedman. Kinder sind für ihn zwar Konsumgut, haben gegenüber ihren Eltern jedoch einen Selbstwert und eigenständige Ansprüche. Friedman konzidiert, für die Lösung dieses Dilemmas sei eigentlich nicht das Individuum, sondern die Familie zuständig. Wie man damit umgehe, sei eine Frage der Zweckmäßigkeit (vgl. Friedman 1962/1984, S. 58).

Die Realität zeigt, dass der gesellschaftliche Wandel Gestalt und Funktion von Haushalt und Familie grundlegend verändert haben. In westlich orientierten Gesellschaften befindet sich der männliche Haushälter als Inbegriff von

Familie und Vertreter der Seinen schon lange auf dem Rückzug. Es bleibt der Einzelperson überlassen, sich für die Generationensorge zu engagieren. Dabei zeigt sich, dass es auch unter veränderten Vorzeichen ganz überwiegend Frauen sind, die nicht nur im eigenen Haushalt, sondern ebenso im Erwerbsberuf personennahe Dienstleistungen erbringen. Die Mehrheit der Männer zieht es dagegen vor, sich auf den Fortbestand tradierter Aufgabenteilung und damit auf ihre Freistellung von Care-Arbeit zu verlassen.

Es braucht Entschlossenheit und den Mut zur Revision des etablierten industriewirtschaftlichen Konzepts, um neben der Produktion von Sachgütern die familienübergreifende Versorgung mit Dienstleistungen zu stabilisieren und auszubauen. Nicht eine wachsende Ausstattung mit Wohlstandsgütern, sondern die Verfügbarkeit von Dienstleistungen ist die Bedingung für sozialen Fortschritt im 21. Jahrhundert. Dies gilt in gleicher Weise für die Aufgaben von Frauen wie von Männern, und zwar sowohl im privaten Haushalt wie im Bereich bezahlter Arbeit. Unter dem Vorzeichen des ökonomischen und sozialen Wandels im 21. Jahrhundert ist die bereits von Marx erhobene Forderung, ökonomische Theorie als Leitbild politischen Handelns auf reale Verhältnisse zuzuschneiden, aktueller als je zuvor (vgl. Marx 1867/1969, S. 719).

Wie schwierig es ist, Zusammenhänge zu erkennen und daraus Schlüsse für eine Umorientierung des Wirtschaftens zu ziehen, zeigt die Diskussion zur Systemrelevanz von Berufen und Bereichen in und nach der Corona-Krise. Der Arbeit im Gesundheits- und Pflegebereich wird unversehens Relevanz attestiert. Man wundert sich: Waren diese Tätigkeiten bisher irrelevant? Welches System ist da gemeint? Was bedeutet die neue Wichtigkeit für die Beschäftigten, aber auch für das System?

Kommentare ziehen Vergleiche zwischen den Konditionen der Arbeit im Produzierenden Gewerbe und im Gesundheitsbereich. Es wird nachgewiesen, dass eine gelingende Wertschöpfung technikaffiner Branchen abhängig ist von Investitionen in Gesundheit und Wohlergehen der Arbeitskräfte. Spätestens an diesem Punkt wird klar, wovon die Rede ist und wovon nicht. Die Argumentation verbleibt in dem einst von Adam Smith skizzierten Rahmen, für den Arbeit ökonomische Relevanz erwirbt, wenn sie zur Produktion von materiellen Gütern einen Beitrag leistet (vgl. Smith 1776/1937, S. 314 ff.).

Im Hinblick auf eine Wirtschaftsweise, die gegenüber den vielschichtigen Krisen der Gegenwart resilienter ist als der globalisierte (Güter-)Markt, suchen manche Initiativen nach einer Verbindung der produktivistischen Ökonomie des Industriezeitalters mit den Existenzbedingungen der Menschen in ihrem jeweiligen Umfeld. Progressive Kräfte aus dem linken Spektrum der Wirtschaftspolitik konzentrieren ihre Überlegungen auf die sogenannte Fundamentalökonomie und fordern eine verlässliche Infrastruktur in kommunaler Trägerschaft. Nicht nur Erwerbstätige, auch Bürger*innen ohne bezahlte Arbeit haben einen Anspruch auf Gesundheitsdienstleistungen und Pflege neben der

Versorgung mit Grundgütern wie Wohnraum, Wasser, Mobilität, Energie und kultureller Teilhabe.

Erstaunlich ist, dass selbst in einer Perspektive, die den Nichtmarktbereich ins Visier nimmt, der Haushalt als Bestandteil einer politisch definierten Ökonomie nicht mitgedacht wird. Nicht anders als für den neoklassischen Mainstream sind Familie und Haushalt für das internationale Netzwerk Foundational Economy Collective (2019), das für die Relokalisierung des Wirtschaftens plädiert, ökonomisch uninteressant. Auch für Fundamentalökonom*innen bleiben Haushaltsangehörige unsichtbar, gesichts- und beziehungslos, gehört das Areal beyond GDP dem Konsum. Die Frage nach möglichen Synergien zwischen bezahlter und unbezahlter (Sorge-)Arbeit im Hinblick auf das Wohlergehen lebendiger Menschen in ihren konkreten Lebensumständen stellen sie nicht.

In Distanz zum ökonomischen Mainstream integrieren die – in der Mehrheit männlichen – Erneuerer andererseits auch die soziale Dimension der Infrastruktur in das revidierte ökonomische Konzept bis hin zu Transferleistungen des Wohlfahrtsstaats (vgl. Foundational Economy Collective 2019, S. 79). Sie öffnen damit den Blick für ein ökonomisch weitestgehend ausgeblendetes Gelände, das jenseits der *production boundary* offen ist für den Austausch über die Bedingungen einer Wirtschaftsweise, in der Arbeit und Leben endlich ineinandergreifen.

8 Care als Wegscheide in eine Ökonomie des guten Lebens

Wen will es wundern, dass dieses Feld nicht leer, sondern erfüllt ist von den Initiativen, Ideen, Forderungen und Projekten vor allem von Frauen, die unzufrieden sind mit ihrem systemkonform ererbten Platz im Privatbereich des ökonomischen Mannes? Die Kluft zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit und damit auch die sogenannte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ist ökonomisch längst überholt, aber noch lange nicht überwunden. Auch im digitalen Zeitalter prägt der Ernährerhaushalt des 19. Jahrhunderts neben den Lebenschancen der Individuen den ökonomischen Status der Familien und damit die Beziehungen zwischen den Generationen.

Unter dem Logo Wellbeing Alliance (WEAll) haben sich inzwischen – ausgehend von Schottland als einem Hort feministischer Ökonomie – zahlreiche Kritiker*innen der neoklassischen und neoliberalen Wirtschaftsweise zusammengetan, um mit der Utopie einer Wellbeing Economy zu experimentieren. Sie verstehen sich nicht so sehr als Macher*innen denn als Scharnier des Wandels, das Übergänge ermöglicht und den Austausch fördert. Mit frischen Ideen wollen sie Anschlussstellen für eine menschenbezogene Wirtschaftsweise aufspüren und Wege erkunden, die herausführen aus der eindimensionalen Orien-

tierung auf die Expansion traditioneller Strukturen des Wirtschaftens. Sie sind überzeugt, dass sich beyond GDP eine Wirtschaftsweise erschließen lässt, die Politik und Gesellschaft dazu ermutigt, auf der Grundlage alternativer Parameter das gute Leben der Generationen zur Richtschnur politischen Handelns zu machen (WEAll 2021).

In helllichtiger Klarheit hat die Initiative „Care.Macht.Mehr“ ein Szenario skizziert, das die vielschichtigen Ideen zur Transformation der industriellen Produktionsgesellschaft zusammenfasst zu einem Modell, in dem der strukturbildende Einfluss der Geschlechterrollen langsam verschwindet. Ihr Manifest Großputz! Care nach Corona neu gestalten (2020) nimmt die Pandemie zum Anlass, auf die prekäre Situation all jener Bereiche zu verweisen, die auf die mit Frauen assoziierten Kompetenzen von Fürsorge, Erziehung, Pflege und Unterstützung angewiesen sind. Corona hat in zugespitzter Weise zum Vorschein gebracht, dass der seit Langem beklagte Mangel an Ressourcen für die Aufgaben des Care-Bereichs für das Gemeinwohl katastrophale Folgen hat. Sowohl im privaten wie auch im öffentlichen Bereich fehlt es gravierend an Zeit und Geld, an Personal und Ausrüstung, um dem Bedarf der Menschen nach Beistand und Unterstützung in den Wechselfällen des Alltags Genüge zu tun. Abhilfe erfolgt punktuell, grundsätzliche Lösungen sind nicht in Sicht.

Allerdings hat Care Mainstreaming zum Ziel, die Interdependenz von Care und anderen Bereichen der Existenzsicherung nachhaltig im öffentlichen Bewusstsein zu verankern (vgl. Care.Macht.Mehr 2020). Dazu empfiehlt sich die Einführung eines persönlichen Rechts auf Zeit für Care-Aufgaben, das mit einem Lohnersatzanspruch und sozialer Sicherung verbunden ist. Wo die Möglichkeiten der Digitalisierung von Care-Arbeit genutzt werden sollen, müssen Betroffene und Beschäftigte in die Technikentwicklung einbezogen werden. Bei der Neugestaltung des Care-Bereichs dürfen nicht Kostenerwägungen im Vordergrund stehen. Bezahlt oder unbezahlt, privat oder in öffentlicher Verantwortung erfordert Sorgearbeit Spielräume für Zeitverwendung und Kommunikation, ihre Qualität ist abhängig von Mitmenschlichkeit und Zuwendung.

Noch rückhaltloser kritisiert die österreichische Initiative Femme Fiscale (2020) die Nachrangigkeit der Arbeit von Frauen in den Programmen der einzelnen Länder zur Bewältigung der Corona-Krise. Sie hält die Krisenpolitik für eine Politik von Männern für Männer, die Geschlechterverhältnisse ignoriert. Die Stütz- und Fördermaßnahmen gelten – nicht nur in Österreich – vor allem produktionsnahen Branchen, in denen vor allem Männer arbeiten. Femme Fiscale sieht diese Politik nicht nur geschlechterpolitisch, sondern auch volkswirtschaftlich für verfehlt, weil mit denselben Mitteln doppelt so viele Arbeitsplätze für Frauen geschaffen werden könnten. Diese kämen nicht nur den Frauen zugute, sondern leisteten einen Beitrag zum guten Leben für alle.

Die Initiative Femme Fiscale gehört zu den Vorreiter*innen derer, die die Corona-Krise als Chance für eine politische Trendwende sehen. Das Netzwerk,

das sich für eine geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik stark macht, erwartet wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in Österreich von einer Expansion und Stärkung des Care-Bereichs. Mit der Forderung Halbe-Halbe im Sinne der Quotierung verfügbarer Fördermittel für Frauen und Männer soll gleichzeitig eine Verschiebung der Erwerbsarbeit hin zu mehr Nachhaltigkeit erreicht werden. Grundsätzlich ist Care-Arbeit „grüner“ als die Arbeit in den Sektoren physischer Produktion (vgl. Femme Fiscale 2020).

Auf denselben Prinzipien beruht eine Stellungnahme der Grünen im Europaparlament zum Programm EU Next Generation (vgl. Klatzer/Rinaldi 2020). Auch diese Stellungnahme macht deutlich, dass das Konjunkturprogramm der EU ohne Quotierung der Finanzmittel vor allem auf Branchen ausgerichtet ist, die Männer beschäftigen. Mit gezielter Förderung der Care Economy in den Mitgliedsländern lassen sich andererseits Arbeitsplätze schaffen, die attraktiv sind für Frauen und ihre Familien. Investitionen in die Bereiche Gesundheit und Pflege bedeuten darüber hinaus eine Stärkung der Resilienz der Bevölkerung gegenüber Corona und anderen Pandemien.

Die englische Women's Budget Group hat im Jahr 2020 einen Plan for Action verabschiedet, der auf der Grundlage einer neuen Sicht auf das Geschlechterverhältnis Ansatzpunkte für tiefgreifende strukturelle Veränderungen des Wirtschaftens sichtbar macht. Der einflussreiche feministische Think Tank propagiert die Bildung einer Caring Economy, für die das Wohlergehen von Mensch und Natur an erster Stelle steht. Mit großem Nachdruck distanziert sich der Bericht vom gängigen Ziel des wirtschaftlichen Wachstums und den im BIP kodifizierten Kategorien von Effizienz und Produktivität (vgl. UK Women's Budget Group 2020).

9 Ein neues Leitbild von Arbeit und Leben

Die Entwicklung industrieller Produktionsweisen im 19. Jahrhundert war begleitet von wachsender Distanz zwischen Arbeit und Leben. Immer weniger Güter des täglichen Bedarfs wurden in Eigenarbeit der Haushaltsgemeinschaft hergestellt. Vor allem städtische Haushalte waren selbst für die Grundversorgung mit Lebensmitteln auf Marktgüter angewiesen. Doch obwohl Frauen und Kinder durch außerhäusliche Arbeit zur nötigen Kaufkraft einen Beitrag leisteten, wurde das gesamte Haushaltseinkommen dem männlichen Haushälter zugerechnet. Im Gegenzug sah er sich mit der Erwartung konfrontiert, in seiner Funktion als Haushaltsvorstand und Hauptverdiener für einen steigenden Lebensstandard seiner Angehörigen Sorge zu tragen.

Die zwischen Frauen und Männern aufgeteilte Zuständigkeit für das Wohlergehen der Generationen korrelierte mit der Fokussierung der Politischen Ökonomie auf produktive Arbeit und die Expansion materieller Produktion.

Aus ökonomischer Perspektive gerieten Haushalt und Familie zu Stätten von Freizeit und Konsum der Güterproduzenten, während die Dienste der Frauen bestenfalls der sogenannten Re-Produktion zugeschlagen wurden. Wenn eine nachhaltige Neuorientierung gelingen soll, muss die patriarchale Grundstruktur der industriellen Wirtschaftsweise benannt und nachhaltig bearbeitet werden. Sie benachteiligt nicht nur die Frauen, sondern gefährdet ebenso auch die Versorgung und Teilhabe kommender Generationen.

Ein neues Modell des Wirtschaftens und Haushaltens muss die patriarchale Gleichsetzung des privaten Haushalts mit einem (statistisch mittlerweile zum Hauptverdiener mutierten) Mann als Vertreter „seines“ Haushalts ablösen zugunsten der realen Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Es ist absurd, dass auf dem von Adam Smith errichteten Fundament industriellen Wirtschaftens die primäre Verantwortung für die Generationensorge noch immer von Frauen getragen wird, die dafür zahlreiche Nachteile in Kauf nehmen müssen.

Literatur

- Care.Macht.Mehr (2020): Großputz! Care nach Corona neu gestalten – Ein Positionspapier zur Care-Krise aus Deutschland, Österreich, Schweiz. care-macht-mehr.com/manifest-2020/ (Abfrage: 15.01.2022).
- Demos Helsinki (2021): Turning the Tide. demoshelsinki.fi/julkaisut/an-emergent-economic-movement-in-europe/ (Abfrage: 15.01.2022).
- Femme Fiscale (2020): Feministisches Konjunkturpaket. www.attac.at/kampagnen/die-corona-krise-solidarisch-bewaeltigen/petition-feministisches-konjunkturpaket (Abfrage: 19.11.2021).
- Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens – Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin: Suhrkamp.
- Friedman, Milton (1962/1984): Kapitalismus und Freiheit. Frankfurt am Main: Ullstein Sachbuch.
- Galbraith, John K. (1976): Wirtschaft für Staat und Gesellschaft. München: Droemer Knaur.
- Gartner, Alan/Riessman, Frank (1978): Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft – Zur politischen Ökonomie des tertiären Sektors. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Klatzer, Elisabeth/Rinaldi, Azzurra (2020): “#nextGenerationEU” Leaves Women Behind – Gender Impact Assessment of the European Commission Proposals for the EU Recovery Plan. alexandrageese.eu/wp-content/uploads/2020/07/Gender-Impact-Assessment-Next-GenerationEU_Klatzer_Rinaldi_2020.pdf (Abfrage: 15.01.2022).
- Marçal, Katrine (2016): Machonomics – Die Ökonomie und die Frauen. München: C.H. Beck.
- Marx, Karl (1867/1969): Das Kapital, Band 1. Frankfurt am Main: Ullstein.
- OECD (2020): How’s life? Measuring Well-Being, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development.
- Post-Autistic Economics Network (o. J.): A Brief History of the Post-Autistic Economics Movement. www.paecon.net/HistoryPAE.htm (Abfrage: 19.11.2021).
- Smith, Adam (1776/1937): The Wealth of Nations. New York: Random House.
- Stiefel, Elisabeth (1990): Hausarbeit und das Bruttosozialprodukt. In: Informationen für die Frau, 1/1990, S. 9–13. elizabeth-stiefel.de/category/feministische-oekonomie/page/4/ (Abfrage: 15.01.2022).

- Stiefel, Elisabeth (1998): Über den Zwiespalt zwischen globaler Ökonomie und der simplen Sorge für das Leben. In: Politik und Gesellschaft, H. 3, S. 299–309. elisabeth-stiefel.de/category/feministische-oekonomie/page/4/ (Abfrage: 15.01.2022).
- Stiefel, Elisabeth (2002): Stadt der Männer? Stadt der Frauen – Stadt für alle, Arbeitspapier 60. Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung.
- Stiefel, Elisabeth (2019): Der ökonomische Mann und die Kehrseite des Fortschritts. In: Knobloch, Ulrike (Hrsg.): Ökonomie des Versorgens. Weinheim: Beltz Juventa. S. 42–67.
- Stiglitz, Josef E. (2019): Beyond GDP. socialeurope.eu/beyond-gdp (Abfrage: 19.11.2021).
- Stiglitz, Joseph E./Sen, Amartya/Fitoussi, Jean-Paul (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. ec.europa.eu/eurostat/documents/8131721/8131772/Stiglitz-Sen-Fitoussi-Commission-report.pdf (Abfrage: 19.11.2021).
- UK Women’s Budget Group (2020): Creating a Caring Economy: a call to action. wbg.org.uk/commission/ (Abfrage: 15.01.2022).
- WEAll (2021): About Wellbeing Economy Alliance. weall.org/about (Abfrage: 15.01.2022).

Was haben uns Friedrich Engels' versorgungsökonomische Konzepte heute zu sagen?

Gisela Notz

1 Einleitung

Die soziologische Frauenforschung beklagt seit Langem, dass die großen Gesellschaftstheorien, die sich mit Arbeit befassen, die Leistung der Frauen für die Erschaffung und den Erhalt der Gesellschaft ignorieren. Die Arbeiten in der Familie, bei der Erziehung der Kinder, der Pflege der Hilfsbedürftigen und in der ehrenamtlichen Arbeit fielen lange Zeit nicht unter die Definition von Arbeit, weil sie bekanntlich privat und nicht bezahlt, ohne Arbeitsvertrag und ohne soziale Rechte erbracht werden. Innerhalb der sozialwissenschaftlichen Geschlechterforschung hatte sich – ausgehend von einem international getragenen Konsens in der Problematisierung von Frauenunterdrückung und Frauenausbeutung – bereits in den 1970er Jahren die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Erarbeitung einer „feministischen Gesellschaftstheorie“, der ein erweiterter Arbeitsbegriff, der auch sogenannte Reproduktionsarbeiten (Haus- und Sorgearbeit, heute Care-Arbeit) zugrunde liegt, notwendig ist. Schließlich galt seit 1968 die Erkenntnis: Das Private ist politisch. Ziel war die Aufhebung der geschlechtsspezifisch-hierarchischen Arbeitsteilung in *allen* Bereichen menschlicher Arbeit – nicht nur individuell, sondern auch kollektiv. Das ist, wie ich an anderer Stelle zeige (vgl. Notz 2018, S. 52 ff.), bis heute nicht erreicht.

2 Was hat das mit Friedrich Engels zu tun?

Schon in frühen Schriften hatten Karl Marx und Friedrich Engels auf die besondere Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in der kapitalistischen Gesellschaft – in der Familie und in den Fabriken hingewiesen. In der Schrift „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ (1845/1973) beschrieb Engels die Auswirkungen der Industrialisierung auf die Arbeit beider Geschlechter. In den gemeinsam

mit Karl Marx verfassten Texten „Die Deutsche Ideologie“ (1845/2018) und „Die Heilige Familie“ (1846/1972) sowie im „Manifest der Kommunistischen Partei“ (1848/1959) prangerten beide die ausbeuterischen Bedingungen im kapitalistischen Produktionsprozess ebenso wie die Unterdrückung der Frauen in der nach bürgerlichen Normen verfassten Ehe und Familie an. Wie August Bebel mit seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ (1879/1980) hatte auch Engels die Vision einer humanen Gemeinschaft mit gleichberechtigten Individuen in Erwerbsarbeit und Familie und glaubte an die revolutionäre Kraft der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Von der „Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems“ – damit war die großbäuerliche und großbürgerliche Familie des „Ganzen Hauses“ gemeint – erhofften sich Marx und Engels „neue Rollen für Frauen, junge Personen und Kinder beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens [...] die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beiderlei Geschlechter“ (Marx/Engels 1959, S. 465 f.). Mit diesen Schriften trugen Karl Marx und vor allem Friedrich Engels entscheidend zur Entwicklung einer sozialistischen Frauenemanzipationstheorie bei (vgl. auch Notz 2020), die im Gegensatz zur bürgerlichen als Teil der menschlichen Emanzipation verstanden wird. Engels war der Ansicht, dass die Beseitigung der Frauenunterdrückung, die die Beseitigung des Privateigentums zur Voraussetzung habe, nicht schon innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise erfolgen kann. Das bedeutet, dass die Entstehung der Frauenunterdrückung, d. h., die ungleiche Verteilung der Arbeit und ihrer Produkte sowie des Privateigentums erst durch die Entstehung der Klassen möglich wurde. Mit dieser Erkenntnis wird oft die These vom Haupt- und Nebenwiderspruch untermauert. Bereits August Bebel interpretiert sie jedoch so, dass die Lösung der Frauenfrage mit der sozialen Frage zusammenfällt (vgl. Bebel 1980, S. 30).

Die folgenden Auseinandersetzungen beschäftigen sich mit dem emanzipatorischen Gehalt von Engels' Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ (1884). Sie ist wohl eine von Engels' bekanntesten Schriften und gilt auch heute noch als eines der einflussreichsten Dokumente der Weltliteratur in Bezug auf die Kritik an der patriarchalen Familie, die der Emanzipation der Frauen im Wege steht. Anschließend soll der Frage nachgegangen werden, wie weit die Gedanken von Engels bewusst oder unbewusst die Kritik der Neuen Frauenbewegungen an den Kleinfamilienstrukturen und der damit verbundenen Arbeitsteilung beeinflusst haben. Schließlich geht es darum, inwieweit sie noch heute relevant sind und welche Bedeutung ihnen aufgrund der aktuellen politischen Situation heute beizumessen ist.

Das Buch wurde zu einem der meistgelesenen marxistischen Klassiker. Engels plädierte darin für die Frauenbefreiung, für die die „Wiedereinführung des ganzen weiblichen Geschlechts in die öffentliche Industrie“, also in die bezahlt geleistete Arbeit zur eigenständigen Existenzsicherung, die Vorausset-

zung war. Er sah aber auch den zweiten unbezahlt geleisteten Arbeitsbereich, der meist den Frauen zugeordnet wurde, und forderte die Vergesellschaftung der Haus- und Sorgearbeiten¹ durch „die Beseitigung der Eigenschaft der Einzelfamilie als wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft“ (Engels 1884, S. 73).

Diese (zunächst) theoretische Position war innerhalb der Arbeiterbewegung nicht unumstritten – ja, sie stand in Widerspruch zur traditionellen Haltung eines großen Teils der Arbeiterbewegung, wie sie bereits zwei Jahrzehnte zuvor vertreten wurde. Der 1863 gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) unter dem Vorsitz von Ferdinand Lassalle wandte sich in seiner Gründungsresolution gegen die Frauenerwerbsarbeit. Darin hieß es: Die Frau Sorge für „die Reproduktion der Familie, versorge den Haushalt, ziehe die Kinder auf und biete dem Mann einen kompensatorischen Ausgleich für den Kampf ums tägliche Brot“. Das mag der Antrieb gewesen sein, dass Engels sich 1883, kurz nach Karl Marx' Tod, daran machte, aus dessen hinterlassenen umfangreichen Notizen, die sich mit den Resultaten der 1877 publizierten Morgan'schen Forschungen zur Urgesellschaft und Bachofens „Mutterrecht“ beschäftigten, und seinen eigenen Überlegungen die erwähnte Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ zu verfassen. Engels verweist darin auf den engen Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Familie sowie auf die Abhängigkeit der Familie und der Beziehungen der einzelnen Familienmitglieder untereinander von der jeweiligen Gesellschaftsordnung und der zugrunde liegenden Produktionsweise.

3 Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens

Im Vorwort zur ersten Auflage 1884 schreibt Engels: „Nach der materialistischen Auffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens. Diese ist aber selbst wieder doppelter Art. Einerseits die Erzeugung von Lebensmitteln, von Gegenständen der Nahrung, Kleidung, Wohnung und den dazu erforderlichen Werkzeugen; andererseits die Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung. Die gesellschaftlichen Einrichtungen, unter denen die Menschen einer bestimmten Geschichtsepoche und eines bestimmten Landes leben, werden bedingt durch beide Arten der Produktion: durch die Entwicklungsstufe einerseits der Arbeit, andererseits der Familie“ (S. 27 f.).

Engels geht also von zwei Produktionsformen aus: aus der einen entstehen die Menschen und aus der anderen die Lebensmittel und Güter, die diese Menschen brauchen. Zudem fordert er, dass dem weiblichen Akt der Produktion von Menschen die gleiche Bedeutung beizumessen sei, wie der Produktion der

1 Die Begriffe Reproduktionsarbeit, Care oder Care-Arbeit entstanden erst später.

materiellen Lebensgrundlagen. Diese Aufwertung der Rolle und Funktion der Frau war zu seiner Zeit in und außerhalb der Arbeiterbewegung außerordentlich ungewöhnlich. Allerdings behält er die Trennung der beiden Arbeitsbereiche in einerseits (Erwerbs-)Arbeit und andererseits Familienarbeit bei, die – wie er selbst in der Schrift erklärt – zur Abwertung der durch Frauen geleisteten Arbeiten führt.

Nach jahrelangem Studium der Anthropologie und Frühgeschichte war Engels zu dem Schluss gekommen, dass in vorgeschichtlichen Zeiten, bevor der Staat entstand, die Gesellschaft in großen Familienbünden, organisiert war, die das kollektive Eigentum an Grund und Boden besaßen und auch gemeinsam beackerten. Es gab kein Erbrecht, da das Eigentum allen Mitgliedern der Bünde gehörte. Mit wachsender Produktivität (z. B. durch technische Erfindungen) begannen einige Menschen einen Überschuss zu produzieren, den sie gegen die überschüssigen Produkte anderer eintauschten. Damit begann der Warentausch, durch den es wenigen Menschen gelang, Reichtümer anzuhäufen. Diese angehäuften Reichtümer wollten sie nun nicht mit den anderen Familienbünden teilen, sondern für die eigenen Nachkommen reservieren. Aufgrund der polygamen Familienstrukturen konnte die Abstammung eines Kindes nur anhand der mütterlichen Linie mit Gewissheit zurückverfolgt werden – denn Vaterschaftstests gab es noch keine. Frauen genossen in diesen Strukturen größeres Ansehen und größere gesellschaftliche Autorität, als sie jemals zu späteren Zeiten erreichten.

Erst mit der Herausbildung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in Produktions- und Reproduktionsarbeiten und des Privateigentums veränderte sich auch die Stellung der Frau. Es entstanden die ersten Vererbungsmodelle. Um ihren Besitz an ihre biologischen Erben männlicher Herkunft weitergeben zu können, verlangten die Väter nun die Gewissheit ihrer Vaterschaft und das Verbot für Frauen, sich mit mehr als einem Mann zu paaren. Damit entstand auch der Anspruch auf exklusive Rechte des Mannes auf den Körper einer von ihm erwählten Frau. „Die platte Habgier“, schrieb Engels, „war die treibende Seele der Zivilisation von ihrem ersten Tag bis heute. Reichtum und abermals Reichtum und zum dritten mal Reichtum, Reichtum nicht der Gesellschaft“, sondern des „einzelnen lumpigen Individuums“ (Engels 1975, S. 171).

Indem das Mutterrecht durch das Vaterrecht abgelöst wurde, wurde auch die frühere Unabhängigkeit der Frauen in Abhängigkeit verwandelt: „Der Umsturz des Mutterrechts war die weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts. Der Mann ergriff das Steuer auch im Hause, die Frau wurde entwürdigt, geknechtet, Sklavin seiner Lust und bloßes Werkzeug der Kinderzeugung [...]. Die erste Wirkung der nun begründeten Alleinherrschaft der Männer zeigt sich in der jetzt auftauchenden Zwischenform der patriarchalischen Familie.“ (ebd., S. 61). Diese Familie – so versucht Engels nachzuweisen – hat es nicht von Anfang an gegeben. Ebenso wenig wie die Unterordnung der Frauen.

Sie wurde institutionalisiert, rechtlich kodifiziert und fest in den Sitten verankert. Um den Vater und damit die legitimen Erben eindeutig zu bestimmen, wurde die monogame Familie, die das Inzestverbot und die sexuelle Unberührtheit sowie die lebenslange Treue der Frau institutionalisierte und rechtlich absicherte, notwendig. Es ging, wie Engels schrieb, um die „Monogamie der Frau“, [...] „nicht des Mannes, so daß diese Monogamie der Frau der offenen oder verdeckten Polygamie des Mannes durchaus nicht im Wege stand“ (ebd., S. 77). Damit einher ging der Bedeutungsverlust des Stammesverbandes.

4 Die Entstehung der Hausfrau

Gleichzeitig mit dem Entstehen der Kleinfamilie, deren Grundlage nach Engels die „offene und verhüllte Haussklaverei der Frau“ (ebd., S. 73) ist, veränderte sich auch die menschliche Arbeit. Es wuchs der Bedarf an Arbeitskräften, die die Reichtümer weiter vermehrten: „Aus der ersten großen gesellschaftlichen Arbeitsteilung entsprang die erste große Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen: Herren und Sklaven, Ausbeuter und Ausgebeutete“ (ebd., S. 175). Klassen sind bei Engels gesellschaftliche Gruppen, die gegensätzliche ökonomische Interessen vertreten. Ein Sklavenhalter hat das Interesse, den Sklaven auszubeuten, um maximalen eigenen Gewinn aus ihm zu ziehen. Ein Sklave hingegen hat das Interesse, möglichst wenig für den Sklavenhalter zu arbeiten und stattdessen selbst in Freiheit zu leben. Sklaven waren – folgt man Hannah Arendt – schon während des „Altertums im wesentlichen im Haushalt beschäftigt, wo sie ihre Herren von dieser Last, nämlich der Mühe des reinen Konsumierens, befreiten“ (Arendt 1960).

Die Spaltung der Gesellschaft, die die Unterordnung der Frau zur Folge hat, beschreibt Engels folgendermaßen: „Der Unterschied von Reichen und Ärmeren tritt neben den von Freien und Sklaven – mit der neuen Arbeitsteilung entsteht eine neue Spaltung der Gesellschaft in Klassen, die bis heute das menschliche Zusammenleben prägen. Die Besitzunterschiede der einzelnen Familienhäupter sprengen die alte kommunistische Hausgemeinde überall, wo sie sich bis dahin erhalten hat; mit ihr die gemeinsame Bebauung des Bodens für Rechnung dieser Gemeinde. Das Ackerland wird den einzelnen Familien zunächst auf Zeit, später ein für alle Mal zur Nutzung überwiesen, der Übergang in volles Privateigentum vollzieht sich allmählich und parallel mit dem Übergang der Paarungsehe in Monogamie. Die Einzelfamilie fängt an, die wirtschaftliche Einheit in der Gesellschaft zu werden“ (Engels 1848, S. 159). Die Hausfrau – so folgert Engels – unterliegt einem ähnlichen Ausbeutungsverhältnis durch den Mann, wie der Mann durch den Kapitalisten.

Engels bezweifelte die „Natürlichkeit“ der Familie, zumal er Lebensweisen sah, die nicht der bürgerlichen Familie entsprachen. Er wollte durch seine For-

sungen eine Lanze für das Gemeineigentum brechen. Das Privateigentum an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln sowie an Grund und Boden sollte in der neuen kommunistischen Gesellschaft wieder abgeschafft werden. Im Staat sah er das Eingeständnis, „daß die Gesellschaft“, deren Produkt der Staat ist, „in einem unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt“ ist bzw. dass „sie sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat“ (ebd., S. 165). Die Unterdrückung der Frau durch den Mann ist nach Engels historisch gewachsen und gesellschaftlich bedingt. Damit ist die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ein Produkt der historischen Entwicklungsstufe der ökonomischen Verhältnisse und keine biologische Tatsache (vgl. Notz 2020, S. 403). Somit war auch der Beweis erbracht, dass der männliche Chauvinismus nicht unveränderlich ist.

Engels war sich sicher, dass sich die Gleichheit der Geschlechter durch die bevorstehende gesellschaftliche Umwälzung im Zuge der proletarischen Revolution wieder herstellen wird. Wenn der vererbare Reichtum erst einmal abgeschafft war und erneut in Gemeinschaftsbesitz rücküberführt sein würde, würden nicht nur die Lohnarbeit und das Proletariat verschwinden, sondern auch der Monogamie und dem Erbrecht die ökonomische Grundlage entzogen sein. Wirkliche Gleichheit zwischen Männern und Frauen könne nur Realität werden, wenn die Ausbeutung beider durch das Kapital aufgehoben werde, die Einzelfamilie aufhörte, wirtschaftlich Einheit der Gesellschaft zu sein, und die Pflege und Erziehung *aller* Kinder, auch der sog. „unehelichen“, zur öffentlichen Angelegenheit werden würde (vgl. ebd., S. 77). Erst mit der Abschaffung des Privateigentums würde eine Heirat aus „Liebe“ möglich, die Menschen würden aus „gegenseitiger Zuneigung“ (ebd., S. 82), ohne ökonomische Zwänge heiraten. Das gemeinschaftliche System der Kindererziehung in entsprechenden Einrichtungen würde die folgende Generation in diesem Sinne erziehen.

Diesen Gedanken nahm auch August Bebel auf. In seiner Utopie zur sozialistischen Gesellschaft wird die bürgerliche „Normalehe“ überflüssig, weil sie Folge der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse ist, „in engster Verbindung mit dem Privateigentum und dem Erbrecht“ steht und auch denen aufgenötigt wird, „die nichts zu vererben haben“. In der sozialistischen Gesellschaft wird es nichts mehr zu vererben geben (vgl. Bebel 1980, S. 424 f.). August Bebel lebte mit Frau Julie und Tochter Friede in der Kleinfamilie. Julie Bebel war eine emanzipierte Frau, die nicht nur seine Geschäfte, sondern auch seine politische Arbeit weiterführte, wenn er im Gefängnis saß (vgl. Notz 2021, S. 50 f.). Engels führte mit dem Geschwisterpaar Mary und Lizzie Burns eine neue Art von Beziehung jenseits von ökonomischer Abhängigkeit, die eigentlich keiner staatlichen Bestätigung bedurfte (vgl. Mettele 2012).

5 Was heißt das für die aktuelle Diskussion?

Die radikale Schlussfolgerung der Analyse von Friedrich Engels wäre, dass die Kleinfamilie, wie er sie kannte, ebenso verschwinden muss wie die kapitalistische Produktion und die durch sie geschaffenen Eigentumsverhältnisse, damit wäre die einzelne Frau nicht mehr vom einzelnen Mann abhängig und die Versorgungsökonomie (heute als Care-Arbeit bezeichnet) wäre auf mehr Menschen und auf Menschen beiderlei Geschlechts verteilt. Das „Vereinbarkeitsproblem“ hätte sich erledigt und auch für die ökonomische und soziale Anerkennung der Care-Arbeit wäre kein Streik mehr notwendig. Friedrich Engels hat das nicht mehr erlebt. Zwar wurde auf dem Parteitag der SPD in Erfurt 1891 die Forderung nach „Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligt“² in das SPD-Programm eingeschrieben, doch die Umsetzung sollte lange auf sich warten lassen. Zählbare Vorbehalte unter den männerdominierten Arbeiterorganisationen waren ebenso schwer zu überwindende Hindernisse wie die vielfachen Belastungen der Arbeiterinnen durch Haushalt und Familie. Stark hervorgehoben wurden immer wieder die biologischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Letzteres waren Argumente, die Friedrich Engels nicht zur Legitimierung der geschlechterhierarchischen Ordnung in Beruf und Familie gelten ließ. Ebenso wie er die Familie als veränderbar betrachtete, sah er auch die Unterdrückung der Frau als Ergebnis der Gesellschaft, nicht der Natur: „In dem Verhältnis wie die Reichtümer sich mehrten, gaben sie [...] dem Mann eine wichtigere Stellung in der Familie als der Frau“ (Engels 1884, S. 60 f.).

Schließlich waren sowohl Lohnarbeit als auch die Verantwortung für Familie zu räumlich getrennten Ganztätigkeiten geworden (vgl. Notz 2015, S. 41). Frauen sollten es, auch nach der Ansicht vieler Sozialisten, „nicht nötig haben“ zu arbeiten und das hieß immer: gegen Lohn zu arbeiten. Innerhalb der Erwerbsarbeit wurde die Arbeitsverteilung nach Geschlecht dazu benutzt, Frauenarbeit insgesamt geringer zu bewerten. Die Folge war, dass lohnarbeitende Frauen Ende des 19. Jahrhunderts stärker auf Billiglöhne und die Rolle der „Zuverdienerin“ festgelegt wurden. Diese Prämisse wurde schließlich von den männerdominierten Gewerkschaften aufgenommen, die den geringen Wert der weiblichen Arbeitskräfte wie selbstverständlich voraussetzten (vgl. Scott 1994, S. 461). Vor diesem Hintergrund wurde die Arbeiterin an sich und nicht die schlechten Arbeitsbedingungen und der geringe Lohn zum Problem für die Gewerkschaften. Frauen galten als „Schmutzkonkurrentinnen“ des Mannes, als „Lohndrückerinnen“ und nahmen den Männern angeblich die Erwerbsar-

2 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20.10.1891. Verlag der Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt, 1891.

beitsplätze weg. Gleichzeitig wurde mit Beginn des 20. Jahrhunderts das Loblied auf die „heil(ig)e Familie“ mit klassischer personeller Besetzung und Rollenverteilung und möglichst vielen Kindern sozialpolitisch ideologisiert. Der Kaiser brauchte Soldaten „für Gott und Vaterland“ (Notz 2015, S. 44). Unverheiratete Mütter und nichteheliche Kinder waren in der aufkommenden bürgerlichen Gesellschaft stigmatisiert (vgl. ebd., S. 43). Kinder sollten in einer monogamen „Normalfamilie“ aufwachsen. Abtreibungen waren verboten, da sorgten vor allem die christlichen Kirchen dafür. Sie sorgten aber auch dafür, dass ledige Schwangere schwer bestraft wurden (vgl. Neumann 1900, S. 50). Es waren die Frauen der sozialistischen Arbeiterbewegung, die gegen das bürgerliche Familienkonzept, das auch viele der Gewerkschaftsmänner propagierten, mühsame Aufklärungsarbeit zu leisten hatten (vgl. Notz 2008a). Den Frauen ging es um „die volle gesellschaftliche Befreiung der Frau“ und eine Umgestaltung der Gesellschaft, durch die „jede wirtschaftliche Abhängigkeit des Menschen von dem Menschen“ unmöglich wird.³ Oder wie Ottilie Baader bei der Gründung der Sozialistischen Fraueninternationale 1907 in Stuttgart sagte: Es geht um den „Kampf aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts gegen alle Ausbeutenden, ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechts“ (zit. nach Notz 2008b).

6 Familismuskritik der „neuen Frauenbewegungen“

In den 1970er Jahren war es durch die alleinlebenden Frauen und durch die Zunahme nicht ehelicher Lebensgemeinschaften in Deutschland (Ost und West), nach einer Hochzeit der christlichen Familienpolitik der 1950er und 1960er Jahre in Westdeutschland, zu einer zumindest partiellen Abkehr vom traditionellen bürgerlich-patriarchalen Familienbild, gekommen (vgl. Notz 2003, S. 12). Ihre dominante Stellung hatte die Vater-Mutter-Kind-Familie zugunsten einer Vielzahl von Lebensformen eingeübt (vgl. Brüderl/Klein 2003).

Es waren die neu entstandene Studentenbewegung der 1968er Jahre und die aus ihr hervorgegangene Frauenbewegung der 1970er Jahre in Westdeutschland, die das an den Normen der gewünschten Gesellschaftsordnung und den Vorstellungen von einer intakten Durchschnittsehe orientierte, staatlich begünstigte Modell der bürgerlichen Kleinfamilie mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung gründlich kritisierten. Unter den „68ern“ galt Familie als Auslaufmodell, kontaminiert mit dem braunen Gift der Nazis, mit Mutterkreuzen und „Arierzuchtanstalten“. Die Familie galt als ein Repressionsinstrument, das möglichst schnell durch neue Formen des Zusammenlebens ersetzt werden sollte (vgl. Notz 2018).

3 Motto der SPD-Frauenzeitschrift „Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“, gegründet am 28.12.1892.

Nun tauchten auch Debatten über Engels Werk wieder auf. Radikalfeministische Autorinnen wie Shulamith Firestone (1975) und Kate Millett (1971) wiesen darauf, dass das Werk Engels den Weg öffnet, um die Institution Familie zu entnaturalisieren und die Unterdrückung der Frauen als gesellschaftliches Phänomen zu begreifen. Firestone wies auf die Notwendigkeit einer doppelten Revolution hin. Mit einer sozialen Revolution gelte es, die Klassengesellschaft abzuschaffen, und mit einer feministischen Revolution, die geschlechtsbedingte Unterdrückung zu beseitigen. Sie unterschied in Anlehnung an das marxistische Klassenmodell „die Klasse der Männer und die Klasse der Frauen“ (Firestone 1975, S. 9). Ihr Anliegen war es, eine Analyse der Dynamik des Kampfes der Geschlechter zu entwickeln, die ebenso gründlich sein sollte, wie die Analyse des Klassenwiderspruchs von Marx und Engels für die ökonomische Revolution (vgl. Notz 2015, S. 114). Mit ihrer Schrift wollte sie den Nachweis führen, dass das geschlechtsspezifische Klassensystem sogar tiefer verankert sei als jede andere soziale oder ökonomische Spaltung. Der Versuch, Frauen als eigene Klasse zu konzipieren, da sie gegenüber Männern durchgehend benachteiligt seien, greift freilich zu kurz. Zu unterschiedlich sind ihre Interessen und die Unterdrückungsformen, denen sie ausgesetzt sind.

In der BRD haben die „68erinnen“ mit der harschen Kritik der tradierten Familienideologie und der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung in Beruf und im sogenannten „Privatbereich“ die familistischen Strukturen hinterfragt und damit zumindest einen Stein ins Rollen gebracht. Mit dem Slogan „Das Private ist politisch“ strebten sie keine „partnerschaftliche“ Teilung der anfallenden Arbeiten an, sondern suchten nach kollektiven Lösungen der Kindererziehung und des Zusammenlebens und -arbeitens. Sie entwickelten Gegenmodelle zur heterosexuellen Kleinfamilie, die geeignet waren, die enge Fixierung zwischen Vater, Mutter und Kind aufzulösen und für Frauen Freiräume zur Beteiligung an sinnvoller möglichst kollektiv organisierter Erwerbsarbeit und an politischen Versammlungen zu schaffen. Wohngemeinschaften als alternative Formen des Zusammenlebens und Kommunen als Lebens- und Arbeitsgemeinschaften schossen in den 1970er Jahren wie Pilze aus dem Boden. Frauen, Männer und Kinder wollten ein neues Miteinander ohne finanzielle Abhängigkeiten, Besitzansprüche, Ausbeutung, Unterdrückung oder Gewalt entwickeln (vgl. Notz 2018).

Die Kritik der staatlichen Familienpolitik als Bevölkerungspolitik, die als Frauenpolitik ausgegeben wird, sie jedoch untergräbt, hält bis heute an. Einige frauen-, familien- und arbeitsmarktpolitische Verbesserungen wären ohne die Anstrengungen der Frauenbewegungen der 1970er Jahre in der BRD kaum möglich gewesen. Tatsächlich wurden die Lebensformen durch neue selbstbewusste gemeinschaftliche Formen des Zusammenlebens immer heterogener, als sie in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ohnehin schon gewesen sind.

Und doch fördert staatliche Familienpolitik nach wie vor die traditionelle mit Vater, Mutter und Kind(ern) „normalbesetzte“ heterosexuelle Kleinfamilie mit einem „Haupternährer“, in der Kinder erzogen und pflegebedürftige Menschen versorgt werden sollen. Der historischen Tradition folgend sollen die Versorgenden auch heute noch vorwiegend die in den Familien lebenden Frauen sein. Hier liegt auch die Bedeutung von staatlich legitimerter und möglichst kirchlich gesegneter Ehe, ohne die Familie nicht wirklich Familie ist.

7 Familismus und die „neue Rechte“

Rechtskonservative Parteien und Gruppierungen erstarben nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Europas. Ultrarechte christliche Kleinparteien wie die *Partei bibeltreuer Christen* oder der *Der III. Weg* kämpfen ebenso wie Aktionsbündnisse z. B. die *Demo für alle* gegen Toleranz und Vielfalt und gegen Zuwanderung. Durch die Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) sind ihre Positionen nun auch in den Parlamenten vertreten. Sie setzen sich für die deutsche Kleinfamilie mit traditioneller Arbeitsverteilung ein (vgl. Ketelhut 2018). Neben moralischen Argumenten wird meist die „demografische Krise“ ins Feld geführt, deshalb dürfe auch keine Schwangerschaft abgebrochen werden. Dabei geht es um völkisch-nationalistische Argumente, wie das Aussterben des deutschen Volkes. Die Argumente sind alt.

Nun kommt der Corona-Shutdown den Protagonist*innen der reaktionären *Demo für alle*-Kampagne scheinbar zu Hilfe. Sie (und andere konservative Kräfte) kämpfen seit Jahren verbissen gegen die Vielfalt der unterschiedlichen Lebensmodelle. Alles, was jenseits der heteronormativen Kleinfamilie angesiedelt ist, ist Teufelswerk, weshalb sich diese Kampagne insbesondere auf die Fahne geschrieben hat, die Kinder nicht nur vor sexueller Aufklärung zu schützen, sondern auch vor „Fremdbetreuung“ in Gruppen. „Die ersetzbare Mutter – ein Mythos hat Pause“, jubelt etwa Birgit Kelle. Sie schreibt: „Millionen von Familien stellen gerade fest, dass dann, wenn der Staat als Nanny ausfällt, die Familie und ja, die Mutter, wieder in den Mittelpunkt des Haushaltes rückt“ (Kelle 2020). Versucht wird wieder einmal ein Roll-Back.

Wissenschaftlerinnen sehen keinen Grund zum Jubeln. Sie sprechen von einer „Retraditionalisierung“ die sich andeutet, „bei der die Verantwortung von Müttern für Kinder und Haushalt wieder oder neu betont wird“, so geht es beispielsweise aus einer Studie hervor, für die Helen Knauf im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung 100 Familienblogs ausgewertet hat (vgl. Knauf 2020, S. 4). Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung Jutta Allmendinger schrieb in einem Gastbeitrag für ZEIT-ONLINE am 12. Mai 2021, gestützt auf eine WZB-Umfrage mit 6.000 Online-Interviews: „Retraditionalisierung ist ein fast noch verharmlosendes Wort. Es ist zu schmusig, zu nett:

Es geht um den Verlust der Würde von Frauen, von Respekt, von Rechten.“ Die Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen sei wie in alten Zeiten, „eine Rolle zurück“ (Allmendinger 2020). „Diese Entwicklung ist eine Rolle rückwärts in die Fünfziger Jahre“, kritisierte auch Mona Küppers, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats in einer Pressemitteilung. Der Deutsche Frauenrat geht davon aus, dass die coronabedingt zusätzlich anfallende Sorgearbeit von Müttern erbracht wird, die damit allein gelassen werden. Er fordert unter anderem eine großzügigere Regelung bei der Notfallbetreuung in Schulen und Kitas (vgl. Deutscher Frauenrat 2020).

8 Naturgesetze hinterfragt man nicht

Heute, 138 Jahre nach dem Erscheinen von Engels' Buch erscheint es im bürgerlichen Mainstream, aber auch in Teilen der Linken überflüssig, nach dem Ursprung von Familie, Privateigentum und Staat zu fragen. Familie mit der traditionellen Arbeitsteilung wird weiter behandelt, als wäre sie Naturgesetz, und Naturgesetze hinterfragt man nicht, auch wenn die Realität längst andere Wege geht. Privateigentum wird so behandelt, als ob es aus der menschlichen Natur nicht wegzudenken sei. Und vom Staat hegt man die Meinung, dass ohne ihn das Zusammenleben der menschlichen Gattung dem Chaos und der Willkür ausgeliefert sei. Engels' Einsichten in die ökonomischen Grundlagen geschlechtsspezifischer Ungleichheit sind in Zeiten, in denen der bezahlte Arbeitsmarkt immer noch geschlechtsspezifisch geteilt ist und Kindererziehung und Hausarbeit ebenfalls ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt sind, so relevant wie eh und je.

Literatur

- Allmendinger, Jutta (2020): Die Frauen verlieren ihre Würde. In: Zeit Online, 12.05.2020. www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-05/familie-corona-krise-frauen-rollenverteilung-rueckentwicklung (Abfrage: 01.12.2021).
- Arendt, Hannah (1960): Der Mensch und die Arbeit. In: Merkur, H. 150. www.merkur-zeitschrift.de/autoren/der-mensch-und-die-arbeit/ (Abfrage: 20.09.2021).
- Bachofen, Johann Jakob (1861): Das Mutterrecht. Eine Untersuchung über die Gynaiokratie der alten Welt nach ihrer religiösen und rechtlichen Natur. Stuttgart: Kraus und Hoffmann.
- Bebel, August (1879/1980): Die Frau und der Sozialismus. Neusatz der 1929 erschienenen Jubiläumsausgabe. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger.
- Brüderl, Josef/Klein, Thomas (2003): Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland, 1996–2000. In: Bien, Walter/Marbach, Jan H. (Hrsg.): Partnerschaft und Familiengründung. Opladen: Leske und Budrich. S. 189–217.

- Deutscher Frauenrat (2020): Erste Corona-Lockerungen: Rolle Rückwärts ins Alleiner-nährermodell abwenden. Pressemitteilung vom 17.04.2020. www.frauenrat.de/erste-corona-lockerungen-rolle-rueckwaerts-ins-alleinernaehrer-modell-abwenden/ (Abfrage: 20.09.2021).
- Engels, Friedrich (1845/1973): Die Lage der arbeitenden Klasse in England. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Engels, Friedrich (1884): Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Hettingen-Zürich: Verlag der Schweizerischen Volksbuchhandlung (MEW, Bd. 21, S. 27–173).
- Firestone, Shulamit (1975): Frauenbefreiung und sexuelle Revolution. Frankfurt am Main: Fischer.
- Kelle, Birgit (2020): Die ersetzbare Mutter – Ein Mythos hat Pause. demofueralle.de/2020/04/29/die-ersetzbare-mutter-ein-mythos-hat-pause/ (Abfrage: 20.09.2021).
- Ketelhut, Klemens (2018): „Mehr Kinder? Aber nur deutsche!“ – Die Familienpolitik der AfD. www.gwi-boell.de/de/2018/02/19/mehr-kinder-aber-nur-deutsche-die-voelkische-familienpolitik-der-afd (Abfrage: 01.12.2021).
- Knauf, Helen (2020): Corona – Familien am Limit. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1845/2018): Die deutsche Ideologie. Ditzingen: Reclam.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1846/1972): Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. MEW, Bd. 2. Berlin: Karl Dietz Verlag. S. 3–223.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848/1959): Das Kommunistische Manifest. MEW, Bd. 4. Berlin: Karl Dietz Verlag. S. 459–493.
- Mettele, Gisela (2012): Mary und Lizzie Burns. Die Lebensgefährtinnen von Friedrich Engels. In: Internationale Marx-Engels-Stiftung (Hrsg.): Marx-Engels-Jahrbuch 2011. Berlin: Akademie-Verlag. S. 130–149.
- Millett, Kate (1971): Sexus und Herrschaft: Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft. München: Kiepenheuer & Witsch.
- Morgan, Lewis H. (1877): Ancient Society. Researches in the Lines of Human Progress from Savagery through Barbarism to Civilization. London: Mac Millan & Company.
- Neumann, Hugo (1900): Die unehelichen Kinder in Berlin. Jena: Fischer.
- Notz, Gisela (2003): Familien. Lebensformen zwischen Tradition und Utopie, Neu-Ulm: AG SPAK Bücher.
- Notz, Gisela (2008a): Clara Zetkin und die internationale sozialistische Frauenbewegung. In: Plener, Ulla (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Berlin: Karl Dietz Verlag. S. 9–21.
- Notz, Gisela (2008b): „Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!“ Die internationale sozialistische Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Notz, Gisela (2015): Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes. Stuttgart: Schmetterling-Verlag.
- Notz, Gisela (2018): Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre. 2. Auflage. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher.
- Notz, Gisela (2020): Auseinandersetzung mit Friedrich Engels’ „Ursprung der Familie ...“ und was er uns heute noch zu sagen hat. In: Lucas, Rainer/Pfriem, Reinhard/Westhoff, Hans-Dieter (Hrsg.): Arbeiten am Widerspruch – Friedrich Engels zum 200. Geburtstag, Weimar: Metropolis. S. 397–416.
- Notz, Gisela (2021a): Wegbereiterinnen. Berühmte, bekannte und zu Unrecht vergessene Frauen aus der Geschichte. 3. Auflage, Neu-Ulm: AG SPAK Bücher.
- Notz, Gisela (2021b): Feminismus. Köln: PapyRossa.
- Scott, Joan W. (1994): Die Arbeiterin. In: Duby, Georges/Perrot, Michelle (Hrsg.): Geschichte der Frauen. Band 4: 19. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Campus. S. 451–479.

Emanzipatorische Beziehungsarbeit für die sozial-ökologische Transformation – Von der wachstumskritisch-androzentrischen Ökonomik zur feministischen Gesellschaftskritik

Lina Hansen

1 Einleitung: Feministische Interventionen

Als täglicher Ausgangspunkt meiner¹ Überlegungen steht die Erfahrung, dass ich aus meinem universitären Seminar über die Kritik am Wirtschaftswachstum und ihre verschiedenen Strömungen im Jahr 2016 oft verärgert aus der Tür ging: Bei der Analyse einführender und diskursleitender Werke, wie „degrowth“ (Kallis 2018) und „Degrowth/Postwachstum zur Einführung“ (Schmelzer/Vetter 2019) fiel mir auf, wie stark Degrowth teilweise andro-, anthro- und eurozentristisch gedacht wurde.² Ich fragte mich, wo denn in dieser theoretischen Auseinandersetzung all das Wissen eingefügt und mitgedacht ist, das so viele

1 Meine Position in den feministisch-deutschsprachigen Diskursen vom westlich geprägten Begriff von Degrowth ist die von einem Menschen, der als weiße, erbende, abled-body Cis-Frau in Deutschland aufgewachsen ist. Cis-Menschen identifizieren sich mit dem aufgrund von biologischen Merkmalen zugeordneten Gender. Cis und trans sind gegenteilige Adjektive. Trans(*) ist ein Überbegriff für alle Menschen, die sich nicht dem Gender zuordnen, welches ihnen bei der Geburt zugeordnet wurde. Heteronormativ meint, dass Heterosexualität als Norm verstanden wird. Queer meint alles, was außerhalb der sexuellen und/ oder geschlechtlichen gesellschaftlichen Norm liegt.

2 Diese Beobachtung führte 2019 zum Thema meiner Masterarbeit „Feministische Perspektiven auf Degrowth – Eine theoretische Diskussion von Anschlussstellen zwischen feministischen Perspektiven auf Epistemologie, Natur, Ökonomik, Subjektivierungsweisen und Degrowth“, die von Prof. Dr. Sylka Scholz und Dr. Andrea Vetter betreut und an der Friedrich Schiller Universität Jena abgelegt wurde. Zudem bedanke ich mich bei Prof. Dr. Ulrike Knobloch, Ann-Christin Kleinert und Dr. Corinna Dengler für ihre Unterstützung und Begleitung im Schreibprozess für diesen Beitrag sowie für diese Möglichkeit, meine Abschlussarbeit in neu verbundener Form zu veröffentlichen.

Feminist*innen³ schon erarbeitet haben und wurde dafür als zu emotional kritisiert.

Degrowth gilt als Sammelbegriff für eine bestimmte Form von Ökonomiekritik (vgl. Dannemann/Holthaus 2018, S. 73) oder Wachstumskritik im 21. Jahrhundert (vgl. D’Alisa/Demaria/Kallis 2016, S. 20) auf Mikro-, Meso- und Makroebene (vgl. Dengler 2020, S. 4). Es ist ein „normativer Kampfbegriff“ (Muraca 2015, S. 108), womit „kein rein wirtschaftliches Konzept gemeint [ist], sondern eine inter- und transdisziplinäre Forderung nach einer sozial-ökologischen Transformation“ (Dengler 2020, S. 4). Die sozial-ökologische Transformation enthält „eine radikale Semantik“ und fordert daher eine doppelte Transformation im Sinne „einer solidarischen und post-kapitalistischen Formation“, welche „ökologisch nachhaltige[n] Wohlstand“ anvisiert (Brand 2014, S. 8 f.). Das Adjektiv „sozial-ökologisch“ macht deutlich, dass Wirtschaft, Gesellschaft und ökologische Lebensgrundlagen (ebd., S. 12) im Sinne der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (vgl. Bauhardt 2012) gedacht werden. Hierbei beziehe ich mich weder auf die sozialreformistische, suffizienzorientierte noch die konservative Strömung der Wachstumskritik (vgl. Schmelzer 2015, S. 118). Ich möchte auf die kapitalismuskritischen und feministischen Strömungen der Wachstumskritik eingehen, die Degrowth zugeordnet werden können.⁴ Sie kritisieren beide das kapitalistische System und sehen die Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse als Wachstumstreiber und soziale Bewegungen, wie die feministische(n), als wichtige Akteur*innen an (ebd.). Verschiedene Autor*innen, wie Matthias Schmelzer und Andrea Vetter (2019, S. 112) machen deutlich, dass „die Mütter“ in diesem Degrowth-Feld allerdings immer noch wenig Beachtung finden und machen somit selbst auf die Kritik des Androzentrismus aufmerksam.

Was Isabella Bakker in „The Strategic Silence“ (1994) für die Ökonomik zeigt, kann auch im Degrowth-Feld für die Theoretisierung der sozial-ökologischen Transformation artikuliert werden, nämlich, dass die Überwindung der

3 In diesem Beitrag wird der Asteriskus verwendet, um die Zweigeschlechtlichkeit als koloniales Mittel zu kritisieren und somit mehr als zwei Geschlechter auch in der Schriftsprache zu verdeutlichen. Die Begrifflichkeiten „Frauen/Männer“ werden an manchen Stellen benutzt, da diese Gruppen in der gesellschaftlichen Realität als solche besprochen werden, auch wenn sie sozial konstruiert sind. Genauso verwende ich die Begriffe „Männlichkeit/männlich“ bzw. „Weiblichkeit/weiblich“ sowie „heterosexuell/Heterosexualität“ bzw. „homosexuell/Homosexualität“ mit dem Verständnis, dass diese Begriffe sozial konstruiert sind. Es handelt sich um sehr heterogene Gruppen und der Begriff „Frauen“ umfasst beispielsweise alle, die sich als diese verstehen, beziehungsweise die von der strukturellen Diskriminierung des Patriarchats betroffen sind. Mit „Weißsein“ beschreibe ich außerdem eine politische und soziale Konstruktion. Damit ist die dominante und privilegierte Position innerhalb des Machtverhältnisses Rassismus gemeint, die sonst zumeist unausgesprochen und unbenannt bleibt.

4 Immer mehr Theoriebildung ist in diese Richtung seit 2019 in Arbeit und ihre Konnektion wird vorangebracht. Zum Beispiel von vielen Forscher*innen, die der „Feminist and Degrowth Alliance“ (FADa)-Gruppe assoziiert sind.

Unsichtbarkeit von Geschlechterverhältnissen in der Ökonomik nicht ausreicht. Stattdessen braucht es ebenso eine Sichtbarmachung von Frauen als Subjekte in den Sozialwissenschaften, wie Tanja Carstensen und Melanie Groß (2006, S. 11 ff.) es in materialistischen Feminismen, postkolonialer Theorie und *Queer Theory* herausarbeiten. Auf den Degrowth-Kontext selbst eingehend, fordern Hauke Dannemann und Anna Holthaus (2018, S. 71 ff.) die integrale Einarbeitung der Geschlechterperspektive. Ähnlich wie Carstensens und Groß' Forderung nach materialistischen, postkolonialen und queeren Anschlüssen werden von feministischen Degrowth-Wissenschaftler*innen verschiedene Strömungen der Ökonomik als Anschlüsse ausfindig gemacht, wie beispielsweise die Feministische Ökonomie, die Subsistenzperspektive, die feministische Kapitalismuskritik (vgl. Schmelzer/Vetter 2019, S. 156), die feministische Kritik an neoklassischer Ökonomik, feministische Beiträge der Ökologischen Ökonomik (vgl. Dengler 2021, S. 376) und ökofeministische, materialistisch-feministische, postkoloniale feministische Perspektiven und schließlich radikale feministische Perspektiven auf Ökonomik (vgl. Dengler/Rolando Mazzuca/Belmalle 2018, o. S.). Daran anschließend braucht es aus meiner Sicht nicht nur ökonomische und wie vorher erwähnt sozialwissenschaftliche Perspektiven, sondern um die sozial-ökologische Transformation aus feministischer Sicht denken zu können, ist das Mitdenken feministischer Gesellschaftskritik erforderlich, welche die Geschlechterverhältnisse in der Ökonomik sichtbar macht und gleichzeitig FLINTAQ⁵ und mehr als Menschen⁶ als Subjekte herausstellt und eine integrale Einarbeitung der verschiedenen erwähnten Perspektiven der Differenz und Ungleichheit leistet. Diesen Prozess möchte ich mit diesem Beitrag fortführen und die Relevanz der Verbindungen der verschiedenen theoretischen Wissenschaftsströmungen herausstellen.

Um dieses benannte Ziel zu erreichen, ziehe ich Hanna Meißners Formulierung einer feministischen Gesellschaftskritik als „onto-epistemo-logisches Projekt“ (2013, S. 163) zu Rate. Sie verbindet dafür inhaltlich anhand der „Metapher der Inferenz“ (ebd., S. 167) Marx' Vorhaben der Veränderung der Welt und Haraways Emanzipationsprojekt der vielversprechenden Inferenzmuster und theoretisch poststrukturelle, historisch materialistische Strömungen und Stränge des neuen Materialismus. Dafür können „nicht einfach bestimmte Standpunkte, Selbstverständlichkeiten und Normen universalisiert und als normatives Maß und Telos gesetzt werden“ (ebd., S. 201). Stattdessen wird ein Denkraum geschaffen, der durch Ergebnisoffenheit sowie „Regelmäßigkeiten und Verfestigungen einerseits und Kontingenz und Instabilität andererseits“ geprägt ist (ebd., S. 201).

5 FLINTAQ meint Frauen, Lesben, inter, non-binary, trans, asexuelle und queere Menschen.

6 „Mehr als Menschen“ meint nicht-menschliche Entitäten.

Der Begriff der „Onto-epistemo-logie“ stellt mit Bezug auf Karen Barad die Wechselwirkung von materiellem Wissen als Wissensprozess und als ethisches Handeln in der Welt heraus (vgl. ebd., S. 184). Wiederum mit Bezug auf Marx stellt Meißner weiter heraus, dass gesellschaftliche Analysen dabei „Stellschrauben“ ausmachen, die die Transformation beeinflussen (vgl. ebd., S. 202). Dafür werden zeitgenössische nicht-hegemoniale Formen anderer „Mensch-Welt-Verhältnisse, [...] Ordnungen und Praktiken des Wissens“ in nicht-hegemonialen Dispositiven bzw. Apparaten von Meißner ausgemacht (vgl. ebd.). Im materialistischen Sinne muss diese „begriffliche Erfindungsarbeit“ dennoch auch die materialen Bedingungen bearbeiten (vgl. ebd., S. 203), indem „soziale Bedingungen in Form etwa von rassistischen und hetero-sexistischen Normen oder Strukturen der kapitalistischen Produktionsweise systematisch eine solche Empfänglichkeit und Offenheit unterlaufen oder verhindern und daher transformativ gestaltet werden müssen“ (ebd., S. 204). Dieses Andere kann mithilfe von onto-epistemo-logischen Praktiken sichtbar gemacht werden, das heißt, durch Inferenzen können relational verstandene Konzepte verändert als Neues erschlossen werden (vgl. ebd., S. 201). Solche Übersetzungsarbeit in der Form und im Inhalt stellt die Relationalität der Lebensbedingungen heraus. Diese Beziehungsarbeit kann emanzipatorische Visionen erschließen (vgl. ebd., S. 203 f.).

Als Quellen der emanzipatorischen Beziehungsarbeit einer feministischen Gesellschaftskritik für die sozial-ökologische Transformation mache ich die verschiedenen, eingangs genannten theoretischen Anschlussstellen für Degrowth aus. Angelehnt an Amber J. Fletchers (2018, S. 45) intersektionale feministische Analyse gliedere ich die Stellschrauben der Ökonomie auf der Makroebene und die Beziehungsarbeit der Subjektivierungsweisen auf der Mikroebene und denke Natur/en auf der Metaebene mit, um theoretisch-konzeptionell die Forschungsfrage zu beantworten, wie eine emanzipatorische Beziehungsarbeit die sozial-ökologische Transformation feministisch macht- und herrschaftskritisch gestaltet. Um der Reproduktion von Unsichtbarkeiten entgegenzuwirken, stelle ich nicht-hegemoniale Formen der Epistemologie heraus und beantworte im anschließenden Unterkapitel die vorthoretische Frage: Welches Wissen ist aus der Perspektive der feministischen Gesellschaftskritik relevant, um die sozial-ökologische Transformation feministisch zu denken?

2 Nicht-hegemoniale Formen der Epistemologie – Wessen Wissen braucht es?

Um epistemische Gewalt durch Unsichtbarkeiten weniger zu reproduzieren (vgl. Dhawan 2012, S. 49 f.) und in Anerkennung des Mangels an einem *Wir* (vgl. Harding 1999, S. 266 f.) und der eigenen Verschleierung des Wissens (vgl. Behrens/

Zittlau 2017, S. iv) stelle ich nicht-hegemoniale Formen von Mensch-Welt-Verhältnissen in den Differenzen der verschiedenen theoretischen Strömungen dar. Eine intersektionale Gesellschaftskritik auf der Ebene der Epistemologie verbindet im Folgenden an dieser Stelle queere, dekoloniale, aktivistische und marxistische Wissens- und Wissenschaftskritik. Aus Differenzen werden verbundene Bindestriche (vgl. ebd., S. 176) indem sie erfinderisch, wie einleitend genannt, Neues finden. Die verschiedenen epistemologischen Positionen vereint die Kritik an Wissen und Wissenschaft und die Herausstellung verschiedener Positionen bearbeiten die jeweiligen Leerstellen und diese stellen darüber hinaus politische und ethische Implikationen heraus.

Die Begründung von Wissen, Wahrheit und die Frage nach der Erkenntnis sowie deren Bedingungen werden innerhalb der Erkenntnistheorie versucht zu beantworten. Feministische Erkenntnistheoretiker*innen kritisieren den Versuch der Beantwortung der Frage nach dem Subjekt der Erkenntnis und stellen gerade die soziale und kulturelle Situiertheit des empirischen Wissenssubjekts, der Körperlichkeit, der Geschichtlichkeit sowie der Macht- und Herrschaftsverhältnisse in den Vordergrund (vgl. Singer 2010, S. 292). Seit den 1980er Jahren haben Feminist*innen jegliche Formen des dominanten wissenschaftlichen Wissens auf Geschlechterleerstellen hin untersucht. Es wurde der Androzentrismus⁷ kritisiert sowie die daraus entstehende Abwertung weiblicher Denk- und Lebenserfahrungen als Hauptkritikpunkt relevant (vgl. Singer 2010, S. 292). Während manche feministischen Wissenschaftler*innen davon ausgehen, durch geschlechtersensiblere empirische Forschung, dem sogenannten feministischen Empirismus, diese Kritik auflösen zu können, sind andere der Überzeugung, dass die Grundprinzipien der Wissenschaft hinterfragt werden müssen (vgl. ebd., S. 293).

Eine der ältesten feministischen Epistemologie-Perspektiven ist die feministische Standpunkttheorie (vgl. ebd., S. 294). Aus einer marxistischen Tradition heraus sind Theoretiker*innen dieses Feldes überzeugt, dass die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse, die asymmetrischen Geschlechterverhältnisse und eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als unterschiedliche Erfahrungen des Frauseins zu einer spezifischen Perspektive der Weltkonstruktion führen. Durch eine erkämpfte, engagierte Position mit Visionen und durch Reflexion kann ein feministischer Standpunkt ausgemacht werden (vgl. ebd., S. 295). Es kann keinen feministischen erkenntnistheoretischen Standpunkt geben, der durch die Kategorie Frau ausreichend beschrieben werden könnte. Stattdessen gilt es, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Identitäten deutlich zu machen und eine sogenannte „Bindestrich-Politik“ zu betonen (vgl. Harding 1999, S. 176). Die epistemischen Standpunkte der Differenzen fördern im Ver-

7 Androzentrismus meint die Normsetzung des Mannes und des männlichen Denkens.

ständnis einer feministischen Gesellschaftskritik auf theoretischer und auch auf politischer Ebene über Differenzen hinweg die Verbindung durch Bindestriche.

Eine weitere viel rezipierte Theoretikerin der Wissenschaftskritik ist Donna Haraway. Sie bezieht sich auf Harding und nutzt eine karikierende Form des Schreibens, wodurch die Form selbst als Wissenschaftskritik verstanden werden kann. Wissenschaft definiert sie als „Suche nach Übersetzung, Verwandlung und Beweglichkeit von Bedeutungen“ (Haraway 1988/2001, S. 285). Dabei bleibt die Geschichtsschreibung im Globalen Norden im eigenen Kontext verhaftet. Sie definiert Wissen als „ein[en] verdichtete[n] Knoten in einem agonistischen Machtfeld“ (ebd., S. 282). Sie macht deutlich, dass die Welt eine „aktive Entität“ ist, daher vielseitig ist und beschrieben werden kann (vgl. ebd., S. 294). Diese Welt rational bzw. objektiv darzustellen, wird hart umkämpft. Subjekte, die in dem Machtfeld eine herrschende Position einnehmen, werden abgebildet, entkörperlicht und theoretisiert, während andere unterworfenen Subjekte diese Form der Wissenschaft übernehmen können, werden sie jedoch in der Wissenschaft selbst nicht abgebildet. Die Visualisierungspraktiken all dieser Subjekte sind voller Gewalt. Der Standpunkt der abgebildeten Subjekte ist dadurch limitiert, kann die Welt in ihrer Heterodoxität nicht zeigen und wird dadurch irrational (vgl. ebd., S. 289). Im Sinne von Haraway werden im Gegensatz dazu Differenzen und Standpunkte durch feministische Objektivität als situiertes Wissen und partielle Perspektiven möglich, das heißt, durch begrenzte Verortung und Verkörperung theoretisiert. (Feministische) Wissenschaft wird zu einer Vielzahl verschiedener kritischer Perspektiven, die durch Netzwerke verbunden werden. Im politischen Feld tauchen diese als Solidarität auf und in der Epistemologie als Diskussionszusammenhänge (vgl. ebd., S. 287). Brauchbare Perspektiven sind dabei solche, die unbekannt, ungewöhnlich und in dem agonistischen Feld nicht machtvoll sind. Situiertes Wissen bedeutet, „dass das Wissensobjekt als Akteur und Agent vorgestellt wird“ (ebd., S. 293).

Die Kritik an eurozentrischer, androzentrisch *männlich* dominierter Wissenschaft beschreibt Patricia Hill Collins (1990) aus der Perspektive der Epistemologie der afrozentrischen feministischen Perspektiven folgendermaßen: Sie kritisiert, dass die Wissenschaftsstruktur besonders die Perspektive *weißer* Männer der Elite reproduziert, da dieses Wissen traditionell als valide angesehen wird. Diese Interpretation der Welt schließt viele Perspektiven aus und stellt nur einen „single process“ dar (vgl. ebd., S. 205). Auch die Kriterien der Methoden dieser Wissenschaft sind zu kritisieren, da sie es nicht ermöglichen das Wissen zu erschließen. Weder positivistische noch nicht positivistische Rahmen der Methode vermögen dies. Das „unterjochte Wissen“ (*subjugated knowledge*) wird derweil in verschiedenartigen Medien und Formen verbreitet (vgl. ebd., S. 202). Musik, Literatur, tägliche Gespräche und Verhalten sowie geteilte Räume sind durch ein gemeinsames Bewusstsein geprägt (vgl. ebd., S. 215 ff.). Somit wird die Erfahrung durch die asymmetrischen Geschlechterverhältnisse, die geschlecht-

liche Arbeitsteilung und durch andere einzelne Prozesse, die differenzielles Bewusstsein hervorbringen, geprägt. Um das unterjochte Wissen bzw. das deprivilegierte Wissen dieser verschiedenen einzelnen Prozesse zu erforschen braucht es nach Hill Collins Methoden, die diese sichtbar machen, indem sie Widerstand thematisieren. Dafür sind erstens konkrete Erfahrungen als Kriterien der Bedeutung, zweitens gemeinsamer Widerstand, drittens Ethiken der Sorge und viertens das Gefühl der Verbundenheit derjenigen mit den gleichen Erfahrungen sowie fünftens Mitgefühl, um die nicht-eigene Perspektive zu verstehen, relevant (vgl. ebd., S. 211). Letztendlich braucht es eine Ethik der persönlichen Verantwortung (vgl. ebd., S. 215 ff.).

An der Schnittstelle zwischen Aktivismus und Wissenschaft forschen viele Wissenschaftler*innen der feministischen und kapitalismuskritischen Wachstumskritik, da diese eng mit sozialen Bewegungen verbunden sind. Marion Hamm fragt sich, wie engagierte Forschung im Verhältnis von Wissenschaft, politischem Engagement und Aktivismus organisiert sein sollte, um soziale Bewegungen zu erforschen. Sie macht deutlich, dass transformative Forschung als Ziel von partizipativer Forschung die Reflexion der Machtverhältnisse zwischen Erforschtem und Forscher*in sowie den Prozess des mitbestimmenden Partizipierens der forschenden Person anstatt eines einfachen Mitmachens braucht (vgl. 2013, S. 57). Als methodisches Vorgehen beschreibt sie das „ethnographische Oszillieren zwischen Teilnahme und Beobachtung“ (ebd., S. 64). Engagierte forschende Personen, die selbst Teil der sozialen Bewegung sind, können so ihre hybride Positionierung vorteilhaft nutzen, um Aktivismus und Forschung zu verbinden (vgl. ebd.). Die Erforschung des singulären Prozesses mit einer doppelten Rolle ist so methodisch legitimierbar.

Christoph Behrens und Andrea Zittlau (2017) machen in ihrer queerfeministischen Wissens- und Wissenschaftskritik deutlich, dass ihre Zielsetzungen die Dekonstruktion von Machtpositionen und Kritik der männlich-heteronormativen Wissensproduktion sind (vgl. ebd., S. ii). Sie erweitern den Begriff der „epistemologischen Revolution“ (Harding/Hintikka 1983, S. 311) zu einer „queer-feministischen Wissensrevolution“ (Behrens/Zittlau 2017, S. iii f.). Um die verschiedenen Ebenen der diversen Arten des Lebens in der kritischen und emanzipierenden Wissensproduktion verdeutlichen zu können, braucht es eine Aufhebung der „Verschleierung“ des „Nicht-Wissens“ der Subjekte. Sie stellen heraus, dass „eine strategisch-produktive Macht [...] es zum Objekt seines eigenen Nicht-Wissens werden [lässt]“ (ebd., S. iv). Die Frage bleibt, wie neben den Subjekten selbst die feministische Subjektivierungsweise(n) einer sozial-ökologischen Transformation aussehe(n), was ich im Folgenden weiter erläutere.

3 Beziehungsrarbeit auf der Mikroebene der Subjektivierungsweisen – Wer sind eigentlich wir?

Die wissenstheoretischen Vorannahmen, die ich bezogen auf die Epistemologie formuliert habe, fordern, eine Bindestrich-Politik zu übernehmen, die ein Wir über partielle Positionen hinaus möglich macht. Diese widerständige Forderung nach Solidarität und über Arbeitsteilung hinaus, werde ich im Folgenden auf die Theoretisierung von Subjektivierungsweisen anwenden und zwischen queeren, intersektionalen, materialistischen Strömungen Beziehungsrarbeit leisten. Regina Becker-Schmidt (2018) macht die „feministische[n] Debatten zur Subjektkonstitution“ ausfindig. Herausgearbeitet werden dabei Schnittstellen, die zwischen Individuum und Gesellschaft sowie Innen- und Außenwelt liegen und die durch Machtverhältnisse sowie politische Partizipation bzw. politischen Widerstand beeinflusst sind (vgl. ebd., S. 126).

Andrea Bührmann (2004) stellt dabei den Mangel an systematisch gedachten geschlechtlichen Subjektivierungsweisen heraus. Diese Form der Subjektivierungsweisen möchte ich, im Sinne von partiellen Perspektiven für den Bereich der sozial-ökologischen Transformation erarbeiteten und so feministisch gedachte Subjektivierungsweisen andenken⁸. In der Theoretisierung von hegemonialen und abweichenden Subjektivierungsformen werde sich beispielsweise mit den Sozialstrukturkategorien Klasse und „Ethnie“ auseinandergesetzt (vgl. ebd., S. 39). Die Ebene der Geschlechterdifferenz, die Ebene der geschlechtlichen Identität sowie die Ebene des Geschlechterverhältnisses wird beispielsweise von Foucault nicht beachtet. Bührmann fordert weiter, „dass die Formierung bzw. Transformierung moderner Subjektivierungsweisen insbesondere mit Blick auf die Konnexionen zwischen Geschlecht, Sexualität und Generativität historisiert und kontextualisiert werden müssen“ (ebd., S. 46). Außerdem müssen die historische Entwicklung, aber auch konkret die spezifischen Formen der Trennung und Verbindung dieser drei letztgenannten Aspekte beleuchtet werden. Daraus ist es dann, laut ihrer Lesart von Foucault, möglich, die Verhältnissetzung sozialer Gruppen und Genusgruppen mit Ein- und Ausschlüssen, aber auch Über- und Unterordnungsprozessen zu erklären, sodass nach meiner Lesart eine historisch eingebettete intersektionale Theoretisierung möglich wird.

Andrea Trumann geht über eine Machtanalyse hinaus, untersucht die Entwicklung der Frauenbewegung(en) und stellt fest, dass „die Subjektwerdung der Frau [...] nicht zu einer Angleichung an die Männer, sondern zu der Ent-

8 An dieser Stelle gehe ich auf eine im deutschsprachigen Kontext stattfindende Diskussion von Grabenkämpfen zwischen verschiedenen Feminismen auf Macht- und Herrschaftsebene ein und versuche sie verbindend radikal für FLINTAQ und mehr als Menschen zu denken, da ich dies notwendig finde. An dieser Stelle führe ich eine anthropozentrische Diskussion. Im Unterkapitel der Natur/en werde ich nicht-menschliche Entitäten mitdenken.

wicklung einer spezifisch weiblichen Subjektivität geführt [hat]“ (2002, S. 11). Migrantische Kritik an der Aussparung des Themas der Staatsbürger*innenschaft und der nur scheinbar universalistischen Positionen der Frauenbewegung seit den 1980ern meint, dass nur ein kleiner Bruchteil an Erfahrungen von Frauen benannt wird (vgl. ebd., S. 145 ff.). Trumann verdeutlicht, dass es statt des Fokus’ auf Repräsentation einen dialektischen Erfahrungsbegriff braucht, der über die eigene Erfahrung hinausgeht (vgl. ebd., S. 149). Beispiele dafür sind das Mestiza-Konzept und Queerness als „Kreuzungspunkt unterschiedlicher historischer-sozialer Momente“ (Gutiérrez Rodríguez 1996, S. 184). Die Bezeichnung als Chicana-Lesbe oder *borderwoman* und die Verortung zwischen kulturellen Grenzen mit mexikanisch-aztekisch-tzozil-anglo-Hintergrund (vgl. ebd. nach Anzaldúa 1987, S. 30 ff.) ermöglicht beispielsweise die Bewegung auf unterschiedlichen Ebenen und verwehrt ein duales Denksystem. Vielmehr entsteht dadurch ein zwischen zwei Kulturen entstandener Begriffsraum, welcher Ein- und Ausschließungsmechanismen vermeidet und als eine unabgeschlossene Einheit zu verstehen ist. Durch das Auflösen der Grenzen von Einheiten entsteht ein doppeldeutiger Raum, der „etwas Neues“ hervorbringt (vgl. ebd., S. 80 ff.).

Um die Beziehung von Frauen in einem gesellschaftstheoretischen Rahmen in den Mittelpunkt zu stellen, sollen Frauen voneinander lernen, wie sie mit Widersprüchen umgehen können. Die Differenz von Weiblichkeit(en) wird auf kultureller und materieller Ebene mit dem Konzept „Affidamento“ herausgestellt (Letsch/Merkle 2018, S. 214). Die weibliche Subjektwerdung, dessen Resultat von den Autor*innen als konflikthaftes Subjekt verstanden wird, soll die Heterogenität von Frauen deutlich machen (vgl. ebd., S. 219 f.). Sowohl heterogene als auch homogene Positionen sollen sichtbar gemacht werden, um „Machtunterschiede und Hierarchien einer feministischen Gruppe“ zu thematisieren und gemeinsam in Allianzen zu kämpfen (vgl. ebd., S. 224). Mithilfe dieser kann Solidarität über partielle Positionen hinweg im Sinne der epistemologischen Vorannahmen gemacht werden.

Dieser materialistisch gedachte „kämpferische Feminismus“ fordert zwar weiterhin von einer Kollektivkategorie „Frau“ auszugehen, was scheinbar der Bindestrichpolitik widerspricht, allerdings kann diese Form der Allianz zur gemeinsamen Forderung nach Freiheit verhelfen und dabei Differenzen der Kollektivkategorie in die intersektionale Analyse miteinbezogen werden, um die unterschiedlichen Betroffenheiten der Gewaltverhältnisse aufzunehmen (vgl. ebd., S. 224). Diese Allianz steht neben anderen und lässt dabei allerdings die Leerstelle, wie eine Perspektive über die westlich geprägte Zweigeschlechtlichkeit hinaus formuliert werden kann. Judith Butler (2003, S. 56 f.) stellt dafür das Verhältnis von Körper, Macht und Geschlechternormen heraus: Der Körper wird paradoxerweise nur produktiv, wenn er unterworfen ist. Er besteht vor der Macht, wird aber auch erst durch die Macht erzeugt und die Gestaltungskraft

kommt dann zur Geltung, wenn Macht auf ihn einwirkt. Die Macht ist dabei eine Strategie, welche den Status des Subjektes formt. Körper meint mehr als das menschliche Subjekt. Er ist die Stelle, an der die Macht selbst übertragen wird. Der Körper wird zum Knotenpunkt und kann als „Nexus“ verstanden werden; er ist ein „Durchgangspunkt der Erfahrung“ (ebd., S. 57). Als Macht wird die Strategie der Aktivität, Streuung und Umwertung verstanden und die formt den Körper, welcher durch Unterwerfung und Produktivität zum „Träger und Instrument einer immerwährenden“ Arbeit wird (ebd.). Durch ihn läuft sie durch und durch ihn wird (leidenschaftlich) gelebt⁹ (vgl. ebd., S. 58). Der Begriff des Subjekts erscheint hier weniger wichtig, stattdessen wird Handlungsfähigkeit als „Beziehung zwischen Macht und Körpern als immerwährende Aktivität der Macht in ihren Kursänderungen, ihrem Überfließen, ihrem Diffundieren und Materialisieren“ ins Zentrum gestellt (vgl. ebd., S. 59). Dadurch dass der Körper ins Zentrum gestellt wird, können jegliche Körper im Sinne einer intersektionalen Herangehensweise über Differenzen hinweg gedacht werden¹⁰. Allerdings bleibt hier zum Beispiel die Frage offen, wie die Handlungsfähigkeit von Körpern, die gesellschaftlich durch Bodyismen behindert werden, solidarisch mitgedacht werden können. Im folgenden Kapitel werden nun die gesellschaftlichen ökonomischen Verhältnisse herausgearbeitet, da das Subjekt, aller partiellen Positionen, zwar aktiv gestaltet wird, aber paradoxerweise auch gesellschaftlichen Verhältnissen unterlegen ist (vgl. Becker-Schmidt 2018, S. 126).

4 Ökonomisch-feministische Stellschrauben – materielle Verhältnisse der Sorge

Eine feministische Gesellschaftskritik arbeitet die Stellschrauben der sorgenden Verhältnisse aus queerfeministischer, marxistischer und intersektionaler Perspektive heraus. Eine intersektionale Bindestrich-Ökonomie stellt nach Gabriele Winker (2015) heraus, dass die Care-Arbeit den Herrschaftsverhältnissen, wie Bodyismen, Klassismen, Heteronormativismen und Rassismen, unterliegt und in ihrer Analyse die zwei Hauptklassen des Kapitalismus in Produktionsmittelbesitzende sowie Lohn- und Reproduktionsarbeitende einteilt (vgl. ebd., S. 93 f.). Unter Care-Arbeit wird nicht die ökonomische Bedeutung der Reproduktion der Arbeitskraft diskutiert, wie unter dem Begriff der Reproduktion, sondern das Aufrechterhalten des Arbeitsvermögens durch bezahlte und unbezahlte familiäre

9 An dieser Stelle wäre eine feministische Auseinandersetzung mit Bodyismus in Bezug auf Subjektivierungsweisen möglich. Generell ist die intersektionale Analyse nicht erschöpfend und nur ein Ansetzen und Weitermachen aus partieller Position.

10 Im Sinne der sozial-ökologischen Transformation bleibt hier noch eine anthropozentrische Kritik aus, die ich im Kapitel der Natur/en andenken werde.

und privatwirtschaftliche Leistungen (vgl. ebd., S. 22 f.). Eine intersektionale Analyse stellt nicht die Großsysteme Patriarchat und Kapitalismus heraus, sondern eine Analyse der Herrschaftsverhältnisse der Lohn- und Reproduktionsarbeit im Kapitalismus (vgl. ebd., S. 93).

Bodyistische Herrschaftsverhältnisse, die den Körper ins Zentrum stellen, werden wiederum entlang von Alter, Krankheit oder Behinderung gezogen. Diskriminierungen finden aufgrund des Körpers statt und wirken sich auf die Arbeitsmarktchancen aus. In einer solchen Logik scheinen nicht alle Menschen als Arbeitskraft zur Kapitalverwertung nützlich zu sein. So werden Menschen in bestimmten Altersstufen, die als krank oder als Mensch mit Behinderung markiert sind, nur eingeschränkt als leistungsfähig und damit als mögliche Lohnarbeiter*innen gesehen. Die Normen, die all diese Differenzkonstruktionen prägen, sind vielfältige diskriminierende Normen (vgl. ebd., S. 96 f.).

Als weitere partielle Position beschreibt eine queere Position, dass die cis-normativen Herrschaftsverhältnisse nicht nur Care-Arbeit im Allgemeinen unsichtbar machen, sondern insbesondere trans Personen durch staatliche Strukturen in einer cis-normativen Welt diskriminiert werden und so ihr selbstbestimmtes Handeln verhindert wird. Dadurch wird in trans Räumen umfangreiche kollektive unbezahlte Für_Sorgearbeit notwendig (vgl. Seeck/Behler 2019, S. 261 ff.). Francis Seeck und Sannik Ben Behler stellen fest, dass es folgende drei Herausforderungen für trans Care gibt: Erstens nennen sie die internalisierte Trans-Diskriminierung und Scham, wodurch trans Personen andere trans Personen möglicherweise mit transfeindlichen Vorurteilen sehen und sich so an die Mehrheitsgesellschaft anpassen. Zweitens ist die trans Care-Arbeit außerhalb von trans Räumen unsichtbar. Damit ist nicht direkt die medizinisch-therapeutische Arbeit gemeint, sondern die Weitergabe von Wissen, der Austausch von Erfahrungen, Versorgung mit Ressourcen, (langfristige) psychosoziale Unterstützung und Selbstfürsorge der Person. Drittens stellt sich die „Re_Produktion von Normativitäten“ als Herausforderung dar (ebd., S. 263). Trans-normative Geschichte als Narrativ der Anpassung führt beispielsweise dazu, dass sich trans Personen in Situationen anpassen, um im Prozess der Pathologisierung Diskriminierungserfahrungen zu umgehen. Die Autor*innen stellen fest, dass es auch ein Privileg ist, in diesem Vorgang „normativ passen“ zu können (ebd., S. 264). Die Dichotomie von Care-Geber*in und Care-Nehmer*in wird in dem Sinne aufgelöst, dass die scheinbar ausschließlich unterstützenden Personen die Möglichkeit bekommen auch Für_Sorge, wie einen Zugang zu Wissen, zu bekommen, die den eigenen Prozess der Transition bzw. der Veränderbarkeit von Geschlecht beeinflussen kann (vgl. ebd., S. 261 ff.). Care kann als „Praxen des Für-sich und Füreinander-Sorgens“ im Sinne einer Selbstsorge und als „Community-Care“ definiert werden (vgl. ebd., S. 260).

Eine weitere Dimension unbezahlter Praxen des Community Care ist Care-Arbeit in Black Communities (vgl. Banks 2020) und zeigt sich im gemein-

samen Widerstand gegen rassistische und sexistische Unterdrückung. Diese generationsübergreifende Arbeit bleibt unsichtbar und kann als weiterer Ort der unbezahlten Arbeit als Form der nicht-marktorientierten sozialen, solidarischen Ökonomie in Haushalten, Firmen und Communities genannt werden (vgl. ebd., S. 342 ff.). Die rassistischen Herrschaftsverhältnisse führen beispielsweise dazu, dass migrantische Frauen wenig entlohnt und abgesichert diese Aufgabe übernehmen. Als anders aufgrund von Hautfarbe, Religion oder kultureller Differenz definierte Menschen werden sie abgewertet und es wird ihnen der Zugang beispielsweise zu Erwerbsarbeit und gesellschaftlicher Teilhabe schwerer gemacht als nicht-rassifizierten Menschen. Der Legitimationsdiskurs funktioniert ähnlich wie bei Heteronormativismen über Naturhaftigkeit und Kultur (vgl. Winker 2015, S. 95 f.).

Die Ideologie der Naturalisierung der Herrschaftsverhältnisse prägt die „(Re)Produktion“, welche die Geschlechterhierarchie und die Trennungsstruktur der Arbeitsbereiche begründet (vgl. Biesecker/von Winterfeld 2015, S. 122). Die Geschlechterhierarchie ist geprägt durch Herrschaft, die eine Verfügung über Frauen möglich macht, was „als das erste Klassenverhältnis, wie Marx und Engels das ausdrücken“ (Haug 2008, S. 15), beschrieben werden kann. „Klassismen“, wie soziale Herkunft, Bildung und Beruf, wirken und beeinflussen die Reichtums- und Einkommensunterschiede (vgl. Winker 2015, S. 94). Diese rein androzentrisch-antikapitalistische Perspektive hat queerfeministische Leerstellen (vgl. Kitchen Politics 2012, S. 6). Dabei teilen queerfeministische Analysen und die hier eingenommene materialistische Perspektive die beiden Erkenntnisse, dass erstens Geschlecht naturalisiert wird, und dekonstruieren es als Herrschaftsverhältnis, was immer wieder neu sozial reproduziert werden muss. Zweitens teilen sie die Erkenntnis, dass Sexualität und Liebe umkämpfte Terrains sind, die weder naturgegeben noch universell sind (vgl. ebd., S. 18). Während queerfeministische Analysen die Denaturalisierung vom Körper bearbeiten und deutlich machen, dass dieser mit widersprüchlichen Normen besetzt ist, macht die materialistische Perspektive deutlich, dass die Normen im „Zusammenhang mit den ökonomischen Verhältnissen der Reproduktion stehen“ (ebd., S. 18). Denn ein binäres Geschlechts- und Familiensystem folgt einem binären Arbeitsverhältnis. Die Natürlichkeit bzw. Natur dessen wird ideologisch genutzt und stützt die Anforderungen einer *heterosexuellen* Arbeitsteilung einer kapitalistischen Gesellschaft (vgl. ebd.). Wenn die Subjekte im Vordergrund stehen, kann Arbeit als Wünsche und Aktivitäten von ihnen verstanden werden (vgl. Kitchen Politics 2012, S. 19 f.).

Herrschaftsverhältnisse der ökonomischen Sphäre werden durch Naturalisierungen legitimiert. Übersetzungsarbeit auf der Metaebene der Natur/en als gesellschaftliche Naturverhältnisse möchte ich im folgenden Kapitel analysieren und so die anfängliche anthropozentrische Kritik bearbeiten.

5 Übersetzungsarbeit auf der Metaebene der Natur/en¹¹ als gesellschaftliche Naturverhältnisse

Die vorgegebene biologische Natur möchte ich in diesem Kapitel als Metaebene der Natur/en aus ökofeministischer Perspektive ähnlich ausgebeuteter Entitäten, wie Frauen und weiteren marginalisierten Menschen, andenken. Eine anthropozentrische Ausformulierung der sozial-ökologischen Transformation ist nicht ausreichend, um herrschaftskritische Gesellschaftskritik feministisch zu formulieren. Im Folgenden werde ich daher die Sektion der Natur darlegen und dafür auf (dekoloniale) Naturverständnisse, die Unsichtbarkeit durch den von Arbeit vermittelten Austausch zwischen Natur und Gesellschaft und dessen wissenschaftstheoretische Entwicklung eingehen, welche genealogisch das Unterkapitel strukturiert.

Auf gesellschaftlicher Ebene wird der Begriff „Arbeit“ im Sinne der sozial-ökologischen Transformation als stofflicher Austausch mit der Natur verstanden. Alle Arbeitsprozesse einschließlich Care-Arbeit, Produktivität der ökologischen Natur und im Allgemeinen alle Prozesse des Herstellens und Wiederherstellens werden nicht getrennt, sondern in der Kategorie „(Re)Produktivität“ (Biesecker 2011, S. 79) zusammengeführt. So wird eine Ökonomie denkbar, die die unsichtbare Arbeit sichtbar macht und aufwertet (vgl. ebd., S. 75) und unter dem ökofeministischen-ökonomischen Produktionsbegriff als Lebens- und Lebensmittelproduktion subsumiert (vgl. Holland-Cunz 1988, S. 234 f.) oder mit einem (historisch) traditionsreichen marxistischen Ökonomiebegriff in Lohn- und Reproduktionsarbeit aufgeteilt werden kann (vgl. Winker 2015, S. 94).

Die Natur und die Menschen im Globalen Süden wurden durch „die Bürde des weißen Mannes“ kolonialisiert und die Entkolonialisierung des Südens ist sehr stark abhängig von der Entkolonialisierung des Nordens (vgl. Shiva 1993/2016, S. 351). Dieses Konstrukt geht davon aus, dass das zukünftige Leben auf der Erde in der Verantwortung der mächtigen *westlichen Männer* liegt und dass deren Wissen notwendig ist, um dem Globalen Süden zu helfen. Doch diese Denkstruktur ist, laut Vandana Shiva, eine koloniale und damit eine aufgebürdete Last für die Natur und die Menschen im Globalen Süden. Sie stellt daher heraus, dass Krisen durch die Entkolonialisierung im Norden vermieden werden. Nur in einer neuen Ordnung, die keine Unterdrückungskultur darstellt, kann Umweltschonung und Wohlstand erfolgen (vgl. 2010, S. 351 f.). Es sollen

11 Die besondere Schreibweise und die Verwendung der Mehrzahl Natur/en soll nach Hofmeister, Mölders Deininger und Kapitza deutlich machen, dass Natur erstens als „personenbezogene Pflege- und Versorgungstätigkeiten auf die *Körper-Natur* von Menschen“ (2019, S. 126) gedacht wird und zweitens der gesellschaftliche Umgang mit *nichtmenschlicher/n Natur/en*, wie Tieren, Pflanzen sowie Ökosystemen gemeint ist (ebd.).

Frieden, Sorgearbeit und Leidenschaft global positiv konnotiert betrachtet werden und lokale Ökonomien gestärkt werden (vgl. ebd., S. 9 ff.).

In der kapitalistischen Ökonomie hingegen werden funktionale Teile der Ökonomie unsichtbar gemacht. Subsistenztheoretiker*innen decken dies auf, kritisieren es und nutzen dafür das Bild eines Eisberges als ihr Analysewerkzeug um die Unsichtbarkeiten herauszustellen. Kapital und Lohnarbeit ragen aus dem Wasser und werden als der Wirtschaft zugehörig betrachtet. Dieser Teil ist sichtbar und wird wirtschaftlich anerkannt und entlohnt. Unter Wasser, außerhalb der Rechnungen und damit unsichtbar gemacht, wird die Nicht-Lohnarbeit dargestellt. Nicht-Lohnarbeit meint die Hausarbeit, die Subsistenzarbeit sowie die Produktion der Natur. Diese Arbeiten werden naturalisiert und werden in der Reihenfolge als immer freier vom Tauschwert erachtet. Diese Arbeit wird, je freier sie vom Tauschwert angesehen wird, weniger entlohnt und daher werden die Kosten der sichtbaren Produktion immer weiter auf diese Sphäre externalisiert. Ökonomischer Reichtum baut auf der Ausbeutung dieser unsichtbaren Ökonomien auf. Globales Wachstum führt zu immer mehr Reichtum an der Spitze des Eisbergs, sickert aber, metaphorisch gesprochen, nicht zur unsichtbaren Ökonomie durch, sondern fördert soziale Ungleichheit (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997/2010, S. 251 ff.).

Die „Hochzeit des Ökofeminismus“ markiert Holland-Cunz (2014, S. 119) in den 1970er und 1980er Jahren. Der feministische Naturbegriff des „Cultural turn“ wandelt sich dann von einer Kritik am Dualismus von Natur und Kultur und der Forderung nach einem harmonischen Verhältnis hin zu einem Raum jenseits des Dualismus durch materielle und linguistische Wendungen (vgl. ebd., S. 115). Durch jeweilige Konzepte wird deutlich, wie aus unterschiedlichen Perspektiven feministisch gesellschaftliche Naturverhältnisse beschrieben werden. Haraway gilt als Mittlerin, die als eine der wenigen Technologie, Körper und Ökofeminismus zusammendenkt. In der Etappe der Denaturalisierung nach Holland-Cunz, wird versucht, eine hierarchiefreie Gleichwertigkeit der Begriffe zu formulieren (vgl. ebd., S. 126). Dieser Raum wird durch den Doppelbegriff „Natur-Kulturen“ beschrieben, wodurch es möglich wird, „Gegensätzliches symmetrisch“ zu beschreiben (vgl. Harasser 2016, S. 585 mit Bezug auf Haraway 1994, S. 724 ff.). Natur-Kulturen sind erstens historisch veränderbar. Zweitens können sie als „*artefaktische Kollektive*“ verstanden werden, in denen Machtverhältnisse und Hierarchien vorherrschen, in denen aber auch eigensinnige gleichwertige Akteure wie Menschen, Maschinen und Tiere überraschende Momente auslösen (vgl. ebd., S. 585).

Das Ende einer linguistischen Wende und der Marginalisierung des Ökofeminismus setzt Holland-Cunz (2014) am Ende der 2000er Jahre an. Diese wird mit dem sogenannten „Material turn“ eingeleitet. Diesem Material turn können Hofmeister et al. (2019) mit ihrem Verständnis von Care als relationalem Konzept zugeordnet werden, welches abhängig von der Präposition for/für oder

with/mit, Natur als Objekt oder Subjekt formuliert. Das Care-Konzept wird auf der Metaebene gedacht. Die Autor*innen machen deutlich, dass unter dem Begriff Care in feministischen Nachhaltigkeitsdebatten vermehrt die Kategorie Natur subsumiert wird (vgl. ebd., S. 125). Sie kritisieren dieses Vorgehen, da es die Komplexität und Wirkmächtigkeit von Geschlechter- sowie gesellschaftlichen Naturverhältnissen nicht gegenstandsgemäß beschreiben kann und die Gefahr des Essentialismus besteht. Sie sprechen sich für eine vorsorgende Perspektive auf Natur/en aus (vgl. ebd.).

Eine ethisch geleitete Subjektivierungsweise auf planetarischer Ebene, die in generations-übergreifender Verantwortung gründet, formuliert Rosi Braidotti und fordert affirmative Politik aus posthumanistischer Perspektive als Prozessontologie (vgl. 2014, S. 195). Dafür stellt sie fest:

Posthumanwerden ist also der Prozess, sein Gefühl der Verbundenheit mit einer gemeinsamen Welt, einem territorialen, sei es städtischen, gesellschaftlichen, psychischen, ökologischen oder planetarischen Raum, neu zu begreifen. Es drückt vielfältige Ökologien der Zugehörigkeit aus und verändert die Koordinaten unserer sinnlichen Wahrnehmung, um die kollektive und nach außen gerichtete Natur dessen zu erkennen, was wir noch immer das Selbst nennen. (ebd., S. 195 f.)

Durch Kreativität und stärkende ethische Beziehungen sieht sie Möglichkeiten von Widerstand und Emanzipation auf planetarischer Ebene (vgl. ebd., S. 198).

6 Conclusio: Feministische Gesellschaftskritik für die sozial-ökologische Transformation

Das Anliegen dieses Beitrags war es, emanzipatorische Beziehungsarbeit für eine sozial-ökologischen Transformation aus Sicht der feministischen Gesellschaftskritik durch intersektionale, materialistisch-feministische, queer- und ökofeministische Ansätze zu leisten. Diese bringen zwischen einander und innerhalb dieser Spannungen, Widersprüche und Ambivalenzen hervor und arbeiten mit Kategorien und Begriffen, die gesellschaftliche Verhältnisse analysieren und kritisieren (vgl. Harding 1999, S. 176 f.). Als vorthoretische Annahmen wurden epistemologische Überlegungen und auf Mikro-, Makro- und Metaebene Subjektivierungsweisen, Ökonomik und Natur ausgemacht.

Als eine Wissensrevolution der partiellen Positionen vereint die Kritik an Wissen und Wissenschaft die Herausstellung verschiedener Positionen, betont die Differenzen und bearbeitet die jeweiligen Leerstellen durch die Justierung hin zu der Verbindung verschiedener Standpunkte. Daraus werden nicht-hegemoniale Formen der Epistemologie für eine feministische Gesellschaftskritik deutlich, die formuliert durch diverse feministische Wissenschaften den Man-

gel eines homogenen Wirs überkommen und sich im umkämpften Feld positionieren. Eine solidarische Bindestrich-Politik voller mehrheitlicher Prozesse von ungewöhnlichem deprivilegierten Wissen, die durch Solidarität und Mitgefühl verbunden werden, ermöglichen es feministischer Gesellschaftskritik gesellschaftliche Verhältnisse holistisch durch Aufdeckung verschiedener Prozesse zu beschreiben. Die Eingebundenheit mit dem Wissen wird dargestellt und verschleiertes und unterjochtes Wissen wird durch engagierte Forschung weiter aufgedeckt. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als unterschiedliche Erfahrungen von FLINTAQ-Personen führen zu einer spezifischen Perspektive der Weltkonstruktion. Die Welt selbst wird im machtvollen Feld kontextualisiert und aus der Perspektive des gemeinsamen sorgenden Widerstandes dargestellt. Mitfühlende Subjekte, die über die eigene Positionierung heraus Verantwortung übernehmen sind neben den bisher genannten Stellschrauben der feministischen Gesellschaftskritik von zentraler Bedeutung.

Feministische Debatten über Subjektivierungsweisen machen nicht allein verschiedene Subjektivierungsweisen von nicht-hegemonialen und differenzierten weiblichen Subjektivierungsweisen aus, die die Paradoxie der aktiven Selbstgestaltung und der Unterlegung gesellschaftlicher Verhältnisse herausstellen. Sondern auch konflikthafte Körper von FLINTAQ-Personen werden als Kreuzungspunkte zwischen kulturellen Grenzen, die dialektische Erfahrungen machen können und solidarisch und anerkennend mit Differenzen und Gleichheit umgehen, herausgestellt. Der Körper wird durch Beziehungsarbeit als Durchgang der Erfahrung sichtbar und Macht fungiert als Nexus, der Handlungsfähigkeit möglich macht und durch die Arbeit durchlaufen wird.

Diese Subjekte sind in intersektionale (Re)Produktionsverhältnisse der Transformation eingebettet. Diese Stellschrauben benennen die Trennung und Hierarchisierung von Reproduktions- und Produktionsarbeit, die Hierarchisierung der Geschlechter und zusätzlich die Heteronormativität als funktional für diese Trennung als Naturalisierung eines binären Arbeitsverhältnisses. Trans Care wird auch als Sorgearbeit in Communities sichtbar und die Besonderheit des nicht dualistischen Verhältnisses von Care-Geber*in und Care-Nehmer*in betont. Als weitere unsichtbare Arbeit in Communities wird antirassistische und antisexistische Aufklärung ausgemacht. Feminisierte, rassifizierte und bodyistische Herrschaftsverhältnisse führen zur Abwertung der Care-Arbeit. Eine intersektionale Bindestrich-Ökonomiekritik wird formuliert.

Durch Übersetzungsarbeit innerhalb der Metaebene der Natur/en stellt sich die Verschiebung des Verhältnisses und Verständnisses von *Natur* heraus. Eine Entkolonialisierung des Nordens, die Aufwertung von Sorge- und Subsistenzarbeit in lokalen Ökonomien, genauso wie Leidenschaft machen die Möglichkeit zum Wohlstand der marginalisierten Nicht-Menschen und Menschen durch Frieden möglich. Natur-Kulturen fungieren als Ort artefaktischer Kollektive und Natur wird weiter gar als Subjekt verstanden zu dem ein relationales Ver-

hältnis formulierbar wird. Als Materie wird Natur innerhalb post-humanistischer Performativität als aktiv, selbstständig und historisch wandelbar verstanden. Des Weiteren wird deutlich, dass gesellschaftliche Naturverhältnisse im Zusammenhang stehen mit Herrschafts- und Machtstrukturen. Statt Natur zu beherrschen können ethische Beziehungen, vorsorgende Praktiken mit Natur/en und lebenszentrierte Prozessontologie mögliche gesellschaftliche Naturverhältnisse formulieren, die Widerstand und Emanzipation denkbar machen.

Literatur

- Anzaldúa, Gloria (1987): *La Frontera – Borderlands*. San Francisco: Aunt Lute Books.
- Bakker, Isabella (Hrsg.) (1994): *The Strategic Silence, Gender and Economic Policy*. London: Zed Books Ltd.
- Banks, Nina (2020): *Black Women in the United States and Unpaid Collective Work: Theorizing the Community as a Site of Production*. In: *The Review of Black Political Economy* 47, H. 4, S. 343–362.
- Bauhardt, Christine (2012): *Feministische Ökonomie, Ökofeminismus und Queer Ecologies – feministisch-materialistische Perspektiven auf gesellschaftliche Naturverhältnisse*. www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_theorie/Zeitgenoessische_ansaetze/Bauhardtfeoeko-no-mie/index.html (Abfrage: 12.10.2019).
- Becker-Schmidt, Regina (2018): *Feministische Debatten zur Subjektkonstitution*. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hrsg.): *Feministische Theorien. Zur Einführung*. Hamburg: Junius Verlag. S. 126–136.
- Behrens, Christoph/Zittlau, Andrea (2017): *Queer-Feministische Perspektiven auf Wissen(schaft). Einführende Überlegungen zu einer queer-feministischen Wissens- und Wissenschaftskritik*. In: Behrens, Christoph/Zittlau, Andrea (Hrsg.): *Queer-Feministische Perspektiven auf Wissen(schaft)*. Rostock: Universität Rostock, S. i–xii.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika/Mies, Maria (1997/2010): *Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive*. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hrsg.): *Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development*. Wien: mandelbaum. S. 248–262.
- Biesecker, Adelheid (2011): *Vorsorgendes Wirtschaften. Ökonomie für gutes Leben statt für Wachstum*. In: Rätz, Werner/von Egan-Krieger, Tanja/Muraca, Barbara/Passadakis, Alexis/Schmelzer, Mattias/Vetter, Andrea (Hrsg.) *Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben*. Hamburg: VSA Verlag. S. 75–85.
- Biesecker, Adelheid/von Winterfeld, Uta (2015): *Im Schatten des Geldwerts. Reproduktion, Geschlechtergerechtigkeit und andere blinde Flecken in der Postwachstumsdebatte*. In: *Jenaer Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.): Atlas der Globalisierung – Weniger wird mehr von*. Berlin: Le Monde diplomatique. S. 122–123.
- Braidotti, Rosi (2014): *Posthumanismus – Leben jenseits des Menschen*. Frankfurt am Main: Campus.
- Brand, Ulrich (2014): *Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt*. *Kurswechsel*, H. 2, S. 7–18.
- Bührmann, Andrea (2004): *Der Kampf um weibliche Individualität. Zur Transformation moderner Subjektivierungsweisen in Deutschland um 1900*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Butler, Judith (2003): *Noch einmal: Körper und Macht*. In: Honneth, Axel/Saar, Martin (Hrsg.): *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 52–67.

- Carstensen, Tanja/Groß, Melanie (2006): Feminismen. Strömungen, Widersprüche und Herausforderungen. In: Fau-MAT (Hrsg.): Gender und Arbeit. Geschlechterverhältnisse im Kapitalismus, S. 11–32.
- D’Alisa, Giacomo/Demaria, Federico/Giorgos, Kallis (2016) (Hrsg.): Degrowth. Handbuch für eine neue Ära. München: oekom. S. 17–40.
- Dannemann, Hauke/Holthaus, Anna (2018): Degrowth wächst an Geschlechterperspektiven – Analyse von Genderaspekten in Degrowthkonzeption und -praxis. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, H. 4, S. 71–79.
- Dengler, Corinna (2020): Feminist Futures: Was Degrowth von feministischer Wissenschafts-, Wirtschafts- und Wachstumskritik lernt. Rahmenpapier Dissertation, Universität Vechta. vado.uni-vechta.de/bitstream/handle/21.11106/241/Dengler-Rahmenpapier.pdf?sequence=5&isAllowed=y (Abfrage: 19.01.2022).
- Dengler, Corinna (2021): Degrowth. In: Günseli, Berik/Ebru, Kongar (Hrsg.): *Routledge Handbook of Feminist Economics*. London and New York: Routledge. S. 369–377.
- Dengler, Corinna/Rolando Mazzuca, Camila/Belmalle, Renda (2018): Feminism(s) and Degrowth: A Midsummer Night’s Dream. In: Degrowth-Webportal. www.degrowth.info/en/femnisms-and-degrowth-alliance-fada/ (Abfrage: 02.06.2019).
- Dhawan, Nikita (2012): Hegemonic Listening and Subversive Silences. Ethical-political Imperatives. In: Lagaay, Alice/Lorber, Michel (Hrsg.), *Destruction in the Performative*. Amsterdam/New York: Rodopi B.V. S. 47–60.
- Fletcher, Amber J. (2018): More than Women and Men: A Framework for Gender and Intersectionality Research on Environmental Crisis and Conflict. In: Fröhlich, Christiane/Gioli, Giovanna/Cremades, Roger/Myrntinen, Henri (Hrsg.): *Water Security across the Gender Divide, Water Security in a New World*. Cham: Springer International Publishing. S. 35–58.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1996): Frau ist nicht gleich Frau, nicht gleich Frau, nicht gleich Frau ... Über die Notwendigkeit einer kritischen Dekonstruktion in der feministischen Forschung. In: Fischer, Ute Luise/Kampshoff, Marita/Keil, Susanne/Schmitt, Mathilda (Hrsg.) *Kategorie: Geschlecht? Empirische Analysen und feministische Theorien*. Opladen: Leske und Budrich. S. 163–191.
- Hamm, Marion (2013): Engagierte Forschung zwischen partizipativer Forschung und reflexiver Ethnographie. Methodische Überlegungen zur Forschung in sozialen Bewegungen. In: Binder, Beate/von Bose, Friederich/Ebell, Katrin/Hess, Sabine/Keinz, Anika (Hrsg.): *Eingreifen, Kritisieren, Verändern?* Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 55–73.
- Haraway, Donna (1994): Das Abnehme-Spiel: Ein Spiel mit Fäden für Wissenschaft, Kultur, Feminismus. In: *Das Argument* 36, H. 4/5, Nr. 206, S. 724–736.
- Haraway, Donna (1988/2001): Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive. In: Hark, Sabine (Hrsg.): *Dis/Kontinuitäten. Feministische Theorie. Lehrbuch zur sozialwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung*. Band 3. Opladen: Leske und Budrich. S. 281–296.
- Harding, Sandra (1999): *Feministische Wissenschaftstheorie. Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht*. 3. Auflage. Hamburg: Argument Verlag.
- Harding, Sandra/Hintikka, Merrill B. (Hrsg.) (1983): *Discovering Reality: Feminist Perspectives on Epistemology, Metaphysics, Methodology and Philosophy of Science*. Dordrecht: Springer.
- Harrasser, Karin (2006): Donna Haraway: Natur-Kulturen und die Faktizität der Figuration. In: Moebius, Stephan/Quadflieg, Dirk (Hrsg.): *Kultur. Theorien der Gegenwart*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 445–459.
- Haug, Frigga (2008): *Die Vier-in-Einem-Perspektive für eine neue Linke*. Hamburg: Argument Verlag.
- Hill Collins, Patricia (1990): *Towards an afrocentric feminist epistemology*. London: Routledge.

- Hofmeister, Sabine/Mölders, Tanja/Deininger, Michaela*/Kapitza, Katharina (2019): Für welche ‚Natur/en‘ sorgen wir? Kritisch feministische Perspektiven auf aktuelle Care-Debatten im sozial-ökologischen Kontext. In: *Gender – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, H. 1, S. 125–139.
- Holland-Cunz, Barbara (1988): *Utopien der neuen Frauenbewegung. Gesellschaftsentwürfe im Kontext feministischer Theorie und Praxis*. Meitingen: Corian Verlag.
- Holland-Cunz, Barbara (2014): *Die Natur der Neuzeit. Eine feministische Einführung. Politik und Geschlecht – kompakt. Band 1. Arbeitskreis Politik und Geschlecht der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*. Opladen: Barbara Budrich.
- Kallis, Giorgos (2018): *Degrowth*. Newcastle: Agenda Publishing.
- Kitchen Politics – Queerfeministische Interventionen (2012) (Hrsg.): *Einleitung oder: Anleitung zum Aufstand aus der Küche*. In: Federici, Silvia: *Aufstand aus der Küche*. Münster: Edition Assemblage. S. 6–21.
- Letsch, Verena/Merkle, Isabell (2018): *Anders zusammen, zusammen anders. Vom Differenzfeminismus lernen*. In: Beier, Friederike/Yashodhara Haller, Lisa/Haneberg, Lea (Hrsg.): *materializing feminism. Positionierungen zu Ökonomie, Staat und Identität*. Münster: UNRAST-Verlag. S. 209–228.
- Meißner, Hanna (2013): *Feministische Gesellschaftskritik*. In: Bath, Corinna/Meißner, Hanna/Trinkauf, Stephan/Völker, Susanne (Hrsg.): *Geschlechter Interferenzen. Wissensformen-Subjektivierungsweisen-Materialisierungen*. Berlin: LIT Verlag. S. 163–208.
- Muraca, Barbara (2015): *Wider den Wachstumswahn. Degrowth als konkrete Utopie*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 2, S. 101–109.
- Schmelzer, Matthias (2015): *Spielarten der Wachstumskritik. Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz – eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung*. In: *Le Monde Diplomatique, Kolleg Postwachstumsgesellschaften* (Hrsg.): *Atlas der Globalisierung: Weniger wird Mehr. Der Postwachstumsatlas*, Berlin: Le Monde Diplomatique. S. 116–121.
- Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2019): *Degrowth/Postwachstum – zur Einführung*. Hamburg: Junius Verlag.
- Seeck, Francis/Dehler, Sannik Ben (2019): *Trans Communities of Care – Eine kollaborative Reflektion von kollektiven Care-Praktiken*. In: Appenroth, Max Nocolai/Castro Varela, Maria do Mar (Hrsg.): *Trans & Care: Trans Personen zwischen Selbstsorge, Fürsorge und Versorgung*. Bielefeld: transcript. S. 255–270.
- Shiva, Vandana (1993/2016): *Den Norden entkolonialisieren*. In: Schmidt, Lukas/Schröder, Sabine (Hrsg.): *Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen*. Wien: mandelbaum. S. 351–354.
- Shiva, Vandana (2010): *Earth democracy. Justice, Sustainability, and Peace*. Penang, Malaysia: Third World Network.
- Singer, Mona (2010): *Feministische Wissenschaftskritik und Epistemologie. Voraussetzungen, Positionen und Perspektiven*. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Frauen- und Geschlechterforschung. Theorien, Methoden, Empirie*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 292–301.
- Trumann, Andrea (2002): *Frauenbewegung und weibliche Subjektbildung im Spätkapitalismus*. 3. Auflage. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.

Sorgende Zeiten: Ansätze feministisch-ökologischer Zeitökonomie

Hanna Vökle

1 Einleitung

Der diskursive Zusammenhang zwischen Zeit, feministischen sowie ökologisch-nachhaltigen Ökonomie- und Transformationsansätzen ist am besten beispielhaft herzustellen: „Who will do the work of growing the tomatoes on urban rooftops, recycling the post-consumer materials, carrying the glass jars to the bulk food stores to be refilled with beans, soaking and cooking and refrying the beans?“ (Perkins 2007, S. 238). *Und wer hat die Zeit dafür?* Möchte man anfragen. Die Verwobenheit von klimatischen und gesellschaftlichen Herausforderungen ist offensichtlich. Krisen werden im öffentlichen Diskurs jedoch gern in „sauber getrennte Fächer“ (Klein 2019, S. 68) sortiert; neben der *Klimakrise* gibt es die *Sorgekrise*. Die Analyse, dass diese Krisen sich allerdings gegenseitig bedingen und unweigerlich miteinander verknüpft sind, verlangt nach Lösungsansätzen und Ideen, die über gesetzte Grenzen hinweg gemeinsame Verbindungslinien erkennen lassen. Eine mögliche Verbindung ist die *Zeit*. *Caring Societies*, sorgende Gesellschaften, knüpfen an eine vorsorgende Wirtschaftsweise an, die ressourcenintensive Externalisierungsmechanismen überwinden (vgl. Mies 1986; Mellor 1997; Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013; Arruzza/Bhattacharya/Fraser 2019) und stattdessen Sorge (vgl. Winker 2015) und die Zeit dafür ins Zentrum rücken.

Dieser Beitrag möchte Zeit als ein bedeutendes Puzzleteil für zukunftsfähiges Wirtschaften und Versorgen skizzieren. Feministische wie ökologische Ideen des Wirtschaftens und Versorgens können entlang der Dimension Zeit (abermals) zusammengebracht werden. Dabei soll zunächst die Bedeutung der Ökonomie der Zeit mit Blick auf die anhaltende Sorgekrise beleuchtet werden. Anschließend werden sorge- und geschlechtsspezifische Ungleichheiten verdeutlicht und entlang von institutionellen Rahmenbedingungen analysiert; denn: Die strukturell-institutionelle Ebene hat maßgeblichen Einfluss auf kollektive sowie individuelle Ökonomien der Zeit. Das zeitspezifische Verkörpert-

und Eingebettetsein soll mit Beispielen alternativer Zeitstrukturen erklärt und im abschließenden Teil zusammengefasst und weitergedacht werden.

2 Die Ökonomie der Zeit und ihre Bedeutung in der Sorgekrise

Die Geschichtlichkeit des Zeitbegriffs ist mannigfaltig und gibt in ihrer interdisziplinären Komplexität Aufschluss über das vorherrschende Zeitverständnis in industrialisierten Gesellschaften (vgl. Biesecker 1998). Die Astrophysik geht nicht von Zeit, sondern vielmehr von Raumzeit aus, da Raum und Zeit – spätestens seit der Relativitätstheorie – unweigerlich zusammengedacht werden. Das eine ist ohne das andere nichts. Der Begriff sozialer Raumzeit (vgl. Weidenhaus 2015) hält sowohl Raum und Zeit als auch ihre soziale Komponente des Verkörpert- und Eingebettetseins zusammen. Zeit ist demnach formbar wie der Raum selbst. Das heißt, Menschen, die im obersten Stockwerk leben, altern für Bruchteile von Sekunden schneller als jene, die im Parterre wohnen. Zeit wirkt also nicht überall gleich. Und anders als der Raum, an den zurückgekehrt werden kann, ist Zeit eine qualitativ fortschreitende Dimension, weswegen sie nicht auf null zurückgesetzt werden kann. Zeit ist demnach also individuell und lokal für jedes einzelne Teilchen zu definieren. Zeit ist als Dimension – abgesehen von forttickenden Uhrenzeigern auf einer Armbanduhr oder zerrinnenden Sandkörnern in einer Sanduhr – kaum greifbar und als Untersuchungsgegenstand derart flüchtig, dass mehr eine Annäherung denn eine tatsächliche Abgrenzung oder Verallgemeinerung möglich scheint. Dies angenommen, werden zwei relevante Ansatzpunkte für diesen Beitrag deutlich: Zum einen wird das lokale Subjekt erkennbar, von dem das, was als Zeit aufgefasst wird, abhängt und zum anderen wird deutlich, dass die Uhr nicht mehr als ein technisches Hilfsmittel und eben nicht die Zeit selbst ist.

Grundsätzlich ist zwischen zwei verschiedenen Zeitauffassungen zu unterscheiden. So geht unter anderem auf Platon eine vermeintlich objektive Zeitauffassung zurück. Diese folgt der Annahme, dass Zeit als Messeinheit unabhängig vom Subjekt immer gleich ist und sich lediglich an den Himmelskörpern, konkret dem Sonnenaufgang und -untergang orientiert. Der Philosoph Aurelius Augustinus (354–430) geht hingegen von einer subjektiven Komponente der Zeit aus. Zeit ist ihm zufolge untrennbar mit den Dingen und der Welt verbunden. Die augustiniische Zeitauffassung ist also nicht eine rein subjektive, sondern vielmehr subjektimmanent. Augustinus konkretisiert seine Vorstellung als ein Eingebettetsein in die Umwelt. Das Eingebettetsein manifestiert sich in menschlichem Erleben oder subjektiven Erfahrungen: „Was also ist die Zeit? Wenn niemand mich danach fragt, weiß ich’s, will ich’s aber einem Fragenden erklären, weiß ich’s nicht“ (Augustinus 401/2009, S. 25). Zeit ist etwas, das in ihrer Komplexität durchaus erlebt, aber nicht gänzlich theoretisch erfasst und

begriffen werden kann. Auch sozialwissenschaftlich ist es schwer, den Begriff der Zeit zu fassen:

It is, in fact, extraordinarily difficult to think and talk about time. Only very special circumstances [...] seem to allow for the necessary reflective attitude to probe beyond the most superficial single associations – clocks and calendars, opening times, timetables, seasons – and for bringing to the surface what we normally take for granted (Adam 1995, S. 15).

Zeit ist mehr als Uhren-Zeit, die eng mit der Annahme verbunden ist, dass Zeit teilbar, berechenbar, beherrschbar und bezahlbar ist (vgl. Thompson 1967). Die Idee, dass Zeit Geld ist und Zeit selbst damit zur Ware wird, ist trotz ihrer Unterkomplexität hegemonial.

Those who are employed experience a distinction between their employer's time and their 'own' time. And the employer must use the time of his labour, and see it is not wasted: not the task but the value of time when reduced to money is dominant. Time is now currency: it is not passed but spent (ebd., S. 61).

Die Uhr als unaufhaltsame Taktgeberin blendet das Erlebbarere der Zeit aus und lässt die Frage offen, welcher Wert nicht-kommodifizierter Zeit beigemessen wird. Wie viel Zeit braucht das Sorgen für sich und andere? Wie viel Zeit braucht eine intakte und deshalb nachhaltige Umwelt? Sind Zeit und Raum abhängig voneinander, dann wird der Konflikt zwischen Uhren-Zeitlogik als hegemonialer Taktgeberin, die Stunden und Minuten in monetäre Wirtschafts- und Tauschbeziehungen setzt, und der Zeit als das, was eingebettet und verkörperlicht (vgl. Adam 1998), erleb- aber nicht erklärbar ist, deutlich. Für etwas zu wenig Zeit zu haben, gestresst zu sein, Langeweile zu haben oder die Empfindung, dass Zeit wie im Flug vergeht, sind praktische Erfahrungsanker dieses Konflikts. Zeitwohlstand (vgl. Biesecker 1998; Schor 2011; von Jorck et al. 2015) verweist auf quantitative sowie die qualitativen zeitlichen Komponenten. Demnach ist es entscheidend, eine adäquate Zeitmenge oder Geschwindigkeit für eine Tätigkeit verausgaben zu können (Tempo), planen zu können, unterschiedliche Anforderungen aufeinander abstimmen zu können (Synchronisation), hinreichend selbst über die eigene Zeitverwendung bestimmen zu können (Zeitsouveränität) und ausreichend freie Zeit zu haben (vgl. von Jorck et al. 2019; Rinderspacher 2012).

All diese subjektimmanenten Faktoren werden nur unzureichend in Zeitverwendungserhebungen (ZVE) abgebildet. Dennoch wird hier deutlich, dass

Zeit geschlechtsspezifische Unterschiede erkennen lässt. So leisten weibliche¹ Personen täglich mehr Sorgearbeit als männliche (vgl. Bakker 2007; Budlender 2010); Männer hingegen geben an, in Summe mehr Zeit für Hobbies, Sport und Spiele zu haben. Sorgearbeit (*care work*) umfasst der Definition nach alle bezahlten wie unbezahlten Aktivitäten, die der Vor- und Fürsorge für die eigene Person sowie für andere, z. B. Kinder, Freund*innen oder zu pflegenden Menschen, dienen (vgl. Power 2004). Obwohl uns jüngst die Corona-Pandemie vor Augen geführt hat, dass Sorgearbeit die Grundlage gesellschaftlichen Zusammenlebens darstellt, mangelt es weiterhin erheblich an sozialer Anerkennung und Wertschätzung (vgl. Stevano/Ali/Jamieson 2021). Wer also hat Zeit für Sorgearbeit, wenn sie zu wenig sichtbar ist und zu wenig monetäre und soziale Anerkennung erfährt? Wirtschaftsweisen, die lediglich die monetarisierte, getaktete Spitze des Eisbergs (vgl. Mies 1986; Jochimsen/Knobloch 1997) in den Blick nehmen und die reproduktiven Grundlagen (und die dafür notwendige Zeit) unter der Wasseroberfläche verschwinden lassen und gleichzeitig voraussetzen, sind weder resilient noch zukunftsfähig oder (vor)sorgend. Welche zeitökonomischen Rahmenbedingungen brauchen Formen des Wirtschaftens, die die Sorge ins Zentrum rücken (vgl. Praetorius 2015; Winker 2015)? Ist menschlicher Alltag überhaupt in Stunden und Minuten abbildbar? Sind Werden und Vergehen im linearen Uhren-Takt möglich? Im folgenden Abschnitt sollen Rahmenbedingungen für ein sorgendes Zeitverständnis skizziert werden.

3 Sorgende Zeiten und institutionelle Rahmenbedingungen

Zeit als „substanzloses, dahinfließendes Kontinuum“ (Rinderspacher 2020, S. 95) zu denken geht mit der Idee einher, dass disponible (Frei-)Zeit zunächst erwirtschaftet oder produziert werden müsse – durch effizientere Zeitbewirtschaftung. Diese zeitökonomische Logik ist in der monetären Produktion verortet, die mittels technologischer Innovation (immer) mehr Output pro Zeiteinheit zu erwirtschaften sucht. Dieses Effizienz- und Beschleunigungsparadigma lässt sich allerdings nicht auf sorgende, (re)produktive Tätigkeiten anwenden (vgl. Adam 2002; Biesecker/Hofmeister 2010). „Die Bedürfnisse von Menschen können nicht auf dieselbe Art und Weise optimiert werden wie Prozesse in der Produktion von Gütern“ (Bücker 2020, S. 6). Auch ökologisch stößt diese technikgestützte Zeitbewirtschaftungslogik an Grenzen. „De facto [...] ist keine Effizienzsteigerung

1 Wenn in diesem Text von „Frauen“ oder „weiblichen“ Personen gesprochen wird, sind alle Personen gemeint, die sich als Frauen identifizieren, mit dem Begriff „Männer“/ „männliche“ Personen, die sich als Männer identifizieren. Die geschlechterinklusive Formulierungen im Text möchten auch jene Menschen einschließen, für die diese binäre Struktur nicht passt. Bei den datenliefernden Stellen sind die Daten binär erhoben und lassen keine Unterscheidung als jene nach Frau/Mann zu.

umweltneutral“ (Rinderspacher 2020, S. 103). Aus klimaschützender Perspektive liegt es also nahe, eine Reduktion von Produktions- und damit Erwerbsarbeitszeit einzufordern – etwa einer vier- statt einer fünf-Tage-Woche (vgl. Kallis et al. 2013; Buhl 2015; Buhl/Acosta 2016; King/van den Bergh 2017). Dies lässt allerdings außer Acht, dass es geschlechtsspezifische, reproduktive Zeitallokationen gibt, die ein Erwerbs- und Freizeitleben erst ermöglichen. Sorgearbeit fällt täglich an und menschliche Bedürfnisse sind unabhängig vom Wochentag zu befriedigen (vgl. Dengler/Strunk 2018). Sollen ökologische und feministische Zeitökonomie-Ideen zusammengeführt werden, kann das etwa bei der Erwerbsarbeitszeitreduktion entscheidend sein.

Bei entsprechenden institutionellen Rahmenbedingungen für Zeit, also dem Gesamtgefüge aus politischen, gesetzlichen oder normativen Voraussetzungen, gilt es, bei vermeintlich gleichen kollektiven Bedingungen (z. B. Wochenarbeitszeit) für die unterschiedlichen individuellen Auswirkungen (z. B. Allokation der Sorgearbeitszeit auf Haushaltsebene) sensibel zu sein. Dabei sind in der Diskussion auch die Begriffe der Zeitwahrnehmung (z. B. gestresst sein) und der Zeitverwendung (z. B. Zeit für Hobbies) voneinander zu unterscheiden. Beides sind abhängige Variablen. Nadine Schöneck (2019) beschreibt unabhängige Faktoren wie z. B. Wohlfahrtsstaat (Makroebene) oder Geschlecht (Mikroebene), die sowohl Zeitwahrnehmung wie auch -verwendung beeinflussen und somit einen notwendigen Zusammenhang zwischen den kollektiven Rahmenbedingungen und den distinktiven Auswirkungen auf individueller Ebene darstellen. Geschlechtergerechte Zeitpolitik, die sorgende Zeiten in institutionellen Rahmenbedingungen berücksichtigt, kann sich deshalb nicht allein auf Erwerbsarbeitszeit beziehen.

Dominique Anxo et al. (2011) haben Langzeitdaten von Zeitverwendungsstudien aus Frankreich, Italien, Schweden und den USA verglichen. Die Forschenden sind der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen institutionelle Rahmenbedingungen wie Steuer- und Familienpolitik und soziale Normen wie Rollen- oder Wertevorstellungen auf geschlechtsspezifische Verteilung von Zeit im Lebensverlauf haben. So kann beispielweise ein Zusammenhang zwischen der Möglichkeit, Elternzeit zu nehmen, der Kostenübernahme von (öffentlicher) Kinderbetreuung oder der Versorgung pflegebedürftiger Menschen und der geschlechtsspezifischen Zeitverteilung hergestellt werden. Ein Beispiel: Dort wo Geschlechtergerechtigkeit und Vereinbarkeitspolitik gesellschaftspolitisch etabliert sind, wie etwa in Schweden oder Frankreich, wird weibliche Erwerbsarbeitszeit bei Elternschaft nur für eine begrenzte Zeit reduziert. In den USA, wo es kaum institutionelle Familienpolitik gibt oder in Italien, wo das Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung begrenzt ist, steigt ein Großteil der erwerbstätigen Mütter von kleinen Kindern ganz aus dem Arbeitsmarkt aus, um unbezahlte Sorgearbeit zu leisten. Unabhängig von regionalen Spezifika ist Zeit

jedoch länderübergreifend und bis zum Renteneintritt geschlechtsspezifisch ungleich verteilt. Danach nähern sich die Zeitallokationen an.

Welche Ideen gibt es, institutionelle Rahmenbedingungen (politisch) so zu gestalten, dass sorgende Zeiten darin berücksichtigt werden, und wer gestaltet zukunftsfähige Formen des Wirtschaftens und Versorgens? Im folgenden Abschnitt werden zeitökonomische Ideen vorgestellt, die kollektive wie individuelle, zeitliche wie räumliche Komponenten zusammenbringen und sich damit sozialer Raumzeit annähern.

4 Eingebettet und verkörpert in Zeitlandschaften

Frigga Haug schlägt ein 4-in-1-Modell vor. Ausgehend davon, dass der Tag 24 Stunden hat und idealerweise acht davon geschlafen wird, bleiben noch 16 Stunden zum Gestalten. Modellhaft sollen vier Stunden je für Erwerbs- und Sorgearbeiten sowie persönliche Muße und politische Partizipation verwendet werden. Haug appelliert, diese unterschiedlichen Zeiten in ihrer Verwobenheit zu verstehen:

Ihre Verknüpfung setzt eine andere politische Dynamik frei. Sie braucht den utopischen Atem, nicht einfach um Arbeitszeitverkürzung zu streiten, sondern um eine Umverteilung der gesamten Lebenszeit und aller Tätigkeiten. (Haug 2011, S. 244)

Es geht nicht darum, Zeit idealtypisch oder gar effizient(-er) im Sinne der oben genannten Beschleunigungslogik aufzuteilen. Zeit von Individuen verteilt sich auf mehr als Erwerbs- und Sorgearbeitszeit. Um die 4-in-1-Perspektive erweitert, können institutionelle Rahmenbedingungen und daraus resultierende Zeitinfrastrukturen dazu beitragen, dass auch Muße und politische Zeit allen zur Verfügung stehen (vgl. Hochschild 2006; Rinderspacher 2019), etwa um damit gesellschaftliche Transformation oder konkrete Zeitpolitik (vor Ort) mitgestalten zu können. Individuelle Zeit und kollektiver Raum sind eng miteinander verknüpft. „Einen Ort haben heißt, nicht überall sein, und Zeit haben heißt, nicht für alles Zeit zu haben“ (Adam/Geißler/Held 1998, S. 20). Adelheid Biesecker (1998) weist zudem darauf hin, dass eine neue Ökonomie der Zeit, Zeiten für gemeinsame Kommunikation, Kooperation und das Übernehmen von Verantwortung einräumen und mitbeachten muss (vgl. ebd., S. 84), um Individuum und Kollektiv in sorgenden Gesellschaften zu verbinden. Nachfolgend soll dieser Zusammenhang von Zeit und Raum aus sozialwissenschaftlicher Perspektive beispielhaft erläutert werden. Dazu werden zwei Thesen formuliert, die den zukunftsfähigen Bedingungen feministisch-ökologischer Zeitökonomie zugrunde liegen könnten:

- (1) Für Individuen und ihre Zeit macht es einen Unterschied, in welchen infrastrukturellen, gesellschaftlichen Kontexten sie leben, denn Menschen sind in die Beschaffenheit und Rahmenbedingungen ihrer Um- und Mitwelt eingebettet (embedded).
- (2) Zeit bedingt nicht nur auf kollektiver, sondern auch auf individueller Ebene Unterschiede. Zeit ist nicht für alle gleich. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass es so viele Zeiten wie Menschen gibt (embodied).

Es gilt also, Zeit und Raum zusammenzudenken, um den oben formulierten Annahmen gerecht zu werden. Zeit lokal zu denken, ist nicht nur eine theoretische Überlegung. In den 1980er Jahren haben sich Aktivist*innen der italienischen Frauenbewegung dafür eingesetzt, die Zeiten des öffentlichen Lebens an veränderte gesellschaftliche Realitäten anzupassen (vgl. Eckart 2001). Ihr Motto „*Tempi della Città*“ sensibilisiert für die dezentralen Eigenzeiten einer Stadt und ihrer Bürger*innen. Mit der zunehmenden Berufstätigkeit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und einer damit für sie einhergehenden Doppelbelastung durch bezahlte Erwerbs- und unbezahlte Sorgearbeit wurde deutlich, dass sich Öffnungszeiten der kommunalen Verwaltung und des Einzelhandels sowie Taktungen des öffentlichen Nahverkehrs und Kinderbetreuungszeiten mitverändern müssen, um den Bedarfen der Bürger*innen weiterhin gerecht zu werden. Seit den 1990er Jahren ist Zeitpolitik dort kommunal verankert (vgl. Bauer-Polo 2001). Auch über Italien hinaus etablierten sich sogenannte Zeitbüros (etwa in Bremen oder Barcelona), die auf kommunaler Ebene die Eigenzeiten der Stadt und ihrer Bürger*innen koordinieren, Sammelstelle für kommunale Initiativen oder Ansprechpartner*innen für Städteplanende und politisch Verantwortliche sind. Kommunale Demokratie fürsorglich mitzugestalten, ist eine zentrale Idee, um Zeit und Raum, Individuum und Kollektiv zusammenzubringen (vgl. Tronto 2000).

Den dazu passenden sozialwissenschaftlich-theoretischen Zusammenhang zwischen Zeit und Raum beschreibt Barbara Adam (1998), wenn sie die sogenannten Zeitlandschaften (timescapes) skizziert. Darin manifestiert sich die materielle Bedeutung von Zeit, die eben nicht für alle gleich oder immer gleich ist, sondern die vielmehr in Relation zu Kontext und Akteur*innen an Bedeutung gewinnt und dadurch bedingt wird. Adam prägt die beiden Begrifflichkeiten des Verkörpert- (embodied) und Eingebettetseins (embedded). Zeitlandschaften sind eine Perspektive, die Rhythmen, *Tempi* und Zeitpunkte von Bestehendem und Verändertem integriert und materialisiert, was unsichtbar scheint (vgl. ebd., S. 10): seien es sich ausweitende Ozonlöcher, zunehmende Wasser- und Luftverschmutzungen, Verluste der Biodiversität oder sich global ausbreitende Pandemien. Zeit materialisiert sich nicht als solche, sondern durch ihre Auswirkungen oder Symptome – diese wiederum betreffen ortsabhängige (zukünftige) Einzelne unterschiedlich. Die imperiale Lebensweise (vgl. Brand/Wissen 2017) industrialisierter Gesellschaften des Globalen Nordens bean-

spricht aktuell überproportional viele Ressourcen ohne für die Folgen dieses Ressourcenverbrauchs ausreichend Verantwortung zu übernehmen. Am Beispiel eines Produktzyklus wird die Bedeutung von Zeit und Verantwortung auf zwei Ebenen deutlich: Zum einen geht es um die (zeitlich) erweiterte Verantwortungsübernahme für ein materielles Produkt von der Rohstoffbeschaffung über das Reparieren bis hin zum Recycling. Zum anderen wird durch das holistische Verantwortlichsein die ursprünglich forstwirtschaftliche Idee des nachhaltigen Umgangs mit der ökologischen Mit- und Umwelt und der Zukunftsfähigkeit kommender Generationen deutlich (vgl. Biesecker 1998, S. 83). Darüber hinaus kann eine veränderte Zeitökonomie die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich Menschen klimafreundlicher fortbewegen (z. B. Fahrrad- statt Autofahren), sich für ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen (z. B. Kochen statt Fertiggerichte) oder alternative Freizeitaktivitäten (z. B. Nachbarschaftsinitiative statt Online-Shopping) entscheiden können (vgl. Schor 2011). Feministisch-ökologische Zeitökonomie kann damit geschlechtsspezifische sowie intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit fördern: Sein statt Haben (vgl. Fromm 1976), Nutzen statt Besitzen (vgl. Leismann et al. 2012), Tätigkeits- statt Erwerbsgesellschaft durch reduzierte Erwerbsarbeitszeit (vgl. Vinz 2012, S. 71) oder durch eine geringere Taktung im Alltag und eine gelingende zeitliche Synchronisation (wie etwa bei den „Tempi della città“), die sich positiv auf nachhaltiges Konsumverhalten (vgl. Geiger et al. 2021) und politische Aktivität auswirken kann. Die hegemoniale Gleichung „Zeit ist Geld“ hat in einer solchen Gesellschaft ausgedient. Stattdessen wird Zeit als zentrale Komponente sozialen Miteinanders erkannt (vgl. Biesecker 1998, S. 89) und ist als solche die Basis sorgender Gesellschaften.

5 Ausblickende Zusammenfassung

Resümierend kann dieser Beitrag folgende Ideen feministisch-ökologischer Zeitökonomie festhalten: Objektive Uhren-Zeit allein ist kein geeignetes Werkzeug, um zeitökonomische Komplexität ausreichend abzubilden. Sorgende Zeit manifestiert sich in der Zeitwahrnehmung und -verwendung Einzelner und ist damit an eine subjektimmanente Zeitauffassung gekoppelt, d. h. sie ist abhängig von Individuen, gesellschaftlichen Kollektiven und kontextualen Umwelten. Feministisch-ökologische Zeitökonomie geht von einer unauflösbaren Verwobenheit von Zeit und Raum aus, in dem das lokale Subjekt (embodied) immer im Kontext zur Mit- und Umwelt (embedded) zu betrachten ist. Erlebbar Zeit auf eine vermeintlich vereinbare Balance zwischen Erwerbsarbeits- und Sorgearbeitszeit zu beschränken, wird den Ideen des Verkörpert- und Eingebettetseins nicht gerecht. Sorgende Gesellschaften, *Caring Societies*, die zukunftsfähigen, (für-/vor-)sorgenden Raum kreieren, erkennen Zeit und ihre umfassende Bedeutung

für Individuen, aber auch für die Gesellschaft insgesamt an und weben dies in entsprechende zeit- und ortsabhängige Rahmenbedingungen ein. Dabei ist Zeit für Kommunikation ein wesentlicher Bestandteil von sozialer Kooperation und Kollaboration sowie individueller und kollektiver Verantwortungsübernahme im Zuge der Gestaltung sozial-ökologischer Transformation. Feministisch-ökologische Zeitökonomie rückt sorgende und nicht-monetäre Zeiten in den Fokus – auch und gerade in zunehmend digitalisierten Gesellschaften, in denen sich einige allzu gern mittels technischer Innovation von Zeit und Raum, von Verkörperung und Einbettung lossagen möchten.

Literatur

- Adam, Barbara (1995): *Timewatch. The Social Analysis of Time*. Cambridge: Polity Press.
- Adam, Barbara (1998): *Timescapes of Modernity. The Environment and Invisible Hazards*. London/New York: Routledge.
- Adam, Barbara (2002): The gendered time politics of globalization. Of shadowlands and elusive justice. In: *Feminist Review* 70, S. 3–29.
- Adam, Barbara/Geißler, Karlheinz/Held, Martin (Hrsg.) (1998): *Die Nonstop-Gesellschaft und ihr Preis. Vom Zeitmissbrauch zur Zeitkultur*. Stuttgart: Hirzel.
- Anxo, Dominique/Mencarini, Letizia/Pailhé, Ariane/Solaz, Anne/Tanturri, Maria/Flood, Lennart (2011): Gender Differences in Time Use over the Life Course in France, Italy, Sweden, and the US. In: *Feminist Economics* 17, H. 3, S. 159–195.
- Arruzza, Cinzia/Bhattacharya, Tithi/Fraser, Nancy (2019): *Feminismus für die 99%. Ein Manifest*. Berlin: MSB Matthes & Seitz.
- Augustinus, Aurelius (401/2009): *Was ist Zeit? Confessiones XI/Bekenntnisse 11*. Hamburg: Meiner.
- Bakker, Isabella (2007): Social Reproduction and the Constitution of a Gendered Political Economy. In: *New Political Economy* 12, H. 4, S. 541–556.
- Bauer-Polo, Ingeborg (2001): *Tempi della città*. In: Ulrich Mückenberger (Hrsg.): *Bessere Zeiten für die Stadt. Chancen kommunaler Zeitpolitik*. Opladen: Leske und Budrich. S. 45–49.
- Biesecker, Adelheid (1998): Economic Rationales and a Wealth of Time. In: *Time & Society* 7, H. 1, S. 75–91.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2010): Im Fokus: Das (Re)Produktive. Die Neubestimmung des Ökonomischen mithilfe der Kategorie (Re)Produktivität. In: Bauhardt, Christine/Çağlar, Gülay (Hrsg.): *Gender and economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 51–80.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom.
- Bücker, Teresa (2020): *Zeit, die es braucht. Care-Politik als Zeitpolitik*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 70, H. 45. Online verfügbar: www.bpb.de/apuz/care-arbeit-2020/ (Abfrage: 27.09.2021).
- Budlender, Debbie (2010): *What do time use studies tell us about unpaid care work? Evidence from seven countries*. London/New York: Routledge.
- Buhl, Johannes (2015): *Zeit-Rebound-Effekte nach Arbeitszeitverkürzung*. In: *Ökologisches Wirtschaften* 30, H. 4, S. 28–29.
- Buhl, Johannes/Acosta, José (2016): *Work less, do less?* In: *Sustainability Science* 11, H. 2, S. 261–276.

- Dengler, Corinna/Strunk, Birte (2018): The Monetized Economy Versus Care and the Environment: Degrowth Perspectives on Reconciling an Antagonism. In: *Feminist Economics* 24, H. 3, S. 160–183.
- Eckart, Christel (2001): „Frauen verändern die Zeiten der Stadt“. Maßstäbe für Chancengleichheit von Frauen und Männern. In: Mückenberger, Ulrich (Hrsg.): *Bessere Zeiten für die Stadt. Chancen kommunaler Zeitpolitik*. Opladen: Leske und Budrich. S. 172–176.
- Fromm, Erich (1976): *To Have or to Be?* New York: Harper & Row.
- Geiger, Sonja/Freudenstein, Jan-Philipp/von Jorck, Gerrit/Gerold, Stefanie/Schrader, Ulf (2021): Time wealth: Measurement, drivers and consequences. In: *Current Research in Ecological and Social Psychology* 2 (100015). Online verfügbar: doi.org/10.1016/j.cresp.2021.100015 (Abfrage: 15.11.2021).
- Haug, Frigga (2011): Vier-in-einem Perspektive als Leitfaden für Politik. In: *Das Argument* 53, H. 6, Nr. 291, S. 241–250.
- Hochschild, Arlie R. (2006): *Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jochimsen, Maren A./Knobloch, Ulrike (1997): Making the Hidden Visible. The Importance of Caring Activities and their Principles for any Economy. In: *Ecological Economics* 20, H. 2, S. 107–112.
- Kallis, Giorgos/Kalush, Michael/O’Flynn, Hugh/Rossiter, Jack/Ashford, Nicholas (2013): „Friday off“: reducing working hours in Europe. In: *Sustainability* 5, H. 4, S. 1545–1567.
- King, Lewis/van den Bergh, Jeroen (2017): Worktime Reduction as a Solution to Climate Change. Five Scenarios Compared for the UK. In: *Ecological Economics* 132, S. 124–134.
- Klein, Naomi (2019): Nutzen wir unsere letzte Chance. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 64, H. 4, S. 65–71.
- Leismann, Kristin/Schmitt, Martina/Rohn, Holger/Baedeker, Carolin (2012): Nutzen statt Besitzen. Auf dem Weg zu einer ressourcenschonenden Konsumgesellschaft; eine Kurzstudie. In: Heinrich Böll-Stiftung (Hrsg.): *Schriften zur Ökologie*, Band 27. Online verfügbar: www.boell.de/sites/default/files/Endf_NutzenStattBesitzen_web.pdf (Abfrage: 15.11.2021).
- Mellor, Mary (1997): Women, Nature, and the Social Construction of ‚Economic Man‘. In: *Ecological Economics* 20, H. 2, S. 129–140.
- Mies, Maria (1986): *Patriarchy and Accumulation on a World Scale. Women in the International Division of Labour*. London: Zed Books.
- Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hrsg.) (2013): *Wege Vorsorgenden Wirtschaftens*. Marburg: Metropolis.
- Perkins, Patricia Ellie (2007): Feminist Ecological Economics and Sustainability. In: *Journal of Bioeconomics* 9, H. 3, S. 227–244.
- Power, Marilyn (2004): Social Provisioning as a Starting Point for Feminist Economics. In: *Feminist Economics* 10, H. 3, S. 3–19.
- Praetorius, Ina (2015): Wirtschaft ist Care oder: Die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen. In: *Publication Series on Economic and Social Issues* Band 16. Online verfügbar: www.boell.de/de/2015/02/19/wirtschaft-ist-care-oder-die-wiederentdeckung-des-selbst-verstaendlichen (Abfrage: 27.09.2021).
- Rinderspacher, Jürgen P. (2012): Zeitwohlstand – Kriterien für einen anderen Maßstab von Lebensqualität. In: *WISO – Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift des ISW* 35, S. 11–26.
- Rinderspacher, Jürgen P. (2019): Vor uns die Sintflut. Zeit als kritischer Faktor nachhaltiger Entwicklung. In: Carolin Bohn, Doris A. Fuchs und Antonius Kerkhoff (Hrsg.): *Gegenwart und Zukunft sozial-ökologischer Transformation*. Baden-Baden: Nomos. S. 147–173.
- Rinderspacher, Jürgen P. (2020): *Beeilt euch. Zeitprobleme im sozial-ökologischen Transformationsprozess*. München: oekom.

- Schöneck, Nadine (2019): Zeit: Geschlechtsspezifika der Zeitverwendung und Zeitwahrnehmung. In: Beate Kortendiek, Birgit Riegraf und Katja Sabisch (Hrsg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung, Geschlecht und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer. S. 1161–1171.
- Schor, Juliet (2011): How and why millions of Americans are creating a time-rich, ecologically light, small-scale, high-satisfaction economy. London: Penguin.
- Stevano, Sara/Ali, Rosimina Ali/Jamieson, Merle (2021): Essential for what? A global social reproduction view on the re-organisation of work during the COVID-19 pandemic. In: Canadian Journal of Development Studies 42, H. 1–2, S. 178–199.
- Thompson, Edward P. (1967): Time, Work-Discipline and Industrial Capitalism. In: Past and Present 38, S. 56–97.
- Tronto, Joan (2000): Demokratie als fürsorgliche Praxis. In: Feministische Studien 18, H. 1, S. 25–42.
- Vinz, Dagmar (2012): Klimapolitik und Geschlechtergerechtigkeit. In: Çağlar, Gülay/do Mar Castro Varela, Maria/Schwenken, Helen (Hrsg.): Geschlecht – Macht – Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit. Opladen: Barbara Budrich. S. 61–76.
- von Jorck, Gerrit/Birkenstock, Maren/Harnisch, Richard/Stangl, Sebastian (2015): Zwölf Thesen zum Thema Zeitwohlstand. In: Ökologisches Wirtschaften 30, H. 4, S. 15–16.
- von Jorck, Gerrit/Gerold, Stefanie/Geiger, Sonja/Schrader, Ulf (2019): Arbeitspapier zur Definition von Zeitwohlstand im Forschungsprojekt ReZeitKon. Online verfügbar: www.rezeitkon.de/wordpress/wp-content/uploads/2019/11/Jorck_etal_2019_ReZeitKon_Zeitwohlstand_Arbeitspapier.pdf (Abfrage: 12.10.2021).
- Weidenhaus, Gunter (2015): Soziale Raumzeit. Berlin: Suhrkamp.
- Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript.

Vietnam im Wandel: Manifestation einer Sorgekrise

Christopher Gnad

1 Einleitung

Vietnam hat infolge seiner ökonomischen Reformierung in den 1980er Jahren eine rasante wirtschaftliche Entwicklung vollzogen und damit den Weg eines von Krieg und internationaler Isolierung gezeichneten Landes in die Liste der Länder mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich geschafft (vgl. World Bank 2013). Die ihrem Selbstverständnis nach kommunistische Regierung des Einparteiensstaates, der an China, Laos und Kambodscha grenzt und fast 100 Millionen Einwohner*innen zählt, hat sich jüngst ambitionierte Ziele gesetzt, mit denen sie die Stellung Vietnams innerhalb der ASEAN-Mitgliedsstaaten ausbauen und bis 2045 mit dem Land als „developed economy“ zum Globalen Norden aufschließen möchte (vgl. Kassim 2021).

Grundlegend für die ökonomische Transformation Vietnams war seine Abkehr vom Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts durch ökonomische Modernisierung im Sinne einer Annäherung an westliche Kapitalismusmodelle und der damit induzierten Markt- und Profitlogik (vgl. Mazyryn 2013, S. 89 ff.). Im Zusammenspiel mit diesem Modernisierungsprozess lassen sich in der jüngeren Entwicklung Vietnams grundlegende Veränderungen erkennen, die über die ökonomische Sphäre hinausgehen und soziale, kulturelle und demographische Aspekte des Landes betreffen.

Vor dem Hintergrund einer globalen Sorgekrise, die maßgeblich dadurch gekennzeichnet ist, dass in verschiedenen Regionen weltweit eine Nachfrage nach Sorgeleistungen existiert, die nicht durch ein entsprechendes Angebot an Sorgearbeit gedeckt werden kann (vgl. Knobloch 2013, S. 24; Isaksen/Devi/Hochschild 2008), spricht Nancy Fraser (2016) von einer inhärenten Krisentendenz kapitalistischer Gesellschaften, bei der Widersprüche zwischen den Anforderungen des wirtschaftlichen Systems auf der einen und den notwendigen Realitäten der sozialen Reproduktion auf der anderen Seite zu Defiziten letzterer führen. Sie setzt diese soziale Krise in Kontext zu einer übergeordneten Krise kapitalistischer Gesellschaften durch ein letztendlich die eigene Existenz

gefährdendes Trittbrettfahren – „free-riding“ (Fraser 2016, S. 101) – des Wirtschaftssystems in Bezug auf die fundamentalen Grundlagen von Mensch, Natur und Gesellschaft durch Nichtanerkennung dieser Grundlagen als notwendige Voraussetzungen für ihr Funktionieren. Davon sind auch die Ökologie (manifestiert u. a. in der Klimakrise, vgl. ebd., S. 101 u. 103) und die Politik („Krise der Demokratie“, vgl. Fraser 2015) betroffen. Soziale Reproduktion ist ein breiter Begriff, der die Pflege kranker und alter Angehöriger umfasst, aber auch weit darüber hinaus geht. Dabei handelt es sich um Tätigkeiten, die historisch und bis heute weit überwiegend von Frauen ausgeführt werden und zu großen Teilen außerhalb des Marktgeschehens stattfinden. Bestandteile sind neben der biologischen Reproduktion und Kindererziehung, der Ausbildung und „Bereitstellung“ von Menschen für den Arbeitsmarkt, auch die unbezahlte Arbeit im häuslichen Umfeld, was die unbezahlte Produktion von Gütern mit einschließt. Hinzu kommt die Weitergabe von Kultur und Ideologie, und sogar Freiwilligenarbeit für die lokalen Gemeinschaften sowie die Befriedigung sexueller und emotionaler Bedürfnisse (vgl. Fraser 2016, S. 101 f.; Bakker 2007, S. 1; Hoskyns/Rai 2007, S. 300; Laslett/Brenner 1989, S. 382 ff.).

An diesem Punkt möchte der vorliegende Beitrag ansetzen und mit Bezug auf Frasers Skizzierung einer „Crisis of Care“ aufzeigen, inwiefern auch Vietnam Teil der globalen Sorgekrise ist. Aufgrund der im Weiteren noch näher erläuterten Maßgeblichkeit der Familie als Grundpfeiler der Sorge für die Älteren in Vietnam soll der Frage nachgegangen werden, durch welche gesellschaftlichen Veränderungen es im Zusammenhang mit der Modernisierung Vietnams zu einer Beeinträchtigung dieses familialen Unterstützungssystems kommt. Wesentlich hierfür ist eine Betrachtung des Spannungsverhältnisses zwischen den traditionellen Besonderheiten familialen Zusammenlebens und den Einstellungen und Erwartungshaltungen der Vietnames*innen in Bezug auf die Versorgung und Pflege älterer Familienmitglieder auf der einen Seite sowie den veränderten familialen Gegebenheiten und ökonomischen Anforderungen der modernen vietnamesischen Gesellschaft auf der anderen Seite. Vor diesem Hintergrund werden demographische, kulturelle und soziale Aspekte der jüngeren Entwicklung Vietnams beleuchtet, die die Sorge für die Älteren erschweren können. Darüber hinaus wird auch der Frage nachgegangen, ob sich bereits Alternativen zur traditionellen Versorgung und Pflege herausgebildet haben und inwiefern diese in ihrer derzeitigen Form geeignet sind, den Belastungen des familialen Unterstützungssystems entgegenzuwirken.

Um diese Fragen zu beantworten, wird zunächst ein kurzer Überblick über die Modernisierung Vietnams gegeben, gefolgt von einer Darstellung grundlegender Aspekte traditioneller Lebensrealitäten der Vietnames*innen und ihren Veränderungen durch die ökonomische Transformation des Landes. Der Fokus liegt dabei auf den traditionellen Werte- und Familienvorstellungen und wie diese durch prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen vor dem Hintergrund

des derzeitigen Wirtschafts- und Sozialsystems herausgefordert werden. Dem schließt sich ein genauerer Blick auf die Herausforderungen des familialen Unterstützungssystems an, der auf Untersuchungen in der Hauptstadt Hanoi und der nördlichen Provinz Lang Son basiert. Ein Hauptaugenmerk wird dabei auf die Rolle von der Land-Stadt-Migration und ihrem Einfluss auf die Bewältigung familialer Sorgearbeit und der Pflege älterer Familienmitglieder gelegt. Im letzten Abschnitt werden die so gewonnenen Erkenntnisse noch einmal zusammengefasst und ergänzt, wobei auch mögliche Lösungsansätze und Hürden für deren Umsetzung angesprochen werden.

2 Vietnams Modernisierungsprozess

Vietnam kategorisiert sein eigenes Wirtschaftssystem als sozialistisch-orientierte Marktwirtschaft, wobei die marktwirtschaftlichen Reform- und die dazugehörigen innerparteilichen Meinungsbildungsprozesse, die 1986 mit den „Doi Moi“ (Erneuerung) getauften Reformen starteten, durchaus von unterschiedlichen Auffassungen zur wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ausrichtung des Landes gekennzeichnet sind – ersichtlich beispielsweise an der 2013 erfolgten Verfassungsreform und den sie begleitenden innerpolitischen Auseinandersetzungen (vgl. Pham 2016). Die Kommunistische Partei Vietnams erkennt dabei an, dass es im Zuge der Entwicklung des Landes Unterschiede zwischen Arm und Reich geben wird. Im Gegensatz zur kapitalistischen Industrialisierung würden die Armen aber nicht ärmer werden (vgl. Karadjis 2005, o. S.). Hansjörg Herr, Erwin Schweishelm und Huy Truong Minh Vu (2016) stellen in diesem Zusammenhang fest, dass die vietnamesische Regierung seit 1996 sowohl Industrialisierung als auch Modernisierung als Leitbegriffe ihrer Politik erhoben und darunter die Dezentralisierung der Wirtschaft kontinuierlich vorangetrieben hat. Dabei ist sie allerdings nur teilweise erfolgreich gewesen, was den Anschluss an den ökonomischen Erfolg von Ländern wie Japan oder Südkorea anbelangt (vgl. ebd., S. 40 ff.). Worin die Ursachen hierfür liegen und wie staatlich, wie neoliberal oder wie neo-kapitalistisch der Kapitalismus in Vietnam im Detail ausgeprägt ist, unterliegt unterschiedlichen Interpretationen und ist Gegenstand zahlreicher Analysen (vgl. ebd.; Masina 2010; Truong/Rowley 2014; Baccini/Impullitti/Giammario 2019).

Es bleibt jedoch zunächst grundlegend festzuhalten, dass es der vietnamesischen Regierung im Zuge ihrer Reformpolitik gelungen ist, weiten Teilen der Bevölkerung den Sprung aus der absoluten Armut zu ermöglichen. Die Zeiten des Hungers nach den drei Indochinakriegen sind für die Mehrheit der Vietnames*innen vorbei, und eine wachsende Mittel- und Oberschicht breiten sich aus – vor allem im städtischen Umfeld (vgl. Nguyen-Marshall/Drummond/Bélangier 2012).

Zum Thema der ökonomischen Transformation Vietnams gesellt sich im Rahmen dieses Beitrags allerdings die Frage nach den Auswirkungen dieser auf Kultur und Zusammenleben der Vietnames*innen. Ronald Inglehart und Wayne E. Baker (2000) kommen in ihrer Analyse kultureller Modernisierungsveränderungen im Zuge ökonomischer Modernisierungen verschiedener Länder zu dem Schluss, dass es zwar zu tiefgreifenden Veränderungen kommen kann, der kulturelle Modernisierungsprozess aber nicht linear verläuft und auch gegenteilige, verfestigende Tendenzen auszumachen sind (vgl. ebd., S. 49 f.). Es können also keine pauschalen Aussagen für den vermuteten Verlauf kultureller Veränderungen im Zuge der wirtschaftlichen Transformation in Vietnam getroffen werden. Allerdings hat das zugrunde liegende „kulturelle Erbe“ Auswirkungen auf die Art der Veränderungen (vgl. ebd., S. 49). Im Falle Vietnams entspricht dies einer tiefen Prägung durch den Konfuzianismus, die in ihrer historischen Dimension bis heute nicht vollends aufgearbeitet worden ist (vgl. Kelley 2006). Dabei ist „Konfuzianismus“ keinesfalls gleichzusetzen mit der vietnamesischen Kultur, auch wenn er diese beeinflusst hat. Entsprechend wird das Wechselverhältnis zwischen diesem und den lokalen Kulturen kritisch diskutiert (vgl. Ly 2015). Diese Auseinandersetzung im Detail zu formulieren, würde den Rahmen des vorliegenden Beitrags allerdings sprengen.

An diese allgemeinen Aussagen zu kultureller Modernisierung anknüpfend, werden nun im Folgenden einige für die vietnamesische Kultur charakteristische Aspekte aufgegriffen und im Zusammenhang mit den Auswirkungen des ökonomischen Transformationsprozesses auf die Lebensrealitäten der Vietnames*innen dargestellt.

3 Prekarität zwischen Tradition und Moderne

Die im Vergleich mit Deutschland junge Bevölkerung Vietnams sieht sich der zunehmenden Erosion traditioneller Formen des sozialen Miteinanders ausgesetzt. Die Regierung hat die Bevölkerungsstruktur dabei als „golden population“ erkannt (vgl. Nguyen/Tran 2013), was vor allem der jungen Generation die Erwartungshaltung einbringt, maßgeblich für die weitere ökonomische Entwicklung des Landes zu sein. Auf der einen Seite stehen dabei „klassische“, in Teilen konfuzianistische Werte, die sich in vielfältiger Ausprägung in Asien finden und in der Sozialpsychologie mit Begriffen wie „filial piety“ und „loyalty“ beschrieben werden (vgl. Hwang 1999). Leitgedanken sind dabei unter anderem das Prinzip des Respekts vor den Ranghöheren (Eltern, Großeltern, Vorgesetzte) sowie die Akzeptanz der Gewalt über Ressourcenallokation durch diese. Hinzu gesellt sich das Recht, Ressourcen den jeweiligen Vertrauten zugutekommen zu lassen (vgl. ebd., S. 167). Entsprechend kann Vietnam als kollektivistisches Land kategorisiert werden, in dem eine hohe Akzeptanz gegenüber ungleichen Machtverhältnis-

sen sowie ein noch niedriges Niveau an (empfundener) Unabhängigkeit seiner Gesellschaftsmitglieder von übergeordneten Strukturen (wie der Familie oder politischen Organisationen) vorherrschend sind (vgl. Marr 2000).

Diese Denkweisen sind verbunden mit bestimmten Formen traditionellen Zusammenlebens. In Vietnam finden sich vor allem auf dem Land und innerhalb der ethnischen Minderheiten noch Mehrgenerationenhaushalte mit fünf bis sechs und mehr Personen. Einpersonenhaushalte sind im einstelligen Prozentbereich anzutreffen (vgl. Viet Nam General Statistics Office 2010, S. 32 ff.). Gerade auf dem Land und in älteren Stadtteilen leb(t)en die Menschen oft in einem Sozialgefüge, das geprägt ist von enger Nachbarschaft mit der Familie und den Nachbarfamilien. Dabei zeichnen die offiziellen Zahlen bereits das Bild von Veränderungen in diesen Strukturen. Die durchschnittliche Personenzahl der Haushalte nimmt ab (vgl. Nguyen 2011) und die Anzahl an Kindern unter 15 Jahren hat einen „remarkable drop“ in den zwei Jahrzehnten vor 2009 erlebt (vgl. Viet Nam General Statistics Office 2011, S. 8). Im selben Jahr lag die Fertilitätsrate bei 2,03 Kindern pro Frau (vgl. Viet Nam General Statistics Office 2010, S. 19), was der politisch gewollten Stabilisierung der Familiengrößen entsprach: „To build families with few and healthy children [...] in order to achieve a plentiful and happy life.“ (Viet Nam Prime Minister of Government 2000, S. 1). Dieser Wert liegt allerdings bereits unterhalb der Reproduktionsschwelle von 2,1. Mittlerweile warnt die Weltbank vor einer Verringerung der arbeitsfähigen Bevölkerung im Zuge einer bevorstehenden rapiden Alterung der vietnamesischen Gesellschaft, was auch auf eine Erhöhung der Lebenserwartung und Verbesserung der medizinischen Versorgung hinweist (vgl. Glinskaya et al. 2021).

Auf der Suche nach Erfüllung der familiären und finanziellen Verpflichtungen – und „in order to enjoy their own life“ (Nguyen 2011, S. 1) – werden viele Vietnames*innen allerdings mit den Anforderungen einer im Grunde zutiefst neoliberalen Arbeitswelt konfrontiert. Sie geraten dabei oft in Abhängigkeit von prekärer Lohnarbeit oder prekären Formen von Selbstständigkeit. Diese sind gekennzeichnet durch einen hohen Grad an Informalität (vgl. Hoa 2019) mit entsprechender Unsicherheit in Bezug auf die Stabilität des Arbeitsverhältnisses durch Illegalität¹ und „Hire and Fire“ sowie relativ niedrigen Löhnen, die im informellen Bereich oft noch niedriger ausfallen (vgl. Rand/Torm 2012). Hinzu kommt eine geringe soziale Absicherung im formellen Sektor (vgl. Meissner 2014) und im informellen Sektor (vgl. Huong et al. 2013). Die 48-Stunden-Wo-

1 In einem ironischen Kino-Werbespot hat sogar die amerikanische Fastfood-Kette KFC die Unsicherheit der illegalen Betätigung selbstständiger Streetfood-Verkäufer*innen in Vietnam aufgegriffen. Dargestellt wird, wie einer Kundin beim „Selfie-Schießen“ mit dem Essen am Straßenrand der Plastikstuhl weggerissen wird, weil sich eine (angedeutete) Polizei-Patrouille nähert. KFC ist in diesem Narrativ der moderne, sichere Hafen für die hungrige Kundschaft – bei Löhnen von unter einem Euro die Stunde für seine Verkäufer*innen (vgl. KFC Vietnam 2021).

che, das Arbeiten von Montag bis Samstag, ist dabei die gesellschaftliche Norm (vgl. International Labour Organization 2019). Der informelle Sektor ist darin unzureichend quantifiziert. Die diesem Beitrag zugrunde liegende Forschung (siehe Abschnitt 4 und folgende) lässt aber zumindest die Vermutung zu, dass informelle Arbeitszeiten auch höher liegen können.²

Wenig überraschend gibt es im formellen Bereich erste Hinweise darauf, dass gerade die Frauen in Vietnam unter den (modernen) beruflichen und (traditionellen) gesellschaftlichen Erwartungshaltungen leiden, weil sie dabei in Konflikt mit den Erfordernissen familialer Sorgearbeit geraten (vgl. Mai/Hussain/Subramaniam 2020). Interessanterweise sind es dann auch unverheiratete Frauen über 45 Jahre, die den Großteil des urbanen Anstiegs von Einpersonenhaushalten ausmachen (vgl. Viet Nam General Statistics Office 2011, S. 8). Wenn auch noch im geringen einstelligen Prozentbereich, so ist dieser Umstand umso erstaunlicher angesichts des historisch familienzentrierten vietnamesischen (Alters-)Versorgungssystems (vgl. Goodkind/Truong/Bui 1999, S. 141).

Zumeist geringfügige finanzielle staatliche Unterstützung wird einem kleinen Teil der älteren Bevölkerung aber gewährleistet. Dies betrifft hauptsächlich jene, die für die Regierung, im Militär, bei staatlichen Unternehmen oder in größeren Kooperativen gearbeitet haben, oder denen Alimente durch ihre Rolle in den drei Indochinakriegen zustehen (vgl. ebd., S. 142). Besonderheiten sind hier ein relativ niedriges durchschnittliches Renteneintrittsalter und ein hoher Anteil von Einmalzahlungen (vgl. Glinskaya et al. 2021, S. 117) sowie eine nicht nachhaltige Finanzierungsgrundlage (vgl. ebd., S. 112 ff.). Erfolge sind aber beim Zugang zu Krankenversicherungen zu verzeichnen, die immer mehr Vietnames*innen zumindest eine grundlegende soziale Absicherung bieten können (vgl. ebd., S. 164). Dennoch bleibt der Zugang zu guter ärztlicher Versorgung auch eine Frage des Geldes, denn das medizinische Personal gleicht das geringe Gehalt mit inoffiziellen Zuwendungen der Patient*innen aus – Korruption ist endemisch in Vietnam, auch im Gesundheitswesen (vgl. Vian et al. 2012).

Die Prekarität der Arbeitswelt wird durch den Umstand verstärkt, dass Mobilität und die Bereitschaft, für lange Zeit von der Familie getrennt zu leben und zu arbeiten, für immer mehr Vietnames*innen Teil des Alltags werden. Unter dem Begriff der Urbanisierung lässt sich zusammenfassen, wie Myriaden von jungen Erwachsenen die ländlichen Regionen ihrer Eltern und Großeltern verlassen, um in den Städten, allen voran den beiden Zentren Hanoi im Norden

2 Hierzu ein Auszug aus einem Interview aus der Interviewstudie aus Abschnitt 4 und folgende mit einer jungen Hanoianerin, deren Mutter ein Restaurant für Getränke und Desserts in prominenter Lage betreibt: „Meine Mutter hat sieben Angestellte. Sie kommen vom Land. Sie wohnen über dem Restaurant und arbeiten hier die ganze Woche. Sie verlassen den Bereich kaum [...] sie wollen das auch nicht, weil sie sich in Hanoi nicht gut auskennen. Sie leben, arbeiten und wohnen im Restaurant. Einmal im Jahr fahren sie nach Hause, oder manchmal auch, wenn es einen Notfall in der Familie gibt“ (Minh, 19).

und Ho-Chi-Minh-Stadt (im Weiteren „HCM-Stadt“) im Süden, ihr Glück zu suchen (vgl. General Statistics Office 2010, S. 77 u. 86). Das Wohnen und Leben verlagert sich dabei von der traditionellen Horizontalen des Dörflichen und Altstädtischen zunehmend in die Vertikale der neuen „High-Density-City“, und die Entfernungen zwischen den Familienmitgliedern wachsen. Zahlreiche hohe Wohnblöcke säumen mittlerweile die Außenbereiche der beiden Millionenstädte. Sie dienen unter anderem als Instrument, um den Erfordernissen dieser Form von Landflucht gerecht zu werden und sind als Alternative für die Bevölkerung der Innenstadtbereiche gedacht, die ihr Geld in eine moderne Wohnung investieren wollen oder im Zuge von Stadt-Modernisierungsvorhaben aus ihren angestammten Wohnungen umgesiedelt werden sollen. Zum einen, um die dichte Bevölkerung der Innenstadt zu reduzieren und Menschen aus beengten und maroden Wohnverhältnissen zu „befreien“, aber eben auch, um Platz für begehrtes Bauland in zentraler Lage zu schaffen und betreffende Viertel zu gentrifizieren, was die sozialräumliche Exklusion vieler Betroffener zur Folge hat und durchaus nicht ohne Widerstand der Bewohner*innen abläuft (vgl. Stumpf 2012; Park 2018; aktuell auch: Bui/Le 2021; Pham 2022;). Dies wirft darüber hinaus ein Licht auf den Zusammenhang zwischen städtischem Wohn- und Arbeitsraum, welche in Vietnam traditionell oft im selben Gebäude untergebracht sind. Mit einem Umzug bzw. einer Umsiedelung in ein modernes Apartment droht dadurch neben dem Verlust der sozialen Gegebenheiten entsprechender Viertel auch der Verlust von Produktions- und Verkaufsfläche für das eigene Geschäft – für betroffene Familien also der Verlust der Lebensgrundlage (vgl. VietNamNet 2019). Ein Umstand, der aber auch all jene Familien, die sich freiwillig für den Umzug aus einem der traditionellen Häuser in eine moderne Wohnung entscheiden, verstärkt in Abhängigkeit von Lohnarbeit bringen kann.

Die Preise für Grundstücke bewegen sich unterdessen auf dem Niveau einiger der teuersten Städte westlicher Industriestaaten (vgl. Revilla Diez 2016, S. 127), die Wohnungen selbst liegen mit durchschnittlichen Quadratmeterpreisen um die 1070 Dollar für HCM-Stadt und 1230 Dollar für Hanoi (vgl. You/Seo/Kim 2018, S. 9) dann auch außerhalb der Reichweite vieler urbaner Migrant*innen. Das monatliche Durchschnittseinkommen pro Kopf lag 2020 offiziell bei ungefähr 162 Euro³ (vgl. Viet Nam General Statistics Office 2020, S. 36). In HCM-Stadt haben sich Slums gebildet, denen die Regierung versucht u. a. mit oft unzureichenden finanziellen Anreizen entgegenzutreten (vgl. Seo/Shin/Kwon 2021). Der Wunsch nach einem besseren Leben in der Stadt bleibt für viele ein Traum. Thanh Xuan Hoang, Tuan Anh Truong und Thi Thu Phuong Dinh (2013) weisen darauf hin, dass die urbanen Migrant*innen zwei Drittel der

3 Unter Annahme eines vereinfachten Wechselkurses von 1 Euro = 25.000 Vietnamesische Dong.

Armen in den Städten ausmachen, wobei diese als „inoffizielle Einwohner*innen“ oft unter dem Radar staatlicher Anerkennung liegen (vgl. ebd., S. 14 f.).

Es lassen sich zahlreiche weitere Facetten finden, anhand derer ein Vietnam im Umbruch charakterisiert werden kann. Basierend auf Erkenntnissen aus Untersuchungen in Hanoi und der nördlichen Provinz soll die hier nachgezeichnete Entwicklung nun ergänzt werden, indem im Folgenden ein genauerer Blick auf das familiäre Unterstützungssystem und seine Herausforderungen durch die Modernisierung des Landes geworfen wird.

4 Ein Blick auf die Mikroebene und darüber hinaus

Grundlage für die folgenden Ausführungen ist eine umfangreiche, über sieben Monate dauernde teilnehmende Beobachtung in einer vietnamesischen Familie im ländlichen Raum in der Provinz Lang Son und im städtischen Raum Hanoi. Wesentliche Untersuchungsgegenstände waren dabei die derzeitigen Lebensrealitäten junger und älterer Vietnames*innen und hier insbesondere der Migrant*innen aus dem ländlichen Raum, ihre intergenerationellen Beziehungen und mögliche Herausforderungen junger Erwachsener im Zusammenhang mit (familiärer) Sorgearbeit unter dem Eindruck ökonomischer, kultureller und demographischer Veränderungen. Im Rahmen des Forschungsvorhabens wurden auch semi-strukturierte Interviews mit zwölf jungen Erwachsenen zwischen Anfang und Mitte 20 aus der unteren bis gehobenen Mittelschicht in Hanoi durchgeführt – also Mitgliedern jener Bevölkerungsgruppe im arbeitsfähigen Alter, die der vietnamesischen Bevölkerung aufgrund ihres relativ hohen Anteils den Status als „golden population“ verleiht. Diese Interviews hatten hauptsächlich deren Erfahrungen, Einstellungen und Erwartungshaltungen zum Alter, der eigenen Pflege und der Pflege ihrer Eltern und Großeltern zum Gegenstand.

Im Zentrum der teilnehmenden Beobachtung stand Hung, ein 22-jähriger selbständiger Musiklehrer, und seine Familie, die sich im Kern aus seinen Eltern, zwei Schwestern und einer Nichte zusammensetzt. Zusätzlich sind auch die Verbindungen zur erweiterten Familie und das weitläufige Netz an Freundschaften, Bekanntschaften und alltäglichen Begegnungen in die Untersuchung mit eingeflossen. Während Hung für Studium und Arbeit nach Hanoi gezogen ist, sind seine Eltern mit ihrer Enkeltochter in Dong Mo geblieben, einem kleinen Dorf etwa drei Autostunden von Hanoi entfernt. Dong Mo liegt in Lang Son, einer der nördlichsten Provinzen Vietnams an der Grenze zu China, gezeichnet durch seine felsige Landschaft mit Bergbau und Landwirtschaft.

Um der Prämisse und dem Rahmen dieses Beitrags gerecht zu werden, sind wesentliche Erkenntnisse nachfolgend entsprechend thematisch zusammengefasst und – soweit möglich – anonymisiert. Sie bilden eine Zusammenstellung

und Zusammenführung der Erkenntnisse aus der teilnehmenden Beobachtung und der Interviewstudie (Gnadt 2018).

5 Familie im Wandel

In Bezug vornehmlich auf junge urbane Migrant*innen lässt sich zunächst festhalten, dass die Familie hier paradoxerweise auf zweierlei Arten Einfluss ausüben kann. Auf der einen Seite kann sie als Motivationsgeberin und damit als Auslöserin für die Entscheidung fungieren, die ländliche Heimat zu verlassen. Ausbildung und Einkommen werden von jungen Vietnames*innen als Grundlage verstanden, um ihren Familien in der Heimat Wohlstand zu ermöglichen und die Hoffnungen und Erwartungshaltungen der Eltern auf eine stabile wirtschaftliche Existenz zu erfüllen. Auf der anderen Seite sind es traditionelle Werte der Familien, die die Integration in das neue städtische Umfeld erschweren können und dem individualistischen Wunsch von der urbanen Selbstverwirklichung entgegenstehen. Konfliktfelder lassen sich erkennen, wo die Vorstellungen über den weiteren Lebensweg der jungen Menschen zwischen ihnen und ihren Eltern divergieren. Mangelnde Kenntnisse letzterer über die Gegebenheiten und das Leben in der Stadt, sowie zuweilen unrealistische Erwartungshaltungen in Bezug auf die baldige Rückkehr der Kinder in die Heimat und die Erfüllung ihrer familiären Verpflichtungen vor Ort, können für die jungen Menschen psychischen Druck bedeuten, vor allem in Verbindung mit den Anforderungen an die Realitäten der Großstadt:

Als ich zum Beispiel angefangen habe mit dem Studium, habe ich nebenbei noch viele Freiwilligendienste geleistet. Außerdem habe ich halbtags gearbeitet. Ich musste lernen, mir meine Zeit einzuteilen. Außerdem habe ich mich irgendwie auch schon um meine Eltern gekümmert. Sie wollten mich sehen. Und Sie wollten, dass ich so oft nach Hause komme wie möglich. Ich bin ihr einziger Sohn, und sie wollen ihren einzigen Sohn so oft sehen, wie sie können, das haben sie immer gesagt. (Duy, 25)

Hier lässt sich auch die Bedeutung und Präferenz für Jungen innerhalb der Familie erkennen, die daraus resultiert, dass Frauen traditionell mit Hausarbeit assoziiert, sowie bei der Hochzeit dem Haushalt des Ehemannes zugerechnet und diesem und seinen Eltern normativ verpflichtet werden (vgl. Matsuda 1997).⁴ Dies ist in Vietnam allerdings nicht so stark ausgeprägt wie beispielsweise in China, wo die Haltung gegenüber Mädchen als „ausgeschüttetes Wasser“ für

4 Zwei weitere erwähnenswerte Umstände werden in der zitierten Studie erfasst: die Tatsache, dass etwa ein Drittel der Befragten eine positive Einstellung gegenüber Kinderarbeit zeigten, und dass der Bildungsgrad wenig Einfluss auf den Grad an Traditionalität ausübte.

einen drastischen Überschuss an männlichen Geburten gesorgt hat. Dennoch ist ein leichter Überhang an Jungen festzustellen (vgl. Viet Nam General Statistics Office 2011, S. 54). Die Zahlen weisen zwar gewisse Ungenauigkeiten auf (vgl. ebd., S. 30), allerdings können sie in Verbindung mit dem bereits erwähnten Absinken der Geburtenraten zunehmend problematisch werden. Wesentliche Faktoren können hier in der Verfügbarkeit von Abtreibungen, dem misogynen Geschlechterbild und der darauf basierenden „stopping rule“ gesehen werden, durch die Familien mit der Geburt eines Sohnes aufhören, weitere Kinder zu zeugen (vgl. Pham et al. 2012; Pham et al. 2008).

Auch für Hung waren jene Besuche auf dem Land obligatorisch, obwohl er in Hanoi einer Arbeit als privater Musiklehrer nachging. Dieser Umstand ist allerdings nur dann gegeben, wenn die Entfernung zwischen Heimatdorf und Stadt nicht besonders groß ist und die Kosten für eine Heimfahrt auch im finanziellen Rahmen liegen. Etliche Freund*innen und Bekannte Hungs, die in den Universitäten Hanois studierten und aus fernerer Provinzen stammten, konnten ihre Eltern nur in jährlichen Abständen besuchen, was sich auch bei Beginn eines Arbeitsverhältnisses nach bestandener Ausbildung nicht änderte. Die Modernisierung Vietnams scheint dabei auch Auswirkungen auf die grundlegenden Einstellungen zum Leben und Arbeiten zwischen den Generationen zu haben, woraus sich weiteres Konfliktpotenzial ergeben kann:

Ich denke [meine Eltern und Großeltern] haben keine Definition von ‚mögen‘ oder ‚nicht mögen‘. Sie mussten einfach nur ihre Kinder ernähren. Ich denke, dass ist der Hauptunterschied zwischen Vietnamesen und Westlern. Weil wir uns nur um die elementaren Bedürfnisse kümmern mussten. Wir müssen zuerst trinken und essen und ein Haus haben. Und erst dann können wir uns Gedanken darüber machen, was wir wollen. Deshalb denken nicht viele [Vietnames*innen] darüber nach, ob sie mögen, was sie [beruflich] tun oder nicht. Wie meine Schwester. Sie hat eine Arbeit nach ihrem Abschluss gefunden, aber sie hat nie hinterfragt, ob sie diese mag oder nicht. Deswegen fällt es ihr sehr schwer, mich zu verstehen. Dass ich immer sage, dass mir diese Arbeit nicht gefällt. [...] Ich denke, die meisten Menschen auf dem Land sind so. Sie haben kein Konzept von Glückseligkeit. (Duy, 25)

Für Hung war es vor allem die Auseinandersetzung mit seiner Mutter, welche ihn unter Druck setzte, da sie für ihn gerne eine perspektivisch sichere Stelle in einer Behörde der Hauptstadt Lang Son organisiert hätte. Violine zu spielen und zu unterrichten war seine Leidenschaft, und mit privatem Unterricht konnte er informell monatlich ein Vielfaches dessen umsetzen, was er in einer Behörde verdient hätte. Beide Aspekte verstand seine Mutter jedoch nicht, da es nicht ihrer Vorstellung von einer sicheren Arbeit entsprach, welche Hung wiederum mit Verweis auf die Situation seiner Mutter nach einem Leben im Staatsdienst ablehnte. An folgendem Beispiel lässt sich auch die allgegenwärtige Korruption in

Vietnam erkennen: Die Mutter, eine pensionierte Lehrerin, hat für seine jüngere Schwester einen Kredit von umgerechnet 5.000 Euro aufgenommen, um ihr eben jene sichere Position in einer lokalen Behörde zu „ermöglichen“. Dieser Kredit wird nun sukzessive abgezahlt von den wenigen Erlösen aus lokaler Landwirtschaft des kleinen Hofes der Familie, außerschulischem Unterricht zu Hause, vom kleinen Einkommen seiner Schwester und von gelegentlichen Abgaben von Hung selbst. Die Rentenansprüche als staatliche Lehrerin hat sich seine Mutter in einer Einmalzahlung auszahlen lassen, um damit das Haus zu renovieren.

Die Solidarität innerhalb des Familiensystems ist angesichts des kaum vorhandenen staatlichen sozialen Netzes überlebenswichtig. Im Falle Hungs erstreckte es sich aber über die bloße Kernfamilie hinaus. Er ist in Hanoi oft umgezogen, da die zumeist informellen Mietverhältnisse wenig Beständigkeit bieten, hat aber immer mit Freunden, Bekannten oder Verwandten zusammengewohnt (das heißt, sich das gleiche Zimmer geteilt, oft drei bis vier Personen auf 15 bis 20 Quadratmetern), und diese finanziell oder durch Verrichtung von Hausarbeiten oder dem Zubereiten von Mahlzeiten unterstützt. Es handelte sich dabei jedoch um lose Verbindungen, die der Unbeständigkeit der Existenzen dieser jungen Menschen vom Land Rechnung tragen, deren Leben zumeist von Arbeit, Ausbildung, Praktika und Nebenjobs dominiert werden.

Die modernen Familienverhältnisse sind auch gekennzeichnet von Abwendung der Familienmitglieder voneinander. Hungs jüngere Schwester war noch ledig, lebte und arbeitete aber für die Behörde in Lang Son, der Hauptstadt der Provinz Lang Son, etwa eine Stunde vom Heimatdorf entfernt. Hung selbst war die meiste Zeit in Hanoi. Seine ältere Schwester, die mit einem wesentlich älteren chinesischen Mann eine Tochter gezeugt hatte, ließ diese in der Obhut der Mutter und verweilte in HCM-Stadt. Hungs Vater war als chronischer Alkoholiker nicht arbeitsfähig und nahm kaum am Familienleben teil, bot also für seine Mutter auch keine Unterstützung. Das als „Skip-Generation-Haushalt“ bezeichnete Phänomen, bei der die Enkelkinder in Obhut der Großeltern gegeben und von diesen großgezogen werden, verbreitet sich in Vietnam (vgl. Viet Nam Aging Survey 2011, S. 13). Hungs größere Schwester konnte sich den familiären und elterlichen Verpflichtungen erfolgreich entziehen, indem sie weit genug von ihrem Heimatdorf wegzog. Die Möglichkeit in der Ferne jederzeit informell Arbeit zu finden, erleichterte ihr diese Entscheidung. Zu einem kompletten Abbruch der Beziehungen mit ihrer Familie kam es allerdings nicht, auch angetrieben von der Hoffnung der Mutter, dass sie doch eines Tages wieder zurückkehrt. Damit blieb ihr die Familie als Rückzugsort und soziales Netz im Falle eines Scheiterns in HCM-Stadt erhalten. Hungs Mutter wird sich allerdings, wie zunehmend auch viele andere vietnamesische Eltern, die Frage stellen müssen, wie ihr Leben im Alter verlaufen wird, wenn die Kinder nicht zurückkehren.

6 Herausforderungen familialer Pflege

Wie in Abschnitt 3 skizziert, verlassen immer mehr Vietnames*innen die ländlichen Strukturen ihrer Heimatregionen, ohne dass sich ihre finanzielle Situation dadurch substantiell verbessert. Für diese (größte) Gruppe von urbanen Migrant*innen werden finanzielle Sorgen gerade angesichts einer drohenden Pflegebedürftigkeit der eigenen Eltern eine maßgebliche Rolle spielen und die Gefahr von Vernachlässigung im Bereich der familialen Pflege erhöhen. Aber auch, wessen Hoffnungen sich in der Stadt erfüllen, ist nicht zwangsläufig bereit, das so Gewonnene für eine Rückkehr in die Heimatregion aufzugeben:

Ich werde dort [im Heimatdorf] vielleicht kurzzeitig bleiben, aber ich will dort nicht den Rest meines Lebens verbringen. Ich weiß es auch noch nicht genau, aber ich denke, sie [die Eltern] werden das akzeptieren müssen, dass das mein Leben ist. Dass ich da nicht sein möchte. (Viet Anh, 23)

Dabei stimmten die interviewten Vietnames*innen weitestgehend darin überein, dass der umgekehrte Fall, der Nachzug der Eltern in die Stadt, bei Letzteren eher auf Ablehnung stoßen würde, da die Unterschiede zwischen den Regionen zu groß seien, das Leben zwischen Stadt und Land zu verschieden. Aber selbst wenn die alten Eltern zu den Kindern in die Stadt ziehen, kann dies – wie auch für die angestammte Stadtbevölkerung in Teilen bereits Realität – problematisch werden:

Weil, was passiert ist, dass sie [die Älteren] nicht mehr viel aus dem Haus gehen können. [...] und die einzigen Personen, mit denen sie sprechen können, sind ihre Kinder und Enkelkinder, die sehr wahrscheinlich ihre eigenen Leben zu leben haben. Wie meine Eltern, sie gehen jeden Tag zur Arbeit, und ich selbst, ich habe auch meine Arbeit, ich bin auch nicht da. Emotional ist das nicht gut, aber so geht es den meisten Älteren heutzutage. (Minh, 19)

Die Anforderungen des modernen Berufslebens in Vietnam stehen einer Pflege und Betreuung in der Familie entgegen. So stimmte ein Großteil der interviewten Vietnames*innen auch darin überein, dass sie weder davon ausgehen, genügend zeitliche Ressourcen für eine spätere Pflege der Eltern zu haben, noch davon, dass ihre eigenen Kinder diese für sie eines Tages haben werden. Unterstrichen wird diese Annahme von der in Abschnitt 3 aufgegriffenen normativen Erwartungshaltung einer 48-Stunden Arbeitswoche sowie der Tatsache, dass viele Vietnames*innen bereit sind, teils große Distanzen zur Heimatregion zurückzulegen, um eine Arbeitsstelle zu finden, die oft in prekärer Beschäftigung mündet. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Elterngeneration der Befragten jungen Vietnames*innen noch in kinderreiche Familien hineingeboren worden

sind, sodass das bisherige Familiensystem im besten Fall die anfallende Sorgearbeit auf mehrere Personen aufteilen kann:

Eigentlich hat meine Großmutter sechs Kinder. Sie kümmern sich um ihre Mutter. Damit meine ich, sie wechseln sich ab. Mein Vater kümmert sich um sie am Montag, mein Onkel am Dienstag, und so weiter. (Phuong, 23)

Dieser „mildernde Umstand“ wird aufgrund der bereits angesprochenen Abnahme der Geburtenzahlen auf die kommenden Familiengenerationen nicht mehr im selben Maße zutreffen. Dabei spiegelt sich die Abnahme der Haushaltsgrößen auch in der derzeitigen Wohnsituation der Stadtbewohner*innen im Alter wider:

[Meine Großeltern] hatten ihr eigenes Haus in Hanoi. Als ich ein kleines Mädchen war, habe ich mit ihnen für sechs Monate gelebt. Als mein Vater zurück nach Vietnam kam, sind wir aus dem Haus ausgezogen, weil es nicht genug Platz für so viele Generationen gab. [...] Als sie richtig krank wurden, hat meine Mutter ihnen angeboten, sie zu uns zu holen. Aber sie wollten das nicht, sie haben abgelehnt. Letztendlich wohnen meine Großeltern jetzt alleine. Meine Mutter hatte dann für sechs Monate eine Person organisiert, die jeden Tag zu meinen Großeltern gekommen ist, um sie wieder gesund zu pflegen. (Phuong, 23)

Die hier angesprochene externe Betreuungsperson ist jedoch keine Regel in Vietnam, ein professionelles ambulantes Versorgungssystem existiert nicht. Die staatliche Grundversorgung sieht lediglich Formen von Pflegeeinrichtungen für ehemalige Militäranghörige vor sowie solche für eingewiesene (bei informeller Erwerbsarbeit auf der Straße aufgefundene), besonders benachteiligte Ältere ohne finanzielle oder familiäre Ressourcen. Letztere nehmen auch Wohnungslose und diejenigen alleinstehenden älteren Personen auf, die sich den Aufenthalt über eine geringfügige Rente finanzieren können. Aus der Sicht seiner Bewohner*innen werden diese Einrichtungen als Ultima Ratio wahrgenommen, während einige, die sich dort nicht freiwillig aufhalten, lieber noch selbstständig Geld auf der Straße verdienen würden (vgl. Hoang 2015, S. 187 f.). Nicht nur bei den interviewten Vietnames*innen noch wenig bekannt, existieren mittlerweile sogar private Altenpflegeeinrichtungen in Vietnam, die aber ungefähr ein zehnfaches der staatlichen Einrichtungen kosten (vgl. ebd.). Ihre geringe Anzahl, oft stadtfremde Lage und hohen Preise bei gleichzeitig moderater Qualität der angebotenen

Leistungen lassen sie jedoch nur für ausgewählte Gruppen attraktiv erscheinen.⁵ Auf ihre Vorstellung vom eigenen Alter angesprochen, äußerte sich die Mehrheit der interviewten Vietnames*innen positiv über das Leben in einer Einrichtung:

Ich glaube, dass ich in gutem Zustand in einem Pflegeheim leben möchte. Eine Gemeinschaft alter Menschen im gleichen Alter, mit meinem Partner zusammen. Das erwarte ich. (Phuong, 23)

Auch die Bereitschaft, die eigenen Eltern entgegen der Tradition in eine solche Einrichtung gehen zu lassen, war bei der Mehrheit vorhanden:

Ich denke, wenn meine Eltern sehr alt werden, wird einer von ihnen zuerst sterben. Und dann wird es nur noch eine Person geben. Und wenn er oder sie zu Hause ist, wird das sehr langweilig. Dann kann ich meine Mutter oder meinen Vater in eine Einrichtung bringen, und das würde ihnen vielleicht gefallen. Weil es da mehr Menschen gibt, mit denen sie sprechen können. Und ich könnte sie ein- oder zweimal die Woche besuchen. (Viet Anh, 23)

Vielfach wurde in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Erwerbslebens und die Rolle der Arbeit sowohl als Grund für die Unmöglichkeit der Pflege der eigenen Eltern im Alter, aber auch als (finanzielle) Ermöglichungsgrundlage durch bspw. die erhoffte Finanzierung privater Pflege für diese genannt:

Vielleicht lebe ich eines Tages im Ausland, auf jeden Fall werde ich viel arbeiten müssen, da habe ich nicht mehr viel Zeit für Familie. Ich werde mich nicht mehr um sie kümmern können. (Tuan, 22)

Es lassen sich dabei aber auch paradoxe Gedanken nachvollziehen, denn auf die Betonung der vermuteten Unmöglichkeit der Pflege der eigenen Eltern folgte zum Teil auch der Wunsch, diese bei sich zusammen mit der eigenen Familie leben zu lassen. Dieser innere Konflikt zwischen den eigenen Prioritäten und dem Wunsch, der traditionellen Erwartungshaltung zu entsprechen, wird dabei in einer Mehrheit der Interviews erkennbar, oft begleitet durch die Idealisierung von Einrichtungen der Altenpflege oder einer Betreuung durch eine Pflegekraft

5 Der Autor hat zu privaten Altenpflegeeinrichtungen eigene, noch unveröffentlichte Untersuchungen in Hanoi durchgeführt. Demnach waren im Jahr 2019 gerade einmal acht Einrichtungen in der näheren Umgebung mit Entfernungen von bis zu zwei Autostunden vom Stadtzentrum identifizierbar. Der niedrigste monatliche Kostenbetrag lag bei umgerechnet ungefähr 240 Euro für einen Platz in einem Mehrbettzimmer, die bis zu zehn Betten mit dann zumeist bettlägerigen Bewohner*innen umfassen. Aber auch eine Tendenz zu Einzelzimmern ist erkennbar. Die Einrichtungen sehen sich dabei in einem Wachstumsmarkt, wobei vor allem der Erwerb von geeignetem Grund und Boden als Herausforderung für die Etablierung weiterer Heime genannt wurden.

zu Hause als Hoffnungsperspektive um diesen Konflikt aufzulösen. Die Vorstellungen darüber, wie ein Altenheim beschaffen sein könnte, stammt dabei nach Auskunft der Interviewten überwiegend aus amerikanischen Filmproduktionen und ist entsprechend fern von der Realität selbst der teuren privaten Pflegeeinrichtungen Vietnams. Hoang (2015) charakterisiert einen häufigen Ausdruck der Bewohner*innen – sowohl der staatlichen wie auch der privaten Einrichtungen – entsprechend als „traurig“ (ebd., S. 188). Aufgrund der oft schlechten Verfassung der Bewohner*innen erfüllt sich die Hoffnung der jungen Vietnames*innen nach einer Heimgemeinschaft, bei der die Älteren unter „ihresgleichen“ miteinander interagieren, derzeit vielfach nicht. Dabei werden auch Gründe für die Entscheidung gegen eine private Hilfe im Haushalt genannt, unter anderem ein Mangel an Professionalität und der Umstand, dass diese auch gelegentlich das eigene zu Hause aufsuchen möchten, was zumindest im konkreten Beispiel eine gewisse unrealistische Erwartungshaltung privilegierter Schichten gegenüber urbanen Migrant*innen erkennen lässt (vgl. ebd.).⁶

In Verbindung mit den bestehenden Altenheimen hat sich überdies ein System des Exports von jungen vietnamesischen Pflegekräften in die Länder des Globalen Nordens etabliert, die bereits stärker von der globalen Sorgekrise betroffen sind. Die Heime dienen dabei als Ausbildungsstätten zum Erlernen grundlegender Pflegekenntnisse und kultureller Besonderheiten des Empfängerlandes und verfolgen dabei zuvorderst finanzielle Interessen über Vergütungen durch die ausländischen Organisationen, mit denen sie zusammenarbeiten, durch den Einsatz der Schüler*innen als kostengünstige Arbeitskräfte und durch Ausbildungsgebühren, die sie von diesen verlangen. Der Export von Pflegekräften reiht sich damit ein in den bereits zuvor etablierten Transfer von vietnamesischen Industriearbeitern zur Abmilderung demographischer Alterung in den Empfängerländern und betrifft momentan hauptsächlich Japan und Taiwan (vgl. Bélanger et al. 2011; Lin/Bélanger 2012) und neuerdings auch Deutschland (vgl. Bonin/Braeseke/Ganserer 2015). Anders als in Deutschland haben die vietnamesischen Arbeitskräfte in Japan und Taiwan allerdings oft keine langfristige Bleibeperspektive. Dies führt im Umkehrschluss aber auch zu einem Wissenstransfer in der Pflege durch eine Rückkehr der Pflegekräfte mit dann entsprechend jahrelanger Berufserfahrung im Ausland.⁷ Offene Fragen über die Auswirkungen auf die Pflegequalität in Vietnam, aber auch auf

6 Dies deckt sich mit den Aussagen der Betreiber*innen der vom Autor untersuchten Pflegeeinrichtungen. Auf die Frage nach den Potenzialen ambulanter Dienste angesprochen, äußerten alle sechs interviewten Einrichtungen große Skepsis gegenüber der Durchführbarkeit im städtischen Umfeld Hanois, wobei sowohl personelle als auch logistische Gründe angegeben wurden.

7 So wurden von Seiten der befragten Einrichtungen Fälle angegeben, in denen Einstellungen von Pflegekräften in höhere Positionen (*head nurse*) allein auf dieser Art von Auslandserfahrung basierten.

die vietnamesischen Pflegekräfte selbst, wie beispielsweise ihre Integration im Zielland und ihre Familien in der Heimat, lassen Raum für zukünftige Untersuchungen.

7 Fazit und Ausblick: Vietnam 2035

Vietnams Bestreben, zum Globalen Norden aufzuschließen, verändert das Land sowie die Art und Weise wie die Menschen leben, arbeiten und füreinander sorgen. Die Modernisierung Vietnams hat dabei neuen Wohlstand und Lebensqualität geschaffen, aber auch dazu beigetragen, dass das System familialer Unterstützung und damit die Sorge für ältere Familienmitglieder durch eine Reihe von Entwicklungen zunehmend unter Druck gerät.

So zeichnet sich Vietnam mittlerweile auch dadurch aus, dass viele Vietnames*innen auf der Suche nach Ausbildung und Arbeit in den Metropolregionen, die dem ländlichen Raum in ihrer Entwicklung weit voraus sind, ihre Heimatregionen verlassen und dabei ihre Familien zurücklassen. Wie in Abschnitt 3 dargestellt, endet diese Suche oft in prekären Arbeits- und Wohnformen: das neue Einkommen erreicht meist nicht jenes Niveau der Nicht-Migrantinnen (vgl. Viet Nam General Statistics Office 2016, S. 7) und Wohnraum ist oft knapp, beengt und teuer. 2015 zählten offiziell fast 14 Prozent aller Vietnames*innen zu den internen Migrant*innen, wobei diese einen Anteil von 17 Prozent an der arbeitsfähigen Bevölkerung im Alter von 17 bis 59 Jahren ausmachten. Über 62 Prozent migrierten allein, und über 52 Prozent waren Frauen (vgl. ebd., S. 2). Die Migrant*innen sehen sich auch sozialer Isolation und (sexueller) Gewalt ausgesetzt (vgl. Anderson et al. 2017) und dienen im großen informellen und auch im formellen Sektor als leicht verfügbare und kostengünstige Humanressource.

Infolgedessen steigt die Belastung für diejenigen, die zurückbleiben. Die Anzahl an Skip-Generation-Haushalten hat sich über die Jahre stetig erhöht. Die Großeltern, die mit ihren Enkelkindern auf dem Land zurückbleiben, empfinden deren Betreuung als physisch anstrengend (vgl. Knodel/Nguyen 2015, S. 1981). Wer sich eines Tages um die Älteren selbst kümmern wird, bleibt zu diesem Zeitpunkt für viele ungewiss. Abschnitt 4 und folgende haben aufgezeigt, dass die derzeitigen Entwicklungen zu Veränderungen auch des Innerfamiliären führen können, der Einstellungen und Erwartungshaltungen zwischen den Familienmitgliedern, insbesondere zwischen Eltern und Kindern. Dabei entstehen bisweilen widersprüchliche Situationen aus dem traditionellen Anspruch an familiäre Versorgung und Pflege der eigenen Eltern und der tatsächlichen Lebensrealitäten vieler junger Menschen in Vietnam, die diesem Anspruch entgegenstehen. Eine Gesellschaft, in denen Ältere traditionell in multigenerationalen Haushalten versorgt wurden, hat sich innerhalb weniger Jahrzehnte zu einer Gesellschaft entwickelt, in denen Ältere vermehrt auf die

Kernfamilie beschränkt bleiben, dabei mit älteren Partner*innen oder allein leben (vgl. Trinh/Kending/Yieng-Sbirakos 2017).

Eine gewisse Widersprüchlichkeit zwischen Tradition und Moderne zeigt sich auch in den bisherigen Alternativen zur familialen Versorgung der Älteren. Denn obwohl sie im starken Kontrast zu den traditionellen Kernüberzeugungen vietnamesischer Familienverantwortung stehen, haben sich teure, aber nachgefragte private Altenpflegeeinrichtungen etabliert. Die für viele Vietnames*innen finanzielle Unerreichbarkeit dieser Einrichtungen und die Abwesenheit umfangreicher staatlicher sozialer Absicherung sowie eine kaum vorhandene Pflegeinfrastruktur sorgen allerdings weiterhin dafür, dass die Menschen mehrheitlich von der Unterstützung durch ihre Familienmitglieder oder dem Einkauf externer und zumeist wenig professioneller Pflege- bzw. Betreuungspersonen abhängig bleiben. Die Alternative, wenn diese Unterstützung im Alter verwehrt wird, ist bisher oft ein Leiden im Stillen, ein Arbeiten in Informalität bis ins hohe Alter oder die zwangsweise Unterbringung in einer staatlichen Einrichtung für „Bedürftige“. Die Anforderungen einer modernen Arbeitswelt mit 48-Stunden-Woche erschweren es dabei selbst intakten Familien, die notwendige Zeit für eine Betreuung und Pflege der Eltern bzw. Großeltern aufzubringen. Zumal neben der Verkleinerung der Haushalte auch noch zunehmend eine veränderte Wohnstruktur hinzukommt, die aufgrund ihrer Vertikalität die traditionell engen Nachbarschaftsverhältnisse auflöst, womit ein traditionelles soziales Unterstützungs- und Kontrollsystem wegzufallen droht. In einer Untersuchung privater Altenpflegeeinrichtungen in Vietnam wurde dann auch als häufigster Grund für die Inanspruchnahme dieser teuren Dienstleistung der Verlust des Partners/der Partnerin und die Nichtverfügbarkeit der Kinder für die Betreuung und Pflege genannt (vgl. Hoang 2015, S. 180).

Aufgrund noch relativ großer Familien durch die hohen Geburtenraten der Vergangenheit und einer insgesamt noch geringen Anzahl an Älteren in der Gesamtbevölkerung sind die beschriebenen Problematiken sichtbar, das familienbasierte Unterstützungssystem vermag diese Entwicklungen aber abzumildern. Dennoch gibt es bereits Warnungen wie jene der Weltbank, dass es Vietnam als eines der am schnellsten alternden Länder der Welt nicht schaffen könnte, bis zum prognostizierten Erreichen des „aged“-Status im Jahre 2035 ausreichend gegenzusteuern (vgl. Glinskaya et al. 2021).

Der vorgeschlagene Maßnahmenkatalog ist umfangreich: enthalten sind unter anderem mehr Investitionen in Humankapital, mit dem Ziel eines lebenslangen Lernens und einer Ausrichtung auf zukünftig relevante Marktbereiche. Außerdem werden umfangreiche Anpassungen der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik vorgeschlagen, um die produktive Arbeitszeit und das Renteneintrittsalter (auf 70 Jahre) zu erhöhen und die Belastung von Frauen durch Kinder- und Altenbetreuung abzubauen. Wesentlich für familiäre Sorgearbeit wären darüber hinaus eine Reform der Finanzierungsgrundlagen der Sozialversicherungen

und deren Ausweitung, sowie ein Fokus auf ein Aging-in-Place und die Etablierung einer Langzeitpflege-Strategie mit einer nachhaltigen Finanzierung (ebd., S. 7 ff.). Das Opportunitätsfenster, so die Weltbank, schließt sich allmählich bis zum Jahr 2042 durch den kontinuierlichen Rückgang der arbeitsfähigen Bevölkerung. Schafft es das Land bis dahin nicht, den Maßnahmenkatalog umzusetzen, würde es „alt, bevor es reich wird“ (ebd., S. 205). Dabei stünde ihm eine ökonomisch und sozial unsichere Zukunft bevor. Zwei wesentliche Hürden wurden in diesem Beitrag allerdings auch bereits thematisiert: der große informelle Arbeitssektor und die Korruption, die zusammen vor allem einer finanziell nachhaltigen Etablierung sozialer Sicherungssysteme durch endemische Steuervermeidung entgegenstehen und aufgrund ihrer Förderung von Prekarität die Ausbeutung von Arbeitskräften und damit die Beschränkung der Fähigkeit zur sozialen Reproduktion für die Betroffenen quasi zum normativen Grundbestandteil der vietnamesischen Gesellschaft gemacht haben.

Abschließend lässt sich festhalten, dass mit dieser Nachzeichnung von gesellschaftlichen Veränderungen im Zusammenspiel mit der Modernisierung in Vietnam deutlich gemacht werden konnte, dass sich das Land in das bestehende Netz der globalen Sorgekrise einreicht und vielfältig mit diesem verwoben ist. Fraser (2016) gibt allerdings noch zu bedenken, dass es bei der Bekämpfung dieser Krise nicht nur darum gehen sollte, bloß an den Stellschrauben sozialer Sicherung zu drehen. Vielmehr muss es auch darum gehen, die „Unterordnung sozialer Reproduktion unter die Produktion“ nicht länger als akzeptabel zu betrachten und ein Interesse an grundlegenden Änderungen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu entwickeln (vgl. ebd. S. 117). In jedem Fall ist Vietnam momentan näher an Margaret Thatchers berühmter Absage an die Gesellschaft – „[W]ho is society? There is no such thing!“ (Margaret Thatcher Foundation 2021, o. S.) – als einem sozialistischen Land lieb sein kann.⁸

Literatur

Anderson, Kirsten/Apland, Kara/Dunaiski, Maurice/Yarrow, Elizabeth (2017): Women in the Wind: Analysis of Migration, Youth Economic Empowerment and Gender in Viet Nam and the Philippines. Plan International. coraminternational.org/wp-content/uploads/Analysis-of-Migration-YEE-and-Gender-in-Vietnam-and-the-Philippines-ENG-v2.pdf (Abfrage: 09.09.2021).

8 Ihre weiteren Ausführungen treffen den Kern der derzeitigen Verhältnisse in Vietnam noch prägnanter durch Betonung der Eigenverantwortlichkeit der Einzelnen und ihrer Familien und damit der indirekten Absage an einen starken Sozialstaat: „There are individual men and women and there are families and no government can do anything except through people and people look to themselves first.“ (ebd.).

- Baccini, Leonardo/Impullitti, Giammario/Malesky, Edmund J. (2019): Globalization and state capitalism: Assessing Vietnam's accession to the WTO. In: *Journal of International Economics* 119, S. 75–92. DOI: 10.1016/j.jinteco.2019.02.004.
- Bakker, Isabella (2007): Social Reproduction and The Constitution of a Gendered Political Economy. In: *New Political Economy* 12, H. 4, S. 541–556. DOI: 10.1080/13563460701661561.
- Bélangier, Danièle/Ueno, Kayoko/Khuat, Thu Hong/Ochiai, Emiko (2011): From Foreign Trainees to Unauthorized Workers: Vietnamese Migrant Workers in Japan. In: *Asian and Pacific Migration Journal* 20, H. 1, S. 31–53. DOI: 10.1177/011719681102000102.
- Bonin, Holger/Braeseke, Grit/Ganserer, Angelika (2015): Internationale Fachkräfterekrutierung in der deutschen Pflegebranche: Chancen und Hemmnisse aus Sicht der Einrichtungen. www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/28_Einwanderung_und_Vielfalt/Studie_IB_Internationale_Fachkraefterekrutierung_in_der_deutschen_Pflegebranche_2015.pdf (Abfrage: 15.09.2021).
- Bui, Tien/Le, Van (2021): Chinese-Vietnamese families refuse to vacate century old apartments in Saigon's Chinatown. tuoitrenews.vn/news/features/20211218/chinesevietnamese-families-refuse-to-vacate-century-old-apartments-in-saigons-chinatown/64757.html (Abfrage: 09.01.2022).
- Fraser, Nancy (2015): Legitimation Crisis? On the Political Contradictions of Financialized Capitalism. In: *Critical Historical Studies* 2, H. 2, S. 157–189. DOI: 10.1086/683054.
- Fraser, Nancy (2016): Contradictions of Capital and Care. In: *New Left Review* 100, S. 99–117 (auch online unter newleftreview.org/issues/ii100/articles/nancy-fraser-contradictions-of-capital-and-care, Abfrage: 23.09.2021).
- Glinskaya, Elena E./De Kleine Feige, Anette I./Vu Thi, Lan Hoang/Long, Giang Thanh/Hoang, Tien/Viet, Cuong Nguyen/Larson, Bradley Robert/Sen, Shonali/Palacios, Robert J./Bales, Sarah/Masaki, Emiko/Nguyen, Nga Nguyet (2021): Vietnam – Adapting to an Aging Society (Vol. 2): Overview (English). Washington, D.C.: World Bank Group. documents.worldbank.org/curated/en/477421632385962082/Overview (Abfrage: 20.11.2021).
- Gnadt, Christopher (2018): Demographic Challenges in Developing Countries – Vietnam as an Example. Masterarbeit, Vechta: Universität Vechta.
- Goodkind, Daniel/Truong, Si Anh/Bui, The Cuong (1999): Reforming the old-age security system in Vietnam. In: *Asian Journal of Social Science* 27, H. 2, S. 139–162.
- Herr, Hansjörg/Schweishelm, Erwin/Vu, Huy Truong Minh (2016): The integration of Vietnam in the global economy and its effects for Vietnamese economic development. ILO Working Papers 994938592702676. International Labour Organization. hdl.handle.net/10419/156308 (Abfrage: 05.10.2022).
- Hoa, Nguyen, Thai. (2019): How large is Vietnam's informal economy? In: *Economic Affairs* 39, H. 1, S. 81–100. DOI: 10.1111/ecaf.12328.
- Hoang, Cuc Thu (2015): Modes of Care for the Elderly in Vietnam: Adaptation to Change (Dissertation). hdl.handle.net/1885/104491 (Abfrage: 05.09.2021). DOI: 10.25911/5d78d4cd76607.
- Hoang, Xuan Thanh/Truong, Tuan Anh/Dinh, Thi Thu Phuong (2013): Urban poverty in Vietnam – a view from complementary assessments. Human Settlements Working Paper Series Poverty Reduction in Urban Areas, 40. pubs.iied.org/sites/default/files/pdfs/migrate/10633IIED.pdf (Abfrage: 07.12.2021).
- Hoskyns, Catherine/Rai, Shirin M. (2007): Recasting the Global Political Economy: Counting Women's Unpaid Work. In: *New Political Economy* 12, 3, S. 37–41. DOI: 10.1080/13563460701485268.
- Huong, Nguyen Thi Lan/Tuan, Luu Quan/Meissner, Matthias/Tuan, Bui Si/Quyen, Dang Do/Yen, Nguyen Hai (2013): Social Protection for the Informal Sector and the Informally Employed in Vietnam: Literature and data review. IEE Working Papers No. 199. Bochum: Ruhr Universität Bochum. hdl.handle.net/10419/183553 (Abfrage: 11.11.2021).

- Hwang, Kwang-Kuo (1999): Filial Piety and Loyalty: Two Types of Social Identification in Confucianism. In: *Asian Journal of Social Psychology* 2, H. 1, S. 163–183. DOI: 10.1111/1467-839X.00031.
- Inglehart, Ronald/Baker, Wayne E. (2000): Modernization, Cultural Change, and the Persistence of Traditional Values. In: *American Sociological Review* 65, H. 1, S. 19–51. DOI: 10.2307/2657288.
- International Labour Organization (2019): Working Hours in Vietnam. www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/---ilo-hanoi/documents/publication/wcms_730898.pdf (Abfrage: 12.11.2021).
- Isaksen, Lise Widding/Devi, Sambasivan Uma/Hochschild, Arlie Russell (2008): Global Care Crisis: A Problem of Capital, Care Chain, or Commons? In: *American Behavioral Scientist* 52, H. 3, S. 405–425. DOI: 10.1177/0002764208323513.
- Karadjis, Michael (2005): Socialism and the market: China and Vietnam compared. In: *Links International Journal of Socialist Renewal*, H. 27, o. S. links.org.au/node/14 (Abfrage: 05.10.2022).
- Kassim, Yang Razali (2021): Vietnam's 13th CPV Congress: New Leaders, New Vision 2045? RSIS Commentary 2021, 016. www.rsis.edu.sg/rsis-publication/rsis/vietnams-13th-cpv-congress-new-leaders-new-vision-2045/#.YgC4O9_MLtU (Abfrage: 20.09.2021).
- Kelley, Liam C. (2006): „Confucianism“ in Vietnam: A State of the Field Essay. In: *Journal of Vietnamese Studies* 1, H. 1–2, S. 314–370. DOI: 10.1525/vs.2006.1.1-2.314.
- KFC Vietnam (2021): BỮA TRƯA THONG THẢ GIỮA NGÀY VỘI VÃ [Video auf Facebook.com vom 27.09.2021]. www.facebook.com/KFCVietnam/videos/412889993540305/ (Abfrage: 12.12.2021).
- Knobloch, Ulrike (2013): Sorgekrise. Ein Handbuchartikel. In: Baumann, Hans/Bischel, Iris/Gemperle, Michael/Knobloch, Ulrike/Ringger, Beat/Schatz, Holger (Hrsg.): *Denknetz Jahrbuch 2013: Care statt Crash. Sorgeökonomie und die Überwindung des Kapitalismus*. Zürich: edition 8. S. 24–32 (auch online unter www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/Knobloch_Sorgekrise.pdf, Abfrage: 07.11.2021).
- Knodel, John/Nguyen, Minh Duc (2015): Grandparents and grandchildren: Care and support in Myanmar, Thailand and Vietnam. In: *Ageing and Society* 35, H. 9, S. 1960–1988. DOI: 10.1017/S0144686X14000786.
- Laslett, Barbara/Brenner, Johanna (1989): Gender and Social Reproduction: Historical Perspectives. In: *Annual Review of Sociology* 15, S. 381–404. DOI: 10.1146/annurev.so.15.080189.002121.
- Lin, Stephen/Bélanger, Danièle (2021): Negotiating the Social Family: Migrant Live-in Elder Care-Workers in Taiwan. In: *Asian Journal of Social Science* 40, H. 3, S. 295–320 (auch online unter www.jstor.org/stable/43498841, Abfrage: 09.11.2021).
- Ly, Tung Hieu (2015): Confucian Influences on Vietnamese Culture. In: *Vietnam Social Sciences* 5, H. 169, S. 71–82 (auch online unter vci.vnu.edu.vn/upload/15022/pdf/576363777f8b9a475e8b4577.pdf, Abfrage: 27.11.2021).
- Mai, Thuy Duong/Hussain, Ibiwani Alisa/Subramaniam, Anusuiya (2020): Job Stress, Co-Worker Support, Role Expectation Conflict and Work-Life Balance Among Working Women: A Quantitative study on Multinational Companies in Vietnam. In: *Test Engineering and Management* 82, S. 744–749 (auch online unter www.testmagzine.biz/index.php/testmagzine/article/view/1030, Abfrage: 24.09.2021).
- Margaret Thatcher Foundation (2021): Margaret Thatcher: Interview for Woman's Own („no such thing as society“). www.margaretthatcher.org/document/106689 (Abfrage: 15.11.2021).
- Marr, David G. (2000): Concepts of ‚Individual‘ and ‚Self‘ in Twentieth-Century Vietnam. In: *Modern Asian Studies* 34, H. 4, S. 769–796 (auch online unter www.jstor.org/stable/313131, Abfrage: 08.11.2021).

- Masina, Pietro (2012): Vietnam between Developmental State and Neoliberalism: The Case of the Industrial Sector. In: Kyung-Sup, Chang/Fine, Ben/Weiss, Linda (Hrsg.): *Developmental Politics in Transition: The Neoliberal Era and Beyond*. London: Palgrave Macmillan. S. 188–200. DOI: 10.1057/9781137028303_10.
- Mazyrin, Vladimir M. (2013): Economic Modernization in Vietnam from Industrialization to Innovation Stage. In: *VNU Journal of Science: Economics and Business* 29, H. 2, S. 87–106 (auch online unter js.vnu.edu.vn/EAB/article/view/395, Abfrage: 15.10.2021).
- Meissner, Matthias. (2014): Social Protection in Vietnam: Future Prospects from the Legal Perspective. In: *Verfassung Und Recht in Übersee / Law and Politics in Africa, Asia and Latin America* 47, H. 1, S. 79–104 (auch online unter www.jstor.org/stable/43239723, Abfrage: 11.11.2021).
- Nguyen-Marshall, Van/Welch Drummond, Lisa B./Bélanger, Danièle (Hrsg.) (2012): *The reinvention of distinction: Modernity and the middle class in Urban Vietnam*. Dordrecht: Springer. DOI: 10.1007/978-94-007-2306-1.
- Nguyen, Dinh Cu/Tran, Thi Nhung. (2013): „Gold“ Population Structure and Social Security Issues of Vietnam: Opportunities and Challenges. www.senshu-u.ac.jp/~off1009/PDF/smr605.pdf (Abfrage: 15.10.2021).
- Nguyen, Thanh Binh (2011): The trend of Vietnamese household size in recent years. In: *International Proceedings of Economics Development and Research* 20, S. 47–52 (auch online unter ipedr.com/vol20/10-ICHSC2011-M00023.pdf, Abfrage: 14.11.2021).
- Park, Daniel C. (2018): Resettlement Policy in Hồ Chí Minh City, Vietnam and its effect on relocated individuals. utsynergyjournal.org/2018/01/20/resettlement-policy-in-ho-chi-minh-city-vietnam-and-its-effect-on-relocated-individuals/ (Abfrage: 09.01.2021).
- Pham, Bang Nguyen/Adair, Timothy/Hill, Peter S./Rao, Chalapati (2012): The impact of the stopping rule on sex ratio of last births in Vietnam. In: *Journal of Biosocial Science* 44, H. 2, S. 181–196.
- Pham, Bang Nguyen/Hall, Wayne/Hill, Peter S./Rao, Chalapati (2008): Analysis of sociopolitical and health practices influencing sex ratio at birth in Viet Nam. In: *Reproductive Health Matters* 16, H. 32, S. 176–184.
- Pham, Chieu (2022): Hanoi to move residents from crumbling condos. e.vnexpress.net/news/news/hanoi-to-move-residents-from-crumbling-condos-4413777.html (Abfrage: 10.01.2022).
- Pham, Duy Nghia. (2016): From Marx to Market: The Debates on the Economic System in Vietnam's Revised Constitution. In: *Asian Journal of Comparative Law* 11, H. 2, S. 263–285. DOI: 10.1017/asjcl.2016.16.
- Rand, John/Torm, Nina (2012): The informal sector wage gap among Vietnamese micro-firms. In: *Journal of the Asia Pacific Economy* 17, 4, S. 560–577. DOI: 10.1080/13547860.2012.724544.
- Revilla Diez, Javier. (2016): Vietnam 30 years after Doi Moi: achievements and challenges. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 60, H. 3, S. 121–133. DOI: 10.1515/zfw-2016-0035.
- Seo, Ducksu/Shin, Youseung/Kwon, Youngsang (2021): Property ownership and resettlement options in Vietnam: the case of District 8, Ho Chi Minh City. In: *International Journal of Urban Sciences*. Epub ahead of print. www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/12265934.2021.1877567?scroll=top&needAccess=true (Abfrage: 09.02.2022). DOI: 10.1080/12265934.2021.1877567.
- Stumpf, Michael J. (2012): *Housing and Urbanization: A Socio-Spatial Analysis of Resettlement Projects in Hồ Chí Minh City*. Independent Study Project (ISP) Collection. 1284. digitalcollections.sit.edu/isp_collection/1284 (Abfrage: 09.01.2021).
- Trinh, Quang & Kendig, Hal & Yieng-Sbirakos, Vasoontara. (2017): Changes in Living Arrangements of Vietnamese Older Adults. In: *Innovation in Aging* 1, S. 378. DOI: 10.1093/geroni/igx004.1374.

- Truong, Quang/Rowley, Chris (2014): Vietnam: Post-State Capitalism. In: Witt, Michael A./ Redding, Gordon (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Asian Business Systems*. Oxford, England: Oxford University Press. S. 283–305.
- Vian, Taryn/Brinkerhoff, Derick W./Feeley, Frank G./Salomon, Matthieu/Nguyen, Thi Kieu Vien (2012): Confronting Corruption in the Health Sector in Vietnam: Patterns and Prospects. In: *Public Administration and Development* 32, H. 1, 49–63. DOI: 10.1002/pad.1607.
- Viet Nam General Statistics Office (2010): The Vietnam population and housing census 2009: Major findings. www.gso.gov.vn/default_en.aspx?tabid=515&idmid=5&ItemID=9813 (Abfrage: 15.06.2016).
- Viet Nam General Statistics Office (2011): Viet Nam population and housing census 2009: Age-sex structure and marital status of the population in 67 References Vietnam. www.gso.gov.vn/Modules/Doc_Download.aspx?DocID=13286 (Abfrage: 15.06.2016).
- Viet Nam General Statistics Office (2016): The 2015 National Internal Migration Survey: Major Findings. vietnam.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/PD_Migration%20Booklet_ENG_printed%20in%202016.pdf (Abfrage: 10.12.2021).
- Viet Nam General Statistics Office (2020): Statistical Summary Book of Viet Nam 2020. www.gso.gov.vn/wp-content/uploads/2021/07/Nien-giam-Tom-Tat-2020Ban-quyen.pdf (Abfrage: 09.02.2022).
- Viet Nam Prime Minister of Government. (2000): Decision no. 147/2000/qd-ttg of December 22, 2000, on ratifying the Vietnam population strategy for the period 2001–2010 (unofficial English translation). www.hsph.harvard.edu/population/policies/vietnam3.01.doc (Abfrage: 15.06.2016).
- VietNamNet (2019): Hanoi’s Old Quarter relocation project restarted. vietnamnet.vn/en/society/hanoi-s-old-quarter-relocation-project-restarted-546744.html (Abfrage: 09.01.2022).
- World Bank (2013): Vietnam: Achieving Success as a Middle-Income Country. www.worldbank.org/en/results/2013/04/12/vietnam-achieving-success-as-a-middle-income-country (Abfrage: 20.09.2021).

Teil III

Caring Commons – Kollektives Sorgen

Praktiken kollektiven Sorgens. Perspektiven einer materiellen und materialistischen Gerontologie

Julia Hahmann

1 Einleitung

Alle Individuen sind in jeder Phase des Lebens abhängig von Tätigkeiten des Sorgens, die sie für sich selbst ausführen oder durch andere erfahren – hierzu gehören Haushaltsarbeiten oder vielfältige Beziehungsarbeiten. Deutlich wird dies insbesondere bei der Betrachtung vulnerabler Bevölkerungsgruppen, wie beispielsweise kranker und alternder Personen, die Pflege und Betreuung benötigen, aber auch bei der Begleitung und Erziehung von (Klein-)Kindern. Trotzdem unterliegen Sorge-Arbeiten gesellschaftlicher Abwertung und Missachtung, die sich beispielsweise in mangelndem politischem Interesse oder geringer Entlohnung in professionell ausgeführten Sorge-Arbeiten ausdrückt.

In regelmäßigen Abständen werden Pflege, Sorgen und Fürsorge dennoch gesellschaftlich als krisenhaft erlebt, dann (kurzfristig) als politisch relevant wahrgenommen und ihre zukünftige Ausrichtung diskutiert. Dies geschah beispielsweise umfangreich im Rahmen von Debatten zum demographischen Wandel bzw. zur demographischen Alterung. Das Zusammenkommen von steigender Lebenserwartung und Rückgang der Geburtenzahlen führte politisch (und in Teilen auch wissenschaftlich) u. a. zu der Sorge, dass künftige ältere Generationen nicht mehr ausreichend durch Familienangehörige gepflegt werden können, die informell den Alltag bedürftiger älterer Individuen unterstützen. Die Diskussionen führen seit Jahrzehnten zu einer Dramatisierung der sogenannten Alterslast, die verdeutlichen soll, dass die demographische Alterung insbesondere für jüngere Generationen gefährliche Konsequenzen haben würde, indem Deutschland beispielsweise zur „Greisenrepublik“ würde, die unter den Kosten des „Rentenbergs“ leidet (vgl. Künemund 2013). Auch die Corona-Pandemie hat Sorge-Arbeiten eindrücklich in den Fokus gerückt und verdeutlicht, dass sowohl bezahlte als auch unbezahlte Care-Tätigkeiten für das Funktionieren von Gesellschaften relevant sind – gleichzeitig aber auch,

wie selbstverständlich und dabei unbeachtet sie vollzogen werden. Der vorliegende Beitrag schließt sich an eine kritische Debatte um Caring Communities an, indem anhand qualitativer Daten aus den USA und Deutschland gezeigt wird, wie voraussetzungsvoll die Etablierung tragfähiger Kollektivbeziehungen als Grundlage von Sorgepraktiken ist. Hierzu verwende ich theoretische Perspektiven einer materiellen und materialistischen Gerontologie.

2 Crisis of Care – ein gesellschaftliches Problem

Care-Arbeit und Care-Praktiken sind in allen Lebenslagen und -altern von grundsätzlicher Bedeutung. Grundforderung der Care-Ethik ist es daher, fürsorge-ethische Grundsätze und eine sorgezentrierte Perspektive einzunehmen und Gesellschaften in der Anerkennung von Bedürfnissen zu organisieren (vgl. Conradi/Vosman 2016; Tronto 2010, 2013). Arbeitswerttheoretisch sind Sorge-Tätigkeiten zudem notwendige Bedingung zur Aufrechterhaltung gesamtgesellschaftlicher Arbeitskraft und in kapitalistischen Gesellschaften daher möglichst kostengünstig konzipiert, um die Erzeugung von Mehrwert und damit die Kapitalakkumulation nicht zu gefährden. Eine kostengünstige Realisierung von Sorge ist vor allem dann gewährleistet, wenn diese unbezahlt oder gering entlohnt stattfindet, wie beispielsweise nicht entlohnt innerhalb von Familien oder durch prekär beschäftigte migrantisierte Pflegekräfte geleistete Live-In-Betreuung (vgl. Winker 2008; Bachinger 2014).

Care-Arbeiten werden strukturell und systematisch vergeschlechtlicht organisiert: „[...] die Übernahme der Hausarbeit durch Frauen [ist] nicht einfach Arbeit aus Liebe oder gar Ergebnis einer besonderen natürlichen Disposition von Frauen beziehungsweise ihrer Sozialisation [...], sondern Ergebnis eines Prozesses der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und konstitutiver Teil der kapitalistischen Produktion“ (Scheele/Wöhl 2018, S. 10). Tätigkeiten und Fähigkeiten der biologischen Reproduktion werden in jene der sozialen Reproduktion überführt. Die häusliche Sphäre wird die der Frauen, die öffentliche jene der Männer. Diese gesellschaftliche Arbeitsteilung resultiert im privaten Haushalt in unbezahlter Hausarbeit, die durch Frauen geleistet wird. Sie werden in Zeiten fordistischer Wirtschaftsformen im Rahmen des Ernährermodells über den Familienlohn mitfinanziert, wodurch sie in dauerhafter ökonomischer Abhängigkeit verbleiben. Mit zunehmender Einbindung von Frauen in Erwerbsarbeit im Postfordismus lassen sich der Umfang der bislang geleisteten Sorge-Tätigkeiten sowie die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung nicht mehr aufrechterhalten. Fragen von Vereinbarkeit werden zum gesellschaftlichen Alltag und in feministisch-marxistischer Analyse als „Krise der sozialen Reproduktion“ (Winker 2011) oder „crisis of care“ (Fraser 2016) diskutiert. Diese Krise ist so bemerkenswert, weil „[...] der finanzmarktgetriebene Kapitalismus durch die umfas-

sende Kommodifizierung und Erwerbsvergesellschaftung seine reproduktiven Grundlagen zunehmend gefährdet“ (van Dyk/Haubner, S. 23).

3 Der potenzielle Ausweg: Ausweitung und Umgestaltung des Pflegemixes

Um nun auf die demographische Alterung zu reagieren und Unterstützungspotenzial für alternde Individuen zu generieren, werden u. a. in sozialgerontologischen, sozialpolitischen und zivilgesellschaftlichen Debatten alternative Formen von Gemeinschaft und/oder Kollektivbeziehungen als Ausweg aus der Krise der sozialen Reproduktion diskutiert, die sich nicht ausschließlich aus der jeweiligen Kernfamilie zusammensetzen. Jene beispielsweise unter Konzepten wie „personal communities“, „families of choice“ oder „fictive kin“ gefassten Kollektive existieren in unterschiedlichsten Konstellationen, also beispielsweise einer Mischung aus gewählten und biologisch-rechtlichen Beziehungen oder ausschließlich auf Grundlage gewählter Beziehungen, die dann eng oder weniger eng sein können, oder inklusive einzelner professioneller Beziehungen (vgl. Allen/Blieszner/Roberto 2011; BMFSFJ 2016; Muraco/Fredriksen-Goldsen 2011).

Freundschaften sind für diese Konzeptionen in besonderem Maße interessant, weil sie Praktiken „affektiv grundierter Pflege durch nahe Angehörige mit der flexiblen Verfügbarkeit und Skalierbarkeit professioneller Angebote“ (Schobin 2020, S. 36) kombinieren. Studien zeigen, dass die Einbindung in freundschaftsgestützte oder freundschaftsbasierte Pflege-Arrangements existiert und funktioniert (vgl. Schobin 2020, 2013; Hahmann 2017). Gleichzeitig verweist qualitatives Material darauf, dass die Etablierung von Freundschaften, die Sorge-Praktiken übernehmen können, von biografischen Entscheidungen und Transitionen überformt werden, wie sie demnach innerhalb der Rahmung individueller Biografien verstehen müssen. So führt eine hohe räumliche Mobilität über den Lebenslauf hinweg dazu, dass die relevanten, also intimen oder engen Freundschaften nicht für konkrete, alltägliche Sorge-Tätigkeiten zur Verfügung stehen. Einkäufe, Besuche oder Fahrdienste benötigen Ko-Präsenz. Aber auch in den Relationen selbst zeigen sich Unterschiede. Nicht nur ist nicht jede Dyade gleichermaßen für Sorge-Tätigkeiten geeignet, auch die grundsätzliche Vorstellung, welche Praktiken freundschaftsrelevant sind, unterscheiden sich. Die Typisierung von empirisch begründeten Freundschaftsmustern illustriert sehr deutlich, dass für manche Personen Freundschaften keinesfalls als vertrauliche Beziehungsform gelten – hier werden allein familiäre Beziehungen als zuverlässig bezeichnet. Für jene Individuen ist eine Einbindung von Freund*innen in den Pflegemix unvorstellbar (vgl. Hahmann 2017, 2013). Zudem müssen Freundschaften auf ihre Integration in informelle Pflege-Arrangements vorbereitet werden. Im Kontrast zu institutionalisierten Beziehungsformen, wie der

Ehe oder intergenerationalen Unterstützungsnetzwerken zwischen Großeltern und Enkelkindern, sind Freundschaften zu wenig festgelegt in ihren Inhalten, Verpflichtungen und Solidaritäten und durch den Wohlfahrtsstaat in keiner Weise unterstützt. Ein Arrangement, das Planbarkeit für die potenziell eigene Pflegebedürftigkeit und Zuverlässigkeit verspricht, benötigt aber Absprachen und Schutz. Wenn nicht einmal wohlfahrtsstaatlich, steuerrechtlich und grundgesetzlich gestützte Beziehungsformen, die zudem hegemonial diskursiv abgesichert sind, eine verlässliche Versorgung im Alter bereitstellen können, erscheinen Freundschaften in deutlich geringerem Maße geeignet, genau jene Formen individueller Überforderung, die sich in der Krise der sozialen Reproduktion zeigen, abzufedern (vgl. hierzu ausführlich Hahmann 2022; van Dyk/Haubner 2021).

Einen weiteren Ausweg aus der Krise der Reproduktion bieten gemeinschaftliche Sorgestrukturen, wie sich sozialpolitisch mit dem „Siebten Bericht zur Lage der älteren Bevölkerung“ der Bundesregierung zeigen lässt. Dieser trägt den Titel „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“. Hier werden also nicht einzelne Beziehungen auf ihr Sorge-Potenzial überprüft, sondern das lokale Netzwerk adressiert, das Verantwortung teilt. Inhaltlich befasst sich der Bericht mit der Frage, inwiefern kommunale Politik und nahräumliche Gemeinschaft das selbständige Leben einer alternden Bevölkerung sicherstellen können. Dabei soll einerseits eine sichere, subsidiär strukturierte Versorgung durch diverse Akteur*innen organisiert werden, die andererseits Teilhabe ermöglicht sowie soziale Ungleichheiten adressiert und auszugleichen vermag (vgl. BMFSFJ 2016, S. 11). Deziert eingebracht wird die Notwendigkeit einer „Sorgekultur“, die es in lokalen Strukturen zu entwickeln gälte (vgl. BMFSFJ 2016, S. 23 ff.; S. 44 ff.; S. 181 ff.) und in Zusammenarbeit zwischen informellen und familiären Netzwerken sowie sozialen Dienstleistungen praktiziert werden soll. Konzeptuell sind insbesondere ehrenamtliche Tätigkeiten in jenen „Caring Communities“ relevant, die auf der einen Seite Teil des Pflegemixes sind und auf der anderen Seite genau jenen nachbarschaftlichen oder quartiersbezogenen Zusammenhalt ermöglichen sollen, der zum Grundverständnis der traditionellen und sicheren Gemeinschaft (vgl. Tönnies 1887/1972; Wellman/Leighton 1979) gehört. In der Betrachtung von bereits realisierten Einzelinitiativen im Rahmen des Projekts Care.Macht.Mehr (vgl. Rerrich/Thiessen 2015) wird deutlich, dass weiterhin die geringe Anerkennung der Notwendigkeit und Besonderheit von Care-Tätigkeiten zu Schwierigkeiten führen, weil es beispielsweise an finanzieller und personeller Unterstützung mangelt (vgl. Jurczyk/Rerrich/Thiessen 2020). Aber auch der informelle Charakter einer sorgenden Gemeinschaft erschwert den (gesteuerten) Aufbau: „Der Aufbau posttraditioneller, informeller Gemeinschaften im sozialen Nahraum erweist sich damit als Herausforderung politischer Steuerung, die von der Ambivalenz geprägt ist, informelle Hilfe jenseits

traditioneller Bezüge ‚anzureizen‘, ohne sie zu formalisieren. Da sich in Modellprojekten gezeigt hat, wie eng die Bereitschaft zur informellen Unterstützung an die soziale Beziehung geknüpft ist, verschiebt sich der Fokus der Regierung von Gemeinschaft auf die Erzeugung des ‚Rohstoffs‘ der sozialen Beziehung selbst – als Rohstoff für die zukünftige, selbsttätig erbrachte, unbezahlte Arbeit im sozialen Nahraum“ (van Dyk/Haubner 2021, S. 81). Sorgende Gemeinschaften stehen jedoch nicht nur vor dem Problem der gelingenden Umsetzung. Van Dyk und Haubner (2021) weisen für verschiedene Felder auf, inwiefern die systematische Einbindung von ehrenamtlich Engagierten und nicht-entlohnenden Individuen über die Anrufung von Gemeinschaft auf die Symptome einer der Krisenerscheinungen eingesetzt werden und arbeiten dies als Bedingungen für Community-Kapitalismus heraus: „Es ist eine Kritik der politischen und moralischen Ökonomie des Community-Kapitalismus, die – wie wir zeigen wollen – auf der Ausbeutung von Posterwerbsarbeit, der Informalisierung und Deprofessionalisierung von Arbeit, der Umdeutung der sozialen Frage in eine Frage fürsorglicher Gemeinschaften und der Überführung sozialer Rechte in soziale Gaben beruht“ (S. 11).

Die Kritik, die Silke van Dyk und Tine Haubner u. a. zu Care Commons und feministischen Alternativökonomien formulieren, betrifft die Gefahr der (neoliberalen) Vereinnahmung. Die Formulierung dieser Gefahr und ihr Hinweis, dass Care-Forschung sich nicht zur Stichwortgeberin „für neue sozialstaatliche Konzepte sorgender Gemeinschaften unter Krisenbedingungen“ machen sollte, erscheint sinnvoll. Gleichzeitig ist jedoch notwendig, darauf hinzuweisen, dass kollektive Care-Praktiken auf Ebene alltäglicher Solidarität widerständig sein können, weil sie herrschende Bedingungen unterlaufen und individuell bearbeiten, selbst wenn sich darin keine (direkte) gesellschaftliche Transformation zeigt. Dies wird seit den 1980er Jahren z. B. in US-amerikanischen Studien zu Sorge-Tätigkeiten in Wahlfamilien von LGBTQIA*-Communities sichtbar (vgl. Muraco/Fredriksen-Goldsen 2011) und zeigt sich z. B. auch in eigenen Daten zu Freundschaften im Alter (vgl. Hahmann 2022, 2017). Die hier befragten Personen organisieren Freundschaften und Care-Praktiken im Kontext einer paar- und heteronormativen Welt und widersprechen damit implizit aber in Teilen auch explizit den Normen und Normalismen ihrer Umwelt. Meines Erachtens ist also analytische Differenzierung notwendig: Wer vollzieht die Praktiken, wer profitiert davon, wer fordert sie? Wie können sie in transformatorische Praktiken überführt werden, die unter herrschenden Bedingungen emanzipatorisches Potenzial haben und sich einer Vereinnahmung widersetzen (vgl. hierzu beispielsweise auch die Differenzierung von Dengler/Lang 2021; Federici 2020; Winker 2015)?¹

1 Die von van Dyk und Haubner formulierte Kritik an Winkers Care Revolution erscheint mir wenig nachvollziehbar. Gerade die von Winker sehr konkret formulierten „Schritte

4 Sorgen aus der Perspektive einer materiellen und materialistischen Gerontologie

Grundlage des nun folgenden Teils sind Daten aus Studien zu Senior*innen-residenzen, in denen die Etablierung von Gemeinschaft und Zugehörigkeit in den Leitbildern sowie der alltäglichen Strukturierung der Einrichtungen zentral gesetzt wird. Die Fallbeispiele der Residenzen mit ihren räumlichen Strukturen, z. B. der Idee von selbständigem Leben in der eigenen Wohnung in einer Form von Nachbarschaft, wird als Folie verwendet, um herauszuarbeiten, inwiefern unter diesen Bedingungen Praktiken des Sorgens in Gemeinschaft ermöglicht wird. Zunächst wird verdeutlicht, inwiefern eine materielle und materialistische Gerontologie hierzu beitragen kann.

Die sozialwissenschaftliche inter- und transdisziplinäre Altersforschung ist weiterhin stark einer sozialkonstruktivistischen Perspektive auf Alter und Altern verpflichtet, die ebenjene Phänomene nicht mehr als biologisch determiniert, sondern als Zuschreibung, als Praxis, als gesellschaftliche Erwartung versteht und verhandelt. Eine Gerontologie, die sich dem „Material turn“ zuordnet, versteht Alter, Altern und altersassoziierte Phänomene hingegen als Prozesse, die in Abhängigkeit mit nicht-menschlichen Akteur*innen, also Dingen, Artefakten, Räumen, in materiell-diskursiven Praktiken ko-konstituiert werden (vgl. Höppner/Urban 2018; van Hees et al. 2021). In diesem Verständnis wird eine Gehhilfe nicht allein als Alterszeichen verstanden, das eine Person über eine eingeschriebene Bedeutung als alt markiert, sondern als gleichwertige Akteurin mit materiellen Eigenheiten analysiert, die gleichermaßen Teilhabe ermöglichen, einen bestimmten Untergrund benötigen, spezifische Bewegungsmuster erfordern und zudem im Rahmen wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme in unterschiedlichem Ausmaß zugänglich ist. Erst Gehhilfe und Individuum gemeinsam konstituieren demnach über die alltägliche Teilhabe das Konstrukt Alter, indem Materialität, Diskurs und Praktiken zusammengedacht werden und dies gesellschaftstheoretisch gerahmt wird. Altern findet so (auch) außerhalb des menschlichen Körpers statt. Handlungsfähig und -mächtig ist nicht allein das menschliche Subjekt.

Auf der Ebene der gesellschaftstheoretischen Rahmung folge ich der materialistischen Perspektive einer Sociology of Care. Hier wird Care als alltägliche,

in eine solidarische Gesellschaft“, beispielsweise um Demokratisierung und Verantwortungsübernahme im Rahmen von Care-Räten widersprechen in ihrer Logik kapitalistischer Vereinnahmung (vgl. Winker 2015, S. 148 ff.). Zudem verweisen ihre Hinweise zum guten Leben und dafür notwendige gesellschaftlichen Veränderung darauf, dass sie in ihrer Auseinandersetzung nur erste Schritte zum Ziel, der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, sind (ebd., S. 170 ff.) sind: „Ein konsequentes politisches Handeln benötigt meiner Meinung nach Ideen und Konzepte, die eine Perspektive für die Zukunft aufzeigen und die gleichzeitig heute schon Schritte der Veränderung beinhalten“ (ebd., S. 142).

vergeschlechtlichte und migrantisierte Praxis des formellen und informellen Sorgens in kapitalistischen Produktions- und Ausbeutungsverhältnissen verstanden, welche durch das jeweilige nationale Gender Care Regime gestützt und reproduziert werden (vgl. Österle 2014; Theobald 2019; Knobloch 2019; Pfau-Effinger 2005; Lutz 2018). Das Sorge-Verhältnis beinhaltet konkrete Sorge-Aufgaben (also Pflege-Tätigkeiten) ebenso wie jene, die praktisch unterstützen (Einkauf, Fahrdienst, Reparaturen, etc.) oder emotional beistehen (Trost, persönliche Gespräche) und dabei Bezug nehmen auf altersassoziierte Phänomene.

Im Folgenden rekonstruiere ich Praktiken des kollektiven Sorgens anhand der zuvor dargestellten Theorieperspektiven. Dabei handelt es sich im konkreten Datenmaterial um jene Tätigkeiten, die regelmäßig, teilweise kontinuierlich den Alltag von kranken, immobilen, demenziell erkrankten oder sterbenden Personen begleiten. Dies praktizieren die beteiligten Personen zwar individuell, aber eben doch eingebunden in die Logiken eines Kollektivs, beispielsweise im Rahmen eines nachbarschaftlichen Bekannten- oder Freundschaftsnetzwerks bzw. als Teil einer Gruppe von Personen, die erneut über nachbarschaftliche Beziehungen oder gemeinsame Freizeitgestaltung in den Seniorenresidenzen miteinander verbunden sind. Um also im Datenmaterial als *kollektiv* Sorgende rekonstruiert zu werden, müssen die Befragten die Verantwortung für die Übernahme jener Tätigkeiten im Kollektiv sehen und sich selbst als Teil des Kollektivs präsentieren. Nicht die einzelne Dyade oder Triade wird relevant gesetzt, sondern die Gruppe, Clique, Etagengemeinschaft o. ä. Die Kollektive enthalten enge dyadische Beziehungen, die sich als Freundschaften verstehen lassen oder als solche benannt werden, es sind aber vor allem Bekanntschafts- oder Nachbarschaftsbeziehungen eingebunden.

5 Empirisches Material

Das empirische Material stammt aus zwei Studien. Erstens handelt es sich um Daten aus biografisch-narrativen Interviews zu unterstützter Vergemeinschaftung in einer Senior*innenresidenz in North Carolina (USA) aus den Jahren 2014/2015. In dieser Studie wurden Personen aus einer „Continuing Care Retirement Community“ sowie Personen aus der Betreuung und dem Management der Residenz befragt. Die Daten wurden durch Feldnotizen ergänzt. Zweitens stammen die Daten aus einer Vergleichsstudie in einer deutschen Senior*innenresidenz aus den Jahren 2016 und 2017. Die Auswertungen beider Studien folgen den Arbeiten von Rosenthal und Fischer zur Biografieforschung (vgl. Rosenthal/Fischer-Rosenthal 2004), wurden aber zudem zu Theoretisierungszwecken anhand der Kodierparadigmas der Grounded Theory (vgl. Glaser/Strauss 1998) ausgewertet (vgl. hierzu Hahmann 2019, 2022).

6 Praktiken kollektiven Sorgens – Eine materielle und materialistische Analyse

Kollektive Sorge-Praktiken werden in beiden Studien gezeigt. Grundsätzlich ist die Etablierung der für Sorgen notwendigen Kontakte im Sinne einer Gemeinschaft Teil des Leitbilds der Institutionen. Die räumliche Umgebung, die institutionellen Regeln, die Struktur des Freizeitangebots – alles ist neben einer gesicherten alltäglichen Versorgung auf die Herstellung von Zugehörigkeit ausgerichtet, weswegen ich hier von unterstützten Vergemeinschaftungsprozessen spreche. So begleitet in der US-amerikanischen Residenz eine Community Relation Managerin den Aufbau und die Aufrechterhaltung von Gemeinschaft und Zugehörigkeit. Die Bemühungen werden von ihr im Interview beschrieben, aber auch den Bewohner*innen ist dies bewusst: „There is very strong effort for collaboration and community building.“

Beispielhaft soll nun anhand der Essensversorgung dargestellt werden, wie „community building“ in der US-amerikanischen Einrichtung funktioniert. Im Verständnis einer materiellen Gerontologie wird in der Analyse zunächst das Zusammenspiel von Räumen, Artefakten, eingeschriebenen Bedeutungen und institutionell gerahmten Praktiken fokussiert.² Die Wohnungen bzw. Häuser, in denen die Bewohner*innen leben, sind um das Hauptgebäude herum angeordnet. Die monatliche Miete beinhaltet 35 Essensgutscheine für den Essenssaal („dining hall“), der im Hauptgebäude der Institution liegt. Es besteht keine Möglichkeit, auf die Essensgutscheine zu verzichten, um Mietkosten zu reduzieren, sodass alle befragten Bewohner*innen die Gutscheine auch nutzen. Über die Verknüpfung von Miete und Essensgutscheinen formt die Leitung somit ein bestimmtes, im Rahmen des Leitbilds der Einrichtung erwünschtes Verhalten. Neben Tischen für zwei, vier und mehr Personen gibt es eine lange Tafel, den sogenannten „community table“. Wöchentlich wird an diesem Tisch ein Abend vom „hospitality committee“ (Komitee der Gastfreundschaft) organisiert. Die Prozedur wird im Zitat von einer Interviewperson genauer erläutert, die demnächst die Leitung des Komitees übernehmen wird:

I'll be the head [of the hospitality committee, JH]. And part of it is the community table on Tuesday. We invite new people. Last Tuesday we had 16 or 17 new people and people that have been here for a while so that you get to meet a different mix. You also introduce new people at a quarterly meeting and sit on the front row and you tell about where they came from. [...] When I first came here they [the older inhabitants, JH] didn't come to the community table, but we made a big effort in calling and inviting people, but you have to sign up. I can't sign you up. So I would call you to remind you to sign up before 3 o'clock on Tuesday.

2 Für eine umfassendere Darstellung der Continuing Care Retirement Community siehe Hahmann (2019).

Der „community table“ der Einrichtung enthält eine implizite Gebrauchsanweisung, wie im Zitat beschrieben, z. B. die Ansprache oder die Anmeldung, die nicht im Artefakt selbst liegen, sie sind auch nicht biografisch erlernt. Diese Regeln sind durch die Institution entwickelt und werden in den um den Tisch entwickelten Praktiken reproduziert. Die neu Hinzugezogenen werden von Community Relation Managerin mit dem Regelwerk vertraut gemacht, weitere Hinweise erfolgen durch Personen aus dem Kreis des „hospitality committee“. Der Tisch wird aber nicht ausschließlich zur Einbindung neu Hinzugezogener verwendet. Auch bereits etablierte Bewohner*innen werden regelmäßig eingeladen, um die Gemeinschaft zu stärken oder um sie durch schwierige Phasen zu begleiten, sie aufzumuntern oder mit zusätzlichen Kontakten zu versorgen.

Während das Konzept des „community table“ in der deutschen Einrichtung nicht verwendet wird, lassen sich zahlreiche räumliche Kontexte identifizieren, die in beiden Seniorenresidenzen den Aufbau von Gemeinschaft und die Etablierung sorgfähiger Beziehungen erst ermöglichen: Fernseh- und Kaminzimmer, ein Restaurant, ein Café, Lebensmittelladen und Friseur oder die Gartenanlagen. Die Idee des Quartiers wird damit in einem semi-öffentlichen Umfeld imitiert, allerdings auf die Bedürfnisse alternder Menschen zugeschnitten: Alle Räumlichkeiten sind speziell für die Bewohner*innen und potenzielle Gäste ausgestattet – barrierefrei, gemütlich, freundlich und immer mit der Möglichkeit, Kontakt zu professionellen Kräften aufzunehmen.

Die Befragten in beiden Einrichtungen fühlen sich der Wohnumgebung verbunden. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass an der Gestaltung der Einrichtung mitgearbeitet wird, z. B. über ehrenamtliche Strukturen. Die Seniorenresidenzen sind nicht (ausschließlich) ein Ort der Dienstleistung, wie es beispielsweise ein Hotel wäre – auch wenn Komfort, Essensgestaltung, Sport- und Freizeitangebote den Vergleich zulassen würden. Insbesondere in der US-amerikanischen Untersuchungsgruppe thematisieren die Befragten wiederholt, dass sie für ihre Mitbewohner*innen, für die Gemeinschaft bestimmte Aufgaben übernehmen, z. B. im bereits genannten Hospitality Committee, als Reiseleitung, in religiösen Services etc. (vgl. Hahmann 2019). In diesem materiell-diskursiv-praktischen Arrangement entwickeln die interviewten Bewohner*innen Gefühle der Zugehörigkeit zur Institution, den dort arbeitenden Personen und ihren Mitbewohner*innen. Die in der Wohnumgebung entstandenen Bindungen werden jedoch als mehrheitlich gemeinschaftlich eingeordnet, nicht freundschaftlich. Die Wahrung von Distanz, die Aufrechterhaltung des eigenen Lebens, Kontakte außerhalb der Institution werden als relevant für das eigene Leben markiert.

In das Konzept von Gemeinschaft ist für manche der Befragten eine Care-Perspektive eingebunden:

I figure we are more of a community. And my image of community is that people care about each other. They watch out for each other. They spend time. They help each other, but they don't necessarily have to live together or see themselves as, you know, friends.

Gemeinschaftliches Leben involviert gewissermaßen das Interesse am Wohlbefinden und den Bedürfnissen der anderen. Dies zeigt sich auch in der deutschen Vergleichsstudie, in der typische Routinen des nachbarschaftlichen Sorgens (oder der nachbarschaftlichen Kontrolle) fortgeführt werden. Dass die Nachbarin nicht wie gewohnt die Zeitung hereinholt, führt so z. B. zur Alarmierung der Pflegeleitung. Auch konkrete Tätigkeiten des Kümmerns werden benannt. Verschlechterungen im Gesundheitszustand werden zwar vor allem von professionellen Pflegekräften begleitet, dennoch bedarf es zusätzlicher sorgender Personen, die z. B. die Weiterführung von Teilhabe garantieren oder in schweren Phasen aushelfen. So berichtet eine Befragte von einer Mitbewohnerin, deren zunehmend starke demenzielle Erkrankung dazu führt, dass sie nicht wie gewohnt verreisen kann.

Und Weihnachten bin ich dann hier. Dann werde ich mich um Frau A ein bisschen kümmern, die kann nicht – fuhr sonst immer zu den Kindern da ins Saarland, [...]. Das kann sie nicht mehr, möchte sie auch nicht mehr, die lang- weite Reise. Und da ist es so ungemütlich, da muss sie Treppen hoch und so. Und die bleibt hier, die Kinder aus dem Saarland kommen zu Silvester. Und dann werde ich mich denn Heiligabend mal bisschen um Frau A kümmern.

Auch bei plötzlichen Erkrankungen springen die Bewohner*innen ein, um sich gegenseitig zu unterstützen; sie kaufen füreinander ein, trösten, sorgen für Bewegung oder Unterhaltung. Gerade der Verlust von Partner*innen, Geschwistern oder engen Freundschaften resultiert in solidarischer Anteilnahme, Trost und Tätigkeiten des Kümmerns. Auf dieses Kümmern und die nachbarschaftliche Sorge (auch im Sinne einer sanften Kontrolle) sind die untersuchten Einrichtungen angewiesen. Trotz der enorm hohen Kosten (Miete, Zusatzleistungen und in den USA noch eine einmalige Zahlung vor dem Einzug) für das Leben in den Einrichtungen verbleibt die Logik des professionellen Versorgens in kommodifizierter Form und unterliegt damit der (zeitlichen) Taktung, die in Deutschland die Pflegeversicherung und in den USA die privaten Dienstleistungsunternehmen vorgeben. Alle Formen des Sorgens, die nicht über die Pflegestufe oder Dienstleistung finanziert werden, werden auch nicht systematisch adressiert. Rückzug, Einsamkeit und Isolation, Trauer und Ängste sind dennoch relevante Phänomene, die in den Interviews auch deutlich benannt werden, zumeist in der Beschreibung von und Sorge um andere Personen. In der deutschen Studie wird im Anschluss daran entweder thematisiert, inwiefern die Befragten versuchen, den jeweils Betroffenen zu helfen und sie in ihrem Alltag zu unterstützen. Zudem werden

Versäumnisse der Residenz-Leitung benannt, die nicht ausreichend engagiert gegen z. B. Einsamkeit vorginge. In der US-amerikanischen Studie thematisiert auch die Community Relation Managerin, wie sie mit Personen umgeht, die sich zurückziehen. Hierzu werden sowohl Bewohner*innen und professionelle Pflegekräfte als auch das Reinigungspersonal³ in Routinen eingebunden. Vor allem das Reinigungspersonal ist in diesem Arrangement relevant, weil es am stärksten am Alltag der Bewohner*innen partizipiert ist, Änderungen am ehesten bemerkt und während der Arbeit häufig mit den Bewohner*innen interagiert (vgl. Müller et al. 2018). Im Fall einer wahrgenommenen Verhaltensänderung, z. B. vermehrt auftretende Traurigkeit, sprechen Reinigungskräfte mit dem Pflegepersonal, welches wiederum die Community Relation Managerin informiert. Neben der professionellen Betreuung durch die drei benannten Arbeitsbereiche der Residenz werden im nächsten Schritt die Bewohner*innen als informelle Sorge-Tätige eingebunden. Der bereits genannte „community table“ aber auch einzelne als besonders sorge-interessierte oder vertrauenswürdig wahrgenommene Personen kümmern sich um die Reintegration der Person in die Gemeinschaft. Der kollektive Charakter des Sorgens zeigt sich darin, dass eine Vielzahl an Personen über ihre Funktionen eingebunden ist, die sich über verschiedene Routinen und Praktiken ergänzen. Nicht die persönliche Beziehung, beispielsweise die Freundin in der Einrichtung oder Verwandte außerhalb der Einrichtung, übernehmen die Verantwortung, sondern das Kollektiv.

7 Fazit

Aus den dargelegten Analysen lassen sich sowohl auf der Ebene einer materiellen als auch auf der einer materialistischen Gerontologie Schlussfolgerungen ziehen, die zur Debatte um zukunftssträchtige Sorge-Arrangements in Kollektiven, z. B. über Caring Communities, beitragen. Für die Übernahme von kollektiven Praktiken des Sorgens, darauf weisen existierende Studien hin (vgl. Haubner 2017; van Dyk/Haubner 2021; Jurczyk et al. 2020), bedarf es zuverlässiger informeller Beziehungen zwischen ehrenamtlich Engagierten bzw. Laien und Personen mit Bedarf. Diese Beziehungen sind möglicherweise bereits in die Struktur von Nachbarschaften und Quartieren eingebunden, aber nicht verlässlich vorauszusetzen, insbesondere nicht für alle dort lebende Personen. Semi-öffentliche Räume, die barrierefrei und inklusiv sind, ermöglichen gesteuert den Aufbau und die Aufrechterhaltung von Beziehungen, die sich nicht klassisch als dyadisch strukturierte Freundschaften oder Bekanntschaften greifen lassen, sondern im Kollektiv und als schwache Bindungen existieren. Hiermit ist es also möglich,

3 In den monatlichen Kosten der Unterbringung ist eine Grundreinigung der Wohnung enthalten.

Vergemeinschaftung konkret zu unterstützen, indem vergleichbar zum „community table“ Artefakte und Praktiken miteinander verbunden werden.

Im Rahmen einer nachbarschaftlichen Fürsorge funktioniert dies vergleichbar zu den Bedingungen der Seniorenresidenz, nämlich arbeitsteilig. Während die medizinischen Anteile an Care-Tätigkeiten von professionellen Pflegekräften realisiert werden, wird der sorgende Anteil an die Bewohner*innen in Zusammenarbeit mit nicht-pflegerischen Angestellten delegiert. Van Dyk und Haubner weisen darauf hin, dass die „unscharfe Grenzziehung“ zwischen professionellen Kräften und ihrem Fall ehrenamtlichen Laien in einer Deprofessionalisierung von Altenpflege resultiert (vgl. van Dyk/Haubner 2021, S. 71 ff.). Den beteiligten Personen fehlen die notwendigen Qualifikationen bzw. sie werden wie im Fall der im Material genannten Reinigungskräfte nicht angemessen für ihre Beteiligung entlohnt. Obwohl sie systematisch in Care-Tätigkeiten eingebunden sind (vgl. hierzu auch Müller et al. 2018), bleibt ihre Arbeit unsichtbar. Ähnliches gilt für die in den Interviews genannten Praktiken des Sorgens. Die Einbindung wird durch die räumlichen Strukturen, Artefakte und Regeln unterstützt, auch *weil* die Resultate der Bemühungen für die Aufrechterhaltung der Institution notwendiger Bestandteil sind. Ohne die Mitarbeit der Bewohner*innen wäre das Ziel von Wohlbefinden und Teilhabe und damit das Ideal des „erfolgreichen“ Alterns nicht zu realisieren. Finanzielle Unterstützung finden diese Aspekte des Sorgens jedoch nicht. Sie bleiben abgewertet und unsichtbar (vgl. Müller 2016). Damit verbleiben sie im Rahmen des Care-Arrangements nicht-kommodifizierbarer und nicht-anerkannter „Liebesdienst“ (Klinger 2012), der sich im Rahmen einer Verbreitung kollektiver Praktiken des Sorgens z. B. durch Caring Communities reproduziert und verfestigt.

Literatur

- Allen, Katherine R./Blieszner, Rosemary/Roberto, Karen A. (2011): Perspectives on Extended Family and Fictive Kin in the Later Years: Strategies and Meanings of Kin Reinterpretation. In: Journal of Family Issues 32, H. 9, S. 1156–1177.
- Bachinger, Almut (2014): 24-Stunden-Betreuung ganz legal? Intersektionale Regime und die Nutzung migrantischer Arbeit. In: Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria (Hrsg.): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft. Weinheim: Beltz Juventa. S. 127–137.
- BMFSFJ (2016): Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Conradi, Elisabeth/Vosman, Frans (Hrsg.) (2016): Praxis der Achtsamkeit. Frankfurt am Main: Campus.
- Dengler, Corinna/Lang, Miriam (2022): Commoning Care: Feminist Degrowth Visions for a Socio-Ecological Transformation. In: Feminist Economics 28, H. 1, S. 1–28.

- Federici, Silvia (2020): Die Welt wieder verzaubern. Feminismus, Marxismus & Commons. Wien, Berlin: mandelbaum.
- Fraser, Nancy (2016): Capitalism's Crisis of Care. In: Dissent 64, H. 4, S. 30–37.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (1998): Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung. Bern, Göttingen, Toronto und Seattle: Verlag Hans Huber.
- Hahmann, Julia (2013): Freundschaftstypen älterer Menschen: Von der individuellen Konstruktion der Freundschaftsrolle zum Unterstützungsnetzwerk. Eine Analyse der Beziehungssysteme älterer Menschen. Wiesbaden: Springer VS.
- Hahmann, Julia (2017): Friendship Repertoires and Care Arrangement. In: The International Journal of Aging and Human Development 84, H. 2, S. 180–206.
- Hahmann, Julia (2022): Freundschaftszentrierte Care-Praktiken: Solidarische Arrangements als Ausweg aus der „crisis of care“?. In: Jakob, Silke/Obitz, Nikias (Hrsg.): Solidarität und Krise. Opladen: Barbara Budrich.
- Haubner, Tine (2017): Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft. Laienpflege in Deutschland. Frankfurt am Main: Campus.
- Höppner, Grit/Urban, Monika (2018): Where and How Do Aging Processes Take Place in Everyday Life? Answers From a New Materialist Perspective. In: Frontiers in Sociology 3, H. 7.
- Jurczyk, Karin/Rerrich, Maria/Thiessen, Barbara (2020): Caring Communities – Häusliche Versorgung gemeinschaftlich unterstützen. Zuhause sorgen – (k)eine Selbstverständlichkeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 1, S. 3–6.
- Klinger, Cornelia (2012): Leibdienst – Liebesdienst – Dienstleistung. In: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hrsg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt am Main: Campus. S. 258–272.
- Knobloch, Ulrike (Hrsg.) (2019): Ökonomie des Versorgens: Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum. Weinheim: Beltz Juventa.
- Künemund, Harald (2013): Demografie, Politik und Generationenbeziehungen. In: Hüther, Michael/Naegele, Gerd (Hrsg.): Demografiepolitik. Wiesbaden: Springer VS. S. 164–176.
- Lutz, Helma (2018): Care migration: The connectivity between care chains, care circulation and transnational social inequality. In: Current Sociology 66, H. 4, S. 577–589.
- Müller, Beatrice (2016): Wert-Abjektion. Zur Abwertung von Care-Arbeit im patriarchalen Kapitalismus – am Beispiel der ambulanten Pflege. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Müller, Beatrice/Armstrong, Pat/Lowndes, Ruth (2018): Cleaning and Caring: Contributions in Long-term Residential Care. In: Ageing International 43, H. 1, S. 53–73.
- Muraco, Anna/Fredriksen-Goldsen, Karen (2011): “That’s what friends do”: Informal caregiving for chronically ill midlife and older lesbian, gay, and bisexual adults. In: Journal of Social and Personal Relationships 28, H. 8, S. 1073–1092.
- Österle, August (2014): Care-Regime in den neuen EU-Mitgliedstaaten. In: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (Hrsg.): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Soziale Welt. Sonderband 20. Baden-Baden: Nomos. S. 363–378.
- Pfau-Effinger, Birgit (2005): Welfare State Policies and the Development of Care Arrangements. In: European Societies 7, H. 2, S. 321–347.
- Rerrich, Maria/Thiessen, Barbara (2015): Warum sollte Soziale Arbeit sich um die Care-Debatte kümmern? In: Sozial Extra 39, S. 24–25.
- Rosenthal, Gabriele/Fischer-Rosenthal, Wolfram (2004): Analyse narrativ-biographischer Interviews. In: Flick, Uwe/von Kardorff, Ernst/Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung: Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag. S. 456–468.
- Scheele, Alexandra/Wöhl, Stefanie (2018): Feminismus und Marxismus. Einleitung. In: Scheele, Alexandra/Wöhl, Stefanie (Hrsg.): Feminismus und Marxismus. Weinheim: Beltz Juventa. S. 7–21.
- Schobin, Janosch (2013): Freundschaft und Fürsorge. Bericht über eine Sozialform im Wandel. Hamburg: Hamburger Edition.

- Schobin, Janosch (2020): Pflege durch (nicht-verwandte) Freunde?: Theoretische und empirische Betrachtungen eines vernachlässigten Phänomens am Beispiel der Daten des Sozio-oekonomischen Panels. In: Zeitschrift für Sozialreform 66, H. 1, S. 35–68.
- Theobald, Hildegard (2019): Care: Ansätze und Perspektiven der international vergleichenden Geschlechterforschung. In: Kortendiek, Beate/Riegraf, Birgit/Sabisch, Katja (Hrsg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung. Wiesbaden: Springer VS.
- Tronto, Joan C. (2010): Creating Caring Institutions: Politics, Plurality, and Purpose. In: Ethics and Social Welfare 4, S. 158–171.
- Tronto, Joan C. (2013): Caring Democracy. Markets, Equality, and Justice. New York: New York University Press.
- van Dyk, Silke/Haubner, Tine (2021): Community-Kapitalismus. Hamburg: Hamburger Edition.
- van Hees, Susanne/Wanka, Anna/Horstman, Klasien (2021): Making and unmaking ageing-in-place. Towards a co-constructive understanding of ageing and place. In: Peine, Alexander/Marshall, Barbara L./Martin, Wendy/Neven, Louis (Hrsg.): Socio-gerontechnology. Interdisciplinary Critical Studies of Ageing and Technology. London: Routledge. S. 133–146.
- Wellman, Barry/Leighton, Barry (1979): Networks, Neighborhoods, and Communities: Approaches to the Study of the Community Question. In: Urban Affairs Review 14, H. 3, S. 363–390.
- Winker, Gabriele (2008): Neoliberale Regulierung von Care Work und deren demografische Mystifikationen. In: Buchen, Sylvia/Maier, Maja S. (Hrsg.): Älterwerden neu denken: Interdisziplinäre Perspektiven auf den demografischen Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 47–62.
- Winker, Gabriele (2011): Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive. In: Das Argument 53, H. 3, Nr. 292, S. 333–344.
- Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript.

Gutes Leben – gutes Care: Innovative Wohn-Care-Projekte zwischen utopischer Spinnerei und umsetzbarem Reallabor

Katrin Roller und Sandra Eck

1 Einleitung

Care und Wohnen gehören zu den derzeit drängendsten gesellschaftlichen Fragen. Einerseits befinden wir uns in einer veritablen Care-Krise¹ und erleben ein Passungsproblem zwischen dem Bedarf an Fürsorge und dem, was geleistet werden kann – bei einer gleichzeitigen Überforderung der beteiligten Subjekte (vgl. Aulenbacher/Dammayr 2014b; King et al. 2019). Andererseits herrscht vor allem in Metropolregionen zunehmende Wohnungsnot (vgl. Statistisches Bundesamt 2020). Beide Krisenstränge aufgreifend geht es im Beitrag um das Zusammendenken und Zusammenwirken von Care, Wohnen und Geschlecht.

Verknüpft sind Care und Wohnen unter anderem dadurch, dass der überwiegende Teil an unbezahlter Care-Arbeit zu Hause und damit im Wohnumfeld stattfindet. Im Konglomerat aus Care und Wohnen zeigen sich vielfältige Ungleichheitsdynamiken, insbesondere hinsichtlich Geschlecht, aber auch in Bezug auf Ethnie und Schicht.²

Diesen Feldern wenden wir uns gestützt auf erste Ergebnisse des aktuell laufenden Forschungsprojekts WellCare³ (Teilprojekt 1) zu, welches sich mit gemeinschaftlichen Wohnformen beschäftigt. Diese stellen Alternativen zu tradierten Kleinfamilienkonstellationen dar, die wohlfahrtsstaatlich – und damit auch sozial- und wohnungspolitisch dominieren und gefördert werden. Aus feministischer Care- und Wohlfahrtsforschungs-Perspektive geht es um die

1 Zu Care-Krise oder Krise sozialer Reproduktion z. B. Aulenbacher/Riegraf/Theobald (2014); Aulenbacher/Dammayr (2014a); Winker (2011); Jürgens (2010).

2 Zu nennen wären z. B. für Care: Aplitzsch/Schmidbaur (2010); Aulenbacher/Riegraf/Theobald (2014); Ostner (1990); und für Wohnen: Reuschke (2010).

3 „WellCare: Gutes Leben – gutes Care. Innovative Sorgestrukturen und konkrete Praxis sozialräumlich verankern“; Verbundprojekt der Frauenakademie München und der OTH Regensburg, gefördert vom BMBF, Laufzeit 2020–23.

Frage der Re-Organisation von Care und einer geschlechtergerechten Verteilung von Care-Aufgaben – am Beispiel alternativer Wohn- und Lebensformen.

In unserem Beitrag wenden wir uns zuerst der Ausgangslage von Care-Krise und Wohnungsnot aus wohlfahrtsstaatlicher Perspektive zu, um danach einen Abriss über das Forschungsprojekt WellCare zu geben. Im Anschluss daran stellen wir erste Ergebnisse vor. Der Beitrag zeigt erstens, wie sich Care und Gemeinschaft aufeinander beziehen und ko-konstitutiv aufeinander wirken. Zum zweiten analysiert er, wie geschlechtsspezifisch wirksame Care- und Wohnungspolitik Frauen⁴ zu Adressatinnen und Interessentinnen von Wohnprojekten gleichermaßen machen.

2 Ausgangslage

Die gesellschaftliche Organisation von Wohnen und Care wird wesentlich durch die neoliberalisierte Variante des konservativen Wohlfahrtsstaats gerahmt. Wie zahlreiche Autor*innen betonen (vgl. z. B. Winker 2015; Auth/Rudolph 2017), geht dies mit einer Re-Produktion sozialer Ungleichheiten einher. Mit Schwerpunkt auf geschlechtsspezifische soziale Ungleichheit erarbeiten wir dies zunächst in Bezug auf Care im Hinblick auf unbezahlte Care-Arbeit⁵ und anschließend im Hinblick auf Wohnen.

2.1 Care-Krise und Wohlfahrtsstaat

Care-Arbeit umfasst lebensnotwendige Aufgaben, wie Kinderbetreuung, die Versorgung von Kranken und Pflegebedürftigen, Haushaltsführung und Nachbarschaftshilfe und wird „in besonderem Ausmaß funktions- und arbeitsteilig organisiert“ (Aulenbacher/Dammayr/Riegraf 2018, S. 747). Insbesondere private Haushalte erbringen dabei das Gros an unbezahlter Care-Arbeit, was im konservativen, subsidiären Wohlfahrtsstaatsmodell mit einem ausgeprägten Familialismus (vgl. Leitner 2010) einhergeht. Damit ist eine Zentriertheit auf Familie gemeint, die im heteronormativ geprägten Familienkonzept (vgl. Wagenknecht 2007; Notz 2015) durch ein großes Maß an geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung

4 Wenn im Folgenden von Frauen oder Männern die Rede ist, sind damit Personen gemeint, die als Männer oder Frauen gelesen werden und die sich selbst als Frauen oder Männer verstehen.

5 Uns geht es um das grundsätzliche Verhältnis zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit, vor allem um die unbezahlte Arbeit im Haushalt. Die schicht- und migrationsbezogenen Ungleichheitsdynamiken, die innerhalb der Gruppe der Frauen durch die Abgabe ebendieser Tätigkeiten an Dritte erfolgen, können hier nicht dargestellt werden (siehe z. B. Lutz 2008, 2009, 2018; Rerrich 2006).

charakterisiert ist. Dementsprechend fördern sozialpolitische Maßnahmen, die unter dem konservativen Wohlfahrtsstaatsmodell subsumiert werden können, das Familienernährer-Modell/Alleinernährer-Modell⁶.

Wohlfahrtsstaaten modellieren das Verhältnis zwischen Staat, Markt und den Haushalten (vgl. Esping-Andersen 1998) und organisieren demnach auch Care und Care-Verhältnisse, z. B. in familienrechtlicher und arbeitsrechtlicher Weise. Demzufolge hängt die seit Jahren konstatierte tiefgreifende Krise sozialer Reproduktion mit all ihren eingewebten intersektionalen Ungleichheitslinien mit der jeweiligen Art und Weise sozialpolitischer Regulierung zusammen, welche sich wiederum selbst in einem kontinuierlichen Wandel befindet.

Seit den 1990er Jahren erfährt der konservative Sozialstaat in Deutschland eine zunehmende Neoliberalisierung (vgl. Butterwegge/Lösch/Ptak 2008), wobei gerade Bestandteile des konservativen Wohlfahrtsstaatsmodells z. B. in Form des sogenannten Ehegattensplittings weiterbestehen. Lessenich spricht hier vom „neosozialen Umbau“ (2008, S. 14), bei dem Marktzentrierung und eine familialisierte Subsidiarität Hand in Hand gehen. Das bedeutet, dass Care-Aufgaben Privatsache sind; Angehörige und Familien sind angehalten, sich selbst um ihre Nächsten zu kümmern.

Zugleich findet eine Verschiebung der Leitbilder vom Alleinernährer-Modell⁷ zum Universellen Erwerbstätigen-Modell⁸ (vgl. Lewis 2004; Brückner 2011) statt: Statt einem (zumeist männlichen) Familienernährer und einer (zumeist weiblichen) Hausfrau wird nun normativ forciert, dass sich alle erwerbsfähigen Personen in Vollzeit in den Erwerbsprozess einbringen.

Sozialpolitisch werden dabei folgende Strategien verfolgt: Um die Erwerbstätigkeit möglichst aller Erwachsenen sicherzustellen, wird vormals unbezahlte (vornehmlich von Frauen geleistete) Sorgearbeit teilweise dem Markt zugeführt und kommodifiziert⁹, etwa in Form von Kinderbetreuung und Altenpflege in familienexternen Einrichtungen¹⁰. Dennoch werden auf diese Art bei weitem nicht alle Sorgebedarfe abgedeckt (vgl. Winker 2011; Institut für Demoskopie Allensbach 2013, S. 12 ff.) und die komplementäre Strategie der Vereinbarung von Erwerb und unbezahlter Sorge sollte diese Lücke schließen.

6 Vereinfacht ausgedrückt wird dabei die Aufgabe der Erwerbsarbeit dem Mann zugeordnet, während Care-Tätigkeiten der Frau obliegen.

7 Wir sprechen weiterhin vom Alleinernährer-Modell in seiner männlichen Form, um die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung darin deutlich zu machen.

8 Auch Adult-Worker-Modell genannt.

9 Mit Kommodifizierung ist das Zur-Ware-Werden von vormals nicht warenförmigen Tätigkeiten gemeint.

10 In den SAHGE-Berufen sind 78% der Beschäftigten weiblich (BMBFSJ 2021c), wobei SAHGE für Soziale Arbeit, Haushaltsnahe Dienstleistungen, Gesundheit und Pflege, Erziehung steht.

Das zeitgleiche Persistieren subsidiär, familialistischer Wohlfahrtspolitik neben dem Universellen Erwerbstätigen-Modell führt so zu einem Passungsproblem; dies wirkt sich unter anderem auf die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen negativ aus. Denn die Privatisierung und Individualisierung von Care-Anforderungen ändert bisher wenig an dem bekannten Muster, dass Frauen (immer noch) den überwiegenden Teil der Sorgeleistungen übernehmen (vgl. Daly 2011; Pfau-Effinger 2005; Lutz/Palenga-Möllenbeck 2014; Gerhard 2003). Gemäß dem Universellen Erwerbstätigen-Modell wird Erwerbsarbeit von Frauen allerdings verstärkt erwartet; sie sind also einer Doppelbelastung ausgesetzt bzw. befinden sich in einer „Reproduktionsfalle“ (Winker 2011, S. 339). Mit anderen Worten könnte man sagen, dass die vielzitierte „doppelte Vergesellschaftung“ (Becker-Schmidt 1987) von Frauen im neoliberalisierten konservativen Wohlfahrtsstaat gewissermaßen auf die Spitze getrieben wird.

Solcherlei strukturelle Ungereimtheiten und Widersprüche treffen insbesondere vulnerable Gruppen hart. So verfügen z. B. Alleinerziehende häufig weder über die monetären Ressourcen, um Care-Arbeit auslagern zu können, noch über die zeitlichen Ressourcen, um Care-Bedarfe und zugleich die Sicherung des Lebensunterhalts adäquat zu decken. Dies resultiert in einem stark erhöhten Armutsrisiko von Alleinerziehenden (vgl. Hübgen 2017; Braukmann/Stoll/Juncke 2019). Aus Geschlechterperspektive erscheint dieses Phänomen zusätzlich virulent, da (aufgrund der Frauen zugeschriebenen Zuständigkeit für Care) 90% der Alleinerziehenden weiblich sind (vgl. BMFSFJ 2021a). Auch als Care-Receiver werden Frauen stärker benachteiligt: Altersarmut ist ein weibliches Phänomen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2020a) und Frauen sind daher weniger in der Lage, eigene Care-Bedarfe über professionelle Dienste erfüllen zu können; zugleich leben Frauen im Alter überproportional häufig alleine (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2021) und ein potenziell fürsorgendes Haushaltsmitglied fehlt. Ihnen fehlen nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern auch die Lebensform selbst benachteiligt sie im Hinblick auf ihre Care-Bedarfe.

Die gesellschaftliche Geschlechterordnung in Verknüpfung mit Care zeigt, inwiefern vor allem Frauen insgesamt und im Besonderen diejenigen, die nicht in heteronormativen kleinfamiliären Gefügen leben, zum einen Care-Anforderungen (in Verknüpfung mit Erwerbsanforderungen) ausgesetzt sind. Zum anderen laufen sie Gefahr, dass ihre Care-Bedarfe nicht ausreichend adressiert und erfüllt werden können. Zugleich sind sie häufiger von Armut betroffen. Finanzielle Ressourcen wiederum sind eng mit räumlichen Ressourcen verknüpft. Das bedeutet, auch beim Thema Wohnen scheinen Frauen gegenüber Männern benachteiligt zu sein.

2.2 Wohnen und Wohnungspolitik aus der Geschlechterperspektive

Wohnungspolitik trägt aktuellen Studien zufolge (vgl. z. B. Holm 2021) in beträchtlichem Ausmaß zum Ansteigen sozialer Ungleichheit bei, inwiefern es sich dabei um geschlechtsspezifische Ungleichheitsmechanismen handelt, wird im Folgenden verdeutlicht.

Wohnraum ist in den vergangenen Jahren in Ballungsräumen kontinuierlich teurer geworden (vgl. Immowelt o. J.) und kann durch steigende Löhne nicht kompensiert werden (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2020b). Sich das sprichwörtliche ‚Dach über dem Kopf‘ zu sichern, wird dadurch für viele Menschen zu einem Verarmungsrisiko. „Im Jahr 2018 lebten 4,4 Millionen Haushalte in zu kleinen oder im Verhältnis zu ihren Einkommen zu teuren Wohnungen. Das entspricht einem Anteil von fast 53 Prozent aller Mieter*innenhaushalte, die in nicht leistbaren bzw. in nicht angemessen großen Wohnungen lebten“ (Holm et al. 2021, S. 9). Hiervon sowie von räumlicher Segregation, d. h. der Verdrängung in periphere und/oder problembelastete Stadtquartiere, sind Frauen in besonderem Maße betroffen.

Das liegt auch daran, dass die Wohnungspolitik – ebenso wie die Sozialpolitik – dem Leitbild der heteronormativen Kleinfamilie folgt: Seit ihren Ursprüngen im 19. Jahrhundert verfolgt Wohnungspolitik in Deutschland explizit das Ziel, Wohneigentum für Kleinfamilien zu fördern (vgl. Häußermann/Siebel 1996). Es fällt auf, dass die implizite wie explizite Norm-Wohnform hier das Einfamilienhaus darstellt (vgl. Häußermann/Siebel 1996; Jeske 2021). Entsprechend fällt das deutsche Engagement in Sachen sozialer (Miet-)Wohnungsbau traditionell gering aus (vgl. Schipper/Schönig 2021). Ein gewisser Aufschwung an sozialem Wohnungsbau war in den 1950er bis 1970er Jahren zu verzeichnen, danach allerdings gefolgt von einem deutlichen Rückgang. Die Gründe hierfür sind letztlich in der Neoliberalisierung des Wohlfahrtsstaates zu sehen, da ein Großteil des Rückgangs durch die Privatisierung ehemals staatlicher Wohnbestände bedingt war oder Weiterförderungen sozialer Wohnbestände ausgelassen sind, ohne dass neue lanciert wurden (vgl. Kaltenbrunner/Waltersbacher 2014, S. 8). Betroffen sind von derlei Entwicklungen vor allem Menschen mit geringem Einkommen¹¹, dementsprechend in besonderem Ausmaß Frauen, auch hier insbesondere alleinerziehende (vgl. Hübgen 2017).

Zugute kommen bestehende Förderprogramme stattdessen Familien der gehobenen Mittelschicht. Denn dem Rückzug staatlicher Institutionen aus dem sozialen (Miet-)Wohnungsbau steht das Fortbestehen der Förderung privaten Wohneigentums (z. B. in Form der sogenannten Eigenheimzulage) gegenüber.

11 Darunter fallen auch kinderreiche Familien, Personen mit Migrationserfahrung und Menschen, die nicht genug Einkommen erzielen können oder auch anderweitig Diskriminierung erfahren.

Aus Geschlechterperspektive interessant ist, dass hier neue Förderverfahren hinzugekommen sind, die explizit familialistisch konzipiert sind, etwa das 2018 eingeführte Baukindergeld (vgl. KfW 2021). Auch andere Rechtsbereiche, etwa das Erbrecht, bevorzugen an die Ehe gekoppelten Immobilienbesitz gegenüber anderen Beziehungsformen stark (vgl. BMFSFJ 2021b, S. XI). Aus Geschlechterperspektive interessant ist hier zudem ein zahlenmäßiges Missverhältnis zuungunsten der Frauen: Frauen besitzen weit weniger häufig Immobilien als Männer (vgl. Ptok 2021).

Trotz des Fortbestands der stereotypen Norm¹² des Eigenheims mit Vater, Mutter, Kind erleben gemeinschaftliche Wohnformen in Deutschland aktuell einen Aufschwung (vgl. Schmid/Eberle/Hugentobler 2019a). Historisch betrachtet wurden solcherlei Wohnformen oft bewusst als Alternative zu familialistischen Lebensformen initiiert, etwa in Kibbuzen (vgl. Feingold-Studnik 2002). Dementsprechend verwundert nicht, dass sich auch feministische Bewegungen gemeinschaftlicher Wohnformen annahmen (und annehmen), etwa in Form der Ledigenheime, die Anfang des 20. Jahrhunderts eng mit der Ersten Frauenbewegung verknüpft sind (vgl. Schmid/Eberle/Hugentobler 2019b) oder das „Revival“ der Beginenbewegung im Zuge der Zweiten Frauenbewegung (vgl. Gerngroß-Haas 2008).

Die Anliegen vieler gemeinschaftlicher Wohnformen bestanden also vielfach darin, einerseits handfeste, materielle Umgangsweisen mit herrschender Wohnungsnot zu finden, andererseits aber auch alltägliche Gemeinschaft und Unterstützung, die über familiäre Kontexte hinausgehen. Hier spielten auch Neuarrangements von Care- und Geschlechterverhältnissen eine große Rolle, so wurde beispielsweise in einigen Kibbuzen Kinderbetreuung und -erziehung vollständig vergemeinschaftet und entfamiliarisiert (vgl. Feingold-Studnik 2002). Auch heutige Wohnprojekte machen sich diese Ziele zu eigen, wie erste Ergebnisse unseres Forschungsprojekts veranschaulichen.

3 Forschungsprojekt WellCare

Das Forschungsprojekt „WellCare“ untersucht die Verknüpfungen von Care und Wohnen auf Ebene von Diskursen und Praktiken in der Gemengelage zwischen Sozialpolitik und geschlechterbezogener Strukturiertheit. Während sich das Teilprojekt der OTH Regensburg vornehmlich der Ebene der Kommunalpolitik zuwendet (vgl. Vischer/Schneider/Dollsack in diesem Band), untersucht die

12 Die politische Rahmung und die realen Zahlenverhältnisse stehen hier in einem gewissen Widerspruch zueinander. Denn trotz der Förderung privaten Wohneigentums besitzen in Deutschland verglichen mit z. B. Großbritannien oder Italien nur wenige Menschen Wohneigentum (Egner 2014, S. 16).

Frauenakademie München gemeinschaftliche Wohnprojekte und deren Potenzial hinsichtlich Vergemeinschaftung und einem Aufweichen der Vergeschlechtlichung von Care.

Die empirische Basis der bisherigen Befunde liefern 16 fotogestützte Interviews mit Bewohner*innen von gemeinschaftlichen Wohnprojekten und vier Expert*inneninterviews, beispielsweise mit Gründer*innen von Genossenschaften, Vereinen und Institutionen, die sich mit alternativen, gemeinschaftlichen Wohnprojekten beschäftigen.

Unter gemeinschaftlichen Wohnformen verstehen wir Wohnformen, der eine Gemeinschaft zugrunde liegt, die über die Vorstellung tradierter Kleinfamilien hinausweist – entweder in der Anzahl und dem Verwandtschaftsgrad untereinander oder aber sich ideell davon distanziert. Klassische Familien können sich durchaus im Wohnprojekt beteiligen und dort auch in abgegrenzten Haushalten leben, aber darüber hinaus existiert eine zusätzliche Form von Vergemeinschaftung mehrerer Personen und Haushalte, die sich in unterschiedlichen Abstufungen selbst organisieren und verwalten. Dies schlägt sich in Räumlichkeiten, Praktiken und der diskursiven Rahmung des Wohnalltags nieder.

In der Literatur werden ganz unterschiedliche Wohnformen unter dem Begriff gemeinschaftliche Wohnformen oder Wohnprojekte verstanden, etwa Mehrgenerationenwohnprojekte, partizipative Genossenschaften, Ökodörfer oder Mietshäusersyndikatsprojekte. Sie unterscheiden sich beispielsweise in der Größe, der Motivation, der rechtlichen Organisation und dem Selbstorganisationsgrad oder den Eigentumsverhältnissen. Eine systematische Darstellung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten steht bisher aus bzw. die Fülle an Dimensionen, Motiven und Zielen erschwert eine solche Darstellung (vgl. Spellerberg 2018).

Neben Ansätzen, die über klassische Kleinfamilien hinausgehen und einem gewissen Grad an Selbstbestimmung und Selbstorganisation entsprechen, müssen Projekte die im Folgenden aufgeführten Kriterien erfüllen, um Teil unseres Samplings zu werden.

Aus baulicher Perspektive müssen diese Wohngemeinschaften auch Räume und Flächen aufweisen, die explizit für die Gemeinschaft als solche genutzt und von ihr bewirtschaftet werden. Aus forschungspraktischen Gründen beschränken wir uns in der Fläche und den beteiligten Akteur*innen auf einzelne Gebäude oder ein hofartiges Gebilde. Wir schließen dabei zum einen Wohnheime, klassische WGs, aber auch Dorfgemeinschaften und -strukturen aus. Hinsichtlich der Motivlagen streben wir eine breite Varianz an: Das bedeutet, zum einen untersuchen wir explizit Wohnprojekte, die sich aus einem Care-Anliegen heraus gründen, zum anderen aber auch Wohnprojekte mit anderen Motivlagen.

Die bisher untersuchten Wohnprojekte setzen sich aus drei Mehrgenerationenprojekten, einem Wohnprojekt für Seniorinnen, einem Beginenhof und zwei

inklusive Wohnprojekten zusammen. Die Auswertung der Interviews erfolgt angelehnt an Verfahren der Grounded Theory (vgl. Strauss/Corbin 1996). Im Folgenden werden erste Ergebnisse vorgestellt.

Care wird in den Interviews als Praktik oder Suchbewegung verstanden, die sowohl Räumliches als auch Leitbilder mitdenkt und aktives Sorgen um die anderen ausmacht. Das beinhaltet gedankliche Sorge oder sich kümmern sowie tatsächliches Tun, das sich am anderen orientiert oder aber für ein Kollektiv (die Hausgemeinschaft oder den Haushalt) erbracht wird, es beinhaltet aber auch die eigene Reproduktionsarbeit und die des Hauses bzw. der Hausgemeinschaft.

4 Gemeinschaft und Care

Das Konzept „Gemeinschaft“ ist ein konstituierendes Moment der Wohnprojekte. Oft beziehen sich die Interviewpartner*innen auf dieses Konzept, schreiben ihm, in Form eines entscheidenden Knotenpunkts des jeweiligen Projekts, eine zentrale Bedeutung zu. Care hingegen taucht als Konzept in den meisten Projekten zunächst nicht explizit auf.¹³ Allerdings scheinen Gemeinschaft und Care eng miteinander verwoben zu sein, wie im Folgenden zu sehen sein wird.

4.1 Gemeinschaft durch Begegnung

Wechselseitige Care-Übernahme ist offenbar nur möglich, wenn sich die Personen im Wohnprojekt untereinander kennen und wechselseitig Vertrauen aufbauen konnten. Es muss also die Möglichkeit für Begegnung geschaffen werden – nur so können sich Sozialkontakte aufbauen und festigen. In der Regel schaffen Wohnprojekte dazu Orte, an denen man sich zufällig und spontan begegnet, wie z. B. der gemeinsame Hof oder der Platz vor dem Haus, die gemeinsam geteilte Gartenfläche etc. und sie schaffen auch bestimmte zielgerichtete Begegnungen wie gemeinsame Aktivitäten (gemeinsames Putzen der Gemeinschaftsräume) oder Treffen (Sommerfest, Frühstückstreff). Verstetigen sich solche Begegnungen und kollektive Interaktionen, etwa in Form von Riten oder dergleichen, wird in der entsprechenden Literatur von Gemeinschaftsbildung gesprochen (vgl. Gertenbach et al. 2010, S. 68) und auch die Bewohner*innen selbst bezeichnen verbindliche, zeitüberdauernde Strukturen innerhalb ihrer Gruppe als „Gemeinschaft“.

Werden Care-Erwartungen an Bewohner*innen herangetragen, ohne dass bereits ein ausreichendes Ausmaß an Gemeinschaftsgefühl vorhanden ist, emp-

13 Mit Ausnahme derjenigen Wohnprojekte, die sich aus einer Care-Motivation heraus gründen.

finden diese das unter Umständen als Zumutung und Care wird nicht möglich. Folgendes Beispiel aus unserem Datenmaterial illustriert diesen Sachverhalt:

Also zum Ersten ist es mal, dass man sich nicht schon in dem hilfsbedürftigen Zustand kennenlernt. Das ist ja absurd. Also, das ist ja, als wenn mir jemand einen Pflegefall zumutet. Das finde ich unmöglich. Also, das geht gar nicht. Und wenn man sich ein paar Jahre kennt, und dann auch vielleicht sich stärker mal über eine absehbare Zeit auch umeinander kümmert, auch mit anderen zusammen, dann ist das sicherlich möglich. Aber das ist – glaube ich – die Voraussetzung, dass man sich kennenlernen kann. (B6, Z. 1408–1413¹⁴)

Bei der Bildung des Gemeinschaftsgefühls ist die persönliche Beziehung zu den einzelnen Personen ausschlaggebend, die sich durch gemeinsame Visionen, durch informelle Begegnungen, durch gemeinsame Aktivitäten, durch wechselseitige Sympathie etc. entwickeln kann. Zentral ist hier das, was durch Corona wegfällt: sich treffen, um des Treffens Willen, die spontanen direkten Begegnungen in Haus, Hof oder den geteilten Gemeinschaftsflächen.

4.2 Care durch Gemeinschaft

Legt man einen recht weiten Care-Begriff¹⁵ an, können in Wohnprojekten zwei Qualitäten von Care unterschieden werden: einmal Care, das mit Aufgaben verbunden ist, die sich direkt mit dem Funktionieren des Wohnprojekts befassen und eher zweckgerichtet sind, und Care, das sich eher informell ausbildet und zwischen einzelnen Bewohner*innen stattfindet.

Erstes zielt darauf ab, dass das Wohnprojekt alltagspraktisch als solches bestehen bleibt und funktioniert. Dazu werden oft Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen wie Garten, Gemeinschaftsraum, Werkstatt, ggf. Heizung, Müll, Aufnahmeprozess, etc. gebildet. Teilweise werden Haussprecher*innen ernannt oder gewählt, die Anliegen des Wohnprojektes werden gebündelt an z. B. die Trägerorganisation weitergegeben. Indem diese Aufgaben auf alle verteilt werden und sich alle daran beteiligen, das Wohnprojekt an sich bestehen zu lassen, ergibt sich eine Form von kollektivem Care – vom Kollektiv für das Kollektiv. Dem zugrunde liegen Verständigungsprozesse über den Grad und die

14 Bei diesem und im Folgenden ähnlichen Verweisen handelt es sich um die fortlaufende Zeilennummerierung der Transkripte, die Bezeichnung B steht für Bewohner*in und E für Expert*in.

15 Siehe Kapitel 2 – Care bezieht sich räumlich auf das Wohnprojekt, gewissermaßen als erweiterten Haushalt und umfasst Reproduktions- und Haushaltsarbeit sowie Sorge- und Care-Tätigkeiten für andere (Selbstsorge im Sinne der Erholung und des Wohlbefindens), beinhaltet also keine Engführung auf Pflegetätigkeiten.

Art der Selbstorganisation und Entscheidungsfindung, ebenso werden dabei Kompetenzen und Verantwortungen zugewiesen.

Informelle Care-Tätigkeiten richten sich stärker auf einzelne Bewohner*innen: Hilfe beim Einkaufen, beim Kochen, bei kleineren handwerklichen Dingen im Haushalt, Unterstützung bei der Handhabung technischer Geräte. Teilweise wird auch körperliche Unterstützung geleistet, allerdings mit deutlich markierten Grenzen. Pflege und medizinische Betreuung können und wollen die Bewohner*innen bis auf einzelne Ausnahmen nicht leisten; sehr wohl kümmern sie sich aber um die Organisation beispielsweise eines Pflegedienstes oder berufen Treffen mit den Angehörigen ein, wie nachfolgendes Zitat veranschaulicht:

[W]ir haben alles, was von außen möglich ist, ins Haus geholt. Wir haben uns selber so befreit, entlastet, wie es irgendwie geht. Ambulante Dienste, Ehrenamtliche, die Familie, mit denen haben wir regelmäßig Kaffeekränzchen gemacht und alles besprochen, das lief wirklich toll, [...] also wir haben versucht so ein Netzwerk aus Hilfe zu machen und wir waren ein Teil des Netzwerkes. (B13, Z. 489–503)

Informelles Care betont dabei den Aspekt der Beziehung und das Gesellige. Diese sozialen und beziehungsbezogenen Aspekte scheinen für ein gutes Care ausschlaggebend zu sein (zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Roller/Schmitt 2019).

Den Betrieb des Projekts sicherzustellen, geht für die Bewohner*innen zunächst mit einer Erhöhung des formalen Care-Aufwands einher: Verglichen mit z. B. herkömmlichen Mehrfamilienhäusern müssen sich die Bewohner*innen mehr für Hausmeistertätigkeiten oder den Garten engagieren. Dieser Mehraufwand ist den Bewohner*innen sehr bewusst, wie folgendes Beispiel illustriert:

Wir haben jetzt/ also wir haben einen Vorstand, der wechselt, also alle vier Jahre. Und jetzt waren zwei Menschen im Vorstand aus dem anderen Haus. Und die gehen jetzt raus und wahrscheinlich gehe ich mit in den Vorstand. Und das ist halt wie unbezahlte Arbeit für die Genossenschaft. Und das ist richtig (lachen) viel Arbeit. (B15, Z. 2177–2181)

Gleichzeitig kommt es allerdings auch zu einer Umverteilung von Care; Aufgaben werden buchstäblich auf mehrere Schultern verteilt.

[E]s war eher so auch der Punkt, dass ich gerne einen Garten gehabt hätte, und solche Dinge, aber, dass ich mir das alleine einfach/ das ist zeitlich Wahnsinn. Dass in meinem Arbeitsalltag und mit den Kindern. Und hier ist das so, dass man auch einen Garten hat. (B6, Z. 101–104)

Und dann kam gestern der Vorschlag, ein Esskarussell, nein Kochkarussell nennt sich das. Und das fängt heute an, einer [...] Und dann Essen abzuholen, ne? [...] ich habe mich auch zum Kochen gemeldet, vielleicht in 14 Tagen, drei Wochen, weil ich eben gerne koche. Also ich werde nicht Abnehmer sein, sondern würde auch gerne kochen. (B8, Z. 200–206)

Aus einer Care-Perspektive besonders interessant ist, dass sich Möglichkeitsräume ergeben, innerhalb derer die Dichotomie Care-Giver versus Care-Receiver ein Stück weit aufgelöst werden kann. Indem unterschiedliche Ressourcen geteilt werden, wie Werkzeug, Mobilitätsmöglichkeiten, Wohn- oder Nutz-Raum (öffentliche Räume wie der Garten, der Hof oder der Gemeinschaftsraum) verringern sich für die einzelnen Bewohner*innen die Kosten und der zeitliche Aufwand; zugleich steigert sich deren Wohnqualität.

Ähnliches kann auch auf Care zutreffen: Durch Teilen und Verlagern von Care-Verpflichtungen auf mehr Schultern werden bei Care-Givern wiederum eigene Zeitressourcen frei, die es erlauben sich anderen Dingen widmen zu können. Das bedeutet letztlich, dass hier Zeitressourcen zum Self-Care bzw. zur Erholung ermöglicht werden. Außerdem erlaubt es der gegenseitige Support unter Care-Givern, dass diese sich zugleich auch als Care-Receiver erleben können. Als Beispiel wäre hier zu nennen, dass gerade Alleinerziehende unter den Befragten angaben, in ihrer Lebensqualität stark davon zu profitieren, dass andere Bewohner*innen z. B. für sie kochen oder den gemeinsamen Garten bewirtschaften.

Darüber hinaus werden Care-Giver auch dann zu Care-Receiver, wenn andere ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Besonders deutlich wird dies z. B. in einem unserer untersuchten Wohnprojekte, in dem vornehmlich Eltern mit Kindern leben:

Und es war auch [...] hatte A. Geburtstag. [...] Und die ist auch in irgendeinem Zwischenzustand mit ihrem Partner. Und die hat das ganz doll so gesagt, dass sie meinte, boah, das ist für sie/ Also es ist nicht mit allen gleich eng. Aber für sie ist es unglaublicher Halt gewesen in der Zeit, wo es so schwer war, nicht alleine zu sein und einfach immer jemanden zu haben, wo man hingehen kann. Und das ist nie der gleiche Mensch, weil, du kannst ja nicht immer offen sein, so. Aber dass es einfach die Möglichkeit gibt. Also ich weiß nicht, wir haben/ Ich habe öfter mal irgendwie dann irgendwas vorbeigebracht, einen Kuchen oder Erdbeeren. Und mit B. hat sie viel gesprochen, mit C. hat sie viel geredet. Wir haben die Kinder manchmal zum Essen eingeladen. Also da gibt es viel so, wo wir uns, finde ich, gegenseitig halten. (B15, Z. 975–986)

Damit können sich Rollen zwischen Care-Giver und Care-Receiver verschieben – weil vor allem Eltern als klassische Care-Giver jetzt auch als Care-Receiver wahrgenommen werden können und Personen, die im Alltag auf eine Unterstüt-

zung angewiesen sind, auch Care-Giver-Funktionen übernehmen können (siehe dazu oben das Zitat aus Interview B8)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Care auf unterschiedliche Art re-kollektiviert werden kann: Zum einen bestehen gemeinschaftliche Care-Bedarfe – das Funktionieren und der Erhalt des Wohnprojektes selbst –, die durch die Gemeinschaft erbracht werden. Zum anderen bestehen individuelle bzw. haushaltsbezogene Care-Bedarfe, die durch eine wechselseitige Übernahme von Aufgaben die Zuschreibung von Care-Receiver und Care-Giver aufweicht und dadurch zur Entlastung aller Beteiligten beitragen kann.

5 Frauen in gemeinschaftlichen Wohnformen

Frauen werden – im Zuge der geschlechterdichotomen Zuweisung – als Care-Giver gelabelt. Daher liegt schon, in der (teilweise) Überschreitung der Care-Giver-versus Care-Receiver-Dichotomie ein gewisses transformatives Potenzial. Auch in anderer Hinsicht erscheint der Blick auf Frauen in Wohnprojekten aufschlussreich. Es fällt auf, dass in den von uns untersuchten Wohnprojekten durchweg mehr Frauen als Männer leben. Ein Initiator mehrerer Wohnprojekte erklärt dies auch mit Geschlechterbildern:

Männer haben einen eher heldenhaften Zugang, also in der Generation (zu ihrem Leben?), die glauben nicht, dass sie Strukturen brauchen, die sie unterstützen, so, ich kriege ja immer alles gebacken. Und da haben Frauen einen anderen Bezug, die suchen auch wirklich das Netzwerk, die suchen Gesellschaft, die suchen Strukturen, die sie unterstützen und die ihnen helfen. (E4, Z. 546–550)

Empirisch zeigt sich, dass solche Kollektivierungsprozesse von Care, aber auch von Wohnen, insbesondere für Frauen attraktiv sind. Ressourcen werden geteilt, aber auch Belastungen und Anforderungen – hinsichtlich Care – können auf mehrere Schultern verteilt werden. Gerade für Alleinerziehende eröffnen sich an dieser Stelle Entlastungsmomente, wie eine Bewohnerin anmerkt:

Wir haben jeder unseren eigenen Balkon. Und jeder hat seine eigene Wohnung. Aber Vieles betreiben wir gemeinsam. Und dann teilt sich ja der Aufwand, und auch das Finanzielle teilt sich. Und das ist irgendwie eine total schöne Möglichkeit, das zu haben und gleichzeitig nicht alles alleine machen zu müssen. (B6, Z. 104–108)

Neben diesen Aspekten des Teilens von Ressourcen und des wechselseitigen Entlastens kann Wohnen zu einem Schutzraum vor dem anderen Geschlecht werden und zu einer Gemeinschaft unter ‚Gleichen‘ werden. Letzteres äußern insbesondere Frauen-Wohnprojekte wie die Interviewpartnerinnen im Beginenprojekt.

Einen weiteren Aspekt betrifft das Leben im Alter – auch hier finden sich vor allem Frauen in gemeinschaftlichen Wohnformen wieder. Frauen in heterosexuellen Partnerschaften überleben im Alter durchschnittlich oft ihren Partner und bleiben erst einmal als allein lebende Witwen zurück – aufgrund der durchschnittlich höheren Lebenserwartung von Frauen und einer Tendenz zu Partnerschaften zwischen jüngeren Frauen und älteren Männern (vgl. Helfferich 2017, S. 156). Als Motivation für gemeinschaftliches Wohnen äußern die Seniorinnen unter unseren Befragten, nicht alleine leben zu wollen und die Hoffnung auf Unterstützung in alltäglichen Belangen (z. B. Interview B4).

Frauen tendieren zu einem spezifischen Profil: Sie übernehmen Care-Aufgaben und sind tendenziell stärker von Armut betroffen als Männer – insbesondere, wenn sie allein leben, Care-Verantwortung tragen und/oder älter sind. Dies ist in hohem Maße normativ und wohlfahrtsstaatlich geprägt. Normativ deshalb, weil Care impliziter und expliziter Teil dessen ist, was an Frauen als Weiblichkeitsanforderung herangetragen wird. Auch im 21. Jahrhundert gehört ‚fürsorglich sein‘ immer noch zum transportierten Repertoire von „Frau sein“ (Debus 2012), was – wie einleitend erläutert wurde – implizit auch wohlfahrtsstaatlich untermauert wird.

In dieser Profilbildung zeigen sich strukturelle und geschlechtsbezogene Ungleichheitsdynamiken, die durch das Leben und Wohnen in Wohnprojekten tendenziell abgeschwächt werden.

Und, ja, es ist ja/ und, was hinzukommt, was total wichtig ist: Wenn man getrennt ist als Frau mit zwei Kindern und alleinerziehend ist, dann kriegt man nicht mal eben so eine Wohnung [...] Und das ist ein ganz, ganz großer Punkt. Und da sind diese Genossenschaften, also unsere Genossenschaft einfach wahnsinnig offen und nicht, nicht so kritisch wie private Vermieter. Das ist einfach so. (B6, Z. 62–70)

Deutlich an diesem Zitat wird, dass Frauen in spezifischen Lebenslagen nicht auf sozialpolitisch geförderte heteronormative Familienstrukturen zurückgreifen können, die Wohnen und Care in spezifischer Weise organisieren, sondern sie müssen sich individuell neue Lebens- und Care-Formen suchen.

Insofern könnte man auch davon sprechen, dass Frauen an dieser Stelle Innovationstreiberinnen sind, denn sie betreten – und zwar oft aus Notwendigkeit heraus – neues Terrain hinsichtlich Vorstellungen von Familie und gemeinschaftlich geteilter Sorge. Dies betonen auch andere Untersuchungen zum Thema gemeinschaftliches Wohnen von Frauen (vgl. Gerngroß-Haas 2008; Becker 2009).

Nichtsdestotrotz können Geschlechterrollenstereotype und andere dichotome diskursive Rahmungen auch in gemeinschaftlichen Wohnprojekten fortbestehen, wie folgende Zitate illustrieren:

Es gibt eine AG, das sind fünf Herren, die sich um die Einrichtung gekümmert haben, die helfen, wenn jemand Bedarf hat, beim Lampenaufhängen, beim Schränke zusammenschrauben. (B5, S. 10, Z. 388–390)

Das war eine gute Arbeit, sehr vermittelt, das ist ein gutes halbes Dutzend, das sind primär Frauen, die sich auch um die Vor/ den Gang also vor dem Gemeinschaftsraum gekümmert haben. (B5, S. 10, Z. 397–399)

Typische geschlechtsspezifische Rollenverteilungen und Zuständigkeiten können hier abgelesen werden, die nichtsdestotrotz machtanalytisch etwas anders gedeutet werden müssen, als dies im Falle traditioneller bürgerlicher Kleinfamilien der Fall wäre. Da finanzielle Ressourcenfragen ein Stück weit abgedeckt werden (z. B. durch umverteilte Mietgestaltung und gemeinsam genutzte Ressourcen) und zudem die diskursive Rahmung von Care als „Liebesdienst“ (Bock/Duden 1977) wegfällt, verlieren Aufgabenverteilungen ein Stück weit ihre emotionale und machtvolle Aufladung.

Daher bietet ein Wohnprojekt die Möglichkeit, über eine Re-Organisation von Care unter Einbezug von Geschlechterfragen und anderen Ungleichheiten nachzudenken und auszuprobieren, wie Care jenseits tradierter, oft sozialisierter Rollenvorstellungen gelebt werden kann. Ein Selbstläufer ist das allerdings nicht, wie die Daten bisher zeigen. Nichtsdestotrotz sollte Care auch im Wohnprojekt weiter diskutiert und politisiert werden, mit dem Ziel, die Verbindung von Care und Weiblichkeit bewusst in Frage zu stellen. So kann ein Prozess angestoßen werden, der Care unabhängig von Geschlecht und geschlechtsspezifischen Zuschreibungen versteht und praktiziert.

6 Fazit und Ausblick

Wohnprojekte bieten Chancen, Care zum einen zu kollektivieren und zum anderen chancengleich zu arrangieren. Allerdings sollte man sich das „Reallabor Wohnprojekt“ nicht als emanzipatorischen Selbstläufer vorstellen, sondern vielmehr als eine Art fruchtbaren Boden. Ein solcher lässt sich, im Sinne einer umfassenderen theoretischen Einordnung unserer Ergebnisse als „Möglichkeitsraum“ fassen. Angelehnt an Foucaults Heterotopie-Konzept (2013) verstehen wir unter Möglichkeitsraum eine bestimmte Anordnung von Diskursen und Materialitäten, die gewisse Subjektpositionen und Praktiken auf eine spezifische Art und Weise möglich machen. Das bedeutet nicht, dass gewisse Phänomene zwangsläufig hervorgebracht werden, sondern eben, dass innerhalb eines Arrangements¹⁶ Seinsweisen denkbar und umsetzbar sind, die anderswo so nicht möglich wären.

16 Mit Foucault könnte man hier auch von Dispositiv sprechen (Bührmann/Schneider 2008).

Konkret ausgedrückt heißt das, dass Wohnprojekte z. B. durch räumliche Nähe, Gemeinschaftlichkeit und finanzielle Umverteilungen eine Abschwächung von Geschlechtszuschreibungen im Hinblick auf und Neuverteilung von Care begünstigen.

Hiervon können alle profitieren: Frauen nicht zuletzt deshalb, weil sie zu den Hauptverliererinnen des derzeitigen Immobilienmarkts zählen und sie in anderen Lebens- bzw. Haushalts-Arrangements in ihren Handlungsspielräumen stark eingeschränkt sind. Aber auch Männer, die sich stärker am Care-zentrierten Lebensmodell orientieren, als am Leistungsdiktat des Erwerbsarbeitsmodells (vgl. Scholz/Heilmann 2019), erleben hier die Möglichkeit sich auszuprobieren. Auch Menschen, die aus vielfältigen Gründen nicht auf familiäre Bande zurückgreifen können oder wollen, können sich im Hinblick auf die eigene und andere Angewiesenheit hier ausprobieren. Die Wohnprojekte bieten außerdem die Möglichkeit, sich der Individualisierung von Care und der Vereinzelung im Wohnen zu entziehen und stellen damit der Krise konservativer, neoliberalisierter Wohlfahrtspolitik ein konstruktives Gegenbild gegenüber. Gerade durch das potenzielle Aufbrechen und Hinterfragen tradierter Haushalts- und Lebensformen, die geschlechtsspezifische Zuschreibungen und Ungleichheiten bei der Organisation von Care eingewebt haben, können geschlechtsbezogene Egalitätsansprüche gestellt, verhandelt und praktisch ausprobiert werden. Dass Frauen Adressatinnen und Interessentinnen bilden (auch jenseits sog. „alternativer“ oder „linker“ Einstellungen und Lebensentwürfen) verdeutlicht, dass sie von der Sorgekrise besonders betroffen sind und unter strukturellen Abhängigkeiten – vom Ehepartner, dem Erwerbsarbeitsmarkt und dem Wohnungsmarkt – leiden.

Ein Ansatz für eine innovative Wohn- und Care-Politik wäre, die positiven Erfahrungen aus Wohnprojekten in eine Wohlfahrtspolitik zu übersetzen, die mehr als bisher vielfältige Care-Netzwerke (auch außerhalb verwandtschaftlicher Bezüge) rechtlich und finanziell stärkt und feministische und sozialräumliche Ansätze noch stärker berücksichtigt, als das bisher der Fall ist.

Literatur

- Apitzsch, Ursula/Schmidbaur, Marianne (Hrsg.) (2010): Care und Migration. Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen. Opladen: Barbara Budrich.
- Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria (Hrsg.) (2014a): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft. Weinheim: Beltz Juventa.
- Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria (2014b): Krisen des Sorgens. Zur herrschaftsförmigen und widerständigen Rationalisierung und Neuverteilung von Sorgearbeit. In: Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria (Hrsg.): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft. Weinheim: Beltz Juventa. S. 65–76.

- Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria/Riegraf, Birgit (2018): Care und Care Work. In: Böhle, Fritz/Voß, Günter/Wachtler, Günther (Hrsg.): Handbuch Arbeitssoziologie: Band 2: Akteure und Institutionen. Wiesbaden: Springer VS. S. 747–766.
- Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (Hrsg.) (2014): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Care: Work, Relations, Regime. In: Soziale Welt, Sonderband 20. Baden Baden: Nomos.
- Auth, Diana/Rudolph, Clarissa (2017): Care im sozialinvestiven Wohlfahrtsstaat – mehr Geschlechtergerechtigkeit oder mehr Krise? In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 26, H. 2, S. 9–19.
- Becker-Schmidt, Regina (1987): Doppelte Vergesellschaftung – doppelte Unterdrückung: Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften. In: Unterkircher, Lilo/Wagner, Irene (Hrsg.): *Die andere Hälfte der Gesellschaft*, Wien: Verlag d. Österr. Gewerkschaftsbundes. S. 10–25.
- Becker, Ruth (2009): *Frauenwohnprojekte – keine Utopie. Ein Leitfaden zur Entwicklung autonomer Frauen(wohn)räume mit einer Dokumentation realisierter Projekte in Deutschland*. Dortmund: Studien Netzwerk Frauenforschung NRW.
- Bock, Gisela/Duden, Barbara (1977): *Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus*. In: *Frauen und Wissenschaft: Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen*, Juli 1976. Berlin: Courage-Verlag. S. 118–199.
- Braukmann, Jan/Stoll, Evelyn/Juncke, David (2019): *Alleinerziehend – Situation und Bedarfe*. [vamv-live-1a5003a80f6644c3855ee16bd7019-03bb958.divio-media.com/filer_public/37/35/3735f340-4142-4ea1-af6e-32d88ab445bb/vamv_alleinerziehende-situationen_und_bedarfe_einzelseiten_web.pdf](https://www.vamv-live-1a5003a80f6644c3855ee16bd7019-03bb958.divio-media.com/filer_public/37/35/3735f340-4142-4ea1-af6e-32d88ab445bb/vamv_alleinerziehende-situationen_und_bedarfe_einzelseiten_web.pdf) (Abfrage: 04.05.2021).
- Brückner, Margrit (2011): *Zwischenmenschliche Interdependenz – Sich Sorgen als familiäre, soziale und staatliche Aufgabe*. In: Böllert, Karin/Heite, Catrin (Hrsg.): *Sozialpolitik als Geschlechterpolitik*. Wiesbaden: VS. S. 105–122.
- Bühmann, Andrea D./Schneider, Werner (2008): *Vom Diskurs zum Dispositiv*. Bielefeld: transcript.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2021a): *Chancen und Teilhabe für Familien. Allein- und getrennt Erziehende fördern und unterstützen*. www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/chancen-und-teilhabe-fuer-familien/alleinerziehende (Abfrage: 20.05.2021).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2021b): *Neunter Familienbericht*. www.bmfsfj.de/resource/blob/174094/93093983704d614858141b8f14401244/neunter-familienbericht-langfassung-data.pdf (Abfrage: 25.08.2021).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2021c): *Soziale Berufe – interessant für Frauen und Männer*. www.cm10.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/aufwertung-sozialer-berufe/soziale-berufe-interessant-fuer-frauen-und-maenner-181446 (Abfrage: 31.08.2021).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2020a): *Altersarmut*. www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/158603/altersarmut (Abfrage: 31.08.2021).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2020b): *Lohnentwicklung*. www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61766/lohnentwicklung (Abfrage: 31.08.2021).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2021): *Alleinlebende nach Geschlecht und Familienstand*. www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61572/alleinlebende (Abfrage: 31.08.2021).
- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (2008): *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden: VS.
- Daly, Mary (2011): *What Adult Worker Model? A Critical Look at Recent Social Policy Reform in Europe from a Gender and Family Perspective*. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 18, H. 1, S. 1–23.

- Debus, Katharina (2012): Und die Mädchen? Modernisierungen von Weiblichkeitsanforderungen. In: Dissens e.V. et al. (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule. Berlin: Dissens e.V. S. 103–124.
- Egner, Björn (2014): Wohnungspolitik seit 1945. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 64, H. 20–21, S. 13–19.
- Esping-Andersen, Gøsta (1998): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, Stephan/Ostner, Ilona (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt am Main: Campus. S. 19–55.
- Feingold-Studnik, Shoshona (2002): Der Kibbuz im Wandel. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Foucault, Michel (2013): Die Heterotopien. Der utopische Körper. Berlin: Suhrkamp.
- Gerhard, Ute (2003): Geschlecht. Frauen im Wohlfahrtsstaat. In: Lessenich, Stephan (Hrsg.): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt am Main: Campus. S. 267–286.
- Gerngroß-Haas, Gabriele (2008): Anders leben als gewohnt. Königstein: Ulrike Helmer.
- Gertenbach, Lars/Laux, Henning/Rosa, Hartmut/Strecker, David (2010): Theorien der Gemeinschaft zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1996): Soziologie des Wohnens. Weinheim: Juventa.
- Helfferich, Cornelia (2017): Familie und Geschlecht. Opladen: Barbara Budrich.
- Holm, Andrej (Hrsg.) (2021): Wohnen zwischen Markt, Staat und Gesellschaft. Ein sozialwissenschaftliches Handbuch. Hamburg: VSA.
- Holm, Andrej/Regnault, Valentin/Sprengholz, Maximilian/Stephan, Meret (2021): Die Verfestigung sozialer Wohnversorgungsprobleme: Entwicklung der Wohnverhältnisse und der sozialen Wohnversorgung von 2006 bis 2018 in 77 deutschen Großstädten. Working Paper Forschungsförderung, Nr. 217. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Hübgen, Sabine (2017): Armutsrisiko alleinerziehend. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 67, H. 30–31, S. 22–27.
- Immowelt (o. J.): Immobilienpreise in Deutschland. www.immowelt.de/immobilienpreise (Abfrage: 31.08.2021).
- Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.) (2013): Monitor Familienleben 2013. Einstellungen der Bevölkerung zur Familienpolitik und zur Familie. www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/7887_Monitor_Familienleben_2013.pdf (Abfrage: 30.11.2021).
- Jeske, Ines-Maria (2021): Kapitel 5. Menschenrecht auf Wohnen. In: Holm, Andrej (Hrsg.): Wohnen zwischen Markt, Staat und Gesellschaft. Ein sozialwissenschaftliches Handbuch. Hamburg: VSA. S. 65–82.
- Jürgens, Kerstin (2010): Deutschland in der Reproduktionskrise. In: Leviathan, 38, H. 4, S. 559–587.
- Kaltenbrunner, Robert/Waltersbacher, Matthias (2014): Besonderheiten und Perspektiven der Wohnsituation in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 64, H. 20–21, S. 3–12.
- KfW (2021): Baukindergeld. [www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Neubau/F%C3%B6rderprodukte/Baukindergeld-\(424\)/](http://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Neubau/F%C3%B6rderprodukte/Baukindergeld-(424)/) (Abfrage: 30.08.2021).
- King, Vera/Gerisch, Benigna/Rosa, Hartmut/Schreiber, Julia/Salfeld, Benedikt (2019): Überforderung als neue Normalität. Widersprüche optimierender Lebensführung und ihre Folgen. In: Fuchs, Thomas/Iwer, Lukas/Micali, Stefano (Hrsg.): Das überforderte Subjekt. Zeitdiagnosen einer beschleunigten Gesellschaft. Berlin: Suhrkamp. S. 227–257.
- Leitner, Sigrid (2010): Familialismus in konservativen Wohlfahrtsstaaten. Zum Wandel des Geschlechterleitbilds in der Kinderbetreuungs- und Altenpflegepolitik. In: Auth, Diana/Buchholz, Eva/Janczyk, Stefanie (Hrsg.): Selektive Emanzipation: Analysen zur Gleichstellungs- und Familienpolitik. Opladen: Barbara Budrich. S. 219–238.
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript.

- Lewis, Jane (2004): Auf dem Weg zur „Zwei-Erwerbstätigen“-Familie. In: Leitner, Sigrid/Ostner, Ilona/Schratzenstaller, Marianne (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden: Springer VS. S. 62–84.
- Lutz, Helma (2008): When Home Becomes a Workplace: Domestic Work as an Ordinary Job in Germany. In: Lutz, Helma (Hrsg.): Migration and domestic work. A European perspective on a global theme. Aldershot, England, Burlington, VT: Ashgate (Studies in migration and diaspora). S. 43–60.
- Lutz, Helma (2009): Who Cares? Migrantinnen in der Pflegearbeit in deutschen Privathaushalten. In: Larsen, Christa/Joost, Angela/Heid, Sabine (Hrsg.): Illegale Beschäftigung in Europa. Die Situation in Privathaushalten älterer Personen/Illegal employment in Europe: the situation in private homes of the elderly. 1. Auflage. München, Mering: Rainer Hampp Verlag. S. 41–50.
- Lutz, Helma (2018): Die Hinterbühne der Care-Arbeit. Transnationale Perspektiven auf Care-Migration im geteilten Europa. Weinheim: Beltz Juventa.
- Lutz, Helma/Palenga-Möllenbeck, Ewa (2014): Care-Migrantinnen im geteilten Europa. Verbindungen und Widersprüche in einem transnationalen Raum. In: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (Hrsg.): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Soziale Welt – Sonderband 20. Baden-Baden: Nomos. S. 217–231.
- Notz, Gisela (2015): Kritik des Familismus. Stuttgart: Schmetterling.
- Ostner, Ilona (1990): Der partikularistische Sozialstaat. Das Beispiel der Frauen. In: Dresse, Werner/Heinz, Walter R./Peters, Gerd/Schober, Karen (Hrsg.): Lebenslauf, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. S. 19–40.
- Pfau-Effinger, Birgit (2005): Welfare State Policies and the Development of care Arrangements. In: European Societies 7, H. 2, S. 321–347.
- Ptok, Julia (2021): Frauen sind bei Immobilienkäufen stark unterrepräsentiert. In: Hypofriend Insights 08.03.2021. hypofriend.de/de/hypofriend-insights-Frauen-immobilienkaufen-stark-unterrepraesentiert.ahn (Abfrage: 31.08.2021).
- Rerrich, Maria S. (2006): Die ganze Welt zu Hause. Cosmophile Putzfrauen in privaten Haushalten. Hamburg: Hamburger Edition.
- Reuschke, Darja (Hrsg.) (2010): Wohnen und Gender. Theoretische, politische, soziale und räumliche Aspekte. Wiesbaden: VS.
- Roller, Katrin/Schmitt, Sabrina (2019): Sorgebeziehungen im Wandel. Geld oder Liebe? Das Beispiel Live-In Pflegekräfte. In: Burzan, Nicole (Hrsg.): Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018. publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2018/article/view/1182/1212 (Abfrage: 11.12.2021).
- Schipper, Sebastian/Schönig, Bettina (2021): Die ewig neue Wohnungsfrage! Auf den Spuren bundesdeutscher Debatten zur sozialen Wohnraumversorgung. In: Egner, Björn/Grohs, Stephan/Robischon, Tobias: Die Rückkehr der Wohnungsfrage. Wiesbaden: Springer VS. S. 77–98.
- Schmid, Susanne/Eberle, Dietmar/Hugentobler, Margrit (2019a): Das Gemeinschaftliche im Wohnen: Kontext und Überblick. In: Schmid, Susanne/Eberle, Dietmar/Hugentobler, Margrit (Hrsg.): Eine Geschichte des gemeinschaftlichen Wohnens. Basel: Birkhäuser. S. 10–14.
- Schmid, Susanne/Eberle, Dietmar/Hugentobler, Margrit (2019b): Ledigenheime und Boardinghäuser für Stadtnomaden. In: Schmid, Susanne/Eberle, Dietmar/Hugentobler, Margrit (Hrsg.): Eine Geschichte des gemeinschaftlichen Wohnens. Basel: Birkhäuser. S. 56–59.
- Scholz, Sylka/Heilmann, Andreas (2019): Caring Masculinities? Männlichkeiten in der Transformation kapitalistischer Wachstumsgesellschaften. München: oekom.
- Spellerberg, Annette (2018): Neue Wohnformen – gemeinschaftlich und genossenschaftlich. Erfolgsfaktoren im Entstehungsprozess gemeinschaftlichen Wohnens. Wiesbaden: VS.

- Statistisches Bundesamt (2020): 6,4 Millionen Menschen lebten in Deutschland 2019 in überbelegten Wohnungen. www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/_inhalt.html (Abfrage: 31.08.2021).
- Strauss, Anselm/Corbin, Juliet (1996): *Grounded Theory*. Weinheim: Psychologie Verlagsunion.
- Vischer, Nina/Schneider, Kyra/Dollsack, Sophia (2022): „Habe ich mir noch nie Gedanken darüber gemacht“ – Interdependenz von Wohnen, Care und Geschlecht bei kommunalen Akteuren. In: Knobloch, Ulrike/Theobald, Hildegard/Dengler, Corinna/Kleinert, Ann-Christin/Gnadt, Christopher/Lehner, Heidi (Hrsg.): *Caring Societies – Sorgende Gesellschaften: Neue Abhängigkeiten oder mehr Gerechtigkeit?* Weinheim: Beltz Juventa (im Erscheinen).
- Wagenknecht, Peter (2007): Was ist Heteronormativität? Zu Geschichte und Gehalt des Begriffs. In: Hartmann, Jutta/Klesse, Christian/Wagenknecht, Peter/Fritzsche, Bettina/Hackmann, Kristina: *Heteronormativität*. Wiesbaden: VS. S. 17–34.
- Winker, Gabriele (2011): Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive. In: *Das Argument* 53, H. 3, Nr. 292, S. 333–344.
- Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.

Mit Self-Care wider die Wachstumskrise?

Ambivalenzen der Selbstsorge in der Postwachstumsbewegung

Anna Saave

1 Einleitung

Die Welt ist voller Widersprüche – und das gilt auch für den Bereich des Aktivismus. In diesem Artikel möchte ich erste Erkenntnisse aus einem zuerst individuell und mittlerweile im Kollektiv¹ verfolgten Forschungsinteresse darstellen, das sich mit Ambivalenzen der Praxis von Postwachstumsaktivist*innen beschäftigt. Postwachstumsbewegte Menschen suchen praktisch und theoretisch nach Alternativen zum aktuellen Wirtschaftssystem, das immer weiter wachsen muss, um nicht in Krisen zu geraten, wobei Wirtschaftswachstum selbst immer stärker spürbare soziale und ökologische Krisen generiert. Menschen, die sich für Postwachstum einsetzen, begegnen auch Widersprüchen, die sich maßgeblich aus der Vereinbarkeit ihres Aktivismus für Postwachstum – auf der Praxis- sowie auf der Werteebene – und sonstigen Anforderungen ihres Lebens ergeben. Auf diese „persönlichen“ Zielkonflikte und erlebten Widersprüche reagieren Individuen unterschiedlich. Eine Möglichkeit besteht darin, Widersprüche zu vermeiden und daher zu versuchen, ein möglichst „pures“ Degrowth-Leben zu führen. Widersprüchlichkeit kann auch insofern vermieden und abgelehnt werden, dass sich deren Ablehnung gegen die Individuen selbst richtet. Die Reaktionen von Postwachstumsaktivist*innen auf Widersprüche sind vielfältig und ständig im Suchen begriffen, aber auch maßgeblich von diesem Spannungsverhältnis geprägt. Um zu anderen Umgangsmöglichkeiten mit Widersprüchen im Postwachstumskontext zu finden, zeige ich im Folgenden Muster von Widersprüchen auf, vertiefe diese anhand der Reflexion eines im Kollektiv Ambivalent Degrowers durchgeführten Workshops für die Postwachstumsbewegung und diskutiere Selbstsorge als mögliche Lösung für deren Auflösung.

1 Das internationale Kollektiv Ambivalent Degrowers besteht aus Eeva Houtbeckers, Javier Lloveras, Adam Marshall, Anna Saave und James Scott Vandeventer.

Widersprüche sind primär ein Thema der (psychologischen) Beratung, die das Ziel hat, Klient*innen bei der Bewältigung von Widerspruchserfahrungen zu unterstützen. Vereinzelt findet sich das Thema auch in der Literatur zur Bearbeitung sozial-ökologischer Krisen, etwa im Nachhaltigkeitsmanagement (Müller-Christ/Arndt/Ehnert 2007). Im Zusammenhang mit Postwachstum wurden Widersprüche bisher nur vereinzelt diskutiert (vgl. Linnemann 2018; Brossmann/Israr 2020). Beide Untersuchungen haben mit der Thematisierung von Widersprüchen im Postwachstumskontext Pioniercharakter und loten die individuell-psychologische Ebene von Postwachstumstransformation aus. Kirsten Linnemann untersucht widerständige Alltagspraktiken als „iterative Momente“ (Linnemann 2018, S. 240) der Gegen-Führung. Johannes Brossmann und Mine Israr (2020, S. 925) setzen sich das Ziel, gelebtes Postwachstum konzeptionell zu beschreiben. Widerspruchserfahrungen spielen bei ihrer Bestandsaufnahme von Praktiken des Postwachstums punktuell eine Rolle. Jenseits dieser bisher seltenen direkten Verknüpfung von Widersprüchen und Postwachstum in der Literatur wurden bereits allgemeiner Subjektivitäten im Kontext von Wachstum/Postwachstum beschrieben (vgl. z. B. Welzer 2011; Eversberg/Schmezer 2017), was eine zukünftige Zusammenführung dieser Ansätze nahelegt. Dennoch stellt die Thematisierung von Selbstverhältnissen im Degrowth-Aktivismus weitgehend ein Forschungsdesiderat dar: „our research suggests that degrowth literature needs to recognize and discuss practices related to the self more prominently“ (Brossmann/Israr 2020, S. 926). Zur Untersuchung des Umgangs mit Widersprüchen fokussiere ich zunächst vor allem auf die individuelle Ebene, deren Untersuchung jedoch – das sei schon vorab erwähnt – darauf deutet, dass zum Umgang mit der Wachstumskrise ebenso Strategien auf struktureller Ebene nötig sind.

2 Muster aktueller Widersprüche

Jede Zeit stellt die Menschen, die in ihr leben, vor spezifische Herausforderungen, die in die Bewältigung² von Widersprüchen münden. Der neoliberale, finanzmarktgetriebene Spätkapitalismus generiert Muster aktueller Widersprüche, die Individuen in Bezug auf ihre Selbstverhältnisse herausfordern. Auch wenn bestimmte Herausforderungen nicht alle Menschen gleichermaßen betreffen, produzieren Gesellschaften doch Muster von Widersprüchen und Dilemmata, die Menschen zu ihrer gelingenden Lebensführung bewältigen müssen. In der heutigen Zeit sieht sich ein Großteil der Bevölkerung westlicher Gesellschaften

2 Mit Bewältigung meine ich sowohl die Bewusstwerdung und Bearbeitung von Widersprüchen als auch deren mögliche Ausblendung; d. h. es geht um Strategien, mit Widersprüchen umzugehen.

etwa mit der Herausforderung einer zunehmenden Prekarisierung von Erwerbsarbeit konfrontiert (vgl. Marchart 2013). Gleichzeitig nimmt die Schwierigkeit zu, Beruf und Sorgetätigkeit zu vereinen (vgl. Jürgens 2010) und Anforderungen an privat zu leistende Sorgetätigkeiten steigen (vgl. van Dyk/Haubner 2021). Durch zunehmende ökologische Krisen kommt auch hinzu, dass sich Individuen vermehrt fragen: „Wie kann ich nachhaltig konsumieren und leben (obwohl ich mir grünen Konsum nicht leisten kann)?“ Widersprüchlich ist daher auch, verantwortlich konsumieren zu wollen und gleichzeitig in den größeren (welt-)gesellschaftlichen Zusammenhang der imperialen Lebensweise (vgl. Brand/Wissen 2017) eingebunden zu sein, der nachhaltigere Lebensweisen geradezu verhindert. Zur brennenden Frage wird ebenso, wie Menschen ihre Zukunfts- oder Familienplanung angesichts eines sich wandelnden Klimas sinnvoll ausrichten können. Dies berührt auch die Erfahrung, der nahenden und bereits präsenten Klimakrise gefühllos zuzusehen (und seine Kinder nicht in dieselbe Lage bringen zu wollen), während gesellschaftliche Strukturen, in die die Individuen hineingewachsen sind, die Klimakrise noch befördern.

Die letztgenannten umweltbezogenen Herausforderungen betreffen im Globalen Norden nicht mehr nur eine kleine Gruppe von Menschen. Im Gegenteil ist es sogar nötig geworden, medizinisch und psychologisch nutzbare Begriffe für Symptome psychologischer Bewältigungsfolgen zu finden, wie „ecological grief“ (Cunsolo/Ellis 2018, S. 275) oder „climate anxiety“ (Wu/Snell/Samji 2020, S. 435). Dies wurde nötig, da die Bewältigung spezifischer Herausforderungen – z. B. eines permanenten Neu-Anordens und -Ausrichtens des eigenen Lebens angesichts der gesamtwirtschaftlichen Produktion eines ökologischen Widerspruchs – in weiten Teilen der Bevölkerung westlicher Gesellschaften angekommen ist. Zwar gibt es nicht den „einen“ Zielkonflikt, allerdings müssen Menschen für die heutige Zeit charakteristische Widersprüche bewältigen, denen sie aufgrund der Verstrickung in kapitalistische ökonomische Rahmenbedingungen und aufgrund des Lebens in einer „Vielfachkrise“³ (Brand/Wissen 2017, S. 25) begegnen.

Ein besonders vielversprechendes Feld zur Untersuchung solcher charakteristischer Widersprüche und damit korrespondierender Bewältigungsversuche ist die Beschäftigung mit Menschen, die sich in ihrer Lebensführung bewusst mit kapitalistischer Verwertung, der unbedingten Orientierung an Wirtschaftswachstum und der damit verbundenen Vielfachkrise auseinandersetzen – und die bewusst gegen diese Zustände arbeiten. Dies trifft heute u. a. auf die Postwachstums- bzw. Degrowth-Bewegung zu (vgl. Eversberg/Schmelzer 2016, 2018). Personen, die am Postwachstumdiskurs teilnehmen, dazu forschen und/

3 Also dem Zusteuern auf eine Klimakatastrophe, die rasante Zunahme toxischer Stoffe, ein Mangel an Care usw., deren Ursprünge maßgeblich in der kapitalistischen Organisation des Wirtschaftens begründet sind (Fraser 2021).

oder sich in ihrer Lebensführung der Erprobung von Postwachstum verschrieben haben, sind in besonderem Maße den Widersprüchen der kapitalistischen Produktions- und Konsumtionsbedingungen und den daraus folgenden individuell erlebten Widerspruchserfahrungen ausgesetzt – sie wagen sich geradezu in diese Widersprüche hinein, weil sie diese zu transformieren versuchen. Dies macht die Beteiligten zu Seismographen für die Bewältigung von Widersprüchen, die in naher Zukunft größere Teile der Bevölkerung direkt betreffen könnten. Für die Beschäftigung mit Widerspruchsbewältigungen von Postwachstumsbewegten spricht auch, dass persönliche Faktoren zum Verständnis der Transformationsbestrebungen der Postwachstumsbewegung noch zu wenig untersucht wurden (vgl. Graefe 2016). Die Möglichkeiten für gesellschaftliche Transformationen können nur verstanden werden, wenn auch die damit auftretenden Widersprüche und deren versuchte individuelle Bewältigung berücksichtigt werden. Denn gesellschaftliche Transformation basiert – neben strukturellem und institutionellem Wandel – auch auf den Handlungsmöglichkeiten und Limitierungen der Einzelnen.

3 Widerspruchserfahrungen von Engagierten in der Postwachstumsbewegung

Die Darstellung von Widerspruchserfahrungen soll nun auf Engagierte in der Postwachstumsbewegung zugespitzt werden. Dafür beziehe ich eigene Beobachtungen als Engagierte im Postwachstumskontext und aus der Arbeit im Kollektiv *Ambivalent Degrowers* ein und reflektiere einen kürzlich in diesem Kollektiv durchgeführten Workshop. Zur Einordnung möchte ich offenlegen, dass ich Teilnehmerin am *Degrowth-Diskurs* seit 2013 bin, punktuell diesen Diskurs kommentierte (vgl. Saave-Harnack/Dengler/Muraca 2019) und regelmäßig thematische Konferenz-Sessions als Koordinationsmitglied der *Feminisms and Degrowth Alliance (FaDA)* organisiere. Unser Kollektiv und ich sprechen aus der Erfahrung von und über privilegierte europäische Kontexte.

Der wohl geläufigste Widerspruch von Menschen, die an *Degrowth-Konferenzen* teilnehmen ist, an diesen Treffen teilnehmen zu wollen, wobei aber eine (Flug-)Reise als „No-Go“ innerhalb eines gelebten Postwachstums verstanden wird. Ferner beobachte ich, dass Akademiker*innen im Postwachstumdiskurs vielfach den Wunsch benennen, verlangsamten zu wollen, also im Sinne einer „slow science“ (vgl. Mountz et al. 2015) zu arbeiten, aber dies mit dem hohen Publikationsdruck in der Forschung abwägen müssen. In diesem Kontext wird teils ein verinnerlichter Wachstums- und Verbesserungszwang reflektiert. Aktivist*innen wie Wissenschaftler*innen versuchen ihre Tätigkeit in Wissenschaft oder Aktivismus mit Sorgetätigkeiten und Erwerbsarbeit zu vereinen, wobei die Bewältigung der Limitierung von Lebenszeit ein zentrales Thema darstellt. Als

ambivalent wird auch erlebt, postwachstumsorientiert arbeiten zu wollen, aber in der Realität – mehr als gewünscht, z. B. über prekäre Erwerbsarbeit – die Logiken kapitalistischen, wachstumsorientierten Wirtschaftens teils auch selbst zu reproduzieren.

Diese Beobachtungen spiegeln sich mitunter in der bisher verfügbaren Literatur wider, und zwar bei der Beschreibung von Konfliktfeldern: „Participants vividly discussed personal conflicts between taking care of relationships and unsustainable mobility patterns.“ (Brossmann/Israr 2020, S. 924).⁴ Was hier als persönliche Konflikte beschrieben wird, lässt sich als der Widerspruch deuten, als postwachstumsbewegte Person Beziehungen pflegen zu wollen und dabei klimaschädliche Mobilitätsoptionen nutzen zu müssen, die im Hinblick auf Postwachstumspolitiken eigentlich hinderlich sind.

Meine Beschäftigung mit Widersprüchen innerhalb der Postwachstumsbewegung speist sich auch aus der Praxis im internationalen Kollektiv *Ambivalent Degrowers*. Die Arbeit des Kollektivs dreht sich um die Fragen: Welche Widersprüche entstehen, wenn Aktivist*innen versuchen, Postwachstum in ihrem täglichen Leben zu verkörpern? Und welche Herausforderungen ergeben sich daraus, dass Menschen Postwachstum verkörpern wollen, während sie (z. B. in der Wissenschaft) unter neoliberal-kapitalistischen, neokolonialen und patriarchalen Bedingungen arbeiten?

Widersprüchliche Ausgangssituationen und ambivalente Selbstbezüge sind in unseren Gesprächen immer wieder Thema. Eigentlich wurde deren Thematisierung innerhalb der Gruppe erst nötig, als wir über einen längeren Zeitraum versuchten, an einer gemeinsamen Publikation zu arbeiten. Dieses Vorhaben verfolgten wir in immer neuen Anläufen, die durch Zeiten der Überlastung und durch persönliche Lebensereignisse unterbrochen wurden. Letztendlich führte dies zu einer Praxis, in der wir, statt weiter auf eine Publikation hinzuwirken, uns regelmäßig austauschen, um die zahlreichen widersprüchlichen Erfahrungen und ambivalenten Entscheidungen im Leben von „scholar-activists“ zu teilen. Mittlerweile ist es Ziel der Gruppe, persönliche Konflikte, die aus Widerspruchserfahrungen entstehen, zu verstehen und diese gemeinsam zu bearbeiten: Wir erzählen, wie wir Widersprüche erleben, wie wir dabei auf uns selbst blicken und besprechen die Emotionen, die aus dem Nicht-Gelingen eines gelebten Postwachstums rühren.

Unsere Zusammenarbeit führte zur Idee, unsere Praxis so aufzuarbeiten, dass wir darauf aufbauend ein Angebot für die Postwachstumsbewegung schaf-

4 In dieser Quelle wird außerdem punktuell von Widersprüchen gesprochen: „by reflecting on values one can evaluate observations, which could help to „see contradictions“ in and around us. A participant described how he observed many contradictions when thinking about implementing degrowth both on a personal and societal level.“ (Brossmann/Israr 2020, S. 922).

fen können. In einem Online-Workshop an der Den Haager Degrowth-Konferenz im August 2021 luden wir zum Erzählen von Widerspruchserfahrungen ein. Der Einladungstext begann mit Zitaten aus unserem E-Mail-Verkehr im Kollektiv:

„So sorry for the ridiculously late reply!“

„Way too many hours of overtime in my new job.“

„I’m sorry for my delay in returning to this.“

„I’m off to teach [business school discipline]. Is it a performance that clashes with degrowth?“

„My apologies for such a delayed response.“

„Things have been a bit hectic recently due to family / pandemic / life / the universe.“

„I’m very sorry for my own long silence.“

„Why so much work? Because I try to generate ‚merits‘ in order to survive the competition.“

Wir stellten diese Zitate dem Einladungstext voran, um die Thematik des Workshops – individuelle Überlastungen und (Werte-)Konflikte in Bezug auf Postwachstum – zu verdeutlichen und gleichzeitig über das Aufdecken unserer eigenen Mit-Betroffenheit den Weg für ein offenes Gespräch zu ebnen. Ein Einladungstext (Auszug) sprach die potenziellen Teilnehmenden an:

These are quotes from our messages to one another during the process of writing this proposal. This session is for everyone who has experienced similar or related contradictions as a degrowth activist and/or scholar. The desire to embody degrowth and to live life as a degrower is equally matched with tension, requirements and difficult choices. It is essential to make visible the contradictions in living degrowth, rather than allowing them to fester and potentially to generate an unreflexive, „hardline“ degrowth detached from the messy complexity of the world.

Etwa vierzig Personen folgten der Einladung zum Workshop, der als ein Angebot aus der Bewegung für die Bewegung zu verstehen ist.⁵ Wir dokumentierten den Workshop in Grundzügen, jedoch nicht entlang einer wissenschaftlichen Methode, da er dem Austausch der Engagierten diene. Dieser Austausch wurde durch eine moderierte Gesprächsrunde, eine unterstützende Kartenabfrage und anschließend über ein Clustering der geteilten Erfahrungen ermöglicht. Aufgrund der Gruppengröße, des engen zeitlichen Rahmens und der didaktischen Entscheidung, Teilnehmende das berichten zu lassen, was sie teilen möchten

5 Da die Personen sich von unserer Einladung angesprochen fühlten, ist davon auszugehen, dass es eine aktivistische Praxis gibt, die die Personen reflektieren wollten. Unbekannt ist jedoch, welche Art von Aktivismus die Personen verfolgen und in welchem Umfang sie dies tun.

ohne etwas Bestimmtes abzufragen, war es nicht möglich, systematisch zwischen verschiedenen Formen aktivistischer Praxis zu differenzieren. Bedacht werden muss daher, dass sich die Berichte von Personen, die sich hauptsächlich als Aktivist*innen verstehen, mit denen vermengen, die sich als „scholar-activists“ bezeichnen würden.

Im Workshop zeichnete sich ab, dass hier ebenfalls Themen wie (Flug-) Reisen und nachhaltige Mobilität am Beginn der Gespräche vielfach benannt wurden. Ebenso als „Einstiegsthema“ kann die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Aktivismus gewertet werden, wobei vor allem Vereinbarkeitskonflikte hinsichtlich der in den jeweiligen Tätigkeiten gelebten Werte thematisiert wurden. So wurde erwähnt, dass digitaler Aktivismus für Postwachstum für einige Engagierte so zeitintensiv ist, dass dies zu Irritationen im Hinblick auf die mit Postwachstum verbundenen Werte wie Suffizienz und Langsamkeit führt. Einmal aufgewärmt kamen auch weitere Themen zur Sprache, wie die Kommunikation über Postwachstumsthemen mit weniger politisierten Personen oder ambivalente persönliche Entscheidungen bezüglich Konsumverhalten und Lebensstilen. Die Diskussionen hierzu zeigten, dass die Teilnehmer*innen zwischen Entscheidungen im Sinne von Autonomie bzw. Authentizität und dem Wunsch nach Zugehörigkeit abwägen. Beispielsweise wurde die Abwägung genannt, ob mit anderen Personen das Gespräch über Postwachstumsthemen gesucht wird, was Unverständnis oder Ablehnung hervorrufen könnte. Viele Teilnehmenden beschäftigte auch, inwiefern sie ein „guter Aktivist“ bzw. eine „gute Aktivistin“ sein können. Fragen, wie „Tue ich genug? Wie ordne ich meine eigene Inkonsistenz ein? Wie kann ich/muss ich mich (noch) engagieren, obwohl ich so müde bin? Sind meine Handlungen für Postwachstum wirklich zielführend?“ demonstrierten, wie tief die Befragung der eigenen Subjektivität und Praxis reicht und verweisen auf innere Abwägungen bezüglich eines Lebens als „purer“ Degrower.

Das Gespräch zeigte, wie herausfordernd es für die Beteiligten der Postwachstumsbewegung aufgrund der dort verfolgten Wachstumskritik und Orientierung an einem guten Leben ist, dass ihre Kritikpunkte und Visionen gerade in der Vereinbarkeit von Engagement und weiteren Tätigkeiten teils schwer in der Praxis umzusetzen sind. Denn Erwerbsarbeit, Sorgetätigkeiten und Aktivismus sollen in ein Leben passen, das auch Raum für Langsamkeit bzw. die praktische Abkehr von einer Wachstumslogik bietet. Es bleibt Herausforderung, ein Leben zu führen, das sich als „pures“ Degrowth beschreiben ließe. Eine derart ungebrochene Ausrichtung an Postwachstumsvisionen gelingt oft nicht, da z. B. angesichts verfügbarer Mobilitäts- und Ernährungsalternativen Postwachstum nicht in alle Bereiche der Lebensführung gleichermaßen integriert werden kann. Menschen, die sich in der Postwachstumsbewegung engagieren, erfahren daher verstärkte organisatorische und persönliche Belastungen, was in den exemplarisch genannten Widerspruchserfahrungen zum Tragen kommt.

Im Ergebnis lässt sich auch festhalten, dass die Engagierten eine Bandbreite an Widersprüchen erleben, von denen hier nur die im engeren Sinne postwachstumsrelevanten benannt wurden.

4 Die Thematisierung von Self-Care und deren Bedeutung für Widerspruchsbewältigung

Als konkrete Möglichkeit der Bewältigung von Stress und Vereinbarkeitsproblemen werden in den letzten Jahren immer häufiger Self-Care Strategien diskutiert. Auch im postwachstumsbewegten Diskurs sind diese angekommen, wie sich in der Einrichtung des Konferenzstreams „Embodying Degrowth for a Healing Transformation“ in Den Haag 2021 zeigt. Der Titel evoziert, dass es für Postwachstum scheinbar förderlich ist, als Individuum zu heilen. Für engagierte Individuen kann dies Fragen nach der „korrekten“ oder zumindest korrekt reflektierten Praxis der Verkörperung, Heilung und Selbstsorge aufwerfen, auf die ich später zurückkomme.

Selbstsorge bezeichnet im Allgemeinen die Praxis, eine aktive Rolle beim Schutz des eigenen Wohlbefindens und Glücks zu übernehmen, besonders in Zeiten von Stress. Sie bezieht sich daher auf vielfältige Lebenslagen. Prinzipiell geht es bei Selbstsorge um den Bezug zu sich und den Umgang mit sich selbst, allerdings kann eine Bearbeitung des Selbstbezuges auch in einer Gruppe bzw. in Beziehung mit anderen stattfinden. Im Folgenden steht Self-Care als Reaktion auf Widerspruchserfahrungen mit Postwachstumsbezug im Vordergrund.

Auch im Gespräch zwischen den Teilnehmenden am Ambivalent Degrowers Workshop ist Self-Care ein Thema. Im Workshop selbst haben wir zum Zweck des offenen Austauschs die Teilnehmenden nicht direkt nach ihren Widerspruchserfahrungen gefragt, sondern leiteten das Gespräch mit „Vignettes“ ein: Mitglieder des Kollektivs berichteten kurz von exemplarischen Widerspruchserfahrungen aus der eigenen Praxis und skizzierten (Selbstsorge-)Strategien als Lösungsansätze. Im darauffolgenden Sharing der Erfahrungen der Teilnehmer*innen mit uns und untereinander wurde Selbstsorge als Praxis zunächst eher Allgemein benannt – etwa anhand der Betonung, dass das gemeine Besprechen von Widerspruchserfahrungen und von Themen, die an den Beteiligten nageln, Erleichterung verschaffen kann. Aber auch konkret wurde Selbstsorge angesprochen, als Teilnehmende von schwierigen Entscheidungen berichteten, in denen sie ihre eigenen Bedürfnisse gegen Anforderungen im aktivistischen Kontext abwägten. Eine Teilnehmerin berichtete etwa davon, Ruhe zu benötigen, aber dies gegen den Aufruf, während der Konferenz einen Schlafplatz zur Verfügung stellen zu sollen, abzuwägen. Dass Self-Care verhandelt wird, zeigt außerdem die verbale (psychologische) Abwehr von bestimmten Erwartungen, die Personen nicht erfüllen können oder wollen. Im Workshop gab eine Person

als kritische Anmerkung zu unausgesprochenen Erwartungen zu bedenken: „The status quo doesn't need to defend itself but we [die Postwachstumsaktivist*innen] have to be exemplary.“ Eine solche Kritik an Doppelstandards und an einem Vorwurf von Heuchelei kann dazu dienen, sich von solchen unterschwelligen Anforderungen zu distanzieren und damit Selbst- oder Fremdadwertung entgegenzuwirken.

Nicht nur im Ambivalent Degrowers Workshop, sondern auch in anderen Veranstaltungen der Den Haager Degrowth-Konferenz waren Self-Care und individuell-psychologische Fragestellungen Thema, z. B. in Panels zu „Spirituality und Degrowth“ oder „Psychoanalytic Perspectives on Capitalism and Degrowth“. Self-Care spielte in den Veranstaltungen des Streams „Embodying Degrowth for a Healing Transformation“ in vielen Facetten eine Rolle, wie sich an Vortragstiteln und -themen ableiten lässt: Während Lena Schützle „Radical Compassion“ untersuchte und Sally Weintrobe den „Psychological Roots of the Climate Crisis“ auf den Grund ging, berichtete Mia Herndon von einem persönlichen „unlearning“ internalisierter Wachstumsimperative.⁶ Die (tangierende) Thematisierung individuell-psychologischer Bewältigung von Widersprüchen reichte weit über die Veranstaltungen dieses Streams hinaus und wurde z. B. auch in der Session „Care, Healing, and Embodiment“ im Stream Politische Ökologie diskutiert. Das Aufeinandertreffen von Postwachstumsbewegung und Perspektiven aus dem Feld Umweltgerechtigkeit machte deutlich, dass in der Politischen Ökologie die Rolle von Emotionen in aktivistischen Prozessen schon umfassender bearbeitet wurde (vgl. z. B. González-Hidalgo/Zografos 2020).

Self-Care spielte auf der Konferenz auch im Zusammenhang mit der Kritik am neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsparadigma eine Rolle. So heißt es z. B. auf der Webseite des Konferenz-Streams „Embodying Degrowth for a Healing Transformation“: „Our starting point is that the ideology of endless growth is central to capitalist modernity, and that it is making us sick. Many of us live in the ‚burnout society‘, a society that alienates us from each other and from deeper connections with the planet and the cosmos.“⁷ Thematisiert wird hier die (körperliche und psychische) Betroffenheit der Einzelnen in einer Nicht-Postwachstumsgesellschaft. Als Lösung wird implizit die Aufhebung von Entfremdung durch wieder verstärkte Verbindungen zueinander und zum Planeten/Kosmos angeboten. Die Rolle von Selbstsorge in der Überwindung der „burnout society“ und der Entfremdung bleibt vage. Jedoch wird mit dem Titel

6 Das gesamte Programm des Streams „Embodying Degrowth for a Healing Transformation“ findet sich online, z. B. unter: www.cloud.degrowth.net/s/gbP6C3wz9BH8Aj9 (Abfrage: 11.09.2021).

7 Webseite der 8. International Degrowth Conference, Unterseite zum Stream „Embodying Degrowth for a Healing Transformation“: www.degrowth.nl/a-healing-transformation (Abfrage: 25.07.2021).

des Streams⁸ die Praxis der Verkörperung als möglicher Lösungspfad in den Raum gestellt, was implizit auf Selbstsorgepraxen verweist, die dieser Verkörperung dienen.

5 Aktuelle Tendenzen der Postwachstumsbewegung

Die kritische Reflexion von individuell-psychologischer Transformation im Postwachstumskontext möchte ich mit Blick auf den zwischenzeitlichen Untertitel des Streams noch erweitern. Dieser Untertitel lautete „Inner Transformation for Degrowth“ und ist als Slogan zum Stream noch immer sichtbar: „It is time to make room for ‚inner‘ transformations as well!“⁹ Dieser Untertitel kann als Impuls verstanden werden, Räume für die Beschäftigung mit Selbstverhältnissen und mit ihrer Bedeutung für Postwachstumstransformationen zu öffnen. Gleichzeitig könnte der Slogan aber auch darauf verweisen, dass die Erwartung von Auto-Emanzipation oder einer gelingenden Heilung in der Postwachstumsbewegung normalisiert wird. Die Ausweitung eines solchen Narrativs könnte dazu führen, dass der Druck zum persönlichen Vergleich mit „echten“ oder gelungenen Degrowth-Subjektivitäten noch verstärkt wird. Dies könnte unter Umständen dazu führen, dass nur diejenigen Aspekte und Subjekte der Postwachstumsdebatte offenkundig repräsentiert und sichtbar werden, die den Erwartungen der Bewegung entsprechen, während die Kontexte, in denen die Transformation zu Postwachstum unvollständig oder kompromissbehaftet bleibt, nicht repräsentiert oder gar verborgen werden.

Es wurde nicht nur innerhalb unserer Praxis im Kollektiv, sondern auch im Ambivalent Degrowers Workshop deutlich, dass Individuen bereits vielfach in die innere Aushandlung gehen, um zu bestimmen, wie sie Postwachstumsvisionen auf akzeptable Weise bzw. in ausreichendem Maße in den Alltag überführen. Falls ein Trend zur Repräsentation ausschließlich „akzeptabler“ Degrowth-Identitäten voranschreitet, könnte dies unvermeidliche subjektive Spannungen und möglicherweise ein Gefühl des „Falschseins“ verstärken. Es ist zwar kein Novum, dass eingegrenzte soziale Kontexte ein gewisses Maß an Konformität erzwingen, indem vorherrschende Normen erfüllt und reproduziert werden müssen, damit Individuen als Teil eines solchen Kontexts gelten dürfen. Die psychologische Bewältigung dieser Spannung kann jedoch nicht durch einen Appell an eine „reine“ Version des gelebten Degrowth via innerer Transformation herbeigeführt werden. Stattdessen sorgt der Aufruf zur inneren Transformation womöglich eher für das Ausblenden komplexer und gebrochener Realitäten, mit denen wir letztendlich alle konfrontiert sind.

8 Übersetzung: „eine Verkörperung von Postwachstum für eine heilende Transformation“.

9 Einzusehen unter: www.degrowth.nl/pages/embodying (Abfrage: 17.11.2021).

Der Wille zur Thematisierung von Ambivalenzen und Widersprüchen bzw. die Erleichterung sich darüber austauschen zu können, wie sie uns im Ambivalent Degrowers Workshop begegnete, spricht zunächst nicht dafür, dass die Teilnehmer*innen eine solche Engführung auf „akzeptable“ Degrowth-Identitäten unterstützen. Gleichzeitig erweckt die empfundene und geäußerte Erleichterung, darüber, dass Ambivalenzen „da sein dürfen“ den Eindruck, dass eine entsprechende Akzeptanz der Widersprüchlichkeit des gelebten Degrowth in der Postwachstumsbewegung allgemein doch (noch) nicht selbstverständlich ist. Dies deckt sich mit einer Beobachtung von Kallis et al.: „Harsh critiques from the pro-growth mainstream, and also from purist activists, function as reactionary defences of any variation from the status quo. Demands that a person’s every action be fully consistent with a defined value-set effectively paralyze impulses for innovation.“ (Kallis et al. 2020, S. 49). Die Gefahr, nur akzeptable Degrowth-Identitäten zu propagieren, sollte angesichts dieser Beobachtungen ernst genommen werden.

6 Reflexion der eigenen Praxis im Kollektiv

Zuletzt möchte ich reflektieren, wie wir im Kollektiv auf die Spannung zwischen dem Anstreben eines „puren“ Degrowth und der Selbstabwertung beim Scheitern entsprechender Versuche reagierten. In einer mittlerweile eineinhalbjährigen Praxis sprechen wir im Kollektiv über unsere Ambivalenzen als Degrowth „scholar-activists“. Wir pflegen ein gemeinsames Teilen von Geschichten und Erfahrungen (Sharing), das von einem sorgsamem Beobachten (Witnessing) der Berichte der jeweils anderen begleitet wird. Hier benennen und reflektieren wir unsere Widerspruchserfahrungen, hier lernen wir, darüber eine Sprache zu finden und dabei voneinander mit gegenseitigem Wohlwollen gesehen zu werden. Eine Gemeinschaft sind wir dabei, weil wir uns gemeinsam regelmäßig besprechen. Sorgend sind wir, weil wir unsere Gefühle, die mit Widerspruchserfahrungen einhergehen, ernst nehmen, sie zur Sprache bringen und damit deren Existenz zulassen, um mit diesen umzugehen und sie ggf. zu überwinden. Selbstsorge und Sorge füreinander bedingen sich hierbei. Wir erfahren dabei auch immer wieder voneinander, dass die fortlaufende individuelle Übersetzungsarbeit von Postwachstumsideen in persönliche und gesellschaftliche Kontexte – sei es bei Gesprächen über Politik mit Freund*innen, in neuen akademischen Feldern oder im Alltag – permanent Spannungen hervorruft. Geleitet wird unser Interesse durch die geteilte Annahme, dass ein gemeinsam begangenes Sharing von Ambivalenzen und die damit einhergehende Selbstfürsorge (qua Akzeptanz der eigenen Limitierungen) auf sozialer und psychologischer Ebene einen radikalen sozial-ökologischen Wandel befördern kann. Diese Hoffnung teilen auch aktuelle Vordenker*innen der Postwachstumsdebatte: „With time, some colla-

borative practices engender shared visions that fuel collective action to change institutions and environments.“ (Kallis et al. 2020, S. 50 f.). Zumindest ist es in unserem Kollektiv gelebter Versuch, eine sorgende Gemeinschaft im Angesicht niederschmetternder Widersprüche und ambivalenter Selbstverhältnisse zu sein.

Unsere eingeübte Praxis fördert, dass wir mit einer größeren Vorsicht gegenüber uns selbst und Menschen außerhalb der Postwachstumsbewegung auftreten. Sie bewirkt auch, dass wir vermutlich weniger als zuvor dazu neigen, uns oder andere als „nicht echte Aktivist*innen“ zu kategorisieren und uns und andere mehr oder minder bewusst abzuwerten. Ein Effekt, den ich aus der Beteiligung am Kollektiv ziehe, ist eine größere Milde gegenüber meinen Entscheidungen und Limitationen in Bezug auf den eigenen Anspruch auf Konsistenz in der Lebensführung, die wiederum Kräfte freisetzt. Gleichzeitig wird deutlich, dass die omnipräsente instrumentelle Logik der Funktionalität auch vor der eigenen aktivistischen Praxis nicht Halt macht: „Wie kann ich besser für mich selbst sorgen, um noch effektiver transformative Forschung zu betreiben?“ ist eine der Fragen, die das Teilen meiner eigenen Erfahrungen im Kollektiv antreibt.

Sowohl unsere eigenen Kämpfe also auch unsere (meist ungewollte und frustrierende) Komplizenschaft in den kapitalistischen Produktions-, Konsum- und Arbeitsverhältnissen konstituieren und (re)konfigurieren ständig eben jene Verhältnisse, an denen wir uns abarbeiten. Diese Erkenntnis aus den Sharings im Kollektiv hat mehrere Implikationen: Über die Limitierungen aktivistischer Praxis zu sprechen ist erstens eine Arbeit, die nötig ist, um uns mit unbequemen Realitäten zu konfrontieren und die es (im positiven Sinne) verkompliziert, sich als „purer Degrower“ zu profilieren. Zweitens gibt es großen Bedarf, konstruktive Reaktionen auf die erlebten Dissonanzen zu suchen und einzuüben, die es uns als Individuen und als Gruppen ermöglicht, diese auf eine psychologisch sichere Weise zu bewältigen und dabei weiterhin widerständig zu bleiben.

Unsere Praxis ist, selbst wenn sie – besonders in der akademischen Welt – keinen Standard darstellt, keine Ausnahme: „Individuals trying to forge various paths toward shared wellbeing often connect with each other in practice and conversation [...]. Mutual encouragement to try small changes, together with organized support to sustain and benefit from such changes, can counterbalance those paralyzing accusations of hypocrisy.“ (Kallis et al. 2020, S. 50). Mit der Ausweitung unserer Praxis innerhalb des Kollektiv auf den Ambivalent Degrowers Workshop haben wir versucht, einen Raum für solche gegenseitigen Ermutigungen über die Zuwendung *hin zu* Ambivalenzen zu eröffnen.

7 Mögliche Implikationen für Postwachstumstransformationen

Widersprüche sind auch im Engagement für Postwachstum allgegenwärtig. Darum hatte der Ambivalent Degrowers Workshop zum Ziel, die subjektiven Erfahrungen, Ungereimtheiten, negativen Emotionen, (fehlenden) Beziehungen usw. zur Sprache zu bringen, die mit der Herausforderung einhergehen, Postwachstum in die Praxis umzusetzen. Der Workshop und weitere Beobachtungen zeigen, dass Postwachstumsaktivist*innen oftmals vor die widersprüchliche Aufgabe gestellt sind, ihre Erwerbsarbeit in Einklang mit ihrer aktivistischen und politischen Praxis oder mit ihren persönlichen Werten zu bringen. Engagierte der Postwachstumsbewegung wägen auch heute noch eigene Bedürfnisse und postwachstumsorientierte Konsum- und Lebensstilentscheidungen gegeneinander ab, was auf einen kontinuierlichen Widerspruch hindeutet, der (zumindest für Engagierte) seit den 1970er Jahren im Diskurs um Ökologischen Konsum präsent ist. Postwachstumsbewegte „scholar-activists“ stehen vor der Herausforderung, dass sie, um in der Wissenschaft viel Sichtbarkeit und eine Festanstellung zu erlangen, überaus produktiv (im herkömmlichen Sinne) sein müssen. Dies steht oft dem Wunsch entgegen, Kritiken und Ideen umsetzen und kommunizieren können, die sich eigentlich an Langsamkeit, Ent-Wachstum oder Suffizienz orientieren. Scheitern die Individuen am Umgang mit solch widersprüchlichen Erfahrungen oder können sie ihr Tätigsein neu organisieren? Arrangieren sie sich mit den widersprüchlichen Anforderungen und wenn ja, wie?

Es ist nötig, bei der Gestaltung von Transformationen zu Postwachstumsgesellschaften diese Fragen und die Komplexität der individuell-psychologischen Ebene explizit in den Blick zu nehmen und die Akzeptanz ihrer Widersprüchlichkeit nicht zu sanktionieren. Zwar ist es im Konkreten postwachstumsförderlich und vielleicht auch löblich, wenn Individuen ihren Alltag konsistent nach Postwachstumsvisionen ausrichten. Allerdings würde ein Fokus auf akzeptable/nicht-akzeptable bzw. gelungene/nicht-gelungene Praxis über den Umstand hinweg täuschen, dass es gesellschaftliche Strukturen sind, die es vielen Menschen verunmöglichen, Postwachstum konsistent zu leben (vgl. Lessenich 2016; Brand/Wissen 2017). Eine angemessene Berücksichtigung von Widerspruchserfahrungen und alltäglicher Ambivalenz vermag, die Verantwortung für Postwachstumstransformation von Individuen ein Stück weit zu lösen und macht den Weg frei, um gemeinsam – als unperfekte Aktivist*innen – die gesellschaftlich nicht-nachhaltigen Strukturen anzugehen. Die Nachhaltigkeitswissenschaftler*innen Christopher Ives, Rebecca Freeth und Joern Fischer (2020, S. 210) fragen: „What is the inner basis for taking action to influence the exterior world?“ Ich argumentiere, dass die Akzeptanz und gemeinsame Bearbeitung immer wieder auftauchender Widersprüche, besonders für diejenigen, die sich gedanklich und in der Praxis in die Knotenpunkte der aktuellen Vielfachkrise hineinwagen, eine Basis dafür ist, handlungsfähig sein zu können.

Mittels der Berücksichtigung der individuell-psychologischen Ebene ist es möglich, über eine teils schablonenhafte Untersuchung von Transformation hinaus ins Detail zu gehen, in die Hoffnungen, Verstrickungen und Widersprüche, innerhalb derer sich Individuen bewegen, wenn sie transformativ handeln wollen. Die Vielfalt an Widersprüchen und erleichterte Bereitschaft zum Austausch im Kollektiv und im Workshop *Ambivalent Degrowers* weisen darauf hin, dass ein erhöhter Bedarf besteht, die Widerspruchserfahrungen und gelebten Ambivalenzen zu berücksichtigen. Und besonders weisen die hier skizzierten Beobachtungen darauf hin, dass es nötig ist, für Widerspruchserfahrungen Foren des Austauschs und der Akzeptanz zu schaffen. In Zukunft sollte noch stärker untersucht werden, wie Individuen um sich und umeinander sorgen können, um transformativ aktivistisch tätig sein zu können. Vertiefte Erkenntnisse dazu und eine entsprechende Praxis der Akzeptanz könnten die Postwachstumsbewegung zu einer noch inklusiveren Bewegung machen.

Zum Abschluss sollen die angestellten Überlegungen noch einmal mit der übergeordneten Thematik des Sammelbandes *„Caring Societies“*, der Untersuchung der Sorgekrise in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern, verbunden werden. Innerhalb des Sammelbands nimmt dieser Beitrag einen Teil der Sorgekrise in den Blick, der sich im Empfinden von Akteur*innen der Postwachstumsbewegung abspielt. Im Postwachstumsdiskurs sind Sorgekrisen vielfältig präsent, z. B. im feministischen Hinweis, dass die Befreiung vom Wachstumszwang und suffizienzorientierte Lebensstile auch Geschlechterimplikationen hinsichtlich ungleicher Arbeitsverteilung haben können. Im Fall der Widerspruchsbewältigung im Kontext von Postwachstumsaktivismus ist (Selbst-)Sorge in der Krise, weil Aktivist*innen sich zwischen widersprüchlichen Anforderungen erschöpfen oder sich an impliziten Leitbildern wie „akzeptablen“ Degrowth-Identitäten und ihrem Spiegelbild der mutmaßlichen Heuchelei aufreiben.

Aktuell zeichnen sich in der Postwachstumsbewegung diesbezüglich verschiedene Tendenzen ab: Die Den Haager Degrowth-Konferenz machte Sorge zum zentralen Thema und das Stichwort *„Caring Communities“* zum Konferenztitel, was die Beschäftigung mit psychologischen Problemstellungen befördert. Für die Postwachstumsbewegung könnte sich hier als möglicher Fallstrick erweisen, dass durch die Beschwörung der Notwendigkeit gelungener „innerer Transformationen“ diejenigen Identitäten und Handlungsansätze ausgegrenzt werden, denen ein innerer Wandel nur teilweise, aber nicht vollständig gelingt – besonders, weil sie strukturell, etwa über Arbeitsverhältnisse, an kapitalistische Rahmenbedingungen gebunden sind. Als Chance könnte sich erweisen, erlebte Widerspruchserfahrungen gemeinsam (selbst)sorgend zu teilen und die bereits bestehenden Praktiken des (Mit-)Teilens und des gemeinsam geteilten (Aus-)Haltens dieser Widersprüche zu erweitern. Eine solche gemeinsame Selbstsor-

gepraxis könnte helfen, Individuen Erleichterung und Handlungsfähigkeit statt Paralyse zu eröffnen.

Selbstsorge besteht angesichts von Widersprüchen einerseits darin, sich nicht in die Propagierung eines „puren“ Degrowth-Lebensstils zu flüchten, um sich von der Sorge um die eigene Ambivalenz und Komplizenschaft mit dem Status quo zu befreien. Andererseits besteht Selbstsorge darin, sich angesichts des Scheiterns der Versuche gelebten Postwachstums nicht selbst abzuwerten. Dass Postwachstumstransformationen nicht gelingen, ist kein individuelles Problem. Individuell empfundene Konflikte kehren als gesamtgesellschaftlich identifizierbare Widerspruchserfahrungen wieder. Eine möglichst konstruktive Widerspruchsbewältigung ist daher eine psychosoziale Bedingung für aktivistische Praxis und für die Postwachstumsbewegung von entscheidender Relevanz. Es ist nötig, Widersprüche und Ambivalenzen in Versuchen des gelebten Postwachstums sichtbar zu machen, anstatt zuzulassen, dass deren Ausblendung möglicherweise eine unreflektierte, rigide Postwachstumsmentalität erzeugt, die der Komplexität menschlicher Erfahrung nicht gerecht wird. Bisherige, stark ausbaubare Versuche legen nahe, dass dieser Weg gemeinsam begangen werden kann.¹⁰

Literatur

- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. 4. Auflage. München: oekom.
- Brossmann, Johannes/Islar, Mine (2020): Living Degrowth? Investigating Degrowth Practices through Performative Methods. In: *Sustainability Science* 15, H. 3, S. 917–930.
- Cunsolo, Ashlee/Ellis, Neville, R. (2018): Ecological Grief as a Mental Health Response to Climate Change-Related Loss. In: *Nature Climate Change* 8, H. 4, S. 275–281.
- Dyk, Silke van/Haubner, Tine (2021): *Community-Kapitalismus*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias (2016): Über Die Selbstproblematisierung zur Kapitalismuskritik. Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 1, S. 9–17.
- Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias (2017): Mehr als Weniger. Erste Überlegungen zur Frage nach dem Postwachstumssubjekt. In: *Psychosozial* 40, H. 2, S. 83–100.
- Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias (2018): The Degrowth Spectrum: Convergence and Divergence Within a Diverse and Conflictual Alliance. In: *Environmental Values* 27, H. 3, S. 245–267.
- Fraser, Nancy (2021): *Climates of Capital. For a Trans-Environmental Eco-Socialism*. In: *New Left Review* 127, S. 94–127.
- González-Hidalgo, Marien/Zografos, Christos (2020): Emotions, Power, and Environmental Conflict: Expanding the “Emotional Turn” in Political Ecology. In: *Progress in Human Geography* 44, H. 2, S. 235–255.

10 Ich danke Corinna Dengler, Heidi Lehner, Hanna Ketterer, Lena Schützle und Ulrike Knobloch für ihre wertvollen Kommentare zu früheren Versionen dieses Textes.

- Graefe, Stefanie (2016): Degrowth und die Frage des Subjekts. In: AK Postwachstum (Hrsg.): Wachstum – Krise und Kritik. Frankfurt am Main: Campus. S. 201–221.
- Ives, Christopher D./Freeth, Rebecca/Fischer, Joern (2020): Inside-out Sustainability: The Neglect of Inner Worlds. In: *Ambio* 49, H. 1, S. 208–217.
- Jürgens, Kerstin (2010): Deutschland in Der Reproduktionskrise. In: *Leviathan. Berliner Zeitschrift Für Sozialwissenschaft* 34, H. 4, S. 559–587.
- Kallis, Giorgos/Paulson, Susan/D'Alisa, Giacomo/Demaria, Federico (2020): *The Case for Degrowth*. Cambridge, UK und Medford, MA: Polity Press.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Berlin: Hanser.
- Linnemann, Kirsten (2018): Die Gouvernementalität widerständiger Alltagspraktiken: Eine konzeptionelle Annäherung an Postwachstum, Subjektivierung und alltägliches Gegen-Führen. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 62, H. 3–4, S. 233–245.
- Marchart, Oliver (2013): *Prekarisierungsgesellschaft: Prekäre Proteste, Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung*. Bielefeld: transcript.
- Mountz, Alison/Bonds, Anne/Mansfield, Becky/Loyd, Jenna/Hyndman, Jennifer/Walton-Roberts, Margaret (2015): For Slow Scholarship: A Feminist Politics of Resistance through Collective Action in the Neoliberal University. In: *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies* 14, H. 4, S. 1235–1259.
- Müller-Christ, Georg/Arndt, Lars/Ehnert, Ina (2007): *Nachhaltigkeit und Widersprüche: Eine Managementperspektive*. Hamburg und Münster: LIT-Verlag.
- Saave-Harnack, Anna/Dengler, Corinna/Muraca, Barbara (2019): Feminisms and Degrowth. Alliance or Foundational Relation? In: *Global Dialogue* 9, H. 1, S. 29–30.
- Welzer, Harald (2011): *Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Wu, Judy/Snell, Gaelen/Samji, Hasina (2020): Climate Anxiety in Young People: A Call to Action. In: *The Lancet Planetary Health* 4, H. 10, S. e435–36.

Mit Zeitpolster zurück in die Zukunft der Betreuung und Pflege?

Ein Werkstattbericht

Gernot Jochum-Müller

1 Einleitung

Affirmationen, ähnlich wie solche die bei Gedankenreisen für Kinder verwendet werden, arbeiten oft mit Widersprüchen, z. B. „Vor langer, langer Zeit, es ist noch nicht lange her“. Das hilft die Ratio zu überwinden und sich auf eine andere Ebene, eine andere Geschichte, etwas Neues einzulassen. Im Bereich von Pflege und Betreuung haben wir es inzwischen mit vielen Geschichten zu tun, die widersprüchlich sind. Seit gefühlt Jahrzehnten steht das Thema in den Koalitionsabkommen mitteleuropäischer Regierungen. Und doch tut sich, vorsichtig gesagt, wenig. Das hat vielleicht mehr klare Gründe, als wir annehmen. Wie aber könnte eine zukunftsfähige Versorgung ausgestaltet sein? Die Aufforderung, auf diese Frage aus der Praxis eine Antwort zu entwickeln, ist eine Einladung, auf einer anderen Ebene Antworten zu suchen. Denn die Praxis wird immer Antworten finden. Doch werden uns diese gefallen? Ich lade Sie ein anhand eines Vorsorge- und Betreuungsmodells, das auf dem Engagement Freiwilliger aufbaut, in eine neue Erfahrungswelt einzutauchen. Lernen Sie mit, wie wir die Situation kennenlernen und wie wir versuchen bedeutsame Erfahrungen bei der Etablierung dieses jungen Modells zu reflektieren.

2 Das Modell Zeitpolster

2.1 Das Modell

Zeitpolster ist ein Betreuungs- und Vorsorgemodell. Wer heute anderen hilft, erhält eine Zeitgutschrift, die im Alter oder bei Bedarf gegen Betreuung eingelöst werden kann. Diese Zeitvorsorge wird von lokalen Freiwilligengruppen im lokalen Rahmen organisiert. Diese Gruppen übernehmen es, Betreuungsleistungen

zu erbringen. Für die betreute Person kostet die Stunde acht Euro. Wer bereits Stunden angespart hat, „bezahlt“ die Betreuung mit Stunden.

Die Managementaufgaben wie Finanzbeschaffung, Abrechnung, Marketing, Datenbank, Onlineauftritt, Schulung und Ausstattung der Gruppen etc. werden österreichweit von einem kleinen Angestelltenteam erbracht. So können sich Freiwilligengruppen nach einer kurzen Einschulung auf das Netzwerken vor Ort und die Organisation von Betreuungsleistungen konzentrieren.

Durch dieses dezentrale Organisationsmodell können zahlreiche Gruppen entstehen. Eine Gruppe kann in einem Jahr etwa so viele Stunden an Leistung erbringen, wie zwei Vollzeitäquivalente an Betreuungspersonal. Dies kann gerade in Zeiten von knappen Personalressourcen eine wertvolle Ergänzung für einen sozialen Dienst bedeuten.

Etwa die Hälfte der für eine Stunde zu bezahlenden acht Euro ist für die Organisation und die andere Hälfte wird in einem Notfallkonto zurückgelegt. Dieses wird benötigt, wenn z. B. jemand in zehn Jahren 1.000 Stunden geleistet hat und nun selbst Unterstützung benötigt, dann aber im Umfeld über Zeitpolster niemand gefunden werden kann, der oder die diese Unterstützung anbietet. Dann hat diese Person auch Geld angespart, das nun für Betreuung zur Verfügung steht.

2.2 Die erbrachten Leistungen

Pflege im professionellen Sinne ist durch die Gesetzgebung eng geregelt, was ein Laie oder eine Laiin tun darf und was nicht, ebenso. Bei Zeitpolster geht es um einfache Aufgaben: Hilfe beim Einkaufen, Hilfe im Haushalt, kleine handwerkliche Aufgaben oder Freizeitgestaltung. Kinderbetreuung und Entlastung pflegender Angehöriger gehören auch dazu. Es sind Dinge, die Nachbarn sehr oft füreinander tun. Das Meiste muss nicht erst gelernt werden, sondern es sind Alltagsqualifikationen. Dennoch ist es wichtig die Voraussetzungen zu prüfen und eine gewisse Sicherheit herzustellen. Vertrauen ist der Schlüssel zum Gelingen von Hilfe.

2.3 Lernen aus dem Scheitern

Zeitpolster hat eine längere Entwicklung hinter sich und baut auf vielen Erfahrungen aus verschiedenen Ländern auf. Das Scheitern von unterschiedlichen Initiativen, die wir kennengelernt haben, hat uns motiviert genau hinzusehen, warum sich deren oft sehr gute Ideen und Modelle nicht ausgebreitet haben. Schließlich war die Überzeugung groß genug, selbst ein Modell aufzubauen, das aus den Fehlern gelernt hat und diese nicht mehr machen muss. Als Berater und

Sparringspartner habe ich über Jahre hinweg einige Muster erkannt, die zum Scheitern von Initiativen geführt haben.

- *Zu klein*: Viele engagierte Initiativen sind zu klein angelegt. „Probiert das doch mal in einem Stadtteil oder in einem kleinen Dorf aus“, lautet einer der oft gehörten Ratschläge. An Initiativen werden heute große Maßstäbe gesetzt. Werbung, rechtliche Klarheit, Technik etc. alles muss perfekt sein, das kann eine kleine Initiative nicht leisten. Dem schnellen Ausprobieren steht nichts entgegen, aber die Orientierung am kleinen Raum ist oft keine gute Voraussetzung für gesellschaftliche Lösungsansätze.
- *Mangelnde Professionalisierung*: Oft sind die Möglichkeit und die Bereitschaft, das eigene Handeln zu professionalisieren, nicht gegeben. Die Haltung hinter dem Ausspruch, für uns ist das so gut genug, ist oft der Grund, warum hervorragende Ideen nicht weiterkommen.
- *Überfrachtung*: Ein kleiner ehrenamtlicher Vorstand hat selten die Möglichkeiten sein Modell zu skalieren oder weiterzuentwickeln. Es sind schlicht zu viele Aufgaben und Kompetenzen, die ein kleines Team aus Freiwilligen unter sich verteilen soll. Meist scheitert schon der Versuch sich gut zu vernetzen.
- *Wir tun doch schon, was sollen wir noch alles machen*: Viele der Einrichtungen und auch Initiativen sind am Anschlag. Das tägliche Bewältigen der Aufgaben und Vorgaben ist sehr belastend und zehrt die Energien auf. Es fehlt an Zeit und Verständnis für die eigene Entwicklung, für den Blick aus der eigenen Einrichtung hinaus. Die betroffenen Menschen, die unterstützt werden sollen, geraten aus dem Fokus.
- *Nicht genug Geld*: Oft ist die Situation so, dass Bestehendes gefördert wird. Neuentwicklungen und Neues zu denken, scheitern oft am Geld. Es fehlen also auch die Entscheidungen, etwas Neuem Priorität zu geben. Das führt zu Sätzen wie: „Wir sind eh schon voll ausgelastet.“ Das Bedürfnis der Menschen, um die es geht, wird schnell aus dem Fokus verloren. Dies führt zu einer Stagnation. Die Weiterentwicklung des eigenen Angebotes bleibt stehen. Die Notwendigkeit sich zu erneuern, wird nicht mehr erkannt.

2.4 Wirkungsziele

Mit unserem Wirkungsmodell (vgl. Zeitpolster 2021) stellen wir vier gesellschaftliche Ziele in den Fokus:

- Lokale Betreuungs- und Vorsorgenetzwerke tragen zur Gesundheitsvorsorge, Milderung von Altersarmut und zur Eindämmung von Vereinsamung bei.

- Unabhängig von der familiären und finanziellen Situation kann die eigene Vorsorge für Betreuung auch im Alter aktiv gestaltet werden.
- Es ist einfach, selbstbestimmt lokale und kostengünstige Betreuung in Anspruch zu nehmen.
- Durch gute Kooperation zwischen Organisationen profitieren Betroffene durch passende und ausreichende Betreuungsangebote.

Auf die Erreichung dieser Wirkungsziele sind alle Entscheidungen, Prozesse und Instrumente der Organisation ausgerichtet (vgl. S. Jochum-Müller 2020). Daran messen wir selbst unseren Erfolg. Das bedeutet, dass auch bei uns nicht die Gewinnmaximierung, sondern die gesellschaftliche Wirkung in den Vordergrund gestellt wird. Dennoch haben wir uns für ein Modell entschieden, das eine Eigenfinanzierung erreichen kann. Das soll die innere Stabilität festigen und garantieren.

Für unseren ersten Wirkungsbericht war besonders wichtig, die Wirkungskriterien festzulegen. In einem Unternehmen sind die Ziele erreicht, wenn ein Produkt oder eine Leistung verkauft wird. Wollen wir erfolgreich sein, ändern Menschen ihr Verhalten, was zu einer gesellschaftlichen Veränderung führt. So ist es z. B. für viele Menschen enorm schwierig, um Hilfe zu bitten. Wer ein Zeitguthaben aufgebaut hat und Teil unseres Netzwerks ist, wird sich vermutlich leichter tun, Hilfe anzufragen. Diese Wirkung zu erreichen, benötigt Ziele, die gemessen werden können. Sich dem zu widmen, ist eine große Herausforderung. Doch es ist nötig, um den Kurs der Organisation festzulegen.

2.5 Wirkung vervielfachen

Zeitpolster ist mehr als ein lokales Modell. In Österreich bilden wir eine bundesweite Organisation. Für die Ausbreitung außerhalb Österreichs, haben wir uns entschieden ein Social-Franchisemodell anzubieten. Ein*e Partner*in betreut ein größeres Gebiet wie z. B. einen oder zwei Landkreise in Deutschland. Solche Partner*innen etablieren dort Zeitpolstergruppen und erhalten von uns die gesamte Infrastruktur, werden eingeschult und begleitet. Diese erhalten auch alle entwickelten Materialien.

Partnerorganisationen, die ganze Landkreise betreuen, können Personen sein, die sich so eine berufliche Existenz aufbauen wollen oder auch Einrichtungen, die schon im Bereich Betreuung oder Pflege aktiv sind und die eigenen Angebote ausbauen wollen. Neben den Wirkungszielen gibt es auch ein wirtschaftliches Ziel. Nach etwa vier bis fünf Jahren hat ein*e Partner*in die Eigenfinanzierung erreicht. Das ist wichtig, denn nur so kann von einer Organisation ein langfristiges Versprechen an die Helfenden, die Stundenguthaben aufbauen, abgegeben werden. Gemeinsam wird das Modell weiterentwickelt und

angepasst, damit es sich weiter ausbreiten kann. So können die Entwicklungen mehrfach genutzt werden und die Wirkung wird vervielfacht. In Liechtenstein ist unser erster Partner 2020 gestartet. Grundlage war eine Studie zur Entwicklung des Bedarfs im Bereich von Pflege und Betreuung (vgl. Stiftung Zukunft Liechtenstein 2019).

3 Wesentliche Erfahrungen bei der Etablierung des Modells Zeitpolster

Wer in einem bestehenden Umfeld neu aktiv wird, muss eine entsprechend rasche Lernkurve bewältigen. Was wir zu lernen hatten und haben, erklärt auch, vor welchen Herausforderungen der Bereich Pflege und Betreuung steht. Unsere Lernkurve ist von folgenden Erkenntnissen geprägt:

- Es gibt bei den bestehenden Einrichtungen und politisch Zuständigen meist kein gemeinsames Bild darüber, welche Probleme bestehen. Es bilden sich Interessengruppen. Schon gemeinsame Termine zwischen verschiedenen Entscheidungsträgern zu koordinieren, kann Monate dauern.
- Die Menschen vor Ort und deren Bedarf stehen bei vielen Akteur*innen nicht im Fokus. Der Fokus richtet sich auf die eigenen Interessen der Organisationen, meist der finanziellen Sicherung.
- Ähnlich wie zwischen Industrie und Start-ups unterscheiden sich etablierte Einrichtungen von sozialen Initiativen. Diese entwickeln unterschiedliche Kulturen. Ein Zusammenfinden kann zu einer echten Herausforderung werden.
- Es gibt, wie der österreichische Rechnungshof aufzeigt, keine einheitlichen Regelungen zur Erhebung von Bedarf und erbrachter Leistung. Das macht das Planen im Großen oder auch gemeinsam wirklich schwer.

4 Die Wirkungen, die wir in der Praxis bisher erfahren konnten

Aus den allerersten Gesprächen, ob ein Ansatz wie Zeitpolster helfen könnte, das Betreuungsproblem lokal zu lösen, ist eine vielversprechende Kooperation entstanden. Der Sozialsprengel in der Bodenseegemeinde Hard ist ein Verein, der die verschiedenen sozialen Leistungen der Gemeinde bündelt. Dieser hat als erste Einrichtung eine Zeitpolstergruppe in die eigenen Strukturen integriert. Im Bereich Betreuung können so vermehrt Leistungen angeboten werden. Das ergänzt das Spektrum an Leistungen und kommt den Betroffenen in der Gemeinde zugute. Die Leistung dieser lokalen Einrichtung hat damit die Zahl der Engagierten erweitert. Ein Netzwerk aus Engagierten in der Gemeinde wird

so neu zugänglich. In der Gemeinde gibt es schon verschiedene Netzwerke. Die Gemeinde profitiert davon, dass Zeitpolster als Träger des Modells Basisleistungen übernimmt, die sich für eine einzelne Gruppe nicht lohnen würden. Das sind z. B. Abwicklung von Versicherung, Zeitgutschriften Plattform, Schulungen etc. Dennoch bleibt der sozialen Einrichtung einige Organisationsarbeit.

Eine Mitarbeiterin der Freiwilligenkoordination im Tiroler Unterland hat sich für den Aufbau der Zeitpolstergruppe in St. Johann in Tirol engagiert und freut sich, dass es eine Gruppe gibt, die Betreuungsleistungen übernimmt. Bisher musste sie die Anfragen dazu meist ablehnen. Initiiert wurde die Gruppe von einer Pensionistin, die aufgrund ihrer vielen Kontakte im Dorf um die Anliegen der Betroffenen wusste.

Eine sozial engagierte Unternehmerin im steirischen Ausseerland hat eine Zeitpolstergruppe aufgebaut, weil sie als Zugezogene im Dorf erkannte, dass es nichts werden würde, wenn sie selbst Betreuung benötigt. Schon in den ersten Monaten begannen bestehende soziale Einrichtungen, Anfragen an die Gruppe zu richten. Die Kapazitäten der bestehenden Einrichtungen waren bereits an ihre Grenzen gekommen. Dass die regionalen Medien das Thema sehr stark unterstützen, sorgt für eine breite Akzeptanz der Gruppe.

In den meisten Fällen, wo eine Zeitpolstergruppe entsteht, wachsen diese innert weniger Monate in die bestehende Landschaft der Angebote hinein. Auch dort, wo Engagierte eine Gruppe gründen, die sich in der Zivilgesellschaft ansiedelt und keine Anbindung an bestehende Strukturen findet. Im Rahmen dieses Etablierungsprozesses verändert sich mehreres. Zunächst bedeutet es, dass Menschen in ihrem Umfeld Verantwortung übernehmen, um Betreuungsleistungen anzubieten. Menschen beschäftigen sich mit der Anforderung, die das Anbieten und Erbringen von Betreuungsleistungen mit sich bringt, und lernen und reflektieren viel darüber, was es bedeutet, Betreuung anzunehmen. Sie lernen auch viel über die Zusammenhänge und die Akteur*innen vor Ort. Dies ist ein großes Lern- und Erkenntnisfeld.

Die Beschäftigung mit der Generationensolidarität entsteht aus der Frage, ob die angesparten Stunden später auch eingelöst werden können. Die größte Sicherheit dafür entsteht, wenn die Gruppe die Verantwortung übernimmt, sich um die jüngeren im lokalen Umfeld zu bemühen. Dieser Prozess wird durch attraktive Rahmenbedingungen unterstützt. Durch die Vernetzung im lokalen Raum unterstützen bestehende Strukturen wie Gemeinden und soziale Einrichtungen die Gruppe. Eine gemeinsame Identität und ein wechselseitiges Aufeinanderzugehen entsteht. Das hilft lokale Bemühungen breiter zu verankern. Erste Regierungen erkennen das Potenzial und haben uns beauftragt, Zeitpolstergruppen aufzubauen und diese in die bestehende Versorgungs-Landschaft einzubinden. So verbindet sich in Regionen die Verantwortung, die Einzelne wahrnehmen, mit der politischen Verantwortung für die Versorgung von Menschen, die Unterstützung benötigen.

Zeitvorsorge hat das Potenzial, die gemeinsame Verantwortung verschiedener Akteur*innen zu bündeln, Betreuungsleistungen kostengünstig und in weiterer Folge ohne Geldmittel zugänglich zu machen und dabei mit jeder Transaktion das Vertrauen und die Kooperation verschiedener Akteur*innen weiterzuentwickeln. 60% aller Aktiven bei Zeitpolster waren zuvor nicht freiwillig aktiv. Eine neue Gruppe von Engagierten wird angesprochen und motiviert, sich für andere zu engagieren. Das ist vielleicht einer der wichtigsten Punkte überhaupt.

Zurück in die Zukunft? Lokale Strukturen hatten ursprünglich die Aufgabe die Sorgeleistungen sicherzustellen. Immer mehr wurde an übergeordnete Strukturen delegiert. Zeitpolster setzt dort an, deckt jedoch zentrale Aufgaben übergeordnet ab. Gemeinden und Einrichtungen können Aktive mit diesem Modell in die eigenen Strukturen integrieren. Staaten könnten dieses Modell in ihre strukturellen Angebote z. B. ergänzend zu Sozialversicherungen aufnehmen. Wie sich dieses Modell und dieser Weg weiterentwickelt? Das Bestimmen jene, die sich dafür engagieren. Also, vorwärts in die Zukunft.

Literaturhinweise

- Jochum-Müller, Gernot (2021): Dem Monopol entwischen. In: Preissing, Sigrun/Schubert, Gottfried/Lehner, Heidi (Hrsg.): In Zukunft ohne Geld? Theoretische Zugänge und gelegte Alternativen. Wien: mandelbaum. S. 103–118.
- Jochum-Müller, Sabine (2020): Auswirkung der Social Impact-Orientierung auf Instrumente der Unternehmenssteuerung, Dornbirn: FH Dornbirn.
- Laloux, Frederic (2016): Reinventing Organizations: Ein illustrierter Leitfaden sinnstiftender Formen der Zusammenarbeit. München: Verlag Franz Vahlen.
- Lang, Eva/Wintergerst, Theresia (2011): Am Puls des langen Lebens: Soziale Innovationen für die alternde Gesellschaft. München: oekom.
- Stiftung Zukunft Liechtenstein (2019): Fachkräfte und Freiwillige – Wer pflegt und betreut uns im Alter? Vaduz: Eigenverlag.
- Zeitpolster (2021): Erster Wirkungsbericht 2021. Dornbirn/Wien: Eigenverlag.

Sorgende Gemeinschaft als Beitrag zur Bewältigung der Sorgekrise: Ein Wolf im Schafspelz?

Anita Schürch und Karin van Holten

1 Einleitung

Menschliche Existenz ist ohne Care, ohne Sorgearbeit, nicht denkbar. Mit dem Slogan „Sorge für andere geht alle etwas an – kümmern wir uns darum!“ als Leitsatz entwickelten wir im Rahmen des community-orientierten und partizipativen Projekts CareComLabs¹ gemeinsam mit Beteiligten aus der Bevölkerung, Vertreter*innen von Behörden, Vereinen sowie sozialen und kirchlichen Institutionen Sorgende Gemeinschaften. An insgesamt vier Standorten in den Regionen Bern und Zürich (Schweiz) beschäftigten sich unterschiedliche Regionalgruppen, immer bestehend aus Forschenden und Co-Forschenden, mit der Frage, was es braucht, um Sorgende Gemeinschaften anzustoßen, aufzubauen und zu stärken.

Wir nehmen diesen Buchbeitrag zum Anlass, um unsere bisherigen Erfahrungen im Projekt kritisch zu reflektieren. Wir gehen der Frage nach, ob Sorgende Gemeinschaften tatsächlich ein zukunftsweisendes Modell zur Schließung bestehender Sorgelücken bei gleichzeitig gerechterer Verteilung der Sorgeverantwortung darstellen (können). Ziel ist also eine kritische Reflexion des Beitrags Sorgender Gemeinschaften zur Bewältigung aktueller sozial- und gesundheitspolitischer Herausforderungen. Diese werden oft unter Labels wie „Care-Krise“, „Krise der sozialen Reproduktion“ oder „Sorgekrise“ subsumiert (vgl. Aulenbacher 2014; Winker 2013; kritisch dazu Maier/Schmidt 2019), womit fehlende Anerkennung unbezahlter Sorgearbeit, gender-stereotype Zuständigkeiten für oder kritische Rahmenbedingung von Sorgearbeit sowie Versorgungslücken oder mangelhafte Versorgungsqualität (vgl. Knobloch 2013) adressiert werden.

1 SNF-Projekt Nr. 407440_183426: „Innovative Home Care Models for People with Comprehensive Care Needs: Caring Community Living Labs“. Projektleitung: H. Kaspar, C. Müller. Projektmitarbeit: T. Ertl, S. Gashi, D. Kirschsieper, K. Pelzelmayer, T. Pham, E. Schellenberg, A. Schürch, T. Sereflioglu, K. van Holten. 03/2019–08/2022.

Nach einer Einführung in das Konzept der Sorgenden Gemeinschaft erläutern wir jene Kernpunkte der Sorgekrise, die wir speziell in den Blick nehmen: nämlich die Herausforderungen im Bereich der Langzeitversorgung zu Hause im spezifischen Kontext des Schweizer Gesundheitssystems. Anschließend beschäftigen wir uns mit zwei alternativen Sichtweisen auf die Sorgekrise, die für unsere Auseinandersetzung grundlegend sind. Darauf aufbauend nutzen wir ausgewählte Beispiele aus unserer Feldarbeit, um anhand von vier Kernthemen das Konzept der Sorgenden Gemeinschaft einer kritischen Prüfung zu unterziehen. In jedem dieser vier Unterkapitel bieten wir zunächst einen kleinen Einblick in konkrete Erfahrungen aus der empirischen, partizipativen Projektarbeit. Unser abschließendes Fazit formulieren wir mithilfe von drei Metaphern. Diese dienen als Instrument, um unsere Beurteilung des Potenzials Sorgender Gemeinschaften zur Bewältigung der Sorgekrise anschaulich darzustellen und (be)greifbar zu machen.

2 Hintergrund

Bevor wir uns mit Potenzial und kritischen Aspekten Sorgender Gemeinschaft näher beschäftigen, führen wir in diesem Kapitel wichtige Kernelemente des Konzepts Sorgender Gemeinschaft ein. Wir situieren zudem die von uns fokussierte Sorgekrise innerhalb des Schweizer Gesundheitssystems und zeigen zentrale Herausforderungen im Bereich der häuslichen Langzeitpflege und -betreuung auf. Beide Dimensionen sind im Rahmen unserer Arbeit im Projekt CareComLabs miteinander verwoben.

2.1 Das Konzept der Sorgenden Gemeinschaft

Seit einigen Jahren lassen sich im deutschsprachigen Raum soziale Bewegungen und Umsetzungen von Sorgemodellen beobachten, die sich in ihrem Kern auf die Förderung von Sorgenden Gemeinschaften (engl.: *caring communities*) ausrichten (vgl. Wild/Wegleitner/Schuchter 2020). Das zugrunde liegende Konzept speist sich dabei aus unterschiedlichen Debatten und Konzepten der Pflege und Sozialen Arbeit wie z. B. der Hospizbewegung, der Inklusionsdebatte von Menschen mit Behinderung oder Demenz sowie Vorstellungen von würdiger Begleitung am Lebensende (vgl. Iscoe 1974; WHO World Health Organization 1986; Kellehear 2005; Gronemeyer et al. 2005; Klie 2014). Eine zentrale Frage ist also die gemeinschaftliche Organisation von Sorge für und mit Bürger*innen in schwierigen Lebenssituationen (vgl. Klie 2018; Wegleitner/Schuchter 2018). Je nach Bedarf und Priorität nehmen Sorgende Gemeinschaften unterschiedliche Themen zum Ausgangspunkt, die auf der gesamten Lebensspanne angesiedelt

sind: neben Alter oder Leben mit Krankheit und Behinderung können Kinderbetreuung, Migration oder Fragen rund um ökologische Nachhaltigkeit einen Schwerpunkt bilden.

In der Regel sind Sorgende Gemeinschaften kleinräumig organisiert: Sie setzen in lokalen Kontexten in Gemeinden und Quartieren an mit dem Ziel, diese als Orte des guten (Zusammen-)Lebens und der sozialen Teilhabe zu begreifen und entsprechend auszugestalten. So werden sie auch mit unterschiedlichen Begriffen wie Sorgende Gemeinde, Verantwortungsgemeinschaft oder Compassionate City u. v. m. gefasst.

Sorgende Gemeinschaften stärken „die vorausschauende anteilnehmende Verantwortungsübernahme für sich und für andere“ (Klie 2014, S. 34). Denn zentral ist neben dem gemeinschaftlichen Sorgeverständnis auch die geteilte Verantwortung: Sorgebedarf kann und soll nicht durch einzelne Akteur*innen(gruppen) gedeckt werden, sondern durch ein Zusammenwirken von professionellen Dienstleistenden, Familien, Nachbarschaften, zivilgesellschaftlich Engagierten, staatlichen und karitativen Institutionen. Es geht aber um mehr als um eine bloße Optimierung des Hilfemixes: Vielmehr zielen Sorgende Gemeinschaften auf die Bildung von Gemeinschaft wie auch gemeinsam getragene Verantwortung ab, wobei sich hier Parallelen zum Konzept der Commons (vgl. Ostrom 1990/2012; Helfrich/Bollier 2015) ausmachen lassen. Sorgende Gemeinschaften können als „lokale, sozial-ethische Lernprozesse und Kulturentwicklungsprozesse verstanden werden, die sich je nach Akteurskonstellation unterschiedlich ausformen“ (Wegleitner/Schuchter 2020, S. 5), was ihre Vielfalt an Erscheinungsformen begründet. Es erfordert nach Thomas Klie (2016, S. 275) ein „intelligentes Zusammenwirken“ der Beteiligten, eine „Kultur der Verständigung und Aushandlung“ sowie auch „ökonomische Effizienz“, damit Sorgende Gemeinschaften sich stabil entwickeln können.

Frank Berner vom Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) verweist darauf, dass die Idee der Sorgenden Gemeinschaft als „Sammelbehälter für Lösungen und Antworten für eine Vielzahl von Problemen im Bereich der Unterstützung und Versorgung älterer Menschen“ fungiert (Berner 2015, S. 7). Als „Containerbegriff“ müsse er für „zahlreiche verschiedene Elemente herhalten“, wobei teilweise so unterschiedliche gemeinschaftliche Strukturen gemeint sein könnten wie „Familien, Genossenschaften, Kommunen, Mehrgenerationenhäuser und Kirchengemeinden“. Diese „Überladung des Leitbildes“, so sein Fazit, führe dazu, dass das Konzept eher als „Gesellschaftsentwurf“ zu sehen sei und „Gemeinschaften in diesem verklärt“ würden (ebd., S. 11).

In alltäglichen und fachlichen Diskursen genießt das Konzept oft unreflektiertes Wohlwollen, was die Gefahr birgt, dass der ihm innewohnende transformative Anspruch im Hinblick auf die Ausgestaltung von nachhaltigen und gerechten Strukturen wie auch einer Kultur des Miteinanders und der Gegenseitigkeit (noch) wenig thematisiert wird (vgl. Wegleitner/Schuchter 2020; Wild/

Wegleitner/Schuchter 2020). Das Konzept der Sorgenden Gemeinschaft erweist sich wohl auch gerade wegen seiner Vielschichtigkeit und Offenheit für unterschiedlichste Akteur*innengruppen und Sektoren als anschlussfähig. Das lässt sich auch an der wachsenden sozialpolitischen Beachtung feststellen, indem das Konzept im deutschsprachigen Raum als Leitbegriff Eingang in kommunale Legislaturziele oder kantonale Alterspolitiken (vgl. Gemeinderat Belp 2021; Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern 2016) fand. Es gewann auch Leitbildcharakter in Form nationaler Strategiedokumente wie dem Siebten Altenbericht der deutschen Bundesregierung (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2016) oder in Form einer Good-Practice-Sammlung zur Entlastung pflegender Angehöriger des schweizerischen Bundesamtes für Gesundheit (vgl. Bundesamt für Gesundheit 2019c).

Erfahrungen in unserem Projekt zeigen, wie anspruchsvoll es ist, den Aufbau von Sorgenden Gemeinschaften anzuregen und umzusetzen. Wird Sorgende Gemeinschaft nicht verkürzt mit einem bloßen Auf- und Ausbau von Angeboten gleichgesetzt, sondern als kontinuierlicher Prozess einer kulturellen Um- und Neuorientierung mit unterschiedlichsten Beteiligten verstanden, lässt sich dies nicht geplant und zielstrebig abwickeln. Vielmehr setzt es langen Atem und die Bereitschaft zum Umgang mit Unplanbarkeit voraus und erfordert die Bereitschaft für Lernprozesse und die Infragestellung von etablierten Machtverhältnissen. So überzeugend und gestaltbar das Konzept der Sorgenden Gemeinschaft vielleicht klingen mag, so voraussetzungsvoll erweist sich dessen Implementierung in der Praxis.

2.2 Die Sorgekrise im Schweizer Versorgungssystem

Das Schweizer Gesundheitssystem gilt im internationalen Vergleich als gut bis sehr gut und hoch professionell (vgl. gfs Bern 2019; OECD 2021). Wie die meisten europäischen Gesellschaften wird auch das Schweizer Gesundheitssystem herausgefordert durch die demografischen Entwicklungen, den Kosten- bzw. Spardruck sowie die zunehmend diversifizierten Lebensstile und Bedürfnisse der Nutzer*innen.

Für die Zukunft legt die Schweiz angesichts dieser Herausforderungen zwar ein besonderes Augenmerk auf die Langzeitversorgung und die Gesunderhaltung der Bevölkerung (vgl. Schweizerischer Bundesrat 2016; Bundesamt für Gesundheit 2019b). Aktuell ist die Versorgung in der Schweiz jedoch nach wie vor stärker „auf die kurative Behandlung von akut somatischen Einzelerkrankungen ausgerichtet.“ (Bundesamt für Gesundheit 2019b, S. 17)

Insbesondere der Bereich der häuslichen Langzeitbetreuung und -pflege markiert eine der größten Herausforderungen im gegenwärtigen Gesundheitssystem. Einerseits gilt das Leben zu Hause individuell wie gesundheitspolitisch

zunehmend als *der* ideale Ort, auch bei Pflege- oder Unterstützungsbedarf. Dennoch bestehen beachtliche Lücken im System, sowohl was die Bedürfnisorientierung der Angebote, die Finanzierungslogik als auch die verfügbaren Fachkräfte betrifft (vgl. van Holten/Bischofberger 2020). Aktuell sind trotz einiger politischer Vorstöße (vgl. Pro Senectute 2020) in zeitnaher Zukunft keine maßgeblichen Verbesserungen zu erwarten. Solange es nicht entweder einen großen Umschwung in Form einer gesellschafts- und gesundheitspolitischen Neuorientierung oder andererseits klare kostenminimierende Entwicklungen im Bereich der Akutversorgung gibt, wird der Bereich der häuslichen Langzeitversorgung ein „Sorgenkind“ bleiben (vgl. van Holten/Bischofberger 2020).

Obwohl die Spitex als Fachorganisation für die spitalexterne Pflege im Bereich der häuslichen Versorgung tragend ist, reichen ihre Dienstleistungen für viele Menschen nicht aus. So brauchen mehr als die Hälfte der Spitex-Kund*innen zusätzliche Hilfe in Form von Betreuung oder alltagsnaher Unterstützung (vgl. Spitex Schweiz 2020). Und gemäß einer aktuellen Studie zu Bedarf und Kosten der Betreuung von älteren Menschen in der Schweiz benötigen etwas mehr als 650.000 Personen ab 63 Jahren (das entspricht 42%) mindestens eine Betreuungsleistung, um zu Hause gut leben zu können (Meier et al. 2020, S. 4 f.). Pro Senectute² bringt diese Tatsache mit der Aussage „Betreuung ohne Pflege ist möglich, Pflege ohne Betreuung hingegen kaum“ präzise auf den Punkt (Pro Senectute 2020, o. S.).

Die Schweiz verfügt zwar über ein breites Angebot an Institutionen im Bereich der Langzeitversorgung und die staatliche Förderung ist im europäischen Vergleich hoch; dies gilt jedoch vor allem für den (teil)stationären und intermediären Bereich (vgl. Colombo 2013, S. 48). Im häuslichen Bereich hingegen ist das Gesundheitssystem stark auf Angehörige angewiesen, sowohl was das persönliche Engagement (vgl. Otto et al. 2019) wie auch die Finanzierung von Dienstleistungen (vgl. van Holten/Bischofberger 2020) betrifft. Schweizer Privathaushalte bezahlen rund einen Viertel der Gesamtkosten der Langzeitversorgung „out-of-pocket“; ein Anteil, der mehr als doppelt so hoch ist als in anderen OECD-Ländern (vgl. Colombo 2013, S. 46 f.).

Insbesondere die Finanzierung von Dienstleistungen wie Betreuung und alltagsnaher Unterstützung gehen zu Lasten der Privathaushalte. Denn bei der Finanzierung von Leistungen unterscheidet das Schweizer Gesundheitssystem klar zwischen sozialen und pflegerischen Leistungen bzw. zwischen Betreuung und Pflege. Betreuung und alltagsnahe Unterstützung werden nur im Rahmen der sozialstaatlichen Hilfenentschädigung (einkommensunabhängig) und der Ergänzungsleistungen (einkommensabhängig) berücksichtigt (Knöpfel/Pardini/Heinzmann 2018, S. 33). Im Fokus von Leistungen der Krankenkassen stehen diagnostische, therapeutische, pflegerische oder medizinische Maßnah-

2 Fach- und Dienstleistungsorganisation für Senior*innen in der Schweiz.

men. Gesundheitsförderung oder Prävention sind im Leistungskatalog hingegen, wenn überhaupt, nur über Zusatzversicherungen enthalten (vgl. ebd., S. 32). Und dabei stehen i. d. R. Maßnahmen wie Beiträge an Fitnessabonnements u. Ä. im Vordergrund.

Es kann also festgehalten werden, dass auf gesundheitspolitischer Ebene zwar ein stärker präventives, gesundheitsförderndes und ganzheitliches Verständnis von Gesundheit angestrebt wird, welches gute Versorgung als einen Mix aus Gesundheitsförderung, sozialer Unterstützung und angemessener Pflege und Therapie versteht (vgl. Bundesamt für Gesundheit 2019a). Allerdings zeichnet sich das bestehende Schweizer Gesundheits- und Sozialsystem nach wie vor durch eine „fehlende Sensibilisierung für nicht-pflegerische Unterstützungsleistungen“ kombiniert mit entsprechend „unzureichenden finanziellen Unterstützungsmodalitäten“ für betreuende und unterstützende Leistungen aus (vgl. Knöpfel/Pardini/Heinzmann 2018, S. 63). Dies führt dazu, dass einerseits das präventive, gesundheitserhaltende Potenzial von Betreuung nicht ausgeschöpft wird und andererseits hohe finanzielle, zeitliche wie potenziell auch emotionale Belastungen bestehen für jene, die Betreuung und Unterstützung brauchen oder leisten. Diese Ausgangslage tangiert neben dem Gesundheits- und Sozialversicherungssystem auch die Familien- und Gleichstellungspolitik (vgl. van Holten/Bischofberger 2020). Denn es ist auch eine gesellschaftspolitische und sozialetische Frage, wie die Verantwortung für die notwendige Care-Arbeit langfristig (neu) organisiert und finanziert wird. Gerade vor diesem Hintergrund stellen sich auch wichtige Fragen zur Konzeptionalisierung von Sorgenden Gemeinschaften.

3 Zwei Zugänge zur Situierung der Sorgekrise

Bevor wir uns mit dem Potenzial von Sorgenden Gemeinschaften zur Bearbeitung der aktuellen und künftigen Sorgekrise auseinandersetzen, ziehen wir zwei sozialwissenschaftlich fundierte Zugänge zur Einordnung der Sorgekrise heran: So kann die Sorgekrise als Zustand von Mangel und Knappheit verstanden werden (zu wenig Fachkräfte, zu knappe familiäre Unterstützungsressourcen u.v.m.). Gerade aus anthropologischer Perspektive braucht ein Mangel aber weniger im beschränkten Vorkommen einer Sache selbst begründet zu sein, sondern kann als kulturell bedingt bzw. als Resultat von mehr oder weniger bewussten Verteilungs- und Steuerungspraxen verstanden werden. Zudem beleuchten wir Aspekte der Verwundbarkeit und gegenseitigen Abhängigkeit. Krisenhafte Geschehnisse wie die Pandemie lassen diese als nichtüberwundene Bedingungen der modernen Gesellschaft aufscheinen. Hieraus lässt sich eine gegenseitige Sorgeverantwortung ableiten, die sowohl nach einer neuen Kultur der Sorge wie auch nach neuen Sorgepraxen ruft.

3.1 Mangel und Knappheit als (vermeintliche) Auslöser

Aus alltäglichen Gesprächssituationen ist uns die „Wehklage des Zuwenig“ bekannt, wenn Gründe für die Sorgekrise gesucht werden: Von schwindender familiärer Unterstützung ist rasch einmal die Rede oder zu geringer nachbarschaftlicher Aufmerksamkeit. Der ambulante Pflegedienst klagt über fehlendes Fachpersonal, die zu knappe Zeit. Die politische Linke lamentiert über unterdotierte öffentliche Mittel zum Dienstleistungserhalt, die Rechte moniert die fehlende Bereitschaft zur Selbstverantwortung. Kurz: Die Sorgekrise wird im öffentlichen Diskurs auf Mangelzustände und Knappheiten unterschiedlichster Färbung zurückgeführt. Wir stellen kritisch die Frage, ob diese „Mangel-Rede“ möglicherweise eher eine „Mangel-Ausrede“ ist. Und wir versuchen eine andere Sicht auf Knappheit und Mangel zu entwickeln und die „vermeintliche Selbstverständlichkeit der Zustandsbeschreibung ‚Knappheit‘ zu hinterfragen“ (Welz 2015, S. 36). Wir lassen uns zu dieser Umdeutung vermeintlicher Gegebenheiten aus anthropologischer Perspektive anregen (vgl. Tauschek/Grewe 2015) und hoffen, durch diesen Perspektivenwechsel mögliche Handlungsspielräume zur Entschärfung der Sorgekrise in den Blick zu bekommen.

Während in der Ökonomie Knappheit als Ausgangspunkt für die Gestaltung der Allokation und Distribution genommen wird, bilden aus anthropologischer Perspektive Knappheit und Rivalität gerade nicht den Ausgangspunkt. Oder mit den Worten der beiden Anthropologen Chris Hann und Keith Hart (2011, S. 6): „Scarcity is often highly valued for itself, but this scarcity is socially constructed rather than given in nature.“ Aus einer poststrukturalistisch angeleiteten und dekonstruierenden Blickrichtung lässt sich mit Markus Tauschek (2015, S. 14) konstatieren, dass „Vorstellungen von Knappheit oder Begrenztheit ebenso wie die Zuschreibung als (etwa endliche, erschöpfbare oder auch regenerierbare) Ressource das Ergebnis komplexer, von Machtverhältnissen durchzogener Aushandlungsprozesse sind“. Es geht also um Interdependenzen von Dingen, ihre Situietheit und die kooperativen Mechanismen, die zwischen verschiedenen Akteur*innen vermitteln – ob etwas knapp ist oder nicht, bleibt so nicht mehr die Leitprämisse.

Doch gehen wir zurück zur Sorgekrise: Auch ein immaterielles Gut wie die Sorge können wir als kulturell situiertes Gut betrachten, das sich im Rahmen unterschiedlicher struktureller Bedingungen und Anreize vermehren wie auch verknappen lässt. Drückt sich im einleitend beschriebenen, weitverbreiteten Knappheits-Lamento möglicherweise ein absichtsvolles, auf spezifischen Interessen basierendes Verteilungsunvermögen aus, das sich schließlich in der Sorgekrise manifestiert? Stefan Groth (2015, S. 74) hält gerade auch im Zusammenhang mit immateriellen Gütern fest: „Knappheit ist [...] situiert, zum Teil sozial konstruiert und in vielen Fällen nicht Resultat des tatsächlichen Vorkommens von Dingen oder Ressourcen, sondern als Ergebnis von Steuerungspraxen zu

verstehen.“ Er ortet also die Knappheit von Ressourcen zuerst als ein Problem der Kooperation über Ressourcen und deren Distribution, nicht aber des Mangels an Ressourcen. Deshalb sollte aus seiner Sicht „Knappheit [...] nicht von der Knappheit her gedacht werden, sondern von ihrer Situiertheit.“ (ebd., S. 75)

Inwiefern kann nun ein solcher Perspektivenwechsel zur Bewältigung der Sorgekrise nutzbar gemacht werden? Nochmals können wir uns von Groth inspirieren lassen: „Es sind [...] die Beziehungen selbst sowie die in ihnen institutionalisierten Normen, die für den Umgang mit Dingen oder Ressourcen entscheidend sind.“ (ebd., S. 74). Es braucht im Hinblick auf die Förderung und Sicherung der gesellschaftlichen Sorgefähigkeit und -kapazität also einen radikalen Perspektivenwechsel, der weniger die Begrenztheit, denn die Distribution und Kooperation in den Vordergrund stellt. Ein solcher lässt sich kaum ohne offen geführte Auseinandersetzung bzw. die Explizitmachung von Normen, Werten und Machtverhältnissen erreichen, welche die Verteilung oder Vermehrung von Sorgeressourcen bestimmen. Soziale Innovationsprozesse unterschiedlichster Art mögen hierbei unterstützend wirken. Es ist also denkbar, dass beispielsweise auch Sorgende Gemeinschaften zu Praxisfeldern und Reflexionsräumen zur Einübung der erforderlichen Kommunikations- und Kooperationsfähigkeiten werden können. Gewissermaßen als Vorboten einer Caring Society, in der Mangel und Knappheit nicht mehr Hilflosigkeit und Resignation auslösen, sondern als Auftrag zur Neuverhandlung der Ressourcenallokation verstanden werden.

Nebst neu verhandelter Allokation von Ressourcen braucht die Entwicklung hin zu einer Caring Society außerdem neue gesellschaftlich relevante und handlungsleitende Werte, die weniger das Ideal der Autonomie, als vielmehr die Notwendigkeit von Hilfe und Unterstützung, von Sorgearbeit in ihrer gesamten Vielfalt, ins Zentrum setzen. Was in der Folge auch die Allokation von Care-Ressourcen entsprechend verändern und damit das Bild der Sorgekrise nachhaltig verändern würde. Oder wie Joan Tronto es formuliert: „The world will look different if we move care from its current peripheral location to a place near the center of human life.“ (2009, S. 101)

3.2 Gegenseitige Angewiesenheit als Merkmal menschlichen Seins in der Pandemie neu in den Blick gerückt

Eine Schweizer Tageszeitung publizierte im Juli 2021 ein Interview mit Judith Butler unter dem Titel „Wir sollten unser Verständnis von Freiheit überdenken“ (Tobler 2021). Ausgangspunkt des Gesprächs waren die weltweite Covid-19-Pandemie sowie die Unwetterkatastrophen in Deutschland. Angesicht dieser Krisen, so die These, sei ein neues Gefühl der Verwundbarkeit entstanden. Butler argu-

mentiert in diesem Gespräch: „Wir müssen darum kämpfen, Gemeinschaften zu bilden, die es uns erlauben, das Leben weiterhin zu bejahen“ (ebd., o. S.).

Interessant sind für unsere Überlegungen hier zwei Aspekte. Zum einen, dass Gemeinschaften erkämpft werden (müssen), und zum anderen, dass sie angesichts kollektiv erfahrener Bedrohungen als eine Art Symbol oder Sinnbild für positive Lebenskraft dargestellt werden. Offenbar ist ein tragendes Kollektiv im Sinne einer Gemeinschaft, der man sich zugehörig fühlt und die einen als tragenden und zugleich getragenen Teil integriert, nicht einfach so zu haben bzw. gegeben. Vielmehr braucht es eine willentliche Bekundung, einen besonderen Effort, einen „Kraft-Akt“ zu deren Realisierung. Man muss die Gemeinschaft – oder auch das Erleben von Gemeinschaft – nicht weiter definierten Mächten abringen. Gelingt dies, dann ist das ein sozialpsychologischer Booster, gerade in Zeiten, in denen wir kollektiv Erfahrungen der Vulnerabilität machen.

Gemäß Klie (2018, S. 45 f.) stellt die Erfahrung, auf Hilfe anderer existenziell angewiesen zu sein, für den modernen, autonomen Menschen eine „narzisstische Kränkung“ dar. In diesem Sinne verstanden, sind es die dominanten Konzepte über uns selbst, die es zu überwinden gilt, um Gemeinschaft als Sinnbild einer unterstützenden und sorgenden Sozialstruktur positiv deuten und erfahren zu können. Das kollektive Erleben der Verletzlichkeit und des Angewiesen-Seins auf Hilfe ist nach dieser Denkart also ein wichtiger transformativ-impulsiver Impuls mit Potenzial für mehr Gemeinschaftlichkeit.

In den Texten diverser Care-Theoretiker*innen ist die Anerkennung der Vulnerabilität verknüpft mit jener der gegenseitigen Abhängigkeit – auch ohne eine globale Pandemie – Kernpunkt der Argumentation zur tragenden gesellschaftlichen Bedeutung der Care-Arbeit. Wenn wir anerkennen, dass wir als menschliche Wesen entgegen oder trotz des modernen Ideals der Autonomie immer grundsätzlich auch von anderen abhängig sind und daher – wenn auch vielleicht zu unterschiedlichen Zeiten unseres Lebens mit unterschiedlichen Intensitäten – der Zuwendung und Sorge von anderen bedürfen, dann wäre es gemäß Tronto auch nicht mehr länger möglich, diese tragende Tätigkeit an die Ränder der Gesellschaft, in unsichtbare, private oder vulnerable Bereiche sowie graue Märkte abzuschieben. Vielmehr würde sich in der Folge das Wissen um die elementare Notwendigkeit von Care für uns alle durchsetzen und Sorge-Arbeit zu einer für alle zentralen, da letztlich gesellschafts- und lebenserhaltenden Tätigkeit werden (vgl. Tronto 2009).

Die kollektive Erfahrung unserer Verletzlichkeit in Verbindung mit vielfältigen Formen der gegenseitigen Sorge füreinander während der Covid-19-Pandemie hat die gesellschaftliche Bedeutung von Sorge, Pflege und Unterstützung – zumindest für eine gewisse Zeit – stärker in den Blick gerückt. „Systemrelevant“ steht als neudeutsches Wort symbolisch für diese Erkenntnis. Es zeigte sich gerade während den wiederholten Phasen strenger Lockdowns, dass in einer Gesellschaft wichtige Bereiche der Wirtschaft für eine gewisse Zeit so gut

wie komplett heruntergefahren werden können. Dies gilt aber nicht für Bereiche der Sorge für andere wie die Kinderbetreuung oder Pflege und Betreuung von älteren oder kranken Menschen. Erstarkte und neue Solidaritäten wurden insbesondere zu Anfang der Pandemie ausgemacht (vgl. Österreichische Akademie der Wissenschaften ÖAW 2020). Sie stärkten auch die Konzepte der Sorgenden Gemeinschaften. Doch nach einer ersten stark solidarischen Phase wurden auch die Forderungen nach mehr Eigenverantwortung wieder lauter und die kontroversen Debatten um Eigeninteressen, Staatsübermacht und solidarisches Handeln werden seither immer wieder auch ungut vermengt (vgl. Sima 2021).

Auch wenn noch offen ist, inwiefern die kollektive Erfahrung der Verletzlichkeit ihr transformatives Potenzial hin zu einer auf Sorge ausgerichteten Gesellschaft nachhaltig wahren kann, im Kleinen hat sich unserer Meinung nach dennoch einiges bewegt. Auf individueller Ebene haben unterschiedliche Menschen Hilfsbedürftigkeit – oftmals unerwartet – erfahren und Unterstützung wurde in neuen Kombinationen und Formen erbracht. Diese Erfahrungen dürften nachwirken und dazu beitragen, den Mythos der Eigenständigkeit, Unabhängigkeit stärker hin zur Idee der sorgenden Zuwendung füreinander zu entwickeln. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist aber auch, die gängigen wertenden Schemata à la „Hilfe geben ist besser als annehmen“ kritisch zu hinterfragen und eine neue Kultur des Gebens und Annehmens von Hilfe zu entwickeln. Denn wie Julie White und Joan Tronto (2004, S. 426) aufzeigen, bedient das bisherige Verständnis des Gebens und Nehmens den „myth of self-sufficiency“, wenn es Hilfsbedürftige als Abhängige stigmatisiert, während Hilfe-Gebende als selbständig und autonom konstruiert werden.

4 Die Sorgende Gemeinschaft als Ansatz zur Lösung der Sorgekrise: vier Sichtweisen

In diesem Kapitel richten wir vier Schlaglichter aus unterschiedlichen Richtungen auf die Sorgende Gemeinschaft und fragen, ob bzw. inwiefern das Konzept einen Beitrag zur Linderung der Sorgekrise zu leisten vermag. Dabei nehmen wir unsere eigene Ambivalenz als Anstoß zur kritischen Betrachtung. Irgendwo, neben der angetroffenen Begeisterung, Gleichgültigkeit oder auch Unkenntnis, wünschen wir uns eine kritische Auseinandersetzung mit den Licht- und Schattenseiten: Nicht um das Konzept zu torpedieren, sondern um es im Hinblick auf unterschiedliche Positionen in der Gesellschaft zu betrachten und blinde Flecken ins Licht zu rücken. Denn hin und wieder ereilt uns die düstere Ahnung, dass Sorgende Gemeinschaften Wölfe im Schafspelz sein könnten. Diese Ahnung wollen wir nun zum Anlass nehmen, uns kritisch damit auseinanderzusetzen. Als Ausgangspunkt ziehen wir jeweils Praxiserfahrungen aus dem Projekt Care-ComLabs heran.

4.1 Sorgende Gemeinschaft und ihre präventive Orientierung: von der (Un-)Vereinbarkeit gegensätzlicher Systemlogiken

Nicole³, eine im Projekt CareComLabs engagierte Spitex-Mitarbeiterin, erzählt: „Wenn die Spitex als Organisation der Fachpflege in eine Versorgungssituation eintritt, ziehen sich die bisher involvierten Personen, die im selben Haus oder in der Nachbarschaft leben, sehr oft zurück. ‚Jetzt ist ja die Spitex vor Ort, da braucht es mich nicht mehr‘, heißt es dann. Dabei könnten diese freiwillig Engagierten so vieles übernehmen, das der betroffenen Person guttut, das wir Fachkräfte aber nicht leisten können.“

Die Aussage der Spitex-Mitarbeiterin verweist auf eine der zentralen Herausforderungen von Sorgender Gemeinschaft: Nämlich Anspruch und Notwendigkeit, die lokalen informellen und die professionellen Versorgungsstrukturen zu verzahnen. Unser Verständnis von Sorgender Gemeinschaft geht vom sinnvollen Ineinandergreifen unterschiedlicher Formen von Dienstleistungen und Hilfestellungen aus, mit dem Ziel, tragende Sorge-Netzwerke bilden zu können. Klie formuliert das folgendermaßen: „Auf das Ineinandergreifen von cure und care kommt es an, wenn für vulnerable Menschen gesorgt sein soll“ (Klie 2013, S. 111). Denn fachpflegerische Leistungen seien nicht in der Lage, „die ‚soziale Netzwerkschwäche‘ zu kompensieren“ (ebd.).

In unserem Beispiel stellen die Pflegeleistungen der Spitex ein klassisches Cure-Element dar. Sie stehen also für die an Therapie und Behandlung von Krankheiten orientierte Logik des Schweizer Gesundheitssystems (s. Kapitel 2.2). Wie bereits beschrieben, liegt dessen Fokus auf medizinisch-pflegerischen Tätigkeiten und deren Finanzierung bzw. Vergütung. Die im Beispiel beschriebene informelle und niederschwellige Hilfe der Nachbarin hingegen, verortet sich im gemeinsam geteilten Lebenskontext der involvierten Personen. Sie beruht auf sozialen Interaktionen zur Beziehungsgestaltung und -aufrechterhaltung (Stichwort Reziprozität) und ist im Bereich konkreter alltäglicher Aktivitäten und emotionaler Bedürfnisse angesiedelt. Die Hilfestellungen der Nachbarin stehen für Care im umfassenden Sinne, also Tätigkeiten, die uns helfen, „[to] maintain, continue and repair our world so that we can live in it as well as possible“ (Fisher/Tronto 1990, S. 40).

Wir haben also zum einen die therapeutische Orientierung des Gesundheitssystems (siehe Kapitel 2.2) und zum anderen die auf Betreuung und alltagsnahe Hilfe und damit stärker auf Prävention und Erhalt ausgerichtete gemeinschaftliche Sorge (siehe Kapitel 2.1). Und wir fragen uns: Sind das unvereinbare Logiken? Die Überlegungen der Spitex-Mitarbeiterin selber verweisen bereits auf gewisse Grenzen der Systemlogik des Gesundheitssystems sowie auf das Bedürfnis einer besseren Verbindung mit den lokalen, kleinräumigen Sorgeak-

3 Alle Namen sind geändert.

tivitäten des sozialen Umfelds. Allerdings kann die Spitex-Mitarbeiterin diese Zusammenarbeit als Repräsentantin des formalisierten Systems Gesundheitswesen und aus Datenschutzgründen nicht einfach einfordern oder gar verordnen. Umgekehrt legt das Verhalten der Nachbarin nahe, dass sie ihre eigenen Leistungen im Vergleich zu jenen der Profis als vernachlässigbar einstuft. Hier spielen wohl auch gewisse Vorstellungen der Qualität und Hierarchisierung eine Rolle. Wie könnte es gelingen, die aus je unterschiedlichen Logiken heraus involvierten Personen näher zusammenzubringen und so die unterschiedlichen Formen besser zu verweben im Sinne eines zunehmend tragfähigeren Sorge-netzes?

Wir orientieren uns bei unserer Einschätzung an Tatjana Thelen (2014, S. 17), die gegen ein vereinfachendes, polarisierendes Denken argumentiert und deutlich macht, dass sich die „Dichotomisierung zwischen familiär und staatlich, zwischen informell und formell oder zwischen traditionell und modern im Bereich von Care [...] nicht (mehr) aufrechterhalten“ lässt. Entsprechend erachten wir es als vielversprechend, die beiden Systeme, jenes der professionellen und der gemeinschaftlichen Sorge sowie ihre jeweiligen Logiken und Akteur*innen (professionell – nichtprofessionell, reaktiv – proaktiv, kurativ – präventiv) als Kontinuum mit unterschiedlichen Ausprägungen zu denken. Das wäre ein wichtiger Beitrag, um Schnittstellen zu identifizieren und so im Sinne des Konzepts der geteilten Verantwortung das Zusammenwirken unterschiedlicher Akteur*innengruppen zu fördern. Damit dies dann auch gelingt, braucht es, über die rein normative Setzung der Zusammenarbeit hinaus, eine gemeinsame Praxis und Auseinandersetzung. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung, um bestehende unterschiedliche Orientierungen zu erkennen sowie allfällige Grenzen ansprechbar und damit gestaltbar zu machen. Es braucht also einen Prozess der Sensibilisierung, in dem Schnittstellen erkannt und das Potenzial für Vernetzung gemeinsam ausgelotet werden kann. Und dieser Prozess wiederum braucht Raum, um zentrale Fragen, Entwicklungen und Erfahrungen in der gemeinschaftlichen Neugestaltung zu diskutieren und Lösungen für auftauchende Hürden zu entwickeln. Der Prozess muss also gelebt werden.

Thelens Ziel ist, „die Bedeutung von Sorge für die Gemeinschaftsbildung und Politik“ deutlich zu machen (ebd., S. 22). Sie interessiert sich für die „Konstruktion bedeutsamer Bindungen“, die sich ausgehend von einer Care-Situation zwischen unterschiedlichen Individuen, Mitgliedern sozialer Systeme sowie auch Vertreter*innen von Institutionen wie z. B. professioneller Pflegedienste entspannen können (vgl. ebd.). Im Unterschied zu herkömmlichen Vorstellungen, dass bestehende Bindungen wie z. B. Verwandtschaft oder Familie die Grundlage von geleisteter Sorge sind, zeigt sie auf, dass bedeutsame Bindungen durch sorgende Zuwendung konstruiert werden können. Diese „Konzentration auf Praktiken“ anstelle von „Vorabdefinition von Beziehungstypen“ ermögliche die „Erfassung von Care als Basis verdeckter Gemeinsamkeit bedeutsamer

Bindungen aus unterschiedlichen Lebensbereichen“ (ebd., S. 19). Und damit, so unsere Schlussfolgerung, lassen sich auch unterschiedliche Sorgepraktiken wie z. B. professionelle und gemeinschaftliche letztlich durchaus miteinander verbinden: in einer gemeinsamen, einander sinnvoll ergänzenden Sorgepraxis. Allerdings stellen sich hier weiterführende Fragen gerade auch zu den strukturellen Rahmenbedingungen, unter denen eine solche gemeinsam verantwortete Praxis dann effektiv erfolgt.

4.2 Sorgende Gemeinschaft und ihre Beziehung zum Sozialstaat: Lückenbüßerin oder Goldstück?

„Lokal und global. Zusammen statt alleine. Caring Communities prägen die Gesellschaft jetzt und in Zukunft.“ Ein großes Versprechen, das mir hier auf der Einstiegsseite des Netzwerks Caring Communities (caringcommunities.ch) entgegenblinkt. Es bringt mich ins Grübeln: Haben sich Sorgende Gemeinschaften wirklich schon so gut in die Gesellschaftsarchitektur eingefügt, dass sie die Gesellschaft „prägen“? Wer prägt dabei wen?

Gegensätzlich dazu das kurze Gespräch an der öffentlichen Veranstaltung in unserem Projekt. Kaum ist der offizielle Teil vorüber, wechseln meine Sitznachbarin und ich noch ein paar Worte: „Es ist überall das Gleiche, die Leute wollen sich an nichts mehr beteiligen“, seufzt sie. Es brauche deshalb „nicht noch mehr“. Sie bezieht dieses „Noch-mehr“ auf die soeben präsentierte Initiative zur Förderung der Sorgeskultur vor Ort. Ich werfe ein, in einer Sorgenden Gemeinschaft gehe es nicht nur um zusätzliche Angebote, sondern auch um kleine alltägliche Aufmerksamkeiten füreinander. Gesten wie der freundliche Gruß im Treppenhaus oder ein kurzer Wortwechsel könnten schon viel bewirken – für mich beides Beispiele sorgender Alltagspraxis. „Aber dem sag ich nicht ‚Hilfe!‘“, entgegnet mein Gegenüber wie aus der Pistole geschossen: „Hilfe, das ist professionell, die Spitex zum Beispiel.“

Sorgende Gemeinschaften bewegen sich irgendwo zwischen Zaubermittel und Irrelevanz. Tatsache ist: In der Schweiz ernten sie medial oder in Fachdiskursen viel Wohlwollen (vgl. Konferenz Diakonie Schweiz 2021; Hofstetter 2021) und in gewissen Gemeinden und Kantonen reagiert man durch eine verbindlichere strategische und auch strukturelle Einbindung (vgl. Gemeinderat Belp 2021; Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern 2016). Das ruft nach der Frage, wie sich diese Einbettung in den Sozialstaat bzw. das Verhältnis zwischen Sozialstaat und Sorgender Gemeinschaft denn gestaltet. Wir fragen: Gibt es auch unintendierte Effekte oder *hidden agendas*?

Offen kritische Stimmen, die sich mit dem Verhältnis von Sozialstaat und Sorgenden Gemeinschaften befassen, orten wir hauptsächlich in der Wissenschaft. So führen Silke van Dyk und Tine Haubner den Begriff des „Krisenab-

sorber“ (2019, S. 263) für die Sorgende Gemeinschaft ein und Klie warnt: „Sie [die Caring Communities, Anm. AS/KvH] dürfen [...] nicht als sozialstaatliches Rückzugsszenario missbraucht werden.“ (Klie 2018, S. 49) Mike Laufenberg macht unter Rekurs auf van Dyk, Haubner und Stefanie Graefe darauf aufmerksam, dass die Umdeutung und Umgestaltung der zivilen Bürgergesellschaft in eine Care-Gemeinschaft „als Strategie des aktivierenden Sozialstaates“ gefasst werden könne, die den „Rückgang familiärer Care-Ressourcen durch den Rückgriff auf andere Formen unbezahlter Care-Arbeit zu kompensieren sucht.“ (Laufenberg 2018, S. 82)

Was hat es also mit diesem Narrativ der Instrumentalisierung Sorgender Gemeinschaften zur Staatsentlastung auf sich? Erkennen wir Anzeichen, dass die freiwillige gemeinschaftliche Sorge im Sozialstaat zur Lückenbüßerin wird? Blicken wir zuerst nach Deutschland: Nach van Dyk und Haubner (2019, S. 263) geht es um eine „Re-Definition des Subsidiaritätsverständnisses“, das als „traditioniertes Strukturprinzip des deutschen Wohlfahrtsstaats nicht länger im Sinne einer staatlichen Schaffung von Gelegenheitsstrukturen, sondern als Prinzip der Staatsentlastung in Form einer Hilfe zur Selbsthilfe“ neu akzentuiert wird. Die Siebte Altenberichtskommission fordert eine „Neue Subsidiarität“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017, S. 18 f.): In ihrem Verständnis darf das Subsidiaritätsprinzip gerade „nicht mit einer Entpflichtung des Staates gleichgesetzt“ werden. Der Staat habe vielmehr „die Bedingungen zu schaffen, zu erhalten und zu fördern, unter denen die Verantwortung in den ‚kleinen Lebenskreisen‘ wirksam gestaltet und wahrgenommen werden kann.“ Staatliche Institutionen müssten „die Ressourcen bereitstellen, die kleinere soziale Einheiten und Individuen überhaupt erst zur Selbstverantwortung befähigen. Ein modernes Konzept der Subsidiarität weist dem Staat also eine starke Rolle zu.“ (ebd. S. 19)

In der Schweiz hingegen erhält das Konzept der Sorgenden Gemeinschaften auf nationaler Ebene eher zurückhaltend Beachtung, was sich zum einen mit der stark verankerten föderalistischen Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden erklären lässt. Zum anderen möglicherweise auch mit der gewohnten Zurückhaltung, wenn staatliche Eingriffe Privatsphäre und Eigenverantwortung tangieren könnten. Dies wiederum mag das etwas andere Verständnis von Subsidiarität begründen, nach dem sich Kantone und Gemeinden nur als „ergänzende“ Anbietende von Dienstleistungen im Gesundheitswesen verstehen, sofern diese „von Privatpersonen oder privaten Dienstleistenden nicht bereits geleistet oder angeboten werden.“ (Knöpfel/Pardini/Heinzmann 2018, S. 68) Zum Miteinander von Sorgenden Gemeinschaften und dem Sozialstaat äußert sich das Bundesamt für Gesundheit im Rahmen seiner Empfehlungen zur Entlastung Sorgender Angehöriger tatsächlich nur sehr vage: „Ob der öffentlichen Hand eine aktive oder passive Rolle zukommt, ist umstritten. Einig ist man sich darin, dass die Politik Sorgeskulturen in Gemeinschaften ermög-

lichen, fördern und unterstützen soll, indem sie solchen Initiativen offen und wertschätzend begegnet“ (Bundesamt für Gesundheit 2019c, S. 11). Viel handfeste Unterstützung lässt sich hier wahrlich nicht ableiten.

In der kritischen wissenschaftlichen Literatur zu Sorgender Gemeinschaft begegnen uns hingegen verschiedene Argumentationslinien zur Beschreibung der Beziehung zwischen Sozialstaat und Sorgender Gemeinschaft: Im Fokus stehen beispielsweise Auswirkungen auf die Qualität und Professionalität. Für van Dyk und Haubner (2019, S. 259) gewinnen das „kompensatorische Potenzial“ von Freiwilligenarbeit und die „sozialpolitische Entdeckung der Ressource Gemeinschaft“ nicht nur an Bedeutung, sondern dies geht auch mit „Informalisierungs- und Deprofessionalisierungsprozessen“ einher. Diese gut nachvollziehbare Gefahr macht deutlich, mit welcher Sorgfalt das Miteinander von Professionellen und informell Hilfeleistenden zu gestalten ist.

Eine weitere Kritik – oder eher eine Warnung – formulieren Josefine Heusinger, Kerstin Hämel und Susanne Kümpers (2017, S. 442): „Wenn ihm [dem freiwilligen Engagement, Anm. AS/KvH] eine verbindliche Rolle in der Versorgung zugewiesen wird, besteht [...] die Gefahr, dass es Ungleichheiten verstärkt, weil es, sozialpolitisch zugespitzt formuliert, ein mehr oder weniger zufällig zugängliches Almosen darstellt.“ Laufenberg (2018, S. 82) gibt hierzu zu bedenken, dass es den „Care-Parochialismus“ schon immer in den professionellen Diensten gegeben habe, wenn sich Care-Leistende gewissen Care-Nehmenden näher und verbundener fühlten. Wirklich abzuschwächen vermag er damit das Ungleichheitsargument natürlich nicht. Denn wenn nur diejenigen Glücklichen Sorge erfahren, die am richtigen Ort zu Hause oder von Gleichgesinnten umgeben sind, steckt darin der Stachel, dass Unterschiede ohne sozialstaatlich garantiertes Anspruchsrecht nicht nivelliert werden. Van Dyk und Haubner (2019, S. 259) sehen deshalb in der „Affirmation und Indienstnahme gemeinschaftlich-informeller Selbsthilfe die progressiven Potenziale einer von personaler Abhängigkeit entkoppelten universalen sozialen Sicherung“ infrage gestellt. Sie warnen davor, dass konkrete soziale Bindungen an die Stelle abstrakter sozialer Rechte treten: „Fragen des Wohlfühlens, der Verbundenheit und Sympathie stehen im Zentrum der Vergemeinschaftung [...]. Was Nähe und Wärme suggeriert, kann aber auf die Preisgabe einer wesentlichen Errungenschaft im modernen Wohlfahrtsstaat hinauslaufen: die Entkoppelung von sozialer Sicherung und sozialer Beziehung durch die Gewährung sozialer Rechte [...]“ (ebd., S. 273). Viel deutlicher kann man wohl nicht werden.

Indem das Leitbild der Sorgenden Gemeinschaften zunehmend Eingang in Legislaturziele oder alterspolitische Maßnahmenpläne erhält (vgl. Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern 2016; Bundesamt für Gesundheit 2019a; Gemeinderat Belp 2021; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017) mag man sich fragen, ob sich dahinter vielleicht auch eine gewisse Taktik der Ablenkung verbirgt: Politik und Verwaltung fokussie-

ren auf die Mikro- und Mesoebene im Sinne stellvertretenden Handelns, um so von grundlegenderem Reformbedarf auf der Makro- bzw. Systemebene abzulenken – gewissermaßen als Verschleierungstaktik hinsichtlich des grundlegenden Reformbedarfs in Bezug auf Finanzflüsse und -logiken innerhalb des Gesundheits- und Sozialsystems oder entkoppelter, hochdifferenzierter Subsysteme? Fundamentale, die Sorgekrise begleitende Herausforderungen im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit, Sorgeverteilung und -bewertung lassen sich allein durch die (Selbst-)Aktivierung der Sorgefähigkeit der Zivilgesellschaft mit Sicherheit nicht lösen.

Wie oben dargelegt, besteht tatsächlich die Gefahr, dass Sorgende Gemeinschaften als Lückenbüßerinnen instrumentalisiert werden. Wie schön wäre es doch, man könnte wegbrechende familiäre Sorgepotenziale oder professionelle, (zu) kostenintensive Pflege und Betreuung einfach durch ein Goldstück namens „Sorgende Gemeinschaft“ ersetzen. Wohlfahrtspluralistische Hilfearrangements basieren aber auf Komplementarität als Strukturlogik. Uns scheint deshalb der Begriff des Komplements (nicht Surrogats!) als Leitvorstellung für die Einbettung der Sorgenden Gemeinschaften in die sozialstaatliche Logik fruchtbar. Sorgende Gemeinschaften sind keine Goldstücke, einer solchen Überhöhung des Konzepts können wir uns ebenfalls nicht anschließen, da verschiedene Gerechtigkeitsdimensionen wie Genderfragen oder Zugangsmöglichkeiten oft (zu) wenig Beachtung finden. So ist in Sorgenden Gemeinschaften keineswegs alles Gold, was glänzt. Diesen Anspruch werden wir deshalb in den beiden nachfolgenden Kapiteln etwas genauer unter die Lupe nehmen.

4.3 Sorgende Gemeinschaft als „Heile-Welt-Versprechen“ für alle?

Am Vernetzungstreffen tauschen wir uns über Schwierigkeiten des Einbezugs der breiten Bevölkerung aus. Sandra, ein von Beginn weg sehr engagiertes Projektgruppenmitglied, teilt mit uns ihre Enttäuschung: Immer wieder höre sie, es gebe doch schon so viele gute Angebote in der Gemeinde, weshalb denn jetzt auch noch die „Sorgende Gemeinde“? Ein Moment herrscht Stille, während Sandra etwas gequält in die Runde blickt und dann mit trotzigem Unterton die Frage stellt: „Bin ich denn wirklich nur eine Träumerin, dass ich diese Idee der Sorgenden Gemeinschaften immer noch weiterverfolge? Ist das alles nur eine linke Gesellschafts-Utopie?“

Im Gespräch mit Menschen im Projekt, die sich überzeugt auf Sorgende Gemeinschaften einlassen, hören wir immer wieder vom „anderen Miteinander“. Von Sinn, Beheimatung, Beziehung, aber auch vom Gegenentwurf zu einer globalisierten, individualisierten oder digitalisierten Welt. Ist Sorgende Gemeinschaft also ein Weg zurück zu verloren geglaubter Gemeinschaft? Die Bemerkungen von van Dyk und Haubner (2019, S. 267) zum Begriff der Gemeinschaft

bestätigen unsere Beobachtung: „Die positiven Alltagsbezüge sind eingebettet in eine lange Diskursgeschichte der Gemeinschaft als (häufig romantisiertem) Antipoden des modernen Kapitalismus mit seinen entfremdenden Effekten, die bis heute in sozialen Bewegungen und Alternativökonomien gegenwärtig ist.“ Gemeinschaft trage eine „unbestimmt positive Bedeutung“ (ebd.). In den Worten von Zygmunt Baumann (2001, S. 1) vermittelt Gemeinschaft ein gutes Gefühl: „Words have meanings: some words, however, also have a ‚feel‘. The word ‚community‘ is one of them. It feels good: whatever the word ‚community‘ may mean, it is good ‚to have a community‘, ‚to be in a community‘.“ Van Dyk und Haubner orten aber eine Gefahr, wenn gemeinhin Freiwilligkeit und das Gemeinschaftliche eines Engagements als „Garantie für seinen unproblematischen Charakter“ gelten (van Dyk/Haubner 2019, S. 267).

Ob also das Konzept der Sorgenden Gemeinschaft mit seinem gemeinschaftlichen Fokus deshalb für Kirchen so anschlussfähig ist, da es die Verwirklichung einer heileren, paradiesischeren Welt impliziert? Gemeinschaft, Beziehung und bedingungslose Hilfe gelten als Gegenentwürfe zur fortschreitenden Kommodifizierung und Ökonomisierung unserer innersten Lebensbereiche. Man mag sich nun fragen, ob es dabei auch Verlierer*innen gibt? Menschen, denen sich mit der Sorgenden Gemeinschaft keine heile Welt eröffnet, sondern sie davon ausschließt?

Nach van Dyk und Haubner gibt es dort Verlierer*innen, wo gemeinschaftlich-informelle Selbsthilfe durch Informalisierungs- und Deprofessionalisierungsprozesse Engagement und Freiwilligenarbeit in die Nähe von Schattenwirtschaft und Niedriglohnsektor rückt (ebd., S. 259). Auch Klaus Wegleitner und Patrick Schuchter stießen bei ihrer Evaluation von drei Modellprojekten zu Sorgender Gemeinschaft im Kanton Bern auf ungelöste – oder zumindest unbearbeitete – Fragen der Sorgegerechtigkeit, z. B. hinsichtlich der Kategorien Herkunft, Generation und Geschlecht (vgl. Wegleitner/Schuchter 2020, S. 60 f.). Michael Krisch entlarvt den eingangs dieses Kapitels beschriebenen Optimismus als Schönfärberei wie auch absichtsvolle Verschleierungstaktik: „Die Metapher *Caring Community* birgt [...] die Gefahr der Verblendung und Schönfärberei; [...] [sie] ist durchzogen von fundamentalem Optimismus. Die Vorspiegelung einer *Caring Community* gibt den Menschen Halt, sie suggeriert ihnen zuversichtliche Heilsgewissheit, wobei Sehnsüchte des durch und durch individualisierten Menschen des 21. Jahrhunderts nach Sorge und Gemeinschaft geweckt werden.“ (Krisch 2018, S. 309) Krisch legt dar, dass der Begriff bewusst religiösen wie auch politischen Zielen diene, und kritisiert, dass „tatsächliche Absichten verschleiert“ werden, „um soziales Handeln zu beeinflussen.“ (ebd., S. 310)

Problematisch wird die Hochstilisierung von (Sorgender) Gemeinschaft zur heilen Welt erst recht dort, wo sie jeglicher Kritik die Legitimation entzieht und Engagierte zu „nearly sacred figure[s]“ werden (Eliasoph 2013, S. 9). Wenn „sie

zu problematisieren nahezu blasphemisch erscheint“, dann trete „die Qualität der geleisteten Hilfe aus dem Blick“, warnen van Dyk und Haubner (2019, S. 267).

Wie steht es also mit der „Utopie“, auf welche sich das Projektgruppenmitglied am Kapitelanfang bezieht? Vielleicht kommen wir der Sache mit dem Konzept der „Heterotopie“ etwas näher, das Michel Foucault folgendermaßen fasst: Heterotopien sind bei ihm „wirkliche Orte, wirksame Orte, die in die Einrichtung der Gesellschaft hineingezeichnet sind, sozusagen Gegenplatzierungen oder Widerlager, tatsächlich realisierte Utopien, in denen die wirklichen Plätze innerhalb der Kultur gleichzeitig repräsentiert, bestritten und gewendet sind, gewissermaßen Orte außerhalb aller Orte, wiewohl sie tatsächlich geortet werden können“ (Foucault 2002, S. 39). Die Heterotopie steht also für die Verwirklichung von etwas Utopischem, Neuem, im Sinne einer Gegenposition, die sich real identifizieren und orten lässt. Wiewohl sie sich vom Gewohnten abhebt, verweist sie doch auf dieses in einer transformierten Form. Ob das nicht auch auf Sorgende Gemeinschaften zutrifft? Gerhard Wegner verwendet in die gleiche Richtung weisend den Begriff des „Gegenmilieus“, da in Sorgenden Gemeinschaften „die menschliche Vorzugswürdigkeit eines Lebens in gegenseitiger Angewiesenheit“ (Wegner 2008, S. 116) noch erlebt werden könne. Weiter beschreibt er, dass sich in Zeiten eines immer turbulenter werdenden globalen Kapitalismus in der Sorgenden Gemeinschaft eine Art „warme Gegenwelt“ herausbilde, in der Menschen „eine Heimat“ hätten und „praktische Antworten auf die Herausforderungen der demografischen Situation“ gefunden werden könnten (ebd., S. 123 f.).

Anschlussfähig erscheint neben der Heterotopie als realisierter und doch utopischer Gegenwelt auch Foucaults Begriff der „Heterochronie“ – eines Raums außerhalb der herrschenden Zeitordnung, in der ein anderes Zeitverständnis gilt. So kann und soll sich die gemeinschaftliche Sorge in einer Sorgenden Gemeinschaft doch nach Ansicht vieler fundamental vom getakteten Zeitrhythmus der professionellen Pflege abgrenzen. Grundsätzliche Unterschiede lassen sich nach Wegner auch noch an anderer Stelle orten: So könne in einer Sorgenden Gemeinschaft der „Geschenk- bzw. der Gabe-Charakter der Pflege, der in den Prozessen der reinen Ökonomisierung unterbewertet wird, neu an Geltung und Gewicht gewinnen“ (ebd., S. 123). Also eben doch die heile Gegenwelt?

Bei Foucault erfahren wir, dass sich Heterotopien auf die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bzw. deren Problematiken beziehen. So vermag eine Heterotopie diese Verhältnisse vielleicht auf den ersten Blick zu neutralisieren oder umzukehren (vgl. Foucault 2002: S. 38). Aber auch auf den zweiten Blick? Inwiefern – und ob überhaupt? – Sorgende Gemeinschaft Verhältnisse verändert, ist nicht so leicht zu erkennen. Insbesondere dann nicht, wenn die (allzu) positive Begriffs-Konnotation alles überstrahlt und die Kritik-

fähigkeit raubt. Wo der kritische Blick aber fehlt, geraten auch allfällige Verlierer*innen aus dem Blick.

4.4 Sorgende Gemeinschaft: ein normativ-moralischer Appell zur Beziehungsgestaltung

An einem Anlass zu Projektbeginn prägt Michaela, eine engagierte Bürgerin, den Begriff der „positiven Aufmerksamkeit“. Ab dann tauchen der Begriff oder Varianten davon immer wieder auf. So sagt ein anderes Projektmitglied gut zwei Jahre später: „Ich möchte, dass jede Frau, jeder Mann so denkt, dass die Menschen nach links und rechts schauen, und dass uns allen eine Art Antenne für die Befindlichkeit der anderen wächst.“

Wie bereits beschrieben, basiert das Konzept der Sorgenden Gemeinschaft auf bestimmten Vorstellungen, wie Sorge organisiert und vom wem sie geleistet werden soll, nämlich gemeinschaftlich und in geteilter Verantwortung (vgl. Klie 2016). Die eingangs angeführten Aussagen adressieren explizit diesen angestrebten gesellschaftlichen Kulturwandel, der darauf abzielt, dass Sorge und Sorgearbeit alle betrifft und alle angeht. Deutlich wird: Nicht nur die bereits in der Sorgenden Gemeinschaft engagierten Menschen, sondern letztlich *alle* sollen gemäß den Zielen Sorgender Gemeinschaft handeln. Damit wird ein stark transformativer und gleichzeitig ein (neuer) normativer Anspruch deutlich. Es geht nicht nur um eine individuelle Sensibilisierung, sondern darum, sorgorientierte Wertvorstellungen als neue soziale und damit handlungsleitende Normen zu fördern und zu etablieren.

Nehmen wir nochmals Thelens Ansatz (2014) in den Blick: Mit ihrem Fokus auf Sorgepraktiken anstelle von Sorgebeziehungen dreht sie in gewisser Weise auch das normative Gerüst bzw. die leitende Handlungsmotivation um. Nicht weil ich eine bedeutsame Bindung zu jemanden habe, wodurch nebst emotionaler Nähe eben auch Verpflichtung entsteht, übernehme ich Sorgearbeit, sondern durch gelebte Sorgepraxis, erlebe ich Beziehung(en) als bedeutsam. Für das Konzept der Sorgenden Gemeinschaft ist diese Umkehr wesentlich. Es bedeutet, dass gelebte Sorge für andere zu sozial tragenden (weil bedeutsamen) Beziehungen beiträgt. Gelebte Sorge für andere kann somit auch Samen oder Anstoß für Beziehungsbildung sein. Insbesondere poststrukturalistische und postfundamentalistische Ansätze betonen die „(machtdurchsetzte) Kraft von Mikropolitiken, anti-institutionellen lokalen Bewegungen“ hinsichtlich ihres Transformationspotenzials von konkreter Alltagspraxis (van Dyk 2012, S. 192). Sie verweisen aber auch auf die Tatsache, dass solchen Dynamiken eine „(zugleich ermächtigende wie repressive) Konstitution von Subjektivität“ inneohnt (ebd.). So verstanden liefern die angeführten Zitate durchaus eine Anleitung für den angestrebten Kulturwandel. Wenn es Sorgenden Gemeinschaften

gelingt, Sorgepraxis als Ausgangspunkt für Gemeinschaft zu etablieren, dann können sich eben genau davon ausgehend tragfähige, gemeinschaftliche Bindungen ausbilden.

Allerdings lässt der kollektivierende und normative Anspruch auch aufhören. Zwar ist es das Ziel Sorgender Gemeinschaften, gerade auch die Ausgeschlossenen einzuschließen. Aber wird dieses inklusive Konzept nicht gerade durch diesen umfassenden normativen Anspruch potenziell ausschließend? Was tun mit jenen, die nicht mittun wollen oder können? Zeigt sich nicht gerade in diesem inkludierenden Anspruch schon wieder eine exkludierende Tendenz, die letztlich das Ideal der Inklusion untergräbt?

Mit Bezug auf Butler macht van Dyk deutlich, dass „es gerade im Hinblick auf Fragen sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit immer notwendig sein wird, für konkrete Institutionalisierungen und Fixierungen von Normen einzustehen – ohne das damit einhergehende repressive Potenzial aus dem Blick zu verlieren“. (ebd., S. 200) Offenheit und Unvollständigkeit seien konstitutiv für das Ideal der Inklusion. Es gehe genau um den „Effekt des unrealisierten Status dessen, was der Inhalt des Einzuschließenden ist oder sein wird. In diesem Sinne also muss Inklusion als Ideal durch ihre eigene Unmöglichkeit konstituiert werden; tatsächlich muss sie ihrer eigenen Unmöglichkeit verschrieben sein, um auf dem Weg der Realisierung fortzukommen.“ (Butler/Laclau 1998, S. 239; zit. n. van Dyk 2012, S. 207) Das heißt in den Worten von van Dyk: „Dass es totale Inklusion nicht geben kann, schmälert das Ideal nicht, und auf dem Weg der (politischen) Realisierung von Inklusion kommt man gerade dann voran, wenn das Bewusstsein der finalen Unmöglichkeit die Inklusionsbewegung nie enden lässt.“ Denn: „Es ist nicht das Risiko, auf das sich einzulassen man vermeiden sollte, weil es unvermeidlich ist, aber es ist das Risiko, das bekannt sein muss und den TrägerInnen, SprecherInnen und Handelnden [...] eine unendliche Verantwortung auferlegt.“ (van Dyk 2012, S. 208) In diesem Sinne sind die in der Sorgenden Gemeinschaft wirkmächtigen Machtstrukturen und Herrschaftsdynamiken immer wieder kritisch zu prüfen – der normative Anspruch an die gemeinschaftlich orientierte Sorgehaltung aller ist jedoch nicht zwingend aufzugeben.

Wir möchten auch noch das Negativ der Formulierung „positive Aufmerksamkeit“ aufgreifen. Die Formulierung selber verweist bereits auf ihre Kehrseite: Das Risiko durchdringender, umfassender sozialer Kontrolle im Gemeinschaftlichen und weniger ehrbarer Motive wie Missgunst, Neid, Konkurrenz – unterschiedlichster Formen negativer Aufmerksamkeit eben. Von all dem soll sich die Kultur der gegenseitigen Sorge positiv abheben. Wie im vorgängigen Abschnitt bereits ausführlich dargestellt, hat die Vorstellung der Sorgenden Gemeinschaft ein Risiko, lediglich ein idealisiertes, überhöhtes Ideal zur erlebten Realität abzubilden und anzumahnen.

Und schließlich gilt es, noch einen Blick auf die Tendenz der idealisierenden Selbstkonstruktion der Hilfe-Gebenden zu werfen. So fällt auf, dass viele der in den Sorgenden Gemeinschaften Engagierten sich zwar durchaus in der helfenden, aber tendenziell weniger in der Hilfe empfangenden Rolle sehen. Die Auseinandersetzung mit dem Problematischen des Abhängig-Seins, die ist offenbar auch für die in der Sorgenden Gemeinschaft engagierten Personen eine Knacknuss (vgl. Maio 2018). Ohne diese läuft die Sorgende Gemeinschaft jedoch Gefahr, den Mythos der Autonomie und Unabhängigkeit zu reproduzieren (vgl. White/Tronto 2004).

Dazu kommt noch eine weitere kritische Überlegung: Was tun mit jenen, denen wir unsere positive Aufmerksamkeit nicht schenken möchten? Während im Gesundheits- und Sozialsystem durch formale Regelungen Anspruchsgruppen und Rahmenbedingungen für alle weitgehend gleich geregelt sind, besteht kein geregeltes Recht auf Leistungen der Sorgenden Gemeinschaft (vgl. Kapitel 4.2). In der Regel kümmern wir uns um jene, die uns auch sympathisch sind. Was also wird aus den anderen? Jenen, die den gängigen Kriterien sozialer Sympathie nicht entsprechen? Oder umgekehrt: Müssen wir jetzt alle immer darauf bedacht sein, sozial angepasst, angemessen freundlich und zugewandt zu sein, damit wir die positive Aufmerksamkeit unserer Mitmenschen dann auch verdienen und erhalten? Entwickeln wir analog zum idealisierten Bild der Gemeinschaft auch eine über-moralisierte Vorstellung des Gutmenschen, die zur neuen Norm und Vorschrift wird?

Nebst den bereits ausgeführten strukturellen Herausforderungen des Konzepts bestehen offenbar auch auf individueller Ebene gewisse Risiken. Im Gegensatz zum gemeinschaftlichen Normativ, der in den oben angeführten Zitaten als Grundlage für den angestrebten Kulturwandel anklingt, verweisen van Dyk und Haubner mit Bezug auf Slavoj Žižek darauf, dass „spätmoderne Gesellschaften davon profitieren, wenn soziale Nähe und das Einander-Verstehen um die Haltung des ‚Einander-aus-dem-Weg-Gehens‘ ergänzt werden – um die Wahrung eines angemessenen Abstands.“ (Žižek 2016, S. 67). Institutionalisierte soziale Rechte ermöglichen einen solchen Abstand; sie entlasten vom Imperativ des permanenten Mitmachens, sie entkoppeln das Recht vom Charakter, sie schaffen Bedingungen, unter denen auch diejenigen versorgt, aufgenommen oder gepflegt werden, die sich nicht durch Liebenswürdigkeit, Passfähigkeit oder Dankbarkeit qualifiziert haben (van Dyk/Haubner 2019, S. 273 f.).

Und schließlich stellen sich auch hier nochmal Fragen der Qualität und Stabilität von benötigten Dienstleistungen. Wie können wir sicherstellen, dass wirklich alle die Hilfe erhalten, die sie brauchen, und dies auch in ausreichender Qualität? Gerade diese kritischen Fragen zeigen auf, wie wichtig es ist, sich von dem in Kapitel 4.3 erwähnten positiven Gefühl, welches Gemeinschaft vermittelt, nicht blenden zu lassen. Und das Konzept der Sorgenden Gemeinschaft nicht als idealisierten Gegenentwurf der Gegenwart zu verstehen, sondern viel-

mehr als eine mögliche Strategie, sich mit aktuellen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen in kritischer Auseinandersetzung zu beschäftigen.

5 Fazit in drei Bildern

Zum Schluss greifen wir nochmals die Frage auf, ob sich Anzeichen erkennen lassen, dass die Realisierung von Sorgender Gemeinschaft einen echten Beitrag zur Bewältigung der Sorgekrise zu leisten vermag. Gibt es durch die Mitwirkung zusätzlicher zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, die im Rahmen von Sorgenden Gemeinschaften agieren, Anzeichen für Veränderung und Krisenbewältigung? Ist Sorgende Gemeinschaft ein Schritt in Richtung einer neuen (Sorge-)Gesellschaft, in welcher sich Strukturen wie auch Kulturen der Sorge verändern? Wenn ja, zu welchem Preis?

Auf viele der aufgeworfenen kritischen Fragen haben wir (noch) keine wirklich abschließende Antwort. Sie werden uns bei der weiteren Arbeit in den Sorgenden Gemeinschaften mit Sicherheit weiter begleiten. Denn sie thematisieren wichtige Aspekte wie Freiheit und Selbstbestimmung im Kontext von Sorgenden Gemeinschaften – außerhalb idealisierter Vorstellungen von Gemeinschaft als Gegenkonstrukt der individualisierten Spätmoderne.

Unsere Erörterung der Fragen spitzten wir im Titel unseres Beitrags zu mit der Frage, ob Sorgende Gemeinschaften nicht Wölfe im Schafspelz seien. Die intensive kritische Reflexion hat uns nun die Erkenntnis gebracht, dass sich das facettenreiche Feld mit dieser Metapher allein nicht ausreichend fassen lässt. Deshalb ziehen wir für unser Fazit zur Illustration noch zwei weitere hinzu: das Gewebe und den Archipel. Dieser Kunstgriff dient uns als Hilfsmittel zur atmosphärischen Darlegung der Komplexität. Wir verstehen die folgenden Ausführungen außerdem als eine Art Zwischenfazit. Denn was uns auch klar ist: bestehende Strukturen und Handlungslogiken zu verändern, braucht Zeit. Trotz der nun gut zweieinhalbjährigen Laufzeit des Projekts stehen wir in diesem Prozess noch am Anfang und unsere Einschätzung ist entsprechend immer noch eine vorläufige.

5.1 Schaf und Wolf in einem

Im Untertitel dieses Buchkapitels stellen wir die Frage, ob Sorgende Gemeinschaften Wölfe im Schafspelz sind. So harmlos, kuschelig warm kommen sie daher – wer könnte denn etwas gegen die Entwicklung gestärkter gegenseitiger Aufmerksamkeit und Sorge haben? Wo oder inwiefern zeigt Sorgende Gemeinschaft sich auch ungezähmt oder machtvoll?

In den Kapiteln 4.2 bis 4.4 wurde erkennbar, dass Sorgende Gemeinschaft sowohl Schaf als auch Wolf in sich vereint. Neben den beabsichtigten Verbesserungen können sehr wohl auch (un)beabsichtigte negative Effekte resultieren. Umso wichtiger ist es, dass in Sorgenden Gemeinschaften Engagierte sich dieser Gefahren bewusst sind und Räume schaffen, um das Wolfhafte oder auch Hinterhältige offen und kritisch zu reflektieren. Interessanterweise wurde im Rahmen einer Evaluation von Modellregionen im Kanton Bern (vgl. Wegleitner/Schuchter 2020) deutlich, dass auch Beteiligte dieses Bedürfnis äußerten, da sie durch Sorgende Gemeinschaft die Sorgegerechtigkeit nicht automatisch erfüllt sehen. Immer wieder bleibt kritisch zu fragen, ob die neue oder wiedergewonnene Solidarität sich nicht bloß der Externalisierung unerwünschter Effekte bedient und damit zu einer exkludierenden Solidarität wird (vgl. Lesenich 2020).

Sorgende Gemeinschaft eignet sich von ihrer konzeptuellen Offenheit her sehr gut als Lückenbüßerin, da sie sich in unterschiedlichste Leerstellen einpassen lässt. Aber diese Anpassungsfähigkeit darf nicht dazu führen, dass sozialstaatliche Errungenschaften wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Verlässlichkeit oder Qualität ausgesetzt oder zumindest aufs Spiel gesetzt werden.

Immer wieder fällt zudem auf, welche große (zu große?) Hoffnungen auf Sorgende Gemeinschaften gesetzt werden – damit ist ein Scheitern (wohl) vorprogrammiert. Ihre größte Chance liegt vielleicht in der stärkeren Verbreitung des Ansatzes, die Sorge vielleicht tatsächlich etwas mehr in die Mitte der Gesellschaft zu rücken, was dann auch Auswirkungen auf Systemebene zeitigt. In genau dieser Anregung können wir auch den stolzen, wilden, unzählbaren Wolf erkennen, der längst begonnen hat, bei uns Fuß zu fassen. Sorgende Gemeinschaft besitzt dann eine „produktive Irritationsqualität“ (Klie 2016, S. 274), wenn es ihr gelingt, durch die Wiederentdeckung der Sorge im zivilgesellschaftlichen und politischen Diskurs wichtige Reflexionsprozesse über sozialstaatliche Logiken anzustoßen.

5.2 Zusätzliche Fäden im „Sorge-Gewebe“

Für die Diskussion zu Sorgender Gemeinschaft eignet sich noch eine zweite Metapher: diejenige des Gewebes. Wir erkennen in der Ausbildung und Verankerung Sorgender Gemeinschaften zusätzliche Garnfäden, welche die gleichläufig und straff gespannten Kettfäden des sozialstaatlichen Gesundheitssystems durchweben. Damit erhält das Textil nicht nur mehr Dichte und Reißfestigkeit, vielleicht erscheint hier oder da eine zusätzliche Farbschattierung oder ungewohnt andersartige Materialqualität.

Wir haben dargelegt, wie stark sich die Orientierungslogiken des etablierten Gesundheitssystems und gemeinschaftlich basierter Sorgesysteme unter-

scheiden. Soll aber jeder Sektor „das ihm Gemäße beitragen“, braucht es aktives „Hybriditätsmanagement“ (Klie 2020, S. 334). Damit meinen wir neue Arrangements von Beteiligten und Betroffenen sowie neue Weisen der Kooperation und Koordination (vgl. Wendt 2019, S. 213). Konkret bedeutet dies: Nicht nur auf der Ebene des einzelnen Falles, sondern auch auf institutioneller Ebene sind gute Koordination und Moderation erforderlich, damit die zusätzlichen „Gewebefäden“ nicht nur bestimmte Milieus mit besonders handlungsfähigen Bürger*innen durchziehen. Wohlfahrtsppluralistisch strukturierte Arrangements können bekanntlich „fragil“ (Klie 2020, S. 335) sein, da sie auf einer symmetrischen, auf Gleichberechtigung basierenden Kooperation aufgebaut sind, was herausfordernd sein kann, wenn die einen „Fäden“ straffer gespannt sind als die anderen, sie quer zueinander stehen und vielleicht in Abweichung vom Muster dazwischen gewebt werden. Für Menschen mit Unterstützungsbedarf kann es aber eine besondere Qualität erzeugen, wenn die Akteur*innen aus den unterschiedlichen Sektoren „jeweils eine besondere, sich ergänzende Dimension der Unterstützung bieten, von professionellem Handeln über solidarische, emotional zugewandte und flexible Handlungsweisen aus den anderen Sektoren.“ (ebd., S. 335)

Die gesundheitspolitische Strategie des Bundesrates fokussiert diese „Faden-Vielfalt“ noch weitergehend, über Sektorgrenzen hinweg: „Die brachliegenden Potenziale zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für ein gesundes Leben sowie die Erhöhung der Chancengleichheit im Gesundheitssystem können nur dann ausgeschöpft werden, wenn alle Politikbereiche in den kommenden Jahren einen zusätzlichen Beitrag zugunsten der Gesundheit leisten.“ (Bundesamt für Gesundheit 2019b, S. 25) Das weckt Hoffnung, dass bestehende und künftige Initiativen Sorgender Gemeinschaft in eine systemweite Weiterentwicklung und Neuverhandlung von Verantwortung eingebunden sein könnten, wenn Gesundheitsanliegen, wie in der bundesrätlichen gesundheitspolitischen Strategie postuliert, vorausschauend in Sektoralpolitiken einfließen, was das Gewebe in unterschiedliche Richtungen stärkt.

5.3 Inseln eines Archipels

Unsere dritte Metapher ist der Archipel. Dieser umfasst begrifflich nicht nur eine bestimmte, als Einheit zusammengefasste Inselgruppe, sondern auch das Gewässer dazwischen. Erst das Miteinander der beiden Elemente Land und Wasser bildet den Archipel.

Noch sind Sorgende Gemeinschaften erst in sehr kleinen Einheiten aktiv, irgendwo verstreut, sich ähnlich zwar, als Inselchen eines Archipels gewissermaßen. Manche Inselbewohner*innen kennen vielleicht (noch) keine anderen Insel-Populationen, andere stehen in enger Verbindung und sind im Austausch.

Mal verschwindet eine Insel wieder, liegt dann vielleicht knapp unter dem Wasserspiegel, eine plötzliche Eruption formt eine andere. Sorgende Gemeinschaften sind diesem steten Werden und Vergehen ebenfalls unterworfen. Und vielleicht existieren irgendwo „Inselchen“, von denen wir noch gar nichts wissen, die niemand aufgesucht und entdeckt hat. Was diese „Inseln der gemeinschaftlichen Sorge“ verbindet, ist einerseits ihre Situierung im selben sie umgebenden Gewässersystem, andererseits ihre gemeinsame Orientierung auf eine neue, zukunftsweisendere Sorgeskultur hin. Jede Gemeinschaft ist dabei gleichzeitig Teil der, aber auch Symbol für die Gesamtheit (vgl. Krisch 2018, S. 317).

Auch wenn einzelne Inselchen des „Sorgende-Gemeinschaft-Archipels“ noch klein und unscheinbar sein mögen und erst einen marginalen Beitrag zur direkten Problemlösung der Sorgekrise beitragen, so lässt sich im dort praktizierten Verhalten möglicherweise eine „gesamtgesellschaftliche Leitbildfunktion“ (Stein 2015, S. 119) erkennen, was ihnen zusätzliche Legitimation verleiht. So verstehen wir Sorgende Gemeinschaften als „Labore der Zivilgesellschaft“ (Fenske 2015, S. 362), in denen sich die Freude an der Gemeinsamkeit entwickeln und Kooperation als wesentliche Ressource entdecken lässt (vgl. ebd., S. 356; gfs Bern 2019).

Lassen wir uns zum Schluss vom Anthropologen Arjun Appadurai inspirieren, der in den emanzipatorischen Kräften von „aspiration, anticipation and imagination“ (Appadurai 2013, S. 286) einen vielversprechenden Zugang zur Lösung der großen brennenden Probleme der Gegenwart sieht. Denn das größte Verdienst der Sorgenden Gemeinschaften zur Lösung der Sorgekrise könnte genau darin liegen, dass sie Räume bilden, in denen Menschen ihre Imaginationskraft im Hinblick auf eine Caring Society erproben können. Zwar erst an unverbundenen inselartigen Standorten, vielleicht auch noch nicht ausreichend konkret, aber doch in wachsender Zahl und enger werdender Verbindung.

Literatur

- Appadurai, Arjun (2013): *The future as cultural fact. Essays on the global condition*. London, New York: Verso.
- Aulenbacher, Brigitte (2014): *Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Bauman, Zygmunt (2001): *Community. Seeking safety in an insecure world*. 1. publ., repr. Cambridge: Polity Press.
- Berner, Frank (2015): *Das Leitbild der Caring Community und der 7. Altenbericht*. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros BAS (Hrsg.): *Seniorenbüros und neue sozial-ökologische Investitionen – Wie gestalten sie die Bürgergesellschaft?* Neckarstadt-West. S. 6–15.
- Bundesamt für Gesundheit (2019a): *Gesund altern. Überblick und Perspektiven zur Schweiz*. Bern. www.bag.admin.ch/dam/bag/de/dokumente/npp/alter/broschuere-gesund-altern.pdf.download.pdf/BAG%20NCD_Magazin-Alter_Layout_DE_AA15.pdf.pdf (Abfrage: 24.03.2022).

- Bundesamt für Gesundheit (2019b): Die gesundheitspolitische Strategie des Bundesrates 2020–2030. www.bag.admin.ch/dam/bag/de/dokumente/nat-gesundheitsstrategien/gesundheits-2030/strategie-gesundheit2030.pdf.download.pdf/strategie-gesundheit-2030.pdf.pdf (Abfrage: 24.03.2022).
- Bundesamt für Gesundheit (2019c): Sorgeskulturen in Gemeinschaften: betreuende Angehörige im Fokus. Bern.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): Siebter Altenbericht. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften. www.siebter-altenbericht.de/fileadmin/altenbericht/pdf/Der_Siebte_Altenbericht.pdf.pdf (Abfrage: 23.03.2022).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Erkenntnisse und Empfehlungen des Siebten Altenberichts. 3. Auflage.
- Butler, Judith/Laclau, Ernesto (1998): Verwendungen der Gleichheit. Eine Diskussion via E-Mail. In: Marchart, Oliver (Hrsg.): Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus. Wien: Turia+Kant. S. 238–253.
- Colombo, Francesca (2013): Help wanted? Providing and paying for long-term care. Transferred to digital printing. Paris: OECD Publishing.
- Eliasoph, Nina (2013): The politics of volunteering. Cambridge: Polity Press.
- Fenske, Michaela (2015): Was mensch zum Leben braucht – Ressourcen unter kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive. Zum Ausklang. In: Tauschek, Markus/Grewe, Maria (Hrsg.): Knappheit, Mangel, Überfluss. Kulturwissenschaftliche Positionen zum Umgang mit begrenzten Ressourcen. Frankfurt am Main: Campus. S. 351–364.
- Fisher, Berenice/Tronto, Joan (1990): Toward a Feminist Theory of Caring. In: Abel, Emily K./Nelson, Margaret K. (Hrsg.): Circles of care. Work and identity in women's lives. Albany, NY: State University of New York Press. S. 35–62.
- Foucault, Michel (2002): Andere Räume. In: Barck, Karlheinz (Hrsg.): Aisthesis. Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik. 7. Auflage. Leipzig: Reclam. S. 34–46.
- Gemeinderat Belp (2021): „Legislaturziele 2021–2024“. www.belp.ch/wAssets/docs/praesidiales/Politik/Legislaturziele-Belp-2021-2024.pdf (Abfrage: 09.10.2021).
- Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (2016): Alterspolitik im Kanton Bern. Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat. www.gsi.be.ch/de/start/themen/familiegesellschaft/alter/alterspolitik.html (Abfrage: 25.03.2022).
- gfs Bern (2019): Gesundheitsmonitor 2019. www.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2019/08/gesundheitsmonitor_2019_d.pdf (Abfrage: 21.12.2021).
- Gronemeyer, Reimer/Fink, Michaela/Globisch, Marcel/Schumann, Felix (2005): Helping people at the end of their lives. Hospice and palliative care in Europe. Berlin, Münster: LIT-Verlag.
- Groth, Stefan (2015): Situierete Knappheit: Kooperative und normative Dimensionen des Umgangs mit begrenzten Ressourcen. In: Tauschek, Markus/Grewe, Maria (Hrsg.): Knappheit, Mangel, Überfluss. Kulturwissenschaftliche Positionen zum Umgang mit begrenzten Ressourcen. Frankfurt am Main: Campus. S. 57–80.
- Hann, Chris/Hart, Keith (2011): Economic Anthropology. History, Ethnography, Critique. Cambridge: Polity Press.
- Helfrich, Silke/Bollier, David (Hrsg.) (2015): Die Welt der Commons. Muster gemeinsamen Handelns. 1. Auflage. Bielefeld: transcript.
- Heusinger, Josefine/Hämel, Kerstin/Kümpers, Susanne (2017): Hilfe, Pflege und Partizipation im Alter: Zukunft der häuslichen Versorgung bei Pflegebedürftigkeit. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 50, H. 5, S. 439–445.
- Hofstetter, Simon (Hrsg.) (2021): Gemeinsam Sorge tragen. Das Potenzial der Diakonie für sorgende Gemeinschaften. Zürich: Theologischer Verlag Zürich.

- Iscoe, Ira (1974): Community Psychology and the Competent Community. In: *American Psychologist* 29, H. 8, S. 607–613.
- Kellehear, Allan (2005): *Compassionate Cities. Public health and end-of-life care*. London, New York: Routledge.
- Klie, Thomas (2013): Herausforderungen des demografischen Wandels annehmen: Auf dem Weg zu einer caring community? In: *Who cares? Pflege und Solidarität in der alternden Gesellschaft*. Zürich: Seismo. S. 104–118.
- Klie, Thomas (2014): *Wen kümmern die Alten? Auf dem Weg in eine sorgende Gesellschaft. Sonderausgabe für die Landeszentralen für politische Bildung*. München: Pattloch.
- Klie, Thomas (2016): *Caring Community. Auf dem Weg in eine sorgende Gemeinschaft?* In: Zimmermann, Harm-Peer/Rentsch, Thomas/Kruse, Andreas (Hrsg.): *Kulturen des Alterns. Plädoyers für ein gutes Leben bis ins hohe Alter*. Frankfurt am Main: Campus. S. 269–286.
- Klie, Thomas (2018): *Gutes Leben im Alter und das Leitbild der Caring Community*. In: Lilie, Ulrich/Beer, Wolfgang/Droste, Edith/Giebel, Astrid (Hrsg.): *Auf dem Weg zur Sorgeskultur. Blinde Flecken in der alternden Gesellschaft*. Esslingen: der hospiz verlag. S. 38–55.
- Klie, Thomas (2020): *Wohlfahrtspluralismus und Subsidiarität – Von der Hospizarbeit lernen?* In: Stadelbacher, Stephanie/Schneider, Werner (Hrsg.): *Lebenswirklichkeiten des Alter(n)s*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 323–339.
- Knobloch, Ulrike (2013): *Sorgekrise. Ein Handbuchartikel*. In: *Denknetz Jahrbuch 2013: Care statt Crash. Sorgeökonomie und die Überwindung des Kapitalismus*, S. 24–32.
- Knöpfel, Carlo/Pardini, Riccardo/Heinzmann, Claudia (2018): *Gute Betreuung im Alter in der Schweiz. Eine Bestandesaufnahme*. Zürich: Seismo.
- Konferenz Diakonie Schweiz (2021): *Sorgende Gemeinschaft. Ein Grundlagenpapier der Konferenz Diakonie Schweiz der EKS*. Bern.
- Krisch, Michael (2018): *Kritische Diskussion von Caring Community*. In: Krisch, Michael (Hrsg.): *Die Verräumlichung des Evangeliums im Geist des Kapitalismus*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 217–398.
- Laufenberg, Mike (2018): *Sorgende Gemeinschaften? ‚Demenzfreundliche Kommunen‘ zwischen sozialstaatlichem Sparmodell und Emanzipationsgewinn*. In: *Sub|urban – Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 6, H. 1, S. 77–96.
- Lessenich, Stephan (2020): *Doppelmental hält besser: Die Politik mit der Solidarität in der Externalisierungsgesellschaft*. In: *Berliner Journal für Soziologie* 30, H. 1, S. 113–130 (Abfrage: 15.08.2021).
- Maier, Friederike/Schmidt, Dorothea (2019): *Das Gespenst der Care-Krise*. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 49, H. 195, S. 239–258.
- Maio, Giovanni (2018): *Grundelemente einer Ethik der Sorge*. In: Lilie, Ulrich/Beer, Wolfgang/Droste, Edith/Giebel, Astrid (Hrsg.): *Auf dem Weg zur Sorgeskultur. Blinde Flecken in der alternden Gesellschaft*. Esslingen: der hospiz verlag. S. 88–103.
- Meier, Flurina/Brunner, Beatrice/Lenzin, Golda/Heiniger, Sarah/Carlander, Maria/Huber, Andrea (2020): *Betreuung von Seniorinnen und Senioren zu Hause: Bedarf und Kosten. Eine Studie im Auftrag von Pro Senectute Schweiz*. Winterthur.
- OECD. *Health at a Glance 2021: OECD Indicators. Highlights for Switzerland*. www.oecd.org/switzerland/health-at-a-glance-Switzerland-EN.pdf (Abfrage: 14.11.2021).
- Österreichische Akademie der Wissenschaften ÖAW (2020): *„Pandemie bietet Chance auf neue Formen der Solidarität“*. www.oeaw.ac.at/detail/news/pandemie-bietet-chance-auf-neue-formen-der-solidaritaet (Abfrage: 06.12.2021).
- Ostrom, Elinor (1990/2012): *Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt*. 2. Nachdruck. Tübingen: Mohr Siebeck.

- Otto, Ulrich/Leu, Agnes/Bischofberger, Iren/Gerlich, Regina/Riguzzi, Marco/Jans, Cloé/Golder, Lukas (2019): Bedürfnisse und Bedarf von betreuenden Angehörigen nach Unterstützung und Entlastung – eine Bevölkerungsbefragung. Schlussbericht des Forschungsprojekts G01a des Förderprogramms Entlastungsangebote für betreuende Angehörige 2017–2020. Im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit (BAG). Bern, Zürich.
- Pro Senectute (2020): Finanzierung von Betreuung zu Hause gesetzlich regeln. www.prosenectute.ch/de/dienstleistungen/publikationen/studien/Betreuung-zu-Hause.html (Abfrage: 25.03.2022).
- Schweizerischer Bundesrat (2016): Bestandesaufnahme und Perspektiven im Bereich der Langzeitpflege. Bericht des Bundesrates in Erfüllung der Postulate 12.3604 Fehr Jacqueline vom 15. Juni 2012, 14.3912 Eder vom 25. September 2014 und 14.4165 Lehmann vom 11. Dezember 2014.
- Sima, Tessa. „Die neue Wut, der neue Zweifel, die neue Solidarität?“. www.jku.at/kepler-tri-bune/artikel/die-neue-wut-der-neue-zweifel-die-neue-solidaritaet (Abfrage: 06.21.2021).
- Spitex Schweiz (2020): Jahresbericht 2019 Spitex Schweiz. Bern.
- Stein, Tine (2015): Neue politische Engagementformen: Bürgerinnen und Bürger als civil entrepreneurs für die Transformation. In: Tauschek, Markus/Grewe, Maria (Hrsg.): Knappheit, Mangel, Überfluss. Kulturwissenschaftliche Positionen zum Umgang mit begrenzten Ressourcen. Frankfurt am Main: Campus. S. 103–122.
- Tauschek, Markus/Grewe, Maria (Hrsg.) (2015): Knappheit, Mangel, Überfluss. Kulturwissenschaftliche Positionen zum Umgang mit begrenzten Ressourcen. Frankfurt am Main: Campus.
- Thelen, Tatjana (2014): Care/Sorge. Konstruktion, Reproduktion und Auflösung bedeutsamer Bindungen. Bielefeld: transcript.
- Tobler, Andreas (2021): Wir sollten unser Verständnis von Freiheit überdenken. Interview mit Starphilosophin. In: Der Bund (auch online unter: www.derbund.ch/wir-sollten-unser-verstaendnis-von-freiheit-ueberdenken-912508354659, Abfrage: 30.7.2021).
- Tronto, Joan C. (2009): Moral boundaries. A political argument for an ethic of care. Repr. New York: Routledge.
- van Dyk, Silke (2012): Poststrukturalismus. Gesellschaft. Kritik. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 42, H. 167, S. 185–210.
- van Dyk, Silke/Haubner, Tine (2019): Gemeinschaft als Ressource? Engagement und Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats. In: Baumgartner, A. Doris/Fux, Beat (Hrsg.): Sozialstaat unter Zugzwang? Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 259–279.
- van Holten, Karin/Bischofberger, Iren (2020): Langzeitversorgung. In: Bonvin, Jean-Michel/Maeder, Pascal/Knöpfel, Carlo/Hugentobler, Valérie/Tecklenburg, Ueli (Hrsg.): Wörterbuch der Schweizer Sozialpolitik. Zürich, Genf: Seismo. S. 297–299.
- Wegleitner, Klaus/Schuchter, Patrick (2018): Caring communities as collective learning process: findings and lessons learned from a participatory research project in Austria. In: *Annals of palliative medicine* 7, H. 2, S. 84–98.
- Wegleitner, Klaus/Schuchter, Patrick (2020): Sorgende Gemeinschaften im Kanton Bern – Modellprojekte in Oberaargau Ost, Langnau und Jegenstorf. Evaluationsbericht. Wien.
- Wegner, Gerhard (2008): Enttäuschte Begeisterung. Diakonie-/Sozialstationen im Spannungsfeld christlicher Nächstenliebe und sozialpolitischer Entwicklungen. In: Von der „Barmherzigkeit“ zum „Sozial-Markt“. Zur Ökonomisierung der sozialdiakonischen Dienste. 1. Auflage. Gütersloh: Gütersloher Verl.-Haus. S. 111–132.
- Wendt, Wolf Rainer (2019): Care Economy: Wir alle sind Wirte und Wirtinnen in Belangen der sozialen Versorgung. In: Kolhoff, Ludger (Hrsg.): Aktuelle Diskurse in der Sozialwirtschaft II. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 207–222.
- White, Julie A./Tronto, Joan C. (2004): Political Practices of Care: Needs and Rights. In: *Ratio Juris* 17, H. 4, S. 425–453.

- WHO World Health Organization: Ottawa Charter for Health Promotion. www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0004/129532/Ottawa_Charter.pdf (Abfrage: 03.12.2021).
- Wild, Monika/Wegleitner, Klaus/Schuchter, Patrick (2020): Wie möchten wir zusammenleben? – Sorgenetze in der Gemeinde stärken. Ein Caring-Community-Modellprojekt des Österreichischen Roten Kreuzes. In: *Case Management*, H. 3, S. 115–120.
- Winker, Gabriele (2013): Zur Krise sozialer Reproduktion. In: *Denknetz Jahrbuch 2013*, S. 119–133. www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/Knobloch_Sorgekrise.pdf (Abfrage: 20.12.2021).
- Žižek, Slavoj (2016): *Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror*. 4. Auflage. Berlin: Ullstein.

Teil IV

Sorge-Glossar

Sorge-Glossar

Ulrike Knobloch und Ann-Christin Kleinert

Vorbemerkungen und Hinweise

Die Debatten im Themenfeld Caring Societies werden in und zwischen verschiedenen Disziplinen und gesellschaftlichen Bereichen geführt. Die Forschung dazu, die bis in die 1970er Jahre zurückreicht, ist seit den 2000er Jahren so vielfältig und differenziert, dass in Verbindung damit auch viele neue Begriffe und Konzepte rund um Sorge und Care entstanden sind und weiter entstehen; es handelt sich fast schon um eine eigene Sprache des Sorgens. Viele dieser Begriffe setzen sich nicht nur kritisch mit den bestehenden wenig sorgenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen auseinander, sondern zeigen einen Weg darüber hinaus hin zu Caring Societies.

Das vorliegende Sorge-Glossar ist als eine Momentaufnahme zu verstehen, die den derzeitigen Stand der Begriffsbildung dokumentiert, wobei es sich um eine von uns mit Blick auf das Thema Caring Societies vorgenommene Auswahl aus einer umfangreicheren Begriffssammlung rund ums Sorgen und Versorgen handelt. Während des Ideenforums am Ende der Caring Societies-Tagung forderte Adelheid Biesecker, neue Kategorien zu entwickeln. Es werden also weitere wichtige Begriffe entstehen und die Verwendungen der in diesem Sorge-Glossar enthaltenen Begriffe werden sich weiterentwickeln.

Die in den Beiträgen für diesen Sammelband von den Autor*innen verwendeten Begriffe wurden nicht vereinheitlicht, sodass die Schreibweise dort von der im Glossar abweichen kann. Auf Fachliteratur wird bei den einzelnen Begriffserklärungen vor allem dort verwiesen, wo es sich um spezifische konzeptionelle Begriffe von bestimmten Autor*innen handelt oder passende (Teile von) Erklärungen schon vorhanden sind. Bei vielen der mittlerweile geläufigeren Begriffe haben wir auf Literaturhinweise verzichtet.

Liste der Begriffe, die in diesem Glossar erklärt werden

Arbeitsproduktivität	Sorgebeziehung
Arbeitsverteilung	Sorgedefizit
Care-Arrangements	Sorgediamant
Care Mainstreaming	Sorgedienstleistungen
Care-Politik(en)	Sorgeempfangende
Caring Citizenship	Sorgeerfahrung
Caring Commons	Sorgeethik
Caring Economy	Sorgeextraktivismus
Caring Institutions	Sorgegerechtigkeit
Caring Masculinities	Sorgekämpfe
Caring Organisations	Sorgekapitalismus
Caring Policies	Sorgekrise(n)
Caring Societies	Sorgekultur
De-Familiarisierung	Sorgeleistende
De-Kommodifizierung	Sorgelogik
Dienstleistungslücke	Sorgemigration
Doing Care, Undoing Care	Sorgemotivation
Emotionale Arbeit	Sorgende Demokratie
Ent-Monetarisierung	Sorgende Gemeinschaften
Familiarisierung	Sorgendes Versorgen
Familismus, Familialismus	Sorgeökonomie
Gender Care Gap	Sorgerationalität
Geschlechtergerechtigkeit	Sorgeregime
Globale Sorgekette	Sorgerevolution
ILO-Convention 189	Sorgesituation
Kommodifizierung	Sorgestreiks
Lebenssorge	Sorgesystem
Materie	Sorgetätigkeiten
Mental Load	Sorgetheorie
Monetarisierung	Sorgetransformation(en)
Queeres Sorgen, Queering Care	Sorgeverantwortung
Recht auf Sorge	Sorgevertrag
Reproduktionsarbeit	Sorgsames Recht
ReProduktivität	Systemrelevanz
Ressourcen	Universal Caregiver Model
Selbstsorge	Universalismus
Sorge	Vorsorgendes Wirtschaften
Sorgearbeit	Young (Adult) Carer
Sorgebasierte Wissenschaftstheorie	Zeit, Zeitbedarf
Sorgebedarf, Sorgebedürfnisse	Zeitvorsorge
Sorgebewegung	Zukunftsfähigkeit

Arbeitsproduktivität

Die Arbeitsproduktivität dient als Kennzahl für die Arbeitsleistung einer Person, z. B. Output pro Stunde, die vor allem herangezogen wird, um Produktivitätssteigerungen zu messen. Während diese Kennzahl für einige Wirtschaftsbereiche aussagekräftig sein kann, ist ihre Verwendung im Bereich der > Sorge sehr begrenzt, da Menschen nicht immer schneller gepflegt und versorgt werden können, ohne dass die Qualität leidet. Das Phänomen, dass Produktivitätssteigerungen im Sorgebereich notwendigerweise hinter den Produktivitätssteigerungen in der Industrie zurückbleiben, nennt Mascha Madörin (2011) das „Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten“.

Arbeitsverteilung

Bei der > Sorgearbeit ist die Arbeitsverteilung stark vergeschlechtlicht, weil Frauen nach wie vor viel mehr bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit leisten als Männer. Das hat vor allem strukturelle und sozialisatorische Gründe. Mit dem > Gender Care Gap kann die Größenordnung der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung in der Sorgearbeit sichtbar gemacht werden.

Care-Arrangements

Der Begriff Care-Arrangements, oder auch Sorgearrangements, bezieht sich auf der Mikroebene auf das Zusammenspiel der verschiedenen formellen und informellen > Sorgetätigkeiten für die Versorgung eines Individuums. Die Ausgestaltung, Finanzierung und Zuständigkeit von und für > Sorge und > Sorgearbeit werden institutionell, politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich organisiert. Die Care-Arrangements sind somit von > Sorgesystemen und > Sorgeregimen beeinflusst. Care-Arrangements wirken entlang von Öffentlichkeit und Privatheit sowie entlang von Staat, Markt, Familie/Haushalt und Zivilgesellschaft. Im Care-Arrangement ist auch angelegt, ob und zu welchen Teilen Sorgearbeit entlohnt wird, wo sie stattfindet sowie von wem und für wen. Care-Arrangements werden in der Sorgeforschung besonders häufig im Kontext der Pflege durch Care-Migrant*innen untersucht.

Care Mainstreaming

Die Initiative Care.Macht.Mehr schreibt in ihrem Positionspapier von 2020 dazu: „Care Mainstreaming heißt, dass bei allen politischen Maßnahmen aller Ressorts die Auswirkungen auf Menschen, die Care-Verantwortung tragen, die Care-Tätigkeiten leisten oder die Care benötigen, als verpflichtende Dimension bei Entscheidungen berücksichtigt werden. Es braucht dafür eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber, wie wir Care gemeinsam organisieren wollen, in der die Stimmen aller Beteiligten gehört werden.“ (Care.Macht.Mehr 2020) Als Instrument des Care Mainstreaming ließe sich ein Care (Rights) Monitoring oder Care Watch entwickeln, vergleichbar dem Gender Budgeting, das ein Instrument für die Umsetzung von Gender Mainstreaming ist.

Care-Politik(en)

Als Care-Politik(en) wird die in einem Land etablierte Sorgestruktur mit den konkreten politischen Maßnahmen und Instrumenten bezeichnet. Dazu gehört die gesamte die > Sorgeregime kennzeichnende Sorgeinfrastruktur auf der Makroebene ebenso wie die Bereitstellung der Sorgeleistungen auf der Meso- und Mikroebene (vgl. Theobald i. d. B.; siehe auch Theobald 2008, 2014). Anhand der Care-Politiken in einem Land, zum Beispiel in Bezug auf die familiäre > Sorgearbeit für ältere Menschen oder auf die nicht-familiäre Pflege, lassen sich Typologien entwickeln und im Ländervergleich internationale Unterschiede herausarbeiten (vgl. Eggers et al. i. d. B.).

Caring Citizenship

In modernen Gesellschaften ist die Staatsbürger*innenschaft (engl.: *citizenship*) mit Erwerbsarbeit verknüpft. Dagegen geht das Konzept der Caring Citizenship von > Sorge als integralem Bestandteil von Staatsbürger*innenschaft, von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten und Bürger*in-Sein, aus und erkennt die Einbindung in > Sorgebeziehungen als > Sorgeleistende und > Sorgeempfangende als ebenbürtig an. Erst durch diese grundlegende Erweiterung von Bürger*innenschaft um die Care-Dimension können sowohl Sorge als auch das Citizenship-Konzept vom Geschlecht entkoppelt werden (vgl. Knijn/Kremer 1997, S. 330 ff.).

Caring Commons

Indem > Sorge als Commons, also als Gemeingut und gemeinsamer Wert, verstanden wird, werden > Sorgebedarfe und > Sorgearbeit jenseits der vier Sektoren des > Sorgediamanten (Staat, Markt, Non-Profit-Organisationen, Haushalte) selbstverwaltet organisiert und gestaltet. Dabei ist Sorge auch das Leitprinzip des Handelns. Commons werden somit nicht als Güter oder Ressourcen, sondern als soziale Beziehungen zwischen Commoners verstanden, die erst im Prozess des Commoning Care die Caring Commons erschaffen. Die Größe und Reichweite der Caring Commons kann sehr unterschiedlich ausfallen (vgl. Federici 2019; Dengler/Lang 2019, 2022; Dengler i. d. B.).

Caring Economy

Das Konzept Caring Economy stellt das > sorgende Versorgen in den Mittelpunkt des ökonomischen Denkens und richtet das wirtschaftliche Handeln in allen Sektoren am Sorgen für andere, aber auch für sich selbst aus, ohne die ökologischen Zusammenhänge des Versorgens zu vernachlässigen. Schon früh wurde ein Konzept der Caring Economy entwickelt, in dem > Sorgetätigkeiten und ökologische Prozesse als grundlegend für jedes Wirtschaftssystem verstanden werden (vgl. Knobloch/Jochimsen 1993; Jochimsen/Knobloch 1997, 2000, S. 15 f.). Aber auch spätere Konzepte der Caring Economy in Theorie und Praxis legen den Fokus sowohl auf Sorge und Versorgung als auch auf Ökologie und Klima (vgl. WBG 2020; The Care Collective 2020; siehe auch > Sorgeökonomie und > Vorsorgendes Wirtschaften).

Caring Institutions

Soziale, ökonomische und politische Institutionen sind gesellschaftliche Gebilde, die das Handeln von Menschen prägen, aber auch von Menschen geprägt werden. Damit Institutionen zu Caring Institutions werden, sind sie so zu gestalten, dass sie eine sorgende Wirtschaft und Gesellschaft unterstützen. Joan Tronto ist sogar der Ansicht, dass die vorhandenen Institutionen „no longer fit with our modes of caring and need to be revolutionized“ (Tronto 2013, S. 13; vgl. Engster 2007, S. 123; siehe auch > Sorgerevolution). Ein Teil der sorgenden Institutionen sind > Caring Organisations.

Caring Masculinities

Im Gegensatz zu den Konzepten der hegemonialen Männlichkeit geht das Konzept der Caring Masculinities von Sorge und Einfühlungsvermögen aus und entwickelt darauf aufbauend ein entsprechendes Leitbild für männliche Identitäten (vgl. Hanlon 2012; Elliot 2016; Kleinert i. d. B.).

Caring Organisations

Organisationen sind „von ihrer Umwelt abgrenzbare soziale Gebilde, die über eine angebbare Anzahl an Mitgliedern verfügen und deren Interaktionen und Beziehungen arbeitsteilig auf die Erreichung eines definierten Ziels hin ausgerichtet sind“ (Wilz 2010, S. 513). Durch ihren Entstehungskontext geprägt, spiegeln Organisationen nicht nur die vergeschlechtlichte > Arbeitsverteilung, sondern auch das > Doing Care einer Gesellschaft wider. Caring Organisations (vgl. Gössling/van Liedekerke 2014) reflektieren diesen Kontext und die Bedeutung von > Sorgetätigkeiten für ihre eigene Existenz. Als Prototyp einer sorgenden Organisation kann der private Haushalt angesehen werden, denn dort steht das Sorgen und Versorgen der Haushaltsmitglieder im Vordergrund. Allerdings sind auch Haushalte vom herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem geprägt. Sorgende Organisationen sind ein Teil von > Caring Institutions. Im Unterschied zu Caring Organisations werden als Care-Organisationen alle sozialen Einrichtungen bezeichnet, die > Sorgetätigkeiten ausführen.

Caring Policies

Im Englischen bezieht sich der Begriff *policies* auf den Politikprozess und die damit verbundenen Strategien. Unter Caring Policies wird dementsprechend der Weg zur Entstehung sorgender Politik verstanden. Dabei sollte auch der Weg selbst sorgsam gestaltet werden und dafür kann > Care Mainstreaming unterstützend sein. Im Unterschied zu den > Sorgeregime beschreibenden > Care-Politiken steht bei Caring Policies demnach stärker die zukunftsorientierte Gestaltung im Vordergrund.

Caring Societies

In Caring Societies, also sorgenden Gesellschaften, stellt > Sorge das grundlegende Prinzip der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gestaltung und Organisation dar. Caring Societies sind bislang ein Ideal oder eine Utopie,

deren Ideen und Verwirklichung in wissenschaftlichen, politischen, praktischen und aktivistischen Räumen diskutiert und erprobt werden. Die Transformation in Richtung einer sorgenden Gesellschaft verlangt auch nach > Caring Institutions und > Caring Organisations sowie nach einer zukunftsfähigen und geschlechtergerechten Gestaltung von > Sorgesystemen und > Sorgebeziehungen. Während die Fachliteratur die Orientierung an einer Caring Society durchaus miteinbezieht (siehe z. B. Engster 2007, S. 118; Social Platform 2012, S. 6), widmen sich nur wenige Publikationen ganz diesem Thema (siehe Oliner/Oliner 1995; Klie 2014; Peters/Vellay 2019).

De-Familiarisierung, engl.: *de-familialization*

De-Familiarisierung findet statt, wenn > Sorgearbeit nicht mehr in der Familie erbracht wird, sondern es zunehmend wohlfahrtsstaatliche Angebote und Leistungen gibt, durch die die öffentliche Versorgung und Betreuung von bisher familiär organisierten Aufgaben gefördert wird. Dies soll insbesondere dazu dienen, dass Frauen stärker dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen können, da die de-familialisierenden Angebote sie von privaten Sorgeverpflichtungen entlasten (vgl. Esping-Anderson 1999).

De-Kommodifizierung

De-Kommodifizierung bedeutet, dass Waren und Dienstleistungen, die bisher von erwerbswirtschaftlichen Organisationen oder Einzelpersonen gegen Bezahlung übernommen wurden, nun von Haushaltsmitgliedern, dem Wohlfahrtsstaat oder der Zivilgesellschaft produziert oder geleistet werden. „De-commodification [...] refers to the degree to which individuals, or families, can uphold a socially acceptable standard of living independently of market participation.“ (Esping-Anderson 1990, S. 37) Der Grad der (De-)Kommodifizierung gibt an, wie stark die Wohlfahrt der Einzelnen vom Markt abhängig ist.

Dienstleistungslücke

Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen hatte und hat zur Folge, dass immer mehr von ihnen bis dahin unbezahlt geleistete Sorgetätigkeiten in die bezahlten Bereiche verlagert werden und die Nachfrage nach bezahlten > Sorgedienstleistungen steigt. Wenn diese Sorgedienstleistungen nicht bzw. nicht in ausreichendem Maße angeboten werden (können), entsteht eine Dienstleistungslücke (vgl. Geissler 2002).

Doing Care, Undoing Care

Analog zu Doing und Undoing Gender geht es bei den Konzepten Doing und Undoing Care darum, die gesellschaftlichen Zuschreibungen und Normen beim sorgenden Handeln sichtbar zu machen und kritisch zu hinterfragen. Was tragen wir immer wieder dazu bei, dass > Sorge und > Sorgearbeit gering geschätzt und abgewertet werden? In diesen Konzepten wird Care praxistheoretisch gefasst. Das heißt, dass Sorge oder Sorgearbeit und wer sie ausführt, nicht als eine natürliche Konstante verstanden wird, sondern als eine gesellschaftliche Praxis, die hergestellt werden muss (vgl. Müller 2018, S. 86).

Emotionale Arbeit, engl.: *emotional labor*

Der Umgang mit Emotionen ist ein zentrales Element der Arbeit von Dienstleistenden, wobei sich die verschiedenen Bereiche in der Art und Weise der emotionalen Belastung stark unterscheiden können. Gerade bezahlte und unbezahlte > Sorgearbeit ist oft zusätzlich zur physischen Arbeitsleistung auch mit einer enormen emotionalen Belastung verbunden, die psychisch erschöpfend ist (vgl. Schmedes 2020, S. 48 f. mit Bezug auf Hochschild 1983). Dabei kann es auch zu einer „Indienstnahme unsichtbarer Gefühlsarbeit für kapitalistische Zwecke“ (Schutzbach 2021, S. 228 f.) kommen.

Ent-Monetarisierung

Ent-Monetarisierung bedeutet, dass bisher bezahlte Tätigkeiten in der Erwerbswirtschaft in die unbezahlten Bereiche, also insbesondere in den Haushaltssektor (private Haushalte), (zurück)verlagert werden. Dadurch kann die zeitliche Belastung der privaten Haushalte stark ansteigen und überwunden geglaubte Geschlechterrollen wieder verstärkt zugeordnet werden.

Familiarisierung, engl.: *familialization*

Von Familiarisierung wird gesprochen, wenn Sorgearbeit wieder vermehrt in der Familie erbracht wird. Meist hängt Familiarisierung mit wohlfahrtsstaatlichen Kürzungen zusammen, wodurch vormals öffentliche Angebote des Sorgens und Versorgens zurück in die Familien bzw. Privathaushalte übertragen werden.

Familismus, Familialismus

Mit Familismus wird die Orientierung an einer heteronormativen Idealfamilie als anerkannteste Form von Gemeinschaft(lichkeit) bezeichnet, an der sich die gesellschaftliche Strukturierung orientiert. Andere Formen des Zusammenlebens werden damit implizit oder auch explizit abgewertet (vgl. Notz 2015; i. d. B.). Im Unterschied dazu bedeutet Familialismus in der Wohlfahrtsforschung, dass die öffentliche Infrastruktur wenig, kaum oder gar nicht auf die Kinderbetreuung und -versorgung ausgelegt ist. Stattdessen wird die familiäre Versorgung durch Transferleistungen oder Zusatzzahlungen gefördert. In einem familialistischen > Sorgeregime wird die (Kern-)Familie für die Betreuung von Kindern und älteren Menschen als zuständig angesehen (vgl. Eggers/Grages/Pfau-Effinger i. d. B.).

Gender Care Gap

Als Gender Care Gap wird die zeitliche Lücke bei der Verteilung von > Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern bezeichnet. Im Zweiten Gleichstellungsbericht wurde für Deutschland ein Gender Care Gap von über 50 Prozent berechnet. Dort heißt es: „Frauen wenden demnach im Durchschnitt täglich 52,4% – umgerechnet 87 Minuten – mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit auf als Männer“ (BMFSFJ 2019, S. 171). Mit dem Gender Care Gap eng verbunden sind weitere Gender Gaps, z. B. bei der Entlohnung der Erwerbsarbeit (Gender Pay Gap) oder dem monetären Umfang der Rente (Gender Pension Gap).

Geschlechtergerechtigkeit

Für alle Gerechtigkeitsüberlegungen ist es zentral, ob sie und welche Auswirkungen sie auf die Kategorie Geschlecht haben. Dabei ist Geschlechtergerechtigkeit kein einfaches Konstrukt, sondern lässt sich „als eine komplexe Vorstellung begreifen, die eine Pluralität verschiedener normativer Prinzipien umfasst“ (Fraser 1997/2001, S. 74) und es ist zu berücksichtigen, „dass Geschlechtergerechtigkeit nicht ohne grundlegende Befragung der herrschenden Verhältnisse zu diskutieren ist und insgesamt die Frage aufwirft, wie wir leben, lieben und arbeiten“ (Pimminger 2012, S. 147).

Globale Sorgekette, engl.: *global care chain*

Mit dem Konzept der globalen Sorgekette benennt Arlie Russell Hochschild (2000) die globalen Auswirkungen des Sorgens und Versorgens. Fast immer sind es Frauen, die ihr Herkunftsland verlassen, um Sorgeleistungen in anderen Ländern zu übernehmen und dort > Sorgedefizite auszugleichen. Aber der Weggang dieser Person hinterlässt möglicherweise wiederum ein Sorgedefizit in ihrem lokalen Kontext, sodass Sorgeleistungen von Verwandten oder anderen Personen zu übernehmen sind.

ILO-Convention 189

Die Domestic Workers Convention 189 der International Labour Organization (ILO), die in der Langfassung ILO Convention Decent Work for Domestic Workers und im Deutschen Übereinkommen über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte heißt, wurde 2011 verabschiedet und ist seit 2013 in Kraft. In der Zwischenzeit wurde sie von 35 Ländern ratifiziert, darunter Deutschland und die Schweiz, aber nicht Österreich. Die zentrale Forderung lautet, „dass Hausangestellte gegenüber anderen Arbeitnehmenden mit Blick auf Arbeits- und Lebensbedingungen, Lohn, soziale Sicherheit, Gesundheit etc. nicht benachteiligt werden“ (Aulenbacher/Lutz/Schwiter 2021, S. 37).

Kommodifizierung

Kommodifizierung bedeutet, dass Waren und Dienstleistungen, die bisher von Haushaltsmitgliedern, vom Wohlfahrtsstaat oder der Zivilgesellschaft hergestellt oder übernommen wurden, nun über den Markt angeboten werden. „Die Kommodifizierung von Care und Care-Arbeit ist das ‚Zur-Ware-Werden‘ eines menschlichen Grundbedürfnisses“ (Chorus 2013, S. 27; siehe auch Ungerson 1997). Als Problem der zunehmenden Kommodifizierung von Sorge und Sorgearbeit wird die Entfremdung angesehen, die für die Qualität von > Sorgetätigkeiten problematisch sein kann. Der Grad der (De-)Kommodifizierung gibt an, wie stark die Wohlfahrt der Einzelnen vom Markt abhängig ist.

Lebenssorge

In „Die andere Seite der Liebe“ (2022) entwickelt Cornelia Klinger ihr Konzept der Lebenssorge, wobei sie statt von > Sorge von dem weiteren Begriff der Lebenssorge ausgeht. „Lebenssorge impliziert ein anderes > Zeitverständnis (zyklisch statt

linear) und ein anderes Menschenbild (reziprok statt Subjekt-aktiv vs. Objekt-passiv). Alles zusammen läuft das auf ein anderes Weltbild hinaus (Mensch statt Maschine)“ (Klinger 2013, S. 268). Lebenssorgeregime geben darüber Auskunft, wie in einer Gesellschaft die Aufgaben der Lebenssorge organisiert sind. Klinger (2013, 2022) unterscheidet drei Lebenssorgeregime: bürgerlich-familial (19. Jahrhundert), national-wohlfahrtsstaatlich (20. Jahrhundert) und marktwirtschaftlich-profitorientiert (seit 1980), wobei im dritten, kapitalistisch geprägten Lebenssorgeregime versucht wird, Lebenssorge über *care markets* zu organisieren.

Materie

Neben > Zeit ist für das Denken und Praktizieren von > Sorge auch die Materie eine wichtige Grundlage. Sorge und Versorgung sowie bezahlte und unbezahlte > Sorgearbeit sind ohne materielle > Ressourcen nicht umsetzbar. Beispiele sind, dass der Körper als sorgebedürftig anzuerkennen ist oder dass auch die Versorgung mit medizinischen Gütern gesichert sein muss. In einem weiteren Sorgeverständnis, das auch Natur bzw. die Um- oder Mitwelt als interdependent für Sorge betrachtet, geht es um die natürlichen materiellen Grundlagen, die für die Gewährleistung von Sorge unerlässlich sind.

Mental Load

Mental Load bezeichnet den mentalen Aufwand und die damit verbundene Belastung, unterschiedliche Aspekte von > Sorgearbeit insbesondere in Familien zu organisieren, zu erledigen oder zu delegieren. Aufgrund der vergeschlechtlichten > Arbeitsverteilung in den Haushalten und Familien tragen Frauen und Mütter überproportional viel dieser Last. Aber auch in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen, in denen es darum geht, kleine und große Sorgearbeiten im Blick zu behalten, ist der mentale Aufwand für die > Sorgeleistenden hoch. Der Begriff Mental Load ist daher ein wichtiges Instrument, um unsichtbare Sorgearbeit sowie die damit zusammenhängenden Belastungen sichtbar zu machen und damit auch die psychische Dimension von > Sorge anzuerkennen (vgl. Cammarata 2020).

Monetarisierung

Als Monetarisierung wird die Verlagerung von vorher unbezahlten Tätigkeiten in die bezahlten Sektoren (Marktsektor, öffentlicher Sektor, Non-Profit-Sektor) bezeichnet, d. h. anders als zuvor werden diese Tätigkeiten jetzt gegen Geld

erbracht. Auf die Sorgearbeit bezogene Beispiele sind ambulante Pflegedienste oder Essen auf Rädern.

Queeres Sorgen, Queering Care

Die in Sorgedebatten häufig im Vordergrund stehenden traditionellen Lebens- und Haushaltsformen, z. B. Paarhaushalte mit Kindern, in denen eine erwachsene Person in Vollzeit, die andere in Teilzeit berufstätig ist, gilt es auf ihre Heteronormativität zu hinterfragen und so zu erweitern, dass alle Lebens- und Haushaltsformen gleichwertig wahrgenommen werden und sich alle Menschen unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität und sexuellen Orientierung gleich gut mit Sorgeleistungen versorgen können und versorgt werden. Ein wichtiges Thema queeren Sorgens ist die trans Sorge, also die Sorge um und von trans Personen jeden Alters (vgl. Appenroth/Castro Varela 2019).

Recht auf Sorge

In den Debatten über das Recht auf Sorge als Menschenrecht bzw. über die Begründung von Menschenrechten auf der Grundlage von Sorge werden verschiedene Dimensionen unterschieden: a) das Recht auf Sorge (engl.: *right to be cared for*) als Recht auf angemessene Betreuung und Pflege notwendigerweise als Kind und im Bedarfsfall als kranker, behinderter oder alter Mensch, b) das Recht, (nicht) zu sorgen (engl.: *right (not) to care*) als Recht, Sorgeleistungen erbringen zu können, ohne dazu gezwungen zu sein und c) das Recht auf Zeit für Sorge (engl.: *right to time to care*) als Recht, ausreichend > Zeit zu haben, Sorgeleistungen erbringen zu können (vgl. Knijn/Kramer 1997, S. 332 ff.; Addis 2003, S. 211 ff.). Darüber hinaus wird das grundlegende Recht auf Sorge noch weiter ausdifferenziert und eine bisher zehn Rechte umfassende „basic list of caring rights“ (Engster 2007, S. 169 f.) aufgestellt. Die Debatte um ein Recht auf Sorge in all seinen Dimensionen verlagert die Perspektive von der privaten Organisation von Sorge und Versorgung hin zu einem öffentlichen Anspruch.

Reproduktionsarbeit

Alle unbezahlten Tätigkeiten des Sorgens und Versorgens, die im privaten Haushalt erledigt werden, werden im traditionellen marxistisch-feministischen Kontext als Reproduktionsarbeit bezeichnet. Besonders wichtig ist die Bezeichnung als Arbeit, die als solche auch ohne Entlohnung anerkannt werden soll. Damit werden die zur bezahlten Produktionsarbeit notwendigen regenerativen Tätigkei-

ten für den Erhalt der Arbeitskraft deutlich gemacht. In der Social Reproduction Theory wird darüber hinaus auch die bezahlte Sorgearbeit zur sozialen Reproduktion gezählt (vgl. Bhattacharya 2017).

ReProduktivität

Mit dem Konzept der ReProduktivität wird eine Vermittlung zwischen Produktion und Reproduktion angestrebt, ohne dass eines der beiden höher bewertet wird. Die Konzeptualisierung folgt dem Anliegen sozial-ökologische und ökonomische Aspekte analytisch zu verbinden und sich nicht an ihrer dualistischen Differenzierung zu beteiligen (vgl. Bauhardt 2017; siehe auch Biesecker/Hofmeister 2006, die die Schreibweise (Re)Produktivität verwenden).

Ressourcen

Die Bereitstellung einer effektiven > Sorgetätigkeit ist nicht nur auf die > Sorge-motivation der > Sorgeleistenden und die Herstellung einer > Sorgebeziehung zwischen den > Sorgeempfangenden und den > Sorgeleistenden angewiesen, sondern auch auf finanzielle, materielle und zeitliche Ressourcen, die den Unterhalt der Sorgeleistenden und Sorgeempfangenden sowie die für die Durchführung der Sorgeleistung benötigten Ressourcen zur Verfügung stellen; erst alle Komponenten zusammen sichern die Bereitstellung einer effektiven Sorgeleistung (Jochimsen 2003a, 2003b). Die erforderlichen materiellen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen können von einer Person innerhalb oder außerhalb der > Sorgebeziehung wie auch von Personengruppen oder privaten, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen außerhalb der > Sorgebeziehung zur Verfügung gestellt bzw. im Hinblick auf die zur Verfügung stehende > Zeit über entsprechende Rahmenbedingungen vorgegeben werden.

Selbstsorge, engl.: *self care*

Der sorgsame Umgang bezieht sich nicht nur auf andere Menschen, sondern auch auf sich selbst. Im engeren Sinn wird dabei unter Selbstsorge „die Praxis, eine aktive Rolle beim Schutz des eigenen Wohlbefindens und Glücks zu übernehmen“ (Saave i. d. B.), verstanden. Im weiteren Sinne lassen sich auch Möglichkeiten kollektiver Selbstsorge im Rahmen von Bewegungen und die Möglichkeiten individueller Selbstsorge im Rahmen professioneller Tätigkeiten darunter fassen (vgl. Brückner 2012, S. 11). Selbstsorge ist aber nicht nur positiv besetzt, sondern

kann in Form von ständigen Selbstoptimierungsprozessen auch stark neoliberal geprägt sein (vgl. Rau 2012).

Sorge, engl.: *care, caring*

Menschen sind grundsätzlich und über den gesamten Verlauf ihres Lebens in unterschiedlicher Form und Intensität auf die Sorge anderer Menschen angewiesen. Sorge als Konzept geht von dieser Prämisse und Konstante menschlicher Existenz aus, wobei mehrere Dimensionen unterschieden werden, z. B. Sorge als moralischer Wert (> Sorgeethik), als handelnde Praxis (> Sorgearbeit, > Sorgertätigkeiten), als Haltung und Einstellung (> Sorgemotivation), im politischen Kontext (> Care-Politiken, > Caring Policies). Auch für heutige Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme ist Sorge unentbehrlich und wird dennoch zu wenig wertgeschätzt, häufig naturalisiert und in ihrer Bedeutung für einzelne Menschen sowie für ganze Gesellschaften und ihre Stabilität unterschätzt. Stärker als Care beinhaltet Caring bereits eine zukunftsweisende Vision, in der eine Sorgeorientierung im Sinne von Geschlechter-, Generationen- und Umweltgerechtigkeit angelegt ist und in denen die grundsätzlichen Stränge von Sorge, Reproduktion und Sorgeethik in ihrer notwendigen Verbindung mitlaufen.

Sorgearbeit, engl.: *care work, caring labour*

Um nicht zahlreiche im Wirtschaftsleben notwendige Leistungen unberücksichtigt zu lassen, tritt in der > Sorgeökonomie an die Stelle eines rein an der Erwerbswirtschaft orientierten Arbeitsbegriffs ein erweiterter Arbeitsbegriff, der bezahlte und unbezahlte Arbeit umfasst. Unter Sorgearbeit, oder auch Sorgeleistungen, werden dann die gesamten bezahlten und unbezahlten Betreuungs- und Pflegeleistungen für Kinder, Kranke und Alte, die damit verbundenen indirekten Sorgeleistungen und weitere Unterstützungsleistungen (vgl. Razavi/Staab 2008), aber auch Sorgeleistungen für gesunde Erwachsene und die > Selbstsorge gefasst (vgl. Knobloch 2013b, S. 11). In den Haushalten wird ein Großteil der Sorgearbeit unbezahlt geleistet, in den übrigen Sektoren (Markt-, Staats-, Non-Profit-Sektor) meist zu geringen Löhnen und in Teilzeit sowie unter oft schlechten Arbeitsbedingungen. Sorgearbeit stützt aber Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme selbst dort, wo sie unsichtbar bleibt.

Sorgebasierte Wissenschaftstheorie, engl.: *care-based epistemology*

Eine sorgebasierte Wissenschaftstheorie entwickelt Vrinda Dalmiya in ihrem Buch „Caring to Know“ (2016). Demnach stellen persönliche > Sorgeerfahrungen als > Sorgeleistende und > Sorgeempfangende die erkenntnistheoretischen Grundlagen dar. Darüber hinaus geht es darum Wissen und Sorgen nicht künstlich voneinander zu trennen. Das Verständnis von Wissen umfasst demnach konkrete und subjektive Elemente, die androzentrisches Denken und Wissen von sich weisen. Zukünftig kann das im Sinne von Caring Sciences (siehe Kleinert i. d. B.) weitergeführt werden.

Sorgebedarf, Sorgebedürfnisse, engl.: *care requirements, care needs*

Unter Sorgebedarf wird der gesamte Umfang dessen verstanden, was an Sorgeleistungen für eine Gesellschaft, eine Gruppe oder einen einzelnen Menschen erforderlich ist. Als Sorgebedürfnisse werden die grundlegenden von den Menschen empfundenen Bedürfnisse bezeichnet, die sich aufs Sorgen und Versorgen beziehen. Sorgebedürfnisse müssen erfüllt werden, damit Menschen ein menschenwürdiges Leben führen können. Existenzielle Sorgebedürfnisse mögen in konkreten Fällen sehr umfangreich sein, aber sie sind weder endlos noch beliebig vermehrbar. Mit ihrer Erfüllung ist immer auch die Frage verbunden, wer dafür in einer Gesellschaft zuständig ist. In den meisten Gesellschaften ist die Erfüllung der Sorgebedürfnisse zutiefst vergeschlechtlicht.

Sorgebewegung, engl.: *care movement*

Unter den sozialen Bewegungen ist die Sorgebewegung noch neu, auch wenn sie schon vor mehr als 20 Jahren gefordert wurde: „We need a movement to demonstrate that caring is not a free resource, that caring is hard and skilled work, that it takes time and devotion, and that people who do it are making sacrifices“ (Stone 2000; siehe auch Engster 2010). Mittlerweile wurden Care-Manifeste verfasst, das Netzwerk Care Revolution gegründet, zu Streiks im Sorgebereich aufgerufen und vieles mehr. Das alles deutet darauf hin, „dass eine weltweite Sorgebewegung in Gang kommt, die das Ziel hat, auf > Sorgedefizite und > Sorgekrisen, die oft schlechten Arbeitsbedingungen, geringe Bezahlung und unzureichende soziale Absicherung aufmerksam zu machen und dringend notwendige Verbesserungen einzufordern“ (Knobloch 2020a, S. 116 f.). Ein wichtiger Teil dieser Sorgebewegung sind schon bestehende und neu entstehende Sorgenetzwerke, die durch eine Vernetzung untereinander nochmals mehr bewegen können (vgl. Knobloch/Kleinert/Jochimsen 2022). Die Sorgebewegung reagiert nicht nur auf

die weltweiten > Sorgekrise(n), sondern auch auf die ökologische Krise (vgl. z. B. Winker 2021; FdN 2022).

Sorgebeziehung

Über die effektive Ausführung von konkreten > Sorgetätigkeiten wird zwischen > Sorgeleistenden und > Sorgeempfangenden eine Beziehung hergestellt. Aufgrund der in vielen Fällen vorliegenden existenziellen Abhängigkeit der Sorgeempfangenden von den Sorgetätigkeiten ist die Sorgebeziehung oft von Asymmetrie und wechselseitigen Abhängigkeiten geprägt (vgl. Jochimsen 2003a, S. 75 ff.).

Sorgedefizit, engl.: *care deficit*

Von einem Sorgedefizit als „a lack of paid care (or affordable paid care) and a lack of or insufficient informal, unpaid, family care“ (Zimmerman/Litt/Bose 2006, S. 371) wird gesprochen, wenn der Bedarf an Sorgeleistungen nicht gedeckt wird und eine Mangelsituation eintritt, wenn also mehr > Sorgearbeit benötigt als geleistet wird bzw. werden kann. Wenn Sorgedefizite nicht auf einzelne Haushalte beschränkt bleiben, sondern sich regional, national oder weltweit ausdehnen, entsteht eine > Sorgekrise (vgl. Knobloch 2013a, S. 24).

Sorgediamant, engl.: *care diamond*

Der Sorgediamant ist ein auf eine der Ecken gestelltes Viereck, mit dessen Hilfe die Angebotsstruktur im Sorgebereich und das gesellschaftliche > Sorgeregime verdeutlicht werden kann (vgl. Razavi 2007, S. 21). Denn > Sorgearbeit wird (mindestens) in folgenden vier Sektoren angeboten: öffentlicher Sektor (Staat), Marktsektor (gewinnorientierte Unternehmen), Non-Profit-Sektor (Non-Profit-Organisationen) und Haushaltssektor (private Haushalte). Synonym wird auch von einem Vier-Sektoren-Modell gesprochen.

Sorgedienstleistungen, engl.: *care services*

Sorgedienstleistungen sind personenbezogene Dienstleistungen in den bezahlten Sorgebereichen. Sorgedienstleistungen werden nicht nur, aber oft für Menschen erbracht, die sich nicht selbständig versorgen können, sondern auf Hilfe und Unterstützung anderer Menschen angewiesen sind – manchmal vorübergehend, manchmal durchgehend. Für die Qualität ihrer Erbringung spielen zwischen-

menschliche Beziehungen, fachliche Kompetenz, ausreichend > Zeit sowie eine angemessene materielle und finanzielle Ausstattung mit > Ressourcen einschließlich einer wertschätzenden Bezahlung der Sorgedienstleistenden eine zentrale Rolle.

Sorgeempfangende, engl.: *care receivers*

Als Sorgeempfangende, oder auch zu Versorgende, werden Personen bezeichnet, die umsorgt und versorgt werden, für die also > Sorgearbeit geleistet wird. Demgegenüber werden als > Sorgeleistende die Personen bezeichnet, die umsorgen und versorgen. Diese beiden Positionen im > Care-Arrangement schließen einander nicht aus, denn viele Sorgeempfangende Personen geben auch Sorge. Über die effektive Ausführung einer > Sorgetätigkeit wird zwischen Sorgeempfangenden und Sorgeleistenden eine > Sorgebeziehung hergestellt.

Sorgeerfahrung

Sorgeerfahrung umfasst Wissen und Kompetenzen, die Menschen während der Sorgephasen in ihrem Leben erwerben. Alle Menschen sammeln in ihrem Leben Sorgeerfahrung, zum einen als > Sorgeleistende, wenn sie sich um andere Menschen kümmern, und zum anderen als > Sorgeempfangende, wenn andere Menschen sich um sie kümmern.

Sorgeethik, engl.: *care ethics*

Als zentraler Teil der Feministischen Ethik ist seit den 1980er Jahren eine universale Sorgeethik entwickelt worden, die von der Verletzlichkeit der Menschen und ihr existenzielles Angewiesensein auf andere Menschen als anthropologische Konstante ausgeht: „The heart of care ethics [...] is that people do care for others – that this is a part of our daily lives in the mundane sense, and constitutive of our subjectivities and identities in a more profound ontological and moral sense. This activity of caring is not peripheral to our lives; it constitutes what makes us who we are“ (Robinson 2013, S. 136). Die verschiedenen Ansätze einer universalen Sorgeethik sind in Auseinandersetzung mit und in Abgrenzung von der Gerechtigkeitsethik zunächst für die individuelle Handlungsebene entstanden (vgl. Gilligan 1982/1988), dann aber auch für die politische und globale Ebene weitergedacht worden (vgl. Tronto 1993; Robinson 1999). Schon früh finden sich in der Fachliteratur auch Überlegungen dazu, wie wir sorgende Normen (engl.: *caring norms*) lernen (vgl. Oliner/Oliner 1995, Kap. 4).

Sorgeextraktivismus

Analog zum Begriff Ressourcenextraktivismus wird der Begriff Sorgeextraktivismus verwendet, um die Verlagerung von Sorgeleistungen aus einer Region oder Nation in eine andere nicht als wertneutrales Phänomen zu beschreiben, sondern die Ungerechtigkeiten zu betonen, die damit verbunden sind (vgl. Wichterich 2016, 2019, S. 533). Denn Sorgeleistungen, die im Heimatland ebenfalls benötigt werden, werden abgezogen und oft ausgebeutet. Beispiel: Osteuropäerinnen übernehmen 24-Stunden-Betreuungen in Westeuropa und dadurch entstehen oder vertiefen sich > Sorgedefizite und > Sorgekrisen in ihren Heimatländern (siehe auch > Sorgemigration).

Sorgegerechtigkeit, engl.: *care justice, care equity*

Das Prinzip der Sorgegerechtigkeit verbindet die beiden grundlegenden Orientierungen > Sorge und Gerechtigkeit und integriert Abhängigkeit und Verletzlichkeit der Menschen in das Gerechtigkeitsdenken. Als eine Form der Verteilungsgerechtigkeit fokussiert die Sorgegerechtigkeit darauf, was gerecht zu verteilen ist, nämlich > Sorge bzw. > Sorgearbeit. Sorgegerechtigkeit lässt sich auf Menschen oder auf Gesellschaften beziehen, auf ein Land, eine Region oder auch auf alle Länder weltweit. Susan Moller Okin (1989) betrachtet Gerechtigkeit als vorrangig und Sorge als nachrangig, Virginia Held (2006, S. 146) umgekehrt Sorge als vorrangig und Gerechtigkeit als nachrangig. Eva Feder Kittay (1997, 2014) entwickelt eine sorgebasierte Gerechtigkeitsethik, Fiona Robinson (1999, 2013) eine gerechtigkeitsbasierte Sorgeethik – beide im globalen Kontext.

Sorgekämpfe

Sorgekämpfe sind Arbeitskämpfe in der bezahlten > Sorgearbeit, vor allem in der Kranken- und Altenpflege, der Behindertenhilfe oder im Sozial- und Erziehungsdienst von Kitas, aber auch in weiteren Berufen der sozialen Arbeit. Dabei werden die Arbeitsbedingungen in der Sorgearbeit thematisiert, kritisiert und auf deren Verbesserung hingewirkt (vgl. Artus et al. 2017). Eine Form von Sorgekämpfen sind (gewerkschaftlich unterstützte) > Sorgestreiks. Sorgekämpfe werden auch von denjenigen unterstützt, die regulär (Patient*innen, Kinder bzw. deren Eltern) oder potenziell zukünftig (Angehörige) versorgen und versorgt werden.

Sorgekapitalismus

Im Sorgekapitalismus wird zur Lösung der > Sorgekrise ganz auf den Markt mit seinen gewinnorientierten Unternehmen gesetzt. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass die meisten Sorgeleistungen ohne großen Qualitätsverlust über den Markt angeboten werden könnten. Die Entstehung von Konzernen im Gesundheitswesen gehört ebenso dazu wie die Einführung marktähnlicher Elemente, z. B. Fallpauschalen (vgl. Isaksen/Devi/Hochschild 2008; Chorus 2013). In diesem Zusammenhang ist auch auf das Phänomen des Carewashings hinzuweisen. Analog zu den Begriffen Greenwashing und Pinkwashing wird als Carewashing das Handeln von Unternehmen bezeichnet, denen es darum geht, „to increase their legitimacy by presenting themselves as socially responsible ‚citizens‘, while really contributing to inequality and ecological destruction“ (The Care Collective 2020, S. 11 f.).

Sorgekrise(n), engl.: *crisis/crises of care*

Die Sorgekrise kann als systemisch bedingte Ausprägung der sorglosen kapitalistischen Organisation von > Sorge und > Sorgearbeit begriffen werden (vgl. Aulenbacher/Dammayr/Décieux 2015). Verschiedene Autor*innen setzen in der Analyse der Sorgekrise(n) unterschiedliche Akzente, die die gesamte soziale Reproduktion von Gesellschaften und ihre natürlichen Grundlagen betreffen (vgl. z. B. Jürgens 2010; Winker 2011). „Zu einer Sorgekrise kommt es, wenn > Sorgedefizite nicht auf einzelne Haushalte beschränkt bleiben, sondern sich national, regional oder weltweit ausdehnen, wobei sich die Situation überall dort zuspitzt, wo sich das Angebot an und die Nachfrage nach Sorgearbeit gegenläufig entwickeln, also immer mehr Sorgearbeit benötigt wird, aber immer weniger Sorgearbeit geleistet wird.“ (Knobloch 2013a, S. 25) Die Anforderungen an die soziale Reproduktion steigen unter den neoliberalen Arbeits- und Produktionsbedingungen während gleichzeitig wohlfahrtsstaatliche Angebote und Strukturen privatisiert und reduziert werden. Für > Sorgeleistende drückt sich das in physischen und psychischen Überlastungen aus und für > Sorgeempfangende derart, dass ihre Versorgung nicht mehr angemessen sichergestellt ist.

Sorgekultur

Als Sorgekultur, oder auch Care-Kultur, wird die in einer Gesellschaft, Gemeinschaft oder Organisation vorherrschende Kultur im Umgang mit den Themen > Sorge und > sorgendes Versorgen verstanden, also die gesellschaftliche Einstellung zum Sorgen und Versorgen ebenso wie ihre gewachsenen und zukünft-

tigen Gestaltungsprozesse. Dabei wird die „Verkümmerng einer Care-Kultur“ (Becker-Schmidt 2011, S. 16) konstatiert, aber auch die Möglichkeit der geschlechtergerechten „Entwicklung einer Care-Kultur“ (ebd., S. 20) erkannt und gefordert. Die Themen sind vielfältig: Es geht um die Förderung der lokalen Sorgeskultur in Gemeinschaften und Gemeinden (vgl. Hahmann i. d. B.; Schürch/van Holten i. d. B.) ebenso wie um die Untersuchung der hochschulinternen Sorgeskultur (vgl. Knopf et al. i. d. B.).

Sorgeleistende, engl.: *care givers*

Als Sorgeleistende, oder auch Sorgende, werden die Personen bezeichnet, die umsorgen und versorgen. Demgegenüber werden als > Sorgeempfangende Personen bezeichnet, die umsorgt und versorgt werden. Diese beiden Positionen im > Care-Arrangement schließen einander nicht aus, denn alle Sorgeleistenden sind selbst immer auch auf Sorge angewiesen. Über die effektive Ausführung einer > Sorgetätigkeit wird zwischen Sorgeempfangenden und Sorgeleistenden eine > Sorgebeziehung hergestellt.

Sorgelogik, engl.: *logic of care*

Die Logik des Sorgens geht von den existenziellen > Sorgebedürfnissen der Menschen aus und stellt deren Erfüllung in den Mittelpunkt. Annemarie Mol (2008) entwickelt die Sorgelogik in Abgrenzung zur Logik des Wählens (*logic of choice*), denn für sie ist die zentrale Frage, „whether people are able to make choices or not“ (ebd., S. 7). Andere stellen die Sorge- und Versorgungslogik der Markt- und Wettbewerbslogik gegenüber (vgl. z. B. Wichterich 2013, S. 69; Habermann 2016).

Sorgemigration, engl.: *care migration*

Menschen migrieren, um > Sorgearbeit in einem Land zu leisten, in dem für Sorgearbeit bezahlt wird und der Lohn dafür höher ist als im Heimatland für entsprechende Tätigkeiten oder im erlernten Beruf. Fast immer sind es Frauen, die in Pflegeeinrichtungen oder in Privathaushalten für Menschen tätig sind, die nicht mehr ohne Unterstützung ihren Alltag bewältigen können. Im Fall von Live-in-Arrangements wohnen sie auch dort (siehe auch > Sorgeextraktivismus).

Sorgemotivation, engl.: *caring motivation*

Unter Sorgemotivation wird die mit effektiven > Sorgetätigkeiten notwendigerweise verbundene wohlwollende Haltung und Einstellung gegenüber sorgebedürftigen Menschen verstanden: „Any caring motivation must include a benevolent awareness of the situation of the other and her/his well-being, reflecting both individuals’ *need for care* and their *responsibility to care*. Caring motivations reflect the relatedness, the attachment of the caring protagonist to other individuals“ (Jochimsen 2003a, S. 76, Hervorhebung im Original). Dabei werden die > Sorgebedürfnisse der anderen zum Ausgangspunkt des Handelns der > Sorgeleistenden genommen: „Caring motivations take the situation of the care receiver as the starting point to determine what must be done“ (ebd., S. 77).

Sorgende Demokratie, engl.: *caring democracy*

In „Caring Democracy“ (2013) entwickelt Joan Tronto ihr Konzept einer sorgenden Demokratie. Dieses Konzept erfordert, „dass die in ihrer jeweiligen Gesellschaft lebenden Menschen einen genauen Blick darauf werfen, auf welche Weise > Sorgeverantwortung ungleich verteilt ist. [...] Eine Neuorganisation dessen, wie Sorgeverantwortung zugeteilt ist, macht es notwendig, dass diejenigen, die mit ihr überbelastet sind, einige dieser Belastungen verweigern können und dass diejenigen, die ihren Teil der Verantwortung nicht übernehmen, dies tun“ (Tronto 2016, S. 846).

Sorgende Gemeinschaften, engl.: *caring communities*

Der Begriff der sorgenden Gemeinschaften ist mehrdeutig. Einerseits ist damit ein informeller gegenseitiger Anspruch gemeint, der eine als Gemeinschaft definierte soziale Gruppe bezeichnet, die füreinander verantwortlich sorgt und sorgsam miteinander umgeht. Andererseits wird darunter ein konkretes institutionalisiertes städteplanerisches Konzept verstanden, das Sorge zum Ziel und Leitprinzip kommunaler Versorgung erhebt. Beiden Konnotationen liegt das Ziel einer gerechteren > Sorgeskultur zugrunde (vgl. Vischer/Schneider/Dollsack i. d. B.; Hahmann i. d. B.; Schürch/van Holten i. d. B.).

Sorgendes Versorgen, engl.: *caring provisioning*

„Mit dem sorgenden Versorgen wird eine Handlungsweise umrissen, die Voraussetzung dafür ist, dass Menschen leben und gut leben können. Sie ist auf das Ziel der Versorgung ausgerichtet und begreift die auf den Menschen gerichtete (Für-)Sorge als Handlungsmotivation. Auf sorgendes Versorgen ausgerichtetes Handeln ist verallgemeinerbar in dem Sinne, dass wir wollen können, dass jeder Mensch so handelt, während das z. B. für nur am eigenen Nutzen orientiertes oder gewinnmaximierendes Handeln nicht gilt. Denn alle Menschen sind darauf angewiesen, dass andere Menschen sich nicht nur an den eigenen Interessen orientieren, ansonsten wären Gesellschaften nicht überlebensfähig. Das richtige Maß zwischen zu viel und zu wenig Sorge ist damit aber noch nicht festgelegt, sondern erfordert Menschenkenntnis, Empathie ebenso wie Urteilsvermögen.“ (Knobloch 2019, S. 21).

Sorgeökonomie, engl.: *care economics*

Die Sorgeökonomie macht Umfang und Bedeutung der bezahlten und unbezahlten > Sorgearbeit sichtbar und untersucht die > Sorgetätigkeiten in allen Sektoren des > Sorgediamanten auf mikro-, meso- und makroökonomischer Ebene. Auf individueller Ebene setzt sie sich mit den > Sorgebedürfnissen der > Sorgeempfangenden, aber auch der > Sorgeleistenden auseinander, auf organisationaler Ebene mit dem Angebot und der Nachfrage bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit und auf struktureller Ebene mit der Gestaltung (geschlechter)gerechter und zukunftsfähiger > Sorgesysteme. Durch die systematische Verbindung von Erwerbswirtschaft und unbezahlter Versorgungswirtschaft lassen sich auch Verlagerungsprozesse von bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit verdeutlichen (vgl. Knobloch 2010; siehe auch > Monetarisierung und > Entmonetarisierung). Mittlerweile sind eine Reihe sorgerekonomischer Ansätze entstanden, die sich grundlegend von den orthodoxen ökonomischen Ansätzen unterscheiden (vgl. z. B. Folbre 2001; Jochimsen 2003a; Power 2004; Madörin 2006; Knobloch 2013b; siehe auch > Caring Economy und > Vorsorgendes Wirtschaften).

Sorgerationalität, engl.: *rationality of caring*

Eine eigene Rationalität des Sorgens hat Kari Wærness schon früh herausgearbeitet: „the ability to care in a ‚proper‘ way, depends on something which can be learned and for which there are rules for proceeding, and that therefore some kind of rationality is involved“ (Wærness 1984, S. 195). Seither wurde der von ihr entwickelte Begriff der Sorge- oder Fürsorgerationalität vielfach verwendet

und weiterentwickelt, um deutlich zu machen, dass Rationalität und das mit > Sorge verbundene Verantwortungsgefühl nicht im Gegensatz zueinander stehen, sondern dass mit > Sorgetätigkeiten verschiedene, ganz eigene Rationalitäten verbunden sind (vgl. Wærness 2000).

Sorgeregime, engl.: *care regime*

Als Sorgeregime wird die Art und Weise bezeichnet, wie Sorge in der Gesellschaft institutionalisiert ist, wie sie „in einer Gesellschaft und im Wohlfahrtsstaat wahrgenommen, verortet, organisiert und ins Verhältnis zur Erwerbsarbeit gesetzt wird“ (Beckmann 2008, S. 73). Alle Wohlfahrtsstaaten basieren auf einem oft impliziten Sorgeregime, das nicht nur die Wohlfahrts- und Sorgeleistungen des Staates, sondern auch die Leistungen aller anderen Akteur*innen umfasst (vgl. Lewis 1997, S. 10). Ein zentraler Fokus der Forschung im Rahmen des Konzepts liegt in der Analyse der Bedeutung der Muster für die Reproduktion der gesellschaftlichen Benachteiligung von Frauen im Vergleich zu Männern bzw. von Möglichkeiten einer positiven Veränderung. Selbst im 21. Jahrhundert basiert das Sorgeregime in der Regel immer noch „auf Geschlechterstereotypen (und reproduziert diese) und ist somit das Ergebnis der vorherrschenden Geschlechterordnung und seiner spezifischen Verkörperung in einem care-Regime“ (Beckmann 2008, S. 73 f.; siehe auch Aulenbacher/Riegraf/Theobald 2014; Aulenbacher/Dammayr/Décieux 2014; Simonazzi 2009).

Sorgerevolution, engl.: *care revolution*

Ausgehend von der kritisch-feministischen Analyse der > Sorgekrise(n) bezeichnet Sorgerevolution bzw. Care Revolution sowohl eine Zielrichtung als auch eine Methode politischen Handelns. Dabei soll die > Sorge ins Zentrum von Wirtschaft(en) und Politik gestellt werden und somit die Verwirklichung von Lebensbedingungen, die Lebensinteressen und Bedürfnisse befriedigen und nicht Profitinteressen unterliegen, was ein radikales Umdenken bestehender Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme erfordert. Somit wird Sorgerevolution definiert als „Prozess einer an der > Sorgearbeit ausgerichteten Transformation“ (Winker 2015, S. 139). Eine solche Sorgerevolution bleibt aber nicht auf die Handlungsebene beschränkt, sondern setzt sich auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene fort: „The revolution in care institutions and practices that is already underway requires no less than a companion revolution in political and social institutions and practices“ (Tronto 2013, S. 6 f.).

Sorgesituation, engl.: *caring situation*

Wie Maren A. Jochimsen in „Careful Economics“ (2003) schreibt, ist bei der Betrachtung und Analyse von klassischen Sorgesituationen für von der Erbringung der Sorgeleistungen existenziell abhängige Personen, wie z. B. Kinder, pflegebedürftige ältere, kranke oder körperlich und geistig eingeschränkte Personen, typischerweise von drei voneinander abhängigen Prämissen auszugehen: (a) beschränkte bis gänzlich fehlende Handlungsfähigkeit der > Sorgeempfangenden, (b) asymmetrische Ausgangspositionen der beteiligten Personen in Bezug auf die Fähigkeit, die benötigte Sorgeleistung auszuführen, und auf den Zugang zu den dafür notwendigen > Ressourcen, (c) daraus entstehende tatsächliche und mögliche Abhängigkeiten und Machtverhältnisse. Klassische Sorgesituationen sind in ihrem Kern folglich gekennzeichnet durch Asymmetrie. Die besonderen Kennzeichen klassischer Sorgesituationen führen zu großen Herausforderungen bei deren gesellschaftlicher Organisation (vgl. Jochimsen 2003a, S. 75 ff.).

Sorgestreiks

In den vergangenen Jahren wurde im Bereich der bezahlten > Sorgearbeit, insbesondere in Krankenhäusern gestreikt, um neben der besseren Entlohnung auch, und das ist neuartig, Arbeitsbedingungen durch eine personelle Entlastung in Tarifverträgen durchzusetzen. Sorgestreiks sind ein Teil der > Sorgekämpfe und werden sowohl gewerkschaftlich als auch zivilgesellschaftlich unterstützt. Im Zuge der weltweiten feministischen Streikbewegungen (siehe z. B. Precarias a la deriva 2014) ist zukünftig die Ausweitung von Sorgestreiks auf weitere Bereiche der Sorgearbeit, einschließlich der unbezahlten Sorgearbeit, denkbar.

Sorgesystem

Als Sorgesystem wird der gesamte zu gestaltende institutionelle, politische und gesellschaftliche Rahmen bezeichnet, innerhalb dessen bezahlte und unbezahlte > Sorgearbeit geleistet und > Sorgebedürfnisse befriedigt werden. Zur Strukturierung der Sorgeleistungen in einem Sorgesystem ist der > Sorgediamant hilfreich. Dadurch wird sichtbar, dass > Sorgearbeit in vier Sektoren (mit den dazu gehörenden Institutionen) erbracht wird, im öffentlichen Sektor (Staat), im Marktsektor (Unternehmen), im Dritten Sektor (Non-Profit-Organisationen), im Haushaltssektor (private Haushalte) sowie auch in der Zivilgesellschaft, wobei der überwiegende Teil der Sorgearbeit auch in modernen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen in den privaten Haushalten erbracht wird (vgl. Knobloch

2020a, S. 115). In jedem Sorgesystem sind das Betreuungs- und das Pflegesystem wesentliche Teile.

Sorgetätigkeiten, engl.: *caring activities*

Sorgetätigkeiten – synonym auch Sorgeaktivitäten oder Sorgepraktiken – umfassen alle Tätigkeiten des Sorgens und Versorgens, die zusammengefasst auch als > Sorge- und Versorgungsarbeit bezeichnet werden. Sorgetätigkeiten werden in allen vier Sektoren des > Sorgediamanten, insbesondere aber in den privaten Haushalten erbracht. Ihre Besonderheiten werden deutlich, wenn wir von Sorgetätigkeiten für kleine Kinder oder schwerkranke Menschen ausgehen. Sie sind gekennzeichnet durch eingeschränkte bzw. nicht vorhandene Handlungsfähigkeit und damit begrenzte Autonomie sowie durch die sich daraus ergebenden wechselseitigen Abhängigkeiten und Asymmetrien (vgl. Jochimsen 2003a). Bei der Bereitstellung von Sorgetätigkeiten werden zwei Bestandteile unterschieden: das instrumentelle Element, also die konkrete fachliche Tätigkeit, z. B. spezielle Handgriffe in der Pflege, und das kommunikative Element, also die ideelle Zuwendung, z. B. das Sprechen mit den > Sorgeempfangenden, das – so die Annahme – wesentlich über die adäquate > Sorgemotivation auf Seiten der > Sorgeleistenden bestimmt wird. Erst beide Elemente zusammen sichern die Qualität von Sorgetätigkeiten und erzeugen die in der Fachliteratur als integratives Produkt bezeichnete soziale Dimension einer erfolgreichen Sorgeleistung (vgl. Jochimsen 2003b, S. 45).

Sorgetheorie

Die Sorgetheorie setzt sich auf konzeptioneller Ebene mit der sozialen Organisation von > Sorgesituationen und der Bereitstellung von > Sorgetätigkeiten auseinander (vgl. Jochimsen 2003a; Madörin 2006; Engster 2007). Maren Jochimsen (2003a) bezeichnet ihren Entwurf einer Theorie der > Sorgeökonomie als Zusammendenken von Sorgetheorie und Ökonomie als „Careful Economics“. Sie geht von der Bereitstellung existenzieller Sorgetätigkeiten aus, insbesondere für Kinder, ältere, kranke und behinderte Menschen, und arbeitet gegenseitige existenzielle, motivationale und materielle Abhängigkeit sowie Asymmetrie als spezifische Kennzeichen von Sorgesituationen heraus. Die Sorgetheorie steht auch vor der konzeptionellen Aufgabe, „to organize economic institutions and policies so that they provide all individuals with the real opportunity to care adequately for themselves, their loved ones, and human beings in general“ (Engster 2007, S. 118 f.).

Sorgetransformation(en)

Vor dem Hintergrund der globalen, nationalen, familiären und individuellen > Sorgekrisen lenken Sorgetransformationen den Blick auf die für > Caring Societies erforderlichen Transformationen der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsregime, insbesondere der > Sorgeregime. Dabei sind Sorgetransformationen ein zentraler Teil der sozial-ökologischen Transformationen, die an den Kriterien > Geschlechtergerechtigkeit und > Sorgegerechtigkeit sowie > Zukunftsfähigkeit orientiert sind. Die > Sorgebewegung trägt zu diesen Sorgetransformationen bei, die zusammengenommen auch zu einer > Sorgerevolution führen können.

Sorgeverantwortung, engl.: *caring responsibility, responsibility for care*

Sorgeverantwortung umfasst nicht nur die Übernahme von > Sorgearbeit in ihren verschiedenen Dimensionen, sondern auch die Planung und Organisation der Versorgung mit allen erforderlichen Sorgeleistungen. Für Joan Tronto ist die Verantwortung fürs Sorgen der Ausgangspunkt demokratischer Politik: „Was innerhalb einer Demokratie gleichverteilt werden muss, ist die Sorgeverantwortung“ (Tronto 2016, S. 845; siehe auch Tronto 2013, 2017).

Sorgevertrag

Allen Gesellschaften liegt ein impliziter Sorgevertrag zugrunde, der ein Teil des Gesellschaftsvertrags ist. Denn jede Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass Menschen – zumindest als Säuglinge und im Kindesalter – versorgt und erzogen werden. Um den Sorgevertrag geschlechtergerecht und zukunftsfähig zu gestalten, sind die geschlechtsspezifischen und weiteren intersektionalen Zuschreibungen von Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegeaufgaben zu überwinden.

Sorgsames Recht

Bezahlte und unbezahlte > Sorgearbeit und > Sorge allgemein werden in vielfacher Hinsicht durch das Recht reguliert und konstruiert, u. a. durch Familienrecht, Sozialrecht, Medizinrecht, Arbeitsrecht. Das Schaffen eines fürsorglichen und sorgsamen Rechts, das die fragmentierten Perspektiven überwindet, trägt zu einer Aufwertung und angemessenen Anerkennung von Sorge und Sorgearbeit bei (vgl. Scheiwe 2020).

Systemrelevanz

Feministische Ökonom*innen weisen schon seit Jahrzehnten darauf hin, dass > Sorge und > Sorgearbeit die fundamentalen Bedingungen dafür sind, dass sich Gesellschaften erhalten und weiterentwickeln können, dass diese Tätigkeiten und Berufe also systemrelevant sind. Im Zuge der Corona-Pandemie wurde der Begriff der Systemrelevanz seit 2020 verstärkt verwendet, um die enorme Bedeutung von Sorge- und Versorgungsarbeit sowie der entsprechenden Berufe hervorzuheben.

Universal Caregiver Model

Das Modell der universellen Betreuungsarbeit, engl.: *universal caregiver model*, geht auf Nancy Fraser zurück, die es in ihrem Artikel „After the Family Wage“ (1997/2001) in Auseinandersetzung mit zwei anderen Modellen – *universal breadwinner model* und *caregiver parity model* – entwickelt. Im Modell der universellen Betreuungsarbeit sollen sich Einkommenserwerb und Betreuungsarbeit für alle Menschen ohne große Probleme und Stress verbinden lassen, was das Umstrukturieren der gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen erforderlich macht. Die Entwicklung zukunftsfähiger Modelle von Lebens- und Haushaltsformen ist in verschiedene Richtungen weitergegangen (vgl. z. B. Addis 2003, S. 216; Razavi 2007, S. 27 ff.; Knobloch 2020b).

Universalismus

In der Ethik gilt der Universalismus als zentrales Kriterium für die Begründung einzuhaltender Grundsätze und Normen. Die Gültigkeit ethischer Grundsätze und Normen ist dort von ihrer Begründbarkeit im Hinblick auf die allgemeinen Ziele der Humanität abhängig. Da alle Menschen in ihrem Leben auf > Sorge angewiesen sind, sind die > Sorgebedürfnisse als universal zu verstehen und ihre Erfüllung lässt sich als Begründung für das > Recht auf Sorge als entsprechendes Menschenrecht heranziehen (vgl. Engster 2007, S. 163 ff.). Zudem kann der Universalismus auf den Zugang zu Sorgeleistungen und damit auf die > Care-Politiken bezogen werden. Universalen Zugang zu Sorgeleistungen für alle Menschen in einer Gesellschaft zu garantieren bedeutet, „that access is guaranteed to all, irrespective of sex, racial or ethnic origin, religion or belief, disability, age or sexual orientation, gender identity and/or expression [...]“ (Social Platform 2012, S. 23). Darüber hinaus wird der Universalismus auch auf die Finanzierung bezogen. Das Prinzip universalistischer Finanzierung „schafft die Voraussetzungen dafür, dass alle sozialen Gruppen sich entsprechend ihrem Einkommen

an der Finanzierung beteiligen und ermöglichen damit einen gesellschaftlichen Ausgleich“ (Theobald i. d. B.).

Vorsorgendes Wirtschaften

Das Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens wurde Anfang der 1990er Jahre von dem gleichnamigen Netzwerk entwickelt. Ziel ist es, eine sozial-ökologisch zukunftsfähige Wirtschaftsweise theoretisch zu fundieren sowie praktisch umzusetzen und weiterzuentwickeln. Für das Vorsorgende Wirtschaften sind drei Prinzipien grundlegend: Vorsorge vor Nachsorge, Kooperation vor Konkurrenz sowie Orientierung am zum guten Leben Notwendigen vor der Orientierung an monetären Größen (vgl. Busch-Lütjens et al. 1994; Biesecker et al. 2000; Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013). Diese Prinzipien stammen aus der Haus- und Versorgungswirtschaft, sind aber auch für die Markt- und Geldwirtschaft wegweisend und für die > Zukunftsfähigkeit und > Geschlechtergerechtigkeit jeder Wirtschaftsweise zentral (vgl. Jochimsen/Knobloch 1994, 1997; siehe auch > Caring Economy und > Sorgeökonomie).

Young (Adult) Carer

Young Carer sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die sich um kranke, behinderte oder aus anderen Gründen zu unterstützende enge Angehörige kümmern (vgl. Metzging 2007), Young Adult Carer junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren (vgl. Frech et al. 2019). Eine Untergruppe der Young Adult Carer sind pflegende Studierende (siehe Knopf et al. i. d. B.).

Zeit, Zeitbedarf

Ein wesentliches Element, um die Konzeption und Umsetzung von > Sorge analysieren und begreifen zu können, ist Zeit. Das betrifft zum einen die Uhrenzeit, die Individuen und Kollektiven zur Verfügung steht, um für sich und andere sorgen zu können. In Gesellschaften, die von Lohnarbeit dominiert sind, ist auch die Zeit erwerbsfähiger Personen dadurch geprägt. Daher sind auch Debatten um Erwerbsarbeitszeitverkürzung in dem Anliegen für eine geschlechtergerechte Umverteilung von > Sorgeverantwortung zentral. Als Zielgröße kann Zeitsouveränität formuliert werden, d. h. bedürfnisorientiert über die eigene Zeit verfügen zu können und somit fremdbestimmte Zeit zu reduzieren. Zudem ist der Zeitbedarf für bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit hoch und lässt sich nicht ohne Qualitätsverlust verringern. Darüber hinaus ist Zeit unter Sorgeaspekten

auch im Sinne der Generationengerechtigkeit bedeutsam, etwa wenn die Folgen eines sorglosen oder sorgsamen Umgangs mit der Um- und Mitwelt betrachtet werden (siehe Völkle i. d. B.).

Zeitvorsorge

Die Zeitvorsorge – alternative Begriffe sind Zeitbanken, Zeitgutschriften oder Zeittausch – ist ein Konzept zur Alterssicherung, bei dem nicht Geld, sondern > Zeit angespart wird. Den Menschen, die andere Menschen regelmäßig im Alltag unterstützen, werden die Stunden von einer Organisation oder Gemeinschaft gutgeschrieben. Später, wenn sie selbst Unterstützung benötigen, können sie Sorgeleistungen im entsprechenden Umfang beanspruchen. Ein Beispiel für die Umsetzung dieser Idee ist das Modell Zeitpolster (siehe Jochum-Müller i. d. B.).

Zukunftsfähigkeit, engl.: *sustainability*

Zukunftsfähigkeit ist ein zentrales Gestaltungskriterium gesellschaftlicher Transformation. Sozial und ökologisch zukunftsfähig sind Gesellschaften, Organisationen und Handlungen, wenn sie das gute und gerechte Zusammenleben aller Menschen fördern, wobei auch > Geschlechtergerechtigkeit und > Sorgegerechtigkeit einzubeziehen sind. Zukunftsfähiges Wirtschaften setzt voraus, dass „sich die aktuell vorherrschenden Routinen und Institutionen [...] in Richtung Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt verändern“ (Novy/Bärnthaler/Heimerl 2020, S. 11; siehe auch Jochimsen/Knobloch 1994, S. 40).

Literatur

- Addis, Elisabetta (2003): Unpaid and Paid Caring Work in the Reform of Welfare States. In: Picchio, Antonella (Hrsg.): Unpaid Work and the Economy. A Gender Analysis of the Standard of Living. New York: Routledge. S. 189–223.
- Appenroth, Max Nocolai/Castro Varela, Maria do Mar (Hrsg.) (2019): Trans & Care: Trans Personen zwischen Selbstsorge, Fürsorge und Versorgung. Bielefeld: transcript.
- Artus, Ingrid/Birke, Peter/Kerber-Clasen, Stefan/Menz, Wolfgang (Hrsg.) (2017): Sorge-Kämpfe: Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen. Hamburg: VSA.
- Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (Hrsg.) (2014): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime – Care: Work, Relations, Regimes. Soziale Welt – Sonderband 20. Baden-Baden: Nomos.
- Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria/Décieux, Fabienne (2014): Herrschaft, Arbeitsteilung, Ungleichheit – Das Beispiel der Sorgearbeit und des Sorgeregimes im Gegenwartskapitalismus. In: PROKLA Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft 44, H. 175, S. 209–224.

- Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria/Décieux, Fabienne (2015): Prekäre Sorge, Sorgearbeit und Sorgeproteste. Über die *Sorglosigkeit des Kapitalismus* und eine sorgsame Gesellschaft. In: Völker, Susanne/Amacker, Michèle (Hrsg.): Prekarisierungen. Arbeit, Sorge und Politik. Weinheim: Beltz Juventa. S. 111–127.
- Aulenbacher, Brigitte/Lutz, Helma/Schwiter, Karin (Hrsg.). (2021): Gute Sorge ohne gute Arbeit? Live-in-Care in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Weinheim: Beltz Juventa.
- Bauhardt, Christine (2017): Living in a Material World: Entwurf einer queer-feministischen Ökonomie. In: Gender: Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 9, H. 1, S. 99–114.
- Becker-Schmidt, Regina (2011): „Verwaarloste Fürsorge“ – ein Krisenherd gesellschaftlicher Reproduktion: Zivilisationskritische Anmerkungen zur ökonomischen, sozialstaatlichen und sozialkulturellen Vernachlässigung von Praxen im Feld „care work“. In: GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 3, H. 3, S. 9–23.
- Beckmann, Sabine (2008): Geteilte Arbeit? Männer und Care-Regime in Schweden, Frankreich und Deutschland. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bhattacharya, Tithi (Hrsg.) (2017): Social Reproduction Theory. Remapping Class, Recentring Oppression. London: Pluto Press.
- Biesecker, Adelheid/Mathes, Maite/Schön, Susanne/Scurrrell, Babette (Hrsg.) (2000): Vorsorgendes Wirtschaften: Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld: Kleine Verlag.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung. München: oekom.
- BMFSFJ (2019): Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap-ein-indikator-fuer-die-gleichstellung-137294 (Abfrage: 10.03.2022).
- Brückner, Margrit (2012): Selbstsorge im Spannungsfeld von ‚Care‘ und ‚Caritas‘. In: Janßen, Mechthild M./Brückner, Margrit/Göttert, Margit/Schmidbauer, Marianne (Hrsg.): Selbstsorge als Thema in der (un)bezahlten Arbeit. Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für politische Bildung. S. 9–28.
- Busch-Lüty, Christiane/Jochimsen, Maren A./Knobloch, Ulrike/Seidl, Irmi (Hrsg.) (1994): Vorsorgendes Wirtschaften: Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit. Politische Ökologie. Sonderheft 6. München: oekom.
- Cammarata, Patricia (2020): Raus aus der Mental Load-Falle. Weinheim und Basel: Beltz.
- Care.Macht.Mehr (2020): Großputz! Care nach Corona neu gestalten: Ein Positionspapier zur Care-Krise aus Deutschland, Österreich, Schweiz. www.zeitpolitik.de/pdfs/Positionspapier.pdf (Abfrage: 10.03.2022).
- Chorus, Silke (2013): Care-Ökonomie im Postfordismus: Perspektiven einer integralen Ökonomie-Theorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dalmiya, Vrinda (2016): Caring to Know: Comparative Care Ethics, Feminist Epistemology, and the Mahabharata. Oxford: Oxford University Press.
- Dengler, Corinna/Lang, Miriam (2019): Feminism Meets Degrowth – Sorgearbeit in einer Postwachstumsgesellschaft. In: Knobloch, Ulrike (Hrsg.): Ökonomie des Versorgens: Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum. Weinheim: Beltz Juventa. S. 305–330.
- Dengler, Corinna/Lang, Miriam (2022): Commoning Care: Feminist Degrowth Visions for a Socio-Ecological Transformation. Feminist Economics 28, H. 1, S. 1–28.
- Elliot, Karla (2016): Caring Masculinities: Theorizing an Emerging Concept. In: Men and Masculinities 19, H. 3, S. 240–259.
- Engster, Daniel (2007): The Heart of Justice: care ethics and political theory. Oxford: Oxford University Press.

- Engster, Daniel (2010): Strategies for Building and Sustaining a New Care Movement. In: *Journal of Women, Politics and Policy* 31, H. 4, S. 289–312.
- Esping-Anderson, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Esping-Anderson, Gøsta (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford: Oxford University Press.
- FdN (2022): Erklärung der Frauendeliigiertenkonferenz der Nordkirche (FdN) zu Care und Klima in der Krise. www.frauenwerk-nordkirche.de/neuigkeit/care-und-klima-in-der-krise/ (Abfrage: 10.03.2022).
- Federici, Silvia (2019): *Re-Enchanting the World. Feminism and the Politics of the Commons*. Oakland: PM.
- Folbre, Nancy (2001): *The Invisible Heart: Economics and Family Values*. New York: The New Press.
- Fraser, Nancy (1997/2001): *Die halbierte Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Frech, Marianne/Kaiser, Steffen/Leu, Agnes/Nagl-Cupal, Martin/Schulze, Gisela C./Spittel, Anna-Maria (2019): Wer sind Young Carers? Analyse der Begriffsverwendung im deutschsprachigen Raum und Entwicklung einer Definition. In: *International Journal of Health Professions* 6, H. 1, S. 19–31.
- Geissler, Birgit (2002): Die Dienstleistungslücke im Haushalt: Der neue Bedarf nach Dienstleistungen und die Handlungslogik der privaten Arbeit. In: Gather, Claudia/Geissler, Birgit/Rerrich, Maria S. (Hrsg.): *Weltmarkt Privathaushalt: Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel*. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 30–49.
- Gilligan, Carol (1982/1988): *Die andere Stimme: Lebenskonflikte und Moral der Frau*. München: Piper Verlag.
- Gössling, Tobias/van Liedekerke, Luc (2014): Editorial: The Caring Organisation. In: *Journal of Business Ethics* 120, S. 437–440.
- Habermann, Friederike (2016): *Ecommony – UmCARE zum Miteinander*. Sulzbach am Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- Hanlon, Niall (2012): *Masculinities, Care and Equality: Identity and Nurture in Men's Lives*. London: Palgrave Macmillan.
- Held, Virginia (2006): *The Ethics of Care: Personal, Political, and Global*. Oxford: Oxford University Press.
- Hochschild, Arlie Russell (1983): *The Managed Heart: The Commercialization of Human Feeling*. Berkeley: The University of California Press.
- Hochschild, Arlie Russell (2000): Global Care Chains and Emotional Surplus Value. In: Giddens, Anthony/Hutton, Will (Hrsg.): *On the Edge: Living with Global Capitalism*. London: Jonathan Cape. S. 130–146.
- Isaksen, Lisa/Devi, Uma/Hochschild, Arlie Russell (2008): The Global Care Crisis: A Problem of Capital, Care Chain or Commons? In: *American Behavioral Scientist* 52, H. 3, S. 405–425.
- Jochimsen, Maren A. (2003a): *Careful Economics: Integrating Caring Activities and Economic Science*. Dordrecht u. a.: Kluwer.
- Jochimsen, Maren A. (2003b): Die Gestaltungskraft des Asymmetrischen – Kennzeichen klassischer Sorgesituationen und ihre theoretische Erfassung in der Ökonomik. In: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 4, H. 1, S. 38–51.
- Jochimsen, Maren A./Knobloch, Ulrike (1994): Auf dem Weg zu einer vorsorgenden Wirtschaftsweise: Ansatzpunkte einer ethischen Erweiterung der ökonomischen Methode. In: Bernhard Filli, Heidi/Günter, Andrea/Jochimsen, Maren A./Knobloch, Ulrike/Praetorius, Ina/Schmuckli, Lisa/Vock, Ursula: *Weiberwirtschaft: Frauen – Ökonomie – Ethik*. Edition Exodus: Luzern. S. 29–40.
- Jochimsen, Maren A./Knobloch, Ulrike (1997): Making the Hidden Visible: The Importance of Caring Activities and their Principles for any Economy. In: *Ecological Economics* 20, H. 2, S. 107–112.

- Jochimsen, Maren A./Knobloch, Ulrike (2000): Eine Idee wächst. In: Biesecker, Adelheid/Mathes, Maite/Schön, Susanne/Scurrell, Babette (Hrsg.): *Vorsorgendes Wirtschaften: Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens*. Bielefeld: Kleine Verlag. S. 15–16.
- Jürgens, Kerstin (2010): Deutschland in der Reproduktionskrise. In: *Leviathan* 38, H. 4, S. 559–587.
- Kittay, Eva Feder (1997): Taking Dependency Seriously: The Family and Medical Leave Act Considered in Light of the Social Organization of Dependency Work and Gender Equality. In: DiQuinzio, Patrice/Young, Iris Marion (Hrsg.): *Feminist Ethics and Social Policy*. Bloomington and Indianapolis: Indiana University Press. S. 1–22.
- Kittay, Eva Feder (2014): The Moral Harm of Migrant Carework: Realizing a Global Right to Care. In: Jaggar, Alison M. (Hrsg.): *Gender and Global Justice*. Cambridge: Polity Press, S. 62–84.
- Klie, Thomas (2014): *Wen kümmern die Alten? Auf dem Weg in eine sorgende Gesellschaft*. München: Pattloch.
- Klinger, Cornelia (2013): Care / Fürsorgliche Praxis und Lebenssorge. Gespräch mit Ute Gerhard. In: *Feministische Studien* 31, H. 2, S. 267–277.
- Klinger, Cornelia (2022): *Die andere Seite der Liebe: Das Prinzip der Lebenssorge in der Moderne*. Frankfurt am Main: Campus (im Erscheinen).
- Knijn, Trudie/Kremer, Monique (1997): Gender and the Caring Dimension of Welfare States: Toward Inclusive Citizenship. In: *Social Politics* 4, H. 3, S. 328–361.
- Knobloch, Ulrike (2010): Prozesse der Verlagerung sozialer Dienstleistungen zwischen Markt, Staat, Non-Profit-Sektor und privaten Haushalten. In: *Widersprüche*, Nr. 117, S. 147–163.
- Knobloch, Ulrike (2013a): *Sorgekrise – Ein Handbuchartikel*. In: *Denknetz Jahrbuch 2013*, S. 24–32.
- Knobloch, Ulrike (2013b): *Sorgeökonomie als kritische Wirtschaftstheorie des Sorgens*. In: *Denknetz Jahrbuch 2013*, S. 9–23.
- Knobloch, Ulrike (Hrsg.) (2019): *Ökonomie des Versorgens: Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Knobloch, Ulrike (2020a): *Care Work bzw. Travail de Care*. In: Bonvin, Jean-Michel/Hugentobler, Valérie/Knöpfel, Carlo/Maeder, Pascal/Tecklenburg, Ueli (Hrsg.): *Wörterbuch der Schweizer Sozialpolitik / Dictionnaire de politique sociale suisse*. Zürich: Seismo. S. 115–117 bzw. S. 540–543.
- Knobloch, Ulrike (2020b): *Zukunftsfähiges Versorgen – oder vom Privileg, sich nicht um Hausarbeit kümmern zu müssen*. In: *Makronom – Online-Magazin für Wirtschaftspolitik*. www.exploring-economics.org/de/entdecken/zukunftsfahiges-versorgen-oder-vom-privileg/ (Abfrage: 10.03.2022).
- Knobloch, Ulrike/Jochimsen, Maren A. (1993): *Towards a Caring Economy: Broadening the Economic Method from an Ethical Perspective*. Paper presentation at the conference „Out of the Margin: Feminist Perspective on Economic Theory“, University of Amsterdam, 02–05.06.1993.
- Knobloch, Ulrike/Kleinert, Ann-Christin/Jochimsen, Maren A. (2022): *Sorgeökonomische Netzwerke vernetzen und dadurch ihr transformatives Potenzial stärken*. In: *AEP-Informationen – Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, H. 1, S. 42–44.
- Lewis, Jane (1997): *Gender and Welfare Regimes: Further Thoughts*. In: *Social Politics* 4, H. 1, S. 160–177.
- Madörin, Mascha (2006): *Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie*, in: Niechoj, Torsten/Tullney, Marco (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie*. Marburg: Metropolis Verlag. S. 277–297.
- Madörin, Mascha (2011): *Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten: Eine feministische Sicht*. In: *Denknetz Jahrbuch 2011*, S. 56–70.
- Metzing, Sabine (2007): *Kinder und Jugendliche als pflegende Angehörige: Erleben und Gestalten familialer Pflege*. Dissertation. Bern: Universität Bern.

- Mol, Annemarie (2008): *The Logic of Care: Health and the Problem of Patient Choice*. London – New York: Routledge.
- Müller, Beatrice (2018): Die sorgenfreie Gesellschaft. Wert-Abjektion als strukturelle Herrschaftsform des patriarchalen Kapitalismus. In: Scheele, Alexandra/Wöhl, Stefanie (Hrsg.): *Feminismus und Marxismus*. Weinheim: Beltz Juventa. S. 84–101.
- Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hrsg.) (2013): *Wege Vorsorgenden Wirtschaftens*. Marburg: Metropolis.
- Notz, Gisela (2015): *Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes*. Stuttgart: Schmetterling-Verlag.
- Novy, Andreas/Bärnthaler, Richard/Heimerl, Veronika (2020): *Zukunftsfähiges Wirtschaften*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Okin, Susan Moller (1989): *Justice, Gender, and the Family*. New York: Basic Books.
- Oliner, Pearl. M./Oliner, Samuel P. (1995): *Toward a Caring Society: Ideas into Action*. Westport CT: Praeger Publishers.
- Peters, Ulla/Vellay, Irina (2019): Caring Societies: Kapitalismus und Sorge. In: Sturn, Richard/Hirschbrunn, Katharina/Klüh, Ulrich (Hrsg.): *Kapitalismus und Freiheit. Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik*. Band 17. Marburg: Metropolis, S. 161–177.
- Piminger, Irene (2012): *Was bedeutet Geschlechtergerechtigkeit? Normative Klärung und soziologische Konkretisierung*. Opladen: Barbara Budrich.
- Power, Marilyn (2004): Social Provisioning as a Starting Point for Feminist Economics. In: *Feminist Economics* 10, H. 3, S. 3–19.
- Precarias a la deriva (2014): *Was ist dein Streik? Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität*. Wien: transversal texts.
- Rau, Alexandra (2012): Von der Müdigkeit, für sich selbst sorgen zu müssen. Selbstsorge und Geschlecht im Neoliberalismus. In: Jansen, Mechthild M./Brückner, Margrit/Götttert, Margit/Schmidbauer, Marianne (Hrsg.): *Selbstsorge als Thema in der (un)bezahlten Arbeit*. Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für politische Bildung, S. 45–61.
- Razavi, Shahra (2007): *The Political and Social Economy of Care in a Development Context. Conceptual Issues, Research Questions and Policy Options*, Gender and Development Programme Paper. Number 3. Geneva: UNRISD.
- Razavi, Shahra/Staab, Silke (2008): *The Social and Political Economy of Care: Contesting Gender and Class Inequalities*. Paper prepared for Expert Group Meeting on „Equal sharing of responsibilities between women and men, including care-giving in the context of HIV/AIDS“. United Nations Office at Geneva, 06–09.10.2008.
- Robinson, Fiona (1999): *Globalizing Care: Ethics, Feminist Theory, and International Relations*. Boulder CO: Westview Press.
- Robinson, Fiona (2013): *Global Care Ethics: Beyond Distribution, Beyond Justice*. In: *Journal of Global Ethics* 9, H. 2, S. 131–143.
- Scheiwe, Kirsten (2020): *Das Recht und die Sorgetätigkeiten (Caring) – ein Plädoyer für ein sorgsames Recht*, Abstract zum Call für die Hybrid-Tagung „Caring Societies – Neue Abhängigkeiten oder mehr Gerechtigkeit?“ an der Universität Vechta und digital. 15.–17.09.2021.
- Schmedes, Cornelia (2020): *Emotionsarbeit in der Pflege – Beitrag zur Diskussion über die psychische Gesundheit Pflegender in der stationären Altenpflege*. Dissertation. Vechta: Universität Vechta.
- Schutzbach, Franziska (2021): *Die Erschöpfung der Frauen: Wider die weibliche Verfügbarkeit*. München: Droemer.
- Simonazzi, Annamaria (2009): Care regimes and national employment models. In: *Cambridge Journal of Economics* 33, H. 2, S. 211–232.
- Social Platform (2012): *Recommendations on CARE*. www.socialplatform.org/wp-content/uploads/2013/03/20121217_SocialPlatform_Recommendations_on_CARE_EN1.pdf (Abfrage: 24.03.2022).

- Stone, Deborah (2000): Why We Need a Care Movement. In: *The Nation*, 23.02.2000, S. 13–15.
- The Care Collective (2020): *The Care Manifesto: The Politics of Interdependence*. London – New York: Verso.
- Theobald, Hildegard (2008): Care-Politiken, Care-Arbeitsmarkt und Ungleichheit: Schweden, Deutschland und Italien im Vergleich. In: *Berliner Journal für Soziologie* 18, H. 2, S. 257–281.
- Theobald, Hildegard (2014): Cross-country comparative research on care regimes and the intersection of inequalities: The example of German-Swedish comparisons. In: Aulenbacher, Brigitte, Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (Hrsg.): *Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime – Care: Work, Relations, Regime*. Soziale Welt – Sonderband 20. Baden-Baden: Nomos. S. 345–378.
- Tronto, Joan (1993): *Moral Boundaries: A Political Argument for an Ethic of Care*. New York – London: Routledge.
- Tronto, Joan (2013): *Caring Democracy: Markets, Equality, and Justice*. New York/London: New York University Press.
- Tronto, Joan (2016): Kann ‚Sorgende Demokratie‘ eine politische Theorie der Transformation sein? In: *Das Argument* 58, Nr. 320, H. 6, S. 839–848.
- Tronto, Joan (2017): There is an Alternative: *homines curans* and the limits of neoliberalism. In: *International Journal of Care and Caring* 1, H. 1, S. 27–43.
- Ungerson, Claire (1997): Social Politics and the Commodification of Care. In: *Social Politics* 4, H. 3, S. 362–381.
- Wærness, Kari (1984): The Rationality of Caring. In: *Economic and Industrial Democracy* 5, H. 2, S. 185–211.
- Wærness, Kari. (2000): Fürsorgerationalität. In: *Feministische Studien* 18, extra: Fürsorge – Anerkennung – Arbeit, S. 54–66.
- WBG (2020): *Creating a Caring Economy – A Call to Action*. Final report of the Commission on a Gender-Equal Economy: UK Women’s Budget Group. wbg.org.uk/analysis/creating-a-caring-economy-a-call-to-action-2/ (Abfrage: 10.03.2022).
- Wichterich, Christa (2013): Haushaltsökonomien in der Krise. In: *Widerspruch – Beiträge zu sozialistischer Politik* 32, H. 62, S. 66–80.
- Wichterich, Christa (2016): Feministische Politische Ökonomie und Sorgeextraktivismus. In: Brand, Ulrich/Schwenken, Helen/Wullweber, Joscha (Hrsg.): *Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern: Das Projekt kritische Wissenschaft: Christoph Scherrer zum 60. Geburtstag*. Hamburg: VSA, S. 54–71.
- Wichterich, Christa (2019): Reproduktionskrisen, Sorgeextraktivismus und Sorgekämpfe in Indien: Sozialarbeiter*innen auf dem Land und Pflegekräfte in Krankenhäusern. In: *Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 49, H. 197, S. 533–549.
- Wilz, Sylvia M. (2010): Organisation – Die Debatte um ‚Gendered Organizations‘. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methoden, Empirie*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 513–519.
- Winker, Gabriele (2011): Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive. In: *Das Argument* 53, H. 3, S. 333–344.
- Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Winker, Gabriele (2021): *Solidarische Care-Ökonomie: Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima*. Bielefeld: transcript.
- Zimmerman, Mary K./Litt, Jacquelyn S./Bose, Christine E. (Hrsg.) (2006): *Global Dimensions of Gender and Carework*. Stanford: Stanford University Press.

Herausgeber*innen und Autor*innen

Andreas Albert, M.A., Studium der Soziologie und Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München; Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt EMOSOL (Emotionsregimes und Solidarität in der Interaktionsarbeit) an der HWR Berlin. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: Arbeits-, kultur- und emotionssoziologische Fragestellungen (aktuell: Untersuchung des Verhältnisses von emotionalem Druck und Solidaritätshaltungen in Pflege und öffentlich geförderter Weiterbildung). *Aktuelle Publikationen*: „Corona, Pflege und Gesellschaft: Soziologische Perspektiven auf zugespitzte Krisenzustände und den Umgang mit ihnen“ mit Ingo Bode und Sarina Parschick (2021); „Soziale Dienstleistungen unter Druck: Ökonomisierungsgetriebene Handlungsdilemmata und ihre emotionalen Implikationen“ mit Sigrid Betzelt und Sarina Parschick (2022); „Management mit Angst? Führungskräfte im Sozialwesen zwischen Kontrolldruck und Rettungsambitionen“ mit Sigrid Betzelt, Ingo Bode und Sarina Parschick (2021).

Ingo Bode, Dr. sc. pol, seit April 2009 Professor für Sozialpolitik mit Schwerpunkt organisationale und gesellschaftliche Grundlagen am Institut für Sozialwesen der Universität Kassel. Er hat Politikwissenschaften an der Universität Marburg studiert und an der Universität Duisburg-Essen am Institut für Soziologie promoviert und habilitiert. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: die politische Soziologie westlicher Wohlfahrtsstaaten sowie Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens: *Aktuelle Publikationen*: „Angst im neuen Wohlfahrtsstaat“ herausgegeben mit Sigrid Betzelt (2018); „Mutationen des Krankenhauses“ herausgegeben mit Werner Vogd (2016), „Corona, Pflege und Gesellschaft: Soziologische Perspektiven auf zugespitzte Krisenzustände und den Umgang mit ihnen“ mit Andreas Albert und Sarina Parschick (2021); „Deformation qua Externalisierung? Der Umgang mit Erlösdruck im deutschen Krankenhauswesen“ mit Hannu Turba (2022); „Wohlfahrtsstaat und personenbezogene Dienste im 21. Jahrhundert. Was geht, was nicht, was bringt die Zukunft?“ (2021).

Corinna Dengler, Dr. rer. pol., seit Dezember 2021 Assistant Professor am Institut für Multi-Level Governance and Development der Wirtschaftsuniversität Wien, hat VWL, internationale Entwicklung und Socio-Ecological Economics and Policy in Wien, Moskau und Quito studiert und an der Professur für Ökonomie und Gender der Universität Vechta promoviert. Sie ist Teil des Koordinierungskreises der Feminisms and Degrowth Alliance (FaDA), Vorstandsmitglied des Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaften und setzt sich auch in aktivistischen Zusammenhängen für Umwelt- und Geschlechtergerechtigkeit ein. *Forschungsschwerpunkte*: Heterodoxe Ökonomie mit einem Schwerpunkt auf Feministischer Ökonomie, Ökologischer Ökonomie, und (Globaler) Politischer Ökonomie mit einem besonderen Forschungsinteresse an den Schnittstellen dieser Theoriestränge. *Aktuelle Publikationen*: „Commoning Care: Feminist Degrowth Visions for a Socio-Ecological Transformation“ mit Miriam Lang (2022), sowie Handbuchbeiträge zu den Themen „Degrowth“ (2021) im Routledge Handbook for Feminist Economics und „Feminisms and the Environment“ mit Birte Strunk (2022) im Elgar Handbook of Critical Environmental Politics.

Sophia Dollsack, M.A., Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaften sowie der Staatswissenschaften an den Universitäten Wien und Passau. Ehemals wissenschaftliche Mitarbeiterin in verschiedenen Forschungsprojekten an der OTH Regensburg, darunter das Projekt „WellCare: Gutes Leben – gutes Care“. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: Interdisziplinäre Geschlechterforschung, Fragen sozialer Ungleichheiten und des sozialen Wandels. *Aktuelle Publikationen*: „Geschlechterwissen von Lehrenden in MINT-Fächern – Rekonstruktionen von Einstellungsmustern und Handlungsoptionen“ (2022); Mit herausgeberin des Sammelbandes: „Geschlechtergerechtigkeit und MINT – Irritationen, Ambivalenzen und Widersprüche in Geschlechterdiskursen an Hochschulen“ (2022).

Sandra Eck, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Frauenakademie München und Lehrbeauftragte an der KSH München und der Universität Augsburg, hat Soziologie, Psychologie und Politikwissenschaft an der Universität Augsburg studiert. Neben ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit beschäftigt sie sich als Gestalttherapeutin und -beraterin mit der Weiterentwicklung heteronormativitätskritischer Beratungs- und Bildungskonzepte. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: Care, Gender, Familiensoziologie, Methodologie qualitativer Sozialforschung. *Aktuelle Publikationen*: „Displaying Co-Elternschaft – normative Darstellungs- und Orientierungsmuster und ihre Überschreitung“ mit Désirée Bender (2020).

Thurid Eggers, Dr. phil., hat an der Universität Hamburg zum Thema des internationalen Vergleichs von Pflegepolitiken und der aktiven Sozialbürgerschaft älterer Menschen promoviert und ist seit 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsgruppe „Lebenslauforientierte Sozialpolitik“ am SOCIUM der Universität Bremen. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: Care-Arbeit, Pflegepolitik, vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, Kultur und institutioneller Wandel. *Aktuelle Publikationen*: „Politiken zur familialen Care-Arbeit und Gleichstellung der Geschlechter“ mit Christopher Grages und Birgit Pfau-Effinger (2021); „Reconceptualising the relationship between de-familialisation and familialisation and the implications for gender equality“ mit Christopher Grages, Birgit Pfau-Effinger und Ralf Och (2020).

Christopher Gnadt, studierte Gerontologie im Bachelor und Master an der Universität Vechta und war dort von 2020 bis 2022 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Organisationelle Gerontologie. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Alterung der vietnamesischen Gesellschaft. Seit 2018 ist er als Projektmanager im Bereich ausländische Direktinvestitionen für einen deutschen Investor in Tansania und Vietnam tätig und verantwortlich für Planung und Umsetzung privater Einrichtungen der Altenpflege. Er ist Mitglied der Deutsch-Vietnamesischen Gesellschaft e.V. und bereist Vietnam seit 2016 beruflich und im Rahmen von Forschungsvorhaben.

Christopher Grages, Dr. phil., hat an der Universität Hamburg Soziologie und Geschichte studiert und promovierte an der Universität Hamburg bei Prof. Dr. Birgit Pfau-Effinger mit einer Arbeit zum internationalen Vergleich und Wandel von Vermarktlichung in Pflegepolitiken im Kontext des DFG-Projektes FAMICAP. Er forscht derzeit als Postdoktorand im EU Horizon 2020 Projekt EUROSHIP, das von Prof. Dr. Rune Halvorsen an der Metropolitan University Oslo koordiniert wird. Er ist aktives Mitglied in zahlreichen internationalen Netzwerken, wie Network for European Social Policy Analysis (ESPAnet), Political Economy and Welfare Network des Council for European Studies (CES), Network C Gender, Work and Family und Network E Political Economy of Industrial Relations and Welfare States der Society for the Advancement of Socio-Economics (SASE), sowie in mehreren DGS-Sektionen (u. a. Sozialpolitik, Alter(n) und Gesellschaft und Arbeits- und Industriesoziologie). *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: Internationaler Wohlfahrtsstaatsvergleich und die

vergleichende politische Ökonomie mit einem besonderen Fokus auf dem institutionellen und kulturellen Wandel in der europäischen Sozialpolitik und die Vermarktlichung sozialer Dienstleistungen. *Aktuelle Publikationen:* Seine jüngsten Veröffentlichungen sind erschienen in *Ageing & Society* mit Thurid Eggers und Birgit Pfau-Effinger, *American Behavioral Scientist* mit Thurid Eggers und Birgit Pfau-Effinger und *Soziologische Revue* mit Birgit Pfau-Effinger.

Julia Hahmann, Dr.ⁱⁿ phil., seit 2018 Verwaltungsprofessorin für Transkulturalität und Gender im Fach Soziale Arbeit an der Universität Vechta, hat Soziologie, Psychologie und Kommunikationswissenschaften an der RWTH Aachen studiert und 2013 zu Freundschaften im Alter als Mitarbeiterin des Lehr- und Forschungsgebiets Gender- und Lebenslaufforschung am Institut für Soziologie promoviert. Von 2012 bis 2018 war sie PostDoc am Institut für Gerontologie der Universität Vechta. Im Rahmen ihrer Habilitation hat sie 2014/2015 an der University of North Carolina at Greensboro (USA) zu Kollektivbeziehungen und Vergemeinschaftung gearbeitet. Sie ist Mitinitiatorin und Mitglied des DFG-Nachwuchswissenschaftler*innen-Netzwerks „Material Gerontology“. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte:* Dyadische und kollektive Beziehungen, Sorgepraktiken, u. a. von Alleinerziehenden, materialistisch-feministische Theorien, qualitative Sozialforschung, materielle und materialistische Gerontologie. *Aktuelle Publikationen:* Sammelbandbeitrag „Alltagsstrategien von Alleinerziehenden zwischen Affirmation und Unterlaufen. Eine care-zentrierte Auseinandersetzung mehrdimensionaler Ungleichheitsverhältnisse“ mit Christine Hunner-Kreisel (2022); Mitherausgeberin des Sammelbandes „Analysing Overlapping Inequalities in the Welfare State: Methodological Strengths and Challenges of Intersectional Approaches“ mit Başak Akkan, Christine Hunner-Kreisel und Melanie Kuhn (2023).

Lina Hansen, M.A. (sie/ihr), Studium der Soziologie an der Universität Bremen und an der Reichsuniversität Groningen; soziologischer Schwerpunkt „Gesellschaftliche Transformation und Nachhaltigkeit“ an der staatlichen Universität Tiflis und an der Friedrich-Schiller Universität Jena. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte:* Degrowth, feministische Epistemologien, feministische Ökonomiekritik, materialistischer Ökofeminismus, Neue Materialismen.

Moritz Heß, Dr., seit September 2020 Professor für Gerontologie und Leiter Kompetenzzentrum Ressourcenorientierte Alter(n)sforschung an der Hochschule Niederrhein. Er hat Soziologie und Gerontologie in Mannheim, Berlin und Amsterdam studiert und an der Universität Mannheim zum erwarteten und gewünschten Renteneintrittsalter promoviert. *Aktuelle Publikationen:* „Einkommensrisiko Pflege? Der Zusammenhang von familiärer Pflege und Lohn“ mit Ulrike Ehrlich und Lara Minkus (2020); „The Effect of Caring on Caregivers“ mit Susanne Frewer-Graumann und Kirsten Ander (2020); „A probabilistic projection of beneficiaries of long-term care insurance in Germany by severity of disability“ mit Patrizio Vanella und Christina B. Wilke (2020).

Samira-Salomé Hüsler, M.A., Studium der Sozialanthropologie und (sozialwissenschaftlichen) Japanologie an der Universität Zürich; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Altersforschung an der OST – Ostschweizer Fachhochschule in St. Gallen. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte:* Alter und Digitalisierung, Alter in Japan, alternative Pflegemodelle (in Japan). *Aktuelle Publikationen:* „Zusammenführende Tageseinrichtungen in Japan: Wie die demographische Transition neue Pflegeansätze fördert“ (2021).

Gernot Jochum-Müller, MSc, Studium der Sozialarbeit sowie Organisationsentwicklung und Coaching. Er war Führungskraft in einer Sozialeinrichtung, Unternehmensberater in einem großen Beratungsunternehmen, Gründer bzw. Mitgründer von fünf Organisationen.

Er ist Experte für komplementäre Zahlungssysteme. Seit 2015 ist er Ashoka und Making More Health Fellow. 2018 hat er Zeitpolster als Social Business gegründet und 2020 zu einem sozialen Franchisemodell entwickelt.

Ann-Christin Kleinert, M.A., Studium der Sozialwissenschaften und Gender Studies an den Universitäten Vechta und Bielefeld; Doktorandin an der Universität Vechta über gewerkschaftliche Positionen zu bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: Feministische Sorgearbeitsforschung unter Berücksichtigung arbeitssoziologischer, materialistisch-feministischer und feministisch-ökonomischer Theorien, sorgeorientierte Transformationen von Arbeit, Gesellschaft und Geschlechterverhältnissen. *Aktuelle Publikationen*: „Sorgeökonomische Netzwerke vernetzen“ mit Ulrike Knobloch und Maren A. Jochimsen (2022); „Gestaltungs- und Transformationsprozesse zukunftsfähigen sorgenden Versorgens“ mit Ulrike Knobloch und Corinna Dengler (2021).

Ulrike Knobloch, Dr. oec., seit November 2016 Professorin für Ökonomie und Gender im Fach Wirtschaft und Ethik an der Universität Vechta mit Lehraufträgen an den Universitäten Gießen und Freiburg Schweiz, hat Volkswirtschaftslehre und Philosophie an der Universität Freiburg i. Br. studiert und an der Universität St. Gallen bei Prof. Dr. Peter Ulrich am Institut für Wirtschaftsethik promoviert. Sie ist Vorstandsvorsitzende des Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaften e.V., das sie 1992 mitinitiiert hat, zudem langjähriges Mitglied der International Association for Feminist Economics (IAFFE), der European Platform of Women Scientists (EPWS) und im Wissenschaftlichen Ausschuss von *efas* – Das Ökonominen-Netzwerk. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: Gender – Ökonomie – Ethik, Plurale Feministische Ökonomie und ihre normativen Grundlagen, Feministisch-kritisches Denken in Haushaltsökonomie und Sozialwirtschaft. *Buchpublikationen zum Thema*: Herausgeberin des Sammelbandes „Ökonomie des Versorgens“ (2019), Mitherausgeberin des Sammelbandes „Unbezahlt und dennoch Arbeit“ (2016) sowie des Denknetz-Jahrbuchs 2013 („Care statt Crash: Sorgeökonomie und die Überwindung des Kapitalismus“).

Lea Knopf, M.A., derzeit DAAD-Sprachassistentin an der Alexandru Ioan Cuza Universität Iași, Rumänien; Studium der Politikwissenschaft und Sinologie an der Universität Tübingen, anschließend Sozialpolitik an der Universität Bremen. Mitarbeit in verschiedenen Forschungsprojekten an den Schnittstellen von Soziologie, Pflege-, Erziehungs- und Politikwissenschaft. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: Akteursbeteiligung an politischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, besonders Normen und Institutionen, die den Handlungsspielraum von Stakeholdern beeinflussen. Während des Bachelorstudiums hat sich Lea Knopf schwerpunktmäßig mit rechten Protestbewegungen, anschließend mit der Gruppe der häuslich Pflegenden befasst. *Aktuelle Publikationen*: „Was sagt Pegida? Eine Analyse von Reden bei Pegida in Dresden“ mit Lukas Del Giudice, Nick Ebner und Max Weber (2020); „Caregiving students: A systematic literature review of an under-researched group“ mit Karla Wazinski, Anna Wanka und Moritz Heß (2022).

Heidi Lehner, studierte Sinologie und Anglistik in Zürich und Hong Kong und verfügt über jahrelange Erfahrung als Direktionsassistentin und Geschäftsleiterin. Gleichzeitig setzte sie sich mit alternativen Wirtschaftsformen (Komplementärwährungen und Zeittauschsystemen) auseinander. Seit 2006 ist sie bei der Sunflower Foundation in Zürich tätig, sieben Jahre als Geschäftsführerin. Sie leitet die seit 2011 bestehende interdisziplinäre Forschungsgruppe zum Thema „Wirtschaften mit und ohne Geld“. Zudem ist sie Mitgründerin eines schweizerischen Modells der Zeitvorsorge und hat den Aufbau und die Vernetzung von Tauschsystemen in der Schweiz, Deutschland und Österreich unterstützt und begleitet. 2021 trat sie als Geschäftsleiterin zurück, um sich mit neuen Versorgungszusammenhängen und Fragen der Wissensgenerierung auseinanderzusetzen sowie den gesellschaftlichen Wandel

aktiv mitzugestalten. Sie ist Mitherausgeberin von „Zeit macht reich – Nachbarschaftshilfe mit Zeitgutschriften“ (2017) und „In Zukunft ohne Geld? Theoretische Zugänge und gelebte Alternativen“ (2021).

Gisela Notz, Dr. phil., Dipl.-Päd., Sozialwissenschaftlerin und Historikerin. Promotion TU Berlin. 1979–2007 Wissenschaftliche Referentin im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn; jetzt freiberuflich in Berlin. Von 1985 bis 1997 Redakteurin der Zeitschrift „beiträge zur feministischen theorie und praxis“, jetzt LunaPark21. Lehraufträge an zahlreichen Universitäten. WS 1994/95 und SS 1995 Vertretung einer Soziologie-Professur an der UGH Essen. Juli bis Oktober 2000 Dozentin an der Internationalen Frauenuniversität (ifu) Hannover. Forschungsprojekte zur Humanisierung des Arbeitslebens, Alternative Ökonomie, Bürgerschaftliches Engagement, Berufliche Aus- und Weiterbildung, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Familienpolitik, zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und zur historischen Frauenforschung. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Zuletzt (Auswahl): „Genossenschaften“ (2021); „Kalender 2022: Wegbereiterinnen XX“ (2021); „Feminismus“ (2021, 3. Aufl.); „Wegbereiterinnen. Berühmte, bekannte und zu Unrecht vergessene Frauen aus der Geschichte“ (2020, 3. Aufl.); „Kritik des Familismus“ (2015); „Theorien alternativer Wirtschaft“ (2022, 3. Aufl.). Mehr unter: www.gisela-notz.de.

Birgit Pfau-Effinger, Prof. Dr., ist Forschungsprofessorin für Soziologie des Kultur- und Institutionenwandels an der Universität Hamburg. Sie forscht in einer theoretischen, historischen und international vergleichenden Perspektive zu Wohlfahrtsstaaten, Wohlfahrtskulturen, Geschlechter-Arrangements, Familienpolitiken, zum Verhältnis von Familie und Erwerbsarbeit und zum Verhältnis von formeller und informeller Arbeit. Ihre akademischen Auszeichnungen umfassen u. a. eine Ehren-Forschungsprofessur an der University of Southern Denmark und eine Forschungsprofessur an der Universität Hamburg und sie war „Friedlander Lecturer 2018“ der University of California, Berkeley. Sie hat 19 Bücher und zahlreiche Artikel in wissenschaftlichen Fachzeitschriften und Sammelbänden publiziert, u. a. die breit rezipierten Artikel in *Work, Employment & Society* (2010 „favorite WES article of the last 25 years“) sowie im *Journal of Social Policy* (top ten der am häufigsten zitierten Artikel in dem Journal) publiziert. Sie hat Forschungsprojekte der DFG und der European Union geleitet und war an der Leitung mehrerer internationaler Forschungsprogramme beteiligt. Sie ist Mitglied im Board von ESPAnet.

Katrin Roller, Dr. phil, Studium der Soziologie, Statistik und Sozialpsychologie an der LMU München, Promotion am Hans-Böckler-Kolleg mobil.LAB an der Technischen Universität München (TUM); wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Frauenakademie München e.V. und Vertretungsprofessorin der Sozialen Arbeit an der Hochschule Darmstadt. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: Soziale Ungleichheit/In-Exklusion/Diversität/Geschlechterungleichheit in Bezug auf Erwerbsarbeit, Care, Gesundheit, Mobilität und Wohlfahrtsstaat; aktuell: Forschung zu Wohnen, Care und Geschlecht. *Aktuelle Publikationen*: „Interessenpolitische (Neu-)Orientierung an Care und Care-Arbeit“ (2019), „UnDoing Family by Delegating Care? Über die Alltagspraxis der Versorgung älterer Menschen in Privathaushalten“ mit Maria S. Rerrich und Sabrina Schmitt (2020).

Anna Saave, Dr. phil., ist feministische politische Ökonomin. Sie studierte Umwelt- und Wirtschaftswissenschaften in Lüneburg, Oldenburg und Island und promovierte in der Politischen Ökonomie zur Abhängigkeit des Kapitalismus von seinem Außen. Derzeit ist sie Postdoktorandin an der Humboldt Universität zu Berlin. Sie war als Geschäftsführerin des SFB 294 „Strukturwandel des Eigentums“ und als Koordinatorin der Bucerius Law Clinic tätig und ist u. a. Mitglied der Koordinationsgruppe der Feminisms and Degrowth Alliance. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: Sie forscht zur Verbindung von Care, Reproduktions-

arbeit und ökologischen Prozessen mit der kapitalistischen Produktionsweise. Weitere Forschungsschwerpunkte sind Degrowth, sozial-ökologische Transformationen, Ökofeminismus und plural-ökonomische Hochschulbildung. *Aktuelle Publikationen:* „Einverleiben und Externalisieren. Zur Innen-Außen-Beziehung der kapitalistischen Produktionsweise“ (2022); „Rethinking Labor/Work in a Degrowth Society“ mit Barbara Muraca (2021) und „Teaching Feminist Economics“ (2021).

Kyra Schneider, M.A., Studium der Sozialwissenschaften sowie der Sozialwissenschaftlichen Konfliktforschung an der Universität Augsburg, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „WellCare: Gutes Leben – gutes Care“ an der OTH Regensburg. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte:* Gender und Care, Diskursforschung. *Aktuelle Publikationen:* „Doing Gender Discourse. Subjektivierung von Mädchen und Jungen in der Schule“ mit Monika Jäckle, Sandra Eck und Meta Schnell (2016.); „Beginenhof zwischen stereotyper Zuschreibung und ‚Türöffner‘ für weitere Wohnprojekte. Ein Fallbeispiel“ mit Nina Vischer (2022).

Anita Schürch, M.A., Studium der Soziologie und Kulturanthropologie an der Universität Zürich. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kompetenzzentrum Partizipative Gesundheitsversorgung sowie am Institut Alter der Berner Fachhochschule, Bern/Schweiz. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte:* Partizipation von Menschen mit Krankheitserfahrung und Angehörigen in Forschung und Lehre; alternative Versorgungsmodelle mit Schnittstellen zur Zivilgesellschaft wie Caring Communities oder Nachbarschaftshilfe mit Zeitgutschriften; Umsetzung von Selbstorganisation innerhalb bestehender Versorgungs- und Organisationsmodelle. *Aktuelle Publikationen:* „Implementing Buurtzorg-derived models in the home care setting: a Scoping Review“ mit Anna Hegedüs und Iren Bischofberger (2022); „Können sorgende Gemeinschaften die häusliche Langzeitversorgung verbessern?“ mit Heidi Kaspar et al. (2021).

Elisabeth Stiefel, Dr. rer. pol., hat in Wyoming, Paris und Tübingen Volkswirtschaft studiert und an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Tübingen mit einer Theoriearbeit zum Wirtschaftskreislauf promoviert. Der Bruch zwischen Familie und Beruf im Konzept Sozialer Marktwirtschaft weckte in ihr frühzeitig die Frage nach den strukturellen Grundlagen industriellen Wirtschaftens. Sie ist aktives Mitglied in zahlreichen feministisch-ökonomischen und sozial-ökologischen Netzwerken, u. a. International Association for Feminist Economics (IAFFE), European Gender Budgeting Network (EGBN), Netzwerk Gender Mainstream Experts International (GMEI), genant-AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung, Neckargemünder Gesprächskreis Frauen und Ökologie. *Forschungsschwerpunkte:* Versorgungsarbeit als strukturelle Grundlage industriellen Wirtschaftens und Strukturfragen sozial-ökologischen Wirtschaftens unter dem Stichwort „Frauen und Arbeit“. *Publikationen:* „Über den Zwiespalt zwischen globaler Ökonomie und der simplen Sorge für das Leben“ (1998); „Über die Einheit von Produktions- und Versorgungsarbeit“ (1999); „Look at the world with women’s eyes“ (2011). Mehr unter www.elisabeth-stiefel.de.

Hildegard Theobald, Dr. phil. hat an der Universität Heidelberg (Diplom-)Psychologie und Soziologie studiert, in Politikwissenschaften an der FU Berlin promoviert und in Soziologie an der Universität Hamburg habilitiert. Seit 2006 ist sie Professorin für Organisationelle Gerontologie an der Universität Vechta. Ihre Forschungsschwerpunkte sind international vergleichende Forschung zu Care-Politiken, Care-Arbeit, Professionalisierung und Migration aus einer Ungleichheitsperspektive. Im Rahmen ihrer Forschungsarbeit war sie Gastprofessorin an der Universität Aarhus und der Universität Osaka sowie Gastwissenschaftlerin am Institute for Future Studies, Stockholm und dem European Centre for Social Welfare Policy and Research, Wien. Sie ist Mitglied des Vorstands des Forschungsnetzwerks „RC 19:

Poverty, Social Welfare and Social Policy“ der International Sociological Association. Des Weiteren ist sie u. a. Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der internationalen Tagung zu „Transforming Care“, die sie gemeinsam mit zwei Kolleginnen initiiert hat und der Buchreihe „Transforming Care“. Zentrale Publikationen sind „Governing Home Care: A Cross-National Comparison“ mit Viola Burau und Robert Blank (2007) sowie der Sonderband der sozialen Welt „Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime – Care: Work, Relations, Regime“ herausgegeben mit Brigitte Aulenbacher und Birgit Riegraf (2014).

Karin van Holten, lic. phil. I, Studium der Sozialanthropologie, Soziologie und Religionswissenschaft an der Universität Bern. Co-Leiterin des Kompetenzzentrums Partizipative Gesundheitsversorgung der Berner Fachhochschule, Departement Gesundheit, Bern/Schweiz. Aktives Mitglied im Citizen Science Netzwerk Schweiz, im Standing Committee „Ageing Migrants: Demography, Welfare and Agency“ des internationalen Forschungsnetzwerks IMISCOE sowie bei PASSAGEN Forschungskreis Geschlecht und Migration, Schweiz. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: Care und Langzeitversorgung im häuslichen und intermediären Bereich; Partizipation von Menschen mit Krankheitserfahrung als Expert*innen aus Erfahrung in der Gesundheitsversorgung sowie in der Aus- und Weiterbildung von Gesundheitsfachpersonen; sozialraum-orientierte Versorgungsmodelle; Caring Communities; Transnationalisierung und Globalisierung von Care, Migration und Gender. *Aktuelle Publikationen*: „Fragile familiarity in transnational home care arrangements for older people“ mit Eva Soom Ammann und Heidi Kaspar (2019); „Intersections between Ageing and Migration: Current Trends and Challenges“ mit Oana Ciobanu et al. (2020); „Können sorgende Gemeinschaften die häusliche Langzeitversorgung verbessern?“ mit Heidi Kaspar et al. (2021).

Nina Vischer, M.A., Studium der Bewegungs- und Gesundheitswissenschaften an der Universität Regensburg und Friedrich-Alexander-Universität Erlangen. Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „WellCare: Gutes Leben – gutes Care“ an der OTH Regensburg. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: Care und Gender, soziale Ungleichheiten in Sport- und Gesundheitsfragen. *Aktuelle Publikationen*: „Beginenhof zwischen stereotyper Zuschreibung und ‚Türöffner‘ für weitere Wohnprojekte. Ein Fallbeispiel“ mit Kyra Schneider (2022).

Hanna Völkle, M.A., hat Soziologie, Politik- und Kommunikationswissenschaften sowie Politische Ökonomie studiert und ist Doktorandin an der Universität Vechta. Sie forscht zur feministisch-ökologischen Ökonomie der Zeit und arbeitet als Sozialwissenschaftlerin am Harriet Taylor Mill-Institut für Ökonomie und Geschlechterforschung an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR Berlin). Sie ist assoziiertes Mitglied des Instituts für Politische Ökonomie an der HWR Berlin, assoziierte Expertin der Forschungs- und Beratungsorganisation „EAF Berlin – Diversity in Leadership“ sowie Mitglied bei *efas* – das Ökonominen-Netzwerk“. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: Feministische Ökonomie sowie Digitalisierung und Geschlechtergerechtigkeit. *Aktuelle Publikationen*: „Warum Zeitpolitik feministisch-ökologisch gestaltet werden muss“ (2020); „Intersections of care work and ecological sustainability – To what extent can time be a common currency?“ (2020).

Anna Wanka, Dr.ⁱⁿ Phil., Studium der Soziologie an der Universität Wien; Postdoktorandin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main im DFG-geförderten Graduiertenkolleg „Doing Transitions – Formen der Gestaltung von Übergängen im Lebenslauf“; 2021 bis 2022 Vertretungsprofessur „Politische Soziologie Sozialer Ungleichheit“ an der Ludwig-Maximilian-Universität München; ab 2022 Nachwuchsgruppenleiterin der DFG-geförderten Emmy-Noether Gruppe „Linking Ages – The Material-Discursive Practices of Un/Doing Age

across the Life Course“; Mitherausgeberin der Buchreihe „Reflexive Übergangsforschung“ (seit 2020). *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: Übergänge im Lebenslauf, Alter als Differenzkategorie im Lebensverlauf, soziale Ungleichheiten, Praxistheorien, Mixed-Methods.

Karla Wazinski, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Alternswissenschaft (IAW) der Goethe Universität Frankfurt am Main; Studium der Sozialen Arbeit/Sozialpädagogik und Erziehungswissenschaft an der Hochschule Koblenz und der Universität Frankfurt am Main. *Arbeits- und Forschungsschwerpunkte*: Übergänge im Lebenslauf und Wohnen im mittleren und höheren Lebensalter. *Aktuelle Publikation*: „Caregiving students: A systematic literature review of an under-researched group“ mit Lea Knopf, Anna Wanka und Moritz Heß (2022).